



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

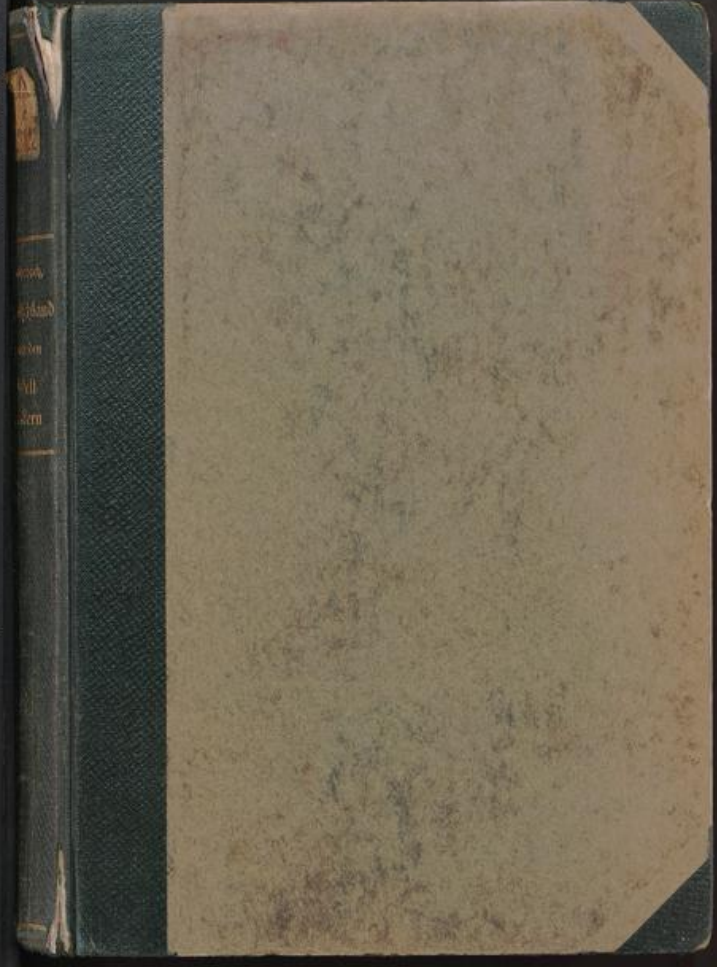
DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"

Deutschland unter den Weltvölkern

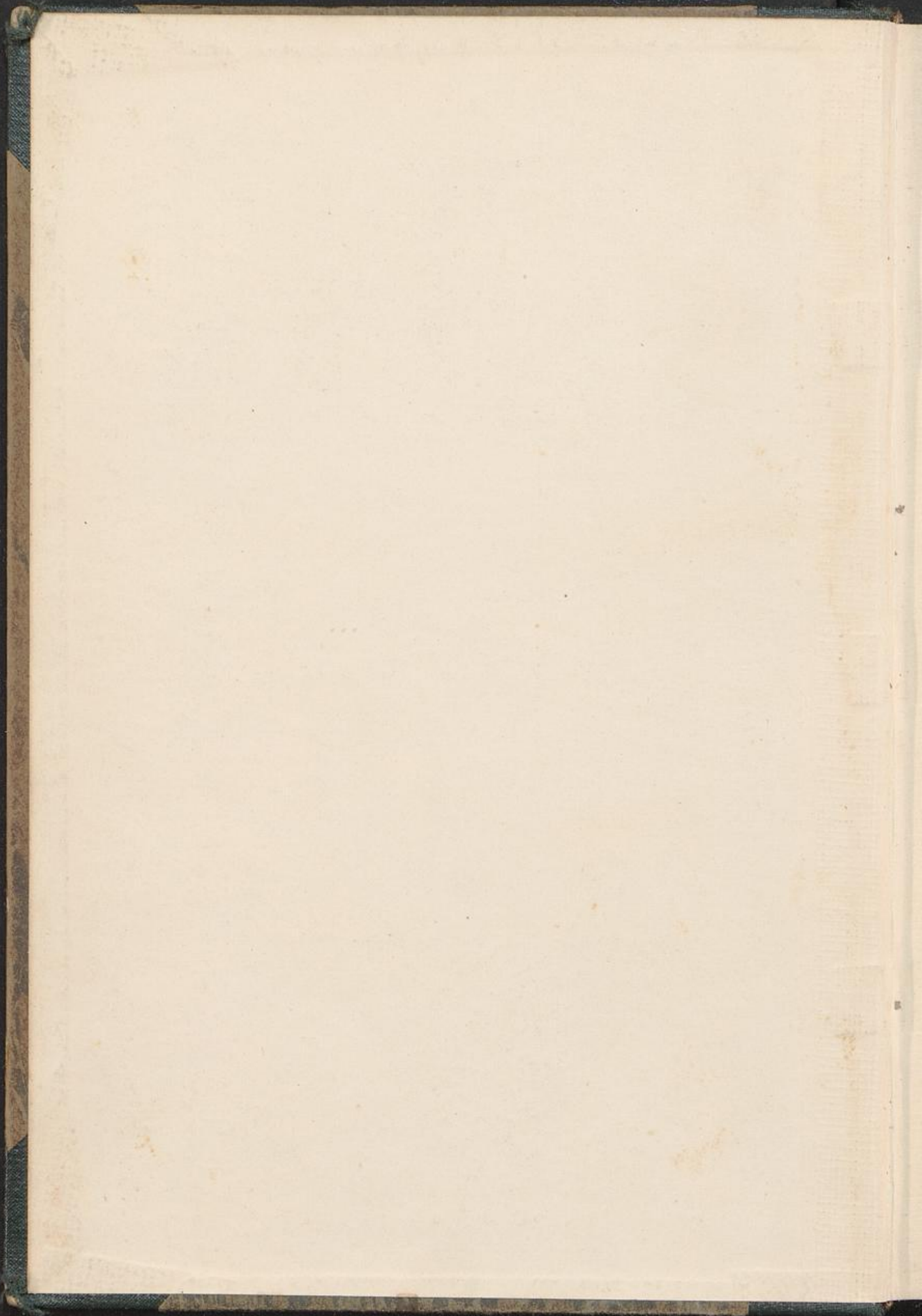
Rohrbach, Paul

Berlin -Schöneberg, 1908

urn:nbn:de:gbv:46:1-11481



Band
II
ern



Deutschland unter den Weltvölkern.

Materialien zur auswärtigen Politik.

Von Dr. Paul Rohrbach

2. Auflage



1908

IX. c. 2822a

Buchverlag der „Hilfe“, G. m. b. H.,
Berlin-Schöneberg.

Deutschland unter
den Hohenzollern
Illustration von Friedrich Schlegel
Von Dr. Carl Schlegel



Vorwort zur zweiten Auflage.

Die erste Auflage dieses Buches erschien im Herbst 1903 und mußte wegen meiner unvorhergesehenen Berufung nach Südwestafrika in teilweise etwas abgekürzter Form fertiggestellt werden. Während ich in Afrika weilte und keine Möglichkeit einer Neubearbeitung vorhanden war, stellte sich, da die Auflage abgesetzt war, die Notwendigkeit eines Neudrucks heraus, bei dem die inzwischen erfolgten Änderungen der politischen Lage naturgemäß nicht berücksichtigt werden konnten. In ihrer jetzigen Gestalt hat die Schrift beinahe um das Doppelte an Umfang zugenommen und ist außerdem fast durchgehends von Grund auf neu gearbeitet worden. Trotzdem ist sie noch sehr weit von Vollständigkeit nach Art eines Handbuchs entfernt. Ich habe daher auch die Charakteristik des Buches als bloße „Materialien“ zur auswärtigen Politik auf dem Titel nicht ändern zu sollen geglaubt.

Berlin-Friedenau, Ende März 1908.

Dr. Paul Rohrbach.

Inhalt.

Erstes Kapitel.

Die Aenderungen der materiellen Daseinsbedingungen Deutschlands seit der Reichsgründung. Deutschland während der Bismarckschen Epoche saturiert (S. 11—13). Aenderungen dieses Zustands infolge der Volkszunahme (S. 14—15). Steigerung des deutschen Wirtschaftslebens und der deutschen Weltinteressen (S. 16—22). Das neue Deutschland ist weltwirtschaftlich und weltpolitisch nicht saturiert (S. 23—26). Schwierigkeiten der neuen Lage für die alten Parteien (S. 27—32).

Zweites Kapitel.

Die Faktoren der äußeren Politik bis zum Ende des Jahrhunderts. Bismarcks Option zwischen Rußland und Oesterreich (S. 33—38). Der Dreibund und die russische Rückversicherung (S. 39—40). Das System der Europapolitik und das erste Aufkommen der weltpolitischen Probleme (S. 41—46). Herausbildung des Gegenspiels zwischen der englischen und deutschen Politik (S. 47—49). Die deutsch-englischen Beziehungen und die chauvinistische Richtung in der deutschen Presse (S. 50—55). König Eduard VII. als Organisator des Gegenspiels (S. 56—57).

Drittes Kapitel.

Die russische Krisis. Langsames Emporwachen weltpolitischer Ideen in Rußland (S. 58—62). Die russische Balkanpolitik (S. 63—65). Die Reorganisation der russischen Finanzwirtschaft, der Zweibund und die Verlegung des russischen Interessenschwerpunkts nach Ostasien (S. 66—72). Die Niederlage gegen Japan und die Ueberschätzung der militärischen und wirtschaftlichen Kraft Rußlands (S. 73—83). Der Bankerott der Europäisierung Rußlands (S. 83—86). Das Agrarproblem als Ursache der materiellen und moralischen Zerrüttung des russischen Bauerntums (S. 87—97). Die agrarischen

Reformprojekte (S. 98—111). Die wirtschaftliche Gesamtlage in Rußland (S. 112—118). Die passive Zahlungsbilanz und der drohende Staatsbankerott. Das Eisenbahndefizit (S. 119—129). Drohende Vorzeichen der Zukunft Rußlands (S. 130—132).

Viertes Kapitel.

Die englische Weltmacht. Englands Emporkommen gegenüber Frankreich und Holland (S. 133—144). Das politische Selbstgefühl des Engländer (S. 145—148). Das Gegenbild hierzu in Deutschland (S. 149—151). Englands Reichtum und Handel (S. 152—154). Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Kolonialbesitzes (S. 155—159). Indien (S. 160—167). Der „mittlere Osten“ und der Plan der Verbindung zwischen Aegypten und Indien; die Bagdadbahn und die mesopotamischen Pläne (S. 168—172). Das japanische Bündnis (S. 173—175). Das Abkommen mit Frankreich und die Idee einer Einkreisung Deutschlands (S. 176—182). Das imperialistische System und der britische Reichs-Zollverein (S. 183—191). Die öffentliche Meinung in Deutschland gegenüber England (S. 194).

Fünftes Kapitel.

Frankreich, Italien und das westliche Mittelmeer. Der Zweibund, Faschoda und die russische Niederlage (S. 195—196). Frankreichs Bevölkerungsbewegung (S. 197—198). Die französischen Kolonien (S. 199—205). Kolonialpolitik und Revancheprinzip (S. 206—208). Das französische Bündnis als Anleihequelle für Rußland (S. 209—211). Die Schwenkung zu England nach der russischen Niederlage (S. 211—213). Delcassé und Marokko (S. 214—217). Die militärischen und politischen Chancen eines deutsch-französischen Krieges (S. 218—222). Die Krisis der Revanchehoffnung infolge der Niederlage Rußlands (S. 223—224). Die Republik und der Radikalismus (S. 225—227). Der wirtschaftliche Aufschwung Italiens (S. 228—230). Tunis, Italien im Dreibund und die Niederlage in Afrika (S. 231—234). Die Wendung zur Balkanpolitik (S. 235—237). Italiens Verhältnis zu den Westmächten, seine Stellung im Dreibund und der Interessenkonflikt mit Oesterreich-Ungarn (S. 238—239). Spanien unter den Westmächten (S. 240—241).

Sechstes Kapitel.

Oesterreich-Ungarn, der Balkan und das Osmanische Reich. Oesterreich-Ungarns Zukunft auf der Balkan-Halbinsel (S. 242—245). Notwendigkeit der Donau-Monarchie für Deutschland und Mitteleuropa (S. 246—247). Die Nationalitäten in Oesterreich und in Ungarn und der österreichisch-ungarische Gegensatz (S. 248—256). Die neuesten Balkanpläne (S. 257—258). Die Türken in Asien und Europa (S. 259—263). Die Bagdadbahn, die Mekka-bahn und die englische Politik in Arabien und am Euphrat (S. 264 bis 272). Das deutsche Interesse an der Bagdadbahn und die Möglichkeit einer Wiederbelebung der alten Kultur im türkischen Asien (S. 273—287). Moralische Eroberungen in der Türkei (S. 288 bis 293). Englands Pläne (S. 294).

Siebentes Kapitel.

Amerika und der ferne Osten. Der Reichtum der Vereinigten Staaten (S. 295—296). England und Nordamerika (S. 297 bis 298). Die Bilanz des amerikanischen Wirtschaftslebens (S. 299 bis 303). Amerikanisches Temperament und amerikanische Politik (S. 304—306). Deutschland und Nordamerika (S. 307—308). Die amerikanisch-japanische Frage (S. 309). Der Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Politik der Japaner (S. 310 bis 316). Schwierigkeiten eines japanischen Angriffskrieges gegen Amerika (S. 317—318).

Achtes Kapitel.

Wege und Ziele. Rückblick auf die auswärtige Lage Deutschlands (S. 319—321). Unsere Situation in den Augen des Auslands (S. 322—323). Unsere Einengung und die Auswanderungsfrage (S. 324—326). Möglichkeiten des wirtschaftlichen Ersatzes für große Auswanderungskolonien: das Bagdadbahngebiet, Südamerika, die ostasiatische Interessensphäre (S. 327—340). Wirtschaftliche Aussichten in China (S. 341—343). Schlußwort (S. 344—345).

Faint, illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page.

Erstes Kapitel.

Die Aenderung der materiellen Daseinsbedingungen Deutschlands seit der Reichsgründung.

Wer die Reden und Aufzeichnungen Bismarcks studiert — die größte organische Offenbarung politischen Verstandes, die wir besitzen — um von hieraus an der Konstruktion der Richtlinien seines eigenen nationalen und staatlichen Denkens zu arbeiten, der wird an vielen Stellen auf den Ausdruck der Ueberzeugung des Fürsten stoßen, Deutschland habe an Ausdehnung seines territorialen Besitzes und seiner politischen Macht-sphäre erreicht, wessen es bedürfe; es sei, nach Bismarckschem Sprachgebrauch, „saturiert“. Mit besonderer Vorliebe spricht Bismarck diese Ueberzeugung überall dort aus, wo es sich darum handelt, dem Argwohn der auswärtigen Staaten entgegenzutreten, als ob die Ereignisse von 1864 bis 1871 nur die Einleitung zu einer Epoche weiterer preußisch-deutscher Eroberungen in Europa gewesen seien. Und in der That bildet das politische Argument von der Saturiertheit Deutschlands so sehr das innere Schwergewicht in der auswärtigen Staatskunst Bismarcks, daß wir es in jeder Beziehung als den wichtigsten Ausgangspunkt für die Betrachtung der Verhältnisse Europas in der auf die Gründung des Deutschen Reiches folgenden Epoche betrachten müssen. Bismarck hat es selbst als ein besonders wichtiges Ergebnis seiner Politik angesehen, daß es ihm schließlich gelungen war, an allen maßgebenden Stellen im Auslande eine leidliche Ueberzeugung von der Aufrichtigkeit dieses unseres Bekenntnisses der erreichten politischen Sättigung ins Leben zu rufen. Daß nach dieser Richtung hin an verschiedenen Punkten ein gewisses Mißtrauen überwunden werden mußte, das vom Standpunkt unserer Nachbarn, namentlich nach den Ereignissen von 1864—1871, nicht ganz unbegreiflich erschien,

lag auf der Hand. In Frankreich besteht bekanntlich bis auf den heutigen Tag die Ueberzeugung, daß einflußreiche Kreise in Deutschland es wenige Jahre nach dem Frankfurter Frieden bedauerten, mit Rücksicht auf die beispiellos schnelle materielle Wiederaufrichtung des geschlagenen Gegners den Milliarden=Udlerlaß nicht noch viel nachdrücklicher vorgenommen zu haben, und daß daher von militärischer Seite darauf hingearbeitet worden sei, das Versäumte durch eine Erneuerung des Krieges vor Durchführung der französischen Wehrverfassung und der großen Festungsbauten nachzuholen. Rußland gegenüber war ohne Zweifel in rein militärischer Hinsicht diejenige Grenze, die der preußische Staat nach der dritten Teilung Polens gegen Osten erhielt, eine weit vorteilhaftere. Daß wir aus anderen Gründen noch mehr polnische Gebiete als wir, um unserer Verteidigungsfähigkeit willen, noch jetzt zu besitzen gezwungen sind, nicht vertragen könnten, daß sogar erst die endgiltige Reduktion von Preußens polnischem Anteil auf dem Wiener Kongreß den größten deutschen Staat für seine deutsche Aufgabe frei gemacht hat, ist eine Einsicht, die für eine Nachbarmacht von der eigentümlichen politischen Struktur Rußlands doch wohl zu fern liegt, als daß ihr für jene Seite zwingende Beweiskraft zugeschrieben werden könnte; so elementar sie auch von unserem Standpunkt aus erscheinen mag. Oesterreich gegenüber haben nach dem Siege von Königgrätz sowohl König Wilhelm als auch die ganze Militärpartei sogar mit Hartnäckigkeit darauf bestanden, die nördlichen Striche Böhmens, bekanntlich rein deutsches Land, als ein natürliches Festungsglacié vor dem Erzgebirge und den Sudeten festzuhalten. Welche Vorteile sich vollends für Deutschland ergeben könnten, wenn es einen Ausgang nach Süden zum adriatischen Meere hin besäße, liegt erst recht auf der Hand. Auch daß die Schweizer eine zeitlang Besorgnis für ihre Unabhängigkeit uns gegenüber hegten, ist kein Wunder. Historisch wie ethnographisch ist die Schweiz zum größten Teile deutsch, und so gut wir 1870—71 die Zurückforderung Elsaß=Lothringens den Franzosen gegenüber mit solchen Gesichtspunkten wesentlich mit begründeten, so gut konnte es dem draußen stehenden Beobachter glaublich erscheinen, daß die logische Weiterführung dieser Argumentations=

weise uns auch zu dem Verlangen einer Annexion der Schweiz führen könnte. An der Westgrenze endlich war das Mißtrauen der Holländer wach geworden, als ob wir in Gedanken bereits auch ihr Land zur Angliederung an uns bestimmt hätten; gleichfalls kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Niederlande geographisch nichts sind als das Mündungsgebiet des größten deutschen Stroms und daß sie bis in die neuere Zeit hinein auch politisch einen Bestandteil des Deutschen Reiches gebildet hatten.

Trotz dieser inneren und äußeren Schwierigkeiten vermochte die Politik des neuen Reiches seit dem Frankfurter Frieden doch schließlich während der Bismarckschen Epoche das früher gegen uns vorhanden gewesene Mißtrauen ganz oder doch überwiegend zu zerstreuen. Man wird nicht leugnen können, daß nur einer sehr großen staatsmännischen Weisheit in einem verhältnismäßig so kurzen Zeitraum, wie es tatsächlich geschah, die Beruhigung Europas nach dieser Richtung gelingen konnte, und man wird hinzufügen dürfen, daß auch das größte Geschick nicht imstande gewesen wäre, dieses Ziel zu erreichen, wenn nicht die Gewähr der Aufrichtigkeit Deutschlands für jeden einsichtigen und hinreichend unterrichteten Politiker tatsächlich in der damaligen Natur unserer und der europäischen Verhältnisse erkennbar begründet gelegen hätte. So konnte es dahin kommen, daß es als Ergebnis der Bismarckschen Epoche schließlich kaum noch irgendwo führende und verantwortliche Politiker gab, die uns im Ernste Annexionsabsichten, sei es auf die Schweiz, sei es auf Holland, sei es auf deutsche Landesteile Oesterreichs oder sonst irgendwo an unseren Grenzen, zutrauten. Daß dem so wurde, erscheint ohne Zweifel als ein bedeutendes und dankenswertes Ergebnis der Politik Bismarcks.

Das grundlegende Faktum, auf dem diese Politik nach jener Richtung hin beruhte, war aber, daß Deutschland in der Zeit der Reichsgründung und noch eine Weile darnach ein Staat war, dessen unmittelbar wahrnehmbare Lebensinteressen über die Grenzen Europas noch kaum hinaus ragten. Lag also Bismarcks Meisterschaft in der Beeinflussung der europäischen Verhältnisse im Sinne und im Interesse Deutschlands, so handelte es sich dabei für uns um

eine europäische Politik. Heute dagegen lautet die Frage nicht mehr so wie damals: Wie bringt Deutschland seine Interessen in Europa zur Geltung? Heute lautet sie, wie wir alle wissen, anders. Heute gilt es, sich darüber klar zu sein, daß wir uns in der Weltpolitik und unter den Weltvölkern, von denen die Weltpolitik gemacht wird, behaupten müssen, und daß wir uns nicht in die Zahl der bloßen Europavölker, denen ihre Stellung in der außereuropäischen Welt von den führenden Weltnationen vorgeschrieben wird, und deren Kreis wir faktisch bereits entwachsen sind, zurückdrängen lassen dürfen.

Welche Umstände haben diese innere Wandlung unserer politischen Lage hervorgebracht und in welchen Erscheinungen ist sie seither hervorgetreten?

Die Bewegung der Bevölkerung Deutschlands seit dem Frankfurter Frieden bietet äußerlich folgendes Bild

Deutschland innerhalb der Grenzen von 1871 besaß:

1871	41,1 Mill. Einwohner
1875	42,7 " "
1880	45,2 " "
1885	46,9 " "
1890	49,4 " "
1895	52,3 " "
1900	56,4 " "
1905	60,6 " "
1908	ca. 63,5 " "

Für das Jahr 1910 kann also mit annähernder Bestimmtheit die Bevölkerung des Deutschen Reiches auf rund 65 Millionen Menschen angenommen werden.

Was bedeutet diese unsere Volksvermehrung für diejenige Entwicklung unserer Interessen, die uns von dem Schauplatz der bloßen europäischen Politik auf den des politischen Wollens der Weltvölker hinausgebracht hat?

Vor allen Dingen liegt innerhalb des Zeitraums zwischen der Reichsgründung und heute der kritische Moment, in dem sich die Wandlung Deutschlands aus einem landwirtschaftliche Produkte exportierenden, mit einem wesentlichen Teil seiner Wirtschafts-

interessen agrarisch gearteten Lande in ein Industrieland entschied. Im Jahre 1870 reichte die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands nicht nur vollkommen zur Ernährung der 40 Millionen Menschen hin, die wir damals zählten, sondern es blieb auch noch ein erhebliches Plus an Getreide für die Ausfuhr übrig. Der Uebergang vom Getreideexport zum Getreideimport Deutschlands liegt in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, als die Bevölkerungszahl sich um 5—6 Millionen über den Stand zur Zeit des deutsch-französischen Krieges vermehrt hatte. Allerdings darf man sich nicht vorstellen, daß Deutschland im zweiten und selbst im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts zu den eigentlichen Rohstoffländern gehörte, die im Welthandel hauptsächlich durch den Ueberfluß ihrer Bodenproduktion an Getreide und andern Naturalien ins Gewicht fielen. Deutschland hat während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts an Getreide, Wolle, Holz u. dgl. erhebliche Mengen exportiert, aber dafür in Gestalt von Rohstoffen für seine schon damals vorhandene Industrie Bodenprodukte fremder Länder in noch größerer Menge importiert, und im ganzen ergab sich nach dieser Richtung hin nicht Mehrausfuhr, sondern Mehreinfuhr. Die Umkehr aus einem Getreide exportierenden in ein Getreide importierendes Land enthält in sich noch nicht den fundamentalen Wechsel vom Agrarstaat zum Industriestaat, aber sie macht doch ein sehr charakteristisches Merkmal für diesen Umschwung aus. „Soweit wir den deutschen oder wenigstens den preussischen Außenhandel statistisch zu verfolgen imstande sind, immer zeigen die Zahlen, daß Deutschland das ganze 19. Jahrhundert hindurch in gewissem, wenn auch zunächst noch recht bescheidenem Umfange ein Exportindustriestaat gewesen ist, d. h. daß bei Bodenprodukten seine Einfuhr größer war, als seine Ausfuhr, während bei industriellen Fabrikaten umgekehrt der Export den Import übertraf. Die Kargheit des deutschen Bodens machte es den Bewohnern unseres Vaterlandes auch damals schon unmöglich, die Bodenprodukte, die sie in Form von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie von Rohstoffen von auswärts bezogen, dem Auslande wieder mit Bodenerzeugnissen zu bezahlen, sondern sie mußten ihm für die empfangenen Agrarprodukte zum großen Teil Erzeugnisse des deutschen Gewerbefleißes, ins-

besondere Gewebe, anbieten. . . . Der Uebergang zum Exportindustriesystem, den die deutsche Volkswirtschaft nach der Wiedererrichtung des Reichs in beständig wachsendem Maße vollzog, war nichts absolut Neues für Deutschland. Neu und unerhört war nur das Tempo, in dem seit 1871 und speziell in den beiden letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts die Ausbreitung der Exportindustrie vor sich ging. Vor der Gründung des Reichs belief sich die Mehrausfuhr an Fabrikaten erst auf einige 100 Millionen Mark, am Schluß des Jahrhunderts dagegen betrug sie über 1½ Milliarde.“*)

Ohne auf die Wechselwirkungen näher einzugehen, die zwischen der Zunahme der Volkszahl und der Steigerung der industriellen Produktion nicht nur hinüber, sondern auch herüber stattfinden, kann man doch im allgemeinen mit aller Bestimmtheit sagen, daß in dem Anwachsen der Bevölkerungsziffer das scharfe und unmittelbare vorwärtstreibende Moment enthalten liegt. Daher haben wir ein zweifelloses Recht, die Volksvermehrung auf der einen, die Steigerung der industriellen Produktion und des Außenhandels auf der andern Seite, wie es hier durchweg geschehen soll, in direkte und ursächliche Beziehung zu einander zu setzen.

Im Jahre 1880 betrug der Wert der deutschen Ausfuhr 2,95 Milliarden Mark, der der Einfuhr 2,86 Milliarden. Zwanzig Jahre später, 1899, wertete die Ausfuhr 4,37 Milliarden, die Einfuhr 5,78 Milliarden Mark.***) 1906 war die Ausfuhr bereits auf 6,36 Milliarden, die Einfuhr auf 8,02 Milliarden Mark gestiegen. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt, daß Ausfuhr wie Einfuhr in den sieben Jahren von 1900—1906 in absoluten Ziffern um 1,99 bezw. 2,92 Milliarden Mark gestiegen sind, während die Zunahme in dem beinahe dreimal so langen Zeitraum von 1880 bis 1899 nur 1,42 bezw. 2,24 Milliarden Mark betrug. Die Progression in dem Handelsumsatz ist also eine noch viel rapidere als die in der Volksvermehrung, die von 1880 bis 1899 ca. 10,3 Millionen Seelen betrug — im Jahresdurchschnitt also etwas über ½ Million, von

*) Ludwig Pohle in Mollats Volkswirtschaftlichem Lesebuch (Osterwieck) 1906, (S. 394 f.)

**) Ueber die verhältnismäßig unbedeutende Ungenauigkeit dieser Vergleichszahlen infolge des Wechsels in der Methode der Handelsstatistik vergleiche Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands 1904, S. 44—45.

1900—1906 dagegen ca. 5,1 Million oder im Jahresdurchschnitt beinahe $\frac{3}{4}$ Million.*) Jenes schnelle Wachstum des deutschen Außenhandels, das der Volkszunahme so weit vorauseilt, dient natürlich mit zur Bestätigung des Schlusses, den wir bereits aus dem steigenden Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr ziehen müssen — des Schlusses auf die wachsende Wohlhabenheit unseres Volks. 1880 überwog die Ausfuhr die Einfuhr noch um ein Geringes, 1899 betrug der Einfuhrüberschuß rund 1,4 Milliarden, 1906 beinahe 1,7 Milliarden. Bei England, das noch viel wohlhabender ist als Deutschland, ist die Passivität der Handelsbilanz entsprechend größer. Ihr Ausgleich erfolgt aus den Kapitalzinsen, die wir gleich den Engländern von unsern ausländischen Schuldnern beziehen, und aus dem Geschäftsgewinn, den deutsche Kapitalanlagen im Auslande aus industriellen und Handelsunternehmungen, aus Seetransporten u. dgl. beziehen. Wir vermehren also nicht nur unsere Volkszahl, wir vergrößern nicht nur unsern Handel an sich, der Volksvermehrung entsprechend, sondern wir werden auch noch darüber hinaus allmählich wohlhabender und demgemäß immer mehr darauf angewiesen und geneigt, die Menge und Ausdehnung unserer wirtschaftlichen Weltinteressen zu vergrößern.

Allerdings darf man nicht ohne weiteres die Steigerung unseres Gesamthandels mit dem Wachstum desjenigen Interessentkreises gleichsetzen, der unsern Anteil an der Weltwirtschaft im weiteren Sinne, außerhalb der Grenzen Europas, umschreibt. Daß aber unsere Abhängigkeit von den überseeischen Beziehungen nach fremden Erdteilen jetzt eine unvergleichlich viel größere ist, als vor 100 oder auch als vor 50 Jahren, geht ohne weiteres schon daraus hervor, daß damals fast ausschließlich die sogenannten Kolonialwaren und daneben an erster Stelle nur etwa die Baumwolle aus fernen überseeischen Ländern bezogen wurden; heute aber hat sich nicht nur die Bedeutung des Baumwollimports ins Ungeheure gesteigert, sondern es ist dazu noch eine gewaltige Menge anderer Rohstoffe getreten, deren unsere verarbeitende Industrie aus Amerika, Asien,

*) Für die Zeit von 1880 ist ein ähnlicher Vergleich zwischen Bevölkerungszunahme und Handelsumsatz nicht durchzuführen, weil die Grundlagen unserer heutigen Handelsstatistik erst vom Jahre 1880 an datieren.

Afrika und Australien bedarf, und zu den alten Kolonialwaren, die man immerhin meist als Luxus- oder Genusartikel ansehen kann, sind direkt notwendige Nahrungsmittel in sehr bedeutender Menge getreten. Man denke nur an die Weizeneinfuhr aus den Verein. Staaten und aus Argentinien. Von den etwas mehr als 8 Milliarden Einfuhr im Jahre 1906 entfielen in runden Ziffern auf

Amerika	Asien	Afrika	Australien
2 100 Mill. Mk.	630 Mill. Mk.	200 Mill. Mk.	180 Mill. Mk.

zusammen also über 3100 Millionen Mark, beinahe 38% der Gesamteinfuhr, während in unserer Ausfuhr derjenige Anteil, den die fremden Erdteile zusammen aufnehmen, beinahe ein Viertel des Ganzen beträgt. Sehr richtig wird darauf hingewiesen, daß, wenn man die deutsche Volkswirtschaft in der Gesamtheit aller ihrer Zweige, Produktion und Konsum, mit dem deutschen Außenhandel zusammenstellt, die volkswirtschaftliche Entwicklung im Innern Deutschlands noch intensiver ist, als die Entwicklung des Außenhandels. Aber: „Um den intensiven Entwicklungsgang der einheimischen Volkswirtschaft zu ermöglichen, müssen die internationalen Handelsbeziehungen an Extensität stetig wachsen. Um dem inneren Markt seine zunehmende Bedeutung zu sichern, muß der auswärtige Handel an Ausdehnung gewinnen. Deutschlands Handel, so sahen wir, ist heute wesentlich Einfuhrhandel. Die Ausfuhr dient nur als Bezahlung. Der Einfuhrhandel aber verschafft uns erst die Möglichkeit, ein Volk wie das deutsche, auf so winzigem Gebiete, wie dem deutschen Reiche, überhaupt zu erhalten.“*)

In doppelter Beziehung hat also die Bedeutung des auswärtigen Handels der zum weitaus größten Teil Seehandel ist, für Deutschland seit der Epoche der Reichsgründung und namentlich seit dem Ablauf des ersten auf den Frankfurter Frieden folgenden Jahrzehnts zugenommen: wir bedürfen der Erträgnisse dieses Handels erstens dazu, um unsern wachsenden Bevölkerungsüberschuß überhaupt zu ernähren, und zweitens, um die allgemeine Verbesserung unserer Lebenshaltung als Volk, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte anzubahnen begonnen hat, dauernd zu behaupten und gleich den übrigen großen Weltvölkern weiter zu entwickeln.

*) Werner Sombert: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, S. 450.

Die Zunahme der Handelsbeziehungen Deutschlands steht ihrerseits natürlich im engsten Wechselverhältnis zu der Steigerung der Industrie. Es wäre müßig, hier noch die zahlenmäßigen Belege für die Produktionssteigerung in Kohle und Eisen, in Textilwaren in Maschinen, Chemikalien usw. von 1871 bis heute zu erbringen. Das Bewußtsein für die ungeheuren Fortschritte, die wir hierin gemacht haben, ist auf diese oder jene Art Gemeingut der breitesten Volksschichten bei uns geworden. Was aber noch lange nicht genug Gemeingut geworden ist, das ist die Ueberzeugung oder der Instinkt dafür, daß dieser ganze materielle Fortschritt nach der einen Seite mit dem raschen Anwachsen unserer Volkszahl und nach der andern Seite mit der Vergrößerung und Verschärfung unsrer überseeischen Lebensinteressen unlösbar verbunden ist. Wirtschaftlich stehen wir in der vordersten Reihe der Weltvölker. Im Jahre 1906 wertete der deutsche Außenhandel in Ausfuhr und Einfuhr mehr als 15½ Milliarden Mark, gegen wenig mehr als 8 Milliarden Mark Frankreichs, beinahe 21 Milliarden Englands, 12½ Milliarden Nordamerikas und kaum 3½ Milliarden Rußlands. Noch vor zwanzig Jahren standen wir hinter Frankreich. Nach der Gewinnung von Kohle und Eisen, nach Seeschiffsverkehr, nach der Zahl der Baumwollspindeln und den übrigen großen Gradmessern der wirtschaftlichen Entwicklung bilden wir mit den Engländern und den Nordamerikanern gemeinsam die erste Gruppe unter allen Völkern der Welt, von der auch die nächst vorgeschrittenen Nationen unter den übrigen durch einen weiten Abstand getrennt sind. Wenn es sich aber um die Frage handelt, ob und wieweit die Massen der Nation in ihrer Tiefe von dem Bewußtsein dafür durchdrungen sind, welch ein Anteil an weltpolitischen Interessen dieser weltwirtschaftlichen Größe Deutschlands entspricht, so gehören wir als Volk noch in die politische Kinderstube. Das ist ein Zustand, der uns nicht anders als mit schwerer Besorgnis erfüllen kann. Auf der einen Seite sehen wir unser schnelles numerisches Wachstum und die in fortschreitender Progression sich vermehrende Notwendigkeit, von der Pflege und Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit überseeischen Ländern und Erdteilen zu leben — auf der andern Seite zeigt sich, daß die Schwierigkeiten, von denen unsere materielle

Durchsetzung unter den Weltvölkern bedroht erscheint, nicht nur in äußeren Widerständen und Beengungen, sondern auch in dem Festfleben breiter Schichten an einem Kümmerzustand des politischen Denkens begründet liegen.

Es ist keine schwere Voraussage, daß Deutschland innerhalb seiner jetzigen politischen Grenzen im Jahre 1925, also zu einem Zeitpunkt, den der großen Mehrzahl unter der heutigen Generation zu erleben bestimmt ist, schwerlich unter 80 Millionen Einwohner haben wird. 1925 liegt für uns Heutige merklich näher, als 1870; es ist ein Termin, der, politisch gesprochen, noch innerhalb derjenigen Zukunft existiert, mit der heute und morgen praktisch gerechnet werden muß. Nicht wenige von den Kämpfern des großen Krieges werden jene Jahreszahl noch erleben. Diese Erscheinung, daß ein Mann während der Dauer desjenigen Lebensabschnittes, in dem er politisch zu handeln und zu denken fähig ist und während dessen er die Geschichte seines Vaterlandes bewußt erlebt, Zeuge einer vollen numerischen Verdoppelung der Nation innerhalb derselben staatlichen Grenzen wird — sie ist, wenn wir von Nordamerika und Rußland absehen, wo der Einwanderungsfaktor und Eroberungen hinzutreten, etwas Beispiellofes.

Trotz dieses großen numerischen Wachstums wäre es aber ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir nun meinen wollten, auf dieses allein hin könne es uns an politischer Zukunft, an großen Erfolgen nach außen nicht weiter fehlen. Unsere Volkszunahme ist da, und wenn sie nicht da wäre, so müßten wir zweifellos auf alle großen nationalen Aspirationen in der vor uns liegenden Geschichtsperiode verzichten, aber — und das ist die Kehrseite — sie hat spät eingesetzt; so spät, daß andere Nationen seither in der Lage waren, uns in der Schaffung materieller Grundlagen für gegenwärtige und zukünftige politische Machtentfaltung weit zu überholen. So entsteht die Frage, ob wir als Volk, trotz unserer Vermehrung auf das Doppelte in einem halben Jahrhundert, dieses „spät“ nicht am Ende als ein „zu spät“ werden lesen müssen. Noch vor hundert Jahren stand die räumlich zusammenhängende Masse des Deutschtums zahlenmäßig an der Spitze aller westlichen Kulturvölker, die Russen mit einbegriffen; heute sind wir hinter den

Russen um mehr als 100%, hinter den Nordamerikanern um über 50% zurückgeblieben und stehen numerisch den Engländern diesseits und jenseits der Meere, die wir vor einem Jahrhundert weit übertrafen, etwa gleich. Unfraglich trägt an diesem Resultat die geschehene Amputation des größeren Stückes von Oberdeutschland einen Teil der Schuld, aber eben doch nur einen Teil, und keinen ausschlaggebenden. Der eigentliche Grund für die eingetretene Verschiebung liegt vielmehr in den immensen politischen Fortschritten, welche jene anderen Völker nach außen gemacht haben, während wir im Inneren mit den Wehen unserer langsamen nationalen Wiedergeburt beschäftigt waren.

Wenn schon jetzt unsere Weltinteressen so sehr viel größer sind, als der großen Mehrzahl unter uns bisher zum Bewußtsein gelangt ist, was soll denn mit dem kommenden 80 Millionen-Deutschland von 1925 werden? Man kann sagen, daß unser Boden und unser Klima unter Verhältnissen, wie sie für absehbare Zeit bei uns noch herrschend sein werden, die Hervorbringung von Nahrung für durchschnittlich 40 bis 50 Millionen Menschen gestattet. Wir werden also Brot aus der Fremde in Zukunft nicht für ein Sechstel oder ein Fünftel von uns kaufen müssen, wie jetzt, sondern annähernd für die Hälfte. Womit werden wir dieses Brot bezahlen? Wer aus dem Ausland kauft, muß Eigenes dafür geben, sei es Geld, sei es Ware — wir aber besitzen kein einziges Naturprodukt, welches wir in solchem Maße ausführen könnten, daß damit ein namhafter Gegenwert für das Brot des Auslandes gegeben wäre. Wir haben weder edle Metalle in nennenswerter Menge, noch kostbare Nutzpflanzen, noch Kohle, Eisen und Erze im Ueberfluß. Ja nicht nur das: wir erzeugen sogar fast keinen der für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe in hinreichender Quantität im eigenen Lande. Wir führen Eisen, Kupfer, Wolle, Flachs ein; wir besitzen keine Faser Baumwolle oder Seide, von minder dringend nötigen Stoffen gar nicht zu reden. Das einzige Mittel, um uns zu ernähren, um Nahrung für alle die zu kaufen, für die in Deutschland keines wächst, besteht darin, daß wir jene Rohstoffe aus der Fremde zu uns importieren, sie verarbeiten, veredeln, den Wert der aus ihnen hergestellten Produkte gegenüber dem Rohmaterial verviel-

fachen, und dann uns diesen Mehrwert, den unsere Arbeit dem ursprünglichen Stoff verliehen hat, von anderen Völkern, die unsere Produkte brauchen, bezahlen lassen. Das andere Mittel ist dieses, daß wir den Ueberschuß unseres werbenden Vermögens in irgend einer Form im Auslande für uns arbeiten lassen und den Ertrag davon als einen Tribut der Völker in Geld oder Geldeswert zu uns importieren. Beide Male ist es unsere Erfindungskraft, unsere Intelligenz, unsere wissenschaftliche, technische, gewerbliche Bildung, sind es unsere sozialen und hygienischen Fortschritte und Leistungen, die für uns auf dem Weltmarkt arbeiten und wovon wir leben. Daß wir aber solchergestalt vom Auslande leben, das kann durch nichts, durch keine Entrüstungen und Warnungen, durch keine Deklamationen und Enqueten aus der Welt geschafft werden. 800 000 Menschen jährlich beträgt die Zunahme unserer Volkszahl. Kein Scharfsinn und keine Anstrengung können die Nahrung für diese 800 000 aus dem Boden Deutschlands hervorschaffen. Mit jedem Jahre wächst die Zahl derer, die aus der Fremde gekauftes Brot essen müssen, bald um eine Million. Wer diese Million nicht zum Verschwinden bringen kann, der ist Antwort auf die Frage schuldig, wie er sich ihre Ernährung denkt, wenn nicht durch den Ertrag, sei es direkt unserer Industrie, die aus dem Ausland gekaufte Rohprodukte veredelt und von ihrer eigenen Produktion so viel wie möglich wieder ins Ausland verkaufen muß, sei es der von ihr erzeugten und im Auslande arbeitenden Kapitalien.

Ist dem so, dann treten alle Fragen der auswärtigen Politik für Deutschland unter den Gesichtspunkt der Schaffung und Erhaltung von Absatzgebieten im Auslande, d. h. in erster Linie in überseeischen Ländern. Wohl oder übel müssen wir uns also gewöhnen, für unser politisches Denken dieselben Prinzipien anzuwenden, wie die Engländer. In England ist die Bestimmung der auswärtigen Politik nach den Erfordernissen des Handels und daher auch der Industrie ein Axiom des nationalen Bewußtseins, über das niemandem mehr zu diskutieren einfällt. Wenn eines Tages für England die Möglichkeit der Verwertung seiner industriellen Produktion über See aufhörte oder merklich eingeschränkt würde,

so wäre zugleich mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch von Millionen industrieller Größen diesseits und jenseits des Meeres die politische Katastrophe der britischen Großmacht unmittelbar gegeben. Das empfindet jedermann im Lande. Nicht wesentlich anders liegen aber bereits die Voraussetzungen bei uns. Daß wir im Augenblick auf der Bahn dieser Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten sind, wie England, daß wir uns heute erst da befinden, wo England vor einer Reihe von Jahrzehnten war, das trägt prinzipiell nichts aus, weil sich auch für uns die weitere Bahn der englischen Entwicklung mit der Sicherheit eines Naturereignisses voraussehen läßt. So wenig wir mit den Jahreszeiten darüber rechten können, daß sie kommen und gehen, ebenso wenig bedeuten theoretische Bedenken und Erörterungen, wie man sie wohl hier und da über das Tempo unserer Volksvermehrung hört, in der Wirklichkeit für die Tatsache des rapiden quantitativen Wachstums, in dem wir uns befinden. Man stelle sich vor, was denn geschehen müßte oder könnte, um dieses Wachstum einzudämmen? Nur eine ungeheure nationale Katastrophe, eine Hinabschleuderung des Volkes in solche Tiefen materieller Not, daß die Zahl derjenigen Kinder ins Ungemessene wächst, die es nicht gelingt am Leben zu erhalten und aufzuziehen, die aus Nahrungsmangel und all der anderen Not, die aus dieser Quelle fließt, zu Grunde gehen, die könnte unsere Bevölkerungsziffer zu einer stationären machen! Und zu alledem ist ja jene unsere wachsende Zahl das einzige Moment, auf das wir eine Hoffnung bauen können, dereinst noch mit unter die Zahl der Völker, welche die Weltgeschichte machen, gerechnet zu werden. Einmal im Verlauf seines historischen Erlebens hat das deutsche Volk eine Periode durchgemacht, die es wirklich um einen gewaltigen Betrag, vielleicht die Hälfte oder mehr, verringerte und uns ökonomisch um Jahrhunderte zurückbrachte. Das waren die dreißig Jahre des großen Krieges, die wir als Preis für die Erhaltung von Gewissensfreiheit und geistigem Fortschritt auf uns nehmen mußten. Wenn wir noch einmal etwas Ähnliches erleben sollten, dann freilich, aber auch nur dann, könnte es geschehen, daß wir wieder auf ein Jahrhundert hinaus am eigenen Brot genug zu essen haben und vielleicht sogar noch welches —

exportieren! Von diesen Erwägungen dispensieren sich, bewußt oder unbewußt, diejenigen, die innere oder auswärtige deutsche Politik machen wollen, ohne bei jedem Zug, den sie tun wollen, sich zu fragen: was sagen die 800 000 dazu, die Jahr um Jahr zu unserer heutigen Zahl hinzuwachsen? Diese Zuwachsrate ist der Kompaß, nach dem wir steuern müssen, nach außen wie im Innern, wenn wir nicht mit unserm Staatsschiff stranden wollen. Von hier aus muß die Frage beurteilt werden, welche Wege für uns in Betracht kommen, um uns unter den Weltmächten durchzusetzen, und welche nicht.

Wo liegt angesichts dieser Tatsachen noch die Möglichkeit vor, in derselben apodiktischen und eindeutigen Weise den Satz von der Saturiertheit Deutschlands so zu vertreten, wie in der klassischen Epoche Bismarckscher Politik, und die Forderung zu erheben, daß die deutsche Politik heute wie damals von der Saturiertheit Deutschlands auszugehen habe! So richtig 'definiert und so tragfähig diese Grundformel der deutschen Politik noch vor 25 Jahren erschien, so berechtigt der Glaube unserer Nachbarn an die volle Aufrichtigkeit unserer Versicherung war, so zweifellos wäre es unaufrichtig oder kurzsichtig, wenn jemand den Satz heute noch in demselben Sinne gebrauchen wollte, wie Bismarck ihn aufgestellt und vertreten hat — vertreten selbst noch zu einer Zeit, als sich die Verhältnisse schon so verschoben hatten, daß von rechtswegen eine neue ergänzende Betrachtungsweise zu der alten hinzutreten mußte.

Die neue Betrachtung ist die, daß unsere nationalen Daseinsbedingungen zunächst nach der wirtschaftlichen, danach aber auch nach der politischen Seite hin der Epoche Wilhelms II., sich, wie wir sahen, von Grund auf gewandelt haben. Von einem Sättigungszustande oder von der Sättigungsmöglichkeit des deutschen Volks innerhalb seiner europäischen Grenzen in dem absoluten Sinne zu sprechen, wie zur Zeit Bismarcks, ist unter allen Umständen bare Torheit. Ebenso töricht wäre es freilich, wenn jemand hieraus den Schluß ziehen wollte, daß nun die Bismarcksche Aufrichtigkeit der Versicherung, wir wollten keinen unserer Nachbarn berauben, in Wegfall käme. Selbst wenn wir Teile von Westrußland und Oesterreich, wenn wir die Schweiz, Luxemburg, Holland

annektieren wollten und könnten, so wäre demjenigen Ausdehnungsbedürfnis, das jetzt bei uns vorliegt, damit gar nicht oder doch nicht prinzipiell abgeholfen, denn unsere Not ist von anderer Art, als daß sie durch Einverleibung selbst noch so umfangreicher, Deutschland nach Natur und Bevölkerungsstand nahe verwandter und benachbarter Gebietsteile beseitigt werden könnte. Wenn Warschau, Rotterdam und Triest heute zum Deutschen Reich gehörten, so würde an dem Zustande, daß wir, mit unserer Volkswirtschaft allein auf den Umkreis unserer europäischen Grenzen angewiesen, verelenden und verhungern müßten, nichts Wesentliches geändert werden. Auch dann würde es dabei bleiben, daß ein großer Bruchteil der jetzt Lebenden und daß die Jahr um Jahr hinzuwachsenden Millionen nicht von der heimischen Produktion leben können, sondern für ihre Existenz auf Brot angewiesen sind, das in irgendwelcher Gestalt erst in der Fremde gekauft werden und übers Wasser fahren muß, bevor es bei uns gegessen wird. Wem die Ziffern gegenwärtig sind, auf die diese Tatsache sich gründet, und wer ein Ohr für ihre Predigt hat, dem ist damit auch ein rechtes Verständnis für das Grundproblem der deutschen Zukunft gegeben. Eben diese Aufgabe aber, das Tatsachenmaterial aus den Ziffern der Statistik in das unmittelbare instinktive und wollende Bewußtsein aller denkfähigen Elemente eines Volkes einzuführen, so daß mit dem Verständnis der Lage auch das Empfinden der allgemeinen politischen Notwendigkeiten, die aus ihr folgen, gegeben ist — die ist enorm schwierig. Für gewöhnlich pflegt der Zeitraum, der vergehen muß, bis sich ein Wissen um neue nationale Notwendigkeiten aus einer mehr esoterischen Erkenntnis der Wissenden im Volk in elementaren Masseninstinkt umwandelt, sehr lang zu sein — so lang, daß nichts gefährlicher sein kann, als zu warten, bis sich der notwendige Wandel von selber durchsetzt. Nicht eher, als bis es dahin gekommen ist, daß mit der Einsicht in den ganzen Ernst unserer Lage auch der feste Wille und die Entschlossenheit, alle Kräfte daran zu setzen, um dieser Lage Herr zu werden, ein Gemeingut aller gesunden Schichten des Volks geworden ist, werden wir anders als mit dem Gefühl dringender Sorge und Beunruhigung in unsere Zukunft blicken können — aber wie unendlich schwierig ist die

Aufgabe, es soweit zu bringen! Die Stimmung von 1870/71, die sich in den Poesien Geibelscher und verwandter Richtung ausdrückt, in Versen wie jenen:

Glorreich auf dem Erdenrunde
Steht das deutsche Vaterland — —,

die sich das deutsche Selbstgefühl nach dem Siege über Frankreich als ein lyrisch-romantisches Pendant zu dem Bismarckschen Worte von unserer Saturiertheit schuf und die heute noch mit Vorliebe selbst in sogenannten „patriotischen“ Kreisen als der offiziell abgestempelte normale Ausdruck des deutschen Nationalempfindens gilt — sie muß erst von Grund auf verschwinden und der nüchternen Kampfesentschlossenheit, dem Klarsten und positivsten Willen zur nationalen Macht Platz machen: der Entschlossenheit und dem Willen, die aus der Erkenntnis fließen, daß wir keineswegs in Herrlichkeit dastehen, sondern mitten in einer höchst gefährlichen, alle unsere Kräfte fordernden und auf Jahrhunderte hinaus, wenn nicht auf immer, über unsere Zukunft in der Weltgeschichte entscheidenden Krisis!

Wir dürfen uns in keiner Weise verhehlen, daß die Aufgabe, unser Volk für solche Einsicht und solchen Willensentschluß zu gewinnen, nicht nur von denjenigen Schwierigkeiten gedrückt erscheint, die es immer zu überwinden gilt, wenn große Massen in geistige Bewegung versetzt werden sollen, sondern daß bei uns noch eine Reihe besonders schwerer und vielleicht verhängnisvoller Widerstände zu brechen sind. Die drei politischen Massenanschauungen, die in Deutschland das vorzugsweise Schwergewicht besitzen, sind die sozialdemokratische, die katholisch-ultramontane und die konservativ-agrarische. Jede von ihnen ist, soweit sie ihrem eigentlichen inneren Daseinsprinzip treu bleiben will, gleich schwer im Stande, aus sich heraus Kräfte des Willens in der Richtung auf die neudeutsche Expansion, deren wir bedürfen, zu entbinden. Im Gegenteil — soweit sich unsere Sozialdemokraten, Ultramontanen und Agrarier der historischen Grundlage ihrer Entstehung und ihres Daseins bewußt bleiben, soweit wirkt ihr Besitz an politischen Vorstellungen nach unter

sich zwar verschiedenen, aber der Idee des größeren Deutschland doch durchweg entgegengesetzten Richtungen hin. Von ihnen allen gilt der Satz, daß eine Förderung der nationalen Ausbreitungsnotwendigkeiten im Sinne des neuen überseeischen, weltpolitischen Deutschlands bei ihnen nur in dem Maße erwartet werden könnte, in dem sie sich etwa entschließen, ihren geistigen und historischen Entwicklungsprinzipien gegenüber inkonsequent zu sein. Am wenigsten sollte das noch, wenigstens in ideeller Beziehung, von der Sozialdemokratie gelten, aber kraft des besonderen, im Grunde echt spießbürgerlichen, kurzfristigen und materialistisch verbissenen Typus, zu dem sie sich gerade in Deutschland entwickelt hat, wird sie bei uns von innen heraus schwerlich je zu einem ähnlich freien Standpunkt gelangen, wie ihn die englische und selbst ein Teil der französischen Sozialdemokratie in weltpolitischen Fragen gewonnen hat. Daß die Konservativen und die Klerikalen die bisherigen weltpolitischen Ansätze in der Entwicklung Deutschlands unter Kaiser Wilhelm II. teils nicht oder doch nur wenig gehindert, teils direkt gefördert und mitgemacht haben, hat recht zusammengesetzte Ursachen. Außer augenblicklichen teilweisen Vorteilen, die sich für sie nach verschiedenen Richtungen hin praktisch aus der aktiven Anteilnahme an der Weltpolitik ergaben, sprachen grundsätzliche Erwägungen mit, die aus der Klugheit und Erfahrung alter, politisch und sozial seit lange an die Herrschaft gewohnter Klassen stammten — außerdem aber darf nicht verkannt werden, daß beim Zentrum die kirchliche, bei den Konservativen die staatspolitische ideelle Prinzipientreue ihren Anteil an der realpolitischen Haltung der Parteien voll und ehrlich gehabt haben. An sich aber geht die konsequente Weiterentwicklung Deutschlands zu einem immer mehr überseeisch interessierten, seine weltpolitischen Züge immer charakteristischer ausprägenden Staatswesen sowohl der agrarisch-konservativen als auch der katholisch-klerikalen Weltanschauung direkt entgegen: hier, weil sich jene Wesensveränderung des Staates und Volkes auf dem protestantischen Individualismus, dort, weil sie sich auf dem liberalen Industrialismus aufbaut. Wenn Deutschland dazu gelangen sollte, politisch zu einem unbestrittenen Platz unter den Weltvölkern aufzurücken, unter den Völkern, die diesseits und jenseits der Meere

herrschen, so ist es undenkbar, daß in ihm die politische Weltanschauung der ostelbischen Großgrundbesitzer, des oberbayerischen Klerus oder der sozialdemokratischen Parteitage noch eine maßgebende Bedeutung von der Art wie heute einnehmen könnten. Es soll damit durchaus nicht gesagt sein, daß für den praktischen Verstand und das patriotische oder religiöse Gefühl der Konservativen wie der Klerikalen trotz jener Widersprüche kein gangbarer Weg, keine Kompromisse zu dem Deutschland der Zukunft hinüberführen könnten, aber es werden und müssen mit Notwendigkeit Kompromisse sein, die reell und ideell einen Verzicht auf bisher behauptete Positionen bedeuten. In der direkten logischen Entwicklungslinie liegt die deutsche Weltpolitik nur für den Liberalismus. Für einen Teil desselben, für die Epigonen der alten 48er Demokratie und für die alte Gefolgsmannschaft Eugen Richters, hätte diese Behauptung noch vor wenigen Jahren sehr paradox geklungen. Der Frühlingsturm, der zu Anfang des Jahres 1907 durch das deutsche Parteileben, zumal das liberale, einherfuhr, hat hier aber scheinbar ein Wunder offenbart — in Wahrheit aber doch wohl kein Wunder, denn auch hier ist in der Wirkung nichts gewesen, was nicht schon vorher in der Ursache gewesen wäre. Nur konnte man vorher zweifeln, ob die innere Kraft und Folgerichtigkeit des liberalen Prinzips, wie es geschehen ist, selbst schon bei der jetzt lebenden alten Generation so kraftvoll das Eis der geschichtlich nur zu erklärbaren politischen Verbitterung und Vereinsamung zertrümmern würde. Auf der andern Seite muß man sich freilich auch klar machen, daß bei alledem die Dinge auch noch anders kommen können. Je schärfer sich der Zukunftscharakter Deutschlands schon in der Gegenwart auszuprägen beginnt und je klarer es den Trägern der jetzt in Deutschland mächtigen politischen Weltanschauungen wird, daß die Zeit kommt, wo sie werden kapitulieren müssen, wenn die Entwicklung in ihren Bahnen bleibt, desto gewaltsamer werden auf jener Seite Reaktionsbestrebungen aufzukommen suchen. Auf den bewußten und nur durch die Rücksicht auf das Mögliche und Nichtmögliche bestimmten Potenzen des weltpolitischen Wollens unter uns ruht die Aufgabe, innerhalb der schweren, massenhaften, weltmachtfeindlichen oder weltmacht-

fremden Körper des Klerikalismus, des Konservatismus und der Sozialdemokratie soviel von persönlicher seither schlummernder oder niedergedrückter Intelligenz und Willensregung loszumachen, daß unter dem Druck neuer Tatsachenerkenntnis die Trennung von dem alten Parteiideal und die Vereinigung mit der nationalen Zukunftshoffnung erfolgt. Niemand, der unsere heutigen politischen Verhältnisse kennt, wird sich darüber täuschen dürfen, daß die Frage, ob diese Aufgabe in absehbarer Zeit, d. h. so lange es noch nicht zu spät ist, gelöst werden kann, aus den angeführten Gründen einstweilen leider noch als eine offene gelten muß.

Vergegenwärtigt man sich die Reihe von Schwierigkeiten, die sich für die praktische Durchdringung aller maßgebenden Schichten der Nation mit der Ueberzeugung von den Zielen und Wegen des neuen Deutschland heute noch ergeben, so erscheint die Aufgabe, ihrer Herr zu werden, in der Tat beängstigend groß. Es gibt aber doch, von allen anderen einstweilen noch zweifelhaften Möglichkeiten der Entwicklung abgesehen, einige bestimmte Tatsachen und Möglichkeiten, die einen günstigeren Ausblick gewähren. Die erste und wichtigste dieser Tatsachen ist ohne Zweifel die Persönlichkeit des Kaisers. Selten im Verlauf der Weltgeschichte hat so viel von dem Schicksal eines großen Volkes für Gegenwart und Zukunft an einem einzigen Charakter gehangen, wie heute für uns an dem Wilhelms II. In seinem schwer als widerspruchslöse Einheit zu deutenden Wesen sticht doch neben der autoritativ-patriarchalischen Note ein deutlich nichtkonservativer, zum Teil sicher antikonserverativer Zug hervor — von dem Gegensatz gegen den Ultramontanismus und die Sozialdemokratie gar nicht zu reden. Vor allen Dingen aber ist dieser Mann wie kein zweiter unter uns durchdrungen von feurigem Eifer für den prinzipiellen Gedanken des neuen Deutschlands an sich und für die Besiegung der Widerstände, die sich von außen und innen aufmachen wollen, ihm auf diesem Wege feindlich zu begegnen. In dieselbe Richtung zielt, mit milderer äußerer Impulsivität aber vielleicht mit kaum geringerer Energie, auch die Sinnesart und Tätigkeit des Prinzen Heinrich. Man denke sich heute diese beiden Persönlichkeiten, den Kaiser und seinen Bruder, fort, und man wird ermessen, welches ein Verhängnis damit

am Horizont der deutschen Geschichte heraufstiege. Wir müssen es alle gestehen, daß wir hier und da eine bestimmte Handlungsweise des Kaisers politisch und psychologisch nicht begreifen, wenn gleich der Schritt vom Nichtbegreifen zum Nichtbilligen öfters mehr überlegt werden könnte, wenigstens in der Oeffentlichkeit, als geschieht. An gewissen Punkten der inneren wie der auswärtigen Politik liegen die Dinge auch für das vorsichtige Urteil, das gewohnt ist, nicht nur mit dem zu rechnen, was vor Augen steht, sondern auch mit dem, was man möglicherweise nicht weiß, so klar, daß eine bestimmte Kritik kaiserlicher Worte und Handlungen in dem Sinne möglich und notwendig wird, daß es als politische Pflicht erscheint, die Abweichung von dem Standpunkt des Kaisers zu fixieren und zu begründen. Demgegenüber bleibt aber für uns doch immer wieder das Entscheidende, daß wir wissen: Kaiser Wilhelm II. hat in dieser Frage, die uns bewegt, das Entscheidende, worauf es mehr als auf alles andere, unendlich viel mehr als auf politische Irrtumslosigkeit im einzelnen, ankommt: den unbeugsamen und konsequenten Willen für das kommende Deutschland unter den Weltvölkern. Dieser Wille ist es, der zu allem andern führt und auf den man daher vertrauen darf.

Ein zweites Moment, auf das man Hoffnung bauen darf, ist die Möglichkeit großer politischer Vorgänge in der außerdeutschen Welt, die durch den Druck überwältigender Tatsächlichkeit die öffentliche Meinung bei uns aufrütteln und sie zwingen könnten, sich auf den Wandel der Zeit zu besinnen. Der südafrikanische und der russisch-japanische Krieg sind Fingerzeige nach dieser Richtung hin gewesen. Es gibt auch noch andere ihnen vergleichbare Eventualitäten. Sie alle bergen für uns Momente der Hoffnung, wenn gleich dabei auch die Gefahr vorhanden ist, daß wir uns eines Tages aus solch einem Anlaß in den Weltkrieg hineingerissen sehen könnten, bevor wir auf ihn gerüstet sind. Wie groß unter diesen Umständen die politische Verantwortlichkeit derjenigen ist, die das Wesen und den Ernst unserer heutigen Lage erkennen, darüber bedarf es nun weiter keiner Rede mehr. Es kann keine größere, keine dringlichere Aufgabe für sie geben, als die, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die ihnen gewordene Erkenntnis unter den-

jenigen Schichten der Nation zu verbreiten, die noch fern von der Einsicht in die gewaltige, unmittelbare und drohende Größe der Gefahr sind, inmitten derer wir uns angesichts der Möglichkeit befinden, im Wettstreit der Nationen auf einen hinteren Platz zurückgedrängt zu werden!

Mit dieser Orientierung treten wir nun an die Aufgabe heran, ein Bild der politischen Gegenwart und der voraussichtlichen Entwicklungslinien für die politische Zukunft Deutschlands zu ziehen: auf Grund unserer Stellung innerhalb der übrigen Mächte wie der Zustände und Entwicklungen, durch die das Lebensinteresse und die Beziehungen der fremden Nationen zu uns und unter einander bedingt erscheinen.

Es ist noch in unser aller Gedächtnis, wie sich das nach dem Jahre 1866 entstandene Bild der politischen Weltlage, daß es sechs europäische Großmächte gebe und im Zusammenhang damit ein sogenanntes europäisches Gleichgewicht, allmählich in ein anderes verschob. Zwei von jenen sechs Staaten erster Ordnung begannen sich bewußtmaßen zu „Weltmächten“ zu entwickeln und zu ihnen trat als dritter im Bunde die große amerikanische Republik hinzu. Der Berliner Kongreß von 1878 bezeichnet etwa den Höhepunkt des alten Systems der sechs Großmächte. Heute dagegen, wo seitdem kaum 25 Jahre vergangen sind, liegt es vor aller Augen, daß Staaten wie Italien oder selbst Oesterreich-Ungarn unmöglich in dieselbe politische Größenklasse gesetzt werden können, wie England, Rußland und die nordamerikanische Union. In einer gewissen Zwischenstellung zwischen jenen drei weit vorausgeschrittenen und den übrigen zweifellos zurückgebliebenen großen Mächten befinden wir uns, und mit uns etwa noch die Franzosen. Welche Aussichten haben wir als Nation, uns endgültig auf die Seite derjenigen Völker hinüberzuschwingen, von denen die Weltgeschichte im Laufe des zwanzigsten und wohl auch der folgenden Jahrhunderte menschlicher Voraussicht nach gemacht werden wird? Welches sind die Kräfte, die zu unsern Gunsten, sei es bereits wirken, sei es noch angespannt werden können? Welche Umstände sind uns günstig und welche geeignet, unsere Hoffnungen zu vermindern? Wir werden und beim Suchen nach Antwort auf diese Fragen, die das Thema

der nachfolgenden Blätter bilden sollen, stets von der Erinnerung an die eine, alles andere schlechtthin beherrschende Tatsache leiten lassen müssen: daß wir zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches und bis zum Höhepunkt des Bismarckischen politischen Systems zwar ein Staat waren, für dessen Bevölkerung die Ernährungsmöglichkeit durch eigene Produktion im wesentlichen gesichert erschien und der außerhalb Europas in seinen wirtschaftlich überseeischen Beziehungen zwar hin und her empfindlich geschädigt, aber von dieser Seite her in keiner Weise gefährlich oder tödlich getroffen werden konnte — daß jene unsere damalige Lage sich aber heute in fundamentaler Weise geändert hat und jede politische Erwägung die geschehene Aenderung zum Ausgangspunkt ihres Nachdenkens machen muß.

Nicht nur bei uns aber haben sich große und grundlegende Aenderungen sowohl in der politischen Willensrichtung als auch in der ökonomischen Basis des nationalen und staatlichen Lebens vollzogen, sondern auch bei anderen Völkern. Zum Teil sind unsere Nachbarn anders geworden, als sie vor dreißig, zwanzig, ja selbst noch vor zehn Jahren waren — zum Teil sind Kräfte, die zu der Zeit, da das Deutsche Reich gegründet wurde, noch unten am Horizonte der großen Politik standen, weit gegen die Mittagshöhe emporgekommen. Rußland, Oesterreich-Ungarn und das Türkische Reich im Osten, England und Frankreich im Westen, sind nicht minder vermöge ihrer als vermöge unserer eigenen Weiterentwicklung und Strukturveränderung positiv wie negativ für uns heute anders zu wertende Größen geworden, als während der Bismarckischen Epoche, und neu hinzugetreten ist das Problem, welches das rapide Emporkommen der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japans uns wie allen unseren Nachbarn zu lösen aufgibt.

Zweites Kapitel.

Die Faktoren der äußeren Politik bis zum Ende des Jahrhunderts.

Unsere politische Existenz nach dem Frankfurter Frieden erschien durch die Notwendigkeit bedingt, die Errungenschaften Preußen-Deutschlands von 1864 bis 1871 zu behaupten. Von Dänemark abgesehen, das nicht als selbständige militärische Macht, sondern nur durch seinen (späteren) verwandtschaftlichen Einfluß an mehreren europäischen Höfen in Betracht kam, waren Oesterreich und Frankreich die Gegner, auf deren Kosten das Deutsche Reich unter preussischer Führung zustande gekommen war. Daß es 1870 nicht von vornherein zu einem österreichisch-französischen Kriegsbündnis gegen uns kam, lag, von anderen weniger gewichtigen Momenten abgesehen, hauptsächlich daran, daß unsere ersten Erfolge gegen Frankreich so schnell und so entscheidend ausfielen. Verstanden sich Frankreich und Oesterreich ohne weiteres gegen uns, so brauchten sie nur noch Rußland für den Beitritt zu ihrem Bündnis zu gewinnen und die von allen preussischen Staatsmännern seit Friedrich dem Großen bis auf Bismarck gefürchtete Konstellation des siebenjährigen Krieges war da. Daß der Krieg um die deutsche Einheit mit Frankreich kommen würde, sah Bismarck 1866 mit vollster Deutlichkeit voraus. Für ihn kam es also beim Friedensschluß mit Oesterreich vor allen Dingen darauf an, der österreichischen Niederlage den Stachel zu nehmen, der uns den Besiegten von Königgrätz für absehbare Zeit als unversöhnten und unversöhnlichen Gegner erhalten hätte. Ein solcher Stachel wäre es gewesen, wenn Oesterreich nach dem ursprünglichen Wunsche König Wilhelms den Rest von Schlesien und einen erheblichen Teil von Deutsch-Böhmen hätte abtreten müssen. Bekanntlich hat Bismarck um dieser Sache willen die Rohrbach, Deutschland unter den Weltvölkern.

heftigsten Kämpfe mit dem König und seiner Umgebung zu bestehen gehabt, und er mußte die äußersten Mittel anwenden, um die von ihm für richtig erkannte Selbstbeschränkung durchzusetzen. *) Die spätere Entwicklung der Ereignisse hat Bismarcks politischer Voraussicht auf das vollständigste Recht gegeben. Vor seinem Geiste stand die Gefahr, die sich für das geeinigte Deutschland der nächsten Zukunft daraus ergeben mußte, wenn das neue Reich für jede politische Konstellation unter allen Umständen auf die vereinigte Feindschaft Frankreichs und Oesterreichs zu rechnen hatte. Bekanntlich hat im letzten Augenblick die Intervention des Kronprinzen den König zur Nachgiebigkeit bewogen, nachdem der letzte persönliche Vortrag des Kanzlers eine so lebhaftere Erregung des Königs herbeigeführt hatte, daß Bismarck eine Verlängerung der Erörterung unmöglich war und er das Gemach mit dem Eindruck verließ, seine Auffassung sei abgelehnt. Als er in sein Zimmer zurückkehrte, schreibt er, sei er in der Stimmung gewesen, ob es nicht besser für ihn sei, aus dem offenstehenden Fenster des 4. Stockwerks zu fallen! Und König Wilhelm schrieb in seiner heftigen Gemütsbewegung nach der Unterredung mit dem Kronprinzen jene berühmte Marginalnotiz auf die Denkschrift seines Kanzlers: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stich läßt und ich hier außer stande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen.“ Solch einer heroischen Krisis unter den Schmieden des zukünftigen Deutschlands hat es bedurft, um nicht im voraus die tragfähige Grundlage für den ganzen Aufbau unserer Politik nach der Vollendung der Reichsgründung zu zerstören! Bismarck dachte damals in erster Linie an Oesterreich und Frankreich, in zweiter an

*) Bei dem Kriegsrat vom 23. Juli, in dem der König der militärischen Mehrheit beitrug und Bismarck mit seiner politischen Deduktion über die Notwendigkeit maßvoller Friedensbedingungen allein blieb, brach er seelisch zusammen und wurde im Nebenzimmer von einem Weinkrampf befallen. Danach bat er den König, wenn dieser seinen verantwortlichen Rat nicht annehmen wolle, um seine Entlassung.

Rußland. Selbst wenn Deutschland für sich jenen beiden ersten zusammengenommen gewachsen blieb, und selbst wenn kein wirkliches Kriegsbündnis zwischen ihnen und Rußland für den gemeinsamen Angriff zustande kam, so wären wir doch in der bedenklichsten Weise dem politischen Druck der übrigen Mächte, vor allen Dingen dem Rußlands, ausgeliefert gewesen, wenn jedermann uns gegenüber für seine Wünsche und Ansprüche die gegnerische Kombination unserer Nachbarn von Osten und Süden her als fertig in die politische Rechnung einzustellende Größe vorfand. In der Politik wie im Kriege kommt es für den Erfolg in der Regel darauf an, ob man imstande ist, durch seine eigenen Maßnahmen dem Gegner das Gesetz der Handlung vorzuschreiben oder umgekehrt. Die Versöhnung mit Oesterreich-Ungarn hinter Königgrätz bedeutete für uns das erste, die Fortdauer der Feindschaft das zweite.

An sich bestand natürlich auch die Möglichkeit, nachdem Frankreich besiegt war, die Koalition Deutschland-Rußland gegenüber den übrigen Mächten, vor allen Dingen gegenüber Oesterreich und Frankreich, aufzurichten. Bismarck hat auch an diese Möglichkeit gedacht, aber er hat sie dann ausdrücklich verworfen. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ (II, 233 ff.) spricht er von der Möglichkeit, daß sich die drei Mächte, Frankreich, Oesterreich und Rußland zu einem antideutschen Bündnis finden könnten. „In dieser Situation,“ schreibt er a. a. O., „lag die Aufforderung zu dem Versuch, die Möglichkeit der antideutschen Koalition durch vertragsmäßige Sicherstellung der Beziehungen zu wenigstens einer der Großmächte einzuschränken. Die Wahl konnte nur zwischen Oesterreich und Rußland stehen, da die englische Verfassung Bündnisse von gesicherter Dauer nicht zuläßt und die Verbindung mit Italien allein ein hinreichendes Gegengewicht gegen eine Koalition der drei übrigen Großmächte auch dann nicht gewährte, wenn die zukünftige Haltung und Gestaltung Italiens nicht nur von Frankreich, sondern auch von Oesterreich unabhängig gedacht wurde.“ Bismarcks Wahl fiel nicht auf Rußland, sondern auf Oesterreich, wiewohl er, wie er selbst an anderer Stelle schreibt, das Bündnis mit Rußland sowohl wegen der militärischen Machtmittel Rußlands als auch wegen der Schwierigkeiten, die aus der nationalen Zusammensetzung

Oesterreichs und aus der Möglichkeit klerikaler Beeinflussung der österreichischen Politik erwachsen konnten, für das materiell stärkere hielt. Ausschlag gab die Erwägung, daß die Bindung an Rußland, dem dann die Beziehungen zu allen anderen europäischen Mächten mehr oder weniger zum Opfer gebracht werden mußten, dazu führen konnte, daß wir uns „bei akuten Vorkommnissen von französischer und österreichischer Revanchelust bei unserer exponierten geographischen Lage in einer gefährlichen Abhängigkeit von Rußland befinden würden.“ Rußlands osteuropäisch-kontinentale, schwer angreifbare Lage gewährt ihm immer die Möglichkeit verhältnismäßig leichten Rückzuges aus einem unbequem werdenden Koalitionsverhältnisse, und Deutschland hätte alsdann nutzloser und gefährlicher Weise seine guten Beziehungen zu dem übrigen Europa geopfert. So entstand als Grundlage des bald darauf abgeschlossenen und bis heute in Kraft verbliebenen Dreibundes das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, dessen Wesen Bismarck in dem klassischen Brief entwickelt, den er am 10. September 1879 von Gastein aus an den König Ludwig von Bayern schreibt. („G. u. E.“, II. 238 ff.)

Er geht von der Tatsache aus, daß Rußland im Jahre 1876 eine formelle Erklärung verlangt habe, ob das Deutsche Reich in einem russisch-österreichischen Kriege neutral bleiben werde, da eine solche Neutralität möglicherweise eine Zertrümmerung Oesterreichs, das für unser politisches System in Europa unentbehrlich war, bedeutet hätte, so mußte sie verweigert werden, „und das russische Kriegswetter zog einstweilen nach dem Balkan ab.“ Nach dem Berliner Kongreß hielt die öffentliche Meinung in Rußland die dort von den übrigen Mächten zugestandenen Erträgnisse des Krieges für zu gering und schob die Schuld daran mit Unrecht auf Deutschland. Der nächste Schritt waren gewaltige russische Rüstungen in Polen, die „nur gegen Oesterreich und Deutschland bestimmt sein“ konnten. Unter diesen Umständen konnte sich Bismarck der Ueberzeugung nicht erwehren, „daß der Friede durch Rußland, und zwar nur durch Rußland, in der Zukunft, vielleicht auch in naher Zukunft, bedroht sei.“ Auch Oesterreich fühle sich durch Rußland beunruhigt und scheine zu einer Verständigung mit uns zur gemeinsamen Abwehr

eines russischen Angriffs geneigt zu sein. Für den europäischen Frieden und die Sicherheit Deutschlands erblickte Bismarck eine wesentliche Garantie darin, „wenn das Deutsche Reich auf eine solche Abmachung mit Oesterreich einginge, welche zum Zweck hätte, den Frieden mit Rußland nach wie vor sorgfältig zu pflegen, aber wenn trotzdem eine der beiden Mächte angegriffen würde, einander beizustehen. Im Besitz dieser gegenseitigen Asssekuranz könnten beide Reiche sich nach wie vor der erneuten Befestigung des Dreikaiserbundes widmen. Das Deutsche Reich im Bunde mit Oesterreich würde der Anlehnung Englands nicht entbehren und bei der friedfertigen Politik der beiden großen Reichskörper den Frieden Europas mit zwei Millionen Streitern verbürgen. . . . Unterbleibt jedes Abkommen derart, so wird man es Oesterreich nicht verargen können, wenn es unter dem Drucke russischer Drohungen und ohne Gewißheit über Deutschland schließlich entweder bei Frankreich oder bei Rußland selbst nähere Fühlung sucht. Trete der letztere Fall ein, so wäre Deutschland bei seinem Verhältnis zu Frankreich der gänzlichen Isolierung auf dem Kontinent ausgesetzt. Nehme Oesterreich aber bei Frankreich und England Fühlung, ähnlich wie 1854, so wäre Deutschland auf Rußland allein angewiesen, und, wenn es sich nicht isolieren wollte, an die . . . fehlerhaften und gefährlichen Bahnen der russischen inneren und äußeren Politik gebunden.“ Die politische Argumentation dieses für die Beurteilung der Politik Bismarcks grundlegenden Schriftstücks verdichtet sich zum Schluß zu dem prägnanten Satz: „Zwingt uns Rußland, zwischen ihm und Oesterreich zu optieren, so glaube ich, daß Oesterreich die konservative und friedliebende Richtung für uns anzeigen würde, Rußland aber eine unsichere.“ Bekanntlich hat es die Bismarcksche Staatskunst dann verstanden, trotz dieser durch die unsichere und gelegentlich offen drohende Haltung Rußlands verursachten Wendung, den berühmten „Rückversicherungsvertrag“ Deutschlands mit Rußland zustande zu bringen, der dann von Caprivi als ein vermeintlich zu kompliziertes und nicht genügend aufrichtiges Verhältnis fallen gelassen wurde. „Die Gefahren,“ schreibt Bismarck („G. u. E.“, II. S. 250 f.), „die für unsere Einigkeit mit Oesterreich in den Versuchungen russisch-

österreichischer Verständigungen . . . liegen, lassen sich, soweit das überhaupt möglich ist, paralyisieren, wenn wir zwar fest auf Treue gegen Oesterreich, aber auch darauf halten, daß der Weg von Berlin nach Petersburg frei bleibt. Unsere Aufgabe ist, unsere beiden kaiserlichen Nachbarn in Frieden zu erhalten. Die Zukunft der vierten großen Dynastie in Italien werden wir in demselben Maße sicher zu stellen imstande sein, in dem es uns gelingt, die drei Kaiserreiche einig zu erhalten, und den Ehrgeiz unserer beiden östlichen Nachbarn entweder zu zügeln oder in beiderseitiger Verständigung zu befriedigen. Jeder von beiden ist für uns nicht nur in der europäischen Gleichgewichtsfrage unentbehrlich — wir können keinen von beiden missen, ohne selbst gefährdet zu werden — sondern die Erhaltung eines Elements monarchischer Ordnung in Wien und Petersburg, und auf der Basis beider in Rom, ist für uns in Deutschland eine Aufgabe, die mit der Erhaltung der staatlichen Ordnung bei uns selbst zusammenfällt.“

Aus dem deutsch-österreichischen Bündnis hat sich dann in der Folge der Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien entwickelt. Bismarcks ursprüngliches Programm war bekanntlich von Anfang an ein anderes. Bismarck schreibt hierüber: („G. u. E.“, II. S. 229.): „Der Dreibund, den ich ursprünglich nach dem Frankfurter Frieden zu erreichen suchte, und über den ich schon im September 1870 von Meaux in Wien und Petersburg sondiert hatte, war ein Bund der drei Kaiser mit dem Hintergedanken des Beitritts des monarchischen Italiens und gerichtet auf den, wie ich befürchtete, in irgend einer Form bevorstehenden Kampf zwischen den beiden europäischen Richtungen, die Napoleon die republikanische und die kosakische genannt hat, und die ich nach heutigen Begriffen bezeichnen möchte einerseits als das System der Ordnung auf monarchischer Grundlage, andererseits als die soziale Republik, auf deren Niveau die antimonarchische Entwicklung langsam oder sprungweise hinabzusinken pflegt . . .“ In den Jahren 1872 und 1873 schien sich in der Tat der von Bismarck geplante Bund der vier großen Monarchien auf dem europäischen Kontinent oder doch wenigstens ein festes politisches Einverständnis zwischen ihnen anzubahnen. Bismarck schreibt es großenteils der

aus persönlichem Neid entsprungenen Feindschaft des russischen Staatskanzlers Fürsten Gortschakow zu, daß die russische Politik jene oben angedeutete Wendung nahm, die Deutschland dann nötigte, seinerseits die „Option“ zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn vorzunehmen. Die großartige politische Kunst Bismarcks vermochte es trotzdem, den anscheinend durch alle natürlichen Erwägungen nahegelegten Gegenzug, die russisch-französische Annäherung, die sofort nach seinem Rücktritt unter der Reichskanzlerschaft Capravis Tatsache wurde, hintanzuhalten. Bismarck schreibt („G. u. E.“, II. S. 252): „Ich habe die Pflege nachbarlicher Beziehungen zu Rußland neben unserem definitiven Bunde mit Oesterreich nach wie vor für geboten angesehen, denn eine sichere Asssekuranz gegen einen Schiffbruch der gewählten Kombination ist für Deutschland nicht vorhanden, wohl aber die Möglichkeit, antideutsche Velleitäten in Oesterreich-Ungarn in Schach zu halten, solange die deutsche Politik sich die Brücke, die nach Petersburg führt, nicht abbricht und keinen Riß zwischen Rußland und uns herstellt, der sich nicht überbrücken ließe. Solange ein solcher unheilbarer Riß nicht vorhanden ist, wird es für Wien möglich bleiben, die dem deutschen Bündnisse feindlichen oder fremden Elemente im Zaum zu halten. Wenn aber der Bruch zwischen uns und Rußland, schon die Entfremdung, unheilbar erschiene, würden auch in Wien die Ansprüche wachsen, die man an die Dienste des deutschen Bundesgenossen glauben würde stellen zu können . . .“ Bismarck betont es weiterhin an verschiedenen Stellen, daß die Basis der Verständigung mit Rußland zu der Zeit, da er die deutsche Politik leitete und auch noch unter dem mißtrauischen und keineswegs deutschfreundlichen Zaren Alexander III. in dem Vertrauen gelegen habe, das russischerseits trotz aller fremden Aufregungen auf seine Person in dem Sinne bestanden habe, daß ihm jeder Gedanke eines Angriffs auf Rußland fernlag. „Es gehört ein ungewöhnliches Maß von Dummheit und Verlogenheit in der öffentlichen Meinung und in der Presse Rußlands dazu, um zu glauben und zu behaupten, daß die deutsche Politik von aggressiven Tendenzen geleitet worden sei, indem sie das österreichische und dann das italienische Defensivbündnis abschloß. Die Verlogenheit war mehr polnisch-französischen, die Dumm-

heit mehr russischen Ursprungs. Polnisch-französische Gewandtheit hat auf dem Felde der russischen Leichtgläubigkeit und Unwissenheit den Sieg über den Mangel an solcher Gewandtheit davongetragen, in dem je nach den Umständen eine Stärke oder Schwäche der deutschen Politik liegt.“ Mit diesen bezeichnenden Worten charakterisiert Bismarck den Eintritt der russisch-französischen, ihrem inneren Wesen nach gegen Deutschland gerichteten Verständigung, nachdem sein Nachfolger Caprivi den sogenannten russischen Rückversicherungs-Vertrag hatte fallen lassen. Von dem Moment an, wo Rußland und Frankreich sich fanden und ihre vorläufige Entente sich späterhin zu dem formellen Abschluß des Zweibundes verdichtete, tritt das ein, was die politische Kunst Bismarcks von 1871 an bis dahin zu verhindern gewußt hatte: Deutschland, das durch seine Politik bisher den übrigen Großmächten auf dem europäischen Festlande teils das Gesetz ihres politischen Handelns vorgeschrieben, teils sie durch die von ihm hervorgerufene und geführte Gruppierung der Kräfte getrennt erhalten und in repressivem Sinne beeinflusst hatte, sieht sich durch das russisch-französische Bündnis einem kombinierten selbständigen Gegenspiel gegenüber. In diesem Sinne kann man mit der Aenderung des Verhältnisses zu Rußland die erste Epoche der europäischen Politik Deutschland nach der Gründung des Reiches abschließen.

Ein Rückblick auf das Bismarcksche System zeigt uns, daß es reine Europapolitik ist. England, von dem bei Bismarck sonst noch an verschiedenen Stellen die Rede ist, kommt eigentlich immer nur insofern in Betracht, als seine Interessen zu denen anderer Großstaaten, Frankreichs und in erster Linie Rußlands, im Orient und anderswo im Gegensatz erscheinen und seine eigentümlichen politischen Verhältnisse nicht gestatten, es als einen festen Faktor in die für Deutschland bestehenden Koalitionsmöglichkeiten einzubeziehen. Bemerkenswert ist überdies, daß fast überall, wo Bismarck von der englischen Politik spricht, seine Rede einen Stich ins Ironische hat; für Deutschlands unmittelbare Interessen wertet er sie durchgehends minder bedeutungsvoll als selbst die Stellung Italiens. Ein deutsch-englischer Interessenkonflikt, vollends gar ein solcher, der zu einer

bewaffneten Auseinandersetzung führen könnte, liegt, wenigstens soweit öffentliche Äußerungen Bismarcks darüber bekannt sind, durchweg noch unterhalb des politischen Horizonts. Nun wird sich sicher niemand dem Eindruck der Genialität entziehen können, mit der Bismarck während der klassischen Zeit seiner Amtsführung sowohl Deutschlands politische Situation erfaßt und definiert, als auch das Spiel praktisch zu unseren Gunsten gemischt hat. Kein europäischer Staat besaß während der Epoche von 1870 bis 1888 so viele politische Trümpfe in der Hand, wie wir. Wohlverstanden und notwendige Voraussetzung war dabei aber derjenige Zustand, den Bismarck als die Saturiertheit Deutschlands bezeichnete. Nur wenn wir wirklich politisch in dem Sinne „gesättigt“ waren, daß allen unseren Lebensinteressen in der Tat mit Aufrechterhaltung des politischen status quo in Europa und anderswo auf befriedigende Weise gedient war — nur dann galt jenes Bismarcksche System, das in den Sätzen über die Stellung Deutschlands unter den europäischen Mächten so klassisch zum Ausdruck gelangt. Mit dem Augenblick, wo sich die Lage derart zu verschieben begann, daß unser Sättigungszustand nach irgend einer Seite hin zu existieren aufhörte und der Notwendigkeit einer wie auch immer gearteten Ausdehnung unseres politischen Interessengebietes Platz machte, mußte es unmöglich werden, daß wir unsere Rechnung allein bei einem Verhältnis fanden, welches in erster Linie auf unserer relativen Wunschlosigkeit und dauernden materiellen Konsolidierung gegenüber Elementen der Unruhe und Unsicherheit an anderen Stellen gegründet war. Diejenigen Mächte, denen wir in dem Aufbau der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen unseres politischen Lebens mittlerweile ähnlicher geworden sind, vor allen Dingen also England, müssen unter den veränderten Umständen notwendig auch eine veränderte Rolle im politischen Kalkül für uns spielen — ebenso wie wir natürlich entsprechendermaßen für sie; auf der anderen Seite aber haben nicht nur bei uns, sondern auch in Rußland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich, den drei für die Lage Deutschlands während der Bismarckschen Epoche hauptsächlich bestimmenden Faktoren, mehr oder minder tiefgreifende politische Strukturveränderungen stattgefunden. Dieser verwandelte Stand der Dinge bei unseren Nachbarn, den östlichen wie den

westlichen, ist es, den wir vorerst kennen zu lernen haben, wenn wir imstande sein sollen, ein Gesamtbild der politischen Lage unter dem Gesichtspunkt der Interessen, Hoffnungen, Ausichten und Möglichkeiten zu zeichnen, die es für uns gibt. Bevor wir uns aber dieser nächsten Aufgabe unserer Arbeit im einzelnen zuwenden, ist es noch erforderlich, die äußeren Phasen der politischen Situation Deutschlands seit dem Aufhören des Bismarckschen Systems kurz zu verfolgen.

Beim Rückblick auf die Zeit, die zwischen der Entlassung Bismarcks auf der einen, der Anteilnahme Deutschlands an der ostasiatischen Politik und der Orientreise des Kaiserpaares auf der anderen Seite liegen, d. h. also die Jahre 1890 bis 1895-96, die unter die Reichskanzlerschaften Caprivis und des Fürsten Hohenlohe fallen, gewahrt man, daß die auswärtige Politik auf einem toten Punkt zu stehen scheint. Den Anfang dieser Periode macht das verlustreiche Kolonialabkommen mit England, von dem man allmählich erfahren hat, daß es weniger die englischen Forderungen waren, als die Unkenntnis unserer Unterhändler in der Geographie von Afrika, die uns so schlecht abschneiden ließ, daß Afrikafenner wie Stanley sich zu dem bekannten Ausspruch vom Knopf und Anzug veranlaßt sahen. Natürlich war die Wirtschaftspolitik, die zu den Caprivischen Handelsverträgen mit Rußland führte (1894/95), nicht ohne Bedeutung für die auswärtige Lage; aber im ganzen ist die Signatur doch die, daß Europa sich innerlich und äußerlich von dem Druck auf das Ganze, den die Führung der politischen Zügel durch Bismarck ausgeübt hatte, emanzipiert fühlte, und aus unserem politischen Auftreten während dieser Jahre keine Veranlassung zu entnehmen brauchte, sich Zurückhaltung in der Betätigung dieser Emanzipation aufzuerlegen. Wir wissen jetzt, daß Bismarcks Entlassung durch nichts anderes bedingt war, als durch den Konflikt zwischen dem Kaiser und ihm über den von ihm geplanten Staatsstreich gegen die Reichsverfassung. Diesen konnte und wollte der Kaiser nicht gutheißen, und wie die Dinge lagen, blieb kein anderer Ausweg übrig, als der gewaltsame Bruch. Mit der auswärtigen Politik hätte diese Angelegenheit gar nichts zu tun, aber es war doch eine

Ähnlichkeit zwischen der Lage auf ihrem Gebiet und der im Innern insofern vorhanden, als hier wie dort ein Uebergang in andere Bahnen als diejenigen Bismarcks waren, notwendig wurde. Bismarcks Natur versagte im Innern vor der Notwendigkeit, die Sozialdemokratie und die soziale Frage nicht nur nach den äußeren revolutionären und zersetzenden Begleiterscheinungen, sondern gleichzeitig auch als Problem der sittlichen Verantwortlichkeit für die regierenden, besitzenden und gebildeten Schichten aufzufassen. Wessen er nach dieser Richtung hin fähig war, geht nicht über das System der patriarchalischen Fürsorge hinaus, das in die ethischen Tiefen des Problems, in dem Politik, Religion und Moral sich untrennbar verschlingen, nicht hinabreicht. Daher glaubte er, durch das Staatsstreichmittel das Uebel heilen zu können. Nach außen hin aber scheint er es am äußersten Abend seines Lebens ebenso wenig mehr vermocht zu haben, diejenigen Zeichen zu deuten, die eine allmähliche Vorbereitung für die Erweiterung der politischen Ziele Deutschlands über die europäischen Rücksichten und Verhältnisse hinaus auf den Schauplatz der großen überseeischen Welt forderten. Auch die ganze Art, wie er die Kolonialpolitik begann und Fragen, die mit der Erwerbung und Erweiterung des Kolonialbesitzes zusammenhingen, behandelte, deutet darauf hin, daß er in diesen Dingen, auch wenn er bis zum Ende an der Macht geblieben wäre, sich nicht mehr dazu entwickelt hätte, auch das größere Deutschland, das Deutschland, das einem Weltvolk unter den Weltvölkern gehören sollte, in den Sattel zu setzen. Nach beiden Seiten hin hat denn der Kaiser erkannt und getan, wozu Bismarck seinem Wesen nach nicht mehr imstande war: er hat das ethische Prinzip in der Behandlung der sozialen Probleme in Deutschland durch sein Eingreifen gegen Bismarck gerettet, und er hat dann nach einer längeren Zeit des Ueberlegens, Suchens und Vorbereitens in der auswärtigen Politik dem Steuer eine deutliche Wendung zum Kurs auf die Weltpolitik gegeben. Das Eingreifen in Ostasien nach dem Siege Japans über China, die Reise nach Konstantinopel und Jerusalem als Ausdruck einer die Türkei stützenden grundsätzlichen Haltung und die Besetzung von Kiautschou sind die ersten Marksteine des beginnenden Zeitalters neudeutscher auswärtiger Politik. Es ist der Unterschied zwischen freier Be-

wunderung der menschlichen und heroischen Größe Bismarcks und dogmatischer Kanonisierung seiner Person, wenn man es nicht ertragen kann, die Grenzen auch dieser Natur gezogen zu sehen. Daß Bismarck sozial=ethische Fragen nicht in ihrer Wesenstiefe aufzufassen vermochte, war durch seine Naturveranlagung bedingt. Hätte er die psychologische Struktur eines geistigen Führers der Nation auf diesem Gebiete besessen, so wäre er wohl kaum der Mann gewesen, dem allein es gelingen konnte, die deutsche Einheit zu schmieden. Daß seine Hand nicht mehr die deutsche Nation unter die Weltvölker hinauszuführen vermochte und daß er die ersten Schritte der kaiserlichen Politik, die in diese Richtung führten, die Intervention gegen Japan und die Vorbereitungen zur Orientreise, teils skeptisch, teils direkt abfällig kritisierte, rührt daher, daß er ein alter Mann war, als die ersten Zeichen des neuen Zeitalters der Generation, mit deren Heranwachsen die neudeutsche Weltpolitik keimte, anfangen deutlich zu werden. In dieser Beziehung ist es ihm nicht anders gegangen wie vielen anderen Politikern, deren Lebensarbeit der Aufrichtung des Reiches und dem Ausbau seiner Verfassung und inneren Einrichtung nach 1871 gehörte.

Wenn man den politischen Charakter der auf Bismarcks Rücktritt folgenden Zeit nach einer bestimmten Seite hin kennzeichnen will, so ist es gut, sie unter diesem Gesichtspunkt mit den vorhergehenden Epochen zu vergleichen. Für das populäre politische Empfinden in Europa sind in dem Jahrzehnt zwischen 1860 und 1870 Bismarck und Napoleon III. die beiden markanten Gegenspieler in der hohen Politik. Die Partie endete mit dem großen Matt von Sedan für Napoleon. Während der Zeit nach 1870 ist es Bismarck allein, der das europäische Schachbrett beherrscht. Die übrigen Mächte sind entweder Teilhaber an der von ihm geführten politischen Kombination, oder sie werden durch eben diese Kombination mehr oder minder in Schach und voneinander getrennt gehalten, oder ihre Interessenskreise schneiden sich überhaupt nicht in tiefgreifender Weise mit denen des Systems Bismarck. So z. B. bei England. Nach 1890 gibt es eine Zeitlang weder ein ausgesprochenes Kräftezentrum, wie zu Bismarcks Zeit, noch ein markiertes Gegeneinanderspiel zweier charakteristischer Prinzipien oder Persönlichkeiten wie vor

1870. Dem defensiv orientirten Dreibund steht der Zweibund, Rußland=Frankreich, gegenüber, aber es fehlt viel daran, daß auf dieser Seite eine Einheitlichkeit des Willens im Sinne einer Revision der durch 1866 und 1870 geschaffenen Lage existiert hätte. Was Frankreich zu dem russischen Bündnis drängte, war der klare Wille, sobald es die Gelegenheit erlauben würde, die Scharte von 1870/71 auszuweihen. Für den Zaren Alexander III. hat aber der Gedanke nicht nur des Angriffskrieges gegen Deutschland, sondern des Krieges schlechthin etwas tief Abschreckendes gehabt. Alexander III. hat den Zweibund geschaffen, weil er es in seiner mißtrauischen, durchaus ehrlichen, aber in der Fähigkeit zu selbständigem politischen Urteil beschränkten Art und unter dem hegerischen Einfluß einer gewissenlosen politischen Abenteurerpartei für möglich hielt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn planen könnten, eventuell nach vorheriger Abschlachtung Frankreichs, Rußland zu überfallen und zu berauben. Daran glaubten die klugen Männer, die unter seiner Regierung an der finanziellen und allgemein wirtschaftlichen Emporbringung Rußlands arbeiteten, die Finanzminister Wyschnegradski und Witte und deren ganze Richtung, sicher nicht, aber sie glaubten an den Nutzen, den es für Rußland haben würde, wenn es das Verfügungsrecht über die Kasse seines Bundesgenossen erhielt. Frankreich borgte Rußland über Milliarden, um es finanziell und militärisch für den großen Moment, wo der Zweck des Bündnisses akut werden sollte, zu rüsten. In Rußland aber verwandten die Leiter der neuen russischen Wirtschaftspolitik die französischen Milliarden dazu, um die Währung zu reformieren, das Eisenbahnsystem in Asien herzustellen, eine künstlich ins Leben gerufene Großindustrie zu subventionieren und dergl. mehr — Dinge, die mit den französischen Tendenzen im Bündnis teils nur in sehr indirektem Zusammenhang standen, teils direkt in eine andere politische Richtung führten, teils überhaupt nur bei einer jahrzehntelangen Friedenspolitik durchzuführen waren. War der Zweibund auf diese Art ein Gebilde, das von vornherein nicht auf den Ernstfall, sondern auf den Scheinfall hin konstruiert erschien und dem vermöge dieser bloßen Scheinbasis alle Voraussetzungen für die Wirkungen als ein stoß- und aktionsfähiges Kräftezentrum fehlten,

so fanden sich allmählich auch auf der Dreibundseite Schwankungen und Unklarheiten ein. Für Italien war es aus Gründen der geographischen Lage wie des politischen und rassenhaften Verwandtschaftsgefühls von Anfang an keine einfache Frage, ob es seine Versicherung bei Deutschland und Oesterreich-Ungarn oder bei Frankreich nehmen sollte; Oesterreich-Ungarn wiederum brauchte von Rußland nur garantierte politische Zugeständnisse von Gewicht auf der Balkanhalbinsel zu erhalten oder in Besorgnis wegen italienischer Gelüste auf Triest und Trient versetzt zu werden, um sich im Dreibundsystem nicht mehr behaglich zu fühlen. Nach allen diesen Seiten hin hat es tatsächlich während der Jahre, die zwischen der Entlassung Bismarcks und heute liegen, teils leise, teils merklich gekriselt und kriselt stellenweise auch heute noch. Ein markanter Zug ist aber von dorthier doch nicht in die große Politik gekommen und konnte auch nicht hineinkommen, weil überall die Klarheit der Gegensätze und die einheitliche Scheidung der Interessen nach dieser oder jener Seite als die notwendige Voraussetzung zur offenen Neugruppierung fehlte. Eine solche Neugruppierung begann sich erst von da ab zu ergeben, wo zwei Nationen und zwei persönliche politische Führernaturen durch die Entwicklung der Dinge wieder in ähnlicher Weise als Gegenspieler auf den Plan geschoben wurden, wie seinerzeit Preußen und Frankreich, Napoleon und Bismarck. Das politische Kräftespiel, in dessen Zeichen das neue Jahrhundert begonnen hat, geht jetzt zwischen Deutschland und England, Eduard VII. und Wilhelm II., vor sich.

Wo werden die ersten Anfänge dieser neuen Konstellation, die, gegenwärtig auch für den Kurzsichtigsten erkennbar, den ganzen politischen Himmel beherrscht, sichtbar? Schwerlich hat sie schon am Horizont gestanden, als England einwilligte, für halb Ostafrika und noch einiges andere uns Helgoland abzutreten. Es ist für den Nichtfachmann sehr schwer, ein Urteil darüber abzugeben, was für eine Rolle dieser Felsen im Fall eines Seekrieges spielen würde, dessen Schauplatz vor den Mündungen von Elbe und Weser liegt. Bekanntlich sind im Etat von 1908 dreißig Millionen Mark für die Befestigung von Helgoland gefordert und bewilligt worden. Das heißt also, daß unsere Marineverwaltung einen Stützpunkt erster Ordnung

daraus machen will, was die vorher angelegten Befestigungen noch nicht bedeuteten. Man hört aber verschiedene Meinungen darüber, ob es für uns notwendiger sei, diesen Stützpunkt für Zwecke der aktiven Verteidigung zu besitzen, oder ob der entscheidende Gesichtspunkt der sei, dem Feinde die Wegnahme des Fessens und seine Benutzung als Stützpunkt für eine Blockade- oder Schlachtflotte unmöglich zu machen. Sicher läßt sich nur sagen, daß ein Seekrieg mit Deutschland so gut wie außerhalb des englischen Gesichtskreises liegen mußte, wenn man Helgoland überhaupt fortgab, und daß auch die öffentliche Meinung in England sich noch nicht viel mit einer solchen Möglichkeit beschäftigt haben konnte, wenn sie im ganzen so wenig Notiz von der Abtretung nahm, wie es 1890 geschah. Zehn Jahre später hatte sich das Bild bekanntlich vollkommen geändert. Der Satz: wenn Deutschland heute vernichtet wird, so wird es morgen keinen Engländer mehr geben, der dadurch nicht wohlhabender geworden wäre — bildet das Schlagwort, wenn nicht bei dem größeren, so doch bei dem lärmenderen Teil der öffentlichen Meinung in England. Dazwischen, 1896, liegt der Einfall Jamesons in Transvaal und das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger. Damals schrieb die Londoner „Morning Post“: „Der Kaiser sei nicht gewohnt, seine Worte abzuschwächen; er sage immer, was er wirklich denke. Die wirkliche Antwort auf das Telegramm Kaiser Wilhelms würde die Zurückberufung des Geschwaders im Mittelländischen Meere und seine Vereinigung mit den Schiffen im Kanal sein. Es wäre sehr schwer, mit Kaltblütigkeit von der Kaiserdepesche zu sprechen. Die englische Nation werde sie nicht vergessen; sie werde immer daran denken für die Zukunft bei der Richtung ihrer auswärtigen Angelegenheiten,“ und die „Times“ schrieb: Selbst wenn die Feindseligkeit des deutschen Volkes (gegen England) viel weniger tief wurzelte, als aus der Heftigkeit der deutschen Presse geschlossen werden könne, so lasse doch der Stand der auswärtigen Angelegenheiten es für England flug erscheinen, unter den Waffen zu bleiben. Hier findet sich das Schlagwort, das seitdem immer wieder von der englischen Seite herüber tönt: von der Feindseligkeit Deutschlands oder des deutschen Volkes gegen England. Man wird nicht leugnen

können, wenn man die damaligen Aeußerungen der deutschen Presse zu dem Krüger-Telegramm liest, daß sie auf das beste geeignet waren, einen Engländer davon zu überzeugen, daß England sich bei uns einer weit kräftigeren und allgemeineren Abneigung erfreute, als durch die bloße Sympathie mit dem glücklichen Schlag zu erklären war, durch den die Buren sich des Komplotts gegen ihre Unabhängigkeit erwehrt hatten. Daß die öffentliche Meinung bei uns an sich feindselig gegen England war und nicht nur den Buren alles Gute, sondern den Engländern ohne weiteres auch alles Ueble gönnte, konnte man nicht nur, sondern mußte man drüben aus dem geradezu explosiven Aufflammen der anti-englischen Stimmung durch die ganze deutsche Presse ohne Unterschied der Parteistellung annehmen. Es ist sehr wichtig, sich das klar zu machen, denn für die Beurteilung des politischen Verhältnisses zwischen uns und England kommt es doch ganz außerordentlich viel darauf an, wessen man sich auf der anderen Seite von uns im allgemeinen versehen zu müssen glaubte. Es kann für den gerecht urteilenden politischen Beobachter keinem Zweifel unterliegen, daß man in England nicht zuerst auf den Gedanken gekommen ist, Deutschland bilde eine Gefahr für England und müsse daher zu Boden geschlagen werden, bevor es zu spät sei, sondern auf den andern, daß Deutschland daran denke, bei gegebener Gelegenheit England anzufallen und sich auf seine Kosten zu bereichern. Daß dabei auf englischer Seite der deutsche Kaiser, die deutsche Nation und die deutsche Presse zusammengeworfen und für eins genommen wurden, ist nicht weiter verwunderlich, und ebenso wenig wunderbar erscheint es, daß der allmählich unverkennbar werdende weltwirtschaftliche Aufschwung Deutschlands und die sehr unangenehmen und überraschenden Erfahrungen, die man innerhalb der englischen Geschäftswelt an allen Ecken und Enden über See mit der deutschen Konkurrenz zu machen anfing, sehr bald dazu dienen mußten, um auch eine Grundlage für die Deutschland zugeschriebenen Pläne abzugeben. Von englischer Heuchelei oder grundlosem Neid beim Aufkommen der starken deutschfeindlichen Strömung in der englischen Presse gegen die Mitte der 90er Jahre zu sprechen, haben wir also wirklich keinen Grund. Die antienglische Stimmung bei uns stammte zum Teil von 1870/71 her, wo die

englische Neutralität es bekanntlich mit Waffenlieferungen an die Franzosen wenig genau genommen hatte; zum größeren Teil war sie aber eine mehr gefühlsmäßige Reaktion gegen den hochmütigen und anmaßenden Ton, mit dem die Engländer von altersher gewöhnt waren, uns gesellschaftlich, geschäftlich und politisch als den armen Vetter zu behandeln. Auch Bismarck ist von dieser Stimmung gegen England nicht frei gewesen. Er hatte mit der englischen Arroganz die Preußen-Deutschland gegenüber das eine Mal als ungebetene Bevormundung auftrat, das andere Mal in der Form quasi selbstverständlicher Voraussetzung, daß Englands Interessen ohne weiteres voranzugehen hätten, von der schleswig-holsteinischen Angelegenheit an seine Erfahrungen gemacht, wozu außerdem noch bekanntlich der in den Gedanken und Erinnerungen öfters ausgesprochene und manchmal sicher nicht unbegründete Verdacht englischer Einflüsse am Hofe und in den höchsten Sphären kam. Wirkliche deutsch-englische Interessengegensätze sachlicher Natur gab es aber während des Bismarckschen Zeitalters nicht, und konnte es nicht geben, bevor das neue Deutschland weltwirtschaftliche und weltpolitische Bestrebungen und Interessen offenbarte. Die antienglische Stimmung in Deutschland außerhalb der linksliberalen Kreise, denen das Muster des englischen Konstitutionalismus als politisches Vorbild für das neue Reich vorschwebte, ist älter als das Hineinwachsen Deutschlands in die überseeische wirtschaftliche Konkurrenz mit England. Sie ist zunächst als psychologische Reaktion gegen das zu erklären, was man bei uns schon seit den englischen Redensarten über die erste deutsche Flotte und der demütigenden Behandlung Preußens durch die Westmächte in der Zeit des Krimkrieges, dann noch schärfer seit dem Beginn der sechziger Jahre ganz allgemein als englische Unmaßung empfand. (Unverschämtheit! sagt der Deutsche, wenn er sich ärgert.) Von da bis zur Sympathie mit den meist so viel schwächeren Gegnern Englands, zu akademischen Deklamationen über die „brutale“ und „perfide“ Politik Englands und zur Befriedigung über Rückschläge und Schlappen, die England einstecken mußte, war es ja dann nur noch ein Schritt.

Wenn irgendwo, so gilt in dem Verhältnis zwischen der politischen öffentlichen Meinung in Deutschland und in England der Satz,

daß die Regierungen (und die wahren politischen Interessen) nur zu oft die Fensterscheiben bezahlen müssen, die von einer undisziplinierten Presse eingeworfen werden. Die Disziplinlosigkeit des größten Teils der deutschen Presse hat in der Frage der deutsch-englischen Beziehungen das größte Unheil angerichtet. Solange auf der englischen Seite die Befürchtung noch nicht aufgetaucht war, daß Deutschlands wirtschaftliche Konkurrenz in Weltindustrie und Welthandel dem englischen Wohlstand materiell gefährlich werden könnte, kam es nicht so viel darauf an, was für Liebenswürdigkeiten die Zeitungen sich gegenseitig sagten. Als aber die Züge des neuen Deutschland über dem Kanal deutlich wurden und vor allen Dingen, als in den überseeischen Maßnahmen des Kaisers, in dem Aufkommen der „alldeutschen“ Bestrebungen, in der beginnenden Flottenvermehrung und in verschiedenen Erscheinungen unserer politischen Literatur gegen die Mitte der 90er Jahre nicht nur die weltwirtschaftlichen, sondern auch die weltpolitischen Ansprüche des neu in die Reihe der Weltvölker tretenden Deutschlands den anderen Völkern sichtbar wurden, da mußte sich mit Notwendigkeit aus dem allgemeinen Komment unserer Presse in englischen Dingen eine wirkliche Gefahr entwickeln. Unsere Zeitungen fühlten sich noch aus der Zeit unserer internationalen Bedeutungslosigkeit viel zu wenig verantwortlich in Dingen der auswärtigen Politik. Sie dispensieren sich nur zu oft bei der Behandlung dieses Gebiets von der obersten Regel, die eine bedeutende und einflußreiche Presse in inneren wie in äußeren Fragen stets befolgen muß: nichts zu fordern, was dem Schreiber von vornherein unmöglich wäre, durchzuführen, wenn er selbst an der Spitze der Staatsgeschäfte stände, und das nicht mit Tadel zu überschütten, wozu er sich alsbald selbst bequemen müßte, wenn er die Verantwortung der Nation trüge. Natürlich kann nicht an jede politische Pressäußerung dieser absolute Maßstab angelegt werden. Rücksichten der augenblicklichen Taktik können im Einzelfalle auch Paradoxien und scheinbare Inkonssequenzen wirksam und insofern berechtigt erscheinen lassen. Die Grundlinien einer groß und verantwortlich geführten Behandlungsweise aller politischen Fragen erster Ordnung dürfen aber im ganzen darüber nicht verleugnet werden.

Ein besonders lehrreiches Beispiel dafür, wie eine Presse nicht verfahren soll, wenn sie sich ihrer Verantwortlichkeit für die Interessen ihres Landes bewusst sein will, bietet das Verhalten fast aller deutscher Zeitungen während des Burenkrieges. Niemand wird verlangen können, daß wir unsere Sympathien mit den Buren hätten verleugnen sollen. Die Zeitungen aber und die durch sie repräsentierte öffentliche Meinung gingen viel weiter. Sie jubelten nicht nur den Buren zu, erschöpften sich nicht nur in Ausdrücken der Feindseligkeit gegen die Engländer, sondern verlangten Intervention. Sicher hätten wir, sofern hierfür eine vernünftigerweise zu erwägende Möglichkeit bestand, den Burenkrieg benutzen müssen, sei es um Englands politisches Uebergewicht durch Unterstützung der Buren, d. h. durch Beförderung der politischen Lostrennung Südafrikas vom britischen Weltreich, zu verringern, sei es um als Preis für unsere Neutralität von England auf anderen Gebieten eine wichtige Kompensation zu erreichen. Der letztere Weg ist ja bekanntlich, als das Hinzutreten der chinesischen Wirren zu der südafrikanischen Aufgabe die Position Englands vorübergehend etwas stärker erschwerte, versuchsweise in China in dem sogenannten Jangtseabkommen beschritten worden, aber kaum waren die Buren unterworfen, so mußten wir ja erleben, daß England in der Jangtsefrage ungehindert tat, als ob seinerzeit überhaupt nichts im Sinne jenes sogenannten Abkommens geschehen sei, ohne daß wir eine Möglichkeit gehabt hätten, unsere gegenteilige Auffassung zur Geltung zu bringen. Ungeachtet dieser ohne die mindeste Aufwendung von Scharfsinn zu durchschauenden Sachlage war die Tonart der Alldeutschen in der Presse, in der politischen Versammlung und im Reichstage fortgesetzt der Art, als ob die deutsche Politik in der Lage sei, zwischen guten und schlechten Beziehungen zu England frei zu wählen. Es ist ein großer Unterschied, den Buren seine Sympathie zu bezeugen, ihnen ein glückliches Ende ihres Ringens zu wünschen, oder die Forderung zu erheben, daß die Politik des Deutschen Reiches eine Haltung einnehmen solle, die sie in Konflikt mit England bringen konnte und ihre verantwortlichen Leiter dafür zu tadeln, daß sie von einer solchen antienglischen Stellungnahme absahen, vielmehr das ihrige taten, um den Eindruck der alldeutschen

und der von dorthier beeinflussten Aeußerungen der öffentlichen Meinung in Deutschland durch verstärktes Entgegenkommen gegenüber England auszugleichen. Man stelle sich vor, was geschehen wäre, wenn die deutsche Regierung während des Burenkrieges die von den Alldeutschen gewünschte Haltung zu markieren versucht hätte. Da doch nicht wohl anzunehmen ist, daß die alldeutschen Wünsche bereits ihre Erledigung gefunden hätten, wenn die Tonart des amtlichen Deutschland gegenüber der englischen Regierung eine ähnliche geworden wäre, wie die der führenden burenfreundlichen Blätter bei uns — ein derartiger diplomatischer Holzkomment wäre sofort energischen englischen Repressalien begegnet — so bleibt doch wohl nur übrig, anzunehmen, daß die deutsche Regierung bei England direkte Vorstellungen zugunsten der Buren erheben sollte. Diese Vorstellungen wären sicher englischerseits mit sehr entschiedener, wenn nicht verletzender Schärfe zurückgewiesen worden, da man sich in England, im Gegensatz zu der überwiegenden öffentlichen Meinung bei uns, über die beiderseitigen Machtmittel und über die eigene Entschlossenheit, die angefangene Sache zu Ende zu führen, durchaus in aller wünschenswerten Klarheit befand. Deutschland hätte also entweder die Abweisung einstecken oder bereit sein müssen, seinen Wünschen auf andere geeigneter Weise Nachdruck zu geben. Welche Weise aber hätte wohl diese geeigneter sein sollen? Da der Unsinn, allein mit unseren eigenen Mitteln einen Krieg mit England anfangen zu wollen, doch wohl gar zu sehr auf der flachen Hand liegt, um ihn weiter zu diskutieren, so hätten wir uns also bemühen müssen (oder vielmehr bereits vor der Intervention bei England zugunsten der Buren das nötige dazu getan haben), um eine europäische Koalition gegen England zustande zu bringen, d. h. den Weltkrieg zu entfachen: eine Eventualität, für die es nicht unnötig sein wird, daran zu erinnern, daß die französische Regierung bekanntlich nach dem sogenannten Krügertelegramm, das Kaiser Wilhelm II. aus Anlaß des Jamesoneinfalles in Transvaal dorthin richtete, England wissen ließ, Frankreich sei nach wie vor der Meinung, daß es nur einen einzigen Feind habe. Angenommen der Koalitionskrieg gegen England hätte sich aber wirklich entzünden lassen, so ist es doch weiter gleichfalls sonnenklar, daß wir in ihm,

im Vergleich zu den anderen hauptsächlich in Betracht kommenden Mächten, Rußland und Frankreich, bei weitem die geringsten Machtmittel für den zu erreichenden Zweck, die kriegerische Niederwerfung Englands, zu prästieren in der Lage gewesen wären. Welcher Wert wohnt also, angesichts dieser offenkundigen, weder bezweifelbaren noch je von verständigen Menschen bezweifelten Tatsachen Reden inne, deren Gefährlichkeit von denen, die sie führen, höchstens in dem Maße entschuldigt werden kann, als sie sich selbst für bedeutungslose und unverantwortliche Persönlichkeiten erklären?

Es ist die starke wie die schwache Seite der englischen Nation, daß sie einen extrem ausgeprägten Sinn für Realität hat (facts!); jegliche Ideologie liegt ihr fern. Was nicht mit realen Mitteln zu erreichen ist, was außer Verhältnis zu den tatsächlich vorhandenen Bedingungen seiner Verwirklichung steht, das berührt ihren Gedankenkreis überhaupt kaum. Diese englische Art müssen wir uns vorstellen, wenn wir fragen, welche praktischen Wirkungen drüben die anti=englische Haltung unserer Alldeutschen und der nach dieser Richtung hin beeinflussten Blätter für das englische Nationalempfinden zeitigt. Hier kann die Antwort nur lauten: kein Engländer, zumal wenn man bedenkt, daß deutsche Zeitungsstimmen in England so gut wie englische in Deutschland fast ausschließlich durch die Vermittelung der eigenen nationalen Presse zu Gehör gelangen, kann aus der Haltung der öffentlichen Meinung bei uns und aus dem ununterbrochenen Tadel, der in zahlreichen und großen deutschen Zeitungen auf unsere Regierung wegen ihrer Haltung England gegenüber niederging und noch niedergeht, eine andere Schlussfolgerung ziehen, als daß die deutsche Nation einem kriegerischen Angriff auf England nicht nur geneigt sei, sondern ihre Hilfsmittel, sei es jetzt, sei es in naher Zukunft, auch für stark genug zu einem solchen Angriff halte. Daß wir bloß einer Stimmung Luft gemacht haben sollten, ohne dabei den Fall sehr ernsthaft ins Auge zu fassen, daß England bei ihm gelegener Zeit den hingeworfenen Handschuh aufnehmen und uns auffordern könnte, zu dem gewünschten Tanze anzutreten, darauf zu verfallen, ist so leicht keinem Engländer gegeben. Man kann auch nicht sagen, daß sich die wirklich verantwortlichen und orientierten Kreise in England einen

Krieg mit Deutschland, mit dem immer die ungeheure Gefahr eines russischen Angriffes auf Indien verbunden gedacht werden müßte, als eine leichte Sache vorstellen; im Gegenteil, die ganze intensive Abneigung gegen Deutschland, wie sie z. B. aus Anlaß der Stellungnahme des englischen Kabinetts in der Bagdadbahnfrage zutage trat, erklärt sich nur daraus, daß diese Abneigung auch mit einer gewissen Dosis Furcht und Besorgnis versetzt ist. Würde man Deutschland für einen ungefährlichen Gegner halten, so wäre ein derart elementarer Ausbruch des Unwillens über eine vermeintliche Abhängigmachung englischer Interessen für Deutsche, wie er z. B. vor einer Reihe von Jahren aus Anlaß des deutsch-englischen Zusammengehens in der Venezuelafrage und in der Bagdadbahn-Angelegenheit mit dem Effekt verfolgte, daß die Minister wenigstens das zweite Mal auf der Stelle vor ihm kapitulierten, weder verständlich, noch auch nur recht denkbar. Gerade aber, daß man Deutschland für gefährlich hält, das erhöht die Gefahr eines wirklichen Konfliktes von jener Seite her ungemein, denn das vermeintliche deutsche Kraftgefühl setzt sich an der Hand von Artikeln alldeutscher Richtung drüben leicht begreiflicher Weise in die abenteuerlichsten Besorgnisse vor deutschen Angriffen auf englisches oder zur englischen Interessensphäre gehöriges Gebiet um. Was für Vorstellungen solcher Art selbst für gebildete und politisch hochstehende Engländer möglich sind, zeigen die Aeußerungen des früheren Gouverneurs von Uganda, Johnston, der, im übrigen ein für englische Verhältnisse fast extrem deutschfreundlicher Mann, im Jahre 1903 allen Ernstes in einem vielbeachteten Artikel der Londoner „Finanzchronik“ behauptete, es werde gegenwärtig von deutschen Publizisten in der Presse lebhaft befürwortet, daß Deutschland eiligst eine Flotte schaffe, die der britischen ebenbürtig oder gar überlegen sei. Dabei solle Holland mehr oder weniger in die deutsche Sphäre gezogen und dann das britische Reich in England und über See in der Absicht angegriffen werden, ihm vielleicht Südafrika, alle Kolonien und Schutzgebiete in den Tropen und selbst den australischen Staatenbund abzunehmen. Johnston wollte dieses Programm teils aus der deutschen Presse, teils, wie er ausdrücklich versichert, „mündlich und schriftlich von Deutschen, mit denen er in persönlichen Beziehungen steht, gehört

haben. Es ist ebenso billig wie zwecklos, solch einer Auslassung gegenüber sich über den handgreiflichen Unsinn, den sie enthält, zu entrüsten. Für die Frage, wie sich das nationale Gefühl und die daraus fließende Politik anderer Völker uns gegenüber stellt, ist es vollkommen gleichgültig, welches unsere wirklichen politischen Ziele sind; entscheidend ist einzig und allein, was die schließlich maßgebenden Elemente auf der anderen Seite dafür halten — um so entscheidender, als in England und noch mehr in Amerika der politische Impuls und das politische Vorurteil der großen Masse einen sehr viel ausschlaggebenderen Faktor für das politische Geschehen bedeuten als bei uns, wo in auswärtigen Dingen die geringe politische Bedeutung der öffentlichen Meinung, die Direktionslosigkeit der meisten Zeitungsartikel und die Behandlung des Reichstags seitens der Regierung als *quantité négligeable* der politischen Unerzogenheit der Nation nur zu sehr entsprechen.

So läßt sich also die Zeit zwischen dem deutsch=englischen Vertrage von 1890 und dem Regierungsantritt Eduards VII. für das deutsch=englische Verhältnis dahin charakterisieren, daß der Eindruck der immer schärfer vordringenden wirtschaftlichen Konkurrenz Deutschlands, samt einer Reihe weltpolitisch abzielender Handlungen des Kaisers und dem leidenschaftlich aggressiven Ton eines großen Teils der deutschen Presse in England die Vorstellung von der Gefahr eines deutschen Angriffs erwecken mußten und damit natürlich zugleich auch den Gedanken entstehen ließen, ob es nicht besser, ja für England notwendig wäre, der geschäftlichen wie der politischen Gefahr durch einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu begegnen. Von dem deutsch=englischen Gegensatz, der sich auf diese Weise zu entwickeln beginnt — es ist hier gleichgültig, wieviel davon auf der realen Diskrepanz der Interessen beruht und wieviel auf chauvinistischen Treibereien und Mißverständnissen — beginnen allmählich die übrigen Momente, von denen die Gruppierung der großen Mächte bedingt wird, auf den zweiten Plan zurückzutreten. Weder der Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich=Ungarn und Italien, noch das russisch=französische Bündnis sind nach ihren Voraussetzungen, sei es positiv, sei es negativ, auf eine deutsch=englische Gegnerschaft hin orientiert, und auf jeden Fall wird es klar, daß

von der Weiterentwicklung dieses Problems nicht nur die Gestaltung der europäischen Lage, sondern die gesamte politische Weltkonstellation abhängig ist. In dem Augenblick nun, wo die Dinge so weit gediehen sind, erscheint ein neues treibendes Moment dadurch, daß mit dem Regierungsantritt Eduards VII. in England die englische Politik einmal nach langer Zeit wieder durch eine persönlich leitende Spitze einheitlich zusammengefaßt und auf ein bestimmtes Ziel erster Ordnung hin dirigiert wird. Welches dieses Ziel ist, werden wir in dem Kapitel über die historische Entwicklung und innere Struktur der englischen Weltmacht genauer darzustellen haben. Hier kommt es einstweilen nur auf die Feststellung der Tatsache an, daß sich die englische Politik seit dem Regierungsantritt König Eduards im Verfolg ihrer Ziele immer deutlicher als die Uebernahme und Organisation des Gegenspiels gegen Deutschland entwickelt. Wir unsererseits haben nun zwar ein großes allgemein-politisches Ziel zu erstreben — unsere Selbstdurchsetzung unter den großen Weltvölkern und die praktische Anerkennung unserer gleichberechtigten Position innerhalb dieser Gruppe — aber es fehlt uns offenbar vorläufig an einem deutlichen und zweifelsfreien politischen Objekt, mit dessen Gewinnung wir unser Ziel als erreicht oder wenigstens einen entscheidenden Schritt auf dem Wege dahin als getan ansehen könnten. Wir sind darauf angewiesen, Weltpolitik nicht in großen heroischen Zügen, sondern in fortgesetzter Kleinarbeit zu machen, bis sich einmal die Gelegenheit findet, den Ertrag dieser Art von Fortschritt und erfolgreicher Interessenvertretung im einzelnen, von Wachsamkeit und Vorsorge in die große Münze einer weithin sichtbaren politischen Wendung der Dinge umzusetzen. Diese unsere Lage durchschaut unser Gegenspieler vollkommen und es ist sehr begreiflich, daß er an den leitenden Stellen bei uns eine starke Ungeduld, ja Unruhe voraussetzt, rascher als auf dem bisherigen langsamen Wege an das erstrebte Ziel zu gelangen. Für die englische Politik ist diese Vorstellung unserer psychologischen Situation, mag sie nun berechtigt oder unberechtigt sein, eine sehr eindringliche Aufforderung, vor Ueberraschungen auf der Hut zu sein und seine Maßnahmen danach zu treffen. Auf der anderen Seite muß es als selbstverständlich erscheinen, daß überall dort, wo die

deutschen Interessen Fortschritte machen, englische Interessen entweder eingeschränkt werden oder bei ihrem späteren Voranschreiten das Feld besetzt finden müssen. In diesem gegenseitigen Verhältnis der beiden Mächte versucht nun der König Eduard durch ein weit ausgreifendes System von Bündnissen und politischen Einverständnissen das Feld, auf dem sich unser Wettbewerb mit England abspielen muß, an all den Stellen, wo unser Vordringen die englischen Kreise voraussichtlich stören, Englands gegenwärtige oder zukünftige Ziele beeinträchtigen würde, im voraus so zu verzäunen, daß wir draußen bleiben müssen. Wir werden später diese Art von Politik noch im einzelnen zu charakterisieren haben. Bevor wir aber an das eigentliche Thema von unserer gegenwärtigen politischen Lage, von unsern Hoffnungen und Aussichten und von den Gefahren, mit denen wir rechnen müssen, herantreten, ist es erforderlich, die Rückwirkungen klarzustellen, die von den Zuständen in den wichtigsten anderen Staaten auf die verschiedenen Möglichkeiten und auf die Notwendigkeiten unseres politischen Handelns ausgehen. Es ist unmöglich, daß wir richtige Entschlüsse in der auswärtigen Politik fassen, wenn wir die wichtigsten Faktoren dieser Politik, die Tendenzen der inneren und äußeren Entwicklung der übrigen Großstaaten, ihre gegenwärtige materielle Lage, ihre Aktionsfähigkeit und was sonst dahin gehört, falsch beurteilen. Die Staaten, mit denen wir uns unter diesem Gesichtspunkt vor allen Dingen beschäftigen müssen, sind Rußland und England, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan. Diese sieben Mächte sind neben und außer uns die aktiven handelnden Potenzen der Weltpolitik, und vom Standpunkt dieser Gruppe aus erscheinen die übrigen Teile der Erde, zumal die überseeischen Gebiete, mehr oder weniger als die prädestinierten Objekte ihrer politischen Interessenbetätigung.

Drittes Kapitel.

Die russische Krise.

Es ist ein sehr merkwürdiges historisches Zusammentreffen — und die zukünftige Geschichtsschreibung des Zeitalters der Jahrhundertwende wird sicher mit allem Nachdruck dabei verweilen — daß zu derselben Zeit, wo in Deutschland die ersten leisen Regungen eines weltpolitischen Bewußtseins auftauchen, wenn auch noch nirgends von einer bewußten Formulierung die Rede ist und selbst die Persönlichkeit des Kaisers für die Oeffentlichkeit noch keine erkennbar nach dieser Richtung deutenden Züge aufweist, Rußland mit einem, man könnte beinahe sagen plötzlichen Ruck weltpolitische Ziele aufnimmt.

Während des 18. und bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gelang es der russischen Macht, die ihr von der Natur gezeichneten Grenzen gegen Süden hin zu erreichen und nach Westen hin, dank einer ganz besonders günstigen Gestaltung der politischen Verhältnisse, durch die Aufteilung Polens und die Aneignung von Finnland so weit vorzudringen, wie die zwingenden Lebensinteressen Oesterreichs, Preußens und Schwedens es nur noch irgend zuließen. Trotz seiner gewaltigen Ausdehnung trug das Reich aber damals doch wesentlich nur die Züge einer großen osteuropäischen Kontinentalmacht mit einer quantitativ zwar ungeheuren, qualitativ aber allmählich bis zur völligen Wertlosigkeit sich verringernden Forterstreckung in das unbewohnte und unwirtschaftliche Nordasien hinein. Die Bedeutung der Besitzungen jenseits des Ural ist noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts, namentlich im Vergleich zu ihrer räumlichen Masse, für die internationale Machtstellung Rußlands eine sehr beschränkte, wie wohl sich natürlich von Anfang an gewisse praktisch-materielle Vorteile aus ihnen ergaben. Obwohl Rußland schon seit Anfang des 17. Jahrhunderts an China grenzte und wenige Jahrzehnte darauf an das

Meer gelangte, das ihm die Möglichkeit einer Seeverbindung mit Japan, Korea und ganz Ostasien eröffnen konnte, ist von irgendwelchen weltpolitischen Gedanken, die sich an diesen Besitz geknüpft hätten, nicht die Rede. Eben so wenig kann in der Richtung auf den europäischen Orient hin von den ersten Türkenkriegen des 17. Jahrhunderts an bis zum Frieden von San Stefano von eigentlich weltpolitischen Zielen Rußlands gesprochen werden. Das Aeußerste und Höchste, wovon man unter Katharina II. und Alexander I. in St. Petersburg träumte, war eine russische Sekundogenitur auf dem Thron eines wiederhergestellten byzantinischen Reichs, aber mehr als ein politischer Traum ist das niemals gewesen. Für die praktische russische Politik kam auch zu den Zeiten der günstigsten politischen Lage nicht mehr in Betracht, als höchstens der direkte oder indirekte Erwerb etwa des heutigen Rumäniens und des östlichen Teils der Balkanhalbinsel. Eben so wenig konnte z. B. die Eroberung und Beherrschung der kleinasiatischen Halbinsel mit ihrer verhältnismäßig zahlreichen und kräftigen osmanisch-muhammedanischen Bevölkerung einen realen Gedanken russischer Politik bilden. Die Gebirgsumwallung der ungarischen Ebene, der Bosphorus, die Dardanellen und die Nordküste des aegeischen Meeres, vielleicht auch noch einige Inseln darin — das wäre etwa das denkbar höchste, praktisch erreichbare Ziel der russischen Orientpolitik gewesen. Ohne Zweifel würde ein solcher Erwerb für Rußland einen großen Machtzuwachs in europäischen Fragen bedingen, aber ebenso auch eine noch fühlbarere Vergrößerung seiner Verwundbarkeit. Etwas anderes als eine europäisch-kontinentale Großmacht ersten Ranges würde Rußland selbst mit einer solchen, heute ja wohl nicht mehr in Betracht kommenden Ausdehnung seines Besitzes nach Südwesten hin nicht werden. Die Mittelmeergrenze von Konstantinopel bis Saloniki und die Karpatengrenze von Krafau bis zum Donaudurchbruch bei Orsowa wären für Rußland etwa dasselbe, wie die Rheingrenze von Basel bis Rotterdam für Frankreich, oder die Alpengrenze nach Süden für Deutschland.

Wirklich weltpolitische Elemente kommen in die Stellung Rußlands erst mit denjenigen Eroberungen hinein, die es in unmittelbaren Kontakt mit den großen und alten Kulturgebieten in West-

Mittel- und Ostasien setzten. Das früheste in diese Richtung weisende Ereignis ist der Anfall der altchristlichen Reiche Transkaukasiens: Georgien und Imeretien; er führte dann folgerichtigerweise zur Eroberung des ganzen kaukasischen Isthmus, die zu Beginn der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts als vollendet und gesichert gelten konnte. Von den Kaukasusländern aus eröffnet sich ein bequemer Zugang zum iranischen Plateau, auf dem russische Heere bereits 1829 in das Herz von Aserbeidschan, der alten Media Atropatene, gelangt sind. Im Nordosten Asiens grenzten das russische und das chinesische Reich zwar seit dem 17. Jahrhundert auf einer viele Tausend Kilometer langen Strecke vom Altai bis zum Ochotskischen Meere aneinander, aber auf beiden Seiten dehnten sich längs dieser Grenze ungeheure, je weiter nach Osten, dem eigentlichen ostasiatischen Kulturgebiet zu, desto menschenleerere und unwirtlichere Wildnisse aus. Die Wüsteneien der Mongolei, der nördlichen und mittleren Mandschurei und des damals noch ganz chinesischen Amurgebietes bildeten einen so breiten und so schwer zu überschreitenden Gürtel zwischen den wirklichen Sitzen der russischen und chinesischen Macht und Kultur, daß von politischen Wirkungen größern Stils im Grunde weder herüber noch hinüber die Rede sein konnte. Wo die Ungunst der Naturverhältnisse keine Verkehrsmöglichkeiten bestehen läßt, die über die Bewegung einzelner Handelskarawanen, Jagdexpeditionen und Flibustierzüge hinausgeht, und größere, sei es militärische, sei es wirtschaftliche Bewegungen und Begegnungen so gut wie ausgeschlossen sind, da ist ein anderes Ergebnis auch nicht denkbar. Ein Wechsel trat hier erst ein, als um die Mitte des 19. Jahrhunderts Graf Murawjew Generalgouverneur von Ost-Sibirien war. Dieser bedeutende Mann gehörte zu den in Rußland sonst spärlich gesäten Naturen angelsächsischen Schlages, die mit ihrer Politik der nationalen Initiative der eigenen Regierung vorauszuweichen zu müssen glauben. Seine von den St. Petersburger Zentralbehörden nur zögernd und anfangs selbst widerwillig gut geheißene Tätigkeit hat die Grundlagen zu der späteren Machtstellung Rußlands in Ostasien gelegt. Er ist es, der seinem Vaterlande jene wichtige Zwischenzone erworben hat, die Rußland und das eigentliche Gebiet der alten Kultur Asiens im äußersten Osten von einander trennte:

das Amurland. Murawjew führte 1849 bis 1853 die tatsächliche Okkupation des ganzen linken Amurufers und des Küstenlandes am japanischen Meer von der Mündung des Stromes bis hinab an die koreanische Grenze durch, ohne von den Chinesen, den formellen Besitzern des fast menschenleeren Territoriums, gehindert zu werden. Am 28. Mai 1858 schloß er mit dem chinesischen Gouverneur jenen berühmten Vertrag ab, durch den Rußland erst in Wahrheit der Nachbar Chinas, Koreas und Japans wurde. Der Besitz des schiffbaren Amur eröffnete um einen wirklich praktikablen Weg zum Stillen Ozean, in Gebiete, die wenigstens bereits an der Peripherie des Weltverkehrs lagen und in Zukunft sicher in dessen steigende Entwicklung einbezogen werden mußten. 1860 ratifizierte dann ein formeller russisch-chinesischer Staats- und Handelsvertrag den Bestand der neuen Verhältnisse. Schon damals tauchten infolge dieser neuen Erwerbung in Rußland Stimmen auf, die eine Verbindung des ostasiatischen Küstengebiets oder doch wenigstens des Amurflusses mit dem europäischen Kern des Reiches durch eine Eisenbahn forderten.

Aber nicht nur im äußersten Westen und Osten, auf der kaukasischen Landenge und am japanischen Meer, vollzog sich die Herstellung des Kontaktes zwischen der russischen Macht und der alt-asiatischen Kulturwelt verhältnismäßig spät, sondern auch auf der mittel-asiatischen Verlängerungsaxe der russischen Sphäre war der Lauf der Ereignisse langsam. Phantastische Ideen über die Möglichkeit eines Vorrückens nach Indien durch die Steppen und Gebirgsländer Mittelasiens tauchten allerdings schon in den Verhandlungen zwischen Napoleon I. und den russischen Kaisern Paul I. und Alexander I. auf, ja einzelne ähnliche Gedanken begegnen schon bei Peter dem Großen, aber eine wirkliche materielle Basis für derartige Kombinationen besteht erst seit verhältnismäßig sehr kurzer Zeit. Bis zum Jahre 1833 beschränkte sich Rußland an seiner asiatischen Grenze in der Richtung nach Südosten auf die nach Möglichkeit durchgeführte Sicherung der großen Lücke zwischen dem Süden des Uralgebirges und dem Nordufer des kaspischen Meeres gegen die unruhigen Nomadenvölker der jenseitigen Steppen. Nur langsam und widerwillig entschloß man sich, angesichts der dauernden Unmöglichkeit

dieser Sicherung zu einem Eindringen in das Innere der Kirgisensteppen selbst, in denen es so gut wie gar keine natürlichen Stützpunkte und Grenzlinien gab und gibt. Der erste Schritt in diese Richtung mußte dann freilich mit Notwendigkeit weitere nach sich ziehen, und so läßt sich bis zum Jahre 1863 hin ein langsames und schrittweises Vorrücken der russischen Postenlinien in der Richtung auf die beiden großen Bassins des Ural und Balkasch beobachten, zunächst mit keinem anderen Bestreben, als irgendwo endlich zu einer haltbaren und dauernden Verteidigungslinie zu kommen. Statt dessen zog die Unterwerfung der Nomaden des Steppengebietes den schließlichen Zusammenstoß auch mit den fester gefügten muhammedanischen Staaten des alten Kulturgebiets im Innern von Turan nach sich: Chiwa, Buchara, Kokand — und aus einer Reihe seit 1864 gegen diese geführter Feldzüge ergab sich dann als politische Notwendigkeit die Annerion und Eroberung ganz Turkestans bis an den Fuß des Pamir und des iranischen Plateaus. Damit wurde Rußland Nachbar Persiens und Afghanistans längs der Nordgrenze dieser beiden Staaten und rückte mit dem südöstlichen Winkel seiner turanischen Besitzungen bis in die nächste Nähe der indischen Interessensphäre Englands. Jetzt erst gelangt Persien, jetzt gelangen die Aussicht auf den Durchbruch zum indischen Ozean und die Möglichkeit eines Druckes auf die englische Politik durch Bedrohung Indiens, mit einem Wort die Sphäre eigentlich weltpolitischer Erwägungen und Tendenzen, wirklich voll in den Gesichtskreis der praktischen russischen Politik.

Von diesem in Wahrheit weltumfassend ausgreifenden Charakter der russischen Politik ist zu der Zeit, da Bismarck sein klassisches System der deutschen Europapolitik aufbaut, noch wenig die Rede. Rußlands Interessen lagen damals, wenigstens soweit sie dem Gesamtempfinden der Nation als solche zum Bewußtsein kamen und in dem Verhalten der Regierung wie der öffentlichen Meinung als treibende Motive erkennbar sind, ganz überwiegend an der West- und Südwestgrenze des Reichs. Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ zeigen, wie der Kaiser Alexander II. zwischen dem Plan eines Angriffskrieges gegen Oesterreich-Ungarn und gegen die Türkei schwankt. Er entscheidet sich schließlich für

den Türkenkrieg, als er sich überzeugen muß, daß seine ursprüngliche Absicht, die Schwierigkeiten, welche ihm die aufgeregte, nach äußeren Erfolgen verlangende öffentliche Meinung seines Landes bereitete, durch einen Krieg gegen Oesterreich-Ungarn (etwa mit dem Ziel der Eroberung Galiziens) zu überwinden, an der Weigerung Deutschlands scheitert, seinen Nachbarstaat vergewaltigen zu lassen. Die russische Verstimmung Deutschland gegenüber äußerte sich zunächst darin, daß der Botschafter Oubril in Berlin angewiesen wurde, die deutsche Politik über die wahren Ziele des beschlossenen Türkenkrieges irre zu führen. Oubril mußte Bismarck erzählen, „es werde sich in dem Balkankriege nur um eine promenade militaire, um Beschäftigung des trop plein des Heeres und um Rosschweife und Georgenkreuze handeln.“ Daß diese Versicherung von vornherein unaufrichtig gemeint war, geht aus den gleichzeitigen Verhandlungen Rußlands mit Oesterreich-Ungarn hervor, in denen es als Preis für die österreichische Neutralität gegenüber der Türkei in die Besetzung Bosniens durch österreichische Truppen willigte. Es liegt auf der Hand, daß, wie Bismarck bemerkt, für einen bloßen militärischen Spaziergang diese Konzession ein viel zu hoher Preis gewesen wäre. Augenscheinlich stand der Plan, das Fürstentum Bulgarien mit möglichst weit bemessenen Grenzen als russischen Vasallenstaat auf der Balkanhalbinsel zu errichten, für die St. Petersburger Politik von vornherein fest. Als es nach zahlreichen und die Geschicklichkeit der russischen Kriegführung öfters schwer kompromittierenden Wechselfällen endlich zur militärischen Niederwerfung der Türkei gekommen war, versuchte man, in dem Präliminarfrieden von San Stefano dieses Ziel nach Möglichkeit zu verwirklichen. Das Bulgarien von San Stefano umfaßte außer den zwischen Balkan und Donau belegenen Gebieten und der späteren sogenannten „autonomen Provinz“ Ost-Rumelien auch noch fast ganz Macedonien, reichte südlich mit einem ziemlich breiten Küstenstrich ans ägeische Meer heran und schnitt auf diese Weise die beiden letzten Reste der türkischen Herrschaft in Europa: den Distrikt, der sich vom Nordeingang des Bosporus längs dem Marmarameer bis zur Spitze von Gallipoli hin erstreckt, und die von jeher der Pforte gegenüber halb unabhängigen albanischen Bezirke, völlig voneinander ab. So hatten

weder Oesterreich-Ungarn noch auch namentlich England die Sache gemeint, und die Besetzung von Konstantinopel, als die Russen in San Stefano nur noch wenige Kilometer von der Stadt entfernt standen, wurde, wie Graf Ignatiew, der Unterhändler von San Stefano, selbst erzählt hat, durch eine unmittelbare englische Kriegsdrohung verhindert. Daß man sich überhaupt dieser Drohung gegenüber sehen würde, wenn man einen Vertrag wie den Präliminarfrieden von San Stefano perfekt machen wollte, für diese Einsicht hätte es allerdings keiner sehr tiefgehenden Ueberlegung von Seiten der russischen Unterhändler bedurft; Ignatiew mußte sich sagen, daß solch ein Friede Europa nur präsentiert werden durfte, wenn man noch eine Million Bajonette und etliche Milliarden Rubel in Reserve besaß. In Rußland hatte man aber weder eins noch das andere, und daher bot sich in dieser Lage als der günstigste, ja im Grunde als der einzige Weg, auf dem es möglich erschien, ein gar zu demütigendes Zurückweichen zu maskieren, der Zusammentritt eines europäischen Kongresses zum Austrag der schwebenden Fragen dar. Diesen Wunsch Rußlands überbrachte Graf Peter Schuwalow Bismarck nach Friedrichsruh mit der Bitte, Deutschland möge die Vermittlerrolle bei der Berufung des Kongresses übernehmen. All das stellt der ehemaligen russischen Staatsleitung kein Zeugnis überwältigender Beherrschung der Verhältnisse aus — sicher aber ist es ein Zeugnis dafür, daß der Schwerpunkt der Reichspolitik noch vollständig in den Balkanfragen lag.

Sowohl während der beginnenden Verhandlungen des Kongresses als auch nachher stellten sich nun die offizielle Politik und die öffentliche Meinung Rußlands eigentümlicherweise auf den Standpunkt, daß es Deutschlands moralische Pflicht sei, die russischen Ansprüche durch Dick und Dünn mit zu verfechten, unter stillschweigender oder ausdrücklicher Berufung darauf, daß Deutschland es der wohlwollenden Neutralität des Kaisers Alexander II. verdankt habe, wenn es die Früchte seines Sieges über Frankreich sieben Jahre vorher so ausgiebig habe pflücken können. Daß die Haltung Rußlands damals unsere Erfolge wesentlich erleichtert hat, kann und soll nicht bestritten werden. Man darf aber nicht vergessen,

daß bereits die Berufung des Kongresses, der es Rußland ermöglichte, sich halbwegs mit Ehren aus der Klemme zu ziehen, in die es sich bei San Stefano begeben hatte, ein ganz wesentlicher Dienst Deutschlands nach der freundnachbarlichen Seite hin war. Weitergehende Ansprüche an die politische Freundschaft Deutschlands zu stellen, wäre Rußland nur dann berechtigt gewesen, wenn es sich vor dem Kriege aufrichtig mit uns über seine tatsächlichen Absichten verständigt hätte und eine Möglichkeit gefunden worden wäre, unsere Interessen dabei in einer Weise zu kompensieren, die dem russischerseits an Oesterreich erteilten Zugeständnis gleichwertig war. Ob eine solche Möglichkeit bestand, ist eine Frage, die hier unerörtert bleiben kann; bei der damaligen „Saturiertheit“ Deutschlands wäre sie schwerlich rasch zu finden gewesen. Jedenfalls aber hätten die Ergebnisse des Berliner Kongresses für Rußland nur dann günstiger sein können, wenn wir um feinetwillen bereit gewesen wären, in einen neuen Krieg mit Oesterreich-Ungarn zu gehen und wenn die Russen gleichzeitig den Austrag der Entscheidung England gegenüber, die nach Lage der gegenseitigen Machtsphären schwerlich wo anders als in Afghanistan und Indien erfolgen konnte, auf ihre eigene Kappe genommen hätten. Daß sie damals die Möglichkeit besaßen, einen Feldzug nach Indien mit genügenden Streitkräften auch nur finanziell durchzuführen, muß durchaus bezweifelt werden. Wie dem aber auch sei — jedenfalls setzte sich nach dem Berliner Kongreß in dem Bewußtsein der russischen Nation die Ueberzeugung fest, daß Deutschland in Berlin an Rußland moralisch zum Verräter geworden sei: fortan führe der Weg nach Konstantinopel nicht nur, wie man wohl schon früher gesagt hatte, über Wien, sondern auch durch das Brandenburger Tor in Berlin. Soweit von einer Gefahr für den Frieden Deutschlands von der russischen Seite her die Rede sein konnte, lag sie in dieser Situation, die im Verein mit dem französischen Revanchebedürfnis zur treibenden Voraussetzung des Dreibundes wurde. Die Gegenwirkung bot dann, wiewohl anfangs und noch lange Zeit danach fast allgemein in ihren wahren russischerseits vorhandenen Motiven verkannt, die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich dar. Was das amtliche Rußland mit dem französischen Bündnis bezweckte, war von Anfang an nichts anderes,

als durch geschickte Benutzung der in Frankreich vorhandenen politischen Stimmung den Pariser Geldmarkt für die Sanierung der russischen Finanzen in großem Stil zu eröffnen. Mit diesen auf eine vollständige Umgestaltung des inneren Wirtschaftslebens, der Währung und der allgemeinen Kreditverhältnisse hin gerichteten Projekten der russischen Finanzverwaltung vertrug sich der Gedanke an eine kriegerische Politik gegen Europa in keiner Weise — ohne daß man allerdings in Europa und speziell in Deutschland diesen Zusammenhang der Dinge rechtzeitig durchschaut hätte.

Am 17. März 1891 erfolgte die Unterzeichnung des Reskripts über den Beginn der Bauarbeiten an der sibirischen Bahn durch den Kaiser Alexander III. Zwei Monate später begannen die Arbeiten. Dies Ereignis ist damals so gut wie nirgends seiner wahren Bedeutung nach gewürdigt worden. Erwägt man den Zusammenhang der Umstände, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ihm auf russischer Seite die wohlwogene Entscheidung vorhergegangen sein muß, für absehbare Zeit die Kräfte und Machtmittel des Staates ganz vorwiegend auf den fernen Osten zu konzentrieren. Offiziell wurden die Kosten der sibirischen Eisenbahn anfangs inkl. der projektierten Ausgaben für Stromkorrekturen und dergleichen auf rund 800 Millionen Mark veranschlagt. Tatsächlich haben sie mit den mandschurischen Linien zusammen das Vierfache verschlungen. Es mag sein, daß die russische Regierung nicht ganz auf einen solchen Betrag vorbereitet war; der seinerzeit veröffentlichte offizielle Voranschlag aber war bereits absichtlich zu niedrig bemessen. Der Umstand, daß man von vornherein selbst von der bloßen Tracierung der ganzen ca. 2000 Kilometer betragenden Strecke längs der Schilka und des Amur, von Strjetensk bis Chabarowsk, absah und auf Anfragen immer eine präzise Beantwortung der Frage vermied, was denn eigentlich dort mit dem Bau geschehen sollte, ließ darauf schließen, daß die Abkürzung durch die Mandchurei von Anfang an im Plan der russischen Regierung gelegen hat, und daß die Linie längs des Ussuri von Wladiwostok nach Chabarowsk nur dazu bestimmt war, sobald wie möglich für etwa notwendig werdende

Transporte die Wasserstraße des Amur in Verbindung mit dem von Westen her vorrückenden Bahnbau nutzbar zu machen. Lag aber die Erwerbung einer herrschenden Position in der Mandschurei bereits zu Beginn der neunziger Jahre innerhalb der bestimmten Absichten der russischen Politik, so wurde es in der Folge um so klarer, daß der ganze Bahnbau von vornherein eminent politischen Zwecken gedient hat. Diese Ziele bestanden in nichts anderem, als in dem Gedanken der Hegemonie in Ost-Asien.

Rußland war früher und erfolgreicher als die übrigen in China interessierten europäischen Mächte in der Lage, seine Aufmerksamkeit den inneren Verhältnissen Chinas, namentlich der Situation der herrschenden Mandschudynastie, zuzuwenden und sie in ihrer Bedeutung für den zu erwartenden Gang der Ereignisse zu begreifen. Die Fäden, die hier hinüber und herüber gesponnen wurden, waren im einzelnen mit einem dichten Schleier des Geheimnisses bedeckt; im Prinzip aber konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß bereits seit dem Ende der achtziger Jahre, wenn nicht schon früher, sehr wichtige und sehr folgenreiche Verbindungen zwischen russischen politischen Persönlichkeiten auf der einen, Angehörigen des chinesischen Kaiserhauses und hohen weltlichen wie geistlichen Würdenträgern des chinesischen Reiches auf der anderen Seite vorhanden waren. Vermöge dieser Beziehungen war die russische Regierung zu einer Zeit, als für das allgemeine europäische Bewußtsein eine chinesische Krisis noch weit außerhalb des Gesichtskreises lag, imstande, ihre vorbereitenden Schritte zu tun. Das letzte Ziel war die Beherrschung Chinas, nicht nur seiner innerasiatischen Nebenländer, sondern zum mindesten auch der ganzen nördlichen Hälfte des eigentlichen Reiches der „achtzehn Provinzen“. Es sollte erreicht werden auf der einen Seite durch die Ausnutzung der Beziehungen zu einheimischen chinesischen Machtfaktoren, auf der anderen Seite durch die Bereitstellung einer so starken militärischen Macht in Ost-Asien, mit so gesicherter rückwärtiger Verbindung nach der Heimat, daß keine andere konkurrierende Nation daran denken konnte, den Russen kriegerisch entgegen zu treten. Die russische Politik war dabei bestrebt, so weit wie möglich ohne kriegerische Aktionen durchzudringen und, wenn es anging, solche

ganz zu vermeiden. Man hoffte, China dadurch in militärisch-politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen, daß man das russisch-asiatische Eisenbahnnetz immer weiter in das Innere des Nachbarreichs hinein verschob. Die leitenden russischen Politiker erkannten sehr wohl, daß die sibirische Bahn für die Verwirklichung ihrer letzten Absichten nichts weniger als ein ideal geeignetes Werkzeug sein würde. Wegen ihrer nördlichen Lage sicherte sie der russischen Macht direkt bloß die Möglichkeit eines Druckes auf die nördlichen peripheren Teile des chinesischen Reichs. Allerdings liegt dort der Regierungssitz, und solange die Mandschudynastie herrscht, wird sie auch bestrebt sein, ihn in der Nähe ihres alten Stammlandes zu behalten. In das eigentliche produktreiche, intensiv bevölkerte Herz Chinas, in die zentralen Gebiete im Becken des Jangtsekiang, eröffnete sich aber für Rußland von Sibirien aus kein bequemer Weg. Daher war es ein im Stillen beschlossener Plan der russischen Politik, eine Eisenbahnlinie quer durch Innerasien zu schaffen, mit dem vorläufigen Ziel im Talbecken des Weiho, jener Landschaft, die historisch wie geographisch die Wiege des chinesischen Reiches und der chinesischen Kultur ist, mit der alten, auch in den Wirren des sogenannten Boxeraufstandes von der Dynastie wieder aufgesuchten Hauptstadt Hsinganfu. Ob diese russisch-zentralasiatische Zukunftsbahn ihren westlichen Ausgangspunkt von der sibirischen oder von der turanischen Magistrallinie aus nehmen sollte, war noch die Frage; sicher aber durfte Rußland hoffen, an dem Tage, wo es ihm gelungen war, mit einem Schienenweg das Talbecken des Weiho von Osten her zu erreichen, der Herr von ganz Nord- und Mittelchina zu sein, denn von dort aus strahlen die natürlichen und durch keine feindliche europäische Aktion zu beeinträchtigenden Verbindungslinien sowohl nach Nordosten und Osten in die große Ebene als auch nach Südosten in das Jangtsekianggebiet aus.

Die Verlegung des russischen Interessenschwerpunktes vom Balkan nach Ostasien änderte, während der Jahre vor dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges unser inneres Verhältnis zu Rußland gegenüber der Zeit der Bismarckschen Politik natürlich vollkommen, zumal da gleichzeitig auch in Persien und Mittelasien die weltpolitischen Interessen Rußlands sich erheblich erweitert und einen

viel akuterem Charakter angenommen hatten. Bismarcks Dreibundpolitik war, wie wir sahen, aus der Notwendigkeit für Deutschland hervorgegangen, zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu optieren; der Dreibund bezweckte für Oesterreich-Ungarn die Sicherung gegen einen russischen Angriffskrieg mit dem strategisch-politischen Ziel: Konstantinopel über Wien; Deutschland dagegen sollte er vor der Gefahr einer Wiederholung jener verhängnisvollen Kombination aus der Zeit des siebenjährigen Krieges — Oesterreich-Ungarn, Rußland, Frankreich gegen uns — bewahren. Seine Voraussetzungen waren auf der einen Seite die unbedingte Feindseligkeit Frankreichs uns gegenüber, auf der anderen Seite der russisch-österreichische Gegensatz in den Balkandingen samt der Verhetzung und der Verärgertheit Rußlands gegen die deutsche Politik aus der Zeit des Berliner Kongresses her. Sobald aber die russische Politik sich darüber klar wurde, daß für die Zukunft Rußlands als Weltmacht Ostasien bedeutend wichtiger war, als der europäische Orient, so änderte sich eine Grundvoraussetzung der Dreibundpolitik. Wenn die politischen Ziele Rußlands sich nicht mehr zum größeren Teile in der Beherrschung der Balkanangelegenheiten erschöpften, so trat für die russische Politik die Möglichkeit, sogar die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Verständigung mit Oesterreich-Ungarn näher; ja es ließ sich eine solche Veränderung des Standes der Dinge denken, daß an die Stelle des deutsch-österreichischen ein russisch-österreichisches Bündnis trat — mit dem Ziel einer Teilung der Balkanhalbinsel.

Derjenige Punkt, auf den Rußland in den Balkandingen, wenn überhaupt an die bestehenden Verhältnisse gerührt werden soll, um dringlicher Lebensinteressen willen nicht verzichten kann, ist die Beherrschung des Eingangs in das Schwarze Meer vom Bosphorus aus. Bismarck hat — allerdings noch unter Voraussetzung des unveränderten Bestehens der Basis des Dreibunds — über die zukünftige Politik Rußlands namentlich mit Beziehung auf Konstantinopel in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ ein besonderes Kapitel. Er schreibt dort: „Wenn Rußland, nachdem es hinreichend fertig ist, um den Sultan und den Bosphorus nötigenfalls militärisch zu Wasser und zu Lande zu überlaufen, dem Sultan persönlich und

vertraulich vorschlägt, gegen Bewilligung einer ausreichenden Befestigung und Truppenzahl am nördlichen Eingang des Bosphorus ihm seine Stellung im Serail und alle Provinzen nicht nur gegen das Ausland, sondern auch gegen seine eigenen Untertanen zu garantieren, so würde das ein Angebot sein, in dem eine erhebliche Versuchung zur Annahme liegt. Sehen wir aber den Fall, daß der Sultan aus eigenem oder aus fremdem Antrieb die russische Insinuation zurückweist, so kann die neue Schwarze-Meer-Flotte die Bestimmung haben, auch vor entschiedener Sache sich der Stellung am Bosphorus zu bemächtigen, deren Rußland zu bedürfen glaubt, um in den Besitz seines Hauschlüssels zu gelangen. . . .“ Bismarck führt dann des weiteren aus, wie es sowohl im Sinne der deutschen als auch der österreichischen Interessen läge, einer Festsetzung Rußlands am Bosphorus in keiner Weise hinderlich zu sein. „Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde, wenn die Russen auf dem einen oder anderen Wege physisch oder diplomatisch sich in Konstantinopel festgesetzt und dasselbe zu verteidigen hätten. . . . Wenn ich österreichischer Minister wäre, so würde ich die Russen nicht hindern, nach Konstantinopel zu gehen, aber eine Verständigung mit ihnen erst beginnen, nachdem sie den Vorstoß gemacht hätten. Die Beteiligung Oesterreichs an der türkischen Erbschaft wird doch nur im Einverständnis mit Rußland geregelt werden, und der österreichische Anteil um so größer ausfallen, je mehr man in Wien zu warten und die russische Politik zu ermutigen weiß, eine weiter vorgeschobene Stellung einzunehmen. . . . Wenn man die Sondierung, ob Rußland, wenn es wegen seines Vordringens nach dem Bosphorus von anderen Mächten angegriffen wird, auf unsere Neutralität rechnen könne, so lange Oesterreich nicht gefährdet wäre, in Berlin verneinend oder gar bedrohlich beantwortet, so wird Rußland zunächst versuchen, Oesterreichs Genossenschaft zu gewinnen. Das Feld, auf dem Rußland Anerbietungen machen könnte, ist ein sehr weites, nicht nur im Orient auf Kosten der Pforte sondern auch in Deutschland auf unsere Kosten. Die Zuverlässigkeit unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn gegenüber solchen Versuchungen wird nicht allein von dem Buchstaben der Verabredung, sondern auch einigermaßen von

dem Charakter der Persönlichkeiten und von den politischen und konfessionellen Strömungen abhängen, die dann in Oesterreich leitend sein werden. Gelingt es der russischen Politik, Oesterreich zu gewinnen, so ist die Koalition des siebenjährigen Krieges gegen uns fertig, denn Frankreich wird immer gegen uns zu haben sein, weil seine Interessen am Rhein gewichtiger sind als die im Orient und am Bosphorus.“

Die russische Weltpolitik in Ostasien stieß nun von Anfang an auf einen starken Widerspruch in dem Bewußtsein des Volkes, und zwar nicht nur der breiteren, zu einer Auffassung großer politischer Vorgänge kaum befähigten ungebildeten Masse, sondern auch in der gebildeten Oberschicht. Jenes alte, durch eine jahrhundertelange Entwicklung und eine große Menge vergossenen russischen Blutes geheiligte Ideal, den Halbmond von der Sophienkuppel in Konstantinopel herabzustürzen und das orthodoxe Kreuz an seine Stelle zu pflanzen, lebte und lebt noch heutigen Tages in Wirklichkeit beim russischen Volke; der Politik in Ostasien standen dagegen nicht wenige urteilsfähige Leute mit dem direkten Empfinden gegenüber, daß es sich dort um ein Abenteuer handle. Mit einer geradezu verhängnisvollen Wucht hat sich dieses vollkommene Fehlen eines inneren Zusammenhanges im Volksbewußtsein zwischen der „historischen Mission“ Rußlands und der ostasiatischen Politik alsbald nach Ausbruch des japanischen Krieges geltend gemacht. Von all den Hunderttausenden russischer Soldaten, die auf den Kriegsschauplatz in der Mandschurei transportiert wurden, um mit den Japanern zu kämpfen, hatte nur ein ganz kleiner Teil überhaupt eine Ahnung davon, wer und was die Japaner seien, und aus welchen Ursachen es zum Kriege mit ihnen gekommen war. Die Massen schlugen sich dort bei Port Arthur, am Schaho und bei Mukden für eine Sache, die ihnen innerlich fremder war und ferner lag, als den Grenadieren Suworows 1799 bei Cassano und an der Trebbia die Gründe, um deretwillen sie auf die Franzosen schießen mußten. Aber nicht nur der gemeine Soldat, sondern auch ein großer Teil der gebildeten, politisch denkenden Offiziere und fast die ganze öffentliche Meinung der gebildeten Schichten zuhause erblickte in dem Ausbruch des Krieges und in den unausgesetzten

Mißerfolgen der russischen Waffen nichts weiter als eine Bekräftigung der Zwecklosigkeit und Abenteuerlichkeit derjenigen Politik, die das Reich in den ostasiatischen Konflikt hineingeführt hatte. Damit braucht an sich der Gedanke einer ostasiatischen Weltpolitik vom russischen Standpunkt aus noch nicht als absurd hingestellt zu sein. Auch die öffentliche Meinung eines großen Volkes kann zeitweilig in auswärtigen politischen Fragen vollständig irren. Man braucht zum Beweis dafür nur an die Stimmung zu erinnern, die vor 1866 in den liberalen Kreisen Preußens gegenüber der Armeereform und dem Gedanken eines Krieges mit Oesterreich herrschte. Damals äußerte Bismarck bekanntlich, daß, wenn die Truppen aus Böhmen statt als Sieger als Besiegte heimgekehrt wären, die alten Weiber von Berlin ihn und Roon mit Besenstielen totgeschlagen hätten. Für Rußland kam es in Ostasien zunächst nur darauf an, ob die materiellen Machtmittel des Staates, die Finanzen, die Armee und die Flotte hinreichend kräftig und leistungsfähig sein würden, um das Begonnene auf alle Fälle durchzuhalten, wenn die Ausgaben ins Ungeheure wuchsen und kriegerischer Widerstand, sei es von Japan, sei es von China her, sich erhob. Daß man sich in allen diesen Punkten, in denen man gewissenhafter Weise und nach dem Maßstab menschlicher Voraussicht gemessen, hinreichend sicher sein mußte, bevor man wirkliche Weltpolitik aufnahm, so absolut getäuscht hat, das ist nicht nur das Verhängnis, sondern auch die Schuld derjenigen Elemente, die Rußland in diese Politik hineingeführt haben.

Zu dem vollkommenen Irrtum über das Maß der eigenen Leistungsfähigkeit trat der nicht minder schwerwiegende Irrtum über die Absichten und die Entschlossenheit des in Betracht kommenden Gegners. Auch in den amtlichen Kreisen Deutschlands scheint man ja noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges der Meinung gewesen zu sein, daß die Japaner nicht oder noch nicht loschlagen würden, aber Deutschland war an der Frage der russisch-japanischen Beziehungen, wenn auch mittelbar natürlich sehr lebhaft, so doch direkt nicht annähernd in der Weise wie die russische Regierung selbst interessiert, und der Irrtum daher begreiflich —, in Rußland hätte man darüber informiert sein müssen, daß die Japaner

seit dem Frieden mit China von 1895, in dem die Intervention Rußlands, Deutschlands, Frankreichs und Spaniens sie zum Verzicht auf einen großen Teil ihrer Eroberungen zwang, den Krieg mit der höchsten Energie und dem höchsten Opfermut vorbereiteten, und daß vor allen Dingen die psychologische Stimmung der Volksmassen wie der gebildeten und regierenden Schichten von dem Vertrauen auf die Kraft durchdrungen war, den Waffengang mit Rußland erfolgreich bestehen zu können. Das Unterrichtetsein über diese Grundstimmung der gesamten japanischen Nation war eigentlich der springende Punkt. Statt dessen kehrte der General Kuropatkin von seinem Besuch in Japan im Jahre 1903 mit durchaus beruhigenden Eindrücken nach Hause zurück, und in der russischen Presse, zumal in den nationalistischen und chauvinistischen Organen, war das U und O aller politischen Betrachtungen über die Kriegsmöglichkeit während der letzten kritischen Monate des Jahres 1903 stets die Redensart: „sie werden es nicht wagen!“ Mir hat ein höherer russischer Sanitäts-Offizier, der auf der Heimreise von der internationalen China-Expedition im Jahre 1901 begriffen war, während einer gemeinsamen Fahrt auf meine Frage, welche von den Truppen, die er in China kennen gelernt habe, er für die tüchtigsten hielt, rückhaltlos geantwortet: die Japaner! Im weiteren Verlauf des Gesprächs entwickelte und begründete er seine Meinung näher dahin, daß der japanische Soldat erstens von einem glühenden persönlichen und patriotischen Ehrgeiz beseelt und darin dem russischen überlegen sei; an absoluter Todesverachtung und körperlicher Leistungsfähigkeit übertreffe er aber auch das durchschnittliche westeuropäische Soldatenmaterial, und in der Organisation des Verpflegungswesens und des Trains sei die japanische Armee überhaupt unübertrefflich. Es wäre für Rußland gut gewesen, wenn solche Ansichten etwas mehr zur Kenntnis und Geltung gekommen wären, bevor man die Kriegsgefahr mit dem Motto erledigte: „Das wagen sie doch nicht.“

Die militärische Niederlage der russischen Macht im Kriege mit Japan ist von der überwiegenden Mehrheit der europäischen Zuschauer dieses Dramas ebenso wenig erwartet worden, wie man in Rußland daran gedacht hat, in dieser Weise als Besiegter aus

dem Kampfe hervorzugehen. Ich habe schon jahrelang vor dem Kriege nicht selten Gelegenheit gehabt, im persönlichen Gespräch dieser falschen Schätzung der Wehrmacht und kriegerischen Aktionsfähigkeit Rußlands entgegenzutreten, aber meist nur mit dem Erfolg, ungläubige Zweifel oder das überlegene Lächeln des Besserwissens hervorzurufen. Auch in der ersten Auflage dieses Buches habe ich in dem Kapitel über Rußland darauf hingewiesen, daß der allgemeine europäische Respekt vor der politisch-militärischen Kraft unseres östlichen Nachbarn ein ebenso merkwürdiges historisch-psychologisches Problem sei, wie der nicht besser begründete Glaube an die sogenannten unermesslichen natürlichen Reichtümer Rußlands es ist. Wenn man den wirklichen Verhältnissen in unbefangener Untersuchung näher tritt, so fragt man sich, welche von beiden Ueberzeugungen eigentlich ungenügender begründet ist, als die andere — unbegründet vor allen Dingen, soweit es sich bei dem Begriff militärischer Macht und wirtschaftlicher Stärke nicht bloß um die Entfaltung passiver Widerstandsfähigkeit, sondern aktiver Stofkraft und eines nachhaltigen, von innen heraus bedingten Ausdehnungsbedürfnisses handelt. In Deutschland stammt der Respekt vor der russischen Kraft überwiegend aus der Epoche der Befreiungskriege, vom Zusammenbruch der napoleonischen Macht im Feldzuge von 1812, von der Waffenbrüderschaft mit den Russen 1813 und 1814 und von der imponierenden Persönlichkeit des Kaisers Nikolaus I., der namentlich die preußische Politik in der bekannten Abhängigkeit zu halten wußte. Hat doch Bismarck für jene Zeit das Wort von unserer russischen Vasallenschaft gebraucht. Einigermassen wirkte auch wohl noch die Teilnahme Rußlands am siebenjährigen Kriege gegen Preußen nach. Wenn auch die Leistungen der russischen Truppen und ihrer Generale in strategischer wie in taktischer Beziehung nichts weniger als glänzend waren, so imponierte schon damals ihre rohe, passive, aber soldatisch gewichtige Unererschütterlichkeit auf dem Schlachtfelde, und vor allen Dingen blieb man sich bewußt, daß der Hinzutritt Rußlands zu der österreichisch-französischen Koalition den Druck auf die preußische Widerstandskraft bis zur Unerträglichkeit gesteigert, und daß die Abkehr Rußlands von den Verbündeten nach dem Tode der Kaiserin Elisabeth

Preußen möglicherweise gerettet hatte. Auch der Alpenfeldzug Suworows unter Kaiser Paul hinterließ eine ähnliche heroische Erinnerung an die Fähigkeit der russischen Truppen, wenn nicht im Ansturm gegen den Feind, so doch in der Ueberwindung von Naturschwierigkeiten und in der physischen Widerstandskraft gegenüber den Unbilden des Krieges, den Schrecken der Schlacht, wie der Kälte, der Wunden, Märsche, Strapazen, Außergewöhnliches zu leisten. An positiver militärischer Kraft und Tüchtigkeit im höheren Sinne haben die Russen aber im großen und ganzen zu keiner Zeit besonders Hervorragendes zu Wege gebracht, und in materieller Beziehung stellte sich jedesmal nach einer größeren militärischen Anstrengung eine so schwere Zerrüttung des Finanzwesens heraus, daß die Regierung in dieser Hinsicht zu den bedenklichsten Maßregeln greifen mußte. Im 19. Jahrhundert hat Rußland fünf Kriege in Europa geführt: 1805—1807 im Bunde mit Oesterreich und Preußen gegen Napoleon; 1812—1815 hat es sich, nach dem Untergang der großen Armee auf dem Hin- und Rückmarsch zwischen der Grenze und Moskau, an dem europäischen Koalitionskrieg gegen Frankreich beteiligt; 1828—1829 hat es einen Türkenkrieg geführt; 1854—1855 den Krimkrieg; 1877—1878 abermals einen Türkenkrieg. Kleinere militärische Konflikte, wie die Eroberung Finnlands 1809, die Niederwerfung der aufständischen Ungarn 1848, und noch einiges andere, können außer Betracht bleiben. Der wohlwollendste Beurteiler wird nicht finden, daß die russische Armee sich in irgend einem dieser Feldzüge mit außerordentlichem Ruhm bedeckt hätte. Die militärischen Leistungen der Russen in den napoleonischen Kriegen waren nicht schlecht, aber auch keineswegs glänzend; die Zahl der Niederlagen war größer, als die der Siege. Sowohl die napoleonischen Kriege, als auch der siebenjährige Krieg waren Koalitionskriege, an denen Rußland nur als militärisches Glied innerhalb einer Gruppe von Verbündeten gegenüber einem gemeinsamen Gegner beteiligt war: mit Oesterreich und Frankreich gegen Preußen, mit Oesterreich, mit Preußen oder mit beiden und noch anderen Mächten gemeinsam gegen die Franzosen. Allein einem mächtigen Gegner hat Rußland nur 1812 gegenüber gestanden, und niemand wird behaupten wollen, daß der Mißerfolg

Napoleons den militärischen Leistungen der russischen Führung und der russischen Truppen allein zuzuschreiben sei. In allen anderen Kriegen, die Rußland seitdem geführt hat, handelte es sich nicht um ebenbürtige Gegner, oder soweit solche vorhanden waren, endete der Krieg mit einer Niederlage. Die beiden türkischen Feldzüge von 1828—29 und von 1877—78 haben trotz der starken militärischen Unterlegenheit der Türken das russische Heer in ernste Gefahr gebracht. 1829 war es nur die absolute Kopflosigkeit der türkischen Führung, die es den Russen gestattete, durch den tollkühnen Vormarsch des Feldmarschalls Diebitsch über den Balkan den Feldzug erfolgreich zu beendigen, und der letzte Orientkrieg 1877—78 bedeutete, wenn er auch schließlich durch die rumänische Waffenhilfe und durch die innere Desorganisation der türkischen Kräfte nach zahlreichen und empfindlichen Wechselfällen mit Mühe und Not glücklich zu Ende gebracht wurde, geradezu einen moralischen Bankrott für das russische Heerwesen. Dieser Erkenntnis hat man sich auch in Rußland nicht verschlossen. Nach dem Kriege begann eine lange, eifrige Reorganisationsarbeit in der Armee, und außerdem ist es eine bekannte Tatsache, daß die unüberwindliche Scheu Alexanders III. vor einem Kriege zum großen Teil auf die niederdrückenden Erfahrungen zurückging, die der Kaiser als Thronfolger gelegentlich seiner Teilnahme an dem Feldzug in der Türkei gemacht hat. Im Krimkrieg bildet die Verteidigung von Sewastopol ohne Zweifel ein dauerndes Ruhmesblatt der russischen Geschichte, aber unbeschadet dieser Leistung endete der Krieg unglücklich. Der strategische Aufmarsch, die Dislokation der Truppen, die Verwendung der Kräfte auf dem Schlachtfelde, zeigten gleichmäßig, daß die Führung auf russischer Seite ihrer an sich gar nicht so übermäßig schweren Aufgabe nur sehr mangelhaft gewachsen war.

Ebenso hat sich gezeigt, daß jeder große europäische Krieg seither noch das Reich bis an den Rand der äußersten Finanznot gebracht hat. So war es am Schluß der napoleonischen Epoche, so nach dem Krimkrieg, so nach dem Frieden von San Stefano. Auf diese sehr bedeutsame Tatsache ist in neuester Zeit bereits

mehrfach hingewiesen worden.*) Professor Ballod hat vollständig recht, wenn er betont, daß jedesmal als nähere oder fernere Nachwirkung dieser Kriege ein Zusammenbruch der russischen Währung erfolgt sei. Das zur Bestreitung der Kriegskosten in den napoleonischen Feldzügen ausgegebene Papiergeld, die sogenannten „Rubel Banko“, sanken in den darauf folgenden Jahren allmählich auf weniger als dreißig Prozent vom Wert des Silberrubels und erhielten im Jahre 1839 gesetzliche Zahlungskraft zu zwei Siebenteln des Nominalwertes, d. h. der Staat strich fünf Siebentel der von ihm durch Ausgabe jener Assignaten übernommenen Zahlungsverpflichtungen. In der letzten Zeit vor dem Krimkrieg hatte sich das russische Finanzwesen äußerlich wieder einigermaßen erholt, und die öffentliche Meinung nahm damals an, daß Kaiser Nikolaus finanziell so gut gerüstet sei, wie militärisch. Er war weder eins noch das andere. Während der letzten Monate des Krieges war die Geldnot in Rußland so hoch gestiegen, Gold und Silber derart aus dem Verkehr verschwunden, daß die Regierung selbst größere Zahlungen, die sie zu leisten hatte, zwangsweise in Kupfergeld vornahm. In Wirklichkeit war das russische Finanzsystem schon vor dem Kriege so stark ausgehöhlt, daß der Zusammenbruch im Jahre 1858 nur eine notwendige Folge jener vorhergegangenen Manipulationen war, die infolge der absoluten Regierungsgewalt vor der Öffentlichkeit verborgen geblieben waren. 1858 mußte die russische Staatskasse die Barzahlungen, d. h. die Einlösung der Kreditbilletts gegen Silberrubel, einstellen. Der Kurswert des Papierrubels gegenüber dem Silberrubel wechselte fortan, hielt sich aber bis zum Türkenkriege von 1877—78 meist einigermaßen aufrecht. Nach dem Kriege sank infolge Ueberanstrengung der Finanzkräfte des Staats der Kurs der Rubelnoten zeitweilig bis auf etwas über fünfzig Prozent ihres Nominalwertes. Bekanntlich wurde dann bei der Einführung der Goldwährung durch den Finanzminister Witte der Wert des Rubels durch die sogenannte Devaluation auf zwei Drittel des früheren festgesetzt. Die Ausichten für die russische Währung und den russischen Kredit nach dem unglücklichen Kriege

*) So auch Karl Ballod in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft; 1905, S. 464 und Rudolf Martin „Die Zukunft Rußlands“ S. 73.

gegen Japan sind also, von allen übrigen Argumenten abgesehen, schon mit Rücksicht auf diese drei vorhergegangenen Beispiele sehr unsicher.

Die Niederlage gegen Japan hat nun endlich den Glauben an die innere Kraft Rußlands, wenigstens nach der Seite seiner militärisch-politischen Leistungsfähigkeit hin, erschüttert. Allerdings nur erst erschüttert, immer noch nicht von Grund auf gestürzt, und doch hat für den richtig überlegenden Beurteiler der Verlauf dieses Krieges nicht mehr und nicht weniger nachgewiesen, als daß Rußland für absehbare Zeit überhaupt aus der Reihe derjenigen Mächte zu streichen ist, die imstande sind, einen großen modernen Krieg zu führen, d. h. sich einen maßgebenden Einfluß auf die Weltpolitik zu wahren. Für die Begründung dieses Urteils aus dem Charakter der finanziellen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Rußlands werden wir Material in seinen Einzelheiten noch später vorzulegen haben. Abgesehen von der ökonomischen Grundlage des ganzen russischen Problems hat aber der Krieg in entscheidender Weise einen so großen moralischen Defekt des gegenwärtigen Rußland erwiesen, daß dieser für sich allein schon genügt, um jene Unmöglichkeit zur Führung eines modernen Krieges zu beweisen. Man muß dabei den Nachdruck auf das Wort modern legen. Rußland ist nicht imstande, im Gebrauch der Mittel, die in der heutigen Kriegstechnik zur Anwendung gelangen müssen, mit geistig und moralisch höher entwickelten Völkern Schritt zu halten. Das 18. Jahrhundert, das Zeitalter der napoleonischen Kriege und selbst noch die ersten Feldzüge, die nach der Einführung des Hinterladegewehres durch die größeren Militärstaaten geführt wurden, stellten an die allgemeine Qualität des Soldatenmaterials und der Führung noch keine höheren Anforderungen, als daß auch Rußland mit seinen vorhandenen Mitteln hoffen konnte, ihnen nachzukommen. Allerdings war man sich in Rußland darüber klar, daß die Rückständigkeit des Volkes in der Bildung eine bedeutend höhere Ausbildungs- und aktive Dienstzeit bei der Fahne notwendig machte. Bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurden diejenigen Leute, die als Rekruten über keinerlei Kenntnis des Lesens und Schreibens verfügten, also die überwiegende Mehrzahl

des gesamten Ersatzmaterials, von vornherein auf fünf Jahre eingestellt. Je nach der Höhe der nachgewiesenen Schulbildung wurde dann den einzelnen Kategorien der Wehrpflichtigen eine fortschreitende Verkürzung dieser aktiven Dienstpflicht bei der Fahne gewährt. Mit dem Fortschritt in der Technik des Kriegswesens, der Tragweite der Infanteriewaffen und der Geschütze, der Vergrößerung der Heere, der komplizierten Ausgestaltung des Signal- und Meldewesens, des Aufklärungsdienstes, mit der beinahe ins Unendliche wachsenden Vergrößerung des Gefechtsfeldes, und vor allen Dingen mit der notwendigen Auflösung der fechtenden Truppe während des Kampfes in immer kleinere Körper, ja schließlich in die einzelnen Individuen und der damit zusammenhängenden Notwendigkeit einer steten Erhöhung der Selbständigkeit bei Mannschaften und Offizieren, mußte aber der Moment eintreten, an dem das Material der russischen Armee versagte. Der Feldzug gegen die Japaner hat gezeigt, daß mit den heutigen Anforderungen an ein Heerwesen großen Stils der Punkt, bis zu dem die Leistungsfähigkeit des russischen Durchschnittsoldaten und Offiziers unter den obwaltenden Verhältnissen noch gesteigert werden konnte, bereits überschritten war. In Zukunft wird es sich natürlich bei diesen Anforderungen des modernen Krieges vor allen Dingen an die geistigen und moralischen Qualitäten eines Heeres noch um eine stets weiter getriebene Steigerung handeln. Damit ist von selber gegeben, daß das Versagen der russischen Armee nach dieser Richtung hin im Ernstfalle immer verhängnisvoller hervortreten würde. An Tapferkeit hat es dem russischen Soldaten den Japanern gegenüber im großen und ganzen so wenig gefehlt, wie vordem den Türken und Franzosen gegenüber. An geistiger und körperlicher Beweglichkeit, an moralischer Spannkraft war er aber dem Japaner hoffnungslos unterlegen. Ebenso zeigte sich, daß die höhere Führung nicht mehr imstande war, die technischen Mittel, ohne deren Beherrschung ein moderner Feldzug oder eine moderne Schlacht nicht glücken können, in ausreichender Weise zu handhaben. Daß einzelne Generale und Führer versagten, daß Kopflosigkeit und Feigheit, ja möglicherweise sogar eine an Verrat grenzende Pflichtvergessenheit, wie bei der Uebergabe von Port Arthur, eine Rolle gespielt haben, das kann in jedem

Kriege und bei jedem Volke vorkommen. Was wir in Preußen 1806 erlebt haben, bei der Kapitulation der großen Festungen vor Napoleon, sollte uns in dieser Beziehung mit unserem Urteil, zumal außerhalb der militärischen Fachliteratur, zurückhaltend machen. Diese Mängel machten aber nicht das entscheidende Moment für die Niederlage aus; vielmehr lagen die inneren Gründe für den militärischen Zusammenbruch des Staates gegenüber den Japanern nicht nur in der Unmöglichkeit, den russischen Soldaten moralisch und intellektuell auf die Höhe des japanischen zu bringen, sondern vor allem in dem Unvermögen der Führung begründet, eine derartige organisatorische Riesenaufgabe, wie eine moderne Schlacht großen Stils sie stellt, aufzunehmen und zu leiten. Mit noch viel größerer Schärfe als im Landkriege hat sich diese Seite des militärischen Versagens bei den Russen im Seekriege gezeigt. Führer und Mannschaften waren nicht fähig, ein so ungeheuer schwieriges Kriegsinstrument, wie es ein modernes Schlachtschiff und vollends eine Riesenflotte solcher Fahrzeuge darstellt, im einzelnen wie im ganzen mit der erforderlichen Sicherheit zu handhaben. Das kann auch nicht anders werden, wenn Rußland sich eine neue Flotte baut und einen Plan für die innere Neuorganisation der militärischen Ausbildung seiner Truppen zu Lande durchzuführen versucht. Man kann aus weichem Eisen keine Klinge schmieden, mit der sich einer stählernen Rüstung begegnen läßt. Das einzige Mittel, das hier helfen kann, ist eine Erhöhung des geistigen und moralischen Niveaus der gesamten Nation; dazu aber bedarf es, neben allem anderen, größerer Zeiträume, und wenn die Verhältnisse in dieser Beziehung so überaus ungünstig liegen, wie es in Rußland der Fall ist, so wird man überhaupt daran zweifeln dürfen, ob eine durchgreifende Besserung hier anders geschehen kann, als durch das Läuterungsfeuer erschütternder Krisen und großer nationaler Katastrophen hindurch. Auch was die Moral im gewöhnlichen Sinne anbetrifft, hat der japanische Krieg gezeigt, daß Rußland in dieser Beziehung seit den schmutzigen und korrupten Vorgängen von 1877—78 keine Fortschritte gemacht hat, sondern daß es nur noch schlimmer geworden ist. Die Veruntreuung von Staatsgeldern wurde von Hoch und Niedrig in noch riesenhafterem Maßstabe und mit noch

schamloserem Zynismus betrieben, als damals. Es kostete nur einen bestimmten Tarif, um Luxus- und Genußartikel, Sekt, Kaviar, Wein, französische Parfümerien, Damentoiletten und dergleichen, als Artilleriemunition und als Soldatenmäntel deklariert, trotz des empfindlichen Mangels an rollendem Transportmaterial und trotz der schärfsten Verbote, waggonweise auf den Kriegsschauplatz zu befördern. Im russischen Hauptquartier und den Städten der Mandchurei war, von den Großfürsten und von manchen kommandierenden Generalen hinab bis zu den Beamten des Roten Kreuzes, alles mit liederlichen Weibern aus Rußland und Paris förmlich überflutet. Der Harem und die Küche eines Großfürsten beanspruchten z. B. auf dem Rückzuge zwei volle Eisenbahnzüge. Kann es außerdem für die Demoralisation in den höchsten Sphären des Staates und der Armee krassere Beispiele geben, als das Verhalten jener Angehörigen des Kaiserhauses, die sich in den Tagen der tiefsten russischen Erniedrigung zu Wasser und zu Lande öffentlich mit französischen Demimondainen in Monte Carlo und Paris sehen und photographieren ließen? Das alles sind Erscheinungen, die sich nicht wie in dem vorrevolutionären Frankreich bloß aus der teilweisen Entartung einer dünnen Oberschicht erklären lassen und von denen man darum annehmen könnte, daß sie durch eine ähnliche kritische Prozedur, wie sie Frankreich nach 1789 durchmachte, zum raschen Verschwinden gebracht werden könnten; in Rußland sind diese Dinge vielmehr ein notwendiger Ausfluß der Gesamtkorruption, die das ganze Volk in seinen unteren Schichten mehr in naiver Weise, je weiter nach oben aber desto faulender und verderblicher durchfrißt, und deren Wurzeln sich unter der Herrschaft des absolutistischen Systems, unter gleichzeitiger Hintanhaltung einer ausreichenden Schulbildung und moralischen Erziehung der Massen, so sehr in die Tiefe und Breite des Volkskörpers hineingesenkt haben, daß alle von außen kommenden Reformationsversuche notwendigerweise ergebnislos bleiben müssen. Es ist der Mangel jeglichen Gefühls für die Verantwortlichkeit des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen, der den innern Grund für den Tiefstand der Moral in Rußland nach dieser Seite hin bildet. Selbst Leute, die im übrigen unseren Anforderungen an die gewöhnliche bürgerliche Ehr-

barkeit, z. B. im privaten Geschäftsverkehr entsprechen würden, haben gegenüber der Möglichkeit, sich aus staatlichen oder sonstigen öffentlichen Geldern zu bereichern, ein widerstandsloses oder eigentlich überhaupt kein Gewissen, und in dieser Beziehung ist gar kein Unterschied zwischen Regierenden und Regierten. Es gibt natürlich Männer in Rußland, die auch im öffentlichen Leben die Grundsätze strenger Rechtlichkeit wahren und die Beseitigung der Korruption für das erste Erfordernis der politischen und sozialen Gesundung ansehen, aber ihre Zahl und namentlich ihr Einfluß sind viel zu gering, als daß man von ihrer Stimme eine merkliche Besserung erwarten könnte. Auch der Uebergang zu den verfassungsmäßigen Formen einer Volksvertretung bietet an sich nichts weniger, als die Gewähr dafür, daß die politische und soziale Korruption dort, wo sie besteht, sich auf diesem Wege bessert. Die Belege hierfür sind namentlich in der parlamentarischen Geschichte der romanischen und slawischen Nationen nicht schwer zu finden. Das Einzige, was hier helfen könnte, wäre eine vollkommene innere Aenderung der führenden und gebildeten Schichten der Nation, von denen dann unter Zuhilfenahme eines leistungsfähigen Schulsystems, vor allen Dingen aber unter gleichzeitiger Umwandlung der Kirche aus einer Trägerin kultischer Funktionen zu einer die Gewissen beeinflussenden Macht, die Besserung ausgehen könnte. Man sieht, daß diese Forderungen nur aufgestellt zu werden brauchen, um schon durch ihre Formulierung die enormen inneren Schwierigkeiten, mit denen sie verbunden sind, zu enthüllen.

Rußlands Schicksal liegt in der Art seiner Umwandlung aus einem asiatischen in einen europäischen Staat begründet, und es ist eins der merkwürdigsten historischen Probleme die es gibt: zu beobachten, wie dort auf der einen Seite der Drang zur territorialen Ausdehnung in zwei Erdteilen, auf der andern Seite die inneren Schwierigkeiten, die sich diesem Expansionsbedürfnis durch den niedrigen Stand der Kultur entgegenstellen, Jahrhunderte lang nebeneinander hergehen und sich wechselseitig bedingen. Die letzte Wurzel der kulturellen Rückständigkeit Rußlands liegt in seinem Anschluß an die byzantinische Kirche, wodurch die inneren Kontaktwirkungen mit der abendländisch-katholischen Gemeinschaft, die sonst

trotz der räumlichen Entfernung und trotz des Mongolenjoches mit Notwendigkeit eingetreten wären, von vornherein ausgeschaltet wurden. Wenn der Großfürst Wladimir im 10. Jahrhundert nicht byzantinisch-orthodox, sondern römisch-katholisch geworden wäre, so hätte das für die frühzeitig innere Einbeziehung Rußlands in die kulturelle und politische Gemeinschaft der europäischen Kultur-nationen eine noch größere Bedeutung gehabt, als wenn die Mongolen Rußland nie erobert und die Chane der „goldenen Horde“ nie die Lehnherrn der Großfürsten von Moskau gewesen wären. Im Zusammenhange der vorausgegangenen kirchlichen Isolierung wirkte dann die Mongolenherrschaft allerdings um so schlimmer. Sie besiegelte es endgültig, daß sich aus der kirchlichen Scheidung eine allgemeine geistige und kulturelle entwickelte, in dem Sinne, daß Rußland zu Ende der Mongolenherrschaft sowohl politisch als auch national ein vollkommen barbarisches Gebilde darstellte. Wenn man von den Wikingerfahrten der russisch-normannischen Fürsten des 9.—11. Jahrhunderts gegen das byzantische Reich und die Länder der Balkanhalbinsel absieht, so beginnt die russische territoriale Ausdehnungspolitik im 16. Jahrhundert. Die Eroberungen der Großfürsten von Moskau, die vor dieser Zeit liegen, bedeuten lediglich die Vereinigung des größeren Teils der ursprünglich russischen und von den Russen kolonisierten Slawenländer unter einheitlichem Szepter. Als diese Aufgabe beendet war, erhob sich aber von selbst mit Naturnotwendigkeit das Bedürfnis, nach irgend einer Seite hin einen Ausgang aus der vollkommenen binnenländischen Abgeschlossenheit zu finden. Mit Iwan dem Schrecklichen (1533 — 1584), also ein halbes Jahrhundert nach der endgültigen Abschüttelung der Mongolenherrschaft, beginnt gleichzeitig die Expansion nach allen Richtungen. Im Norden werden auf dem weiten Umwege über das Weiße Meer, die einzige Stelle, wo Rußland damals an die See grenzte, keineswegs unbedeutende Handelsbeziehungen zu England aufgenommen. Nach Osten und Südosten schob die Einverleibung der beiden tatarischen Zartümer Kasan und Astrachan die Grenzen des Reiches mit einem Mal bis an den Ural und bis an das Kaspische Meer vor. Gegen Ende der Regierung Iwans begann die Eroberung Sibiriens durch den Kosaken Jermak

Timofejew. Als der Zar starb, war Nordasien bis an den Ob und Irtych bereits russisch, und noch nicht fünfzig Jahre später erreichten die Kosaken bereits bei Ochotsk den Stillen Ozean. Nach Osten hin gegen die tatarisch-mongolischen Staaten und die sibirischen Waldvölker waren die Waffen Moskaus und die moskowitzische Kultur immerhin noch der überlegenere Teil. Die Versuche Iwans, durch den Zugang zur Ostsee die direkte Verbindung mit Europa zu erzwingen, scheiterten an der militärischen Ueberlegenheit der polnisch-schwedischen Koalition. Ebenso blieb im Süden das Reich der Krimischen Tataren, die einen starken Rückhalt an der Türkei besaßen, eine den Moskowitern gefährliche Macht. Während des 17. Jahrhunderts wiederholten sich die Versuche Moskaus, die Ostsee zu erreichen, aber sie blieben vergeblich. Auch Zar Alexei, der Vater Peters des Großen, gelangte mit Heeresmacht bis vor Riga und belagerte die Stadt, ohne sie nehmen zu können und ohne im schließlichen Frieden (1661) einen Fuß breit Bodens gegen das westliche Meer hin zu gewinnen. Nur gegen Polen gelang es ihm, einige früher verloren gegangene altrussische Landschaften wieder an das Reich zu bringen. Iwan der Schreckliche und Alexei haben beide auf ihre Art bereits versucht, Rußland zu modernisieren. Gleich Peter dem Großen waren sie zu diesem Zweck vor allen Dingen bemüht, Techniker, Geschützgießer, Waffenmeister nach Moskau zu bringen — ein Bestreben, das Polen und der livländische Orden in richtiger Erkenntnis der Gefahren, die sich in Zukunft hieraus entwickeln konnten, nach Kräften zu hindern strebten. Diese Bemühungen der moskowitzischen Herrscher tragen aber doch noch kaum einen anderen Charakter, als wenn heute der Negus von Abessinien oder der Emir von Afghanistan darauf aus sind, sich Kruppische Geschütze oder Phonographen anzuschaffen. Auch Zar Alexei ließ sich im Kreml von Moskau von einer deutschen Schauspielertruppe etwas vorspielen. Ein Verständnis dafür, daß es sich bei der Einführung Rußlands in die Reihe der politischen Mächte des Zeitalters um viel tiefer liegende Dinge handelte, als um die Aneignung des technischen, namentlich des kriegstechnischen Könnens der Abendländer, ging niemandem in Rußland auf, und auch von Peter dem Großen wird sich nicht behaupten lassen, daß

er ein tieferes Verständnis dafür besessen hat. Er war viel begabter, viel gewaltfamer und viel erfolgreicher in der „Europäisierung“, als sein Vater und als Iwan der Schreckliche, aber eine Idee vom innern Wesen der abendländischen Kultur, von ihrem unlösbaren Zusammenhange mit dem ganzen Bildungs- und inneren Entwicklungsgange der europäischen Völker und von der Unmöglichkeit, sie mit Erfolg bloß äußerlich auf das Russentum aufzupropfen, hat er nicht gehabt. Im Zusammenhange mit den gewaltfamen Bestrebungen Peters des Großen um die Einführung Rußlands in den Kreis der europäischen Großmächte machte sich auch sofort der niedrige wirtschaftliche und materielle Entwicklungsstand des Landes in den finanziellen Schwierigkeiten zur Durchführung der neuen Politik geltend, und ebenso wie Peter selbst mußten auch seine Nachfolger während des 18. Jahrhunderts zu allen möglichen Mitteln greifen, um den Bargeldbedarf zu befriedigen. Eine besondere Schwierigkeit entstand dabei von Anfang an durch die ungeheure moralische Korruption in der Beamtenschaft, die sich vom letzten Polizisten und Zollwächter bis zu den regierenden Günstlingen und Ministern hinauf gleichmäßig erstreckte. Das Mißverhältnis zwischen dem finanziellen Vermögen und den politischen Ansprüchen war es dann ja auch, wodurch die regelmäßigen Geldkrisen im Gefolge der europäischen Kriege während des 19. Jahrhunderts eintraten. Daß Rußland trotzdem die Großmachtspolitik zwei Jahrhunderte lang durchführen konnte, lag, wie bereits angedeutet, im wesentlichen darin begründet, daß der Entwicklungsstand der militärischen Taktik während dieser Zeit es immer noch halbwegs gestattete, mit derjenigen Art von Ausbildung für den Krieg, die der gewöhnliche russische Soldat und der Offizier sich anzueignen fähig waren, und mit der Art von allgemeinem Können, die im Kriege praktisch aus ihnen herauszuholen war, auszukommen. Namentlich galt das für die Taktik der Kriege des 18. Jahrhunderts. Der napoleonischen Methode, die das preußische Heer von 1806 zertrümmerte, wäre das russische Heerwesen an sich natürlich ebenso wenig gewachsen gewesen; nur daß die gewaltige passive Widerstandskraft auch unter den ungeheuersten Verlusten bei den russischen Bataillonen doch noch als

ein besonderes Moment hinzutrat. Der japanische Krieg hat gezeigt, daß auch in dieser Beziehung eine Erschütterung stattgefunden hat, aber man wird wohl nicht fehl mit der Annahme gehen, daß hier die große Unpopularität des Krieges, die Verstandlosigkeit des gemeinen Mannes dafür, worum es sich eigentlich handelte, die von jedermann empfundene Mangelhaftigkeit der Führung und die besondere Art des Gegners, das Ihrige dazu beigetragen haben werden. In den Kämpfen von 1813 und 1814 war die Uebermacht so sehr auf Seiten der Verbündeten, daß auch die Russen nicht mehr zu leisten brauchten, als sie nach ihrer bisherigen Art zu leisten imstande waren, und seitdem hat Rußland ja, wie bereits bemerkt, bis zum Ausbruch des Krieges mit Japan, abgesehen von dem unglücklichen Krimkriege, nie wieder mit einem militärisch ebenbürtigen Gegner zu tun gehabt.

Die Niederlage im japanischen Kriege muß also als der moralische und materielle Bankerott der Europäisierungspolitik in Rußland nach dem von Peter dem Großen begonnen System angesehen werden. Die ökonomischen Mittel des Staates haben im entscheidenden Augenblick für die Durchführung des angestrebten Zieles nicht ausgereicht, und die aus dem Konflikt der europäischen Bildung mit dem barbarischen Regierungssystem sich entwickelnde Krisis wurde naturgemäß gerade in dem Moment akut, wo die äußere Niederlage des Absolutismus und der forrumpierten Beamtenherrschaft besiegelt erschien. Die Frage nach der Zukunft Rußlands ist mithin gleichbedeutend mit der nach den Möglichkeiten seiner wirtschaftlichen Gesundung und seiner inneren politischen Regeneration. Man kann das System, das bis zum japanischen Kriege und bis zu der erzwungenen Verleihung einer Konstitution durch den gegenwärtigen Kaiser, in Rußland angewandt worden ist, dahin definieren, daß versucht wurde, die materiellen Machtmittel des Staates, d. h. vor allen Dingen seine Finanzkraft, unter absichtlicher Ignorierung und Beiseiteschiebung der Reformnotwendigkeiten auf dem Gebiete des Absolutismus, der politischen Willkür, ohne sittliche Volkserziehung und ohne Schulbildung und des öffentlichen Diebstahls am Staatsvermögen auf jede sonst mögliche Weise zu entwickeln. Zwei bedeutende und in ihrer Art geniale Finanzminister,

Wyschnegradski und Witte, unternahmen es, durch eine künstliche Emporzüchtung des westeuropäischen Industrialismus und Kapitalismus der Geldarmut Rußlands abzuhelpfen; als Resultat dieses Versuchs hat sich aber ein vollständiger und offensichtlicher Mißerfolg gezeigt. Voraussetzung und Vorbedingung dafür, daß man überhaupt an jene Pläne herantrat, war der fortgesetzte Ruin der bäuerlich agrarischen Bevölkerung. Die Agrarfrage ist und bleibt in Rußland der Kern aller politischen und wirtschaftlichen Probleme, und der Versuch, ein kapitalistisch-industrielles System ohne Rücksicht auf die Lage des Bauernstandes durchzuführen, konnte daher nicht anders, als mit dem Zusammenbruch enden. In Europa glaubt man immer noch an Rußland als an ein Land mit großen Getreideüberschüssen und entsprechender natürlicher Exportfähigkeit. Dieser Glaube ist aber grundverkehrt. In Rußland selbst hat man schon vor Jahren den Vergleich zwischen der Ertragsfähigkeit des russischen, des westeuropäischen und des amerikanischen Ackers gezogen und aus den Zahlen dieser Statistik die beinahe hoffnungslose Unterlegenheit der russischen Landwirtschaft, vor allen Dingen der bäuerlichen, eingesehen. Ich habe dann in den Untersuchungen über die finanziellen und wirtschaftlichen Zustände Rußlands, die ich 1902 und 1903 in den „Preussischen Jahrbüchern“ veröffentlichte, das in jenen russischen Arbeiten enthaltene Material in Deutschland zugänglich gemacht, und seitdem ist bei uns noch öfter davon die Rede gewesen, ohne daß die, wie es scheint unzerstörbare Legende von den immensen natürlichen Reichtümern Rußlands in weiteren Kreisen darunter gelitten hätte. Man muß in Rußland, was den Kulturzustand des Ackers betrifft, deutlich unterscheiden zwischen Gutsland und Bauernland. Das Gutsland weist im Durchschnitt immer noch eine bedeutend geringere Ertragsfähigkeit auf als in Deutschland, aber es steht doch wegen der relativ besseren Wirtschaft über dem Bauernlande. Das Bauernland umfaßt aber den größeren Teil der für den Ackerbau ausgenutzten Fläche Rußlands und dem Bauernstande gehören immer noch zirka 80 Prozent des eigentlichen russischen Volkes an. Durch die fortgesetzte rücksichtslose Ausraubung des Bodens hat diese Bauernwirtschaft es zuwege gebracht, daß Rußland insgesamt kaum noch

soviel Getreide produziert, daß seine Bevölkerung normaler Weise davon für ihren eigenen Bedarf genug hätte. Rußland erntet verhältnismäßig, d. h. auf den Kopf der Einwohnerschaft berechnet, weniger Getreide als Deutschland; Deutschland aber importiert ein Fünftel seines Bedarfs an Getreide, während Rußland mehr als den entsprechenden Bruchteil seiner Ernte exportiert. Auf russischer Seite empfand man es sehr unangenehm, daß die ausländische Literatur auf diese absolut ungesunde Basis der russischen Getreideausfuhr, mit der die Zahlungsbilanz und die internationale Zahlungsfähigkeit des Reiches stehen und fallen, aufmerksam wurde. Man versuchte daher, der Vorstellung, daß Rußland eigentlich gar kein Getreide exportieren dürfe, entgegenzutreten. Diese Versuche sind aber als völlig mißglückt anzusehen. Auch der genaueste Kenner der gegenwärtigen russischen Wirtschafts-Statistik unter den heutigen deutschen Nationalökonomien von Fach, Professor Ballod in Berlin, bemerkt, daß die Durchschnittserträge der russischen Landwirtschaft selbst unter Einrechnung der besseren Erträge auf den nicht-bäuerlichen Gütern noch nicht einmal halb so hoch sind, wie die Durchschnittserträge im deutschen Reich. „Beachtet man aber gar, daß die Aussaat etwa rund ein Viertel bis ein Fünftel der russischen, aber nur ein Neuntel bis ein Zehntel der deutschen Bruttogetreideerträge absorbiert, so wird das Resultat ein noch ungünstigeres. Es ist eine Rückständigkeit im Getreidebau vorhanden, wie sie ihresgleichen weder in Europa noch in einem außereuropäischen Lande findet. In den russischen offiziellen und offiziellen Berichten werden in der jüngsten Zeit 15 Pud (246 Kg.) Brotgetreide und Gerste pro Kopf als für die menschliche Ernährung ausreichend bezeichnet und im Anschluß daran wird demonstriert, daß Rußland große Ueberschüsse an Getreide aufzuweisen habe, die es naturgemäß ausführen könne . . . Eine solche Argumentation ist aber nur möglich, wenn man die in Rußland seit Jahrzehnten tatsächlich vorhandene chronische Unterernährung der bäuerlichen Bevölkerung als etwas Normales ansieht. Vergleicht man nämlich den in der russischen Darstellung als normal betrachteten Satz von 246 Kg. pro Kopf — exkl. Hafer — mit der in Westeuropa tatsächlich vorhandenen Getreideration, so ergeben sich beträchtliche

Unterschiede. Deutschland hat allein an Roggen, Weizen und Gerste in den Jahren 1900—01 bis 1904—05 im Durchschnitt eine pro Kopf-Quote von 316 Kg. einschließlich Einfuhr und zirka 256 Kg. exkl. Einfuhr, bloß aus den Vorräten der eigenen Ernte! Unter Hinzurechnung von Hirse, Buchweizen, Hülsenfrüchten, erhöht sich aber dieser Satz noch. Namentlich aber fällt in die Wagschale, daß Deutschland einen Kartoffelkonsum von zirka 620 Kg. pro Kopf gehabt hat, Rußland dagegen nur einen solchen von etwa 8 Pud gleich 131 Kg., Deutschland mithin zirka 489 Kg. mehr, was einem Getreide-Äquivalent (Getreidewert zu Kartoffeln wie 5:1 gerechnet) von etwa 95 Kg. entspricht. Mit anderen Worten: Deutschland könnte, wenn sich seine Bevölkerung nach russischer Norm ernähren wollte, zirka 6 Millionen Tonnen Getreide und Getreidewert exportieren anstatt diesen Betrag einzuführen.“*)

Diese Zahlen muß sich jedermann in all ihrer krassen Deutlichkeit und ihrem ganzen Gewicht vor Augen halten, der sich über das Verhältnis von Rußlands volkswirtschaftlicher und politischer Lage ein Bild machen will. Rußlands gesamter Ernteertrag würde noch nicht hinreichen, um das Volk im Durchschnitt so gut zu ernähren wie das deutsche Volk sich nährt — wobei wir nicht vergessen dürfen, daß nicht nur die hohe Ernährungsquote von Nordwestdeutschland, sondern auch die Not der schlesischen und hessischen Gebirgsdörfer in den 316 Kg. Brotgetreide für den Kopf der deutschen Bevölkerung steckt. Rußland aber hat sich in den Jahren von 1902—1906 durchschnittlich 12 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr, oder in Geldwert ausgedrückt mehr als eine Milliarde Mark jährlich, abhungern müssen, um die Zinsen für seine auswärtige Schuld bezahlen zu können! Schon seit einer Reihe von Jahren lebt darum der Bauer in einem großen Teil des Reiches in einem Zustand chronischer Unterernährung, und die Folgen davon äußern sich von Jahr zu Jahr deutlicher und verhängnisvoller. In den Notstandgouvernements ist die Sterblichkeit doppelt so groß als in Deutschland; die natürliche Volksvermehrung ist dort völlig zum Stillstand gekommen, und die Ziffer der Tauglichen beim

*) Ballod, „Rußland“ in dem von E. von Halle herausgegebenem Jahrbuch „Die Weltwirtschaft“ Seite 73 f.

Rekrutenersatzgeschäft sinkt von Jahr zu Jahr. Diese Art von chronischem Notstand äußert sich hier und da in apathischer Erschlaffung, öfter aber, und je länger desto mehr, in einer weitgehenden Auflockerung der psychologischen Widerstandskraft der Bauern gegenüber den Einflüssen der revolutionären Propaganda. Die Goldwährung, die Zahlungsbilanz, der europäische Kredit des Reiches — sie beruhen samt und sonders nur noch auf der ununterbrochenen, gewaltsamen Hinaustreibung der Getreidevorräte, die von Rechts wegen nicht zum Verkauf, sondern zur Ernährung des eigenen Volkes da sein sollten, ins Ausland. Rückgang des Getreideexports bedeutet für Rußland die finanzielle Katastrophe; Aufrechterhaltung der Kornausfuhr ist aber gleichbedeutend mit der fortgesetzten Hineindrängung der Bauernmassen in die gänzliche physische und moralische Erschlaffung oder in die Arme der Revolution. Unmöglich kann man sich dieser Gefahr gegenüber mit der sprichwörtlichen Leidensfähigkeit der Völker im allgemeinen und des russischen im besonderen trösten. All das hat seine Grenzen, und daß kein Volk auf die Dauer eine so starke Unterernährung verträgt, wie die, zu der das russische verurteilt ist, dafür zeugen die an Zahl wachsenden Bauernrevolten im Innern des russischen Reiches. Man darf die Bedeutung dieser Erscheinung ja nicht unterschätzen, und ihre Natur wird vollständig verkannt, wenn man sie mit den großen Aufstandsversuchen des 18. Jahrhunderts im Süden und Südosten des damaligen Rußland oder mit den Revolten vergleicht, die unter Kaiser Alexander I. aus Anlaß der Araktschejewschen Militärkolonisation stattfanden. Diese haben ihre besonderen Gründe, und die Empörungen des Stenka Rasin und Jemeljan Pugatschew, um nur die beiden hervorragendsten aus früherer Zeit zu nennen, hatten mit Hunger nichts zu tun, sondern waren im wesentlichen ein Produkt der Opposition gegen die fortschreitende Durchführung der Leibeigenschaft, gefördert durch die allgemeinen politischen Zustände des Reiches, die Revolutionen, Thronwechsel, die Kaiser- morde u. a. m.

Schon seit dem Ende der neunziger Jahre begannen auf dem Gebiet der sogenannten „Schwarzerde“, d. h. dem der größten Bodenerschöpfung, der vorzugsweisen Mißernten und der schlimmsten

Unterernährung, Bauernunruhen verschiedener Art. Der kritische Charakter der Lage wurde dann etwas verdeckt durch die drei unmittelbar aufeinander folgenden Erntejahre 1902, 03, 04. Namentlich 1904, im Jahre des Ausbruches des Krieges mit Japan, hatte Rußland wahrscheinlich die reichste Getreideernte, die es seit Menschengedenken erlebt hat. Dazu kam eine merkliche Steigerung der Getreidepreise infolge des ungünstigen Ernteaussalles in Nordamerika. Trotzdem kamen die Bauernrevolten nicht zur Ruhe. In den Gouvernements von Poltawa und Charkow kam es schon 1903 zu Massenzusammenrottungen der Bauern, zur Ausplünderung der gutsherrlichen Speicher, zur Zerstörung des Gutsinventars und zu Militärexekutionen in größerem Umfange. Schon jahrelang vor dem japanischen Kriege war aber auch die politisch-revolutionäre Propaganda viel tiefer in die bäuerliche Bevölkerung eingedrungen, als man in Westeuropa anzunehmen geneigt war. Bei uns war man viel zu sehr in dem Vorurteil befangen, daß die Masse des russischen Bauertums unerschütterlich zarentreu sei. Das ist ein ähnliches legendarisches Axiom, wie der Glaube an die Unermeßlichkeit der russischen „natürlichen Reichtümer“. Die Schilderung, die in den Zirkularen der Zentralregierung und der Gouvernementsverwaltungen aus dem Jahre 1902 und 1903 zur Belehrung der Beamten in der Provinz über das Vorgehen der revolutionären Agitatoren unter der Bauernschaft entworfen wurde, konnte den Leser nur mit dem höchsten Erstaunen über die Energie jener regierungsfeindlichen Propaganda erfüllen und über die Bereitwilligkeit, mit der die Bauernschaft sie aufnahm. Plehwe, der damalige, später ermordete Minister des Innern, wußte sehr wohl, wie die Dinge standen, und was der tiefste Grund schon der damaligen Bauernunruhen war, als er sagte, daß an eine Beruhigung dieser Revolten nicht zu denken sei, solange das gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftssystem in Rußland fort dauere. Bei dem krampfhaften Streben, die Zahlungsbilanz des Reiches, an der die Goldwährung und der ausländische Kredit hängen, durch die unnatürliche Forcierung des Getreideexports aufrecht zu erhalten, geht der Bauer zugrunde, weil er das Brot und das Korn verkaufen muß, von dem er und sein Vieh leben sollten. Die Steuereintreibung

sofort nach der Ernte zwingt den Bauern, seine Nahrung und Notdurft zu veräußern und liefert das Material für den Getreideexport ins Ausland. Darüber packt die Massen der Hunger, wird die Erschöpfung des Bodens zum äußersten getrieben und vermindert sich der ohnehin seit Jahren ungenügende Viehbestand der Landwirtschaft.

Die Agrar- oder Bauernfrage ist der Kern und der letzte Urgrund all der politischen Probleme, die das heutige Rußland erschüttern. Sie ist es sowohl nach der Seite der politisch-sozialen Psychologie des Bauerntums, als auch nach der Seite der materiellen Not, in der es zum größten Teil gefangen liegt. Beides steht, wie leicht einzusehen, in naher Verbindung miteinander. Der Grundfehler, den man in Europa gewöhnlich bei der Beurteilung des russischen Bauern macht, geht von der unwillkürlichen prinzipiellen Gleichsetzung zwischen Bauer in Rußland und Bauer in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, aus. Diese Gleichsetzung ist darum falsch, weil unser deutscher Bauer ein Individuum, eine selbständige Eigenpersönlichkeit, ja bei aller Abhängigkeit von den gemeinsamen Eigentümlichkeiten seines Standes nicht selten der Typus der festen Charakter selbständigkeit ist. Der russische Bauer ist im Durchschnitt genommen das Gegenteil: er ist eine Massenerscheinung mit ganz beschränkter, bisweilen kaum vorhandener Individualität. Daß man für die Beurteilung des russischen Bauern nicht nur in sozialer, sondern auch in allgemein psychologischer und in politischer Hinsicht von seiner rettungslosen Gebundenheit unter die seine Individualität ertötende russische Agrar- und Dorfverfassung, den sogenannten „Mir“ ausgehen muß, darüber ist man sich nicht nur außerhalb Rußlands, sondern sogar in Rußland noch recht selten klar geworden. Die genossenschaftliche Verwaltung des „Mir“ hat zwar in neuester Zeit wenigstens von Regierung wegen ihre absolute Zwangsgewalt verloren, und man bemüht sich sogar zum Teil, das freie persönliche Eigentum des einzelnen Bauern an seinem Stück Acker durchzuführen, aber die Erfolge nach dieser Richtung hin sind einstweilen noch sehr gering, und vor allen Dingen ist die heutige innere geistige Verfassung des russischen Bauerntums vollkommen ein Produkt jener jahrhundertelangen Einrichtung. Der mittelalterliche russische Bauer

war wie der Bauer im mittelalterlichen Deutschland verhältnismäßig frei. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts wird er aber in steigendem Maße an die Scholle festgeschmiedet, und neben der Leibeigenschaft wird der Gemeinbesitz der ganzen Dorfschaft am Acker, — ein Zustand, der bekanntlich früher auch in Westeuropa existierte, aber hier bis zum Ende des 18. Jahrhunderts fast durchweg überwunden war, — mit unerbittlicher Strenge aufrecht erhalten. Mit dem Gemeinbesitz Hand in Hand geht die unbeschränkte Gewalt der Gesamtgemeinde über den Einzelnen. Die Wurzeln dieses Systems sind auf der einen Seite fiskalische — die zwangsweise Gesamtbürgerschaft der Gemeinde für die Steuerleistung des Einzelnen — auf der anderen Seite die Willfährigkeit der Regierung gegenüber dem grundbesitzenden Adel. Namentlich die häufigen Thronumwälzungen in dem Rußland des 18. Jahrhunderts haben dazu beigetragen, daß die neu ans Ruder gekommenen regierenden Persönlichkeiten bemüht waren, sich die Willfährigkeit des grundbesitzenden Adels durch eine fortgesetzte Erweiterung und Befestigung seiner Rechte über das leibeigene Bauerntum zu sichern. Die richtige Erfassung dieser dem deutschen Urteil so fern liegenden und so schwer verständlichen Verhältnisse im russischen Bauerntum ist von ganz besonderer Wichtigkeit, und ich möchte daher einer berufenen russischen Stimme *) zu dem Thema das Wort geben. Der russische Bauer ist ein ganz anders geartetes soziales Element, als man sich nach westeuropäischen Begriffen vorzustellen geneigt ist. „Dort ist man gewöhnt, im Bauernstand den festgefügten Unterbau eines Volkes auch in national-ethischer Beziehung zu erblicken, — in Rußland ist er es höchstens hinsichtlich der aufzubringenden materiellen Steuern und der Wehrmacht; im übrigen aber losgelöst und ohne Teilnahme an den geistigen Gütern der nationalen Gemeinschaft. In Europa stellt der schollensässige Bauer die volkliche Urzelle dar. Dort ist er der Hort der Tradition; der manchmal etwas starre, aber im besten Sinne konservative Träger und bestimmende Faktor der nationalen Eigenart, deren schärfste Prägung er in seiner von der Geschichte herausgemeißelten Individualität aufweist. In Rußland ist der Bauer lediglich eine Massenerscheinung:

*) Frankfurter Zeitung vom 3. 1. 08. „Vom Russischen Bauern.“

der „Mir“ (Dorfgenossenschaft) hält seine Individualität auch formell gefangen. Innerhalb desselben ist er ein unstedt fluktuierendes, aber in keiner Weise in sich abgeschlossenes Wesen; dem „Mir“ bleibt er zeitlebens, ja von Generation zu Generation untertan und lernt nur in dieser ungegliederten Gemeinschaft denken und trachten . . . Ein Herdengeschöpf! Der Acker, den er bebaut, gehört nicht ihm, sondern diesem unberechenbaren Ungeheuer; seine Hütte zwar ist sein eigen, aber der Zins dafür wiederum dem Staat. Zusammengekettert in der Gemeinschaft des Mir, der seine tyrannische Faust über ihm hält (vor kaum zwei Jahren erst ist diese Solidarität abgeschafft), so bleibt er ein Spielball der Willkür seiner Dorfgenossenschaft, ein Sklave der Masseninstinkte sein Leben lang. Und endlich sehen wir nach europäischem Herkommen im Bauerntum den fruchtbaren Stamm des Volkes, der seine Ableger in die übrigen Stände hinausendet und so in weiterer Verästelung seine urwüchsige Kraft für die Blüte anderer Erwerbszweige liefert; in Rußland bleibt der Bauer hoffnungslos in seinen „Mir“ gepfercht, durch gesetzliche wie wirtschaftliche Schranken, höchstens steht ihm der Uebertritt in das industrielle Proletariat offen.“

Diese Schilderung ist so treffend, wie nur möglich. Sie legt auch den Finger auf das große Uebel, daß in Rußland nicht nur keine Einheit der Kultur, sondern nicht einmal eine nennenswerte Möglichkeit des Ueberganges zwischen dem Bauerntum und der Kultur der höheren Schichten existiert. Solange die Zwangsorganisation des gesamten Bauerntums, in dem alle Freiheit, alles Aufwärtstreiben, alle Möglichkeit individueller Eigenart tötenden Agrarkommunismus des „Mir“ wirksam war (und sie war es im wesentlichen bis heute), klappt ein gähnender Raum zwischen dem Bauern und der Kultur, wozu man mit in Rechnung ziehen muß, daß während des Zeitalters der Leibeigenschaft auch ein großer Teil der handwerklichen Produktion in Rußland nicht von freien Handwerkern, sondern von leibeigenen Bauern für Rechnung des Gutsherrn oder mit Erlaubnis desselben gegen Zahlung einer hohen Abgabe versehen wurde. Es ist ein richtiges Wort, daß der Bauer in Rußland die Kultur nie getragen, sondern sie stets nur ertragen, leidend ertragen hat, daß er die materiellen Lasten für eine Ordnung

der staatlichen und bürgerlichen Verhältnisse schleppen mußte, an der er überhaupt keinen organischen Anteil gewinnen konnte. Die „Kultur“-Zwecke, für die er als Soldatenmaterial und als Steuerzahler seit 200 Jahren Beträge an Geld und Arbeit aufbringen muß, die von Generation zu Generation näher an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit herankamen und sie schließlich weit überschritten haben — er hatte nicht nur keinen Anteil an ihnen, sondern, soweit er von ihnen eine Vorstellung besaß, widerstrebten sie ihm im Innersten. Die geistige Kluft zwischen Bauerntum und Gesellschaft spricht sich bezeichnenderweise nicht nur in der dumpfen Rückständigkeit des Bauern, sondern auch in der Verständnislosigkeit der Gebildeten für die innere Natur dieser Hundertmillionenmasse aus. Nicht nur in Europa, auch in Rußland galt der Satz, daß das Bauerntum die unerschütterliche Grundlage der zarischen Selbstherrschaft sei. Der Versuch, die erste russische Verfassung dadurch zu einem Instrument der Regierung zu machen, daß man die Masse des Bauerntums mit dem politischen Stimmrecht ausstattete, ist ein schlagender Beweis dafür. Das Ergebnis war das vollkommene Gegenteil vom erwarteten. Nicht die vermeintliche Zarentreue, sondern der Druck der Landnot und des Hungers lehrte die Bauern stimmen und wählen; nicht konservative, sondern radikal-demokratische, ja zum Teil direkt sozialistische Abgeordnete waren das überwiegende Ergebnis der Bauernwahlen. Der Bauer wählte befinnungslos denjenigen Kandidaten, der ihm die umfassendsten Versprechungen in der Landfrage machte. Die Vergrößerung der Landanteile nicht nur durch Aufteilung der Domänen, der Kirchen- und Apanagenländereien, sondern auch durch die rücksichtslose Expropriation des privaten Grundbesitzes — wenn nötig bis zum letzten Hektar in ganz Rußland! — begehrt der Bauer, und die Abgeordneten, die ihm das versprochen, die wählte er, mochten sie ihm auch von anderer Seite als die größten Zarenfeinde geschildert werden, oder er selbst sie dafür halten. Bezeichnend für diese Lage der Dinge ist jenes Wort, das der später ermordete Kadettenführer Herzenstein in der ersten Duma den Gegnern auf der Rechten zurief: „Der Bauer gehört uns! Warum? Weil er weiß, bei uns riecht es nach Land.“ Das Bauerntum erwies sich eben nicht

„als ein Untergrund von fester Struktur, sondern als eine haltlose lockere Masse, als politischer Flugsand, und solange nicht die Ueberführung dieser all ihrer Tragfähigkeit verlustig gewordenen Massen in ein festgefügtes Fundament des Staates gelungen sein wird, solange bleibt das gewaltige russische Reich ein auf Sand gebautes Gebilde. Diese Umwandlung zu erreichen, ist die Aufgabe der in Angriff genommenen Agrarreform. Ein gigantisches Werk, wenn man bedenkt, daß es hier gilt, die Fehler und Sünden mehrerer Generationen wett zu machen.“*)

Die Befreiung von der Leibeigenschaft zu Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat die Verhältnisse im russischen Bauerntum nicht verbessert, sondern im ganzen genommen nur verschlechtert. Für die rückständige Art der Bodenkultur, die in Rußland damals wie heute herrschte, waren die Landanteile meist zu klein bemessen, und zwar in der Absicht, die Bauern hierdurch zu nötigen, dem Gutsherrn Arbeitskräfte zu liefern. Auf der einen Seite blieb es bei der Einstampfung des Einzelnen in den „Mir“, der nach dem Fortfall der gutsherrlichen Gewalt die umfassendsten Befugnisse erhielt, auf der anderen Seite kam es zwischen Bauern und Gutsherrn nicht selten zu Haß und offenen Zwistigkeiten. Das Schlimmste tat dann die schon gegen Ende Alexanders II. wieder einsetzende politische Reaktion. Das Schulwesen auf dem Lande wurde absichtlich vernachlässigt, die Gemeinbürgschaft, die den fleißigen und Emporstrebenden mit dem Einstehen für die Schuld des faulen und Verkommenen belastete, wurde mit harter Faust aufrecht erhalten; die Kirche bewährte sich nirgends als ein Anwalt der Bedrückten, sondern nur als brutale Dienerin der Staatsgewalt, als bloßer Polizeibüttel, und vom Staate selber gelangte der Bauer vollends nie zu einer anderen Vorstellung, als zu der von einer stets nur Steuern und Rekruten fordernden, zu Gefängnis, Prügelstrafe oder Zwangsarbeit verurteilenden, nie das Gemeinwohl fördernden, nie dem Hilflosen helfenden Macht. Bei Ausbruch des japanischen Krieges wurden von den Gemeinden „freiwillige“ Beiträge für das rote Kreuz gefordert. In einem Dorf belegte der Kreischef für diesen Zweck jeden Hof mit einer Steuer von 50 Kopelen

*) Frankfurter Zeitung, a. a. O.

(1 Mark), worauf ein Bauer fragte, ob er die Strafe nicht lieber abtügen dürfte. Ihm war ja der Staat immer nur ein zweckloser Peiniger geblieben. „Der Staat nahm vom Bauern scheinbar nur, weil er die Gewalt in der Hand hielt, und er nahm zu Zwecken, die der Bauer nicht verstand, und mit denen er keine Gemeinschaft gewinnen konnte. Um seine Erziehung, ja auch nur um den erzieherischen Einfluß der Justiz, kümmerte sich niemand. Besonders seit Alexander III. in den Landeshauptleuten neue Bauernvögte geschaffen hatte, die auch zugleich die Rechtsprechung inne hatten, da stieß der Bauer nirgends mehr auf ein um eines höheren Zweckes willen bestehendes Gesetz, sondern überall, bei allen Instanzen und in allen Lebenslagen nur noch auf den mit Gewalt begründeten Befehl, d. h. auf Willkür! Woher sollte da in dem ehemaligen Leibeigenen ein Rechtsgedanke aufdämmern? Zumal ihn nicht selten noch die schändeste Gewinnsucht der niederen Instanzen privatim schröpfte und den Staatsgedanken noch tiefer vor ihm kompromittierte! So ward für den Bauern das Recht nicht zu einer innerlich verpflichtenden Norm, sondern zu einer beengenden Schranke — deren Ueberwindung Geld kostete. Dieser Zustand ließ sich aufrecht erhalten, solange die Bureaufkratie auch die Gewalt in der Faust hatte. Kaum aber lockert sich diese Fessel, da zeigt sich der Mangel auch nur der leisesten inneren ethischen Bindung in jenen Massen, und die Saat roher Willkür quillt hervor. Das ist der Prozeß, den heute Rußland durchmacht. . .“ Der russische Bauer von heute ist in der Tat als ein „geborener Anarchist“ zu bezeichnen. „Nicht in dem Sinne natürlich, als seien anarchistische Irrlehren in sein Bewußtsein gedrungen und hätten ihn zu einem überzeugten Anhänger ihrer „Schule“ gemacht. Er ist es ganz ohne fremdes Zutun, aus seinem eigenen Innern heraus, in dem alle Ehrfurcht vor einst geheiligten Dingen verblaßt, alle Scheu vor der Unantastbarkeit solcher Prinzipien dahingeschwunden ist, die einst seine Moral bestimmten und ihm einen festen Halt gaben. Alles was ihm in dieser Beziehung vor der Befreiung an Traditionen überkommen war, ist teils in Verfall geraten, teils völlig verloren gegangen. . . . Religion, Zar und Staat, Gutsherr und das patriarchalische Verhältnis zum Alter, alle vier sind heute

gestürzt oder stark durchmorscht und in völligem Verfall begriffen.“*)

Diese Schilderung des gegenwärtigen Zustandes aus russischem Munde ist in aller Kürze und Knappheit doch so erschöpfend und trifft so sehr den Kern der Sache, daß es kaum nötig ist, noch eine weitere Erläuterung hinzuzufügen. Auch die Regierung in Rußland hat nun endlich begriffen, daß sie sich in ihrer Beurteilung der bäuerlichen Massen vollkommen getäuscht hat. Die bei der Auflösung der zweiten Duma gleichzeitig oktroyierte Reform des Wahlrechts bedeutet eine, wenn auch nicht vollständige, so doch sehr weitgehende Ausschaltung der Bauern aus dem Kreise der Wahlberechtigten, der jetzt hauptsächlich auf diejenigen Elemente beschränkt ist, die als Besitzende an dem Stande der gegenwärtigen Staatsordnung vorzugsweise interessiert sind. Die Wahlen zur dritten Duma haben dann ja auch bekanntlich nach dieser Richtung hin zum größten Teil das gewünschte Ergebnis gehabt. Natürlich aber ist es ausgeschlossen, auf diese Art eine innere Gesundung der Agrarverhältnisse erzielen zu wollen. Man wird der russischen Regierung das Recht zugestehen müssen, zunächst einmal, wenn es nicht anders geht, auf dem betretenen Wege, eine Verfassung und Volksvertretung zu schaffen, mit der sich praktisch arbeiten läßt. Dann aber muß mit aller Energie an die Agrarreform herangegangen werden. Ohne Agrarreform gibt es für Rußland keine Möglichkeit weder zur wirtschaftlichen noch zur politischen Gesundung. Darüber sind sich auch die russischen politischen Parteien einig — nur über das Wie gehen ihre Ideen weit auseinander. In der ersten und zweiten Duma hatte das radikale Agrarprogramm der Kadetten und der noch weiter links stehenden Parteien eine überwältigende Mehrheit. Es kam im wesentlichen darauf hinaus, alles überhaupt vorhandene kulturfähige Land an die Bauern aufzuteilen, aus Rußland ein vollständiges Bauernland zu machen. Daß Staat, Krone und Kirche ihre Ländereien zur Vergrößerung der Bauernlose hergeben sollten, war selbstverständlich. Aber noch viel mehr. Um die Bauern zu befriedigen, war man bereit, erklärte es für notwendig, den privaten Großgrundbesitz schlechthin zu expropriieren.

*) Frankfurter Zeitung, a. a. O.

Sogar der Gedanke, daß eine angemessene Entschädigung der jetzigen Besitzer notwendig sei, stieß vielfach auf entschiedenen Widerspruch. Man erklärte z. B. 400 Desjatinen (etwa 400 Hektar) als genügend zur Führung einer normalen Gutswirtschaft. Soviel wollte man den privaten Grundbesitzern wenn möglich belassen, oder wenigstens sie zum vollen Wert dafür entschädigen. Ueberstieg der private Grundbesitz diese oder irgend eine andere festgelegte Grenze, so sollte die Entschädigungssumme für den Ueberschuß entsprechend der Größe des Besitzes fallen! „Uebersteigt ein Gut die Normalgröße, erreicht es, sagen wir z. B. den Umfang von 700, 800, 1000 Desjatinen, so muß die Entschädigung sich progressiv erniedrigen: je größer der Besitz, desto niedriger muß im Verhältnis der Preis sein. Wenn z. B. einem Gutsbesitzer 400 Desj. Land für 150 Rubel pro Desj. enteignet sind, so darf bei einem Gut von 1200 Desj. von derselben Qualität wie das erste, der Preis nicht höher als 150 Rubel sein, und für ein Gut von 2000 Desj. von derselben Beschaffenheit wie das erste und zweite vielleicht nicht höher als 100 Rubel für die Desj. usw. Die progressive Verminderung des Preises muß unaufhaltsam weiter gehen, bis sie zuletzt bei Null ankommt. Unter den zu expropriierenden Gütern wird es schließlich welche geben, so groß wie ganze Fürstentümer. Besitzungen von Einzelpersonen, die viele tausend Desjatinen groß sind, erscheinen von jedem beliebigen Gesichtspunkt aus als vollständig absurd. Sie sind ökonomisch sinnlos, denn es gibt kein solches Wirtschaftssystem, zu dessen ordentlicher Führung beispielsweise 20 000 Desj. notwendig wären. Sie sind sinnlos, nicht nur in allgemein kultureller Hinsicht, denn sie nehmen einen solchen Raum ein, wo viele gut eingerichtete mittlere und kleinere Wirtschaften, die Hunderte von Leuten Zutritt zu allen Errungenschaften des Lebens gewähren, zu existieren vermöchten. Diese Latifundien sind auch die Pflanzstätten für Parasiten, die um so schädlicher sind, weil ihr Parasitismus sich auf ein dauerhaftes Monopol stützt, das alle wirtschaftlichen und politischen Krisen überlebt und Jahr für Jahr zu einer Quelle größeren Einkommens wird. Daher muß der Privatbesitz, sobald er sehr groß ist, mit demjenigen Teil seines Umfanges, der eine bestimmte Norm überschreitet, z. B. die

von 5000 Desj. ohne Entschädigung an den Staat (zur Verteilung an die Bauern) übergehen, ebenso wie die Länder der Klöster und der Alpanagen.“*) Der Mann, der diese absurden Sätze schreibt, ist nicht irgend ein beliebiger Journalist oder Tagespolitiker, sondern einer der politischen Führer derjenigen Partei, die in der ersten und zweiten Duma den ausschlaggebenden Einfluß besaß und Vorsitzender der juristisch-sozialen Sektion der St. Petersburger Gesellschaft für volkstümliche Hochschulen. Wer sich die Mühe gegeben hat, den Prozeß wegen des sogenannten Wiborger Aufrufs zu verfolgen, den die russische Regierung gegen eine große Anzahl von Abgeordneten der zweiten Duma wegen einer von ihnen erlassenen Aufforderung an das Volk zur Steuerverweigerung im Dezember 1907 anstrebte, wird in der Verteidigungsrede der angeklagten Kadettenführer das unumwundene Bekenntnis zu der Notwendigkeit einer Expropriation des gesamten privaten Grundbesitzes in Rußland zu Gunsten der Bauern gelesen haben. Daß mit einer Volksvertretung, deren Mehrheit auf diesem Standpunkt stand und die entschlossen war, ihn zur rücksichtslosen Agitation unter den ohnehin revoltierenden bäuerischen Massen auszunutzen, nicht regiert werden konnte, wird man dem Minister Stolypin ohne weiteres zugeben müssen. Die Ausführung dieser wahrhaft ungeheuerlichen Idee, um deretwillen die von Stolypin vorgeschlagene gemäßigte Agrarreform von der Duma abgelehnt wurde, würde Rußland nicht nur in keiner Weise aus seinen wirtschaftlichen Nöten befreien, sondern in Kürze den vollständigen Ruin der russischen Landwirtschaft mit allen sich ergebenden Folgen ökonomischer, sozialer und politischer Natur besiegeln.

Bei der überragenden Wichtigkeit, die das Agrarproblem für Rußland besitzt, und bei der Unmöglichkeit, ohne sein genaueres Verständnis zu einer richtigen Auffassung von Rußlands politischer Gegenwart und Zukunft überhaupt zu gelangen, ist es erforderlich, daß wir uns mit der bäuerlichen Landfrage noch etwas weiter an der Hand einer bedeutenden russischen Autorität, des früheren Land-

*) A. A. Sjajew „Die Wirren und die Landfrage“. St. Petersburg 1906 Seite 35-36. (Russisch.)

wirtschaftsministers Jermolow, mit seinem Buch über die Agrarfrage beschäftigen.*)

„Unruhe und Gewaltjamkeit haben die ländliche Bevölkerung bis in ihre Tiefen erfasst. Die Bauern zerstörten, weil sie dachten, auf diesem Wege die Lösung der Landfrage in der Form, wie sie sich das vorstellten, zu erreichen: das Land sollte den Gutsbesitzern fortgenommen werden und vollständig in den Besitz der Bauern übergehen. Wenn die Unordnungen sich in der Folge etwas gelegt haben, der Zerstörung Einhalt geschehen ist, die Brandstiftungen erloschen sind — stellenweise deshalb, weil es nichts mehr zu zerstören und zu verbrennen gab — so ist es doch schwer zu sagen, ob diese Beruhigung lange dauern wird, ob sie nicht nur eine zeitweilige Windstille vor dem neuen Sturm darstellt. Die Bauern erwarten die Lösung der Landfrage im Sinne einer ergänzenden Landzuteilung von der Duma, und sie haben ihre Vertreter mit der strengen Weisung dorthin geschickt, die Landfrage in die vorderste Reihe zu stellen — wobei der größte Teil von ihnen keine Ahnung hat von der ganzen Kompliziertheit des Gegenstandes, von der Schwierigkeit, die Sache zur Entscheidung zu bringen und von der Gefahr, mit der alle radikalen Maßnahmen in dem von ihnen gewünschten Sinne für sie selbst verbunden sind.“ So schrieb Jermolow während der Zeit der ersten Duma, nachdem er angesichts der Unmöglichkeit, mit den Radikalen über ihr agrarrevolutionäres Programm zu verhandeln und mit Rücksicht auf seine Unbeliebtheit beim Kaiser von der Leitung des Landwirtschaftsministeriums zurückgetreten war. Während des unglücklichen japanischen Krieges hatte er es als aktiver Minister gewagt, dem Zaren eine Denkschrift über die Notwendigkeit einer konstitutionellen Verfassung für Rußland zu überreichen. Er ist ein aufrichtig liberaler Staatsmann, der gründlichste und objektivste Kenner der bäuerlichen und landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland, selbst Großgrundbesitzer, aber dabei über persönliche Rücksichten in der Frage der von den Radikalen geforderten zwangsweisen Enteignung erhaben. Die Grundlage

*) N. S. Jermolow. „Unsere Landfrage.“ I. Das Land und die Arbeit. II. Die Bauern und das Land. III. Die Wirklichkeit und die agraren Utopien. St. Petersburg 1906. (Russisch.)

seines Buches ist der Satz: nicht der Mangel an Land ist die Ursache der russischen Agrarnot, sondern die schlechte Wirtschaft des russischen Bauern. Die Wirtschaft ist am schlechtesten und die Not ist am größten in den sogenannten Schwarzerde-Gouvernements, den reinen Agrardistrikten. Der Norden und Westen, der einen viel ärmeren Boden hat, aber eine fleißige und intelligente Bevölkerung, ist viel besser dran. „Not und Armut des Bauern in Rußland“, sagt Jermolow, „ist umgekehrt proportional der Bodenqualität — je reicher und fruchtbarer das Land ist, desto ärmer ist das Volk, und wo das Land schlecht ist, sandig, tonig, und ohne reichliche Düngung, ohne verstärkte Arbeit nichts hergibt, dort ist der Bauer verhältnismäßig wohlhabender, und wenn er auch in jenen Gebieten beinahe niemals von seiner eigenen Ernte das ganze Jahr hindurch zu essen hat, so kennt er dafür auch nicht das periodische Hungern, unter dem das Schwarzerde-Gebiet, der Osten und Süden, immer häufiger und heftiger leiden müssen.“ Die Forderung, die das russische Bauertum in den zentralen Agrargebieten bis in seine letzten Tiefen aufwühlt, ist die nach der Vergrößerung der Landanteile. Es fragt sich, wenn man die prinzipielle Befriedigung dieser Forderungen in Aussicht nehmen wollte, ob und wieviel Land hierfür vorhanden ist. Jermolow untersucht diese Frage genau. Für den sogenannten Ergänzungs-Landfonds, der nach den Forderungen der Radikalen an die Bauern verteilt werden soll, kommen in Betracht Staatsland, Apanagenland, Kirchenland und Privatland. Den Umfang der Staatsländereien nach Abzug der ungeheuren Wälder des Nordens und derjenigen Waldgebiete in den übrigen Reichsteilen, die grundsätzlich geschont werden müssen, bestimmt Jermolow auf 3,7 Millionen Desj., wovon mehr als der dritte Teil allein im Gouvernement Samara liegt; vier Fünftel dieses zur Ackerwirtschaft geeigneten Staatslandes sind aber bereits in der Form von Pachtung in bäuerlichen Händen. Der Umfang der zu Ackerbau-Zwecken unmittelbar brauchbaren Ländereien innerhalb des Apanagenbesitzes des kaiserlichen Hauses ist etwa halb so groß, aber auch hiervon besitzen die Bauern bereits einen großen Teil pachtweise. Die Menge der Klöster- und Kirchenländereien ist auf rund zwei Millionen Desj. zu veranschlagen, aber auch hierbei

muß in Betracht gezogen werden, daß bei weitem der größte Teil hiervon, nämlich 33 Desj. auf jede Kirchengemeinde, für den Unterhalt der Popen entfällt, des Pfarrklerus, der, wenn ihm diese Naturaldotation genommen wird, natürlich durch bare Gehaltsbezüge entschädigt werden müßte. Von einer Hergabe des kommunalen Verbänden und juristischen Personen gehörigen Landbesitzes zur Verteilung an die Bauern wäre, abgesehen davon, daß diese Ländereien sich in privatem Besitz und regulärer Bewirtschaftung befinden, quantitativ auch keine große Einwirkung zu erwarten. Es verbleiben also an Staats- und Apanagenland insgesamt etwa sechs Millionen Desj. verfügbar, von denen der größte Teil bereits pachtweise von den Bauern bearbeitet wird. Darüber hinaus wird nun in Rußland stets auf die Möglichkeit hingewiesen, von den Waldgebieten des Nordens einen Teil durch Rodung für den Ackerbau zu gewinnen, und die unendlichen Flächen Sibiriens und Turkestans zur Kultivierung mit heranzuziehen. Mit Recht bemerkt Jermolow demgegenüber, daß die Rodung erstens eine sehr kostspielige Sache ist, daß die klimatischen Verhältnisse des nordrussischen Waldgebiets für den Ackerbau nichts weniger als günstig sind, und daß sich eine Verbesserung des Klimas wahrscheinlich erst erzielen lassen wird, wenn sehr große Landflächen, viele Zehntausende von Quadratkilometern, vom Walde befreit und die Sümpfe, die das Land dort erfüllen, ausgetrocknet sein werden. In Sibirien aber und in Turkestan ist das gute Land schon besetzt. Den jährlichen Zuwachs der Bevölkerung Rußlands, der in der Hauptsache auf das Bauerntum entfällt, veranschlagt Jermolow auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Seelen. Diese Vermehrung der ländlichen Bevölkerung hat schon lange zu einer immer stärker anschwellenden Uebersiedlung nach den asiatischen Landgebieten geführt, aber was dort gegenwärtig von Land noch übrig ist, das erscheint zwar seiner Flächenausdehnung nach unermesslich, aber seiner Beschaffenheit nach ist es im wesentlichen entweder „Taiga“ (sibirischer Urwald, meist sumpfig), wo die Rodung, oder Steppe, wo die wegen des trockenen Klimas notwendigen Bewässerungsarbeiten ungeheure Mittel und Arbeitskräfte verschlingen würden, bevor ein bedeutender Einfluß dieses vorhandenen Landvorrats auf die Verhältnisse im Innern von Rußland sich bemerkbar

machen könnte. Mit Recht sagt daher Jermolow, daß Sibirien und Turkestan zwar für die entfernte Zukunft auch landwirtschaftlich einen wertvollen Besitz für Rußland darstellen, daß sie aber für die Behebung der gegenwärtigen Agrarnot in absehbarer Zeit nicht wesentlich in Betracht kommen können.

Das gegenwärtige Arealverhältnis von Bauernland und in Privatbesitz befindlichem Gutsland bestimmt Jermolow auf rund 165 und 84 Millionen Desj. Das Bauernland ist also beinahe doppelt so umfangreich wie das Wirtschaftsgebiet des großen und mittleren Grundbesitzes. Von dem Gutsland besteht etwa die Hälfte aus Ackerland, Wiesen und Weide, der Rest teils aus Wald, teils aus Unland. Von den Privatwäldern gilt dasselbe, was von den Staatswäldungen gilt: die ungeheuren Waldgebiete im Norden sind sehr schwer, zum großen Teil überhaupt nicht in Ackerland zu verwandeln, und die kleineren Waldparzellen in den mittleren und südlichen Gouvernements müssen grundsätzlich geschont werden. „Wenn man von der Gesamtfläche des im Privatbesitz befindlichen Landes diejenigen Ländereien abzieht, die schon in die Hände der Bauern übergegangen sind, ferner die Wälder und das Unland, so verbleiben an Areal, das zur landwirtschaftlichen Benutzung geeignet ist, in den Händen privater Besitzer nichtbäuerlichen Standes ca. 35 Millionen Desj.; fügt man hierzu die sechs Millionen Staats- und Apanagenland hinzu und vielleicht noch ein Fünftel der Ländereien, die den Klöstern, Städten und verschiedenen anderen Institutionen gehören, was insgesamt nicht über zwei Millionen Desj. ausmachen wird, so beträgt der ganze Landfonds, aus dem eine ergänzende Zuteilung von Land an die Bauern stattfinden könnte, 43 Millionen Desj. — sagen wir zur Abrundung sogar 45 Millionen. Vergleicht man diese Ziffer mit dem Areal des den Bauern zugewiesenen Landes, so erhalten wir eine Vergrößerung des letzteren um 30 Prozent, d. h. der Zuwachs beträgt auf die männliche Seele, wenn man wie gewöhnlich auf jede solche 2,6 Desj. bereits zugeteilten Bauernlandes rechnet, 0,8 Desj. — sagen wir zur Abrundung selbst eine Desj. Es fragt sich, ob eine solche Vergrößerung die Wohlfahrt des Bauern zu sichern imstande ist, und ob es lohnt, um ihretwillen das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen, die Kultur

zu vernichten, die Zuckerfabriken und Branntweimbrennereien zu ruinieren... usw." Man wird dieser Berechnung Jermolows ohne weiteres zustimmen und durch seine mehrfach nach oben vorgenommenen Abrundungen auch noch die tatsächlich etwa vorhandene Möglichkeit, schon in näherer Zukunft etwas mehr Rodungs- und Bewässerungsland zu gewinnen, als kompensiert ansehen müssen. Was aber die russischen Bauern träumen und was die politischen Agitatoren ihnen mit oder ohne guten Glauben vorreden, ist ganz etwas anderes. Da heißt es, es sollten 5 Desj. pro Seele neu zugeteilt werden, oder kein Bauernhof sollte weniger als 20 oder sogar 40 Desj. Land haben. Um dieses letztere Versprechen durchzuführen, bedürfte es einer verfügbaren Landmenge von 328 Mill. Desj. — etwa das Achtefache der selbst unter Expropriation des gesamten privaten Grundbesitzes verfügbaren Landmenge.

Außerdem aber sagt Jermolow, daß die Verwirklichung dieser äußersten theoretischen Möglichkeit, den gesamten Privatgrundbesitz den Bauern auszuliefern, die russische Landwirtschaft im ganzen und das Bauerntum im besonderen auf das äußerste schädigen würde. Zunächst würde der Bauer auf den vordem besser kultivierten Gutsländereien eine etwas höhere Ernte erzielen, als auf seinem bisherigen eigenen Grund und Boden. Sehr bald aber würden die Rückständigkeit seiner Wirtschaftsmethode, die Dreifelderwirtschaft, das überwiegende Fehlen der Düngung und die alle landwirtschaftliche Kultur rettungslos ruinierenden beständigen Neuaufteilungen des Gemeindelandes unter die einzelnen Höfe nach dem System des „Mir“ auch das Gutsland in denselben Zustand schlechter Ertragsfähigkeit und allgemeiner Verwahrlosung versetzen, in dem das Bauernland sich jetzt befindet. Während bisher die besseren Erträge des Gutslandes den Gesamtertrag der russischen Getreideernte noch etwas höher halten, als er bei allgemein bäuerlicher Wirtschaftsweise wäre, würde in diesem letzteren Fall die für den Getreideexport verfügbare Quote noch weiter hinabsinken, und die allgemeine Zahlungsbilanz des Reichs sich noch mehr verschlechtern. Es fällt schwer, einem westeuropäischen Leser das ganze Elend der russischen bäuerlichen Landwirtschaft klar zu machen, aber weil auf dem Verständnis dieser Dinge das Verständnis der gesamten russischen

Verhältnisse beruht, so muß auch darauf noch kurz eingegangen werden. Die Menge des Landes, die dem russischen Bauern zur Verfügung steht, — durchschnittlich zwischen 5 und 6 Hektar auf den Hof — ist nach deutschen Begriffen, wie jedermann sieht, sehr hoch. Trotzdem reicht sie nicht aus, um den Bauern zu ernähren, und es ist wiederum sehr interessant, wie Jermolow nachweist, daß nicht die Gouvernements mit dem kleinsten, sondern gerade die mit dem größten Landanteil den schlimmsten Notstand zeigen. Zunächst haben die Bauern, um mehr Korn zu erhalten, die Wiesen und das Weideland aufgepflügt und dadurch ihren Viehstand ruiniert. Das Schlimmste aber ist das Prinzip der Landzersplitterung und Landumteilung. Die russischen Dörfer sind meist in zwei langen zusammenhängenden Reihen von Gehöften zu beiden Seiten der Straße, wenn es geht an einem Bach- oder Flußufer, gebaut. Wenn ein Dorf hundert Höfe und 500—700 Hektar Ackerland hat, so wird nun nicht etwa die gesamte Fläche in 100 ihrem Werte nach gleiche Anteile zerlegt, sondern es wird zunächst das Ganze in eine Anzahl Teile von gleicher Bodenqualität eingeteilt und an jedem dieser Stücke muß jeder der hundert Höfe einen Anteil erhalten. Außerdem aber muß jeder Bauer noch einen Teil seines Ackers möglichst in der Nähe des Dorfes erhalten und dafür einen andern Teil an der entfernten Grenze des Gemeindebesitzes in den Kauf nehmen. Jedes Stückchen wird nun wiederum nach dem Dreifeldersystem in drei Streifen geschnitten, so daß also eine Zerstückelung des Gesamtareals herauskommt, die unter Umständen geradezu unglaubliche Maße erreicht. „Die ungleiche Entfernung vom Gehöft, die ungleiche Qualität des Bodens, könnten durch die ungleiche Größe der Anteile kompensiert werden, aber das würde gegen alle Anschauung unseres Bauern über den Gemeinbesitz gehen“, schreibt Jermolow. Die Einteilung in nähere, mittelweit und weit entfernte Landstücke gibt bei der Dreifelderwirtschaft bereits neun Parzellen. Kommt nun hierzu noch die Rücksicht auf die verschiedene Güte des Bodens, so können es 18 und mehr werden in einigen Fällen sogar 30 und noch mehr. Es sind 46—54 und in einem in der Literatur bekannt gewordenem Beispiel sogar auch 171 Wirtschaftsparzellen pro Hof auf diese Weise zu-

stande gekommen. Wenn auf diese Weise die Desjatine in 40 bis 50 Stückchen geschnitten wird, und die Parzelle daher nicht größer ist, als 48—60 Quadratfaden, so entstehen schließlich Landstreifen, die nur noch 2—3 Arschin (1—1½ Meter) und sogar noch schmaler sind, auf denen man mit der Sense überhaupt nicht mehr ausholen kann, ohne das fremde Korn mitzunehmen und nicht säen kann, ohne die Saat mit auf das fremde Land zu streuen. Und zwischen diesen Parzellen wird dann in der Regel noch ein mit Unkraut bewachsener 20—30 Zentimeter breiter Rain gelassen.“

Hierzu nehme man noch die im Zeitraum von einigen Jahren immer wiederholte Neuumteilung der Ländereien, entsprechend der Zu- und Abnahme in der Zahl der Höfe und der männlichen Arbeitskräfte auf jedem einzelnen, das Fehlen der Düngung, das allmähliche Verschwinden von Vieh und Pferden aus einem großen Teil der bäuerlichen Wirtschaft, die stets wiederholten Hungersnöte und den allgemeinen entsetzlichen Tiefstand des Bauern in kultureller und intellektueller Hinsicht, so wird man sich eine Vorstellung davon machen können, weshalb die russische Bauernwirtschaft so elende Erträge gibt und weshalb es so unendlich schwer ist, hier mit einer durchgreifenden Reform bessernd einzusetzen.

In einer solchen Verbindung von absolut rückständiger landwirtschaftlicher Technik und allgemeiner geistiger Unkultur mit einer Agrar- und Gemeindeverfassung, die ihrem Wesen nach nicht nur den materiellen Fortschritt so gut wie unmöglich macht, sondern auch die innere Demoralisation des Bauerntums um so notwendiger zur Folge hat, je radikaler die geistigen Stützen des alten Systems, die Ehrfurcht vor der Regierung, Kirche, Alter zerbrochen sind, liegen die Gründe für den Tiefstand der bäuerlichen Agrarproduktion enthalten. Eine Besserung dadurch herbeiführen zu wollen, daß man den durchschnittlichen Umfang des Bauernlandes um einen verhältnismäßig geringen Betrag auf rein äußerlichem Wege vermehrt und diese Vermehrung mit dem Ruin auch der gutscherrlichen Landwirtschaft, der Abschaffung des Privateigentums am landwirtschaftlichen Boden bezahlen müßte, wäre in der Tat ein so absolut törichter Gedanke, daß man sich nur wundern kann, wie ihn ernsthafteste Politiker in Rußland überhaupt nur zu vertreten imstande sind. Eine

sehr einfache und überzeugende, gleichfalls von Jermolow in seinem Werke aufgestellte Rechnung lehrt überdies, daß mit der vollständigen Aufteilung des Gutlandes nicht einmal vorübergehend für die Verbesserung des ökonomischen Daseins der Bauern etwas erreicht wäre. Das Einkommen der russischen Bauern setzt sich zusammen aus dem Ertrag der ihnen zugeteilten Ländereien und aus dem Arbeitsverdienst, den sie auf den Gütern und in landwirtschaftlichen Gewerbebetrieben und Brennereien, Zuckerfabriken usw. haben. Den baren Arbeitsverdienst, den die Bauern namentlich durch Uebernahme von Arbeiten in Tagelohn auf den Gütern haben, die für die Bestellung und Aberntung der Felder größtenteils auf die benachbarten Dörfer und auf Wanderarbeiter angewiesen sind, beziffert Jermolow auf eine erheblich höhere Gesamtsumme, als der Mehrertrag der bäuerlichen Ernte auf sämtlichen Staats-, Kirchen- und Privatländereien nach der Verteilung dieses gesamten Landfonds ausmachen würde. Seine Darstellung ist auf diesem Punkt im ganzen durchaus überzeugend, wenn sie auch natürlich nur als Durchschnittsberechnung zu gelten hat; im einzelnen, namentlich dort, wo auch die Intensität der gutsherrlichen Wirtschaft gering und der Lohn niedrig ist, kann das Ergebnis auch anders sein. Jermolow wird aber auf die radikalen Politiker in Rußland wahrscheinlich deshalb keine große Wirkung ausüben, weil es jenen vor allen Dingen um die Bauernstimmen oder überhaupt um die politische Aufrührung des Bauerntums zu tun ist — diese Dinge aber sind nicht durch eine Aufklärung der Bauern über das Törichte und Unmögliche ihrer Forderungen zu haben, sondern nur durch eine Ausnutzung ihrer blinden Begierde nach Land, mehr Land, unter allen Umständen mehr Land.

Wie ist nun unter solchen Umständen der russischen Agrarnot abzuhelpen? Jermolows Antwort lautet unter der von ihm nicht ganz klar ausgesprochenen, aber selbstverständlichen Voraussetzung, daß die gemeinbesitzliche Agrarverfassung und alles was dazu gehört, endgültig fällt — folgendermaßen: Erstens durch den Uebergang von dem System der geschlossenen Dörfer und der vielfachen Zerstückelung des Ackers in kleine und kleinste Parzellen — zur Wirtschaft in getrennt gelegenen Bauernhöfen. Jeder

von diesen muß alsdann auf dem ihm endgültig zuzuteilenden Anteil an dem bisherigen Gemeindelande errichtet werden. Den Gedanken der millionenweisen „Uebersiedlung“ der Bauern aus den stark bevölkerten in schwächer bevölkerte Gegenden, wo die großen Expropriationen vorzugsweise erfolgen sollten, oder der Auswanderung nach Sibirien und Turkestan ersetzt er durch den der „Auseinander-siedlung“, wie er das System des Uebergangs von der kommunistischen Dorf- zu dem der Einzelhofwirtschaft nennt. Damit fällt natürlich das bisherige Prinzip, daß Bauernstand und Anteil am Bauern- oder Gemeindelande gleichbedeutend sein sollen. In Wirklichkeit ist es ja auch in den zentralrussischen Gebieten schon damit durchbrochen, daß ein Teil der Bauern als Fabrikarbeiter in den Städten tätig ist, aber dieser ganze Fabrikarbeiterstand gehört, von den westlichen Provinzen und einigen bestimmten Bezirken des Innern abgesehen, wo andere Verhältnisse herrschen, rechtlich immer noch zum Bauertum. Viele Hunderttausende von Arbeitern kommen überhaupt nur vorübergehend, um zeitweiligen Verdienst zu haben, aus dem Dorf in die Industriezentren zur Arbeit. Aber auch der weniger fluktuierende Teil der Industrie-Arbeiterschaft ist noch zu Hause in den Heimatsdörfern, die ein großer Teil von ihnen überhaupt nie gesehen hat, „angeschrieben“, bekommt durch die heimischen Gemeindeverwaltungen seinen Aufenthaltschein (Pässe) und zahlt seine Steuern auf dem Umweg über die heimische Gemeinde. Wenn der Gemeinbesitz fällt und an seine Stelle der mit Einzelhofwirtschaft verbundene Privatbesitz tritt, so versteht es sich von selbst, daß keine Neuumteilungen mehr stattfinden können, sobald die einmalige Verteilung des gesamten Grund und Bodens, zum mindesten des Ackerlandes, und der Aufbau der Einzelhöfe auf dem neuen Lose stattgefunden hat. Von dem Augenblick an, wo dies neue System verwirklicht ist, scheidet sich auch das russische Bauertum in den landbesitzenden und einen landlosen Teil, in Bauern und in ländliche Lohnarbeiter. In der ersten Zeit werden natürlich annähernd alle Angehörigen des Bauernstandes mit Landbesitz versorgt sein, aber je weiter die Entwicklung fortschreitet, desto entschiedener wird sich durch den Bevölkerungszuwachs, durch Besitzwechsel, durch Erbschaftsregulierung usw. die Gliederung der ländlichen Bevölkerung

in besitzliche Bauern und in landlose Arbeiter vollziehen. Es ist klar, daß die Durchführung dieses Vorschlags des einstigen Landwirtschaftsministers von den allergrößten Schwierigkeiten begleitet sein wird. Die psychologisch begründeten Widerstände bei den Bauern selbst werden außerordentliche sein; die Kosten für die Vermessung und Teilung des bisherigen Gemeinlandes werden sich nicht leicht hoch genug veranschlagen lassen. Ebenso ist es ausgeschlossen, daß die Bauern ohne finanzielle Staatshilfe mit der Einrichtung ihrer neuen Gehöfte, dem Abbruch und Neuaufbau ihrer Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude fertig werden könnten. Ein Ueberschlag über die Gesamtkosten des Werkes läßt sich einstweilen auch nicht angeben, wiewohl man der gelegentlich geäußerten Meinung vielleicht wird beipslichten können, daß sie die Kosten des Krieges mit Japan nicht übersteigen, dafür aber einen unendlich viel größeren Nutzen zutage fördern werden.

Die Art dieses Reformvorschlages beweist, daß Jermolow in der That die Wurzel des Uebels erkannt hat. Was er sonst noch über die Notwendigkeit einer allgemeinen Verbesserung der bäuerlichen Betriebsweise sagt, von dem Uebergang der Dreifelderwirtschaft zu vorgeschritteneren Kulturformen, über die Ersetzung der primitiven landwirtschaftlichen Geräte und des schlechten ausgemergelten Vieh- und Pferdebestandes durch bessere Instrumente und höherwertiges Vieh, ist sehr beherzigenswert, sehr überzeugend vorgebracht, aber im Verhältnis zu dem eigentlichen Kern seines Reformplans nichts Prinzipielles. Daß alle jene Hilfsmittel zweiter Ordnung gleichfalls gewaltige Vorschüsse von Seiten der helfenden Staatsmacht an das Bauerntum bedeuten, das in seiner Verelendung schon so weit fortgeschritten ist, daß es aus eigener Kraft sich überhaupt nicht mehr in die Höhe arbeiten kann, versteht sich von selbst. Ob sich in Rußland in absehbarer Zeit eine Regierung und eine Mehrheit in der Volksvertretung zusammenfinden werden, die sich entschließen, diesen Weg zu betreten, steht dahin. Soll er betreten werden, so ist das überhaupt nur unter der Voraussetzung möglich, daß für eine lange Zeit alle materiellen und moralischen Kräfte des Staates auf dieses Ziel konzentriert werden. Bringt Rußland diesen heroischen Entschluß zustande, so wird es ihn nicht zu bedauern

haben. Auf eine Uebergangszeit, die wahrscheinlich nach mehr als einer Richtung hin sehr kritische Erscheinungen aufweisen wird, würde menschlicher Voraussicht nach eine Periode gesicherten Fortschritts in der gesamten Agrarwirtschaft, würde eine Steigerung der russischen Ernteerträge, eine gesicherte Festigung der Handels- und Zahlungsbilanz und die Möglichkeit einer soliden Finanzwirtschaft folgen. Kommt die Reform nicht zustande oder wird sie ins Unabsehbare hinausgeschoben, so ist Rußland überhaupt nicht zu helfen — weder wirtschaftlich noch politisch. Der ganze oder teilweise Staatsbankerott im Sinne einer Einstellung der Barzahlungen oder einer Verkürzung des im Auslande zahlbaren Kupons wird sich freilich weder mit noch ohne Agrarreform vermeiden lassen, weil die kritische Lage der russischen Finanzen jetzt bereits viel zu weit vorgeschritten ist, als daß sich das bisher befolgte System bis zum Abschluß der Agrarreform, selbst wenn diese sofort in Angriff genommen wird, noch aufrecht erhalten ließe. Der bevorstehende vollständige oder partielle Bankerott Rußlands wird aber nicht der erste Staatsbankerott in der Geschichte sein, auf den durch Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse des Landes eine ökonomische Gesundung des Ganzen gefolgt ist.

Die Geschichte Rußlands ist merkwürdig durch den Versuch, eine moderne Finanzwirtschaft und moderne Weltpolitik, beides im größten Stile, unter vollständiger Vernachlässigung der eigentlichen Basis eines staatlichen Gefüges von dieser ökonomischen Struktur, des Bauerntums, ins Werk zu setzen. Die beiden Leiter des russischen Finanz- und Wirtschaftswesens in der Epoche zwischen dem Abschluß des französischen Bündnisses und im Kriege mit Japan, Wjshnegradski und noch mehr sein vielgenannter Nachfolger Witte, haben jenes Wirtschaftssystem in der großartigsten, das Urteil des In- und Auslandes lange Zeit blendenden Weise entwickelt. Die Grundlage bildete eine Anleihewirtschaft von wahrhaft grandiosen Dimensionen, für die im wesentlichen das politische Verhältnis zu Frankreich die Voraussetzung bildete. Mit Hilfe dieser Anleihen wurde die Goldwährung durchgeführt, wurde das europäische Eisenbahnnetz mächtig erweitert und das asiatische zum größten Teil neu geschaffen, wurde die russische Industrie, das russische Bergwesen und der Seeverkehr

mit allen Mitteln, Staatsbestellungen, Subventionen und dergl. gefördert, wurde die Armee neu bewaffnet und organisiert, die Flotte vergrößert, wurden die früheren Staatsschulden konvertiert und ein Staatsbudget aufgebaut, das von Jahr zu Jahr mehr ins Riesenhafte answoll. Von besonderer Bedeutung ist schließlich noch die Ansammlung des bekannten gewaltigen Goldschatzes mit Hilfe derselben Anleihewirtschaft. Dieser Schatz, wohl die größte Masse Gold, die je in einer Hand vereinigt gewesen ist, darf aber, wie leicht zu sehen, nicht als ein Zeichen wirtschaftlicher Stärke, sondern nur als ein solches der Schwäche angesehen werden, da Rußland eben ohne eine derartige zinslos und unproduktiv daliegende Goldreserve nicht imstande ist, sein Kredit- und Währungssystem nach außen hin mit der wünschenswerten Sicherheit auszustatten.

Wenn man nun fragt, welches die allgemeinen ökonomischen Folgen des Witteschen Finanz- und Wirtschaftssystems für Rußland gewesen sind, so wird man sich zunächst bei der Statistik über den auswärtigen Handel Rußlands Rat holen müssen. Der Aufschwung der Weltwirtschaft und der Nationalwirtschaft der einzelnen Völker während der letzten Jahrzehnte drückt sich am deutlichsten in der gewaltigen Zunahme des internationalen Handelsverkehrs, des Güterausstausches, aus. Ein Volk mit einem blühenden Wirtschaftsleben steigert sowohl den Gesamtwert seiner ins Ausland gehenden Erzeugnisse, als auch den der Güter, die es seinerseits vom Auslande bezieht. Wenn wir diesen Maßstab an den wirtschaftlichen Gesamtzustand Rußlands anlegen, so finden wir zu unserm Erstaunen, daß dieses Land während der ganzen Epoche, in der das System Wjtschnegradski-Witte dortselbst herrschend war und der Aufschwung Rußlands unter seiner Einwirkung in allen Zungen gepriesen wurde, überhaupt kaum einen Fortschritt erlebt hat. Die in den Ziffern der jährlichen Einfuhr ausgedrückte Konsumkraft Rußlands auf dem Weltmarkt betrug im Jahre:

1894:	1231,1 Mill. Rf.	1898:	1339,9 Mill. Rf.
1895:	1184,7 " "	1899:	1405,0 " "
1896:	1279,9 " "	1900:	1353,0 " "
1897:	1215,2 " "	1901:	1281,8 " "

1902: 1294,2 Mill. Mf.	1905: 1208,1 Mill. Mf.
1903: 1472,4 " "	1906: 1339,0 " "
1904: 1407,0 " "	

Mit geringen Schwankungen auf und ab, die sich im wesentlichen aus dem besseren oder schlechteren Ausfall der russischen Ernte erklären, (1903 und 1904 waren seit langer Zeit die besten Erntejahre, die Rußland erlebt hat) sind, wie die Tabelle zeigt, die Einfuhrziffern so gut wie stationär. Um die wahre Bedeutung dieser Tatsache zu ermessen, muß man aber berücksichtigen, daß sich das Eisenbahnnetz Rußlands von 1895—1906 von etwas über 35 000 Kilometer auf mehr als 65 000 Kilometer vergrößert, also beinahe verdoppelt hat, und daß die Volkszahl während derselben Periode von 122—123 auf 146—147 Millionen gestiegen ist.*) Die Einwohnerzahl Rußlands hat sich also in der entsprechenden Zeit um etwa 24 Millionen Menschen, ein Sechstel der mutmaßlich heute vorhandenen Gesamtziffer, vermehrt; die Absatzwege für den Handel und die allgemeinen Möglichkeiten des modernen Verkehrs haben sich durch die Erweiterung des Schienennetzes beinahe um 100% verbessert — und trotzdem diese Stagnation, d. h. in Wirklichkeit dieser kolossale Rückgang der allgemeinen Konsumkraft der Nation! Ein Vergleich mit der Entwicklung dieser Verhältnisse in anderen Ländern in Europa wie in Amerika, Ländern auf der verschiedensten Kulturstufe, Agrarstaaten wie Industriestaaten, wird den vernichtenden Sinn der russischen Zahlen erst recht hervortreten lassen. Nachstehende Vergleichstabelle mag das bestätigen. Es betrug die Einfuhr in Millionen Mark:**)

	1894	1900	1906 bezw. 1905
Deutschland . . .	4 205,0	6 128,7	8 702,2
Dänemark . . .	392,6	592,7	700,3 (05)
Frankreich . . .	3 883,9	4 790,9	4 849,2 (05)
England . . .	8 342,5	10 670,7	12 400,9
Österreich-Ungarn	1 224,8	1 422,5	1 881,2 (05)
Portugal . . .	218,3	303,9	366,6 (04)

*) Vergleiche meinen Artikel im Januarheft der Preussischen Jahrbücher 1908, Seite 126 ff.

***) Nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich 1907, Anhang Seite 47 ff.

	1894	1900	1906 bzw. 1905
Schweden . . .	395,1	567,9	654,8 (05)
Serbien . . .	27,9	37,1	44,5 (05)
Argentinien . .	375,8	473,2	1 093,4
Mexiko	127,2	257,5	361,7
China	540,0	701,9	1 439,1
Rußland . .	1 231,0	1 353,0	1 339,0

Die Sprache dieser Zahlen ist von vornherein geeignet, uns im höchsten Grade mißtrauisch zu machen gegen die Beweiskraft derjenigen Statistik, die von russischer Seite immer wieder produziert worden ist, und bis heute produziert wird, um den vermeintlichen wirtschaftlichen Aufschwung und natürlichen Reichtum Rußlands dem Auslande vorzudemonstrieren. Zweifellos hat sich die Baumwoll-Industrie sehr bedeutend gehoben, aber nur deshalb, weil Zollmauern von unübersteiglicher Höhe die ausländische Konkurrenz fernhalten. Auch ein so notleidendes Volk wie der russische Bauernstand hat ein gewisses Minimalbedürfnis nach Kleidung, und außer dem Bauern sind ja auch noch andere Stände mit besseren Erwerbsverhältnissen vorhanden. Wenn man also den Wettbewerb der ausländischen Textilindustrie auf künstliche Weise ausschließt, so ist es kein Wunder, wenn die russischen Baumwollmanufakturen sich entwickeln. Zweifellos hat die Produktion von Roheisen und Kohlen bedeutend zugenommen, aber es war nicht der steigende Konsum der breiten Schichten des Volks für Eisenwaren, wodurch diese Zunahme bedingt wurde, sondern es waren die Eisenbahnbauten des Staats und der subventionierten Privatgesellschaften in Europa und Asien, die den Bedarf erzeugten. Die gewaltigen Schienenbestellungen der Regierung, die abnormen Preissätze, die eine Ueberzahlung des Produkts um mehr als 100% gegenüber den Weltmarktpreisen bedeuteten, die direkten, ungezählte Millionen betragenden Staatssubventionen für die Einrichtung metallurgischer Fabriken, Bergwerksbetriebe usw. — das alles war es, was das scheinbare Emporblühen des russischen Wirtschaftslebens im Innern verursachte.

Das Budget des Reichs schwoll von Jahr zu Jahr ins Riesenhafte an. 1893 überschritt es die erste, 1903 die zweite Milliarde Rubel. Mit diesem Argument versucht das russische Finanzministerium

die Zweifler an der inneren Entwicklungskraft der Wirtschaftsverhältnisse zu überzeugen. Eine solche Beweisführung kann aber nur den Unkundigen täuschen, denn die Steigerung geht ihrem Wesen nach nicht auf eine außerordentliche Entwicklung der Hilfsquellen des Staats zurück, sondern auf die Verstaatlichung großer Wirtschaftsbetriebe, in erster Linie des Eisenbahnnetzes und des Branntweinverkaufs. Die wichtigsten Teile des russischen Einnahmebudgets sind das Branntweinmonopol, das Staatseisenbahnwesen und die Zölle. In dem Voranschlag für 1907, der eine Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen von rund 2175 Millionen Rubel in Aussicht nimmt, figurieren die Einnahmen aus dem Branntweinverkauf und der Getränkesteuer mit 706 Millionen Rubeln, aus dem staatlichen Eisenbahnbetrieb mit 489 Millionen Rubeln und die Zölle mit ca. 224 Millionen Rubeln, zusammen: 1419 Millionen Rubel. An vierter Stelle rangierten früher, als die sogenannten Loskaufszahlungen*) noch strenger eingetrieben wurden, die Bauernsteuern; jetzt, wo an den weiteren baren Eingang der Loskaufszahlungen nicht mehr in irgendwie nennenswertem Maße gedacht werden kann, steht die Zuckerakzise mit einem Ertrag von über 100 Millionen Rubeln an der vierten Stelle, und die direkten Steuern, die im wesentlichen auf dem Bauernstande lasten, mit über 85 Millionen Rubeln an fünfter Stelle. Von diesen wichtigsten Einnahmepositionen des russischen Etats ist zu sagen, daß sie überwiegend ein wirtschaftlich unerfreuliches Bild abgeben. Ueber den Branntwein bedarf es dazu keiner weiteren Ausführung. Bei den Zolleinnahmen herrscht ein Dilemma derart, daß, wenn die Einfuhr ausländischer Produkte groß ist, die Zollsumme zwar steigt, aber die Zahlungsbilanz sich verschlechtert; wird die Einfuhr durch hohe Schutz- und Prohibitivzölle zurückgedrängt, so leiden darunter wieder die Zolleinnahmen. Bei den Bauernsteuern beruht der Eingang zum größeren Teil darauf, daß die Steuererheber sofort nach der Ernte erscheinen und die Bauern zwingen, gerade zu diesem Zeitpunkt, wo die Preise für das Getreide am niedrigsten sind, ihr Korn zu

*) Es war dies die Amortisation der Entschädigung, die der Staat bei der Bauernbefreiung den Gutsbesitzern in Gestalt zinstragender Papiere bewilligt hatte, die in ihrer Wirkung auf eine Erhöhung der direkten auf dem Bauernstande lastenden Steuern hinauskam.

verkaufen — das Korn, das, wie wir sahen, im Grunde überhaupt nicht verkauft und exportiert werden sollte, weil die Leute Hunger leiden müssen, wenn sie es nicht für sich verbrauchen dürfen. Das fiskalische Eisenbahnnetz Rußlands ist mit unverhältnismäßig hohen Kosten erworben und erbaut. Die Unredlichkeit des Beamtentums hat es verschuldet, daß die Abschätzung, zu denen die privaten Eisenbahnlinien seinerzeit vom Staate angekauft wurden, viel zu hoch ausfiel. Der Betrag, durch den die Staatskasse auf diese Art geschädigt worden ist, — eine Schädigung, die durch die folgende erhöhte Zinslast dauernd bleibt — läßt sich natürlich nicht genau ziffernmäßig berechnen, aber er ist nach der Meinung russischer volkswirtschaftlicher Autoritäten selbst ganz außerordentlich hoch. Ebenso sind infolge des Systems der Ueberzahlung alles Eisenbahnbaumaterials zum Zwecke der Subventionierung der russischen Industrie die Gesamtkosten der vom Staate selbst erbauten Eisenbahnen zum Teil ganz unglaublich hoch ausgefallen. Die unverhältnismäßigen Erwerbs- und Anlagekosten, außerdem aber auch noch verschiedene Mängel im Betrieb und die allgemeine Rückständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes verursachen es, daß das ganze staatliche Eisenbahnnetz sich nicht nur nicht verzinst, sondern ein enormes bares Betriebsdefizit mit sich bringt. Schon vor dem japanischen Krieg bedurfte es der gewagtesten Verschleierungskünste des Finanzministeriums, um diesen Tatbestand, der in vertraulichen Berichten von Witte selbst zugegeben werden mußte, vor der Oeffentlichkeit zu verdecken. Selbst von dem geringen Ertrag der Eisenbahnen beruhte aber noch ein großer Teil auf den Materialtransporten, die durch das Fortschreiten der Bahnbauten in Sibirien, Ostasien, Turkestan, dem Kaukasus und dem europäischen Norden bedingt wurden. Eine gewaltige Menge von Material wurde jahrelang dorthin gefahren, und diese für Staatsrechnung erfolgenden Transporte erscheinen natürlich gleichfalls als Einnahmen der Staatsbahnen. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes in Europa und Asien bedingte außerdem noch zum größeren Teil die Existenz der russischen Eisenindustrie. Drei Fünftel ihrer Produktion entfielen vor dem Kriege auf den Staatsbedarf, nur zwei Fünftel auf den privaten Konsum. Seit Beginn des Systems

Witte betrug die Summe, die jährlich für die Erweiterung der Staatseisenbahnen verwendet wurde, zwischen 200 und 300 Millionen Mark; für 1903 sogar gegen 400 Millionen Mark. Je weiter aber der Eisenbahnbau nach Osten fortschritt, desto schlimmer wurden die Wirkungen des Defizits auf das Gesamtbudget. Das gilt auch noch heute, und es gilt umsomehr, seitdem das wertvollste Stück der sibirisch-ostchinesischen Bahn, der Strang nach Port Arthur und Dalnij, den Japanern gehört. Man darf nicht, wie manchmal geschieht, sagen, Rußland habe in seinen Eisenbahnen gewaltige Aktiva, deren Realisierung jederzeit möglich sei, wodurch die Staatsschuld bedeutend entlastet werde. Von einem vorteilhaften Verkauf der Eisenbahnen im ganzen kann wegen des kolossalen Betriebsdefizits, das in jedem Fall mehrere hundert Millionen Mark jährlich beträgt, nicht die Rede sein. Natürlich könnte der Staat die rentierenden Linien, deren es immerhin eine ganze Anzahl gibt, mit Vorteil verkaufen, aber die Betriebs- und Verzinsungskosten für den verbleibenden unrentablen Rest müßte er darum doch weiter aufbringen, und so wäre für das Ganze von dieser Seite her gar nichts gewonnen.

Die gegenwärtige Finanzlage Rußlands ist ein für uns so überaus wichtiges und akutes Problem, daß es auf jeden Fall nötig erscheint, dieses Thema für sich noch etwas genauer zu behandeln, wobei es zur besseren Klarlegung des Sachverhalts dienlich sein wird, den Stand der Dinge vor Ausbruch des japanischen Krieges mit dem heutigen zu vergleichen.

Im Jahre 1899 schrieb der Geheime Rat Schwanebach, damals an hoher Stelle unter Witte im russischen Finanzministerium tätig, und später Reichskontrollleur, eine Stellung, die formell etwa der des Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches entspricht, über das Wittesche Finanzsystem: „Das gewaltige Kapital, das in barem Golde nach Rußland gezogen ist, hat nur zum Teil mit dem Exportüberschuß bezahlt werden können; größtenteils ist das Gold durch Anleihen im Auslande erworben, und so steht uns denn die endgültige Auseinandersetzung in betreff der Hauptmasse unseres Münzinventars noch bevor. Im Zusammenhange mit dem Wachstum der Verschuldung wuchsen und fahren fort zu wachsen unsere

Zahlungsverpflichtungen im Auslande. Bei dem jetzigen Stande unseres auswärtigen Handels werden sie durch den Ausfuhrüberschuß nicht genügend gedeckt. Unter diesen Umständen mußten wir Jahr für Jahr einen Teil unseres Goldfonds zu den Zahlungen im Auslande verwenden, wenn sich nicht in neuen Anleihen und im Verkauf unserer Fonds an das Ausland zwei weitere Quellen zur Bestreitung dieses unseres Tributs eröffneten. Solche Kreditoperationen in dieser oder einer anderen Form sind aber für die Aufrechterhaltung der Goldwährung eine bloße Palliativmaßregel. Der Tribut an das Ausland bleibt daher, so lange es nicht gelingt, ihn mit dem Ausfuhrüberschuß zu decken, als Damoklesschwert über unserer bisher bloß vom formellen Gesichtspunkt aus gesicherten Valuta hängen.“*) Das russische Finanzsystem beruhte seit dem Beginn der Aera Wjshnegradsky-Witte auf der fortgesetzten Kapitaleinfuhr aus dem Auslande, namentlich aus Frankreich. Kapitaleinfuhr aber ist nach der treffenden Formulierung v. Schulze-Gävernitz' nichts anderes, als „gestundete Warenausfuhr“, d. h. ein Staat wie Rußland kann den auf dem Anleihewege aufgebrauchten Goldvorrat nur dann hoffen, auf die Dauer zu behalten, wenn er damit sein Wirtschaftssystem soweit zu entwickeln in der Lage ist, daß die Gesamtzahlungsbilanz aktiv wird oder mindestens annähernd balanziert. Andernfalls muß, wie Schwanebach sehr richtig an der oben zitierten Stelle ausführt, der angesammelte Goldfonds entweder abfließen oder auf dem Wege neuer Anleihen im Auslande und durch den Verkauf russischer Fonds ins Ausland fortdauernd neu aufgefüllt werden. Es liegt auf der Hand, daß ein solches System sich nicht in die Unendlichkeit fortsetzen ließe.

Der Hauptpunkt also, auf den es für die Beurteilung der finanziellen Lage Rußlands ankommt, ist seine Zahlungsbilanz. Einen ersten ungefähren Näherungswert für die Beantwortung dieser Frage werden wir suchen können, indem wir die Summe des nachweisbar während der letzten Wirtschaftsperiode nach Rußland geflossenen Goldes mit derjenigen vergleichen, die nach den offiziellen Ausweisen der russischen Finanzverwaltung noch im Lande vorhanden

*) Im Rußkij Wjstnik 1899, November, Seite 135 ff.

ist. Der frühere Geheime Legationsrat Professor Helfferich berechnete in seinem bekannten Aufsatz in der *Marinerundschau* im Herbst 1904, der den Anstoß zum verstärkten Wiedererwachen der Polemik über das russische Finanzwesen gab, die damaligen Schulden Rußlands im Auslande, d. h. die Goldmenge, die aus dem Auslande nach Rußland geflossen war, auf 7—9 Milliarden francs für Frankreich und 3 Milliarden für die übrigen Gläubigerländer. Dazu kamen noch mit ausländischem Gelde fundierte Eisenbahnen und industrielle Unternehmungen, deren Wertbetrag sich schwer schätzen läßt, aber auf jeden Fall ziemlich hoch veranschlagt werden muß. Bekanntlich war es eins der Hauptmittel des Systems Witte zur wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands gewesen, das ausländische Kapital auch in der Form industrieller Anlagen heranzuziehen. Man mußte also für die Zeit unmittelbar vor Ausbruch des japanischen Krieges die Menge des nach Rußland geflossenen Goldes auf einen Betrag schätzen, der wahrscheinlich ungefähr in der Mitte zwischen den Grenzen von 10 und 15 Milliarden francs lag. Die Menge des im staatlichen und privaten Besitz innerhalb Rußlands noch vorhandenen Goldes schätzte Helfferich, der in seiner Arbeit bekanntlich bemüht war, die Finanzlage Rußlands als unbedenklich hinzustellen, auf Grund der amtlichen russischen Ausweise, auf ca. 5 Milliarden francs. Es war also nicht einmal mehr die Hälfte des seit dem Beginn des neuen wirtschaftlichen und politischen Systems nach Rußland gezogenen Goldes mehr vorhanden! Das bedeutet also auf jeden Fall eine im höchsten Grade passive Gesamtzahlungsbilanz für Rußland, und zwar in einem Umfange, daß man zunächst einen unwillkürlichen Zweifel daran empfindet, ob nicht in einer Rechnung, die auf ein so massenhaftes Abströmen von Gold aus Rußland führt, irgend welche verborgenen Fehlerquellen unberücksichtigt geblieben sind. Sehen wir also weiter zu!

Rußlands Zahlungsbilanz wird durch folgende Faktoren bedingt: 1. Durch das Wertverhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr, 2. durch die im Auslande zahlbaren Anleihezinsen, 3. durch die ins Ausland abfließenden Erträgnisse in Rußland angelegter ausländischer Kapital, 4. durch die baren Beträge, die ausländische Reedereien für die Vermittlung des Warenverkehrs von und nach

den russischen Häfen erhalten, 5. durch die Ausgaben der dauernd oder vorübergehend im Auslande befindlichen Russen, 6. durch die Ausgaben der Regierung im Auslande für Armee- und Marinezwecke. Von diesen Positionen sind die wichtigsten zweifellos die beiden ersten. Das Verhältnis der russischen Einfuhr und Ausfuhr ist seit 1890 folgendes (in Millionen Rubeln):*)

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
1890	362,1	657,3	295,2
1891	325,6	669,9	344,3
1892	350,8	436,3	85,5
1893	392,4	561,6	169,2
1894	490,5	633,1	142,6
1895	457,8	651,8	194,0
1896	519,8	649,8	130,0
1897	489,3	673,9	184,6
1898	541,4	676,6	135,2
1899	650,5	627,0	— 23,5
1900	629,3	719,7	90,4
1901	593,4	761,6	168,2
1902	599,1	860,3	261,2
1903	681,1	1001,2	320,1
1904	651,4	1006,4	355,0
1905	635,1	1077,3	442,2
1906	613,9	1004,0	390,1

In dieser Tabelle spiegelt sich vor allen Dingen der Ausfall der russischen Ernten wieder. Im Jahre 1899 erschien die Folge der totalen Mißernte als Zurückbleiben der Ausfuhr hinter der Einfuhr und 1903/06 drückt sich das beispiellose Aufeinanderfolgen einer Reihe günstiger Erntejahre in dem starken Emporschnellen der Ausfuhr und der Aktivität der Handelsbilanz aus. Außer der guten Ernte — 1904 hat Rußland, wie bemerkt, die größte Getreideernte gehabt, die dort seit Menschengedenken vorgekommen ist — ist aber für die Erhöhung des Wertes der Gesamtausfuhr auch noch das Steigen der Getreidepreise bedeutsam gewesen,

*) Nach dem Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich und dem Diplomatisch-statistischen Jahrbuch des Gotha'schen Hoffkalenders 1907 und 1908.

und dieser Faktor hat sich gegenwärtig sogar noch merklich verschärft, so daß auch ein mittlerer oder schlechter Ernteertrag unter den heutigen Verhältnissen einen Mehrwert gegen früher bedeuten würde. Die Zahl für 1907, die noch nicht vorliegt, wird aber ein merkliches Hinuntergehen beider Bilanzgrößen zeigen, da die Ernte wieder schlechter gewesen ist und in ausgedehnten Teilen des Reiches sogar direkte Hungersnot geherrscht hat, ebenso wie im laufenden Wirtschaftsjahr. Natürlich bemüht sich die russische Regierung, auch noch abgesehen von dem Ergebnis der Ernte, mit allen Mitteln den Wert der Ausfuhr zu steigern. So sind namentlich Holz (70—80 Millionen Rubel), Eier (ca. 60 Millionen Rubel), Butter (ca. 30 Millionen Rubel), Werte geworden, die in der russischen Ausfuhr früherer Jahre teils eine viel geringere, teils überhaupt noch keine merkliche Rolle spielten. Leider hängt die Holzausfuhr mit dem rücksichtslosen Niederschlagen der fiskalischen Wälder ohne genügende Wiederaufforstung und die Eierausfuhr*) mit dem Hungerdasein des russischen Bauern zusammen, wie wir das in noch viel größerem und verhängnisvollere Maßstabe bei der Charakterisierung des russischen Getreideexports ja bereits gesehen haben. Scharf und richtig schreibt Schwanebach schon vor neun Jahren (in dem bereits zitierten Aufsatz): „Mit den 600 Millionen Rubeln, für die wir Landesprodukte verkaufen, exportieren wir einen nicht geringen Teil unseres agraren Grundkapitals. Wo ist das Äquivalent dieses sich unerbittlich wiederholenden nationalen Verlustes? Für die Landwirtschaft bedarf es nicht einer Vergrößerung, sondern einer Verringerung der Ausfuhr . . . Um der Goldwährung willen müssen wir aber eine große Ausfuhr wünschen und gleichsam vergessen, daß diese Ausfuhr für unseren fundamentalen Wirtschaftsbestandteil (die Landwirtschaft) schädlich, ja vernichtend ist.“ Im Durchschnitt der 17 Jahre von 1890—1906 beträgt also der Ueberschuß der russischen Ausfuhr über die Einfuhr zwischen 215 und 220 Millionen Rubel — immer unter der Voraussetzung Schwanebachs, daß es sich hier nicht nur um den Verkauf der eigentlichen Landesprodukte, sondern außerdem noch um einen fortgesetzten Export auf Kosten des „agraren

*) So schon Schwanebach und neuerdings wieder mit besonderem Nachdruck der frühere Landwirtschaftsminister Jermolow.

Grundkapitals“ Rußlands handelt, und unter der weiteren Voraussetzung, daß auch die Preissteigerung für Getreide während der letzten Jahre für die Ermittlung des Durchschnitts voll zur Anrechnung kommt.

Veranschlagen wir also den Aktivbetrag der russischen Zahlungsbilanz im Durchschnitt auf 220 Millionen Rubel jährlich und vergleichen wir hiermit die Posten, deren Summierung die durchschnittliche jährliche Zahlung an das Ausland ergibt. Schwanebach (in der bereits mehrfach erwähnten Arbeit) berechnete Anfang 1899 die an das Ausland zu zahlenden Anleihezinsen auf mindestens 170 Millionen Rubel jährlich. Seitdem ist das ungeheure Anwachsen der russischen Staatsschuld durch den unglücklichen Krieg mit Japan hinzugekommen. In dem Werk des Professors der Volkswirtschaft an der Moskauer Universität J. Ch. Oserow*) werden die bis dahin entstandenen Kosten des Krieges auf 2070 Millionen Rubel angegeben („nach den vorläufigen Mitteilungen der Reichskontrolle“). Dieser Betrag und alles, was Rußland fortan noch an neuen Anleihen im Auslande etwa glücken sollte, bedeutet zum größeren Teil eine Vermehrung des an das Ausland zu leistenden Goldtributs. Man ist natürlich bemüht, das Geld nach Möglichkeit auf dem inneren Markt zu beschaffen, aber dieser ist eben in Rußland nicht leistungsfähig, und außerdem darf man sich durch die Einregistrierung einer russischen Anleihe in die innere Schuld nicht zu der Annahme verleiten lassen, daß damit auch die Zinszahlung im Inland gewährleistet ist. Es war vielmehr von Anfang an und je länger desto mehr ein Hauptmittel der russischen Finanzverwaltung zur Heranziehung von Gold in das Land gewesen, die Titel der inneren Schuld im Auslande zu verkaufen. Abgesehen von den inneren Anleihen hat Rußland aber im Mai 1904 für 800 Millionen francs 5%ige Schatzscheine in Paris untergebracht; im Januar 1905 hat es 500 Millionen Mark sogenannte deutsch-holländische Anleihe aufgenommen und 1906 die auswärtige Riesenanleihe von über 843 Millionen Rubel. Im ganzen ist hiermit die Verzinsungslast für den Dienst der auswärtigen Schulden jedenfalls auf weit über

*) „Wie wird das Geld des Volks in Rußland ausgegeben? Die Kritik am russischen Ausgabebudget und die Reichskontrolle. Nach unveröffentlichten Dokumenten.“ Zweite Auflage, Moskau 1907, Seite 263.

200 Millionen Rubel jährlich gestiegen und man wird annehmen können, daß keinesfalls weniger als der gesamte Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr allein für die Zinszahlung an das Ausland aufgebraucht wird. Es fallen also die sämtlichen übrigen Positionen der Zahlungsbilanz mit ihrem vollen Gewicht auf die Seite des Defizits. Natürlich ist es nicht möglich, hier ganz genaue Daten zu geben. Die Zahlungen an ausländische Werften, Waffenfabriken usw. werden nicht besonders veröffentlicht. Schwanebach, der jedenfalls seinerzeit einen sehr genauen Einblick besaß, gibt sie für die Zeit von 1888—1891 im Mittel auf 16 Millionen Rubel an. Zu welchen Dimensionen sie anschwellen würden, wenn es wirklich zu einem Neubau der russischen Flotte in großem Stile kommt und welche Summen während des japanischen Krieges für Kriegsmaterial, Eisenbahnmaterial, Seefrachten usw. ins Ausland gingen, braucht nicht erst im einzelnen ausgeführt zu werden. Den ins Ausland abfließenden Ertrag in Rußland angelegter Kapitalien schätzte Schwanebach 1899 auf mindestens 25 Millionen Rubel jährlich und die Ausgaben der im Auslande befindlichen Russen auf 50 Millionen Rubel jährlich. Diese Ziffer geht zurück auf eine Berechnung des Finanzministers Wyschnegradski in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf Grund der Zahl der Pässe, die durchschnittlich pro Jahr an ins Ausland reisende Personen verabsolgt wurden. Seitdem hat sich infolge der unruhigen Zustände in Rußland die Zahl der jenseits der Grenze lebenden Personen ganz bedeutend gesteigert, und wenn sie gegenwärtig auch nicht mehr so hoch ist, wie während der Zeit, da die Revolution unmittelbar vor der Tür stand, so ist sie sicher immer noch höher, als vor zehn oder fünfzehn Jahren. Sehr bedeutend ist der Tribut, den Rußland an ausländische Reeder für Vermittelung seines Seeverkehrs zahlen muß. Im Jahre 1904 betrug der Gehalt der in russischen Häfen angekommenen Schiffe unter russischer Flagge 860 000 Registertons, unter fremder Flagge dagegen 8 584 000; der der abgegangenen Schiffe 816 000 Tons unter russischer, 8 167 000 unter fremder Flagge.*) Die fremde Schifffahrt ist also in russischen Häfen mit

*) Nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich, 1907, Anhang Seite 37.

einem zehnfach größeren Betrage beteiligt, als die russische, und während Flotten, wie die englische, deutsche, norwegische, sich in großem Maßstabe mit der Vermittelung des Frachtverkehrs zwischen fremden Ländern beschäftigen, kann in Rußland nicht davon die Rede sein, daß russische Schiffahrtsunternehmungen Gewinn für die heimische Volkswirtschaft aus dem Auslande heimbringen. Rußland muß also fast die gesamten Kosten für die Vermittelung seines Warenverkehrs zur See Jahr für Jahr an das Ausland bar herauszahlen. Wie groß der Verlust ist, der dadurch entsteht, daß die russische Gesamtwirtschaft nahezu den vollen Betrag der nach Rußland kommenden und von Rußland ausgehenden Seefrachten dauernd an das Ausland abführen muß, läßt sich natürlich schwer ermitteln, auf jeden Fall aber ist er sehr hoch und wird nicht nach bloßen Millionen, sondern nach Dutzenden von Millionen einzuschätzen sein. Schon bei einem Frachtwert von nur 5 Mark durchschnittlich pro Registerton würde sich ein Betrag von über 40 Mill. Mark ergeben.

Alle diese Positionen zusammengenommen beweisen mit absoluter Sicherheit ein ganz bedeutendes Ueberwiegen der russischen Zahlungsverpflichtungen an das Ausland über den Aktivbetrag der Handelsbilanz, und wir können uns nunmehr wohl vorstellen, wie jener zunächst beinahe unglaublich erscheinende Betrag des Goldabflusses ins Ausland während der letzten Periode zustande gekommen ist.

Die Tatsache steht also fest, daß Rußland seine Währung und damit die Verzinsung seiner auswärtigen Anleihen durch kein anderes Mittel aufrecht erhalten kann, als durch fortgesetzten Import von Gold, d. h. im wesentlichen durch Anleihen im Auslande. Alles übrige, was zu dem Thema der russischen Finanzen gesagt werden kann, ist gegenüber dieser grundlegenden Erkenntnis nur von nebensächlicher Bedeutung, auch die eigene Goldproduktion Rußlands im Ural und in Sibirien spielt gegenüber der allgemeinen Höhe des Goldbedarfs keine nennenswerte Rolle. Rußland wird also seine Barzahlungen solange fortsetzen können, wie das Ausland sich bereit finden läßt, ihm neues Gold zu borgen — keinen Augenblick länger. Sobald die russische Regierung sich davon überzeugt,

daß sie tatsächlich keine Aussichten mehr hat, selbst unter noch so harten Bedingungen, in Paris, Berlin, London, Amsterdam oder sonstwo etwas geborgt zu bekommen, so wird sie es natürlich nicht erst darauf ankommen lassen, daß auch der dann noch im Lande befindliche Goldvorrat durch Fortsetzung der Barzahlungen abfließt, sondern sie wird die Barzahlungen einstellen, solange sie noch im Besitz einer möglichst großen Menge von Gold ist. Auch Oserow (Seite 261) weist mit aller Deutlichkeit auf diese naheliegende Erwägung hin. Allerdings sind die ausländischen Gläubiger Rußlands ihrem Schuldner gegenüber in einer schwierigen Lage. Entschließen sie sich, keine weiteren Mittel mehr zu bewilligen, so können sie sich ohne weiteres sagen, daß die Tage ihres normalen Zinsgenusses gezählt sind; wird das System der Vorschüsse weiter fortgesetzt, so liegt die Befürchtung vor, daß nicht nur die früheren, sondern auch die neuen Darlehen infolge eines russischen Staatsbankrotts verloren gehen oder in ihrem Werte bedeutend reduziert werden.

Für jedermann, der Rußland Geld geborgt hat oder sich überlegt, ob er ihm noch welches borgen soll, handelt es sich also um die Frage, ob Rußland imstande sein wird, durch weitere Gewährung von Kredit seine wirtschaftlichen Verhältnisse soweit zu verbessern, daß eine Steigerung der gesamten ökonomischen Produktion des Landes eintritt, die hinreicht, um seine allgemeine Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Wir erinnern uns nochmals an das Wort v. Schulze-Gävernitz: Kapitaleinfuhr ist gestundete Warenausfuhr. Um industrielle Warenausfuhr in nennenswerter Masse wird es sich in Rußland für absehbare Zukunft unter keinen Umständen handeln können, sondern immer nur im wesentlichen um den Export von landwirtschaftlichen Produkten, Erzeugnissen des Ackerbaues, der Viehzucht und der Forstwirtschaft. In dieser Beziehung hängt die zukünftige Entwicklung daran, ob es zu einer Agrarreform kommt und wie diese Agrarreform dann aussieht. Wir haben gesehen, daß sie fundamental sein muß, wenn sie überhaupt wirksam sein soll. Die mit der Aufhebung des Gemeinbesitzes des „Mir“ verbundene Auseinandersetzung der Bauern, die notwendigen Vorschüsse für die Neuerrichtung der Gehöfte, für die Verbesserung des Viehstandes, für die Anschaffung leistungsfähiger

Ackergeräte, für künstliche Düngung, für Ackerbauschulen werden, wenn sie einen im Verhältnis zu dem ungeheuren Umfang des Reiches merklichen Effekt haben sollen, jedenfalls Milliarden betragen müssen, und wenn nicht weitere große Aufwendungen für Volksschulen dazu kommen, so wird das alles trotzdem nutzlos sein. Es ist ausgeschlossen, jene Milliarden anders als auf dem Wege auswärtiger Anleihen zu erhalten, und da eine durchgreifende Agrarreform, auch wenn sie auf die verständigste Weise angefaßt wird und ausgesprochenermaßen glückt, jedenfalls einen langen Zeitraum erfordern wird, bis ihre wirtschaftlichen Folgen in der Erhöhung der russischen landwirtschaftlichen Ausfuhr sichtbar werden, so kann es als ausgeschlossen gelten, daß der russische Staat bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes in der Lage sein wird, seine Zinsen voll zu bezahlen. Er wird sogar wahrscheinlich sehr bald nicht mehr in der Lage dazu sein, und das um so sicherer, je mehr er Milliardenanleihen für eine so nutzlose Verwendung wie den Wiederaufbau der russischen Kriegsflotte projektiert. Es mag sein, daß noch die eine oder andere auswärtige Anleihe unter harten Bedingungen und unter dem Druck der Drohung mit dem Bankerott glückt, und daß die Währung und die Zinszahlung auf diese Weise noch eine Weile weiter gefristet werden. Auch die Kurse der russischen Staatspapiere können durch die mit der Vorbereitung neuer Anleihen verbundenen Manipulationen des russischen Finanzministeriums vorübergehend noch etwas in die Höhe getrieben werden und es kann jedem, der russische Papiere besitzt, nur der allerdringlichste und aufrichtigste Rat gegeben werden, einen solchen Moment zur schleunigen Abstoßung seines Besitzes, wenn auch unter Verlust gegenüber dem Anschaffungswert der Papiere, zu benutzen. Wer sich dazu nicht entschließen kann, wird es nachher, wenn der russische Staatsbankerott und die Zins- oder Kapitalreduktion da sind, schmerzlich genug zu bereuen bekommen, aber er wird sich nicht darüber beklagen dürfen, daß er nicht gewarnt worden ist. Die Finanzlage Rußlands ist für niemanden, der lesen kann und die elementarsten volkswirtschaftlichen Erwägungen anzustellen imstande ist, ein versiegeltes Mysterium, sondern sie liegt in den Erscheinungen der Agrarkrisis und in der enormen Passivität der russischen Zahlungs-

bilanz so offen vor aller Augen dar, daß es durchaus keine übertriebene oder agitatorische Forderung ist, wenn man verlangt, daß eine Möglichkeit geschaffen wird, diejenigen Finanzinstitute, die uns jetzt noch neue russische Werte aufhalsen wollen, zu einer rechtlichen Verantwortung zu ziehen. Wenn ein volks- und finanzwirtschaftlich gebildeter Mensch heutigen Tages noch von der Solidität oder auch nur von einer erträglichen Lage der russischen Finanzen spricht, so hat er sich entweder mit dem einschlägigen Material nicht hinreichend beschäftigt, oder er will — aus welchen Motiven bleibe dahingestellt — die Dinge anders sehen und anders darstellen, als sie in Wirklichkeit sind.

Rußland wird in einem wahrscheinlich nicht mehr sehr fernliegenden Moment, dessen Eintreten von dem definitiven Scheitern weiterer Anleihen im Auslande abhängig ist, seine Barzahlungen einstellen, d. h. den Staatsbankerott erklären. Das dann bevorstehende Arrangement mit den Gläubigern des russischen Staates kann auf verschiedene Weise gedacht werden; dies zu untersuchen, gehört nicht mehr in diesen Zusammenhang. Wenn dann auf irgend eine Art der Goldtribut ans Ausland herabgesetzt ist, so wird man, wie die Erfahrung lehrt, die bisher bei allen Staatsbankerotten gemacht ist, nach einiger Zeit wieder mit Erfolg an die Pforte des ausländischen Kredits klopfen und dann eine Reihe von Anleihen zum Gesamtbetrag von mehreren Milliarden Mark aufnehmen können. Es ist immerhin wahrscheinlich, daß über kurz oder lang die Einsicht in die absolute Notwendigkeit einer fundamentalen Umgestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland durchdringt. Ob sich dann die Kräfte finden, um ein Werk von einer solchen Schwierigkeit und einer so ungeheuren Tragweite glücklich durchzuführen, ob nicht Korruption, Doktrinarismus, Unentschlossenheit und politische Quertreibereien das Werk schließlich doch noch zum Scheitern bringen, vermag jetzt niemand vorauszusetzen. Man wird es schon für etwas Großes halten müssen, wenn es überhaupt ernsthaft in Angriff genommen wird.

Nach den vom russischen Finanzministerium geprüften und berichtigen Angaben von Polly*) betrug die Summe der russischen Staatsschulden:

*) „Preussische Jahrbücher“ Januar 1908, Seite 119.

Zum 1. Januar 1904	=	6 636,1	Mill. Rubel
Zum 1. Januar 1905	=	7 066,5	" "
Zum 1. Januar 1906	=	7 681,9	" "
Zum 1. Januar 1907	=	8 609,6	" "
Zum 1. Januar 1908	=	8 710,1	" "

Die jährlichen Zinszahlungen hierfür belaufen sich nach der Berechnung Oserows auf Grund der Daten der russischen Reichskontrolle auf über 380 Millionen Rubel, d. h. nach Abzug des mit einem großen Fehlbetrage abschließenden Eisenbahnetats und der Betriebskosten für das fiskalische Branntwein-Monopol auf 27,2% der gesamten russischen Staatseinnahmen. *) In England erforderte die Verzinsung der Schuld 1904/05 beinahe 19%, in Frankreich 33,8% der Staatseinnahmen. Es bedarf keiner Ausführungen darüber, wie verschieden in staatswirtschaftlicher Beziehung die russische Schulden- und Zinslast auf der einen, die englische und französische auf der anderen Seite zu beurteilen sind. Innerhalb des russischen Budgets spielt die um sich fressende Wirkung des Eisenbahndefizits eine ähnliche verderbliche Rolle, wie die Passivität der russischen Zahlungsbilanz gegenüber dem Bestande der Währung und des Goldvorrats. Wie groß dieses Eisenbahndefizit eigentlich ist, darüber wird von russischer Seite begreiflicherweise versucht, möglichst keine Klarheit zu geben. Nach dem Protokoll der Sitzung des russischen Reichsrats vom 30. Dez. 1902**) gab der Finanzminister Witte an dieser vertraulichen Stelle das Defizit für 1900 auf 2,6 Millionen Rubel an, für 1901 auf 32,9 Mill., für 1902 auf 45 Millionen Rubel. Damals erwartete er für 1903 ca. 60 Mill., für 1904 über 84 Mill. Rubel. Selbst innerhalb des Reichsrats hat aber Witte noch versucht, den Stand der Dinge günstiger hinzustellen, als den Tatsachen entsprach. Der offizielle Jahresbericht des Finanzministers an den Zaren über das Budget 1905/06***) gibt durchweg viel höhere Zahlen und zwar heißt es dort, daß mit Ausnahme des Jahres 1896 von 1887 an stets ein Defizit bestanden habe: z. B. für 1900 61,6, für 1902 114, für 1904 trotz der Einnahmen aus den Kriegstransporten

*) Oserow, Seite 263 f.

**) Veröffentlicht von der Redaktion der „Oswoboschdenije“, Stuttgart 1903.

***) Rapport du Ministre des Finances à S. M. L'Empereur pour l'exercice, Seite 46.

noch 92,7 Mill. Rubel. Von 1887 bis 1904 betrug das Defizit zusammengenommen 758 Mill. Rubel (= 1637 Mill. Mark), und im Durchschnitt der Jahre von 1900 bis 1904 ca. 86½ Mill. Rubel oder über 185 Mill. Mark jährlich. Bis 1908 wird auf diese Weise das Gesamtdéfizit der Eisenbahnen (seit 1887) den enormen Betrag von 1 Milliarde Rubel überschritten haben, d. h. für die letzten zwei Jahrzehnte macht die Unterbilanz des russischen Staatsbahnbetriebes beinahe die Hälfte der Kosten des unglücklichen Krieges mit Japan aus! *) Mit Recht ist man der Meinung, daß kein normales Staatsbudget — und am allerwenigsten das russische — imstande ist, von allen anderen Faktoren abgesehen, auf die Dauer eine derartige Entziehung von Lebenssäften zu ertragen.

Wir haben also außer den mehr als 380 Mill. Rubeln für die Verzinsung der Staatsschuld auch noch über 86 Mill. Rubel für das Eisenbahndefizit, zusammen also beinahe 470 Mill. Rubel jährlich, auf die Seite der unproduktiven Ausgaben im russischen Staatshaushalt zu schreiben. Von der öffentlichen Schuld können keine großen Beträge als für verbende, verzinsliche Anlagen verausgabt betrachtet werden. Beinahe ein Viertel der ganzen Schuld (mehr als 2000 Mill. Rubel) entfällt auf die vollständig unproduktiven Aufwendungen für den japanischen Krieg. Ueber 1500 Mill. Rubel betragen die Eisenbahnschulden. Natürlich gibt es unter den russischen Staatsbahnen auch solche, die sich gut rentieren, aber das Gesamtergebnis der Eisenbahnwirtschaft ist, wie wir sahen, ein negatives. Weit aus das meiste von der übrigen Schuld ist als die in der jetzigen Gestalt allerdings vielfach konvertierte und abgeleitete Hinterlassenschaft der Kriege zu betrachten, die Rußland während des vorigen Jahrhunderts geführt hat und die ihm mit Ausnahme der Erwerbung Polens keinen für seine Volkswirtschaft ins Gewicht fallenden Gewinn gebracht haben. Auch die bedeutenden Summen, die insgesamt seit Beginn der 90er Jahre für die Bekämpfung der Hungersnöte ausgegeben worden sind und deren Bereitstellung, wenn sie auch nominell aus den Mitteln des ordentlichen Budgets oder des „freien Barbestandes“ oder aus ähn-

*) Vergleiche Martin „Die Zukunft Rußlands“ Leipzig, 1906, Seite 94 f.

lichen wohlklingenden Titeln geschah, so doch in Wirklichkeit eine Vermehrung der Anleihen notwendig machte, können nach Lage der Dinge nicht auf die Seite der produktiven Ausgaben geschrieben werden. Und was soll man schließlich zu den Aufwendungen für die asiatische Weltpolitik außer den direkten Baukosten für die sibirisch-mandschurische Bahn sagen? Die Erbauung der Stadt und des Hafens Dalnij hat offiziell ca. 22 Mill. Rubel gekostet (Oserow, S. 35); in Wirklichkeit vielleicht noch sehr viel mehr. Die Rechnungen über diesen Posten haben zur großen Erleichterung der Beteiligten die Japaner miterobert. Was Port Arthur gekostet hat, weiß außerhalb der russischen Reichskontrolle wahrscheinlich niemand. Es wird noch erheblich mehr gewesen sein, als die Millionen für Dalnij. Wieviel hat die russische Flotte gekostet, deren Schiffe jetzt auf dem Grunde der japanischen See und des Gelben Meeres ruhen oder unter japanischer Flagge fahren? Die gesamten Schiffsverluste werden mit vielen hundert Millionen zu bewerten sein. Auch diese Millionen muß das russische Budget noch immer weiter verzinsen.

Wer es noch weiter auf eine Kritik der Einzelheiten anlegt, der könnte anstatt eines Kapitels ein Buch über Rußlands Finanzwirtschaft und Finanznot schreiben. An Material dazu fehlt es nicht. Man mag nach den offiziellen wie nach den vertraulichen Berichten des russischen Finanzministers greifen, nach den Untersuchungen russischer Nationalökonomien oder nach den Journalartikeln der Publizisten, man mag die Ziffern des Budgets oder die Wucherprovisionen der ausländischen Banken für die Prolongation der alten und die Bewilligung der neuen Darlehen befragen — überall tritt uns daselbe Bild entgegen: das Bild des bevorstehenden Staatsbankrotts. Wer es trotzdem noch nicht sieht, dem ist nicht zu helfen; wer es aber sieht oder sehen muß und trotzdem um des Vermittlergewinnes willen dem deutschen Publikum noch weitere russische Anleihewerte aufzuhängen oder es über den Wert seines Besitzes an solchen schönfärberisch zu beruhigen trachtet, der sollte von rechtswegen für die Folgen dieser zum mindesten grenzenlos leichtfertigen Handlungsweise wirksam haftbar gemacht werden können!

Worauf es aber für uns an dieser Stelle noch mehr ankommt, als auf die Warnung der Besitzer russischer Staatspapiere und solcher die es werden könnten, das ist die Einsicht in den politischen Catbestand, daß Rußland in seiner heutigen Verfassung nicht imstande ist, aus freiem Entschluß und mit eigenen Kräften, sei es nach welcher Seite es wolle, ein nennenswertes Schwergewicht in die Wagschale der großen Politik zu werfen. Es ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit, die Möglichkeiten noch weiter zu entwickeln, die für den zukünftigen Gang der innerrussischen Dinge vorhanden sind. Es ist schwer, eine politische Wahrscheinlichkeitsrechnung aufzumachen, in der die Frage, ob sich ein Attentat auf das Leben des Herrschers, das alle Verhältnisse wahrscheinlich von Grund auf umstürzen würde, ereignen wird oder nicht, nur mit einem Achselzucken beantwortet werden kann. Auf jeden Fall irren die, die da meinen, die Entwicklung lenke in Rußland schon jetzt in ruhige Bahnen ein. Davon kann keine Rede sein, solange die Agrarfrage noch nicht ernsthaft und erfolgreich in Angriff genommen ist. Es kann sein, daß auch die dritte Duma aufgelöst wird und daß zunächst doch noch eine scheinbare Ruhe erhalten bleibt. Die revolutionäre Propaganda ist aber nicht tot, sondern nur oberflächlich und vorübergehend zurückgedrängt. Die Universitäten, die Gymnasien, die Volksschulen sind immer noch die Saatbeete des politischen Radikalismus, von dem es nur ein Schritt, und oft genug nicht einmal das mehr, zur offenen Revolutionsbereitschaft ist. Ein Schul- und Unterrichtswesen wie das russische kann entweder nur die Stupidität oder die Revolution als Endziel aus sich heraus entwickeln. Ebenso ist es ein Irrtum, wenn man die Armee für innerlich gegen die Revolution gefestigt ansieht. Sie ist zwar noch nicht so zerfressen wie die Marine, aber die Propaganda arbeitet in ihr mit einer wahrhaft unheimlichen Energie. Die Regierung weiß, daß hier der Schauplatz ist, auf dem es für sie um Tod und Leben geht, aber für jedes Haupt, das sie der Hydra abschlägt, wachsen immer noch zwei neue nach. Der erste Akt der russischen Revolution war mit den Straßenschlachten von Moskau zu Ende. Der zweite wird beginnen, sobald die Revolutionäre glauben, daß ihre Wühlarbeit in der Armee genügend weit vorgeschritten ist, um den Gehorsam der Truppen

gegen die Regierung durchgreifender zu erschüttern, als damals. Nur eine Reformpolitik, die alle besonnenen und urteilsfähigen Elemente im Lande zur Gefolgschaft vereinigt, vermag dem Umsturz einen Damm entgegen zu werfen, der ihn dauernd aufhalten kann. Mit anderen Worten: nur eine Regierung der moralischen Autorität kann Rußland noch vor der wirklichen Revolution retten. Persönlichkeiten, wie dem einsichtigen, besonnenen und ehrenhaften Ministerpräsidenten Stolypin wird man glauben dürfen, daß er diese Intelligenz und den guten Willen zu ihrer Verwirklichung besitzt. Die Einsicht und den Willen ja — ob aber auch die Kraft? Unser deutsches Interesse an den russischen Dingen ist vor allem, daß Rußland seine ökonomische und politische Stabilität und sein Schwergewicht im Kreise der Weltvölker wiedererhält. Reformen, die Rußland dahin führen, wären äußerstenfalls selbst mit den unausbleiblichen Verlusten des deutschen Kapitals beim russischen Staatsbankerott nicht zu teuer bezahlt. An den Gedanken, daß die Finanz- und Wirtschaftsreform in Rußland ohne vorherige Reduktion der Verpflichtungen an das Ausland nicht mehr möglich ist, werden wir uns ohnehin gewöhnen müssen. Die Frage ist nur, ob es für Rußland noch eine Reform ohne Revolution gibt?

Viertes Kapitel.

Die englische Weltmacht.

Unter allen Nationen, mit denen wir es bei dem Problem unserer Entwicklung zum Weltvolk und zur Weltmacht zu tun haben, ist keine von so überragender Bedeutung für uns, keine müssen wir ihrem Wesen und ihrer Entwicklungsgeschichte nach um unserer selbst willen mit so großem Eifer studieren, wie die englische. Davon, wie wir uns mit ihr einigen oder nicht einigen, hängt für absehbare Zeit mehr als von allen anderen Bedingungen unser (freilich aber auch ihr) politisches Schicksal ab.

Wie ist England auf den Weg zur Weltmacht gekommen, und wie hat es diesen Weg beschritten, als es auf ihm stand? Wie verhielten sich die Anfänge seiner überseeischen Politik zu denen der Staaten, die vor ihm seefahrend und seegewaltig gewesen waren und eine zeitlang auf den Meeren und jenseits der Meere mit ihm wetteiferten?

Sowohl Spanien als auch Portugal waren zu Beginn der Epoche ihrer aus Glaubenseifer und Golddurst hervorgegangenen Entdeckungen und überseeischen Erwerbungen wenig wohlhabende und verhältnismäßig menschenarme Länder; jedenfalls konnten sie sich mit Frankreich, Burgund, Deutschland, den italienischen Republiken nicht an Reichtum und zum Teil nicht einmal an Bevölkerung messen. Nach beiden Richtungen hin haben sie auch während ihrer überseeischen Glanzepoche keine Veränderung zum besseren, eher eine Verschlechterung, erlebt. Amerika und Indien forderten Menschen, und die Schätze, die sie sandten, wurden einesteils durch die spanische militärische Weltpolitik des 16. und 17. Jahrhunderts verzehrt, anderenteils durch die Verluste aufgewogen, die das ohnehin schwach entwickelte Gewerbe in der Heimat durch den wenn auch nach Möglichkeit gehinderten Menschenabfluß und die Ge-

wöhnung großer Teile der Nation an die Conquista erlitt. In den Niederlanden dagegen sehen wir das gerade Gegenteil der Zustände auf der pyrenäischen Halbinsel: eine dichte Bevölkerung und großen, aus der Blüte des Gewerbes und Handels quellenden Reichtum. Schon der Aufstand gegen die spanische Herrschaft wäre ohne beides nicht denkbar gewesen. Das Gebiet, das etwa durch die Namen Antwerpen, Brügge, Gent, Brüssel, Löwen, Amsterdam, Utrecht, Leyden, Rotterdam und einige andere bezeichnet wird, hatte seit der burgundischen Zeit seinesgleichen kaum irgendwo in Europa; waren auch italienische Städte, wie Venedig und Genua, die übrigens um diese Zeit bereits zu sinken beginnen, in bezug auf Handel und Seefahrt ebenso entwickelt, so war ihre Industrie doch entschieden schwächer imstande. Reichliches Kapital, hohe industrielle Blüte, Menschenüberfluß, blühender Land- und Seehandel, technische Seegeschicklichkeit, haben die koloniale Expansion der Niederlande erzeugt und der Nation die Spannkraft gegeben, ihre überseeische Machtstellung solange aufrecht zu erhalten, bis ein materiell stärkerer Nebenbuhler ihr gegenübertrat: England.

Englands schließliche Ueberlegenheit gegenüber Holland war noch nicht ohne weiteres mit seiner größeren territorialen Ausdehnung und höheren absoluten Bevölkerungsziffer gegeben, sondern erst von da ab, als die Engländer durch die Handels- und Gewerbspolitik Elisabeths und namentlich Cromwells sich zu einer großen seefahrenden Nation entwickelten. Es gibt, wiewohl natürlich alle historischen Vergleiche ihr Mißliches haben, gewisse Analogien zwischen dem Emporkommen Englands gegenüber Holland und den übrigen europäischen See- und Handelsstaaten des 17. und 18. Jahrhunderts auf der einen — der Entwicklung, die Amerika gegenüber Europa während der beiden letzten Jahrzehnte vor unseren Augen genommen hat, auf der anderen Seite. Hier wie dort ist die Politik der neu aufsteigenden Wirtschaftsmacht zunächst mit aller Energie darauf gerichtet, durch ein extremes Schutzollsystem sich industriell zu verselbständigen, durch Schiffsahrtsgesetze sich von der fremden Reederei unabhängig zu machen und die eigene Handelsmarine nach Möglichkeit zu vergrößern. Noch zur Hansazeit war der englische Handel so sehr in nichtenglischen, hanseatischen Händen,

daß bis auf den heutigen Tag der Name des englischen Geldes ein Denkmal jener Zeit des Fremdhandels im Lande geblieben ist (Pfund Sterling — Geld der Osterlinge, der Hanseaten). Elisabeths und namentlich Cromwells Wirtschaftspolitik befestigen dann die Grundlagen für den definitiven Umschwung, und das politische Verhältnis zwischen England und Holland unter der Herrschaft des ersten Graniers Wilhelm besiegelte ihn mit zugunsten Großbritanniens.

Die wirtschaftlich solide Grundlage der englisch-holländischen Kolonisation in der Heimat hat ihr von vornherein ein anderes Gewicht gegeben und im Gegensatz zu dem Schicksal Spaniens und Portugals ihre große Zukunft heraufgeführt. Im einzelnen kommen natürlich auch bei Engländern und Niederländern in ihrer überseeischen Betätigung Züge vor, die an das Verfahren und die Prinzipien der Spanier und Portugiesen erinnern, aber ihrem Wesen nach beruht Englands wie Hollands überseeische Ausbreitung auf der hohen gewerblich-kapitalistischen und handelstechnischen Entwicklung und dem relativen Menschenreichtum der Heimatländer. Die englische und holländische Kolonisation nahmen ihren praktischen Ausgangspunkt von der handelswirtschaftlichen Ausbeutung der überseeischen Besitzungen, von der Vermittelung des Güteraustausches zwischen dem Mutterlande und den Kolonien, zwischen eigenen und fremden Märkten, schließlich auch fremder Märkte untereinander. Länder von der niederen industriellen und kommerziell-kapitalistischen Entwicklungsstufe der beiden pyrenäischen Staaten konnten eine solche Kolonisation überhaupt nicht leisten, weil bei ihnen in der Heimat die Voraussetzungen dafür fehlten; sie waren und blieben ihrer Natur nach mehr auf den kolonialen Raubbau angewiesen, wie sie ihn betrieben. Immerhin aber haben die Spanier und Portugiesen, wenn man von der wirtschaftlichen Ausbeutung der Levante durch die seefahrenden italienischen Städte während der zweiten Hälfte des Mittelalters und zu Beginn der neueren Zeit absieht, zum ersten Male seit dem Altertum wieder in großem Stil Kolonisation getrieben. Ihr Bestreben dabei war vor allem auf den direkten Gewinn edler Metalle gerichtet, und es ist bekannt, in welchem Maße der Zustrom von Silber und Gold

vornehmlich aus den spanischen Besitzungen Amerikas die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas vom Beginn des zweiten Drittels des 16. Jahrhunderts an beeinflusst hat. Nächstdem waren es die Aromata, die kostbaren Gewürze und verwandten Stoffe, die bei ihrem verhältnismäßig niedrigen Preise am Ursprungsort, bei ihrem geringen Umfang als Ladung und dem enormen Preisaufschlag, mit dem sie schließlich in Europa verkauft werden konnten, einen der direkten Gold- und Silberausbeute vergleichbaren Gewinn abwarfen. Der dritte nutzbare Faktor war die Arbeitskraft der Eingeborenen, die von der spanischen und portugiesischen Krone an die Entdecker und Eroberer der neuen Länder oder sonstige Nutznießer namentlich in Süd- und Mittel-Amerika als Geschenk oder Lehen verliehen wurde. Wie heute im Orient noch so großer Landbesitz ohne ein entsprechendes Quantum zur freien Verfügung des Eigentümers stehenden perennierend fließenden Wassers so gut wie wertlos ist, so konnte der europäische Inhaber selbst der ausgedehntesten Länderstrecken der neuen Welt nichts mit seinem Eigentum anfangen, wenn er nicht mit dem Lande zugleich auch die zu der Ausbeutung des Landes notwendigen Arbeitskräfte erhielt. Dies System der sogenannten Encomiendas ist es bekanntlich, das in wenigen Jahrzehnten die eingeborene rothhäutige Bevölkerung der westindischen Inseln ausgerottet und zur Einfuhr von Negerflaven in das tropische und subtropische Amerika geführt hat. Nur die Indianer der verhältnismäßig kühleren Hochländer von Mexiko und Südamerika, die zugleich durch die schon vor der Eroberung weiter vorgeschrittene staatliche und soziale Entwicklung der betreffenden Länder an einen regelmäßigen physischen Arbeitsdruck gewöhnt waren, ertrugen das spanische System ohne dauernden äußeren Schaden für ihre Race. Bei diesem Prinzip der Zuweisung von Land und Arbeitskräften blieb es dem Besitzer natürlich überlassen, in welcher Weise er sein Eigentum verwerten wollte; besaß er ein Minengebiet, so trieb er Bergbau, wo nicht, so nutzte er Land und seine Leute zu Plantagenbetrieb oder ähnlichem Erwerb aus. Eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle spielte bei diesem spanisch-portugiesischen System der reelle Handel mit den erworbenen und ausgebeuteten Gebieten. Natürlich mußten z. B. die in Indien

gesammelten Gewürzfrachten auf irgend eine Weise bezahlt werden, aber bei dem absoluten Mißverhältnis zwischen dem Wert der Ware in Europa auf der einen Seite, dem Preis und oft genug auch der Methode des Erwerbs in Indien auf der anderen, lassen sich diese Beziehungen kaum als regulärer Handelsverkehr bezeichnen. Teils wenig, teils gar nicht war in den spanisch-portugiesischen Besitzungen von Ackerbaukolonisation, d. h. überseeischer Ansiedelung bäuerlicher Elemente aus der Heimat, die Rede. Dafür waren die Staaten der pyrenäischen Halbinsel, von der mangelnden Neigung der Conquistadoren hierfür abgesehen, allein schon zu menschenarm. In dieser Charakteristik liegen denn auch wichtige Momente des relativ schnellen Niederganges erst des portugiesischen und danach des spanischen Kolonialreiches enthalten. Das 16. Jahrhundert ist der Höhepunkt der spanischen Weltmacht. Während des 17. tritt neben und bald vor sie die Gruppe der nördlicher um den Kanal und die Nordsee gelagerten Länder: Holland, England und Frankreich.

Hollands koloniale Entwicklung ist ein typisches Beispiel dafür, daß Menschenreichtum, Handel und Schiffahrt die notwendigen Vorbedingungen wirklich erfolgreicher überseeischer Politik sind, daß diese Faktoren aber alle insgesamt doch nicht ausreichen, um eine durch günstige Umstände gewonnene Großmachtsstellung auch dauernd zu behaupten, sondern daß hierfür zu den materiellen auch politisch-moralische Qualitäten hinzutreten müssen. Nimmt man den Standpunkt in der Mitte des 17. Jahrhunderts, so ist die holländische Handelsflotte nicht nur der englischen an Tonnengehalt weit überlegen, sondern begreift so ziemlich die Hälfte aller in den Flotten des damaligen Europa vorhandenen Ladefähigkeit in sich. Der Kapitalreichtum Hollands steht gleichfalls dem englischen weit voran. Was die Bevölkerungszahl betrifft, so war England den Niederlanden allerdings schon damals erheblich überlegen, aber man muß hierbei bedenken, daß ein verhältnismäßig großer ziffernmäßiger Bestandteil dieser Bevölkerung, die Irländer, für Handel und Schiffahrt überhaupt nicht mitzählte und daß auch das eigentliche England noch sehr große absolut binnenländisch-agrarische Distrikte in sich schloß. Trotzdem dauerte es keine 50 Jahre, bis die maritime und koloniale

Ueberlegenheit Englands zur unbestreitbaren Tatsache geworden war. Der Ostseehandel und der Rheinhandel bilden von Anfang an die materiellen Grundlagen des niederländischen Reichthums. Zu ihnen trat dann zu Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts die Ostindienfahrt hinzu. Bezeichnenderweise hatten sich die Niederländer ursprünglich damit begnügt, die indischen Waren von ihrem europäischen Stapelplatz zu holen und sich dem portugiesischen Verbot, in Indien selbst Handel zu treiben, im großen und ganzen gefügt. Als Portugal nach dem Aussterben des portugiesischen Königshauses 1580 von Philipp von Spanien erobert worden war, schloß dieser den niederländischen Rebellen den Markt von Lissabon. Erst diese Maßregel brachte jene dann dazu, selbständig den Weg nach Indien zu versuchen. Die Folge war dort binnen kurzer Zeit der Verlust fast aller wertvollen hispano-portugiesischen Besitzungen. Obwohl der neue Markt seiner wirtschaftlichen Bedeutung nach hinter dem baltischen erheblich zurückstand, so erforderte er doch einen neuen Schiffstypus: den Ozean- oder Indienfahrer. Diese großen ausschließlich für weite Fahrt gebauten Fahrzeuge bildeten zunächst nicht nur für die Niederlande, sondern auch für die übrigen nördlichen Seemächte, Frankreich und England, den Grundstock ihrer Kriegsflotten, indem man nicht spezielle Kriegsschiffe baute, sondern die Handelsfahrzeuge kriegerisch armierte und bemannte. Der erste Staat, der prinzipiell einen Schritt über dieses System hinaustrat, war England. Schon die Tudors bauten wirkliche Kriegsschiffe von bedeutenderen Abmessungen, als es für den bloßen Zweck nötig gewesen wäre, auf der transozeanischen Fahrt die hohe See zu halten. Natürlich konnten diese königlich-englischen Schiffe infolge ihres bedeutenderen Tonnengehaltes auch eine größere Anzahl von Kanonen tragen als die holländischen, und wir besitzen aus dem Munde eines Mannes wie des berühmten Admirals de Ruyter das ausdrückliche Zeugnis, 40 englische Schiffe seien 60 seiner Schiffe gleichwertig. De Ruyter verlangte, auch die niederländischen Generalstaaten sollten derartige Kriegsschiffe bauen. Aber für das maßgebende Regiment der Amsterdamer Kaufleute waren das „unproduktive“ Marineausgaben. Man blieb dabei, die Handelsschiffe für weite Fahrt einfach für den Krieg mit Geschützen zu armieren —

höchstens, daß einmal der Admiral ein wirkliches Kriegsschiff hatte. De Ruyter hat es trotz des durchschnittlich schlechteren Materials der niederländischen Flotte immer noch fertig gebracht, die Seehegemonie für sein Vaterland halbwegs zu behaupten. 1667 drang er bekanntlich sogar mit seiner Flotte in die Themsemündung ein — als letzter auswärtiger Feind, den England in seinen heimischen Gewässern gesehen hat. Ein Jahrzehnt später, als die holländische Flotte zur Unterstützung der Spanier gegen Ludwig XIV. ins Mittelmeer entsandt war und in den sizilischen Gewässern kämpfte, zeigte sich aber die Ueberlegenheit der Franzosen, die gleich England unter Colbert den systematischen Kriegsschiffbau aufgenommen hatten, gegenüber der veralteten holländischen Seemacht ganz zweifellos. Die vorübergehende Personalunion zwischen England und Holland unter Wilhelm III. von Oranien (1689—1702) ist dann natürlich in sehr gewichtiger Weise zu gunsten der englischen Seegewalt wirksam geworden, aber auch wenn sich diese besondere politische Konstellation nicht herausgebildet hätte, so wäre infolge der verschiedenen Flottenpolitik der Uebergang der Suprematie auf dem Meere von den Niederlanden auf England darum doch mit Sicherheit zur Tatsache geworden.

Welche Momente in dem Verhältnis zwischen England und Frankreich dafür entscheidend waren, daß Frankreich schließlich auf die zweite Stelle zurückfiel, nachdem es unter Colbert als Seemacht der englischen mindestens ebenbürtig und als Kolonialmacht weit überlegen gewesen war, das werden wir in dem Kapitel über Frankreich noch zu besprechen haben. Neben all den historisch-politischen Momenten, die zwischen England, Holland und Frankreich über die Hegemonie auf dem Meere entschieden, gilt aber für die Geschichte Englands und speziell für seine koloniale Entwicklung auch noch der Satz, daß die treibenden Kräfte großer historischer Prozesse nur dann richtig erfaßt werden können, wenn man das Moment der Rasse berücksichtigt. Natürlich hat die geographische Lage des Landes eine große Rolle bei seinem maritimen und kolonialen Aufschwung gespielt, aber diese geographische Lage ist trotz ihrer allgemeinen Gunst an sich kein Hinderungsgrund dafür gewesen, daß Frankreich in bezug auf Seemacht und industrielle Entwicklung,

und die Niederlande an Kapitalreichtum und faktischen Wert der überseeischen Besitzungen England noch im 17. Jahrhundert entschieden überlegen waren. Um trotzdem in verhältnismäßig kurzer Frist nach beiden Richtungen hin an die erste Stelle zu treten, dazu bedurfte es außer der politischen Faktoren auch noch durchaus der englischen Rassenzähigkeit und der scharf ausgeprägten Herrennatur des englischen Volkscharakters, der von jeher höhere Ansprüche an die materielle Seite des Lebens gestellt hat, als irgend eine andere Nation des germanisch-romanischen Europa — von der slavischen Welt ganz zu schweigen. Woher dieser Zug im englischen Nationalcharakter kommt und wie er sich gleichzeitig aus der politischen und ökonomischen Entwicklung des älteren England erklärt, das zu untersuchen, würde hier zu weit führen; genug, daß er da ist und daß er sich auf die folgenschwerste Weise in der Geschichte des Landes und in den Einflüssen, die von ihm auf andere Länder und Völker ausgegangen sind, durchgesetzt hat. Dieser Rassencharakter ist es vor allen Dingen auch gewesen, der bei der Entstehung der Kolonien an der atlantischen Küste Nordamerikas mitgewirkt hat. Zum Teil war es der Wunsch nach religiöser Selbständigkeit und Unangefochtenheit, der die ersten Vorfahren der jetzigen Nordamerikaner aus ihrer Heimat übers Meer führte, zum Teil aber ist es auch die Uebervölkerung des damaligen England im Verhältnis zu der wirtschaftlichen Produktion des Landes gewesen, die fortgesetzt einen Strom von Auswanderern, in denen das Verlangen nach einer breiteren und besseren Lebensführung lebte, als sie zu Hause erreichbar war, über das Meer getrieben hat. Es klingt auffallend, daß England zu Ende des 16. und am Anfang des 17. Jahrhunderts übervölfert gewesen sein soll, aber kein Geringerer als Bacon von Verulam, der Kanzler Jakobs I. (gest. 1626), hat diesen Satz aufgestellt und die Gestattung der überseeischen Auswanderung damit verteidigt. Auch Hakluyt, der erste bedeutende englische Kolonialtheoretiker (gest. 1616), ist von ähnlichen Voraussetzungen ausgegangen. Das von der normannischen Eroberung herrührende Latifundiensystem war sicher mit ein Faktor der vorhandenen Auswanderungslust, aber von „Uebervölkerung“ konnte doch erst gesprochen werden, seit die Großgrundbesitzer mit Rücksicht auf die

Wollproduktion für die festländischen Tuchmanufakturen und später für die emporkommenden englischen Webereien selbst ihren Grund und Boden zur Schafzucht statt zum Ackerbau ausnutzten. Da war es natürlich, daß ein scheinbarer Bevölkerungsüberschuß sich zu zeigen begann. Daß England einmal Rohstoffe nach entwickelteren Industrieländern exportierte, hat man jetzt vergessen. Man hat aber vielfach auch vergessen, daß der heutige Freihandelsstaat Jahrhunderte lang ein extremes Merkantil- und Schutzollsystem ausgeübt hat — und das ist bei weitem nicht so lange her, wie die Wollausfuhr nach Flandern oder Florenz. „Durch das ganze 15. Jahrhundert läßt sich das Drängen des englischen Kaufmanns- und Schifferstandes auf planmäßige Einschränkung des fremden Handels und Hebung des eigenen verfolgen. Seit dem Beginn des Tudorregiments (1485) wird die auswärtige Politik wesentlich unter diesem Gesichtspunkte geführt. Der Verlust von Calais, der mit dem Regierungsantritt der Elisabeth in das gleiche Jahr fällt, hat den Bemühungen, festländischen Besitz zu erwerben, ein Ende gemacht. Ziele englischer Politik sind seitdem Seegelung, Handelsbetrieb und Kolonialerwerb gewesen, mit einer Stetigkeit, die kein absolutistisch regierter Staat erreicht hat. Die mit fremden Staaten geschlossenen Verträge sind von diesen Absichten diktiert, die heimische Gesetzgebung wird von ihnen geleitet. Sie dient in den nächsten Jahrhunderten dem strengsten Merkantilismus: Hebung der Ausfuhr über die Einfuhr, Beschränkung dieser auf Rohprodukte, die mit Industrieerzeugnissen zu zahlen sind, Einfuhr von Edelmetallen für den Ueberschuß. Es wird heute von keinem Kundigen mehr bestritten, daß ohne die strenge Prohibition Englands Handel nie das Uebergewicht erlangt hätte, dessen er sich im 19. Jahrhundert erfreute und das er heute noch inne hat. Das System schonte aber auch die Kolonien nicht.“*)

Während der Zeit vor der Losreißung der Vereinigten Staaten ist der Handel des englischen Mutterlandes mit seinen amerikanischen Kolonien viel wichtiger und ertragreicher, als der mit den Besitzungen in Asien — ähnlich, wie auch für Holland der Ostseehandel

*) Dietrich Schäfer, Kolonialgeschichte (Sammlung Göschen) zweite Auflage, Seite 69.

bis auf die napoleonische Epoche mehr wert gewesen ist, als die Indiensfahrt. Das vonseiten Englands in den amerikanischen Kolonien zwar nicht gleich anfangs ausgeübt, später aber nach Möglichkeit scharf durchgeführte Merkantilssystem ist es eigentlich gewesen, das die Fundamente des englischen Industrialismus geschaffen hat. Die nordamerikanischen Kolonien besaßen zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung, unter Ausschluß Kanadas und der übrigen bei England verbliebenen atlantischen Besitzungen, zwischen 2 und 3 Millionen weißer Einwohner, d. h. ca. 20% der damaligen Bevölkerung des vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland. Diese Millionen Menschen bildeten einen sicheren, zahlungsfrächtigen und aufnahmefähigen Absatzmarkt für die englische Industrie und eine unvergleichliche Ermunterung für die Entwicklung der englischen Schiffahrt, denn es war verboten, Waren zwischen dem Mutterlande und den Kolonien auf andern als englischen Schiffen mit mindestens überwiegend englischer Mannschaft zu transportieren. Die amerikanischen Kolonien zahlten die Einfuhr von Industrieartikeln aus Großbritannien, deren Herstellung in den überseeischen Besitzungen selbst auf jede Weise gehindert wurde, mit Baumwolle, Tabak, Farbhölzern, Pelzwerk, Erzen, Reis usw. Die Produktionsgebiete für Zucker, Rum und ähnliche mehr tropische oder subtropische Artikel lagen zwar in Westindien und wurden in den Unabhängigkeitskrieg der 13 vereinigten Provinzen nicht mit hineingezogen; sie gehörten aber gleichfalls zu dem großen Reservatgebiet des englischen Handels und der englischen industriellen Produktion, das sich nach der Abtretung Kanadas durch Frankreich vom St. Lorenzstrom bis an die Orinokomündung in zusammenhängender und wohlgegliederter Masse hinabzog. Dieser amerikanische Besitz hat also in erster Linie das England des ausgehenden 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich an die erste Stelle unter den europäischen Handels- und Industriestaaten geführt, und es bedarf wohl weiter keines besonderen Hinweises darauf, daß der entscheidende Faktor dabei die Massensiedelung weißer englischer Auswanderer, mit hoch entwickelten Kulturbedürfnissen, hohen Ansprüchen an materielle Lebenshaltung und kräftiger selbständig-wirtschaftlicher Initiative,

gewesen ist. Keine europäische Nation vermochte für ihren Seehandel und ihre heimische Industrie eine ähnlich solide und breite Basis ins Feld zu stellen, wie England mit seinen amerikanischen Besitzungen. Die Franzosen waren in Kanada, das heute noch an 2 Millionen französisch-redende Einwohner besitzt, auf dem besten Wege dazu, sich etwas Ähnliches zu schaffen, als die unglückliche Politik Ludwigs XV. sie dieses aussichtsreichsten überseeischen Besitzums, das Frankreich je gehabt hat, beraubte.

Der Abfall der amerikanischen Kolonien änderte an den rein wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den nunmehr selbständig gewordenen Staaten zunächst noch nicht so sehr viel. Allerdings standen die amerikanischen Häfen fortan dem Verkehr aller europäischen Nationen offen, aber es war nur natürlich, wenn fürs erste von einem Umschwung in der Richtung auf Internationalität ihrer Handelsbeziehungen nicht sehr viel zu merken war. Dann kam die Periode der napoleonischen Kriege, der Vernichtung der französischen Seemacht, der Einbeziehung Hollands und Spaniens in die französische Machtsphäre, der Kontinentalsperre und damit der endgültigen maritimen Ueberlegenheit Englands über sämtliche Nationen des europäischen Festlandes. Der englische Handel und die englische Handelsflotte rückten jetzt im Verhältnis zu dem übrigen Europa in diejenige Stelle ein, die vorher den Holländern gehört hatte, als man noch die Ladefähigkeit aller Seeschiffe der Vereinigten Provinzen (um die Zeit Karls II. von England) auf fast die Hälfte des Tonnengehalts aller in Europa überhaupt vorhandenen Schiffe schätzte.

Von der napoleonischen Aera an bedarf es dann keiner weiteren Darstellung des Anwachsens der industriellen und kommerziellen Machtstellung Englands. England ist im Besitz einer so ausgezeichneten und dem Festlande weit überlegenen maschinellen Technik, einer so großen Flotte, so zahlreicher überseeischer Stützpunkte, Beziehungen und Märkte, einer so großen seemännischen, handelspolitischen und handelstechnischen Erfahrung, vor allem aber auch so großer Kapitalien und eines so hoch gesteigerten nationalen Selbstvertrauens, daß sein Vorsprung vor den einstigen Mitbewerbern auf viele Jahrzehnte hinaus als ein gar nicht mehr einzuholender

erscheint. Wenn man von dem mehr oder minder bloß vegetierenden Restbestande absieht, der nach der Lostrennung der südamerikanischen Freistaaten, Mexikos und Brasiliens an spanischem und portugiesischem Kolonialbesitz noch übrig war, so ist es neben England — aber nur in sehr weitem Abstände — allenfalls noch einzig Holland, das in Ostindien (Insulinde), Mittel- und Südamerika noch wirkliche Kolonien und wirklichen Kolonialhandel aufzuweisen hat. Frankreichs Besitz ist bis auf kaum mehr nennenswerte Ueberbleibsel zusammengeschrumpft; Dänemark hat einige westindische Inseln und Faktoreien in Hindostan und Westafrika; das ganze übrige Europa scheidet aus. Diese Periode ist es gewesen, die den ohnehin materiell anspruchsvollen, breit hintretenden englischen Nationalcharakter und die reiche englische Lebensführung in der Weise ausgestaltet und konsolidiert hat, wie man sie jetzt beim Zusammensein mit Engländern und bei persönlichem Aufenthalt jenseits des Kanals kennen lernt. Einkommensverhältnisse, bei denen in Deutschland ein großer, ja weitaus der größte Teil nicht nur des breiten gebildeten Mittelstandes, sondern selbst der führenden geistigen Aristokratie auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst existiert, ermöglichen drüben überhaupt noch gar kein Hervortreten aus der Sphäre des geistigen und materiellen Kleinbürgertums!

Ein natürliches Gegenstück zu dieser Höhe der materiellen Ansprüche und dieser Breite der sozialen Lebensführung bildet das politisch-nationale Selbstgefühl des Engländers, das allen oberhalb des Niveaus der sozial Deklassierten befindlichen Schichten der Nation in gleicher Weise zu eigen ist — vom industriellen Lohnarbeiter bis zu den Spitzen der Aristokratie. Ohne daß man sich diese Art englischen National- und Individualbewußtseins in ihrem ganzen Umfang und mit all ihrer Schärfe und Einseitigkeit vorstellt, ist es überhaupt nicht möglich, die moderne Erscheinung der englischen Weltmacht und Weltpolitik ihrer inneren Begründung nach zu erfassen. Sowohl dort, wo die internationale überseeische Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Macht Englands in Frage steht, als auch überall da, wo es sich um Dinge handelt, die innerhalb der Unternehmungssphäre der Einzelpersonlichkeiten liegen, existiert für das Bewußtsein des Engländers der Begriff

„unmöglich“, abgesehen von schlechthin elementaren Hinderungsgründen, eigentlich nicht. Das ist nicht so zu verstehen, als ob die sportmäßige Ueberwindung vorhandener Schwierigkeiten (wiewohl auch dies Motiv eine Rolle spielt) ohne Rücksicht auf den materiellen Nutzen ausschlaggebend wäre; vielmehr ist der materielle Nutzen ein maßgebender, gewöhnlich sogar ein im höchsten Grade maßgebender Gesichtspunkt. Aber es ist der englischen Art eigen, die Frage nach ihm mit einem ganz außergewöhnlich weiten Blick zu messen und weniger nach dem Gewinn für morgen oder übers Jahr zu fragen, als Chancen in Erwägung zu ziehen und Aufwendungen für Kalkulationen zu machen, die sich möglicherweise erst nach langer Zeit, dann aber auch im direkten Verhältnis zu der Wartefrist und dem verauslagten Kapital in geschäftliche Erfolge umsetzen. In dieser englischen Denk- und Handlungsweise liegt es auch mitbegründet, wenn private englische Unternehmungen über See in der Regel auch von so starken politischen Wirkungen begleitet sind.

Während der Zeit, die zwischen dem Ausgang der napoleonischen Kriege und dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges in Deutschland und einigen anderen Staaten des europäischen Festlandes liegt, also während mehr als eines halben Jahrhunderts, sind die Engländer tatsächlich und unbestritten das einzige Volk gewesen, das europäische Kultur über die Meere trug und in den außereuropäischen Erdteilen, wo es auch immer sein mochte, imstande war, Achtung gebietend aufzutreten. Die Niederländer, Spanier, Portugiesen, Franzosen besaßen ja freilich auch gewisse überseeische Machtspähren, aber es handelte sich nur um begrenzte, sogar ziemlich eng begrenzte Gebiete, in denen sie tatsächlich den europäischen Typus herrschend vertraten. Der Engländer aber mochte erscheinen, seine Flagge zeigen und seine Interessen wahrnehmen, an welchem zugänglichen Punkte der Erde er wollte — er spielte unter allen Umständen materiell und moralisch die erste Rolle, und in den meisten Fällen hatte er überhaupt keinen fremden Wettbewerb neben sich, der äußerlich mit dem Anspruch auf Geltung als gleichberechtigter internationaler Faktor hätte auftreten können. Diese Stellung Englands, die von 1815—1870 mit

voller und ungebrochener Wucht auf den Ländern und Meeren außerhalb Europas und der nordamerikanischen Union lastete, hatte sich aber, seitdem im siebenjährigen Kriege die Entscheidung zu Ungunsten Frankreichs gefallen war, bereits während eines halben Jahrhunderts vorher mit wachsender Bestimmtheit und Deutlichkeit vorbereitet. Diejenige Generation, die heute in den Staatsgeschäften und in der Leitung der öffentlichen Meinung Englands führt, deren geistig grundlegende Entwicklungsperiode also ebenfalls noch zum größten Teil in die Zeit der ungebrochenen politischen und wirtschaftlichen Ueberseeautokratie Englands fällt, ist also bereits das vierte Geschlecht, das in der Vorstellung der absoluten persönlichen, politischen und wirtschaftlichen Superiorität des Engländerthums aufgewachsen ist. Man braucht sich eine Tatsache wie diese nur einmal richtig vorzustellen, um sofort auch ihr ungeheures Schwergewicht für die faktische materielle Machtstellung eines Volkes zu erfassen. Für den Erfolg, für die Gewinnung wie für die Behauptung realer Macht, sind die Sicherheit der Initiative, das Bewußtsein des Könnens und vor allen Dingen die wie hier seit einem Jahrhundert immer und immer wiederholte Erfahrung, das vorgesteckte Ziel auch wirklich erreicht zu haben, mindestens eine ebenso wichtige Vorbedingung, wie das ziffernmäßig zu berechnende Kräfteverhältnis selbst.

Außer den Engländern kennt die Geschichte überhaupt nur noch zwei Nationen, denen ein vergleichbares nationales Selbstgefühl, ein ähnliches providentielles Kraftbewußtsein zuteil geworden sind: die Römer und, wenigstens während einer gewissen Epoche, die führenden Klassen der russischen Nation. Wie der *civis Romanus* an jeder Stätte des alten Erdkreises sich als ein Angehöriger des Herrenvolkes der antiken Welt fühlte und danach auftrat, so verläßt den Engländer von richtigem Schrot und Korn nirgends auf der Erde sein ererbtes Selbstbewußtsein — in welcher Lage und Gesellschaft er auch kommen möge. Das russische Nationalgefühl war so lange, bis die Verelendung der breiten Massen durch den Hunger und die Erschütterung der oberen Schichten durch den Zusammenbruch der großen Wirtschafts- und Weltpolitik ihr Werk taten, dem englischen Selbstbewußtsein gegenüber etwas wenn nicht Analoges, so doch Vergleichbares. Wie das englische Volk, so glaubte bisher

auch das russische an seine von der Vorsehung bestimmte Mission auf der Welt; hier wie dort war dieser Glaube ein Motiv von gleich gewaltig fördernder, realer Kraft auf der Bahn der Weltpolitik. Wie der Sohn Britanniens sich als den geborenen Herrn der Meere und als den von der Vorsehung bestimmten Bringer und Vertreter der europäischen, will sagen, englischen Verfassung, Freiheit, Kultur und Gesittung bis an die Enden der Erde und zu den dunkelsten Völkern über See fühlt, so lebte im Russentum vom Bürger bis zum Fürsten, ja bis auf den Zarenthron der Glaube, daß ungeheure Länderstrecken und gewaltige Völkermassen, der Orient, die Welt des asiatischen Islam, ja zuletzt China und ganz Asien bis an den Stillen und Indischen Ozean das Erbe seien, das Gott dem russischen Zaren und seinem Volke zu besitzen und zu beherrschen bestimmt habe. Dem Engländer wie dem Russen imponiert gleich wenig die Unermesslichkeit der Entfernung, die Weite der Aufgabe, die Langfristigkeit eines politischen Unternehmens, die Schwierigkeit in der Ueberwindung und Beherrschung äußerer, sei es natürlicher, sei es menschlicher Widerstände, und hier wie dort ist diese Kühnheit im Fluge der politisch-nationalen Phantasie gleichermaßen eine kraftvolle Wurzel des realen Erfolges gewesen, — nur daß der Engländer auch das noch besitzt, was dem Russen abging: hohe kapitalistisch-materielle Lebenshaltung, wirtschaftliche Erfahrung und Solidität, vorgeschrittene politisch-liberale Entwicklung. Dieses Manko auf der russischen Seite hat dann schließlich zu dem äußeren und inneren Zusammenbruch geführt, dessen Zeugen wir in den letzten Jahren geworden sind. Trotzdem aber und unbeschadet der tiefen jetzt in Rußland herrschenden Depression, ist und bleibt jene Art von nationalem Selbstgefühl ein moralisches Kapital, das auch in der schwersten Krisis nicht mit einem Schlage verloren geht und von dem die russische Nation in Zukunft vielleicht doch noch wieder die Zinsen genießen wird.

Beide Völker, namentlich aber die Engländer, haben sich daran gewöhnt, auf der Grundlage der langen Kette ihrer grandiosen politischen und (sei es wirklichen, sei es vermeintlichen) zivilisatorischen Erfolg die Sache der Menschheitsentwicklung und des Weltfortschritts mehr oder weniger mit ihrer eigenen nationalen

Sache zu identifizieren. Gilt das bei den Engländern ohne weiteres für die ganze Welt, zum mindesten die Welt außerhalb Europas und der Vereinigten Staaten, so gilt es doch auch bei den Russen wenigstens für einen großen, den slavisch-asiatischen, Teil der Menschheit. Das öffentliche Urteil namentlich in Deutschland pflegt, wenn diese Seite des englischen und russischen Charakters zur Sprache kommt, die Engländer der Heuchelei und die Russen einer lächerlichen oder barbarischen Ueberhebung zu zeihen. Ein so summarisches Verfahren zeugt aber davon, daß uns das Verständnis für die psychologischen Grundlagen jenes britischen wie moskowitzischen Selbstgefühls abgeht. Wenn Völker eine solche Entwicklung und einen so beispiellosen äußeren Aufschwung erlebt haben, wie die Russen seit dem Beginn und die Engländer seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, während welcher Epoche jedes von ihnen von mäßigen Anfängen aus ein Fünftel der bewohnten Erdoberfläche sich untertan gemacht und seine eigene samt der Zahl seiner Untertanen verzwanzigfacht hat, so entspricht es nur den allermenschlichsten, einer Nation von Natur tief eingepflanzten psychologischen Entwicklungsgesetzen, daß in dem Bewußtsein der betreffenden Völker eine gewisse Identifizierung der eigenen Sache mit der der Allgemeinheit und ein aus Naivität und Reflexion eigentümlich gemischter, durch die Jahrhunderte alte Erfahrung genährter Glaube daran, zur totalen oder partiellen Welthegeemonie berufen zu sein, entsteht. So erklärt sich die namentlich bei den Engländern tief eingewurzelte Vorstellung, daß der Brite nur seine und seines Volkes besondere Sache zu führen brauche, um der Menschheit und der Kultur im allgemeinen den besten Dienst zu leisten, der ihnen nur geleistet werden kann. Ohne Zweifel liegen in einer solchen Denkweise für ein Volk große sittliche und am letzten Ende auch materielle Gefahren verborgen, aber nur Kurzsichtigkeit oder kleinlicher Neid können den Kern tatsächlicher Berechtigung übersehen, der in ihr steckt. Im einzelnen werden ihre Erscheinungen, mögen sie nun in Preßäußerungen oder im persönlichen Verkehr mit Engländern oder in Brutalitäten hervortreten, wie sie von Engländern im Sudan, in Südafrika und an anderen Orten geübt worden sind, oft etwas stark Abstoßendes behalten, und es wird auch stets leicht

sein, auf geringere oder umfassendere Erscheinungen innerhalb des englischen Herrschaftsgebietes hinzuweisen, die von wirklicher Humanität sehr weit entfernt sind. Im ganzen aber braucht man sich nur einmal vorzustellen, wie es um den Machtbereich der abendländischen Kultur auf der Erde, ja selbst um unser bloßes Wissen von dieser Erde stehen würde, wenn England etwa seit den Zeiten Heinrichs VIII. oder Elisabeths eine staatliche und sozialwirtschaftliche Entwicklung ähnlich der des europäischen Festlandes eingeschlagen hätte — zumal dabei auch nicht vergessen werden dürfte, daß ein sehr großer Teil derjenigen überseeischen Tätigkeit und Expansion, die einige europäische Festlandsstaaten seit jener Epoche entfaltet haben, auf die anstachelnde Wirkung des englischen Vorgehens zurückgeführt werden muß.

Vielleicht haben diese Andeutungen hingereicht, um den deutschen Leser ermessen zu lassen, wie unvergleichlich wichtig auch für uns, die wir durch unsere innere wie äußere Entwicklung gleichfalls auf die Bahn weltpolitischer Ansprüche gedrängt werden, die Frage des Emporwachsens einer ähnlichen inneren Stellung gegenüber unseren weltpolitischen Aufgaben und Ansprüchen ist. Aber jeder überlegende und vaterlandsliebende Mensch bei uns braucht nur an diese Frage zu denken, um zu ermessen, wie unendlich weit wir noch davon entfernt sind, selbst nur einen notdürftig genügenden Fonds an solcher nationalen Ambition als Grundelement unseres Volksempfindens durch alle Stände hindurch zu besitzen. Es ist ja freilich Tatsache, daß unsere verfassungsmäßige Volksvertretung, der Reichstag, in seiner geistigen Struktur keineswegs als einigermaßen genaues Abbild der Nation betrachtet werden kann; aber es ist immerhin bedeutsam genug, daß unter den 397 Volksvertretern die überwältigende Mehrzahl in allen Fragen auswärtiger Politik sich mit Bewußtsein als Masse der höheren Führung einer mit den „Weihen“ dieses Mysteriums versehenen Bürokratie und Diplomatie unterordnet, und daß dort, wo entweder eine kleine Minderheit entschlossenerer Anschauungen in auswärtigen Dingen vertritt oder gewisse Einzelfragen dahin gehöriger Art gelegentlich auch etwas breitere Schichten des Parlaments aufrühren, sehr häufig entweder eine höchst bedauerliche Verkennung der elementarsten

Grundfaktoren unserer internationalen Lage oder eine unbegreifliche Selbsttäuschung über das Verhältnis zwischen den Machtmitteln und den wirklichen oder vermeintlichen Ansprüchen Deutschlands in auswärtigen Dingen zutage tritt. Sieht man sich aber außerhalb des Reichstages im Volke selbst um, so ergibt sich ein um nichts erfreulicheres Bild. Man mag die Presse, die Debatte in der politischen Versammlung, das politische Vereinsleben oder die Erfahrungen des gesellschaftlichen Verkehrs zugrunde legen — überall können bestenfalls doch nur vereinzelte Spuren und Ansätze zu einer solchen Anschauung unserer weltpolitischen Situation gefunden werden, die nationales Selbstbewußtsein, Willen zur nationalen Macht und Einsicht in den realen Tatsachenbestand samt seinen Konsequenzen in sich vereinigte. Einem Teil dieser genannten Erfordernisse, aber leider keineswegs allen, kommt die politische Gruppe der sogenannten Alldeutschen nach. Sie ist es, die vor allen Dingen den Willen zur Macht als die unterste und wichtigste Grundlage für eine Besserung der Zustände bei uns zu entwickeln strebt; aber weiterhin begehen ihre Extremen, die im Auslande ohne weiteres für die tonangebenden Kräfte gelten, nach zwei Seiten hin Fehler, die in ihrer politischen Wirkung so groß und verhängnisvoll sind, daß sie genügen würden, in Kürze eine unerhörte nationale Katastrophe über uns heraufzubeschwören, wenn der praktische Einfluß dieser Richtung auf den Gang der auswärtigen deutschen Politik größer wäre, als er tatsächlich ist. Diese beiden Fehler sind: die mangelhafte Abschätzung des vorhandenen Quantums politischer Macht, das Deutschland zurzeit nach auswärts in die Wagschale werfen kann, und die verkehrte Vorstellung, das politisch-deutsche Interessengebiet decke sich, von noch weitergreifenden überseeischen Ansprüchen und Wünschen abgesehen, jedenfalls mindestens mit dem Verbreitungsbezirk der national-deutschen Diaspora in Europa und über See. Welche Folgen aus einem derartigen Mangel an politischem Augenmaß und der daraus entspringenden Beeinträchtigung des publizistischen Verantwortlichkeitsgefühls entstehen können, haben wir bereits im zweiten Kapitel, in dem Abschnitt über die Ursachen des politischen Mißtrauens gegenüber Deutschland, ausgeführt. Unter dem Einfluß eines solchen unbedachten, auf dem

Papier sehr leicht zu prästierenden, aber nicht in die Wirklichkeit übersehbaren politischen Krafthubertums, das bei rechter Besinnung sich oft genug selbst sagen muß, daß seine Forderungen, wenn sie nicht wörtlich zu verstehen sein sollen, so doch im Auslande einer sehr gefährlichen Auslegung fähig sind, entsteht z. B. bei Engländern und Amerikanern die Vorstellung, daß Gedanken, wie ein unprovocierter Angriff auf Südafrika und Australien oder die Annexion einiger Länder des romanischen Amerika, bei uns eine praktische Rolle spielten! Das mag hier und da in der englischen und amerikanischen Presse ganz oder teilweise wider besseres Wissen gesagt und zu einer bewußt illoyalen Heße ausgenutzt werden. Zum großen Teil glauben es aber die Engländer und Amerikaner wirklich, und soweit sie das tun, so weit ändern wir an der realpolitischen Haltung jener großen Nationen uns gegenüber nicht das mindeste, wenn wir uns über ihre Verrantheit, ihr Mißtrauen, ihre Mißgunst, Heuchelei usw. moralisch entrüsten, sondern wir müssen mit jenen Ueberzeugungen genau so rechnen, als ob ihnen keine Phantasien, sondern Wirklichkeit zugrunde läge. Der einzige Weg, der, um das hier schon voranzunehmen, übrig bleibt, wenn wir uns nicht schließlich um jener Phantome willen wirklich mit den Angelsachsen schlagen wollen — und welcher ein Gedanke könnte für uns wahnsinniger sein, als der eines Krieges mit England oder Amerika um vermeintlicher Absichten auf Australien oder Brasilien willen! — ist der, auf dem der Kaiser geht, seitdem aus Anlaß des Telegramms an den Präsidenten Krüger wahrscheinlich wurde, daß wir bei einem tatsächlichen Versuch anti-englischer Politik auch Frankreich uns in Waffen gegenüber sehen würden. Es ist, wenn auch nicht sicher, so doch sehr möglich, daß wir in einem Kriege, der uns und England als Feinde sieht, schließlich unterliegen. Dann ist es auf lange Zeit, vielleicht auf immer, mit allen unseren Gedanken an Weltpolitik und Weltvolkstum zu Ende. Was aber bleibt übrig, wenn wir vermeiden wollen, daß die Furcht und das Mißtrauen der Gegenseite, mögen sie so unberechtigt sein wie sie wollen, uns eine solche Entscheidung aufzwingt, bevor wir, wenn es denn schon durchaus einmal sein müßte, besser auf sie gerüstet sind als heute? Offenbar nichts anderes als eine Politik, die im großen

wie im Kleinen (und das Kleine kann hier leicht wichtiger werden als das Große) als ihr Hauptziel die Zerstreung jener Besorgnisse und jens Mißtrauens verfolgt!

Vergegenwärtigen wir uns nun im Zusammenhange mit diesen Erwägungen das reale Bild der heutigen englischen Weltmacht und die Ziele, denen die Leitung der englischen Politik zustrebt. Englands Macht beruht in ihrer Verteidigungsfähigkeit auf dem englischen Reichtum, und dieser wiederum auf dem Handel und der Industrie des vereinigten Königreiches in ihrer gegenseitigen Ergänzung. Keine einzige der englischen Kolonien wäre imstande, sich aus eigener Kraft gegen eine mit regulären europäischen Truppen durchgeführte Invasion auf die Dauer zu verteidigen. Das anglo-indische Reich bräche, sobald man sich die europäischen Machtmittel Englands, die hinter ihm stehen, fortdenkt, wahrscheinlich zusammen, sobald auch nur ein einziges russisches Armeekorps am Indus erschiene. In Südafrika würde eine Landung europäischer Truppen den Gegensatz zwischen dem englischen und holländischen Element aufs neue in einer Weise entfesseln, daß an einen Bestand des englischen Uebergewichts nicht länger zu denken wäre. Australien ist verloren, sobald die drei oder vier großen Städte an der Küste, in denen ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Kontinents lebt, besetzt sind und im übrigen die Blockade der Küsten durchgeführt wird. Einigermassen mit eigenen Mitteln verteidigungsfähig ist allein Kanada; aber auch hier verdichtet sich die Hauptmasse der Bevölkerung auf einem räumlich nicht übermäßig ausgedehnten und klimatisch der europäischen Methode der Kriegführung vollkommen zugänglicher Gebiet. Ueber Truppen, die einer regulären europäischen Armee annähernd gewachsen wären, verfügt keins der großen britischen Kolonialgebiete. Der Reichtum des europäischen Mutterlandes ist es also fast allein, dem die Last der Verteidigung des ganzen Weltreichs obliegt.

Eine Vorstellung von dem Reichtum Englands erhalten wir, wenn wir einen Blick auf seine gegenwärtige Handelsbewegung werfen. Die folgenden Ziffern werden sie uns vor Augen stellen.

Jahre ^{*)}	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
1897	7 990 Mill. Mf.	4 785 Mill. Mf.	12 775 Mill. Mf.
1898	8 374 " "	4 767 " "	13 141 " "
1899	8 570 " "	5 396 " "	13 966 " "
1900	9 382 " "	5 940 " "	15 322 " "
1901	9 265 " "	5 712 " "	14 977 " "
1902	9 437 " "	5 782 " "	15 219 " "
1903	9 650 " "	5 932 " "	15 582 " "
1904	9 806 " "	6 134 " "	15 940 " "
1905	9 940 " "	6 728 " "	16 668 " "
1906	10 665 " "	7 662 " "	18 327 " "

Für die 10 Jahre, welche die Tabelle umfaßt, hat also der Mehrwert der Einfuhr über die Ausfuhr mehr als 34 Milliarden Mark betragen, beinahe $3\frac{1}{2}$ Milliarden Mark jährlich. Wir sahen bereits im ersten Kapitel, daß eine solche passive Handelsbilanz auch in Deutschland vorhanden ist und auch bei uns als ein Zeichen des wachsenden Wohlstandes aufgefaßt werden muß. Sie beträgt einstweilen nur etwa ein Drittel der englischen und repräsentiert, wie oben bemerkt, unter Voraussetzung gesunder Wirtschaftsverhältnisse, wie sie in Deutschland und England bestehen, den Mindestertrag, den die im Auslande angelegten arbeitenden Kapitalien eines Landes ihm in Gestalt von direkten Zinsen, Handels- und Schiffahrtsgewinn, Ertrag von industriellen und wirtschaftlichen Unternehmungen aller Art, abwerfen. Es bleibt dabei natürlich sehr wohl möglich und ist für England auch durchaus wahrscheinlich, daß der wirkliche Wert des Gewinnes aus denjenigen Kapitalien, die in irgend einer Form außerhalb der Heimat angelegt sind, die Differenz zwischen dem Wert der Einfuhr und dem der Ausfuhr auch noch übersteigt; wäre er ihr aber nicht mindestens gleich, so ergibt sich leicht, daß in dem Falle eine fortschreitende Verarmung der betreffenden Nation durch das Abfließen der baren Zahlungsmittel als Gegenwert für den Einfuhrüberschuß eintreten müßte, wie das z. B. in Rußland, Rumänien und anderen Staaten der Fall ist. Gleichzeitig aber ist in einem Lande von der industriellen

*) Nach dem Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich von 1907, Anhang, Seite 46 (in abgerundeten Zahlen).

Entwicklung Englands aus dem starken Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr auch ein Schluß darauf zu ziehen, wie große Mengen der industriellen Produktion im Lande selbst vermöge des Reichtums der Bevölkerung verbraucht werden können. Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Volkes nähern sich unter diesem Gesichtspunkt überhaupt um so mehr dem Ideal, je weniger, unbeschadet aller notwendigen Einfuhr an industriellen Rohstoffen und Nahrungsmitteln, überhaupt aus ihm an Industrieprodukten ausgeführt zu werden braucht, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß selbst bei den höchst entwickelten und reichsten Nationen die Menge derjenigen Erzeugnisse des eigenen Gewerbes, die wirklich auf dem inneren Markt unter der Voraussetzung verbraucht werden könnten, daß jedermann in stande ist, sich an Kleidung, Hausrat und dergleichen alles zu kaufen, dessen er rationeller Weise bedarf, sehr viel größer ist, als die gesamte gegenwärtige Produktion, welche Deutschland, England, Frankreich, Amerika oder irgend ein anderer Industriestaat an solchen Dingen zur Zeit aufweisen. Je mehr nationales Kapital im Auslande gewinnbringend angelegt ist, desto wohlhabender wird ein Volk, desto weniger nationaler Arbeitsertrag braucht in Gestalt von Industrieartikeln exportiert zu werden, sondern kann im Lande selbst verbraucht werden; desto höher können die Lebenshaltung, die allgemeine Volksgesundheit, die geistige und materielle Leistungsfähigkeit steigen. England ist von diesem Ideal, wie seine Handelsbilanz zeigt, weniger weit entfernt, als irgend ein anderer Staat, und man kann sich denken, wie tief gegründet und wie schwer zu erschüttern die Grundlagen eines Nationalreichtums von diesem Umfange sein müssen.

Es ist wichtig zu wissen, wie sich die britische Handelsbewegung auf den Verkehr mit den einzelnen Ländern und Erdteilen verteilt. Es betrug im Jahre 1906 der englische Gesamthandel *)

Im Verkehr mit	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
Europa	253,3	128,3	381,6 Mill. Pfd. Sterl.
Amerika	175,3	73	248,3 " " "
Asien	15,1	36,1	51,2 " " "
Afrika	19,9	16,8	36,7 " " "
Britisch. Kolonialbesitz	142,2	121,3	263,5 " " "

*) Nach dem Gothaischen diplomatisch-statistischen Jahrbuch für 1908 (in runden Zahlen).

Hiernach verhält sich also der Verkehr Großbritanniens mit dem Auslande zu dem mit den eigenen Kolonien etwa wie rund 2,7:1 und, wenn man den Verkehr mit Aegypten (25,8 Mill. Pfd. Sterl. in Ausfuhr und Einfuhr) nicht zu dem fremden, sondern zum Kolonialhandel rechnet, wie rund 2,4:1. Im Jahre 1901 belief sich die Gesamtsumme des fremden Handels einschl. Aegypten auf 592 Mill. Pfd. Sterl., heute auf rund 718 Mill., während der Kolonialhandel von rund 210 auf über 263 Mill. Pfd. Sterl. gestiegen ist. Das Verhältnis von Auslands- und Kolonialhandel war also vor 5 Jahren noch etwas weniger günstig für den Anteil des Verkehrs zwischen Mutterland und Kolonien, als jetzt. Immerhin werden nicht wenige Leser überrascht sein, daß der Handel mit dem Auslande immer noch 2½ mal so groß ist, als der mit den Kolonien, und dieser Eindruck verstärkt sich noch im einzelnen nach verschiedenen Richtungen hin, sobald man den Verkehr Englands mit bestimmten Ländern ins Auge faßt. Bei weitem am größten ist die Handelsbewegung mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie betrug 1906: 27,8 Mill. Pfd. Sterl. in der Ausfuhr und 131,1 Mill. Pfd. Sterl. in der Einfuhr, im Gesamtwert also rund 159 Mill. Pfd. Sterl., oder ein Sechstel des gesamten britischen Außenhandels. Das enorme Ueberwiegen der amerikanischen Einfuhr nach England über die englische Ausfuhr nach der Union erklärt sich dadurch, daß die Vereinigten Staaten der englische Hauptlieferant für Getreide, Baumwolle und Fleisch sind. An zweiter Stelle steht Frankreich. Der Handel mit diesem ist in der Ausfuhr 20,4 Mill., in der Einfuhr 53,9 Mill. Pfd. Sterl. wert. Kaum geringer und in Ausfuhr und Einfuhr besser balanzierend ist der Verkehr mit Deutschland; es folgen die Niederlande, Belgien, Rußland, wobei teilweise natürlich bloßer Durchfuhrhandel in Frage kommt. In Afrika macht der Handel mit Aegypten, das jetzt faktisch zu den britischen Besitzungen gerechnet werden muß, in Einfuhr und Ausfuhr allein über ein Viertel des gesamten übrigen Verkehrs mit den nichtbritischen Ländern Afrikas und Asiens zusammen genommen aus: 25,8 Mill. Sterl. Er übertrifft hiermit den englisch-chinesischen Handel beinahe um das Doppelte, den englisch-türkischen etwa im selben Verhältnis. Bei der Durchmusterung des britischen Kolonialhandels erstaunt man zunächst am meisten, den Wert des

Verkehrs mit Ostindien (83 Mill. Estrel.) nicht weitaus an erster Stelle, sondern nicht so sehr über dem englisch-australischen Handel (72 Mill. Pfd. Sterl.) rangieren zu sehen. Allerdings ist Ostindien in Bezug auf die Aufnahmefähigkeit von Einfuhr aus dem Mutterlande den australischen Besitzungen beinahe doppelt überlegen, aber man bedenke, daß es 300 Millionen Einwohner zählt, die australischen Kolonien aber nur 5 Millionen! Erwägt man vollends, daß von dem Wert der indischen Einfuhr ein unverhältnismäßig großer Teil auf den Bedarf der 150 000—200 000 Weißen entfällt, die in Indien leben, so erhält man erst eine wirkliche Vorstellung davon, wie unverhältnismäßig viel mehr Wert für den Handel und die Industrie des Mutterlandes eine Auswandererkolonie mit weißer Bevölkerung besitzt, als selbst ein noch so immenses, mit niedrig entwickelten und wenig bedürfenden Völkermassen erfülltes tropisches oder subtropisches Besitztum. Ein einziger Australier kauft in England soviel wie 50 Hindus! Kanada und Neu-Fundland mit 6 Millionen weißer Einwohner nehmen für 14,3 Mill. Estrel. britische Produkte auf; ganz China mit 400 Millionen Einwohnern konsumiert für 12,2 Mill. Estrel. Zählt man die britischen Besitzungen mit vorwiegend oder vollständig weißer, aus Europa ausgewanderter Bevölkerung auf der einen und diejenigen mit fremdrassigen Eingeborenen (ohne Hongkong) auf der anderen Seite zusammen, so ergibt sich hier zu Gunsten der englischen Produktion eine Aufnahmefähigkeit von rund 57 Mill. Pfd. Sterl., dort eine von rund 58 Mill. Pfd. Sterl. — aber die entsprechenden Bevölkerungszahlen sind 12 Millionen und 350 Millionen Menschen! Angesichts solcher Zahlenverhältnisse gewinnen die Bestrebungen nach einem festen Zusammenschluß des Mutterlandes mit dem durch europäische, in erster Linie englische Auswanderung bevölkerten Kolonialreich jenseits des Meeres samt der Tendenz eines Reichszollvereins erst das richtige Verständnis, und wir werden nochmals an die entscheidende Bedeutung des Absatzmarktes für die englische Industrie in den nordamerikanischen Kolonien bis zur Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten erinnert. Australien, Süd-Afrika und Kanada sind also die drei

großen Tragepfeiler für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem englischen Mutterlande und seinen Kolonien; ein Aufschwung des britischen Imports nach diesen drei Ländern um 30—50% würde bereits hinreichen, um den Verlust Indiens, selbst unter der Voraussetzung, daß es einem fremden Eroberer dort gelänge, den englischen Handel vollkommen auszuschließen (ein kaum denkbarer Fall), in rein ökonomischer Beziehung wett zu machen.

Es liegt auf der Hand, daß die Verteidigung des britischen Reichsgebiets nicht anders als in erster Linie auf die Seemacht gegründet werden kann, und ebenso, daß durchaus nicht Indien samt der ganzen süd- und ostasiatischen Interessensphäre das einzige Wertobjekt ersten Ranges bildet, sondern daß ihm das australische, süd-afrikanische und nordamerikanische Kolonialgebiet an Wichtigkeit jetzt schon zur Seite stehen und es möglicherweise noch während des ersten Viertels des laufenden Jahrhunderts übertreffen werden. Zudem ist Indien das einzige jener vier oder, wenn man Aegypten und den Sudan bereits als eine weitere gleichwertige Einheit hinzutreten lassen will, fünf großen überseeischen Interessengebiete Englands, das gegen einen Angriff zu Lande kaum gehalten werden kann. Selbst Kanada, das mit seiner ganzen Südgrenze an die Vereinigten Staaten stößt, bietet nach dieser Richtung hin bei der unentwickelten Wehrverfassung der Union und der durch den südafrikanischen Krieg offenbar gewordenen verhältnismäßig bedeutenden Leistungsfähigkeit Englands in bezug auf überseeische Truppensendungen noch bessere Chancen. Schaltet man Indien, das sein eigenes erhebliches Heeresbudget selber bezahlt, aus, so ergeben sich folgende Aufwendungen, die England für seine Kriegsrüstung zu Wasser und zu Lande gegenwärtig machen zu müssen glaubt, wozu um des Vergleichs willen die Ausgaben einiger anderer Großmächte hinzugefügt werden mögen. Norweg muß nur noch bemerkt werden, daß in dem Heeresbudget für Deutschland beinahe 40 Mill. Mark einmalige Ausgaben stecken, und daß Rußland, dessen Kriegs- und Marinebudget 1903 zusammen ca. 908 Mill. Mark betrug, wegen seiner gegenwärtigen abnormen Verhältnisse, namentlich bei der Marine, nicht mehr mit herangezogen ist. Es betragen die Ausgaben in:

	für Armee:	für Marine:	Zusammen
England (1906/7):	560 Mill. Mk.	640 Mill. Mk.	1 200 Mill. Mk.
Frankreich (1907):	625 " "	250 " "	875 " "
Deutschland (1907/8):	800 " "	280 " "	1 080 " "
Ver. Staaten 1906):	500 " "	470* " "	970 " "

Das englische Budget für Wehrzwecke ist also bereits in absoluter Ziffer größer, als das irgend einer anderen Großmacht. Berechnet man aber vollends, wieviel Ausgaben für Zwecke der nationalen Verteidigung zu Wasser und zu Lande auf den Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen Staaten entfallen, so verschiebt sich dies Verhältnis noch viel mehr. In England sind es 27,3 Mark pro Kopf, in Frankreich 21,3 Mark, in Deutschland 17,1 Mark, in den Vereinigten Staaten 11,7 Mark. Rußland wandte vor dem japanischen Kriege etwa 7 Mk. pro Kopf auf. Zeigte diese niedrige Ziffer, die, wie wir wissen, trotz ihrer geringen Höhe bereits das Resultat einer übergroßen Anspannung der faktischen Zahlungskraft der Nation bedeutete, die extreme wirtschaftliche Armut und Leistungsunfähigkeit des Landes an, so erweist auf der anderen Seite die hoch unter den Völkern aufragende Quote Englands, wie kolossal der britische Reichtum selbst im Verhältnis zu Ländern mit einem so alten und gefestigten Wohlstand wie Frankreich ist. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß die englische Nation sowohl fähig als auch willens ist, sobald die Verhältnisse es ihrer Ueberzeugung nach erforderlich machten, noch weitere große Erhöhungen des Ausgabeetats für Militär- und Marinezwecke vorzunehmen. England mit einer Bevölkerung von kaum mehr als zwei Dritteln der Einwohnerzahl Deutschlands, wobei noch in Betracht kommt, daß die 4 Millionen Einwohner Irlands wirtschaftlich als produktive Größe kaum ins Gewicht fallen, trägt seine der unseren gegenüber im Verhältnis um das Doppelte schwerere Last der Wehrhaftigkeit spielend leicht. Mag man auch einen Teil dieser großen Mehrbelastung auf die stärkere patriotische Gewöhnung des englischen Nationalgefühls an materielle Belastung um der politischen Sicherheit des Reiches willen schieben, so ist doch kein Zweifel daran möglich, daß ein anderer auf den unvergleichlich viel größeren englischen Reichtum entfällt.

*) Die neuesten Flottenbaupläne würden eine bedeutende Erhöhung bedingen.

Die zweifellose Steigerungsfähigkeit der englischen Wehrkraft muß, im Zusammenhang mit der Lehre des südafrikanischen Krieges über die Bereitwilligkeit des Volkes zu langen und schweren Opfern um nationaler Ziele willen, für den Gedanken eines Konflikts zwischen England und einer anderen europäischen Großmacht sehr hoch in Rechnung gestellt werden. Auch was die Frage der Flottenbemanning anbetrifft, die man früher und großenteils auch noch jetzt gewohnt ist als ein Moment zu betrachten, das auf alle Fälle einer weiteren starken Vermehrung der englischen Flotte hinderlich sei, wird man nach den Lehren des Burenkrieges mit pessimistischen Urteilen zurückhaltender sein müssen. Daß England eine Feldarmee von 300 000 Mann über See zu transportieren in der Lage sein würde, das hielten zu Beginn des Burenkrieges nicht nur militärische Dilettanten, sondern auch fachmännische Autoritäten für nicht möglich. Es ist aber doch möglich gewesen, und ebenso wird es wahrscheinlich auch im Falle einer Mobilmachung zur See gehen, sobald die Notwendigkeit äußerster Kraftanstrengung der Nation deutlich wird. Die seegewohnte und seetüchtige Reserve, die für den Notfall in der starken Küsten- und Fischerbevölkerung steckt, wird dann eben, sei es durch hohes Soldangebot, sei es durch Mittel moralischen oder materiellen Zwanges, soweit zum Dienst auf der Flotte herangezogen werden, daß die Schiffsbemannungen komplett sind. Dazu ist zu bedenken, daß unter den heutigen Verhältnissen das Maschinen- und Artilleriepersonal auf den Schiffen eine unvergleichlich viel größere Rolle spielt, als früher. Ihm gegenüber ist die Bedeutung des eigentlichen Matrosen sehr in den Hintergrund getreten.

Die schwächste Stelle des englischen Reiches ist, wenn man von der Möglichkeit absieht, daß eine überlegene maritime Koalition die heimische Schlachtflotte Englands an dessen Küsten selbst niederzükämpfen und auf diese Weise die Landung festländischer Truppen erzwingen könnte, ohne Frage Indien, und zwar ist es Indien aus einem doppelten Grunde: wegen des Fehlens innerer Einwurzelung der englischen Herrschaft bei den Eingeborenen und wegen der verhältnismäßig leichten Angreifbarkeit des Indus- und Gangesgebietes von der Landseite her. Dazu kommt aber noch eine andere wichtige Korrektur, die man an der seit Jahrhunderten gang und

gäben Vorstellung von der indischen Welt an der Hand neuerer Erfahrungen machen muß.

Wir sind gewohnt, Indien unter allen Umständen als die Krone, die Perle, den Angelpunkt oder was für Bilder sonst angewendet sein mögen, jedenfalls als die eigentliche Grundlage des britischen Reichtums und der britischen Kolonialmacht zu bezeichnen. Das war früher wenigstens zum Teil richtig; wie sehr sich das Verhältnis freilich heute zu gunsten der Besitzungen Englands mit weißer Bevölkerung verschiebt, haben wir eben gesehen. Um sich aber von den Hilfsquellen Indiens eine vollkommen richtige Vorstellung zu machen, tut man am besten, einen Blick auf seine Wirtschaftsverhältnisse zu werfen. Die Handelsbewegung Britisch-Indiens, zu dem aber, was hier sehr zu beachten ist, auch das reiche hinterindische Birma gerechnet wird, haben wir weiter oben bereits kennen gelernt. Vergleicht man damit die Bevölkerungszahl des Gebietes, die rund 350 Millionen Seelen beträgt, so ergibt sich, daß dieser Handel verhältnismäßig nichts weniger als eine imposante Größe repräsentiert, und man wird schon hiernach geneigt sein, das alte Vorurteil von den immensen Reichtümern Indiens zu korrigieren. Wollte man nach den Ziffern des Imports und Exports allein urteilen, so könnte man annehmen, daß Indien wenigstens eine aktive Zahlungsbilanz habe (Einfuhr 37,8 Mill. £str., Ausfuhr 45,2 Mill. £str.) und daher sein Wohlstand sich aufwärts bewege. Das ist aber nicht der Fall. Zunächst muß Indien außer den Kosten für die unmittelbare englische Verwaltung des Landes auch noch für alle Ausgaben aufkommen, die zur Durchführung der britischen Politik im persischen Golfe, Afghanistan, Belutschistan, Aiden und einer Reihe anderer zum Teil weit entlegener Gebiete erforderlich sind. So wurde sogar die englische Expedition gegen den „tollen Nullah“ im ostafrikanischen Somalilande 1903/04 größtenteils mit indischen Truppen durchgeführt und mit indischem Gelde bezahlt. Zweitens aber fällt die immense Höhe der Gehälter, die sämtliche Beamten des indischen Zivil- und Militärdienstes beziehen, und vor allen Dingen die große Last der Pensionen, die nach verhältnismäßig nicht langer Dienstzeit in Indien erworben werden, schwer ins Gewicht. Die Gesamtsumme der indischen Pensionen wird auf

den enormen Betrag von 320 Mill. Mark jährlich berechnet. Von den Gehältern wird ein großer Teil, von den Pensionen alles in barem Gelde fort und fort aus Indien nach England exportiert. Dazu kommt die Menge der Kapitalien, die, von englischen und anderen europäischen Kaufleuten im indischen Handel erworben, früher oder später aus Indien zurückgezogen werden. Alles in allem genommen, ergibt sich auf diese Weise eine lastende Passivität der Zahlungsbilanz und eine fortschreitende Verarmung des Landes.

Hierzu tritt ein zweites. Die englische Herrschaft über Indien hat durch die Sicherheit des Lebens und Eigentums, die sie den Eingeborenen gegen früher dauernd garantiert, eine starke Vermehrung der Bevölkerung zur Folge gehabt. In früheren Zeiten brachten es die unaufhörlichen Kriege der indischen Fürsten untereinander und die dabei stets wiederkehrenden Verwüstungen weiter Landstriche mit sich, daß die Volkszahl, wiewohl von jeher sehr groß, sich doch nicht dauernd über ein gewisses Niveau erhob. Jetzt herrscht in politischer Beziehung von Kaschmir bis Ceylon Ordnung und Ruhe. Die Volksvermehrung hat daher seit dem großen Aufstande um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein schnelles Tempo eingeschlagen, und die Uebervölkerung drückt sich seit einiger Zeit deutlich darin aus, daß die — freilich auch früher nicht seltenen — Hungersnöte jetzt mit einer noch verheerenderen Wirksamkeit auftreten als vordem. Der bei ausbleibendem Regenfall über weite Distrikte hin eintretende Nahrungsmangel wüthet jetzt bei einer gegen die Zeit vor hundert Jahren um das Doppelte verdichteten Bevölkerung noch fürchterlicher als früher. Wegen dieser Verkettung der Ursachen sind die Hungersnöte in ihrer ganzen heutigen Schrecklichkeit eine für Indien kaum zu beseitigende Kalamität. Würde der ziffernmäßigen Volksvermehrung ein Steigen des durchschnittlichen Nationalreichtums zur Seite gehen, so wäre zu großen Bedenken kein Anlaß; denn im wesentlichen hätte dann ja auch bei Regenmangel und Mißernten das Gros der Bevölkerung die Mittel, den Ernteausfall durch Ankauf von Getreide zu decken. Das Umgekehrte aber ist der Fall: Indien wird ärmer und ärmer. Diese Tatsache ist für alle, die sich mit den indischen Dingen etwas eingehender beschäftigen, auch seit geraumer Zeit kein Geheimnis mehr, weder für

die intelligenteren Elemente unter den Indiern selbst, noch für objektive englische Beurteiler der Verhältnisse. Indien ist eine Zitrone, die von England ohne Erbarmen ausgepreßt wird, aber es liegt auf der Hand, daß diese Prozedur nicht länger dauern kann, als bis der Saftreichtum der Frucht erschöpft ist. Natürlich wird es in einem Ländergebiet von so großer Ausdehnung immer Bezirke geben, die unter allen Umständen einen Ueberschuß produzieren und wirtschaftliche Fortschritte machen, aber als Ganzes genommen ist das Gegenteil der Fall. Dabei will wohl beachtet sein, daß die Ausbeute an im engeren Sinne sogenannten Naturschätzen in Indien keine große ist. An Gold, Kohle, Eisen werden verhältnismäßig nur sehr unbedeutende Mengen gewonnen.

Indiens große Volksdichtigkeit, die irrtümlicherweise so oft als Erweis des Reichtums und des besonders hohen Wertes dieser Kolonie für England angeführt wird, ist im Gegenteil das Grundmoment für die verhältnismäßig so geringe weltwirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit des Landes. Von der Mitte der achtziger bis zum Ende der neunziger Jahre war die Gesamthandelsbewegung Indiens so gut wie stationär. Je nach dem Ausfall der Ernte schwankte sie, Ausfuhr und Einfuhr zusammengerechnet, innerhalb der Grenzen von 2800 und 2100 Mill. Mark auf und ab, d. h. sie war im Durchschnitt während dieser Periode annähernd genau so groß wie die Rußlands. Rußland aber stand, wenn man den Wert seines Handels auf den Kopf der Bevölkerung berechnete, auch schon damals weit abwärts unter den wichtigeren Wirtschaftsgebieten der Erde. Wenn Indien mit seiner beinahe dreimal größeren Volkszahl und seinem gut entwickelten Eisenbahnnetz im ganzen nur einen ebenso großen Handelswert aufwies, so bedeutete das, auf den Kopf berechnet, noch dreimal weniger als Rußland zu leisten vermochte. 1901 überschritt der Gesamthandel Indiens zum erstenmal die Grenze von 3 Milliarden Mk. Er betrug 1901 = 3,08, 1902 = 3,08, 1903 = 3,52, 1904 = 3,74, 1905 = 3,93 Milliarden Mark, wobei im ganzen genommen sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr proportional an der Steigerung teilhaben. Untersucht man die einzelnen Posten näher, so ergibt sich folgendes Bild für die Ausfuhr. Es wurden exportiert:

	1892/93	1905/06
Baumwolle, roh und verarbeitet	ca. 220	ca. 500 Mill. Mk.
Jute, roh und verarbeitet . . .	ca. 120	ca. 400 " "
Reis	ca. 135	ca. 250 " "

Von diesen wichtigsten Ausfuhrgegenständen entfallen Baumwolle und Jute im wesentlichen auf Vorderindien, der Reis dagegen meist auf den britischen Anteil an Hinterindien, insbesondere Birma. Wenn man von diesem letzteren, wo hauptsächlich natürliche Wasserbindung in Betracht kommt, absieht, so ist die Zunahme der indischen Ausfuhrproduktion in der Hauptsache bedingt durch die Erweiterung des Eisenbahnnetzes. Außer Baumwolle und Jute kommen als größere Posten für die Ausfuhr noch in Betracht Häute, Opium, Weizen und Tee, allenfalls auch noch Leinsamen, Wolle, Kaffee und erst an letzter Stelle ein unbedeutender Posten von Artikeln des einheimischen Kunstgewerbes, Lackwaren und dergl. Abgesehen von der teilweisen Verarbeitung der Baumwoll- und Jutefaser in indischen Fabriken handelt es sich also so gut wie ausschließlich um industrielle Rohstoffe und Rohnahrungsmittel, denen auf der Einfuhrseite ebenso überwiegend europäische Industrieprodukte gegenüberstehen: baumwollene und wollene Gewebe, Eisenwaren und Maschinen, Zucker, Petroleum usw. Mit dem immer noch fortschreitenden Ausbau des Eisenbahnnetzes wird möglicherweise auch noch eine weitere Steigerung der Ausfuhrproduktion Indiens Hand in Hand gehen; aber einen Aufschwung in wirklich großem Stil wird sie — und damit auch natürlich die Einfuhrbewegung — aus dem Grunde nicht erleben können, weil es sich fast durchweg um landwirtschaftliche Produkte handelt, die zu ihrer Herstellung einer bestimmten Fläche anzubauenden Bodens bedürfen. Die große Bevölkerungsdichte absorbiert aber für die Ernährung dieser immensen Volksmassen durch unmittelbar zum Verbrauch bestimmte Agrarprodukte einen so großen Prozentsatz des vorhandenen Grund und Bodens, und zwar, je dichter die Bevölkerung wird, um so entschiedener, daß wenig Land für die Exportproduktion übrig bleibt. Daraus folgt, daß Indien einen sehr viel größeren Handel und einen sehr viel größeren Wert für England hätte, wenn es um die Hälfte oder zwei Drittel schwächer bevölkert wäre. China ist scheinbar in derselben wirt-

schaftlichen Lage wie Indien, in Wirklichkeit aber ist es viel entwicklungsfähiger, weil es in seinem Innern sehr große Vorräte von Kohle und Eisen und wahrscheinlich auch noch andere mineralische Reichtümer besitzt. Ein Land, das reich an Eisen und Kohle ist, mag so dicht bevölkert sein, wie es will — sobald es genügend in den Weltverkehr und die Weltproduktion hineingekommen ist, besitzt es nahezu unbegrenzte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Ein Land aber wie Indien, das nichts hat, als was der Acker dem gibt, der ihn düngt und pflügt, und auch das nur, wenn der Monsun genügend Regen bringt, muß bei einer solchen Wirtschaftsbilanz, wie sie das englische System dort mit sich bringt, trotz des scheinbaren Handelsaufschwunges in Wirklichkeit verarmen.

Auf der anderen Seite hat die jahrhundertelange einheitliche Beherrschung Indiens durch die Engländer und die Beeinflussung der oberen Schichten durch die europäische Kultur, die Schaffung von hohen und mittleren Schulen, von Zeitungen und kommunalen Organisationen, von offiziellen und freien Vertretungen der öffentlichen Meinung nach europäischem Muster begonnen, eine außerordentlich bedeutsame Bewegung unter der einheimischen Bevölkerung ins Leben zu rufen. Was es in dem früheren Indien nie gegeben hat: Ideen über nationale Zusammengehörigkeit der Unterworfenen, über Volkswohlfahrt und Volksbildung, über politische und soziale Befreiung — das taucht jetzt in Form einer Agitation, der auch das Schlagwort „Indien für die Inder!“ nicht mehr fremd ist, empor, fordert vermehrte Anteilnahme der Eingeborenen an der Verwaltung und wächst an Schärfe und innerer Kraft mit dem Wachstum des Bewußtseins von der teilweisen Veredelung unter englischer Herrschaft.

Solange den Engländern Indien gehört, haben Englands Feinde den Gedanken erwogen, es in Indien zu treffen. In diesem Zusammenhange ist es nötig, trotz der gegenwärtigen Ausschaltung Rußlands aus der Weltpolitik auch die Frage zu erörtern, ob und wie weit Indien unter veränderten politischen Verhältnissen von Rußland bedroht werden kann. Auch wenn Rußland im übrigen nicht aktionsfähig erscheint und mindestens für sich allein an keine kriegerische Aktion denken kann, so wäre es doch denkbar, daß eine

andere Macht im Fall eines Krieges mit England eine Erwägung darüber anstellt, ob es möglich wäre, Rußland finanziell für einen Feldzug nach Indien in den Stand zu setzen. Wenn überhaupt irgend ein Zurückgreifen auf große asiatische Politik, so wäre die Idee der Abrechnung mit England, des Marsches nach Indien, imstande, etwas wie nationale Begeisterung für ein auswärtiges Ziel auch in den breiten Schichten des Volkes zu erwecken. Daher ist es erforderlich, die Frage nach den Möglichkeiten eines solchen indischen Feldzuges vom russischen Turkestan her etwas näher zu beleuchten.

Der südafrikanische Krieg hat gezeigt, daß England imstande ist, wenn es die nötige Zeit hat, eine achtungsgebietende Armee aus der Heimat auf einen überseeischen Kriegsschauplatz zu transportieren. Diese Lehre ist für die Beurteilung der russischen Aussichten bei einem Angriff auf Indien entscheidend. Solange man von der Voraussetzung ausging, daß im wesentlichen die in Indien selbst vorhandenen Truppenbestände einem russischen Stoß würden begegnen müssen, konnte man die Aussichten Rußlands für durchaus günstig halten. Die eingeborenen Truppen der anglo-indischen Armee sind nach dem Urteil deutscher militärischer Sachverständiger gegen eine europäische Armee nur von sehr beschränktem Wert; namentlich müßten sie als absolut unzuverlässig betrachtet werden, sobald sie nicht mehr fest in der Hand europäischer Offiziere sind. Starke Verluste in den höheren von Engländern besetzten Chargen würden die indischen Regimenter sofort in einer Weise demoralisieren, daß sie eher eine Gefahr als eine Verstärkung für die Gesamtmacht bildeten. Unter Berücksichtigung aller Umstände urteilte der in China verstorbene Graf Hork von Wartenburg, daß die Engländer aus ihren indischen Beständen nicht mehr als 25—30 000 Mann europäischer Feldtruppen an den entscheidenden Punkten einer russischen Invasionsarmee würden entgegenstellen können. Dem gegenüber könnten es die Russen ruhig wagen, in gleicher oder doch nicht wesentlich überlegener Stärke am Indus, oder wo sich die Engländer ihnen sonst entgegenstellen würden, zu erscheinen. Wenn die russische Armeeführung die ihr zur Verfügung stehenden Etappenstraßen benutzt, die richtige Jahreszeit für den Beginn des Krieges wählt und die äußersten Anstrengungen für die Be-

schaffung des nötigen Transportmaterials macht, so kann sie nach Lage der Dinge hoffen, von ihrer Operationsbasis an der Nordgrenze Afghanistans aus 2—2½ kriegsstarke Armeekorps gleichzeitig vorwärts zu bewegen. Ihre Vormarschstraßen gehen von Turkestan aus westwärts über Herat, ostwärts unter Benutzung der Bamianpässe über die Ketten des Hindukusch, auf Kabul zu. Angenommen selbst, daß Herat gleich nach Beginn der Operation von der Eisenbahn erreicht wird, für deren Fortführung bis zu jenem Platz an der Grenzstation Kuschka schon jetzt alles Material aufgehäuft liegt, so würde dann doch noch bis Kabul eine fast 800 Klm. lange Marschstrecke vorliegen, auf der Proviant, Fourage und aller sonstige Heeresstoff im wesentlichen auf die Fortschaffung mittelst Tragetieren angewiesen wären. Das äußerste, was für die Fahrbarmachung der Route geleistet werden könnte, freilich auch unbedingt geleistet werden müßte, wäre die Schaffung der Transportmöglichkeit für Artillerie. Unter diesen Umständen ist ein Armeekorps die höchstmögliche Ziffer, die auf einer solchen Straße zum Vormarsch angesetzt werden kann. Dasselbe gilt für den Marsch über die Bamianpässe, wo der Weg von der russischen Grenze nach Herat in der Luftlinie allerdings näher, aber durch die Natur des breiten zu passierenden Hochgebirges gegen die Straße von Herat im Tal des Herirud sehr erschwert ist. Nehmen wir noch an, daß einige Tausend Mann auf dem äußersten linken Flügel über das Pamirgebiet auf Tschitral und Gilgit, weniger zu einem ernstern Angriff als zur Belästigung der rechten Flanke der Engländer, angesetzt werden und daß 15—20 000 Mann auf dem äußersten rechten Flügel den weiten und von außerordentlichen Verpflegungsschwierigkeiten bedrohten Vormarsch durch das persische Sejistan auf Kandahar antreten, nehmen wir weiter an, daß es allen diesen Heeresteilen während der für kriegerische Operationen verfügbaren Jahreszeit gelingt, ihre vorgeschriebenen Operationsziele: Kabul, Kandahar, Tschitral, zu erreichen und untereinander die Fühlung herzustellen, so haben die Russen das äußerste geleistet, was normalerweise als im Bereich des Möglichen und Wahrscheinlichen liegend angenommen werden darf. Während die schwächeren Truppenkörper auf dem rechten und linken Flügel wesentlich dazu dienen

würden, einen Teil der englischen Verteidigungskräfte zu absorbieren, stände dann die Hauptarmee von Kabul aus zu einem Vorstoß gegen den Indus bereit. Ihre mobile Höchststärke wäre nach Abzug aller derjenigen Teile, die zur Besatzung der eingenommenen Punkte und zur Sicherung der rückwärtigen Verbindungen unumgänglich erforderlich sind, auf 30—40 000 Mann zu veranschlagen. 30 bis 40 000 Kombattanten sind aber für den Angriff auf Indien zu wenig. Sie würden wahrscheinlich genügen, um die indische Armee, Engländer wie Eingeborene, zu schlagen, aber sie könnten es mit den mittlerweile aus England herankommenden Verstärkungen nicht mehr aufnehmen. Hierzu kommt, daß die Russen doch wahrscheinlich, sei es am Indus, sei es bei Kabul oder beim Hervortreten aus dem Chaiberpasse, nicht nur englische und indische, sondern auch japanische Regimenter vor sich sehen würden.

Diese Erwägungen werden hinreichen, um darzutun, daß Rußland einen Angriff auf Indien in einem einzigen Jahresfeldzuge überhaupt nicht durchzuführen in der Lage ist, daß es sich vielmehr erst mindestens das ganze nördliche Afghaniestan als Operationsbasis einrichten muß. Erst wenn diese Basis vom Amu-Darja und von Herat nach Kabul und Kandahar verlegt ist, wenn Afghaniestan sicher in russischer Gewalt ist, wenn gebesserte Heerstraßen, wo möglich in den ebenen Teilen Feldbahnen, die rückwärtigen Verbindungen sichern, mit einem Wort, wenn in Kabul eine Operationsarmee von 150 000—200 000 Mann versammelt steht und ihre Verpflegung gesichert ist, dann erst muß Englands Herrschaft in Indien als wirklich schwer bedroht erscheinen. Das bedeutet aber für Rußland die Notwendigkeit einer Kriegsdauer von mehreren Jahren — ein Fall also, der für die Russen auf absehbare Zeit hinaus unter keinerlei Umständen in Betracht kommt.

Einstweilen bildet also die Schwäche Rußlands auf jeden Fall eine sehr starke Versicherung für den faktischen Bestand der englischen Macht in Indien, und weit entfernt den indischen Besitz als einen über kurz oder lang verlorenen Posten zu behandeln, sucht vielmehr die gegenwärtige englische Politik, d. h. die Politik Eduards VII., Indien als Basis für eine außerordentlich weittragende, politisch wie wirtschaftlich in gleicher Weise zu beachtende

Erweiterung der südasiatisch=afrikanischen Machtsphäre Englands zu benutzen. Der Vater des wahrhaft grandiosen Gedankens, um den es sich hierbei handelt, ist der frühere Vizekönig von Indien, Lord Curzon. Zunächst wird es von Interesse sein, das Bild kennen zu lernen, in dem dieser bedeutendste Kopf, den England bis zum Regierungsantritt Eduards VII. für die Politik des sogenannten „mittleren Ostens“ besaß, die indischen Dinge und was damit zusammenhängt, sich und anderen vor Augen malt. Am 25. März 1903 hielt Lord Curzon bei der Beratung der indischen Budgets eine Rede, die damals außerordentliches Aufsehen erregte und mit Recht als ein politisches Bekenntnis gedeutet wurde. Der Vizekönig ging von einem Vergleich der Lage Indiens im Jahre 1857, nach der Bewältigung des großen Eingeborenenaufstandes, mit dem derzeitigen Stande der Dinge aus. Damals, sagte er, „war Indien auf der Landseite nicht weniger vor dem Einfluß aller europäischen Mächte gesichert als auf der Seeseite. Der große Vormarsch Rußlands nach dem Osten und Süden hatte kaum begonnen, und seine äußersten Grenzen waren noch durch Hunderte von Meilen von Nordostpersien, von Afghaniſtan, vom Pamir und von dem Gelben Meere getrennt. Frankreich hatte sich noch nicht in Indochina festgesetzt, und Deutschland war ein loser Staatenbund, der soeben die wenigen Kriegsschiffe, die er besaß, per Auktion versteigert hatte. Heute dagegen liegen ganz Nordpersien, die persische Hauptstadt und der persische Hof in leicht erreichbarer Nähe der russischen Grenzen und sind russischem Willen vollständig untertan. Rußland geht Hand in Hand mit Afghaniſtan und absorbiert mit Leichtigkeit und Sicherheit Chinesisch=Turkeſtan und die Mongolei, wie es die Mandſchurei absorbiert hat. Frankreich hat ein ausgedehntes Reich in Indochina gegründet, von dort aus bereits die Grenzen von Birma erreicht und arbeitet sich mit Beharrlichkeit nordwärts nach China hinein. Deutschland hat sich bisher im mittleren Osten noch nicht festgesetzt, beabsichtigt dies aber in Mesopotamien auf ökonomischem Wege zu tun, mit unausbleiblichen politischen Folgen, und fordert uns auf, ihm dazu behilflich zu sein! Im Persischen Golf selbst haben die Türkei und Persien infolge britischer Gleichgültigkeit oder Torheit eine Autorität erlangt und zwar mit englischem

Einverständnis und englischer Hilfe, die sie zum Nachteil Englands ausnutzen, und die den Rivalen Englands, welche hinter ihnen stehen, eine selten gebotene Gelegenheit zum Intriguieren bieten. England ist noch immer das größte Handelsvolk des Ostens; aber das Monopol, welches es vor einem halben Jahrhundert besaß, besteht nicht mehr, und der Handel, den es noch besitzt, wird nicht durch den ehrlichen Wettbewerb ausländischer Kaufleute, sondern durch offene und heimliche Rivalität mächtiger Staaten bedroht."

So also stellte sich einem führenden und verantwortlichen englischen Politiker in der Zeit zwischen dem Ende des südafrikanischen und dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges die „anglo-indische“ Situation dar. Wir werden sogleich noch deutlicher sehen, wohin diese Auffassung der Dinge abzielt, wenn wir uns mit einer zweiten Rede beschäftigen, die gleichfalls eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des gegenwärtigen Englands an demselben Tage, an dem Lord Curzon seine indische Budgetrede vortrug, an einer anderen Stelle des britischen Weltreichs, in der Geographischen Gesellschaft in Kairo, gehalten hat: einem Vortrage des Erbauers der großen Nilsperrre von Assuan und früheren Generaldirektors der ägyptischen Bewässerungswerke, Willcoy.

Willcoy stellte den fundamentalen Grundsatz auf, daß im Gebiet der alten Bewässerungskultur, d. h. in erster Linie im babylonischen Alluviallande am Unterlauf des Euphrat und Tigris, das Bagdadbahnunternehmen notwendig zusammen gedacht werden müsse mit der Wiederherstellung des antiken Kanalsystems. Er betitelte seinen Vortrag: *The Restoration of the Ancient Irrigation Works on the Tigris, or the Restoration of the Chaldea*, und berechnete darin, daß in der Umgegend von Bagdad selbst über eine Million Hektar Land, davon die Hälfte erstklassiger Qualität, also ein Gebiet von der Größe des gesamten ägyptischen Deltas, das bekanntlich ca. 6 Millionen Einwohner hat, mit einem Kostenaufwand von 15—20 Mill. Pfund Sterl. wieder kulturfähig gemacht werden können und daß sich die darauf angelegten Kapitalien voraussichtlich mit 25% jährlich verzinsen würden! Ich selbst hatte ähnliche Ausführungen schon vor mehreren Jahren nach meiner Rückkehr aus dem Bagdadgebiet in den Preussischen Jahrbüchern und danach

in einer besonderen Arbeit über die Bagdadbahn gemacht und zu wiederholten Malen auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß von deutscher Seite so schnell wie möglich die nötigen Vorstudien angestellt werden sollten, damit wir, bevor die Bahn selbst es jedermann ermöglichen würde, sich der Sache anzunehmen, im vorzugsweisen Besitz dieses Materials seien. Nun stellte sich anlässlich der Willcoy'schen Arbeit heraus, daß man auf anglo-indischer Seite schon lange sehr genaue Aufnahmen des wichtigsten der altbabylonischen Kanalsystems, des Tahrwangebietes, besaß. Willcoy publizierte diese vorläufigen Aufnahmen samt einer Anzahl noch speziellerer Pläne und Aufrisse und schloß daran eine lebhafteste Aufforderung an seine Landsleute, sich auf jeden Fall die Vorhand in diesem ganzen Zukunftsgebiet zu sichern. Ausdrücklich stellte er Deutsche und Engländer als Konkurrenten um diese Landstriche einander gegenüber. „Es gibt eine Ueberlieferung von alten Zeiten her“, schreibt er, „daß Männer von Osten kamen und eine Wohnstätte im Lande Sinear (Babylonien) fanden. Unsere moderne Welt blickt nach Westen als auf die Norm für Kolonisation und Kolonialentwicklung; aber hier in Mesopotamien sind wir nicht in des weißen Mannes Land, und es ist weit wahrscheinlicher, daß die Menschen, die dieses alte Land wiederum bevölkern und erneuern sollten, von Osten kommen werden als von Westen! Die Bagdad-eisenbahn wird diese Gebiete durchschneiden; ihre Schienen werden an den Ufern des wiederhergestellten Tihrawankanal's gelegt werden; Leben und Wohlstand werden in diesem Land der großen Wechselfälle wiedergesehen werden. Soll der Kanal mit britischem Kapital gebaut werden, das seine Hände vom Persischen Golf her ausstreckt, oder von deutschem Kapital, das von Westen kommt? Soll es der Kanal Kaiser-i-Hind oder der Kanal Kaiser-il-Mlmaigna werden? Der Bau dieser großen Kanäle wird entlang der Linie der Eisenbahn ein Land so reich wie Aegypten schaffen, dessen Ertrag beides, die Kosten der Bahn und der Kanäle, decken und noch einen Ueberschuß geben wird. Freilich werden den nur Leute in Wirklichkeit umsetzen können, die aus eigener intimer Erfahrung wissen, was ägyptischer Ackerbau ist! Arbeiter von Indien und vielleicht von Aegypten werden die Kanäle graben und Wehre und Regulatoren

bauen und werden sich dann zu Millionen niederlassen, um diese Länder zukünftiger Macht und zukünftigen Reichtums in Besitz zu nehmen und zu kultivieren, als ob sie ein zweites Pendschab oder ein zweites Aegypten wären!"

An die Ausmalung dieses Zukunftsbildes, das Alt-Babylonien kurzerhand samt dem ganzen Gebiet des Persischen Golfes in ein Nebenland Indiens verwandelt, knüpfte Willcox den Aufruf, es möge sofort von England aus eine technische Expedition in die Landschaften um Bagdad geschickt werden, um ungesäumt an Ort und Stelle mit Vermessungen, Bohrungen, Lotungen, Anfertigung von Strömungstabellen, Wasseranalysen, Bodenerprobungen usw. die Grundlagen für einen genauen Plan sämtlicher zur Wiederherstellung des alten Bewässerungssystems erforderlichen Arbeiten inklusive Kostenanschläge zu schaffen! Dergleichen ist von englischer Seite groß und bewundernswert gedacht. Babylonien für England ein zweites Pendschab oder ein zweites Aegypten — wahrhaftig ein Gedanke, würdig eines Cecil Rhodes, Curzon, Chamberlain! Man kann angesichts solcher Erfahrungen nur immer von neuem zu dem Schluß kommen: Wenn uns jemand ein Werk wie die Bagdadbahn jetzt im Augenblick fertig hinstellte, so wäre das nicht ein Geschenk für uns, sondern für Engländer, Franzosen usw., weil diese Völker vermöge ihres altgewohnten weiteren Blicks in überseeischen Dingen und ihrer rascheren Bereitwilligkeit, sei es aus privater, sei es aus öffentlicher Quelle Mittel für die Vorbereitungsarbeit wie auch immer gearteter nationaler Expansion herzugeben, uns so unvergleichlich weit voraus sind. Zu dieser Art von Vorbereitungsarbeit gehört es in gewissem Sinne auch, wenn die öffentliche Meinung in England Gebiete, in denen starke englische Handelsinteressen vorliegen, jederzeit auch als politische Interessensphäre zu reklamieren bereit ist. Man pflegt dann den Begriff der „Kontrolle“ aller wichtigeren Beziehungen innerhalb eines solchen Gebietes einzuführen. So war es bis zum Ausbruch der letzten großen Unruhen in China bei den englischen Imperialisten eine feststehende Annahme, daß das sogenannte Jangtsebassin eine britische „Interessensphäre“ und über kurz oder lang zur Angliederung in irgend einer Form an das englische Weltreich bestimmt sei. In der Aus-

legung, die man dem Begriff des Jangtsebeckens auf englischer Seite dabei gab, bedeutet dieser Gedanke nicht weniger als einen Anspruch auf rund zwei Drittel des eigentlichen China. Lord Beresford, der unermüdlichste und einflußreichste Agitator für britische Interessen und britische Machtstellung in China, hat ausdrücklich betont, wenn vom Bassin des Jangtsekiang die Rede sei, so müsse darunter alles Land verstanden werden, durch das sowohl der große Strom selber als auch seine Zuflüsse rinnen. Dem Flächenraum nach kommt das etwa auf die Hälfte, der Einwohnerzahl und dem Reichtum nach aber fast auf drei Viertel Chinas (die sogenannten Nebenländer natürlich abgerechnet) hinaus. Englische Kartenzeichner machten und machen sich jetzt noch auch öfters das Vergnügen, auf Karten von Asien das Wort „Jangtsebassin“ mit großen Buchstaben in dem traditionellen Rot, das den englischen Besitz andeutet, quer durch ganz Mittel- und Südchina zu schreiben!

Was Männer wie Lord Curzon und Willcoy mit ihren Reden über die Sicherung Indiens und über die Besiedlung des Bagdadgebiets mit indischen und ägyptischen Bauern meinten, das darf nicht, wie es leider auch in politisch sonst unterrichteten Kreisen in Deutschland geschehen ist, als gelegentliche Phantasie oder als eine unverbindliche Ideenassoziation betrachtet werden. Es ist mehr als das, viel mehr. Das größte Ziel der heutigen von Eduard VII. geführten Politik Englands ist die Herstellung einer Verbindung zwischen Aegypten und Indien. Dazu braucht England die Herrschaft über Arabien, Südpersien und das Land am unteren Euphrat und Tigris — das türkische Vilajet von Bagdad. Wenn wir richtig sehen, so bildet dieser riesenhafte Plan, ein geschlossenes britisches Reich zu errichten, das sich vom Nil, vom östlichen Sudan und vom Viktoria-Nyansa über Arabien, Mesopotamien, Südpersien, Afghanistan und Indien bis an die Straße von Malakka erstrecken, und das mit Südafrika und Australien zusammen den Indischen Ozean zu einem englischen Binnenmeer machen soll, die leitende Idee, die sich durch alle Handlungen der englischen Politik seit der Beendigung des Krieges in Südafrika hindurchzieht. Diese Politik bedeutet in ihrer radikalen Abschwenkung von der früher bevorzugten „splendid isolation“ einen überaus merkwürdigen Wechsel,

für den notwendig ein schwerwiegender Grund vorliegen muß. Eine Politik von so ausgesprochenem Bündnischarakter wie die Eduards VII. seit 1902 kann nach allen Gesetzen der historisch-psychologischen Erfahrung für eine Großmacht nur entweder das Bewußtsein einer starken Gefährdung ihrer besonderen Interessen durch fremde Mächte und Koalitionen bedeuten, oder den Wunsch nach Ausdehnung ihrer eigenen Interessensphäre gegen den voraus-
zusehenden Widerstand und auf Kosten Dritter. Ein Beispiel für den ersteren Fall sahen wir in der Lage Deutschlands in den ersten Jahrzehnten nach 1870. Damals, nachdem Oesterreich-Ungarn und Frankreich besiegt und die öffentliche Meinung in Rußland durch die Ergebnisse des Berliner Kongresses gegen Deutschland gereizt war, erschien als eine stets drohende Gefahr für Deutschland die Wiederholung der „Konstellation des siebenjährigen Krieges“, d. h. das Bündnis zwischen Rußland, Frankreich und Oesterreich. Aus dieser Situation der Notwendigkeit, den Frankfurter Frieden gegen den Versuch einer gewaltsamen Revision zu schützen, ergab sich die Politik Deutschlands während der Bismarckschen Epoche im Dreibund und im Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Wenn man nun aber die gegenwärtige Lage Englands mit derjenigen Deutschlands während der Epoche der Gründung des Dreibundes und des russischen Rückversicherungsvertrages vergleicht, so ergibt sich, daß offenbar an keinem einzigen Punkte eine Ähnlichkeit besteht und daß es daher schwer ist, der durch König Eduard VII. ins Werk gesetzten englischen Bündnispolitik einen ähnlichen, rein defensiven Zweck zuzuschreiben, wie derjenigen Deutschlands nach 1871.

Vergegenwärtigen wir uns die internationale Situation Großbritanniens nach der Thronbesteigung König Eduards und der Beendigung des Burenkrieges, so sehen wir, daß der einzige dunkle Punkt an seinem Horizont die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Rußland an der indischen Nordwestgrenze war. Die Ueberschätzung der kriegerischen Kraft Rußlands in Asien war damals auf englischer Seite nicht geringer, als anderswo in Europa, und obwohl auf den Schlachtfeldern der Krim russische Armeen unter Mitwirkung britischer Truppen besiegt worden waren, so wirkten auf der anderen Seite doch die Erinnerung an das Zurückweichen von 1885 in Afgha-

nistan nach dem Gefecht am Kuschf und die notorischen Versuche Rußlands, auf dem Umwege über den Buddhismus seiner asiatischen Untertanen in Tibet Fuß zu fassen, als stete Aufforderung, eine Aenderung der Lage im mittleren Orient zugunsten Englands anzustreben. Auch die Absicht auf den Erwerb eines Hafens an der persischen Südküste, Tschahbar oder Bender=Abbas, die in der russischen Presse unverhohlen geäußert wurde und durch die intensive Tätigkeit der politischen Agenten Rußlands in Südpersien bestätigt zu werden schien, bildete zweifellos eine starke Unbequemlichkeit für England, und gerade diese südpersische Frage, die von Anfang an ein Gegenstand besonderen Drängens Lord Curzons ausmachte, ist aus jenem besonderen Grunde in den letzten Jahren der wichtigste Gegenstand für die Besorgnisse Englands im mittleren Osten gewesen. In dieser Lage begegneten sich die Entschlossenheit der führenden politischen Kreise Japans, sobald sich nach dem Frieden von Schimonoseki die Möglichkeit darbieten würde, mit Rußland den Krieg um Korea und um die Vormachtstellung im Gelben Meer zu beginnen, und die Besorgnisse Englands wegen Persien und Afghanistan in der ausgesprochensten Weise. Der Bündnisvertrag zwischen England und Japan vom 30. Januar 1902 war das erste Dokument darüber, daß die beiden Staaten sich für den Fall des von England an der indischen Grenze gefürchteten, von Japan in Ostasien gewünschten und geplanten kriegerischen Zusammenstoßes mit Rußland über ihre gemeinsamen Interessen verständigt hatten. Dieses Bündnis mit Japan entsprach so sehr einem wirklichen politischen Bedürfnis der englischen Nation, daß es vermutlich nur deshalb nicht früher zustande gekommen ist, weil Japan vor seinem Abschluß in Wirklichkeit kriegsbereit sein mußte. Nachdem aber diese Bereitschaft perfekt war, erschien England in seiner verwundbaren asiatischen Flanke genügend gedeckt, und da ihm die wirklichen Absichten seines asiatischen Verbündeten zweifellos bekannt waren, so konnte es mit Ruhe der Weiterentwicklung der Verhältnisse entgegensehen. Diese Weiterentwicklung trat vollkommen in der zwischen beiden Verbündeten vorausgesehenen Weise ein. Japan nahm den Krieg mit Rußland auf und erreichte sein Ziel. Mit der Uebergabe von Port Arthur an die Japaner war in Wirklichkeit auch der Platz, der das

russische Port Arthur vor den Toren Indiens werden sollte, der Hafen von Tschahbar an der Südküste von Persien, vor dem Eingang in die Straße von Ormus, verloren. Der russisch-englische Vertrag über Persien, der Süd-Persien und die Kontrolle über den Persischen Golf den Engländern zuspricht, hat die Bescheinigung dafür gebildet, daß das englisch-japanische Bündnis an diesem Stück geleistet hatte, was es leisten sollte.

Das Bündnis mit Japan schloß Eduard VII. im Januar 1902. Im April 1904 folgte das Abkommen mit Frankreich über Marokko und Aegypten, das sich alsbald immer deutlicher als die Besiegelung eines weitgehenden politischen Einverständnisses enthüllte. Die Preisgabe Marokkos an Frankreich als Entgelt für den Verzicht der französischen Regierung, in den ägyptischen Angelegenheiten fernerhin ihre Stimme zu erheben, konnte daher keinen Kenner der politischen Verhältnisse darüber täuschen, daß es sich zwischen Frankreich und England in Wirklichkeit um ein Einverständnis über wichtigere Dinge handeln mußte, als über Marokko und Aegypten. Welchen Grund hatte England sonst, um an Frankreich für die bloße formelle Anerkennung eines Zustandes, mit dem diese Nation sich innerlich lange abgefunden hatte und zu dessen Aenderung sie über gar keine Mittel verfügte, einen so bedeutenden Preis zu zahlen? An keinem Punkt der englischen politischen Interessensphäre bestand eine Gefährdung so ernster Natur, daß sie zu Bündnisverträgen nötigte, die in jedem Falle nicht nur dem Partner Englands, sondern auch England selbst Verpflichtungen auferlegten. Der Mangel einer internationalen Legitimierung der englischen Okkupation in Aegypten über den ursprünglich angegebenen Zeitpunkt hinaus drückte England in keiner Weise, da niemand imstande oder willens war, einen Einspruch geltend zu machen. Außerdem ließ der Umfang der Forderungen, die Frankreich auf Grund des vorher mit England geschlossenen Einverständnisses aufstellte, klar erkennen, daß es trotz des vorsichtigen Wortlautes, in dem der englisch-französische Vertrag gekleidet erschien, in Wirklichkeit auf ein französisches Protektorat über Marokko und damit auf eine Einbeziehung Marokkos in die politische wie in die wirtschaftliche Interessensphäre Frankreichs abgesehen war. Es ist bekannt, wie sich die deutsche Politik

gegen diese Vergewaltigung zu wehren suchte. Die Kaiserreise nach Tanger und die Dursetzung der Konferenz von Algeciras bezeichnen, daß es uns doch gelang, eine vollständige formelle Genugthuung und eine teilweise Berücksichtigung unserer materiellen Interessen wenigstens nachträglich zu erreichen.

Ist England damals zwischen Tanger und Algeciras bereit gewesen, auf das Delcassésche Spiel mit dem Feuer einzugehen, falls sich daran der Kriegsbrand zwischen Deutschland und Frankreich wirklich entzündete? Man wird die Antwort auf diese Frage nicht eher geben können, als bis man sich darüber klar geworden ist, ob die Beschäftigung Deutschlands durch einen französischen Krieg für ausreichend gehalten werden durfte, um England die Durchführung seiner asiatischen Pläne ohne Rücksicht darauf zu ermöglichen, ob und welche Lebensinteressen Deutschlands dabei verletzt würden.

Auch nach dem Abschluß mit Frankreich und nach der Niederlage Rußlands im ostasiatischen Kriege sehen wir den König von England seine Bündnispolitik fortsetzen, und je länger desto deutlicher sehen wir, daß sie den Charakter der „Einkreisung“ Deutschlands annimmt. Da jetzt nirgends mehr auch nur der Schein einer Gefährdung Englands vorlag, und eine Politik der gegenseitigen Bündnisse oder Einverständnisse, d. h. der Präzisionen und Verpflichtungen, bloß um der Verpflichtungen willen und allein zu dem Zweck der Vervollständigung eines ideellen politischen Schemas von einer so praktischen Regierung wie der englischen nicht wohl angenommen werden konnte, so fragte sich jedermann naturgemäß nach dem Ziele, welches die Politik verfolgte. Schon lange vor dem Abschluß des jetzigen Vertrages mit Rußland war es bekannt, daß das Londoner Kabinett auch mit der russischen Regierung über die Regelung der schwebenden Fragen in Asien verhandelte, und so verblieben nach der Einbeziehung Japans, Frankreichs, Italiens und Spaniens in das System der Verträge nur noch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Vereinigten Staaten außerhalb dieses Ringes. Von den Vereinigten Staaten ist es bekannt, daß sie keine auswärtigen Bündnisse abschließen und daß es für die Beeinflussung ihrer politischen Haltung vor allen Dingen auf die Beeinflussung

ihrer öffentlichen Meinung durch die Presse ankommt. Die Methoden, die von englischer Seite für diesen Zweck angewandt werden, sind ebenso wirksam wie bekannt, und sie machen, wenn auch nicht in jedem Falle der politischen Moral, so doch dem politischen Verständnis und dem praktischen Geschick der englischen Publizistik alle Ehre. Was Oesterreich-Ungarn angeht, so weiß man, daß der Temperatur des amtlichen Verkehrs zwischen beiden Regierungen früher eine gewisse Wärmeschattierung eigen war, und auch daß Oesterreich-Ungarn vom Krimkrieg her als Gegenspieler Rußlands in den Fragen des nahen Orients der Partner Englands gewesen ist. Gegenwärtig allerdings ist für England sein Verhältnis zu Wien die Frage des Verhältnisses zwischen Wien und Berlin, wie wir das im weiteren Verlauf dieser Darlegungen noch genauer sehen werden. Es bleibt also Deutschland als eigentliches Objekt der Bündnispolitik übrig.

Derjenige Punkt, an dem die öffentliche Meinung Englands mit der größten Entschiedenheit eine Gefährdung der britischen Interessen durch die deutsche Politik behauptet, ist bekanntlich das sogenannte Bagdadbahnprojekt. Deutschland hat aber an der Bagdadbahn nur soweit ein Interesse, als dabei das Prinzip der politischen Integrität der Türkei nicht nur nicht verletzt wird, sondern jene vielmehr eine ausgesprochene Kräftigung in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung davonträgt. Ohne dieses Ergebnis einer Stärkung der türkischen Unabhängigkeits- und Regenerationskraft würde der Bau der Bagdadbahn den deutschen Interessen durchaus widersprechen. Hierüber wird im Schlußkapitel dieser Arbeit noch ausführlicher zu handeln sein. Für England aber bedeutet eine nicht-englische Bagdadbahn — gleichgültig, ob sie die Türkei selbst im Gebiet von Bagdad (aber auch in Syrien und an der ägyptischen Grenze!) wehrkräftig macht, oder ob sie eine fremde Macht an die Stelle bringt — auf jeden Fall die Gefahr einer Durchschneidung des von Afrika und Aegypten durch Arabien und Südpersien nach Indien verlaufenden britischen Interessengebiets. Es ist hierfür sehr bezeichnend, daß in England das Gefühl der Befreiung mit Rücksicht auf den Verzicht der russischen Regierung in Südpersien merklich höher eingeschätzt wurde, als die Befriedigung darüber,

daß Rußland sich in Afghanistan und Tibet zur Anerkennung des status quo verpflichtete. Auch darf an die starke und auffallende Beunruhigung der englischen Politik erinnert werden, die 1905 eintrat, als die Türkei den Ort Taaba am Meerbusen von Akaba besetzt hatte und der Bau einer Abzweigung der Hedschasbahn von Maan nach Akaba oder Taaba, d. h. eine Umgehung des Suezkanals und zugleich eine Durchschneidung jener indo-ägyptischen transversalen Verbindungszone durch einen fremden Bahnbau, in Frage stand. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Hedschasbahn überhaupt eine Unannehmlichkeit für England, aber, nachdem die Türkei gezwungen worden ist, auf die Zweiglinie nach Akaba zu verzichten, bleibt die Bahn, auch wo sie am nächsten an das Rote Meer herantritt, noch durch eine über hundert Kilometer breite Felswüste von der See getrennt und daher für England relativ unerschädlich.

Deutschland verfolgt also mit dem Bagdadbahn-Projekt, von den für uns zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen abgesehen, das Ziel einer militärischen und finanziellen Kräftigung der Türkei. England aber will türkisches Gebiet am Euphrat und Tigris in seine große südasiatische Interessensphäre einbeziehen. Um das zu erreichen, hat es sogar Rußland allem Anschein nach eine bedeutende Kompensation in der Orientpolitik bewilligt. Warum hat Rußland das Abkommen über den mittleren Osten geschlossen? Seine Position verschlechterte sich ja um nichts, wenn es vermied, eine solche offizielle Quittung darüber auszustellen, daß es in dem Spiel mit England diesmal der Besiegte war! Also liegt es auf der Hand, daß England einen Preis für das Abkommen bezahlt hat, und da in den bekanntgegebenen Abmachungen des Vertrages kein solcher Preis zu finden ist, so wird ein weiteres, nicht veröffentlichtes Einverständnis zwischen den beiden Parteien existieren. Auf welchem Gebiet es liegt, das ist auch ohne die bekannte Aeußerung des Königs von Rumänien bald nach dem Abschluß des Vertrages, daß nun möglicherweise eine Wiederaufnahme der russischen Aktion im türkischen Orient bevorstehe, nicht so schwer zu sagen, und es leuchtet um so eher ein, je klarer man sich überlegt, daß König Eduard über die tatsächliche Aktionsunfähigkeit Rußlands wahrscheinlich genauer unterrichtet sein wird, als irgend eine andere Stelle.

Darf man also annehmen, daß die englische Einkreisungs-
politik gegenüber Deutschland gar nicht den Zweck verfolgt hat,
einen Angriff auf Deutschland vorzubereiten, sondern vielmehr den,
für den Moment des englischen Zugreifens im Bagdadgebiet und
sonst in Südasien oder im „mittleren Osten“ eine solche Konstellation
der Mächte zu schaffen, daß Deutschland nirgend einen Partner
für das gegen England aufzunehmende Spiel findet und so die
Partie von vornherein verloren geben muß? Die Antwort auf diese
Frage wird zum Teil davon abhängen, ob die englische Politik
von vornherein bereit und willens ist, mit der Erreichung ihrer
Ziele in Asien sich zufrieden zu geben, oder ob es ihr darüber
hinaus notwendig erscheint, zur Sicherung einer
politischen und wirtschaftlichen Machtsphäre von
hinreichender Größe, um der englischen Nation
Leben und Wohlstand zu gewährleisten, die welt-
politische und weltwirtschaftliche Konkurrenz
Deutschlands überhaupt zu beseitigen. An sich ist es
ja selbstverständlich, daß die Engländer, solange sie glauben, darauf
rechnen zu können, daß sie sich auf dem Wege des friedlichen, wenn
auch im übrigen noch so scharfen und in seinen Mitteln unbedenk-
lichen Wettbewerbes trotz aller anderen Nationen einen ausreichenden
Anteil am Weltmarkt sichern können, den Krieg lieber werden
vermeiden wollen, weil er auch für sie geschäftlich wie politisch in
jedem Falle ein immenses Risiko bedeutet. Kommen sie aber zur
Ueberzeugung, daß ihr Handel, auf dem ja für sie die nationale
Existenzmöglichkeit einstweilen in noch viel höherem Grade beruht,
als für uns, unter dem Druck der fremden und namentlich der
deutschen Konkurrenz wirklich in eine rückläufige Entwicklung ein-
tritt, d. h. anfängt, auf den Kopf der — wachsenden — Be-
völkerung Englands geringere Erträge zu liefern, während der
Gewinn des wirtschaftlichen Gegners entsprechend steigt, dann aller-
dings würde es der englischen Politik die einfache Rücksicht auf
nationale Selbsterhaltung gebieten, falls sich durchaus keine
anderen Mittel finden, auf unsere kriegerische Ver-
nichtung bedacht zu sein. Das Ziel solcher Vernichtungs-
politik wäre natürlich unser Ueberseehandel, und es wäre im wesent-

lichen reicht, wenn die deutsche Handelsflotte zerstört ist und die deutschen Handelsbeziehungen mit dem Auslande auf so lange hinaus unterbrochen sind, daß sich währenddessen der englische Handel wieder an ihre Stelle setzen kann. Beides wäre miteinander gegeben.

So leicht und bereitwillig nun auch ein gewisser Teil der englischen Presse den Gedanken eines Präventivkrieges gegen Deutschland, bevor es erst zu einer ernsthaften Erschütterung der britischen Handelsmacht gekommen sei, auch erörtern mag — dem verantwortlichen Politiker erscheint ein solcher Entschluß natürlich ungleich schwieriger. Vor allen Dingen kompliziert er sich für jeden englischen Staatsmann, der die Lage so übersieht, wie sie wirklich ist, nicht wie sie sich dem populären Imperialismus und Jingoismus darstellt, durch die Erwägung, daß die größere Gefahr für England in Zukunft sicher nicht von der deutschen, sondern von der amerikanischen Seite her droht. Gegenwärtig erscheint die amerikanische Industrie nicht nur als eine gefährliche Konkurrentin der europäischen in fremden Erdteilen, sondern ihre Erzeugnisse dringen auch in steigendem Maße auf dem europäischen Markte selber ein. Bei weitem am auffallendsten ist das in England. Auch abgesehen von den gewaltigen Massen industrieller Rohstoffe, vor allen Dingen der Baumwolle, die England aus den Vereinigten Staaten bezieht, nimmt die Lieferung amerikanischer Waren, und zwar industrieller Fertigfabrikate, nach England fortgesetzt zu, bei gleichzeitiger Abnahme der amerikanischen Käufe in England. Das geht so weit, daß amerikanische Beobachter, die sich mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihrem Vaterlande und Großbritannien eingehend beschäftigt haben, direkt von einem „Zurückbleiben“ Englands in der industriellen Entwicklung der Welt sprechen. Auch bei uns in Deutschland und in England selbst sind ähnliche Stimmen laut geworden, und man hat auch versucht, die Gründe für dieses Zurückbleiben des englischen Industrialismus aufzusuchen: in dem angeblichen Bestreben der englischen Arbeitergewerkschaften, die tägliche Leistung des Industriearbeiters herabzusetzen, in ihrer Abneigung gegen Arbeit sparende Maschinen usw. Indes müssen diese Fragen hier auf sich beruhen bleiben; die „Amerikanisierung“ des englischen Marktes ist aber

jedenfalls eine Tatsache, und in Wirklichkeit richten sich die Besorgnisse der Wissenden in England viel mehr gegen diese amerikanische als gegen die überwiegend aus taktischen Gründen in den Vordergrund geschobene deutsche Gefahr.

So unaufrichtig diese geflissentliche Verwechslung Nordamerikas und Deutschlands auch ist, mit so ausgezeichnetem Geschick und Erfolg wird sie gehandhabt, und namentlich von den großen, die öffentliche Meinung führenden englischen Zeitungen mit wirklich bewunderungswürdigem national einheitlichem Instinkt gepflegt und vertreten. Die faktische Besorgnis vor Amerika ist in England bei allen unterrichteten Leuten so groß, wie sie überhaupt nur sein kann, aber selten dringt darüber ein Wort in die Öffentlichkeit. Es ist erstaunlich, wie sehr das sonst so starke und keiner anderen Nation gegenüber ängstliche englische Selbstgefühl, zumal, wenn es sich vom Auslande unbeobachtet glaubt, in sich zusammensinken pflegt, sobald es sich um Amerika und die Amerikaner handelt. Kein Volk der Welt wird von den Engländern so umschmeichelt, wie die große „Tochternation“ jenseits des Ozeans, ohne daß es dieser meistens darum einfielen, sich einer ähnlichen Tonart gegen England zu bedienen. Man mag sich in Amerika England und den englischen Interessen gegenüber, sei es in der Presse, sei es in der politischen Versammlung noch so anmaßend und grob ausdrücken — kein englisches Blatt von Bedeutung wird sich finden, das solche Anrempelungen aufnehmen und heimzahlen würde. Dagegen ist es in der englischen Presse mit wenigen Ausnahmen eine stillschweigend befolgte Parole, und es gibt sogar allem Anschein nach eine direkt für diesen Zweck bestimmte Organisation: den Absichten und Handlungen der deutschen Politik in allen Teilen der Welt, namentlich aber in denjenigen, wo auch die Union Interessen besitzt, Tendenzen unterzuschieben, die gegen Amerika feindlich sein sollen, und diese alsdann den Amerikanern zu denunzieren. Bekanntlich hat sich seinerzeit sogar das amtliche England nicht gescheut, diesen Weg zu betreten, indem der englische Botschafter in Washington versuchte, Deutschland zu beschuldigen, als ob wir während des spanisch-amerikanischen Krieges bestrebt gewesen wären, eine europäische Intervention zu Gunsten Spaniens gegen die Vereinigten Staaten

zustande zu bringen. In dem Kapitel über Amerika werden wir eine förmliche publizistische Organisation für die Verhetzung der Nordamerikaner gegen Deutschland kennen lernen. Es ist natürlich nicht gesagt, daß die amtliche englische Politik bewußtermaßen mit diesen gewöhnlichen Pressmitteln arbeite, aber es ist bekannt, daß das Verhältnis zwischen Presse und Politik, namentlich auswärtiger Politik, in England ohne alle amtliche Organisation ein sehr viel intimeres und verständnisvolleres ist, als bei uns, und daß die politische Bedeutung der englischen Presse in auswärtigen Dingen geradezu turmhoch über der unseres Zeitungswesens steht.

Die politische Gefahr, die durch den Druck der russischen Macht auf Indien und den Eingang zum Persischen Golf drohte, die Besorgnis vor einer deutschen Intervention gegenüber den Absichten auf das türkische Mesopotamien mit Bagdad und die Furcht vor der heraufziehenden amerikanischen Wolke kennzeichneten die innere Stimmung der englischen Politik, nachdem die akute süd-afrikanische Krisis äußerlich überstanden war. Sofort danach kam es zum Abschluß des Bündnisses mit Japan. Es ist schwer zu sagen, ob oder wie weit man in England die kriegerische Fähigkeit Japans zu Lande und zu Wasser richtig eingeschätzt hat, als man das Bündnis schloß. Wahrscheinlich doch nicht ganz so hoch, wie sie sich nachher erwies. Sicher aber wird man sich in London gleich anfangs darüber klar gewesen sein, daß Japan nicht nur brauchbar war, um den russischen Druck im „mittleren Osten“ aufzuheben, sondern daß es nachher auch eine höchst wertvolle Figur gegenüber Amerika darstellen würde. Man darf daher der Politik Eduards VII. auch alles andere eher zutrauen, als sentimentale Erwägungen über Rassengemeinschaft und dergleichen, wenn die Möglichkeit sich zeigen sollte, Amerika durch einen verlorenen Krieg gegen Japan erst zu schwächen und dann auf lange Zeit hinaus mit seiner ganzen Kraft auf die Revanche im Stillen Ozean festzulegen. Ein glatter amerikanischer Sieg im Kampf mit Japan ist sehr unwahrscheinlich. Auch wenn es den Japanern nicht gelingt, der Flotte der Vereinigten Staaten das Schicksal der russischen zu bereiten, so würden sie die Philippinen aller Voraussicht nach doch den Amerikanern entreißen, ohne daß es diesen zunächst möglich wäre, sie wieder zu

nehmen. Das Ergebnis eines japanisch-amerikanischen Krieges würde also wahrscheinlich darin bestehen, daß beide Teile sich auf die Wiederholung des Waffenganges bei nächster Gelegenheit rüsten. Ob Rußland dabei von neuem hineingezogen wird, ist eine andere Frage, die wir bei der Behandlung der amerikanischen Politik noch werden berühren müssen. Worauf es an dieser Stelle ankommt, ist nur der Hinweis darauf, daß England auch vor einem siegreichen Japan noch lange keine Besorgnis wegen Indien zu haben braucht. Nachdem Japan Englands russischen Krieg geführt hat, konnte es sich daran machen, die Früchte des Sieges zu genießen. Wenn es Englands Sache in einem amerikanischen Kriege geführt haben sollte, wird Amerika England die Sorge abnehmen, Indien gegen den siegreichen Freund und Bundesgenossen zu schützen.

In dem Bemühen, die englische Weltstellung als Basis für den Wohlstand und die Macht der Nation zu sichern und zu erweitern, ist die Bündnispolitik Eduards VII. das große, man könnte sagen das heroische oder dramatische Mittel, das die Staaten und Völker des Erdballs nach den Interessen des englischen Volks zu gruppieren, zu führen und gegeneinander auszuspielen unternimmt. In den Augen nicht weniger energischer und patriotischer englischer Politiker gibt es aber auch noch einen ganz anderen Weg, um Englands Interessen zu sichern: den Ausbau des imperialistischen Systems zu einem Reichszollverein zwischen sämtlichen Gliedern des Weltreichs England und seinen Kolonien. Als Führer dieser Richtung ist vor allen Dingen der frühere Kolonialminister Chamberlain hervorgetreten. Chamberlains und Eduards VII. Politik schließen sich nicht aus; sie können an sich nebeneinander hergehen und einander ergänzen, aber es liegt in der Natur der Dinge, daß derjenige, der mit den größten Mitteln zu arbeiten unternimmt, die es überhaupt gibt, die kleineren Mittel lieber seinen Helfern zweiter Ordnung überläßt. Der Unterschied zwischen den beiden Systemen liegt aber nicht nur in der Verschiedenartigkeit ihres Prinzips, sondern auch darin, daß das eine die Politik eines bedeutenden Mannes ist, eines sehr bedeutenden, aber doch einer einzelnen Persönlichkeit — die Politik Chamberlains dagegen ist die einer großen, auf reale Erscheinungen des Wirt-

schaftslebens sich stützenden, aus wirtschaftlichen Erscheinungen ihre Lebenskraft und ihr Wachstum ziehenden Partei. Darum kann die Politik Eduards VII. heute sein und morgen nicht mehr sein, so gut wie die preussische Politik bis zum Tode Friedrichs II. die des großen Königs war, danach aber die Friedrich Wilhelms II. und seiner Nachfolger; die Politik des britischen Reichszollvereins hängt nicht an der Persönlichkeit Chamberlains oder eines anderen Führers, sondern sie beruht auf viel dauerhafteren Momenten. Die Argumentation der imperialistischen Schutzöllner ist folgende:

England habe durchaus einem Zustand der Dinge entgegenzusehen, bei welchem mehr und mehr eine Mauer feindlicher Tarife gegen es errichtet sein werde, bei dem die auswärtigen Nationen ihre Befugnis zur Handhabung ihrer Tarife zum Nachtheile Englands gebrauchen, und bei dem England weniger und weniger imstande sein werde, in den zivilisierten Ländern Märkte für seine Waren zu finden. Man nehme das Beispiel Rußlands. Die Politik Rußlands sei mit Vorbedacht darauf gerichtet, den Tarif so zu handhaben, daß Rußland allmählich eine in sich abgeschlossene Gemeinschaft werde. Nicht aber Rußland allein, sondern auch alle anderen Nationen gingen darauf aus, sich mit den Mauern eines Schutzzoll- und Ausschließungssystems von steigender Höhe zu umgeben, und wenn es so weiter gehe, dann müsse die Zeit kommen, wo die Türkei, Indien und die britischen Kolonien die einzigen neutralen Märkte sein werden. England werde dann eine ungeheure Menge von Nahrungsmitteln und Rohstoffen einzuführen haben und durch eine Ausfuhr bezahlen müssen, welche unterzubringen es die größten Schwierigkeiten finden wird. Diese Folge sei gegenwärtig durch die Tatsache verhüllt, daß es ein gewaltiges arbeitendes Kapital im Auslande besitzt und daher verhältnismäßig leicht seinen Nahrungsbedarf nicht nur durch Ausfuhr von Fabrikaten, sondern auch durch die Schuldzahlungen fremder Nationen decke. Doch gehe gegenwärtig die Tendenz nach der entgegengesetzten Richtung, und, soweit die Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht kommen, die einst Englands bedeutendster Schuldner waren, so bestehe jetzt eine Bewegung, welche dahin zu zielen scheint, sie aus Schuldnern zu Gläubigern Englands zu machen.

Der Grundgedanke ist also die prinzipielle Besorgnis, England könne eines Tages in die Lage kommen, für seinen Bedarf an ausländischen Lebensmitteln und Industrie-Rohstoffen nicht mehr mit seinen vom Auslande bezogenen Zinsen und seinem Handels-gewinn zahlen zu müssen, sondern — mit seinem Kapital.

Um zu einem Urteil über Begründet- oder Nichtbegründetsein des englischen schutzöllnerischen Imperialismus zu gelangen, müssen wir wieder von der statistisch nachweisbaren Bewegung der Bevölkerung Großbritanniens und von ihrem Wachstum während des verfloffenen Jahrhunderts ausgehen. Sie ist insofern ein komplizierterer Faktor, als diejenige Frankreichs und Deutschlands, als die einzelnen Teile des Landes sehr ungleichmäßig, ja sogar in entgegengesetzter Richtung für das Gesamtergebnis mitwirken. Zieht man lediglich das eigentliche Königreich England, den südlichen Teil der Insel Großbritannien, in Betracht, so ist die Zunahme rapid und übertrifft oder hat wenigstens während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Deutschland noch übertroffen. Dagegen wachsen Schottland und Wales sehr langsam, und Irland hat sogar enorm an Volkszahl abgenommen. Da aber jene vier Landesteile zusammen das eine Reservoir bilden, aus dem die englische Gesamtnation ihre politische und wirtschaftliche Kraft schöpft, so muß man sie auch in der Bevölkerungsbewegung als eine Einheit betrachten. Die Volkszahl von Großbritannien und Irland betrug:

1821 . . .	21 ¹ / ₄ Mill.	1881 . . .	35 ¹ / ₄ Mill.
1841 . . .	27 "	1891 . . .	38 "
1861 . . .	29 ¹ / ₂ "	1901 . . .	42 "
		1906 . . .	44 "

Gegenwärtig würde die berechnete Ziffer um 45 Mill. liegen; 1925, wo wir auf mindestens 80 Millionen gestiegen sind, würden es hiernach 55 Millionen sein. Englands Zuwachsrate ist also wesentlich geringer, als die unsere, und folglich steigt auch die Notwendigkeit der Erweiterung überseeischer industriellen Absatzes für die Engländer in langsamerer Progression, als für uns. Man kann etwa sagen, daß für jedes englische Kind, dem der nationale Anteil an Weltproduktion und Welthandel Brot schaffen muß, mindestens zwei deutsche geboren werden, die unter dieselbe

Notwendigkeit fallen. Das ist ohne Zweifel ein Moment, welches geeignet erscheint, die Schärfe des Wettbewerbes, die noch viel größer sein und in Zukunft noch viel feindseliger sich gestalten würde, wenn die englische Zuwachsrate so groß wäre wie die deutsche, etwas zu vermindern. Trotzdem wäre es leichtfertig, sich darüber zu täuschen, daß auch die auf englischer Seite vorhandene Vermehrungsgeschwindigkeit, mit der unserigen addiert, eine gefährliche Größe darstellt. Es ist daher kein Wunder, wenn man sich auch in England dem Gedanken an die wirtschaftliche Zukunft des Volkes nicht ohne Sorge hingibt und wenn die Befürchtungen, die sich nach dieser Richtung hin aufdrängen, zu einer prinzipiellen Schwenkung des englischen Bewußtseins führen, deren sich immer mehr verstärkende Wirkung wir gerade jetzt entschieden zu spüren bekommen.

Die englische Reichspolitik läßt sich seit dem Tode Gladstones oder seit dem bestimmten Aufkommen des Imperialismus etwa dahin kennzeichnen, daß die Nation bestrebt ist, möglichst große Teile der Erdoberfläche und der Menschheit direkt in den britischen Reichsverband einzubeziehen, während früher längere Zeit hindurch eine Strömung überwog, welche zwar die allmähliche Abtrennung der englisch sprechenden und angelsächsisch bevölkerten Reichsteile jenseits der Meere vom Mutterlande nach dem Vorbild Amerikas als eine kaum zu vermeidende Notwendigkeit ansah, sich aber trotzdem darauf verlassen zu dürfen glaubte, daß die wirtschaftliche Ueberlegenheit Englands als der Industriewerkstätte der Welt den anderen Nationen gegenüber doch ein für allemal so groß bleiben würde, daß aus diesem territorialen Schrumpfungsprozeß des Kolonialgebietes in politischer Beziehung keine Schwächung des Staates hervorgehen würde. Diese Auffassung konnte sich natürlich nicht mehr behaupten, als die ökonomischen und industriellen Fortschritte der Völker des Festlandes, in erster Linie der Deutschen, aber auch der Franzosen, Italiener, Oesterreicher, Belgier, Russen usw., offenbar wurden. Seit zwanzig Jahren kann sich kein einsichtiger Engländer mehr darüber täuschen, daß die festländischen Nationen im Begriffe sind, den Abstand, der sie in technischer, kommerzieller und allgemein ökonomischer Hinsicht von England trennt, wiewohl er selbst bei den

vorgeschrittenen unter ihnen noch sehr groß ist, mit schnellen Schritten zu verringern. Dazu ist dann seit kurzem das noch viel drohendere Gespenst der amerikanischen Gefahr getreten. Der neuen Einsicht entspricht die Schwenkung in der britischen Politik zum Imperialismus. Seit 1880 hat sich das Reich in Asien und Afrika um ungeheure Territorien vermehrt. Von Vorderindien ostwärts und westwärts ausgreifend wurden Birma und Belutschistan einverleibt. Vom Kapland aus griff die englische Herrschaft nordwärts bis weit über den Sambesi hinaus und hat in unseren Tagen den letzten Rest des nicht britischen Südafrika, die beiden Burenrepubliken, verschlungen. Das Gebiet des unteren Niger, ein großer Teil von Ostafrika, der ganze früher ägyptische Sudan, endlich das untere Niltal selbst, wurden mittelbar oder unmittelbar britisches Gebiet.

Hält man diese kolossale Erweiterung der britischen Machtsphäre während der letzten Jahrzehnte mit der relativ langsamen Zunahme der zu ernährenden Bevölkerung Großbritanniens und Irlands zusammen, so will es scheinen, als ob die Engländer trotz Deutschland und Amerika mit relativer Ruhe in die Zukunft blicken können — vorausgesetzt, daß die erworbenen Länder entwicklungsfähig nach der Seite des Werteerzeugens und Werteaufnehmens sind. Das trifft für ihre große Mehrzahl zweifellos zu. Eine andere Frage ist es, ob die Schaffung des britischen Reichszollvereins im Sinne der gegenseitigen Bevorzugung des Mutterlandes und der Kolonien im englischen Interesse selbst sich als praktisch erweisen wird. Das zu entscheiden — und anders, als durch das Experiment wird es sich schwer entscheiden lassen — ist schließlich Sache der Engländer allein. Nach einem vorübergehenden Stillstand zu Anfang des Jahrhunderts (Folgen des südafrikanischen Krieges!) ist die Gewinnrate ihrer Volkswirtschaft wieder mächtig im Aufsteigen begriffen, und selbst wenn sich Zeichen rückläufiger Exportbewegung einstellen, so ist das einstweilen eher ein Zeichen für steigenden Wohlstand im Lande, das eine wachsende Menge erzeugter Güter selbst verbrauchen kann und die Verbindlichkeiten an das Ausland mit den Zinsen im Auslande arbeitenden

nationalen Kapitals deckt, statt mit Warenausfuhr — als ein Beweis für die beginnende Verarmung.

Die Besorgnis des schutzöllnerischen Imperialismus geht, wie wir sehen, dahin, daß infolge der fortschreitenden Aufrichtung von Schutzollmauern seitens der übrigen Nationen die englische Ausfuhr nach dem Auslande, mit der England genötigt sei, den größeren Teil seiner Bedürfnisse an Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu bezahlen, sinken müsse; die Nation würde in steigendem Maße, anstatt wie bisher vorzugsweise mit Wareneport, mit den Zinsen ihrer im Auslande arbeitenden Kapitalien und schließlich mit dem Kapital selbst zahlen müssen. Es drohe also eine allmähliche Verarmung des Landes. Demgegenüber sei es nötig, die Einfuhr aus dem nichtbritischen Auslande, das seinerseits die englischen Waren durch seine Schutzöllle aussperrt, ebenfalls zu beschränken, dadurch die Zahlungsverpflichtungen Englands an jenes Ausland zu vermindern und statt dessen den Handel, Einfuhr wie Ausfuhr, mit den eigenen überseeischen Kolonien stärker zu entwickeln. Um eine solche Entwicklung zu fördern, sei aber die Differenzierung der Ölle gegenüber dem Auslande und den Kolonien das einzige Mittel.

Bei dem Güteraustausch zwischen England und den Kolonien handelt es sich vorläufig zum größten Teil darum, daß die überseeischen Teile des Reiches Lebensmittel und Rohprodukte für die Industrie liefern und vom Mutterlande dafür Fabrikate empfangen. Die wichtigsten Einfuhrartikel, deren England überhaupt bedarf, sind:

Getreide	62,8	Mill. Pfd. St.
Baumwolle	55,7	"
Fleisch	42,1	"
Butter und Käse	31,1	"
Wolle	29,6	"
Holz	27,5	"
Häute, Felle und Leder	21,1	"
Zucker	18,5	"
Chemikalien und Drogen	18,2	"
Früchte	14,2	"
Seidenwaren	13,1	"

Eisen	11,7	Mill. Pfd. St.
Kupfer	11,1	"
Lebende Tiere.	10,5	"
Kautschuk	10,0	"
Tee	9,9	"
Zinn	9,3	"
Wollwaren	9,3	"
Sämereien	9,2	"
Baumwollwaren	9,1	"
Jute	8,3	"
Eier	7,1	"
Petroleum	5,8	"
Papier	5,7	"
Maschinen	5,1	"

Der Gesamtwert aller in der vorstehenden Tabelle durch den Druck hervorgehobenen Einfuhrartikel an Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen beträgt in runder Summe 390 Millionen Pfund Sterling oder ca. 8 Milliarden Mark, und in allen diesen Produkten sind die englischen Kolonien — es handelt sich, ausgenommen Baumwolle und Zucker, nur um die großen Selbstverwaltungskolonien, nicht um Indien und die übrigen von der Krone verwalteten Besitzungen mit farbiger Bevölkerung — von Natur leistungsfähig und könnten wohl bei gehöriger Entwicklung ihrer Produktivkräfte das Mutterland von sich aus vollkommen versorgen. In der Praxis stehen die Dinge einstweilen allerdings sehr anders. Die Einfuhr aus den britischen Besitzungen nach England beträgt, wie wir sahen, gegenwärtig über 142 Millionen Pfund Sterling, diejenige aus dem Auslande mehr als das Dreifache: gegen 466 Millionen Pfund Sterling jährlich. Es liefern also nicht die Kolonien, sondern das Ausland den Löwenanteil für die Versorgung Englands mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Allerdings zeigt sich, daß der Handel Englands, Einfuhr wie Ausfuhr, mit den Kolonien in rascherer Zunahme steht als mit dem Auslande.

Gesetzt nun den Fall, die Pläne Chamberlains verwirklichten sich, so würde zunächst die Folge die sein, daß sich der gesamte Lebensunterhalt für das englische Volk fast um den Betrag der

Zollbelastung für Nahrungsmittel und Rohstoffe verteuerte; denn zunächst und auf lange hinaus wäre ja gar nicht daran zu denken, daß die Kolonien faktisch ihre gegenwärtige Produktion soweit vervielfachten, um den gesamten Bedarf des Mutterlandes annähernd zu decken. Natürlich würden Getreideproduktion, Viehzucht usw. in ihnen unter dem Schutz des Differenzialtarifes gegen das Ausland kräftig zunehmen; aber man muß bedenken, daß sowohl Australien samt Neuseeland als auch Kanada und Südafrika, die in erster Linie in Betracht kommen, zusammen noch kein Duzend Millionen weißer Einwohner haben, daß ihrer Produktionsfähigkeit also bereits durch den Mangel an Menschen physische Grenzen gezogen sind, innerhalb derer sie zwar bald einen kräftigen Aufschwung nehmen, die sie aber unmöglich mit einem Ruck sprengen kann. Bis die Chamberlainsche Zollvereinstheorie praktisch annähernd voll funktioniert, müßten also selbst im günstigsten Falle Jahrzehnte vergehen, vielleicht, ja wahrscheinlich, aber Generationen. Bis dahin kommt das ganze Projekt, wie man sieht, darauf hinaus, daß sich das Mutterland eine ungeheure Selbstbesteuerung zu Gunsten der Kolonien auferlegt.

Natürlich ist es kein Wunder, wenn die Kolonien diese Seite des Zollvereins-Programms gern bereit sind, sich gefallen zu lassen. In England aber will man gleichfalls nach Möglichkeit nicht nur geben, sondern auch nehmen, und daher soll auf seiten der Kolonien der Begünstigung durch das Mutterland ebenso eine Gegenleistung entsprechen: sie sollen wie England ihre Produkte so auch ihrerseits den Import englischer Fabrikate und Manufakturen durch Zolldifferenzierung gegenüber dem nichtbritischen Auslande begünstigen. Hier aber stößt das Interesse von Mutterland und Kolonien auf dem empfindlichsten Punkte zusammen, den es gibt — auf dem finanziellen, denn die Finanzen der großen Selbstverwaltungskolonien sind samt und sonders auf die Zolleinnahmen basiert. Die Dominion of Canada hat (Finanzabrechnung für 1900/01) an Staatseinnahmen insgesamt 52½ Mill. Dollars aufzuweisen; hiervon machen die Zolleinnahmen mehr als die Hälfte aus, 28½ Millionen. Ähnlich ist das Verhältnis bei den australischen Staaten und in Südafrika. Bei Neuseeland betragen z. B. die Zolleinkünfte

über ein Drittel der gesamten öffentlichen Einnahmen, bei der Kapkolonie fast ebensoviel. Sollen nun die Kolonien der Einfuhr aus dem Mutterlande einen so kräftigen Zollabschlag gewähren, daß dadurch die Einfuhr aus dem Auslande wirklich in beträchtlichem Maße verdrängt wird, so würde sich das sofort an ihren Finanzen auf höchst verhängnisvolle Weise zum Ausdruck bringen, wozu in Erwägung gezogen werden will, daß die koloniale Finanzlage, namentlich in Australien, bereits eine ausgesprochen bedenkliche ist. Hier liegen also große Schwierigkeiten für die Verwirklichung der Zollvereinspläne und sie werden dadurch nicht geringer, daß derjenige Staat, gegen den sich das imperialistische Schutzollsystem in Wirklichkeit am meisten richten würde, die Union ist. England führt aus den Vereinigten Staaten Waren im Werte von 131 Mill. Pfund Sterling ein und exportiert dorthin noch nicht für 28 Mill. Pfund. In diesen Ziffern steckt die kolossale Korn-, Fleisch- und Baumwolleneinfuhr aus den Vereinigten Staaten. Sie ist es, die durch die Verwirklichung des britischen Zollvereins bei weitem am schwersten getroffen werden würde. Wenn irgend etwas, so bedeutet in der Tat die Zahlungsbilanz gegenüber der Union einen faktischen Blutverlust für England. Trotzdem oder vielleicht gerade weil die Amerikaner der eigentlich betroffene Teil sind, maskierte Chamberlain mit großem Geschick und in vollkommen richtiger Berechnung der Argumente, die ihn bei den breiten Massen zum Ziele führen konnten, die Aktion als eine gegen Deutschland gerichtete. Von Amerika war selten die Rede, die gegen Deutschland gerichtete Seite der Zollvereinspolitik wurde dagegen in fortgesetzter Wiederholung und Steigerung immer wieder von neuem aufgezeigt. Die Dinge standen damals und stehen zum Teil auch jetzt noch in England so, daß eine politische oder wirtschaftspolitische Maßregel sich einem großen Teil der öffentlichen Meinung ohne weitere Frage dadurch empfiehlt, daß sie ein antideutsches Gesicht hat oder vorsezt bekommen kann. Diese Meinung der Nation benutzen die imperialistischen Schutzöllner, wenn sie die Agitation für den Reichszollverein mit einer gegen Deutschland gerichteten Spitze versehen. Mit solchem Feuer zu spielen, ist aber unter allen Umständen gefährlich. Der Gedanke, daß der Krieg mit Deutschland eines Tages

doch kommen werde, führt sehr leicht weiter zu der Erwägung, daß er, wenn er kommt, für England um so schwieriger werden wird, je mehr die Wehrfähigkeit Deutschlands zur See sich entwickelt. Unter diesem Gesichtspunkt ist es deutlich, daß der endliche Sieg Englands im südafrikanischen Kriege zu Gunsten der Aufrechterhaltung des Friedens in die Waagschale fiel. Wenn England Südafrika verloren hätte, so hätte es vor der Frage gestanden, ob es sich das dort Verlorene auf irgend eine andere Weise, sei es durch Erweiterung seiner eigenen, sei es durch Schädigung einer fremden Handelsmacht, wieder holen, oder ob es den Abstieg von seiner Größe antreten wollte. So lange wir in bezug auf Seegeltung noch nicht sehr viel stärker sind als heute, ist es durchaus nicht klug, sich über Ziffern, welche die Verlangsamung des Fortschreitens der englischen Handelsbewegung etwa beweisen könnten, bloß zu freuen, selbst wenn vorläufig noch garnicht davon die Rede ist, daß die Ertragsquote auf den Kopf der englischen Bevölkerung zurückgeht.

Die größte Gefahr zwischen England und Deutschland liegt jedenfalls darin, daß, wie wir weiter oben ausführlicher sahen, die unüberlegte Haltung eines großen Teils der deutschen Presse bei den Engländern, und zwar keineswegs allein bei der urteilslosen Masse, die Vorstellung erweckt hat, wir wollten sie bei Gelegenheit angreifen, um sie ihres Platzes als der ersten Handels- und Kolonialmacht der Welt zu berauben und uns an ihre Stelle zu setzen. Angenommen, die deutsche Politik hegte wirklich diesen Gedanken — was sie bekanntlich nicht tut und nach Lage der Dinge auch gar nicht tun kann —, so müßte jedenfalls das oberste Gesetz unseres öffentlichen Verhaltens gegen England die absoluteste und unverdächtigste Zurückhaltung sein. Aber nicht schaden können, auch nicht einmal ernsthaft schaden wollen, und dabei doch eine Haltung einnehmen, als ob man jeden Augenblick zum Hiebe ausholen könnte und möchte, das ist der Gipfel des Unverständes. Auf diese Weise summiert man auf der englischen Seite zu der Sorge vor dem ökonomischen Wettbewerb Deutschlands, die allein unter Umständen schon hinreichen kann, um die Frage des Präventivkrieges aufzuwerfen, noch die andere, ob es klug sei, zu warten, bis Deutschland die von ihm — vermeintlich — gesuchte Gelegenheit zum Ueberfall

auf England fände und mittlerweile seine Seerüstung fortgesetzt verstärkte. In dieser Frage müssen wir ganz besonders mit einer englischen Eigentümlichkeit rechnen, die man bei uns nicht genug würdigt, weil man sie nicht genug kennt. Dieses Moment ist die leidenschaftliche Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in England, sobald Fragen der sogenannten nationalen Ehre oder nationalen Sicherheit in Frage kommen — genauer gesagt das, was die großen maßgebenden Zeitungen dafür erklären. Man macht sich meist keine richtige Vorstellung davon, bis zu welchem Grade durch die fortschreitende Anteilnahme breiterer Schichten an der Politik infolge Erweiterung des Wahlrechts, durch die Entwicklung des Zeitungswesens und des beispiellos organisierten Nachrichtendienstes aus allen Interessengebieten der englischen Politik — und welcher Teil der Welt wäre für den Durchschnittsengländer nicht englisches Interessengebiet! — in Verbindung mit dem Fortschreiten der imperialistischen Idee Eifersucht, Mißtrauen und Leidenschaft der Massen entflammt werden können, sobald irgendwo der Schatten einer wirklichen oder vermeintlichen Gefahr auftaucht. Schon 1864 schrieb der spätere Premierminister Lord Salisbury: „Mäßigung, namentlich wo es sich um Besitz von Land handelt, ist nie ein Charakteristikum der Demokratie gewesen. Wo immer sie freie Hand hatte, in der antiken oder in der neuen Welt, auf der alten oder der neuen Hemisphäre, hat stets ein Durst nach Imperium und eine Bereitschaft zu aggressiven Kriegen die Demokratie gekennzeichnet“, und im Jahre 1900: „Wenn auch die Regierungen nicht nur anscheinend, sondern wirklich friedliche Absichten haben, so können ihre Bestrebungen doch stets durch die leidenschaftlichen und gewaltsamen Handlungen der reinen Unwissenheit umgestoßen werden Wir können nicht sicher sein, daß nicht die Regierungen ihre Macht an die weniger gebildeten und weniger aufgeklärten Massen abtreten, die in vielen Ländern der Welt mehr und mehr die öffentlichen Angelegenheiten beherrschen.“*) In dieser Charakteristik spricht zwar zunächst die allgemeine Abneigung des konservativen und aristokratischen verantwortlichen Politikers gegen die unverantwortlichen Einflüsse der Masse mit; aber die Tatsache dieses Einflusses, der Massen-

*) Plehn. „Nach dem englisch-japanischen Bündnis,“ Berlin 1907 S. 24. f. Rohrbach, Deutschland unter den Weltvölkern.

stimmung und des Masseninstinkts auf die große Politik ist darum doch richtig eingeschätzt. Zu der Masse in diesem Sinne gehört überdies in England keineswegs nur „der Mann auf der Straße“, sondern auch der ganze politisch interessierte bessere Mittelstand und das durchschnitts-„gebildete“ Publikum. Diese Unfähigkeit des in politischen Dingen ausschlaggebenden Teils der englischen Nation, unter dem suggestiven Einfluß der in allen kritischeren Angelegenheiten sofort auf den Alarmton gesinnten Presse die objektive wünschenswerte Ruhe des Urteils zu bewahren, bildet für die Pflege des Verhältnisses zwischen uns und England einen Faktor, der nur zu leicht unterschätzt wird und dem gegenüber die Presse bei uns sich stets einer besonderen Verantwortlichkeit bewußt bleiben muß.

Fünftes Kapitel.

Frankreich, Italien und das westliche Mittelmeer.

Es war die Aufgabe der Ausführungen in dem Kapitel über die Natur des russischen Problems nach seiner wirtschaftlichen wie nach seiner politischen Seite, die Tatsache klar zu stellen, daß Rußland seiner positiven materiellen Aktionsfähigkeit nach für absehbare Zeit als bestimmender Faktor aus der internationalen Politik ausscheidet. Wie aber steht es nun mit Frankreich, dem offiziellen Verbündeten Rußlands? Wir erinnern uns daran, daß die Annäherung zwischen Frankreich und Rußland, die sich alsbald nach der Entlassung Bismarcks vollzog, ihre Spitze gegen Deutschland kehrte. Der psychologische Faktor dieses Bündnisses war auf der französischen Seite, neben dem Wunsch, überhaupt aus der politischen Isolierung herauszukommen, in die Bismarcks Politik Frankreich versetzt hatte, der Revanchegedanke; auf russischer Seite wirkten die falsche Besorgnis vor vermeintlichen aggressiven Gedanken Deutschlands, ferner die Vorstellung, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine Art von Versicherung geschlossen hätten, Rußland auf der Balkanhalbinsel zu hindern (nach Konstantinopel werden wir nur durch das Brandenburger Tor kommen!), schließlich aber, und am nachhaltigsten, die Spekulation auf den Milliardenkredit beim französischen Geldmarkt zusammen. Diesen Gründen seiner Entstehung gemäß war der Zweibund für den Fall eines Konfliktes einer der beteiligten Mächte mit Deutschland oder Oesterreich-Ungarn abgeschlossen; auf außereuropäische Angelegenheiten bezog er sich nicht, und er blieb daher auch für jeden der beiden Partner im Moment einer entscheidenden außereuropäischen Krisis wirkungslos. Für die Franzosen bedeutete der Schlag von Faschoda (1898) eine solche Krisis, für Rußland der Krieg mit Japan. Hier wie dort war es — das eine Mal direkt, das andere Mal indirekt — England, das eine große weltpolitische Hoffnung eines der Bundesgenossen durchkreuzte. England erzwang

durch unmittelbare und offene Drohung mit Gewalt den Rückzug der Franzosen vom oberen Nil, ihren Verzicht auf die Verbindung des französischen Sudan und des ganzen westafrikanischen Kolonialreichs mit dem Indischen Ozean. Das ist zweifellos der härteste Mißerfolg gewesen, den die französische Politik seit dem Frankfurter Frieden erlitten hat. Die Entscheidung von Faschoda besiegelte, daß Frankreich in Zukunft nicht die erste, sondern nur die zweite afrikanische Kolonialmacht sein dürfe, und noch weit darüber hinaus stellte sie für die Zukunft die absolute Ueberlegenheit Englands in der Verfolgung seiner überseeischen und weltpolitischen Pläne, in denen der Besitz des östlichen Sudan und Ostafrikas eine sehr wichtige Rolle spielt, fest. Noch weit verhängnisvoller als Faschoda für Frankreich wurde der japanische Konflikt für Rußland, ohne daß sich, abgesehen etwa von der weitherzigen Auslegung des Neutralitätsbegriffs durch die Franzosen gegenüber der russischen Flotte im Indischen Ozean und von der letzten großen Kriegsanleihe Rußlands in Paris, eine Hilfe aus dem Bündnis ergab. Je deutlicher aber nach dem Kriege die verzweifelte Finanzlage des Verbündeten wurde, desto zurückhaltender mußte man sich schließlich auch in Frankreich gegenüber den immer dringlicher werdenden russischen Darlehnsge suchen stellen, so daß gegenwärtig der Zweibund in der Tat nur noch nominell aufrecht erhalten wird. Auf der russischen Seite fehlt das materielle Vermögen, selbst wenn der ursprünglich vorausgesehene Bündnisfall eintreten sollte, dem „Verbündeten“ beizuspringen, und in Frankreich muß damit natürlich das praktische Interesse an dem speziellen Verhältnis zu Rußland verschwinden.

Für die Beurteilung der materiellen und psychologischen Voraussetzungen, auf denen sich die französische Politik uns gegenüber aufbaut, kommt es, nachdem die Bedeutung des Zweibundes materiell hinfällig geworden ist, hauptsächlich auf die richtige Anschauung über folgende Faktoren an: 1. den Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsbewegung und der politischen Kraft Frankreichs; 2. die militärische Wehrfähigkeit der Nation im Falle eines Konflikts mit Deutschland; 3. die Beeinflussbarkeit der elsass-lothringischen Frage und der Revanche-Idee durch die Zeit und durch das Auftreten oder Nichtauftreten französischer politischer Interessen erster

Ordnung außerhalb der durch den Frankfurter Frieden geschaffenen besonderen Situation.

Nach der Entscheidung von 1871 waren Frankreich und das neue Deutsche Reich einander in Europa an Umfang und Volkszahl fast gleich. An Nationalreichtum waren uns die Franzosen trotz der Kontribution von 5 Milliarden Francs und der direkten materiellen Schädigung, die ihnen der auf ihrem Boden geführte Krieg zugefügt hatte, weit überlegen. Frankreich war bereits damals ausgesprochenermaßen eine Gläubigernation, und in den Portefeuilles der französischen Sparer befanden sich große Summen ausländischer Schuldentitel. Dieser Umstand ermöglichte es bekanntlich den Franzosen, die Kriegskontribution so überraschend schnell und leicht zu bezahlen. Es brauchte nur wenig französisches Geld exportiert zu werden und die Hauptmasse der Kriegsentschädigung konnte aus dem auswärtigen Guthaben beglichen werden. Schon seit der großen Revolution hatte Frankreich aber nur eine langsame Bevölkerungszunahme gehabt. Die ersten allgemeinen Volkszählungen erfolgten 1801 und 1806; sie ergaben 27,3 und 29,1 Millionen Menschen, beruhten aber, wie auch die nächstfolgenden, mehr auf bloßen Schätzungsmethoden. Zuverlässig sind die Zahlen erst von 1821 an. Hiernach betrug die Bevölkerung:

1821	30,5	Millionen
1841	34,3	„
1851	35,8	„
1861	37,4	„
1866	38,1	„
*) 1872	36,1	„
1876	36,9	„
1881	37,7	„
1886	38,2	„
1891	38,3	„
1896	38,5	„
1901	39,0	„
1906	39,3	„

*) Bevölkerungsverlust durch den Krieg und durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen.

Die Zunahme ist also während des letzten Jahrhunderts eine außerordentlich geringe gewesen, und wenn nicht eine beträchtliche Einwanderung, namentlich aus Italien und Belgien stattfände, so würde von einem Wachsen der Einwohnerzahl Frankreichs überhaupt kaum noch die Rede sein können. Der direkte Geburtenüberschuß ist so gut wie bedeutungslos. Er hat sich z. B. von 1901—1905 zwischen den minimalen Beträgen von 72 000 und 37 000 Seelen pro Jahr bewegt, und manche französischen Statistiker behaupten sogar, daß es in einzelnen Jahren gelegentlich zu einem Minus der Geburts- gegenüber der Sterbeziffer gekommen sei. Schon vor dem Kriege waren das germanische Elsaß und die deutschen Teile Lothringens mit ihrem unfranzösischen Kinderreichtum eine Hauptquelle des damals noch eher nachweisbaren geringen Ansteigens der Gesamtvolkszahl. Jetzt ist diese Quelle für Frankreich versiegt und seine Bevölkerungsziffer kann praktisch als auf der ungefähren Höhe von 40 Millionen zum Stillstand gekommen angesehen werden. Dem gegenüber hat Deutschland heute bereits eine Einwohnerzahl von über 63 Millionen Menschen, und für das Jahr 1925, wo die Franzosen voraussichtlich nur erst eine Kleinigkeit über 40 Millionen stehen werden, haben wir in Deutschland sehr wahrscheinlich mit einer Ziffer von mindestens 80 Millionen Einwohnern zu rechnen.

Für die Beurteilung der Frage, nach welchen Gesichtspunkten wir den französischen Faktor sowohl in der großen Politik überhaupt als auch speziell im Verhältnis zu uns einschätzen müssen, ist es aber notwendig, im Zusammenhang mit den Folgerungen aus dem bevölkerungs-statistischen Vergleich und bevor wir einen endgültigen Schluß aus ihm ziehen, erst noch einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung Frankreichs nach der Seite seiner überseeischen und kolonialen Expansion hin zu gewinnen. Hierfür müssen wir den Ausgangspunkt ungefähr gleichzeitig mit dem Emporkommen der überseeischen Interessen Englands während des 17. Jahrhunderts nehmen. Die französische Marine, die schon im 16. Jahrhundert existierte und einige Leistungen aufzuweisen hatte, war in der Zeit der Wirren während der Minderjährigkeit Ludwigs XIII. fast vollständig zerfallen. Cardinal Richelieu, 1624—1642 Regent von Frankreich, nahm sich ihrer wieder an, aber unter dem nächsten

Regenten, Mazarin, geschah wiederum nicht viel für die Flotte. Der eigentliche Gründer der französischen Seemacht wurde erst Colbert, Ludwigs XIV. Finanz-, Kolonial- und Marineminister (seit 1661). Bei seinem Tode (1682) hinterließ er Frankreich als die erste Kolonial- und als die stärkste Seemacht der Welt. Die Stärke der französischen Marine beruhte nicht nur auf ihrer für die damalige Zeit gewaltigen Zahl von beinahe 200 Kriegsschiffen, sondern auch auf der musterhaften Ordnung des Mannschaftersatzes, der Kriegshäfen und der Seearsenale durch den großen Organisator und auf ihrer durch stete Uebungen gewährleisteten Schlagbereitschaft. Gegen Ende der Regierung Ludwigs XIV. besaß Frankreich in Nordamerika das Becken des Lorenzstromes, der großen kanadischen Seen und des Mississippi. Das St. Lorenz- und das Mississippi-Gebiet, Kanada und Louisiana, übertrafen das damalige englische Kolonialgebiet an der Ostküste Nordamerikas (die späteren 13 vereinigten Staaten) um mehr als das Zehnfache. Noch heute bezeichnen die französisch redende Bevölkerung von Ober-Canada und die lange Kette französischer Namen längs des St. Lorenz und Mississippi bis herunter zum Golf von Mexiko diese einstige Besitzsphäre Frankreichs: Montreal, Quebec, St. Paul, St. Louis, Neu-Orleans. Florida und Mexiko, das damals noch den doppelt so großen Umfang gegen Norden hatte als heute, waren spanisch; fast der ganze Rest von Nordamerika französisch; was die Engländer besaßen, war nur der Küstenstreif zwischen dem Atlantischen Ozean und den Alleghanies. Amerika von der Hudson-Bay bis zum Cap Horn schien bestimmt, eine romanische Welt mit einer kleinen angelsächsischen Enklave zu werden. Auch in Westindien war die Stellung der Franzosen bedeutender, als die der Engländer; ebenso in Westafrika. In Ost-Indien hatten sie gleichfalls festen Fuß gefaßt und waren politisch wie wirtschaftlich im Vordringen begriffen. Die Fischbänke von Neufundland, Haïti als das reichste Antillengebiet, die Zuckerinseln Isle de France und Bourbon hinter Madagaskar auf dem Wege nach Indien, gehörten Frankreich. Wie ist es gekommen, daß doch nicht die Franzosen die herrschende Nationalität jenseits der Meere wurden, sondern die Angelsachsen?

Die beiden großen Kriege von 1688 bis 1697 (der sogenannte pfälzische Erbfolgekrieg) und von 1703 bis 1714 (spanischer Erbfolgekrieg) überanstrengten die Finanzkraft Frankreichs. Colbert war tot, und nach seinem Hingang besaß kein französischer Staatsmann mehr die Einsicht und die Autorität, unter allen Umständen die Mittel zu schaffen, um die Kriegsmarine auf der Höhe zu halten. Man nahm das Geld für den Landkrieg, der alle Kräfte Frankreichs bis über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit hinaus anspannte, und überließ die Seemacht dem Rückgang und allmählichen Verfall. 1690 schlug der französische Admiral Tourville die vereinigte englische und niederländische Flotte noch einmal vor dem Hafen von Dieppe. Zwei Jahre später hatte sich das Blatt schon gewendet: als die Schiffe Ludwigs XIV. den vertriebenen König Jakob, seinen Verbündeten, mit Truppen nach England übersetzen sollten, wurden sie von den Engländern bei Cherbourg vernichtend geschlagen. Diese Seeschlacht am Kap de la Hague 1692 bedeutete für Frankreich die äußere Besiegelung des inneren Verfalls der Marine. Von da an ist es nie wieder so weit gelangt, den mächtig erstarkenden Engländern zur See die Spitze bieten zu können. Viel trug dazu auch die zeitweilige Personalunion zwischen England und den Niederlanden unter Wilhelm von Oranien bei, aber entscheidend war nicht die hierdurch bedingte englisch-holländische Kooperation zur See, sondern entscheidend war der Tod Colberts und der Verbrauch der zum Unterhalt der Kriegsschiffe, Häfen und Werften notwendigen Gelder für den Landkrieg gewesen. Eine verfallene Marine wieder in die Höhe zu bringen, wenn ein übermächtiger Gegner davorsteht, ist selbst dann ungeheuer schwer, wenn der politische Wille und die finanziellen Mittel vorhanden sind.

Außerlich überragte Frankreich als Kolonialmacht auch noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts England beträchtlich. In Indien schien es bis zur Abberufung des Gouverneurs Dupleix (1754) Dank der Energie und Geschicklichkeit dieses Mannes sogar Aussicht zu haben, den angelsächsischen Rivalen vom Platz zu verdrängen. In Nordamerika war der Stand der Besitzverhältnisse ungefähr noch der alte. Man stelle sich den Gang der politischen und nationalen Entwicklung der Welt vor, wenn Nordamerika

und Indien — und damit selbstverständlich auch die Südkontinente der östlichen Halbkugel — heute nicht angelsächsisch wären, sondern Besitz- und Herrschaftsgebiet der romanischen Rasse unter absoluter überseeischer Hegemonie der Franzosen! Es läßt sich darauf erwidern, daß Frankreich als ein England gegenüber wesentlich kontinentalerer Staat an sich nicht eine so große überseeische Expansionskraft, keine solche Auswanderung, keine so großen politischen und Wirtschaftsinteressen hervorgebracht hätte. Es ist möglich, daß alle überseeischen Herrschaftsgebiete der weißen Rasse, vor allen Dingen Nordamerika, heute an sich bescheidenere Verhältnisse aufwiesen, wenn sie französisch, statt angelsächsisch kolonisiert worden wären — aber wäre darum der Unterschied für die Gesamtentwicklung der Welt weniger bedeutsam?

Im siebenjährigen Kriege wurde dann die Zukunft der französischen Rasse und der französischen Macht auf dem Erdball endgültig zerstört durch die falsche Stellungnahme gegenüber Preußen. Frankreich war zur See schwächer als England, aber noch war das Mißverhältnis der maritimen Kräfte kein so absolutes, daß es keine Hoffnung auf Sieg gegeben hätte. Wenn überhaupt, so waren aber die Kräfte Frankreichs für den Kolonialkrieg mit England nur in dem Falle vielleicht ausreichend, daß sie ganz und gar auf das eine Ziel hin konzentriert wurden. Nichts hätte mehr in der Richtlinie der französischen Politik liegen sollen, als das Emporkommen einer norddeutschen selbständigen Großmacht neben Oesterreich zu fördern. Statt dessen nahm Frankreich auf der einen Seite den Seekrieg mit England auf und setzte auf der andern seine Kräfte mit Oesterreich und Rußland zusammen gegen Preußen ein. Das gab den Angelsachsen den Weg zur Weltmacht endgültig frei. Im Frieden von 1763 wurden Kanada und das Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten bis zum Mississippi englisch, wurde Indien englisch und die Westhälfte des Mississippi-Beckens spanisch. Napoleon hat Louisiana dann noch einmal vorübergehend von Spanien erworben, aber er konnte es nicht halten — so wenig, wie er die übrigen französischen Kolonien halten konnte. Die moralische und materielle Vernichtung der französischen Marine während der großen Revolution versetzte der überseeischen Politik des alten Frankreich

den letzten Schlag. Die Flotte war royalistisch und darum den Jakobinern ein Dorn im Auge; sie ließen sie absichtlich verfallen. Was die Republikaner in wenigen Jahren gesündigt hatten, das konnte Napoleon, der den Wert der Marine begriff wie kein zweiter, in aller Fülle seiner Gewalt nicht wieder herstellen. Nicht der Brand von Moskau und nicht die Schlacht bei Leipzig sind sein Schicksal gewesen, sondern die Schlacht bei Trafalgar war es. Dort fochten am 21. Oktober 1805 27 englische Linienschiffe gegen 33 französische und spanische. Die Engländer verloren ihren Admiral Nelson, Napoleon die Flotte, die es ihm in sechsjähriger Arbeit soweit wieder zu erwecken gelungen war. Nach Trafalgar hat er es nie wieder dahinbringen können, eine französische Flotte zu besitzen, die stark genug gewesen wäre, um in ihrem Schutz den Versuch zur Ueberführung einer Armee nach England zu wagen — nach England, dessen Feindschaft ihn nach Spanien und nach Rußland zog, wo seine Kraft verblutete. Die Abtretung Nord-Amerikas westlich vom Mississippi an die Vereinigten Staaten (1803) ist auch nur eine Episode in dem Ringen mit England. Als Napoleon sah, daß der kurz vorher mit England geschlossene Friede von Amiens doch nicht zu halten war, gab er dem Wunsch der Amerikaner nach dem Besitz des rechten Mississippiufers nach. Er erhielt von ihnen als Preis achtzig Millionen Franken und die Neutralität der Union in dem bevorstehenden Kriege mit England. Hatte doch der amerikanische Gesandte Monroe, der spätere Präsident, nach dem die politische Monroe-Doktrin genannt ist, den Auftrag erhalten, falls Napoleon alle Verhandlungen über den Kauf ablehnen sollte, in London wegen eines amerikanisch-englischen Bündnisses gegen Frankreich anzuknüpfen. Der Louisiana-Vertrag von 1803 besiegelte die angelsächsische Zukunft Nordamerikas, an die ein Jahrhundert früher wohl noch kein Politiker in Europa oder in den Kolonien zu denken vermocht hätte. So ist es gekommen, daß die Kolonisation der großen Zukunftsländer über dem Ozean ein angelsächsisches Werk wurde und Amerika eine von den Angelsachsen beherrschte Welt, statt ein Herrschaftsgebiet der romanischen Rasse.

Aus der Epoche der Revolution und der napoleonischen Kriege ging Frankreich mit einem fast bis zur Wertlosigkeit reduzierten

Kolonialbesitz hervor. Es hatte einige Landstriche in Westafrika am Senegal, behalten, dazu die Insel La Réunion im Indischen Ozean, sowie eine Anzahl bedeutungsloser Posten in den benachbarten Meeresteilen; ein Viertelduzend kleiner Plätze in Vorder-Indien; in Amerika Cayenne mit französisch-Guyana, aber vom einstmals so wichtigen westindischen Besitz nur noch Martinique, Guadeloupe und einige unbedeutende Eilande; an der Küste von Neufundland waren noch die Inseln St. Pierre und Miquelon sowie gewisse Fischereirechte französisch. Damit stand Frankreich als Kolonialmacht nicht erheblich über Dänemark. 1830 erfolgte dann der wichtige Schritt der Eroberung von Algier, das aber lange Zeit hindurch überhaupt nicht zu den Kolonien gerechnet wurde und auch heute noch eine Sonderstellung unter den überseeischen Besitzungen einnimmt. Gewisse französische Interessen bestanden auch noch aus der letzten Zeit des königlichen Frankreich vor der Revolution in Annam in Hinterindien, namentlich hatten französische Missionare dort eine einflussreiche Stellung. Aus Konflikten zwischen der Mission und der einheimischen Regierung ergab sich bald nach dem Krimkriege die Notwendigkeit einer militärischen Expedition, die schließlich zu Anfang der sechziger Jahre mit der Abtretung einiger Provinzen an der Mündung des Mekong an Frankreich endete. Im westafrikanischen Senegalgebiet führte die Verwaltung des Generals Faidherbe etwa um dieselbe Zeit zu einer etwas größeren Ausdehnung der französischen Interessensphäre in das Binnenland hinein. Damals tauchten auch schon die ersten Vorläufer des Gedankens auf, die Senegalkolonie mit Algier durch eine Trans-Saharabahn zu verbinden. Wenig bedeutsam war die Besetzung einiger Punkte in der australischen Inselwelt: Neukaledonien, Tahiti usw. Als überseeische Unternehmung großen Stils kann während der ganzen Epoche zwischen 1815 und 1871 nur die Expedition Napoleons III. nach Mexiko angesehen werden, die bekanntlich mit einem vollkommenen Fehlschlag endete. Gedacht war jenes Unternehmen zweifellos als eine prinzipielle und praktische Erweiterung des französischen überseeischen Interessengebiets, aber abgesehen von dem Widerstande in Mexiko selbst war auch die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber der ganzen nicht mit Unrecht als

abenteuerlich bezeichneten Expedition eine so entschieden ablehnende, daß schon allein aus diesem Grunde der Rückzug für Napoleon eine Notwendigkeit wurde.

Vergleicht man jetzt die Kolonialpolitik und den Kolonialbesitz Frankreichs, wie sie sich nach 1871 bis heute entwickelt haben, mit den kläglichen Ueberresten, deren Besitz das wiederhergestellte Königreich nach dem Wiener Kongreß antrat, und selbst noch mit dem Zuwachs während der Restauration und des Kaiserreichs, so ist der Unterschied ein ganz enormer. Als nach dem Schlage von 1871 die erste Selbstbesinnung wiederkehrte, warf sich die französische Politik mit brennendem Eifer auf das Kolonialwesen. Natürlich muß dem psychologischen Motiv, dem Wunsch, den Verlust von Elsaß-Lothringen wett zu machen und für das geschädigte Prestige der Nation eine anderweitige Reparation zu holen, hierbei ein großer Einfluß zugestanden werden. Es ist bekannt, wieviel besonders Jules Ferry für die Kolonialpolitik getan hat und wie Bismarck die Franzosen auf jede Weise für diese Art von Revanche ermutigte und unterstützte. Von einem gewissen Zeitpunkt ab darf man innerhalb der französischen Kolonialpolitik aber den Gedanken an die Ausgleichung des Verlustes von 1870 nicht mehr so entscheidend einschätzen. Eine jede große und zielbewußte politische Aktion trägt das Gesetz in sich, daß ihre Ziele mit ihren Erfolgen wachsen, und je größer, je geschlossener die Kolonialpolitik Frankreichs wurde, je bedeutendere Resultate sie erreichte, desto bestimmter entwickelte sie sich unabhängig von anderen Rücksichten nach den inneren Normen die sich aus ihr selbst für ihr weiteres Fortschreiten ergaben. Heute nach einem Menschenalter steht das französische Kolonialreich, wenn man Rußlands Besitz in Sibirien wegen seiner ganz andersartigen Verhältnisse außer Betracht läßt, an Umfang wie an Einwohnerzahl nur dem englischen nach. Es umfaßt ungeheure Gebiete in Nord-, West- und Zentralafrika; zu Algier ist das wichtige Tunesien getreten; Madagaskar ist einverleibt; am Südausgang des Roten Meeres ist ein territorial begrenztes, aber politisch und strategisch wichtiges Gebiet okkupiert; in Asien ist ein Drittel Hinterindiens französischer Besitz geworden. Das französische Kolonialgebiet umfaßt heute auf dem Festlande von Afrika über $4\frac{1}{2}$ Millionen Quadrat-

kilometer; rechnet man die dem alleinigen französischen Einfluß unterliegenden Saharagebiete hinzu, so verdoppelt sich diese Ziffer. In Asien sind es über 660 000 Quadratkilometer, in Amerika über 80 000, im Indischen Ozean und in der Südsee einschließlich Madagaskar über 620 000 Quadratkilometer; zusammen einschließlich des Saharagebiets ca. 11 Millionen Quadratkilometer mit über 50 Mill. eingeborener Bevölkerung, wovon über 28 Millionen in Afrika, über 19 Millionen in Asien, etwa $\frac{1}{2}$ Million in Amerika und etwa 3 Millionen auf Madagaskar und in der Südsee. Dieser territoriale Fortschritt innerhalb $3\frac{1}{2}$ Jahrzehnten ist in der Kolonialgeschichte verhältnismäßig ohne Beispiel. Aber nicht nur räumlich hat sich das Frankreich jenseits der Meere um ein Vielfaches ausgedehnt, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung sind die französischen Kolonien jetzt in raschem Aufschwung begriffen. Algier, wo die Verhältnisse nach vielen Richtungen hin schwierig lagen, und die übrigen unbedeutenden, darum auch wenig oder garnicht entwicklungsfähigen überseeischen Besitzungen, über die allein Frankreich früher verfügte, haben lange als Stütze für die Behauptung dienen müssen, die Franzosen verstanden nicht wirtschaftlich zu kolonisieren. Dieser Satz sollte jetzt nicht mehr ausgesprochen werden. Indo-China und die westafrikanischen Besitzungen entwickeln sich in ihren ökonomischen Beziehungen zum Mutterlande wie zu den übrigen Gebieten des Welthandels zum Teil geradezu glänzend. Allein der Handel der hinterindischen Kolonien übertrifft weitaus den Gesamtverkehr Deutschlands mit seinen sämtlichen Besitzungen. Von Tongking aus wird die Herstellung kommerzieller Verbindungswege in das südliche China hinein mit Energie und Glück in Angriff genommen. Dahomey, Senegambien und die Länder am oberen Niger blühen dank dem großartigen und in rascher Verwirklichung begriffenen Eisenbahnnetz, mit dem die Franzosen ihren Anteil von Westafrika überziehen, von Jahr zu Jahr kräftiger empor. Die Resultate der Verwaltung von Tunis sind vortrefflich, wenn auch viel nicht-französische, italienische, Arbeit dazu beiträgt. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die koloniale Expansion Frankreichs, zumal in Anbetracht der geringen Zeit, die seit ihrem kräftigen Einsetzen verflossen ist, auf den entscheidenden Punkten zunächst einen

vollen Erfolg bedeutet. Es wäre ungerrecht gegen uns selbst, wenn wir unseren dürftigeren Anteil an Afrika mit dem französischen Los vergleichen wollten, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß unsere Kolonialverwaltung, was die Erschließung der besetzten Einflußgebiete betrifft, von der französischen in der Verbindung von Energie, Geschick und Hingebung immer noch gut lernen kann. Einigermassen chaotisch sind die Zustände nur noch im französischen Kongogebiet.

An sich läge die Annahme nahe, daß die Entstehung eines so ausgedehnten französisch-kolonialen Interessengebietes für Deutschland einen politischen Gewinn bedeuten müßte. Je größer die Summe der materiellen Interessen Frankreichs in seinem überseeischen Kolonialreich wird, desto natürlicher ist es, daß die Kolonien sich im Bewußtsein der gesamten Nation zu einem politischen und wirtschaftlichen Objekt entwickeln, dessen Wertsteigerung jedermann persönlich mitempfindet, und dessen Erhaltung und Sicherung immer entschiedener mitbestimmend für die Gesamtpolitik des Staates wird. Es fragt sich nur, ob eine derartige gesamtpolitische Situation existiert oder auf irgend eine Weise herbeigeführt werden kann, daß sich Frankreich für überseeische Fragen ganz besonders auf unsere Unterstützung angewiesen sehen müßte und daher um seiner kolonialen Interessen willen genötigt wäre, das Dogma von der Revanche für 1807/71 praktisch zu revidieren. Von diesem Standpunkt aus müssen wir den Franzosen ihre Kolonien nicht nur von Herzen gönnen, sondern uns über jeden neuen Erfolg, den unsere Nachbarn nach dieser Richtung erreichen, aufrichtig freuen. Auch so weit wird man gehen dürfen, daß man die Abmilderung der Revanche-Idee in Frankreich, soweit sie vorhanden ist, nicht nur mit der allmählichen Wirkung der Zeit und mit dem Heranwachsen einer neuen Generation zusammenbringt, die den Krieg und die Niederlage nicht mehr selbst mit Bewußtsein erlebt hat, sondern auch mit dem steigenden Interesse für die Kolonien. Die entscheidende Frage ist aber erst die, ob die französische Politik, ganz abgesehen von der Rücksicht auf die Revanche und der allgemeinen europäischen Lage, für die Sicherung ihres Kolonialbesitzes nicht auch eine andere politische Anlehnung zu finden oder wenigstens zu suchen imstande

ist, als an Deutschland. Hierüber wird noch im weiteren Verfolg dieses Kapitels zu reden sein, denn vor jener drängt sich noch eine andere Fragestellung auf, nämlich die, ob es die Franzosen durch die Schaffung ihres Kolonialreiches erreichen werden, in die Reihe der eigentlichen Weltvölker einzurücken und sich dort zu behaupten? Das ist ja auch für uns die politische Lebensfrage, deren Beantwortung diese Arbeit gewidmet ist. An sich wäre ihre Zahl heute noch nicht zu gering für die Aufgabe. Sie sind zwar numerisch der schwächste der konkurrierenden Faktoren, aber mit ihren 40 Millionen stehen sie noch nicht nennenswert hinter England zurück. Das Schlimme für sie ist nur, daß mit jedem Jahre die Distanz zwischen ihnen und den anderen dadurch größer wird, daß sie stehen bleiben — jene aber wachsen! Schließlich muß, wenn es bei diesem Gang der Dinge sein Bewenden hat, der Moment eintreten, wo die quantitative Unterlegenheit an Menschenmaterial ihnen verderblich wird. Diese Gefahr haben einsichtige und patriotische Leute in Frankreich durchaus erkannt. Es hat sich eine besondere Liga gebildet, deren Ziel es ist, mit den Mitteln der staatlichen Gesetzgebung und der aufklärenden Propaganda darauf hinzuwirken, daß der Nation als solcher die ungeheure Gefahr zum Bewußtsein kommt, die in dem Zweikindersystem liegt, und die gemachten Vorschläge erinnern merkwürdig an ähnliche Versuche im kaiserlichen Rom. Im übrigen handelt es sich aber doch um sehr große Unterschiede. In dem Rom des augusteischen Zeitalters galt die Kinderlosigkeit vorzüglich für die höheren Stände; im heutigen Frankreich dagegen ist die Nation bis in ihre Tiefen an diesem selbstgewollten Uebel erkrankt, und die Demoralisation eines ganzen Volksbewußtseins, die sich in der Zweikindermethode ausspricht, wird auf dem angestrebten Wege noch viel weniger zu heilen sein, als die Korruption der regierenden Schichten im alten Rom. Dagegen erscheint es nicht als unmöglich, daß der wachsende Bedarf an europäischem Menschenmaterial für die Kolonien und die allmähliche Beeinflussung breiterer Massen durch die von der Kolonialwirtschaft ausgehenden psychologischen Momente und finanziellen Gewinne wenigstens zum Teil dazu führt, daß die französische Normalfamilie in den materiellen Unbequemlichkeiten, die mit größerem Kinderreichtum verbunden

sind, allmählich nicht mehr dasselbe blasse Schreckgespenst erblickt, wie heute. Jedermann weiß, was es für England bedeutet, daß die Kolonien einem so großen Teil der männlichen Jugend aus dem Mittelstande nicht nur die Möglichkeit freier Entfaltung der Kräfte, sondern auch eine gute Chance reichlichen Gelderwerbs gewähren. Es ist aber ebenso gut möglich, daß eine Rückwirkung des Kolonialbesitzes nach der angedeuteten Richtung hin auf die Franzosen nicht eintritt und daß die Nation dauernd von beiden Uebelständen behaftet bleibt: Mangel an unternehmungslustigem, überquellendem, das Frankreich jenseits der Meere ausnutzendem und regierendem Menschenmaterial und Mangel an Vermögen, den überseeischen Besitz in der Stunde der Gefahr zu verteidigen. Alsdann würde das französische Kolonialreich von heute zwar für eine gewisse Zeit noch zur Quelle wachsenden Reichtums und nationalpolitischer Erfolge für Frankreich werden können, aber in fünfzig oder in hundert Jahren, wenn nicht früher, würde das Urteil der Geschichte doch dahin lauten, daß es eine bloße Episode gewesen ist, gleichwie die amerikanischen und indischen Besitzungen für Spanien und Portugal eine historische Episode gewesen sind. Der koloniale Aufschwung nach 1870 wird dann die Franzosen doch nicht vor dem Schicksal bewahrt haben, in den kommenden Jahrhunderten eine Rolle zu spielen, die im Verhältnis zur übrigen Welt derjenigen des heutigen Spaniens vergleichbar sein wird.

Wir haben gesehen, wie die noch überwiegend von der Revanche-Idee beherrschte französische Politik die neue Situation, die nach der Entlassung Bismarcks und nach dem Aufhören des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages entstand, zur Anbahnung eines Bündnisverhältnisses mit Rußland ausnutzte. Wir hatten auch bereits Gelegenheit, zu betonen, daß dieses Bündnis für die politische Hezpartei in Rußland zwar auch einen speziell antideutschen Wert besaß, daß es aber für die maßgebenden Faktoren, die Rußlands neue Finanz- und Wirtschaftspolitik leiteten, lediglich als Hilfsmittel für die Kapitalbeschaffung auf dem französischen Geldmarkt in Betracht kam. In Rußland benutzte man namentlich das Gefühl politischer Beklemmung, das sich während der Zeit nach 1889 in dem durch den Boulangismus tief erschütterten Frankreich geltend

machte, um eine Periode fortgesetzter massenhafter Geldentnahme aus den Kassen der französischen Sparer zu inaugurieren — indem man dabei, ohne die geringsten bindenden Zusicherungen zu machen, als Gegenleistung den Franzosen erlaubte, sich in der Hoffnung auf militärische Mitwirkung Rußlands bei einem etwa ausbrechenden Kriege mit Deutschland zu wiegen. Die Möglichkeit einer solchen kriegerischen Auseinandersetzung lag damals nach der Schnäbeleaffäre und dem ganzen wüsten Wirrwarr der Boulange in der Tat für das politische Empfinden gewisser Kreise innerhalb wie außerhalb Frankreichs nicht fern; namentlich trug dazu auch die feindselig-antideutsche bramarbasierende Haltung in den führenden Kreisen der russischen Armee und in der höheren, politisch interessierten russischen Gesellschaft bei. Nur dachten die russische Regierung und vor allen Dingen das russische Finanzministerium, das bald danach in die Hände eines überaus einflußreichen Ministers, Herrn von Witte, gelangte, in keiner Weise ernsthaft daran, das intime Verhältnis zu Frankreich kriegerisch auszunutzen. Nachdem die Bismarcksche Politik den russischen Anleihewerten die fernere Plazierung auf dem deutschen Geldmarkte aufs äußerste erschwert hatte und in England die politische Gegnerschaft Rußland gegenüber doch zu stark empfunden wurde, als daß es möglich gewesen wäre, von dorther die immensen Summen zu leihen, deren die russische Finanzverwaltung bedurfte, war Frankreich das einzige Land, in dem Rußland hoffen konnte, zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Man hat sich denn auch russischerseits nicht im geringsten geniert, die wenigstens in den breiteren Kreisen des französischen Volkes herrschende Einbildung, daß über kurz oder lang das Bündnis mit Rußland dem Gedanken der Revanche an Deutschland dienstbar gemacht werden würde, zu immer wieder erneuten und lange Zeit hindurch auch immer wieder erfolgreichen Anleihen auszunutzen. Wenn bei dem französischen Publikum auch nur eine Spur von Einsicht in die tatsächliche ökonomische Lage Rußlands vorhanden gewesen wäre, und wenn man sich in der französischen Presse die Mühe gegeben hätte, die Verwendung, welche die aus Frankreich entliehenen Geldsummen in Rußland fanden, zu kontrollieren, so hätte in kurzem jeder Zweifel darüber schwinden müssen, daß

Rußland an alles andere eher dachte als daran, sich an einem französischen Kriege gegen Deutschland zu beteiligen oder Frankreich für sich als Bundesgenossen nach dieser Richtung hin aufzurufen. Es geschah aber nichts dergleichen, und bis dann endlich wenigstens die maßgebenden Pariser Finanzkreise stutzig wurden und weiteren russischen Anleiheversuchen mit größerer Reserve gegenüber traten, hatte die Verschuldung Rußlands Frankreich gegenüber noch vor dem japanischen Kriege die ungeheure Höhe von 7 Milliarden Francs erreicht, wovon etwa der zehnte Teil auf privatwirtschaftlich investierte Kapitalien, der ganze Rest auf Staats- und staatlich garantierte Eisenbahn-Anleihen entfiel.

Durch eine schwer zu verantwortende Unvorsichtigkeit sind so die Franzosen, selbst abgesehen von der Frage, ob Rußland dauernd imstande sein wird, ihnen das dargeliehene Geld versprochenemmaßen zu verzinsen, in die für sie sehr unangenehme Lage geraten, daß sie auf das empfindlichste an den politischen Schicksalen und Maßnahmen Rußlands mitinteressiert sind, ohne daß sie imstande wären, ihrerseits auf Rußland einen maßgebenden Druck nach der Seite der Berücksichtigung ihrer Wünsche und Interessen hin auszuüben. Rußland dagegen besitzt, so lange es den Staatsbankerott noch nicht offen erklärt hat, in seinem Schuldnerverhältnis zu Frankreich ein gewichtiges Pressionsmittel, dessen Bedeutung gegenwärtig nur dadurch abgeschwächt wird, daß der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch des bisher am Ruder befindlichen Systems für Rußlands Politik den Kreis der positiven Ziele, die es in auswärtigen Dingen mit Energie verfolgen könnte, in einer so verhängnisvollen Weise beschränkt hat. Schon 1894, als sich das System der russischen Anleihen in Frankreich noch lange nicht zu seiner schließlichen Höhe entwickelt hatte, schrieb Roscher: „Ein Staat wie Rußland, dessen Gläubiger zum großen Teil Ausländer sind, würde in einem durch Krieg veranlaßten Bankerott ein zwar auf die Dauer gefährliches, für den Augenblick aber zwiefach wirksames Machtmittel besitzen.“*) Ob mit oder ohne Krieg veranlaßt — der bevorstehende russische Staatsbankerott wird in jedem Falle Frankreich auf

*) Roscher, Finanzwirtschaft. Vierte Auflage, Seite 582.

das tiefste in Mitleidenschaft ziehen, und wenn es der russischen Regierung gelingen sollte, noch einmal für einige Jahre ihren Zahlungsverpflichtungen äußerlich nachzukommen, so würde sie das zweifellos dem Umstande zu verdanken haben, daß die Franzosen sich vielleicht werden verleiten lassen, in der Hoffnung, das schlechte Geld doch noch zu retten, den Russen noch einmal gutes Geld zu borgen. Vom Standpunkt des deutschen Interesses aus gesehen, war diese Sachlage so lange günstig, wie die Möglichkeit eines russisch-französischen Krieges gegen Deutschland praktisch existierte, wenn sie auch an sich wenig wahrscheinlich war, da Rußland im Ernst gar nicht daran dachte, den Franzosen Waffenhilfe gegen uns zu leisten. Jetzt, nachdem jene Möglichkeit für absehbare Zeit überhaupt aus den Erwägungen der großen Politik ausscheidet — für so lange, wie Rußland durch seine wirtschaftliche und politische Krisis an auswärtigen Aktionen verhindert ist — hat es für uns weniger Interesse, wie man sich in St. Petersburg mit Frankreich finanziell auseinandersetzt. Jetzt ist nicht mehr die finanzielle Verschuldung bei Frankreich, sondern das absolute innere Unvermögen der maßgebende Faktor für Rußlands Verhalten nach außen hin.

Welche Schritte hat nun die französische Politik, nachdem die Wertlosigkeit des Zweibundes über allen Zweifel hinaus klar vor Augen stand, tun zu müssen geglaubt, um eine neue Kombination im Sinne der Interessen Frankreichs herzustellen? Die alte ging aus und war beherrscht von der Idee der auf jeden Fall bevorstehenden endgültigen Abrechnung mit Deutschland, und wie sehr die Revanche-Idee in jener Zeit die französische Politik bedingte, zeigte sich damals, als Frankreich 1896 nach dem Telegramm des deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger den Engländern für den Fall eines Konfliktes mit Deutschland sofort mit jener bekannten Wendung das Bündnis anbot: Frankreich nehme an, man wisse in England, daß es nur einen Feind habe! Die neue politische Kombination, auf die man von Seiten einer starken Partei in Frankreich hindrängte, nachdem das russische Bündnis seines Gehaltes entleert war, wird am schlagendsten durch den Plan Delcassés bezeichnet, den Revanchekrieg gegen Deutschland, der nun im Bunde mit Rußland nicht mehr zu haben war, im Verein mit England ins Werk

zu sehen. Es wiederholt sich hier also gewissermaßen der Versuch, den man ein halbes Menschenalter früher mit Rußland gemacht hatte, als der Kaiser Alexander III. in Kopenhagen jene gefälschten Briefe in die Hand gespielt erhielt, die ihn von der inneren Feindseligkeit und den verhüllten Angriffsplänen der Bismarckschen Politik gegenüber Rußland überzeugen sollten. Damals wollte man Rußland dazu bringen, daß man es gegen uns mit marschieren ließ, und zu Delcassés Zeit hoffte die Kriegspartei in Frankreich auf England. Der Unterschied zwischen 1889 und 1905 war nur der, daß es damals die verantwortliche Leitung der französischen Politik war, die sich hätte bereit finden lassen, den Krieg ins Werk zu setzen — daß jetzt aber Delcassé im entscheidenden Augenblick von seinen Regierungskollegen im Stich gelassen und geopfert wurde. Angenommen also, was an sich auch noch keineswegs feststeht, daß es vor Algeciras nur an dem Entschluß der französischen Regierung gehangen hätte, ob sie den Krieg mit Deutschland im Bunde mit England haben wollte oder nicht, so sehen wir, daß die Entscheidung diesmal im Sinne eines vorläufigen Verzichts auf die Revanche ausgefallen ist. Haben wir hierin ein Abklingen der Revanche-Idee als solcher zu erblicken, oder ein bloßes Zurückweichen der Franzosen vor der Unsicherheit des Ausganges? Ein bloßes Mißtrauen gegen die Sicherheit des Bündnisses mit England, oder den Zweifel, ob man sich denn überhaupt und auf alle Fälle noch einmal mit uns schlagen müsse?

Um die richtige Antwort auf diese Frage zu finden, werden wir davon auszugehen haben, daß Frankreich in seinem gegenwärtigen Bündnisverhältnis mit England von Anfang an nicht als der führende Teil erscheint, sondern als der geführte. Ebenso wie es 1890 von Rußland dienstbar gemacht wurde, um die Kosten für die Neuorganisation des russischen Wirtschaftslebens und für die russische Weltpolitik in Ostasien vorzuschießen, so hat es jetzt sich bereit finden lassen müssen, eine Figur der englischen Weltpolitik zu werden. Auf der andern Seite ist es, wie damals für Rußland, so heute für England innerhalb des von König Eduard VII. verfolgten politischen Systems unentbehrlich. Es liegt aber ein großer Unterschied darin, was seinerseits Rußland für das Bündnis bot, oder, genauer gesagt,

ohne positives Engagement seinerseits den Franzosen zu hoffen erlaubte, und was heute die unmittelbare Unterlage des englisch-französischen Einverständnisses bildet. 1890 war es klar und einfach der Gedanke an den Krieg mit Deutschland, sei es als Angriffsunternehmen zum Zweck der Revanche, sei es als Verteidigungskrieg gegen ein deutsches Präventivunternehmen. Das englisch-französische Abkommen von 1905 dagegen hat freilich auch Frankreichs allgemeine Anlehnungsbedürftigkeit zur Voraussetzung, aber es ist zunächst über ein ganz anderes Objekt geschlossen, und zwar ein kolonialpolitisches: Marokko. Dabei unterließen es die beiden vertragschließenden Teile, Deutschland in der notwendigen Weise mit heranzuziehen. Die deutsche Politik protestierte gegen die einseitige Behandlung einer derartigen Angelegenheit, an der sie formell und materiell mit interessiert war, und nun handelte es sich darum, ob Frankreich entschlossen war, diesen akuten Konfliktfall, gestützt auf das Bündnis mit England, zur Ausfechtung des alten Spahns mit uns zu benutzen. Bekanntlich hat Delcassé, einige Wochen nach seinem Rücktritt, im Juli 1905 in der Pariser Zeitung „Gaulois“ sich folgendermaßen über seine Politik und über die entscheidende Sitzung des Ministerrats, in der die Wahl gegen den Krieg und für den Frieden mit Deutschland fiel, ausgesprochen: „Frankreich muß mit England, seinem besten Käufer, ein Bündnis schließen. Frankreich kann England die Herrschaft zur See nicht streitig machen; deshalb ist es das Klügste, sich vor der Vernunft zu beugen und in Rechnung zu ziehen, welchen Wert der englische Beistand in gewissen Fällen für Frankreich haben kann. Dieser Beistand nun hätte den Wert für Frankreich, daß Deutschland in die Unmöglichkeit versetzt werden würde, ihm den Krieg zu erklären. Denn was vermöchte im Falle eines Krieges, in dem England mit Frankreich ginge, die deutsche Flotte? Was würde aus den Häfen, dem Handel und der Handelsmarine Deutschlands werden? Eine vollständige Vernichtung derselben wäre die Folge. . . . Die Entente zwischen Frankreich und England bedeutet außerdem die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Rußland und England.“*)

*) Vergl. Schulthess-Roloff, Europäischer Geschichtskalender Jahrgang 1905 Seite 215 f.

Delcassé schildert sodann die Ministerratsitzung, in der er seine Entlassung gab. Darnach hätte er in dieser Sitzung seine auf das Bündnis mit England basierten Pläne auseinander gesetzt, worauf die übrigen Minister erschreckt erwiderten: „Aber dann wird uns Deutschland angreifen.“ Hierauf habe er, Delcassé, erklärt: „Nun so mag es uns schließlich angreifen, wir sind in der Lage, zu antworten.“ Diese Darstellung entwickelt den Standpunkt der französischen Kriegspartei. Es ist interessant, dem gegenüber den Gedankengang der Mehrheit innerhalb des französischen Ministeriums, wie er in einer offiziellen Auslassung des Temps*) dargelegt wurde, kennen zu lernen:

„Man hat die Frage aufgeworfen, ob England uns die Regelung unseres Streites mit Deutschland (wegen Marokko) erleichtern, oder ob es im Gegenteil durch seinen Widerstand oder seine Obstruktion diese Regelung erschweren werde. Auf diese Frage kann man zweifellos antworten, daß ein Teil der englischen öffentlichen Meinung vielleicht einen baldigen Krieg gewünscht hätte, um Deutschland zur See noch vor seiner vollen Entwicklung zu schlagen, und daß die Unterstützung seitens Frankreichs in einem solchen Kriege für England nützlich wäre. Aber wenn England einen solchen Plan wirklich gefaßt hätte, so müßte es sich doch sagen, daß eine große Nation wie Frankreich Herrin ihrer Entschliefungen ist, und sich nicht in einen Krieg einlassen könnte, um die Geschäfte einer dritten Macht zu besorgen. Darüber kann es in Frankreich nur eine einzige Ansicht geben. Und wenn wir über die glückliche Regelung unserer kolonialen Schwierigkeiten mit England erfreut waren, so konnte dieses genau umgrenzte Abkommen uns nicht weiter fortreiben, da ja überdies eine englische Allianz nach dem Geständnis der Engländer selbst nicht imstande sei, uns kontinentale Bürgschaften zu leisten, welche wir anderwärts (lies: bei dem bankrotten und aktionsunfähigen Rußland) suchen müßten.“

Hier haben wir es also in einer klassischen, von französischer Seite selbst vorgenommenen Formulierung vor Augen, wie sich gegenwärtig ein positiver und ein negativer Pol der französischen Politik in ihrer gegensätzlichen Wirkung gegenüberstehen: die Rück-

*) Schultheß-Roloff, Seite 214.

sicht auf die neue Lage und die gegenwärtigen Gesamtinteressen Großfrankreichs diesseits und jenseits des Meeres, und die alte hypnotische Befangenheit in der Idee der Revanche für den Frankfurter Frieden. Für den flüchtigen Blick verwischt sich diese Differenz dadurch bis zu einem gewissen Grade, daß Delcassé bereit war, gerade ein Objekt der überseeischen Expansion, Marokko, zum Anlaß zu nehmen, um den Konflikt mit Deutschland entbrennen zu lassen. Man braucht sich aber nur mit nüchterner Ueberlegung zu fragen, ob für Frankreich die augenblickliche Anerkennung des französischen Protektorates über Marokko allein für sich schon ein hinreichender Grund zu einem Waffengang auf Tod und Leben mit Deutschland ist, um sofort zu erkennen, daß das tieferliegende Moment der Delcasséschen Politik nicht Marokko, sondern das Revancheprinzip war, d. h. die Hoffnung, mit Hilfe Englands Deutschland soweit niederzukämpfen, daß Frankreich nicht nur seine Genugtuung für 1870/71 erhielt, sondern auch wiederum die politische Hegemonie auf dem ganzen Festlande von Mittel- und Westeuropa. Auf Delcassés Vorschläge antworteten die übrigen Minister: dann wird Deutschland uns angreifen! Jener antwortete: mag es — wir können hoffen, den Angriff siegreich zu bestehen! Man würde fehlgehen, wenn man die Ablehnung dieser Politik durch die Mehrheit des Ministerrats ausschließlich für nichts als einen Ausdruck der Besorgnis ansehen würde, daß Frankreich zu Lande von Deutschland abermals entscheidend geschlagen werden könnte. Ebenso sehr wie diese Sorge vor der Unsicherheit des Ausgangs uns gegenüber hat für den Ausfall der Entscheidung gegen die Delcassésche Politik jene andere Erwägung beigetragen, daß Frankreich sich nicht in einen Krieg gegen Deutschland einlassen könne, um die Geschäfte Englands zu besorgen. Der Ministerpräsident Rouvier, seine Kollegen und der Präsident der Republik mußten sich natürlich sagen: daß Frankreichs überseeische Stellung nach einem gemeinsam mit England gegen Deutschland geführten Kriege auf jeden Fall vollständig von der Gnade Englands abhängen würde. Wenn England wie durch den Sieg der Japaner von der russischen, so durch einen glücklichen Koalitionskrieg im Bunde mit Frankreich auch noch von der deutschen Sorge befreit wäre, dann bliebe, da die Möglichkeit zur Inschach-

haltung der Amerikaner durch das Bündnis mit Japan stets vorhanden ist, in der That für absehbare Zeit keine Macht auf dem Erdball mehr übrig, um deretwillen die englische Politik selbst in ihren höchstfliegenden imperialistischen Zielen jenseits des Ozeans irgend welche Schranken zu respektieren brauchte. So wählte die französische Regierung den einzig richtigen und verständigen Weg: sich nachträglich, gestützt auf die Assistenz Englands und den ganzen Kreis der englischen „Einverständnisse“ auf dem Wege einer diplomatischen Konferenz mit Deutschland über Marokko auseinander zu setzen. Man durfte annehmen, daß es auch auf diese Art gelingen würde, eine faktisch bevorrechtete Stellung in Marokko und die Anwartschaft auf ein weiteres Vordringen innerhalb dieser Sphäre zu erhalten — eine Annahme, in der sich Frankreich zunächst bekanntlich nicht getäuscht hat. Die französische Politik hat inbetreff Marokkos, abgesehen von dem Versuch, Deutschland von vornherein in brüskierender Weise aus der Erledigung der marokkanischen Frage auszuschalten, nur den einen Fehler gemacht, daß sie zu wenig mit der inneren Feindschaft und der Widerstandskraft der muhammedanischen Bevölkerung Marokkos gegen ihr Vordringen gerechnet hat, und das, obwohl die Erfahrungen, die man unter ähnlichen Verhältnissen in Algier gemacht hatte, durchaus geeignet waren, zur Vorsicht zu mahnen. Bekanntlich entwickelte sich die Eroberung Algiers daraus, daß der Dey von Algier 1830 Genugthuung für eine dem französischen Gesandten angetane Beleidigung verweigerte. Nachdem Algier beschossen und erobert war und der Dey sich ergeben hatte, hätte Ludwig Philipp das Land am liebsten wieder geräumt, aber die öffentliche Meinung in Frankreich forderte mit aller Bestimmtheit, daß Algier behalten werden solle. Die eigentliche Eroberung des Landes dauerte von 1830—1847, während welcher Zeit die französische Armee dort allmählich bis auf beinahe hunderttausend Mann gebracht werden mußte. Während der ersten Jahre war die Zahl der Niederlagen, welche die Franzosen erlitten, größer als die ihrer Erfolge. Schon damals kam es zu Gewaltmaßregeln gegen Marokko, von wo aus die algerischen Aufständischen Hilfe erhielten: 1844 bombardierte eine französische Flotte die beiden marokkanischen Häfen Tanger und Mogador. Auch der finanzielle

Aufwand, den Algier den Franzosen verursacht hat, ist ungeheuer; er beträgt insgesamt mehr als die ganze Kriegsschädigung von 1871, und die Einnahmen, die ihm gegenüber stehen, sind bis in neuere Zeit nur gering gewesen. Auf die beinahe zwei Jahrzehnte umfassende Periode der Eroberung der neuen Kolonie folgte ein mehr als dreißigjähriger Zeitraum, während dessen fortwährend Aufstände zu bekämpfen waren. Erst seit dem Anfang der achtziger Jahre hat in Algier verhältnismäßige Ruhe geherrscht, aber noch heute kann nicht die Rede davon sein, daß die französische Herrschaft über die großen Küstenstädte und über die beschränkten Gebiete unmittelbarer Kolonisation hinaus innerlich gefestigt ist. Die Erfahrungen mit Algier liegen aber jenseits der Erinnerung vieler Politiker von heute in Frankreich. Man denkt jetzt weniger an Algier, als an die einfache, mit ganz geringen Menschen- und Geldopfern vollzogene Okkupation von Tunis. Von Marokko heißt es ja immer, es solle „tunifiziert“ werden. Die Okkupation von Tunis hat eine einmalige militärische Expedition erfordert, die 45 000 Mann und 6 Monate umfaßte; darnach wurde sofort mit dem System der sogenannten *Pénétration pacifique* begonnen, mit dem Erfolg, daß Tunesien neben der großen politischen Bedeutung seines Besitzes gegenwärtig auch in ökonomischer Beziehung einer der wertvollsten Bestandteile des französischen Kolonialreichs ist. So glaubte man nun auch bei Marokko das Ziel der Angliederung des Landes an den übrigen nordafrikanischen Kolonialbesitz, nachdem einmal ein faktischer Rechtstitel geschaffen wäre, ohne große Schwierigkeiten auf dem Wege der „friedlichen Durchdringung“ erreichen zu können. Diese Rechnung hat aber den Fehler, daß sie die Marokkaner falsch einschätzte.

Für die deutsch-französische Politik ist eine fundamentale Frage vom deutschen wie vom französischen Standpunkt aus die nach dem gegenseitigen kriegerischen Kräfteverhältnis. In dieser Beziehung ist die öffentliche Meinung bei uns in Deutschland leider zum großen Teil nicht richtig informiert, und die unzutreffende Vorstellung von dem voraussichtlichen Gang eines zukünftigen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich beeinflusst in bedenklicher Weise auch das populäre politische Kalkül. Man geht aus von der Tatsache,

daß England in erster Linie mit Frankreich und außerdem noch mit einer Reihe anderer Mächte eine Verständigung zustande gebracht habe, die sich gegen Deutschland richte, sei es mit dem schließlichen Ziel eines bewaffneten Angriffs auf uns, sei es mit der Absicht, uns durch den bloßen Druck der absoluten politischen und militärischen Uebermacht im entscheidenden Augenblick eine Niederlage ohne bewaffneten Austrag zu bereiten. Ist dem so, dann müssen wir, so wird weiter argumentiert, etwa folgendermaßen handeln. Wir halten Frieden, so lange es geht. Greift man uns an oder mutet uns England, gestützt auf seine Bündnisse und seine Flotte, ein direktes Nachgeben gegen unser Lebensinteresse zu, dann haben wir allerdings wenig Aussicht, direkt an die Engländer heranzukommen, weil ihre Marine, zumal im Verein mit der französischen, der unsrigen absolut überlegen ist — aber wir halten uns an Frankreich als an ein Faustpfand. Frankreich, meint man, ist uns militärisch sicher unterlegen; der Krieg würde eine Wiederholung von 1870/71 sein, nur wahrscheinlich mit dem Unterschied, daß wir noch schneller und gründlicher als damals mit dem Gegner fertig werden. Wenn wir dann Frankreich niedergeworfen und einen genügenden Teil des Landes okkupiert haben, dann richten wir uns dort so lange häuslich ein, bis die Franzosen klein beigeben und uns alle Kriegskosten einschließlich des Wertes unserer von England vernichteten Handelsflotte bezahlen. So die populäre Argumentation. Diese Rechnung ist aber in doppelter Beziehung, in militärischer wie in politischer, mit sehr starken Fehlern behaftet. Angenommen, der Krieg würde wirklich mit einem so entscheidenden Siege über Frankreich enden, daß wir in der Lage sind, den Franzosen das Messer an die Kehle zu setzen und sie zu zwingen, daß sie bezahlen, was wir ihnen abverlangen, so erhebt sich folgende politische Erwägung. Rußland ist aus finanziellen und anderen Gründen auf absehbare Zeit hinaus für sich selbst aktionsunfähig. Ist außerdem auch Frankreich zerschmettert, dann hätten wir die unbedingte militärische Diktatur auf dem Festlande von Europa. Kein Staat, auch keine Kombination von Staaten, wäre hier imstande, uns entgegenzutreten. Diese Aussicht würde aber genügen, um schon während des Fortganges des Krieges mit England die übrigen

europäischen Mächte dahin zu bringen, daß sie sich gegen uns vereinigen. Dieser Erwägung wohnt aus dem Grunde ein hoher Grad von Sicherheit inne, weil es ein unbedingtes Lebensinteresse aller Großstaaten ist, sich gegen die absolute Uebermacht eines einzigen unter ihnen im voraus zu wehren. Wir würden also, auch wenn wir die Franzosen militärisch vollständig besiegen, nicht dahin gelangen, ihnen einen Frieden zu diktieren, der uns in der vorher ausgeführten Weise für alle Verluste England gegenüber schadlos hält. Darum ist es außerordentlich gefährlich, wenn man sich bei uns in weiteren Kreisen von dieser Idee einer Faustpfandschaft Frankreichs in verwirrender Weise gefangen nehmen läßt.

Die Idee ist aber nicht nur politisch unmöglich, sondern sie unterliegt auch recht starken militärischen Einwänden. Diese Einwände lassen sich dahin zusammenfassen, daß wir Frankreich heute, wenn überhaupt, so nicht mit geringerer, sondern wahrscheinlich mit viel größerer Anstrengung werden niederzukämpfen haben, als 1870/71. Die Franzosen wissen, daß sie uns gegenüber wegen unserer zahlenmäßigen Ueberlegenheit, unserer schnelleren Mobilmachung und unserer günstigeren Aufmarschverhältnisse keinen Offensiv-, sondern zunächst einen Defensivkrieg würden führen müssen. Darauf ist auch ihr ganzer militärischer Plan aufgebaut. Man weiß bei uns im allgemeinen, daß die französische Ostgrenze stark befestigt ist, aber man weiß nicht, eine wie starke Wehr dieses Befestigungssystem in seinem heutigen Zustande darstellt. Es sieht in den Grundzügen etwa so aus. Zwei parallele Verteidigungslinien ziehen von der Schweizer an der deutschen und belgischen Grenze entlang. Die erste Linie umfaßt Deutschland gegenüber die Festungen Verdun, Toul, Epinal und Belfort. Dahinter liegen Reims, Langres, Besançon und Dijon; außerdem noch eine große Menge kleinerer Plätze und Sperrforts. Der belgischen Grenze gegenüber liegen in der ersten Linie Lille, Valenciennes, Maubeuge, Montmédy, Longwy; in der zweiten La fère und Laon. In dieser doppelten, durch Befestigungen niederer Ordnung zu einem großartigen einheitlichen System verbundenen Verteidigungslinie öffnen sich zwei große und auffallende Lücken: die nördliche zwischen Verdun und Montmédy=Longwy an der belgischen Grenze, die südliche zwischen

Toul und Epinal. Die erste Lücke ist ca. 30, die andere ca. 50 Kilometer weit. Diese Zwischenräume sind mit Absicht offen gelassen und frei von permanenten Befestigungen. Dagegen sind die Vorbereitungen für die Aufnahme gewaltiger Defensiv=feldschlachten in ihnen soweit durchgeführt, daß sogar die einzelnen Batteriestände für die französische Artillerie bestimmt und daß die genauen Entfernungen der für den voraussichtlichen oder möglichen Gefechts=gang in Betracht kommenden Punkte vermessen sind. Alljährlich wird in diesen vorbereiteten Stellungen unter verschiedenen Voraussetzungen für den Einzelfall manövriert, und wenn es natürlich auch nicht möglich ist, auf diese Weise die zukünftige Wirklichkeit auf jeden Fall vorweg zu nehmen, so sammelt sich doch ein sehr bedeutendes und den Franzosen zweifellos zu großem Vorteil reichendes Erfahrungsmaterial an. Die großen Festungen in diesem System sind nicht mehr als befestigte Plätze im früheren Sinne, sondern eher als ganze befestigte Landschaften anzusehen, und sie sollen dem Zweck dienen, den französischen Armeen, die uns zwischen ihnen in der Defensive entgegentreten werden, als Stützpunkte und stark gedeckte provisorische Rückzugsstellungen zu dienen. Ein zukünftiger deutsch=französischer Krieg würde also voraussichtlich mit derartigen Riesenschlachten in den Lücken des Befestigungsgürtels beginnen, wie sie der russisch=japanische Krieg am Schaho und bei Mukden gezeigt hat, wo auf beiden Seiten Hunderttausende von Kämpfern und Tausende von Geschützen tage= ja wochenlang gegen einander rangen. Die Erfahrungen des ostasiatischen Krieges haben aber auch gezeigt, wie schwer unter solchen Umständen eine wirkliche Entscheidung zu erzwingen ist. Auch wenn wir die Franzosen in derartigen Feldschlachten besiegen, so können wir sie nicht vernichten, weil ihnen jedes Mal unmittelbar zur Rechten, zur Linken oder nach rückwärts eine große Festung zur Aufnahme offen steht. Diese doppelte Kette moderner Riesenfestungen zu belagern und einzunehmen, würde uns von vornherein sehr viel Zeit kosten und unabsehbare Kräfte auf lange hinaus festlegen. Die militärische Vernichtung des Gegners ist auf diese Weise so sehr erschwert, daß sich der endliche Ausgang weder zeitlich noch prinzipiell vorher bestimmen läßt.

Dahinter erhebt sich als das letzte Bollwerk das ungeheure Befestigungssystem von Paris. Der äußere Fortsgürtel von Paris liegt heute da, wo 1870 unsere letzten rückwärtigen Posten und Feldwachen gegen die von Norden und Süden herandrängenden Entsaßarmeen der Franzosen standen. Zur Einschließung der heutigen Festung Paris würden weit über eine halbe Million Mann und zu ihrer Niederkämpfung ein unendlicher Belagerungsparß und ein gar nicht abzusehender Zeitraum oder gewaltsame Opfer gehören, die sich auch nicht andeutungsweise schätzen lassen und deren Einsatz vielleicht doch vergeblich wäre. Auszuhungern, wie es 1871 geschah, würde Paris diesmal kaum binnen Jahresfrist sein, und selbst bei der höchsten Bewertung der Tapferkeit und Hingabe unserer Truppen und der Tüchtigkeit unserer Führung könnte der bloße Gedanke an die forcierte Bestürmung einer solchen Verteidigungslinie auch den kaltblütigsten Militär und Politiker nur mit Grauen vor dem Ausgang erfüllen. Ebenso wenig aber wie 1871 würde es in einem zukünftigen Kriege möglich sein, Frankreich niederzuringen, ohne die Einnahme von Paris.

Die militärische Wahrscheinlichkeit im Falle eines Krieges, der Deutschland und Frankreich als Gegner sieht, läßt sich also ziemlich bestimmt dahin zusammenfassen, daß ein schneller und entscheidender Sieg unsererseits nicht erwartet werden kann und ebenso unwahrscheinlich wie die Wiederholung der militärischen Ereignisse von 1870/71 ist die der damaligen politischen Lage, die es uns erlaubte, in erster Linie infolge der russischen Rückendeckung und der mangelnden Bereitschaft Oesterreich-Ungarns, die drohende Einmischung der europäischen Diplomatie hintanzuhalten. Auch die Respektierung oder Nichtrespektierung der Neutralität Belgiens und Hollands von Seiten der kriegführenden Parteien würde an dem militärischen Ergebnis nach der eben bezeichneten Seite hin nichts Wesentliches zu ändern imstande sein.

Ebenso wenig aber hat Frankreich in einem mit England gemeinsam gegen uns unternommenen Kriege Aussicht auf einen vollkommenen Erfolg im Sinne der Wiederherstellung seiner Stellung innerhalb des europäischen Konzerts, wie sie in der Zeit zwischen der Beendigung des Krimkrieges und der Schlacht von Königgrätz

bestand. Es kann nicht im entferntesten daran denken, Deutschland zu Lande gemeinsam mit England soweit zu besiegen, daß ein Frieden mit dem Ergebnis der Rückgabe Elsaß-Lothringens auch nur in Frage käme. Wenn es zweifelhaft ist, ob wir imstande sind, die Franzosen in absehbarer Zeit entscheidend niederzuringen, so ist es nicht nur zweifelhaft, sondern höchst unwahrscheinlich, daß es jenen gelingt, den Kriegsschauplatz anders als ganz vorübergehend auf die Ostseite der Vogesen oder vollends gar auf das rechte Rheinufer hinüber zu verlegen. Selbst angenommen, daß England als Bundesgenosse Frankreichs den deutschen Seehandel, die deutsche Flotte und die deutsche Kolonialmacht vernichtet, und daß es bereit ist, beim Friedensschluß die afrikanische Beute aus unserem Besitz mit Frankreich zu teilen, so kann von dort aus noch lange kein solcher Druck auf uns ausgeübt werden, daß wir darüber Elsaß-Lothringen fahren lassen müßten. Auch die schärfste und längste Blockade der deutschen Nord- und Ostseehäfen erlaubt uns immer den Gegenzug, daß wir zwar nicht halb Frankreich, wohl aber Belgien als Faustpfand für einen erträglichen Frieden setzen. Militärisch sind wir dazu ohne weiteres in der Lage und für England kann die Wahl zwischen der Alternative, ob es lieber Elsaß-Lothringen oder die Scheldemündungen deutsch sieht, nicht einen Augenblick zweifelhaft sein.

So sehen wir also, daß die französische Regierung unter dem Gesichtspunkt der eigenen wohlverstandenen Interessen vollkommen richtig handelte, als sie den Delcassismus ablehnte. Rein militärisch braucht sich Frankreich im Bunde mit England vor dem Waffengang mit Deutschland in keiner Weise zu fürchten, und wenn es sich der Gefahr gegenüber sehen würde, von unserer Seite angegriffen zu werden, so hätte Delcassés hingeschleudertes Wort: „wir sind in der Lage zu antworten,“ seine volle Berechtigung. Für einen Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland ist aber, wie sich aus den bisher vorgetragenen Darlegungen ergibt, gar kein Objekt vorhanden, das für die Franzosen des Einsatzes wert wäre. Elsaß-Lothringen und die militärische Superiorität auf dem Festlande von Europa haben sie in keinem Falle Aussicht, für sich zurück zu gewinnen. Müssen wir nach einem Kriege mit ihnen und England

einen nachteiligen Frieden schließen, so ist der einzige Preis für sie der, daß sie sich in Marokko soweit häuslich einrichten können, wie England das auf die Dauer für gut befindet, und daß sie von unseren afrikanischen Kolonien soviel abbekommen, wie England ihnen bewilligt. Im übrigen sind sie dann, wie eingangs betont, nicht nur mit Marokko, sondern mit ihrem gesamten überseeischen Besitz der englischen Politik auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. England allerdings hätte allen Grund, über ein solches Ergebnis zu triumphieren. Der französische Ministerpräsident Rouvier, der nach Delcassés Rücktritt im Juni 1905 zeitweilig auch das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten übernahm, hat diese Einsicht mit seinem weiter oben bereits zitierten Satz in vortrefflicher Weise zum Ausdruck gebracht: „Wenn England einen solchen Plan wirklich gefaßt hätte, müßte es sich doch sagen, daß eine große Nation wie Frankreich Herrin in ihren Entschlüssen ist und sich nicht in einen Krieg einlassen könnte, um die Geschäfte einer dritten Macht zu besorgen.“ Die Hoffnung auf eine wirkliche Revanche von 1870—71 nicht nur im Sinne der Wiederherstellung der französischen Waffenehre in einem neuen Gange gegen uns, sondern zur Erneuerung der politischen Vormachtstellung Frankreichs in West- und Mitteleuropa ist mit dem russischen Zusammenbruch endgültig zu Grabe getragen. In einem russisch-französischen Kriege gegen Deutschland hätte es, wiewohl wir auch bei dieser Kombination hoffen durften, uns mit Glück unserer Haut zu erwehren, doch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit gelegen, daß es den Verbündeten gelang, uns in Berlin einen Frieden zu diktieren, der das Ergebnis von Frankfurt zerriß und Frankreich die Rheingrenze wiedergab. Seit den Schlachten von Tsushima und Mukden ist diese Möglichkeit keine Möglichkeit mehr. Der Delcassismus war darum für Frankreich nicht eine Politik des patriotischen Wagemuts, sondern einer patriotischen Kurzsichtigkeit: der Kurzsichtigkeit in dem doppelten Sinne, daß er weder den günstigsten Fall zu erlangenden Siegespreis seinem wahren Werte nach einzuschätzen vermochte, noch ein richtiges Augenmaß für den Unterschied französischer Politik im Sinne französischer und im Sinne englischer Interessen besaß. Diese Abhängigkeit, in die das von Delcassé verfolgte und errichtete englisch-

französische Einverständnis die Politik Frankreichs gegenüber den Zielen Eduards VII. brachte, setzt sich aber doch, wenn auch in einem für Frankreich nicht mehr so gefährlichen Maße, bis heute fort. Frankreich ist für die Einkreisungsabsichten des englischen Königs gegen Deutschland ein schlechtthin unentbehrliches, ja das vornehmste Glied in der Kette. Frankreich wünscht freie Hand in Marokko. England sagt ihm seine Unterstützung in diesem Punkte zu, gewährt noch einige andere ganz nebensächliche Konzessionen auf kolonialem Gebiet, läßt sich von den Franzosen ihren endgültigen Verzicht auf weitere Mitwirkung bei der Regelung der ägyptischen Angelegenheit bescheinigen und ermutigt Herrn Delcassé zur Bräufierung Deutschlands wegen Marokko. Das vorläufige Resultat ist die Konferenz von Algéciras. Das was die französische Politik dort erreicht hat, möglicherweise selbst noch mehr, hätte sie, ohne sich auf die von Delcassé befolgte Methode mehr als ihren eigenen den englischen Interessen dienstbar zu machen, sicher auch auf einem anderen Wege erreichen können. Es bedarf keines großen Scharfsinnes, um einzusehen, daß für uns jede Aussicht auf Neuordnung unseres Verhältnisses zu Frankreich, bei der die Revision des Frankfurter Friedens außer Frage bleibt, nicht nur diskutabel, sondern im höchsten Grade wünschenswert erscheinen muß.

Man hat gesagt, die Welt würde von den Leuten regiert, die über sechzig Jahre alt sind. Das mag für Deutschland gelten; für Frankreich und die übrigen romanischen Länder wird man diese Altersgrenze um zehn Jahre herabsetzen müssen. Immerhin ist in Frankreich jetzt noch eine Generation politisch am Ruder, die die Schlacht von Sedan, die Uebergabe von Paris und den Verlust der Rheingrenze schon mit erwachsenem Verständnis miterlebt hat. Daß die Wunde von 1870/71 bei ihr immer noch brennt, werden wir nicht nur begreifen, sondern als eine Aeußerung des Patriotismus und des nationalen Ehrgefühls achten müssen. Wir werden es auch wohl begreifen, daß das, was uns zur besonderen Befriedigung gereicht, das Aufhören des materiellen und moralischen Druckes, der von der Möglichkeit des Zweifrontenkrieges gegen uns ausging, für die politische Intelligenz Frankreichs eine harte Wahrheit ausmacht. Harte Wahrheiten sind aber, weil sie hart sind, nicht

weniger wahr, als erwünschte. Der Delcassismus ist das Aufbäumen der alten politischen Doktrin, die nach Bismarcks Entlassung in den Flottenentrevuen von Kronstadt und Toulon und dem Besuch des Zarenpaares in Paris die Saat ihrer Hoffnung keimen zu sehen glaubte, gegen das Ergebnis der japanischen Exekution an dem russischen Bundesgenossen. Diese Exekution wird noch ein Nachspiel haben, wenn die zehn Milliarden, die Frankreich an Rußland geliehen hat, eines Tages statt mit ihrem Nominalwert mit ihrem wirklichen Barwert erscheinen werden. Wir müssen uns aber vor dem Irrtum in acht nehmen, als ob für die auswärtige Politik Frankreichs keine anderen Faktoren in Betracht kämen, als das russische und das englische Bündnis, der Aufbau des Kolonialreiches und das Hineinwachsen einer Generation, die den deutschen Krieg noch nicht mit Bewußtsein miterlebte, in die Stellen, von denen aus regiert und von denen die öffentliche Meinung gemacht wird. Neben jene Tatsachen tritt noch eine besondere, in eigentlichem Sinne geistig geartete Potenz, von deren Entwicklung außerordentlich viel für die Frage abhängt, welche Bahnen die französische Politik im entscheidenden Augenblick einzuschlagen bereit sein wird. Diese Potenz ist der Kampf zwischen den radikal-liberalen republikanischen Elementen im Staat und dem Klerikalismus. Es ist das Verhängnis der romanischen katholischen Länder, daß sie die Religion vorzugsweise als klerikal geleitete kirchliche Frömmigkeit und die Unabhängigkeit von dem katholischen Kircheninstitut im wesentlichen nur als Gegensatz gegen die Religion überhaupt kennt. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die jetzt in Frankreich erfolgte Trennung von Kirche und Staat beurteilt werden. Der Staat hat zunächst gesiegt, aber man kann sich der Vorstellung nicht verschließen, daß mit diesem vorläufigen Siege vielleicht doch noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Wer das heutige Frankreich kennt, versichert, daß nicht nur das flache Land katholischer ist, als selbst zur Zeit des Einflusses der bigotten Kaiserin Eugénie, sondern daß sogar auf dem Boden von Paris hierin bis zu einem gewissen Grade eine merkwürdige Wandlung zu erkennen ist. Auf der einen Seite ist hier nach wie vor der Zentralsitz der Freigeisterei, des Liberalismus und des Libertinismus, auf der anderen aber ent-

stehen in der mittleren und kleineren Bourgeoisie wahre Heerscharen der Kirche. Außerdem aber, und das ist in politischer Beziehung nicht weniger wichtig, als das teilweise Zunehmen der Kirchlichkeit an sich, hat sich in Frankreich der Klerikalismus mit dem Nationalismus à la Delcassé verbündet. In diesem Bündnis liegt jedenfalls eine der Wurzeln seiner ziffernmäßigen Erfolge zutage. Die französische Armee, d. h. in diesem Fall das Offiziercorps, ist äußerlich zweifellos zum großen Teil klerikal, und die Kirche hat ihre Rechnung im Heere dabei gesucht und gefunden, daß sie den Traditionen der Patriotenliga und der Revancheidee ihren ausdrücklichen Segen gab. In den Jahren, als die Wogen der Revanchebegeisterung im Lande wie in der Armee noch spontaner und höher aufwallten, als es jetzt manchmal der Fall ist, entschloß sich der Klerikalismus, von dieser Seite her den Versuch zur Wiedereroberung des immer radikaler und atheistischer werdenden Frankreich zu machen, und stellte sich mit Haut und Haaren in den Dienst der Phrase von der nationalen Rehabilitation. Damit verbündet, wirkten dann und wirken die Folgen der Gleichgültigkeit, mit der die Republik seinerzeit der Eroberung des französischen Schulwesens durch die geistlichen Orden zugesehen hat, weiter. Trotz der scheinbaren Weltlichkeit und Religionslosigkeit des Unterrichts war der tatsächliche Einfluß des Klerus und der von ihm abhängigen und unterhaltenen Lehranstalten auf die Jugendausbildung bis heute ein sehr großer. Ihrem Ziel getreu, ging die Kirche bei dieser ihrer erziehenden Tätigkeit nach Möglichkeit auf den Pfaden des extremen Nationalismus. Auch in die militärischen Bildungsanstalten brachte sie dieses System zum Teil mit Erfolg hinein, und so ist die auf den ersten Blick recht verwunderliche Tatsache zu erklären, daß die französischen Bischöfe begeisterte Chauvinisten sind und die höheren Stellen in der Armee, zumal im Generalstabe, zum großen Teil in einem ausgesprochenen Bundesverhältnis zur Kirche stehen. Schon bei der Boulangeraffäre wurden die in dieser Richtung laufenden Fäden deutlich genug sichtbar, und vollends die Verhandlungen der beiden Dreyfußprozesse offenbarten die mannigfaltige Verbindung zwischen der Armee und den Klerikalen vollkommen zweifellos.

Daß es dabei für die Franzosen am letzten Ende den Bestand der Republik gilt, liegt ja auf der Hand; für das deutsche und das allgemeine europäische Interesse entscheidend ist aber die Erwägung, daß ein Sieg des Klerikalismus in Frankreich trotz allem leicht eine unmittelbare Gefahr des Krieges bedeuten könnte. Gerade der stete Anreiz der chauvinistisch-nationalen Instinkte der Franzosen, die Verheißung an die Nation, sie einen Weg zu führen, der die Niederlagen von Sadowa und Sedan wieder gut machen werde, das ist es ja, wodurch die Klerikalen es fertig gebracht haben, ihren Einfluß zu erringen. Ganz abgesehen davon liegt aber für jedes neue Regime in Frankreich die Versuchung besonders nahe, sich in der erworbenen Stellung durch eine erfolgreiche auswärtige Aktion zu befestigen. Das Prestige der demokratischen dritten Republik beruht, namentlich bei den nüchternen, einsichtigen und weitblickenden Elementen des Volkes, auf dem großen Erfolge ihrer überseeischen Politik, die Frankreich ein Kolonialreich von annähernd derselben Bedeutung geschenkt hat, wie dasjenige war, das nach dem siebenjährigen Kriege gegen England und Preußen im Frieden von 1763 an den Nebenbuhler jenseits des Kanals verloren ging. Eine Wendung, durch die der klerikale Militarismus an die Spitze der Geschäfte gelangte, würde aber sehr wahrscheinlich, sei es durch direkte Anknüpfung mit den Monarchisten, sei es auf dem Wege über die unmittelbare Säbediktatur, zu einer Politik führen, die vor allen Dingen dem Chauvinismus und dem Militär unmittelbare Befriedigung ihres Aktionsbedürfnisses beschafft.

Vorläufig hat es ja nicht den Anschein, als ob die Dinge diesen Weg gehen wollten. Wenn man die heutige Lage mit der zur Zeit des Boulangismus vergleicht, so erscheint das Prinzip der republikanischen Konzentration zweifellos ganz bedeutend gefestigter als damals. Die innere Aenderung kann aber mit der Zeit gerade aus dem jetzigen äußeren Erfolg der antiklerikalen Republik hervorgehen. Für das Bewußtsein des französischen Katholiken ist die jetzige Regierungspolitik gleichbedeutend mit Religionsverfolgung, und es gibt keinen besseren Boden für das Wiedererwachen fast erloschener kirchlich-religiöser Einflüsse, als diesen. Man darf dabei nicht an die antirömische Bewegung im französischen

Klerus denken, die sich an den Namen des Abbé Loisy und seiner Gesinnungsgenossen knüpft. Diese Art Leute, so interessant es für den protestantischen Kirchenhistoriker auch sein mag, ihre Entwicklung zu verfolgen, hat weder die Tendenz, noch die Fähigkeit, dem politischen Bestand der republikanischen Konzentration gefährlich zu werden. Gefährlich können ihr aber vielleicht diejenigen Kreise werden, die in der Streichung des Kultusbudgets und in der Inventarisierung des Kirchenvermögens ein Attentat nicht nur auf die Kirche, sondern auf die Religion selbst erblicken.

* * *

Die Besprechung des Zusammenhanges, der zwischen der englischen und der französischen Politik durch den Delcassismus inauguriert ist, leitet uns mit Notwendigkeit zu dem weiteren Ausbau dieses Systems durch Eduard VII. in der Gewinnung der beiden anderen westlichen Mittelmeerstaaten für die Zwecke Englands hinüber: Italien und Spanien. Italien ist während des letzten Jahrzehnts wirtschaftlich in eine Entwicklung eingetreten, die derjenigen gerade entgegengesetzt ist, die wir bei Rußland haben feststellen müssen: es konsolidiert sich, vermehrt seine wirtschaftliche Produktion, seinen Export und seine Zahlungskraft in geradezu erstaunlicher Weise, es kauft seine im Auslande aufgelegten oder ins Ausland gewanderten Schuldverschreibungen allmählich zurück, es reduziert mit Glück den Zinsfuß seiner Anleihen und bessert so seine noch vor einem Jahrzehnt nicht selten pessimistisch beurteilte ökonomische Gesamtlage in der ausgesprochensten Weise. Dieser ökonomische Aufschwung Italiens verdient um so mehr bemerkt zu werden, als das Land mit einem schwer zu seinen Ungunsten in die Wage fallenden natürlichen Mangel behaftet ist: es besitzt keine Kohle. Die moderne Kultur ruht technisch auf Eisen und Kohle; ein Land, das eines von beiden Dingen aus der Fremde einführen, d. h. dauernd kaufen und bezahlen muß, kann leicht eine schwere wirtschaftliche und am letzten Ende auch politische Beeinträchtigung davontragen. Für die italienische Großindustrie ist es, rein privatwirtschaftlich angesehen, gleichgültig, ob sie Kohle, deren sie bedarf, vorausgesetzt, daß es keine erhebliche Preisdifferenz ausmacht, aus England bezieht oder im

eigenen Lande kauft; unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Staats- und Volkswirtschaft ist es aber ein auf die Dauer schwer und verderblich ins Gewicht fallendes Manko, wenn für dieses Lebensbrot alles modernen Wirtschaftswesens fort und fort Ertragswerte der nationalen Arbeit als ein Tribut ans Ausland geliefert werden müssen. Wenn ein Land keine Kohle hat, so kommt das im Effekt auf dasselbe hinaus, als ob in ihm kein Getreide wüchse, oder als ob es eine große im Ausland verzinsliche Schuldenlast besäße: in jedem Falle muß es einen beträchtlichen Teil des Ertrages seiner nationalen Arbeit vorweggeben, um erst diesen Lebenstribut zu decken. Daher macht es auch keinen wesentlichen Unterschied, ob eine eigene Industrie mit erkaufter Kohle erhalten wird, oder ob statt dessen die fertigen Industrieprodukte aus dem Auslande eingeführt werden.

Wenn wir die Handelsbewegung eines Landes als einen Maßstab seines wirtschaftlichen Gedeihens ansehen, so finden wir, daß sich Italien während des Jahrzehnts von 1889 bis 1896 auf einer sehr bescheidenen Höhe seines Wirtschaftslebens hält. Die Ziffern der Ausfuhr im Spezialhandel bewegen sich mit verschiedenen Schwankungen innerhalb der Grenzen von ca. 700 und ca. 850 Millionen Mark jährlich, die der Einfuhr schwanken in ähnlicher Weise zwischen 900 und nicht ganz 1300 Millionen Mark. Das folgende Jahrzehnt von 1897 bis 1906 weist dagegen ein vollkommen anderes Bild auf. Einfuhr und Ausfuhr betragen (in Millionen Mark):

	Einfuhr	Ausfuhr
1897	953,3	873,4
1898	1150,7	962,9
1899	1205,2	1145,1
1900	1360,2	1070,6
1901	1374,8	1099,6
1902	1420,6	1177,9
1903	1489,6	1214,0
1904	1531,0	1277,8
1905	1651,7	1384,7
1906	1933,4	1468,7

Beim ersten Ueberblick über diese Tabelle fällt zunächst das starke Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr auf. Da Italien nicht annähernd in ähnlicher Weise wie England oder Deutschland durch den Besitz ausländischer Schuldentitel, großartiger Schiffahrtsunternehmungen, bedeutender industrieller Kapitalsanlagen im Auslande oder dergleichen seine passive Handelsbilanz zu kompensieren in der Lage ist, so fragt man sich zunächst, wie sich dieses Bild einer aufwärtsstrebenden Wirtschaftsentwicklung mit der scheinbar schlechten Zahlungsbilanz vereinigen läßt. Die Antwort ist sehr einfach: der unausgesetzte Fremdenstrom, der aus Deutschland, England, Amerika und anderen Ländern nach Italien fließt, und die Hunderttausende italienischer Arbeiter, die vorübergehend nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Argentinien usw. gehen, und von dort regelmäßig mit ihrem baren Verdienst zurückkehren oder Geld in die Heimat senden, bedeuten, zusammengenommen, eine so große Geldeinfuhr, daß aus diesen beiden Quellen das Manko der Handelsbilanz reichlich gedeckt wird. Beide Quellen fließen immer noch von Jahr zu Jahr ergiebiger, und während früher England und Deutschland nach der Anzahl und nach der Zahlungskraft der Fremden das überwiegende Kontingent dieser Art von Geldeinfuhr nach Italien stellten, steht jetzt wahrscheinlich Amerika in dieser Beziehung an der ersten Stelle.

Man kann den ökonomischen Aufschwung Italiens nicht nur an den Ziffern seines Außenhandels, sondern auch an dem Kursstand der italienischen Rente und an dem Papiergeldumlauf verfolgen. 1882 waren für ca. 940 Millionen Lire Papiergeld ausgegeben, 1902 nur noch für 445 Millionen. Zur Zeit, da der Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien geschlossen wurde, betrug der Kursstand der 5prozentigen italienischen Rente in Paris. 12% unter pari — zwanzig Jahre später stand sie erheblich über pari. Damals mußte die Rente mit 5% verzinst werden — nach der Konversion von 1906 nur noch mit 3 $\frac{3}{4}$ % und nach 1910 wird der Zinsfuß nur noch 3 $\frac{1}{2}$ % betragen.*)

*) Leopold Freiherr von Chlumetzky „Oesterreich-Ungarn und Italien“, Leipzig und Wien 1907, Seite 47 ff.

Allerdings ist kein Zweifel darüber möglich, daß die finanzielle Gesundung Italiens zum Teil durch einen weitgehenden Verzicht auf Geltendmachung einer internationalen politischen Machtstellung und durch den Anschluß an den mitteleuropäischen Versicherungsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, der hierdurch zum Dreibund erweitert wurde, bedingt ist. Der Dreibund brachte zunächst (1881) eine geringe Vermehrung der Armeeaussgaben, aber er ermöglichte es danach der italienischen Politik, das spätere Anwachsen des Heeresbudgets doch in ungleich geringeren relativen Grenzen zu halten, als bei allen übrigen europäischen Großmächten. Bei der Flotte ging die Vermeidung größerer Ausgaben sogar so weit, daß sich während des Jahrzehnts nach 1890 eine starke Rückständigkeit der gesamten italienischen Seemacht herausbildete, deren Panzer vorher beinahe den größten und am schwersten bewaffneten Typ unter allen europäischen Marinen dargestellt hatte. Ebenso ist das Eisenbahnnetz infolge der fortgesetzten Vermeidung im Grunde notwendiger Ausgaben gegenwärtig in einen so schlechten Zustand geraten, daß die Aufwendung sehr bedeutender Mittel für seine Reorganisation in nächster Zeit nicht mehr vermeidbar sein wird.

Politisch war Italiens Anschluß an das mitteleuropäische Bündnis eine Folge der Besetzung von Tunis durch die Franzosen im Jahre 1881. In Italien hatte man sich schon seit lange gewöhnt, den Anspruch auf die Angliederung Tunesiens in irgend einer Form binnen absehbarer Zeit für selbstverständlich zu halten. Seit Jahrzehnten war die italienische Auswanderung nach Tunis, namentlich die aus Sizilien und Süditalien, außerordentlich groß. Nicht nur das Geschäftsleben in den Städten wurde von italienischen Kaufleuten beherrscht, sondern auch auf dem flachen Lande in der Umgegend waren bereits zahlreiche kleine italienische Landwirte angesiedelt; italienische Arbeiter wurden bei allen größeren Bauten beschäftigt, und unter dem Handwerker- und Kleinhändlerum waren die Italiener ebenso stark vertreten, wie die Angehörigen der einheimischen Bevölkerung. Italienisch war in Tunis auch die schlechthin herrschende europäische Sprache. Auf dem Berliner Kongreß boten Deutschland und Oesterreich-Ungarn Italien ihre Unterstützung für den Fall der Besetzung von Tunis durch italienische Truppen an.

Graf Corti, der Vertreter Italiens in Berlin, antwortete darauf mit der ironischen Frage: ob denn Fürst Bismarck so großes Gewicht darauf lege, Italien in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln?*) Der entscheidende Augenblick für die italienische Politik, in dem sie den Entschluß hätte fassen müssen, nach Nordafrika hinüberzugreifen, war verpaßt. Für die zukünftige Entwicklung Italiens kann dieses Zurückweichen nicht wohl schwer genug veranschlagt werden. Das vermeintliche Risiko des Krieges mit Frankreich war mit der deutsch-österreichischen Deckung im Rücken in Wirklichkeit feins. Frankreich hätte es 1878, als die Idee seines nord- und westafrikanischen Kolonialreichs in dem späteren Umfang noch keineswegs existierte, nicht gewagt, um eines Objekts willen wie Tunis einen Krieg mit Italien zu beginnen, dem Deutschland, sei es zunächst auch nur diplomatisch, sekundierte, und dem gegenüber sich Oesterreich-Ungarn zum mindesten ähnlich verhalten hätte, wie Rußland sich uns gegenüber während des Krieges 1870/71. Die Kolonisation von Tunis hätte dem Königreich geradezu ein zweites Italien jenseits des Mittelmeers angegliedert. Tunesien umfaßt das alte Landgebiet des karthagischen Staates, die spätere römische Provinz Afrika, eines der von Natur reichsten Gebiete der antiken Welt. Selbst das menschenarme Frankreich hat hier bedeutende wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen gehabt, wenn auch zum großen Teil durch das Vorhandensein der starken italienischen Arbeiter- und Kolonistenbevölkerung. Um wieviel größere Frucht hätte dieser Besitz dem in vielen Teilen überfüllten Italien getragen, wenn seine Söhne dort drüben nicht als Fremde, sondern als heimatberechtigte Bürger arbeiten, das Land in Kultur nehmen, seinen Handel entwickeln und seine Bodenschätze aufschließen könnten! Und nicht nur in materieller, sondern auch in politisch-strategischer Hinsicht wäre Italiens Stellung im Mittelmeer durch den Besitz von Tunis mit einem Schlage zu einer Bedeutung ersten Ranges gelangt. Die Westspitze von Sizilien und das Kap Bon in Afrika liegen sich beinahe von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Mit Biserta und Marsala oder Trapani als Flottenstationen würde Italien die Passage zwischen dem östlichen und westlichen Mittelmeerbecken vollkommen beherrschen. Der Ge-

*) Chlumeczy, Seite 4.

danke an dieses Stück verlorener Zukunft mag den italienischen Patrioten um so schmerzlicher berühren, als es nichts anderes gewesen ist, als die Unentschlossenheit und die Unfähigkeit der italienischen Staatsmänner selbst, die das Königreich daran verhindert haben, das bereitliegende Gut zu ergreifen.

Die Reaktion gegen den Verlust von Tunis trieb Italien in Europa zur Dreibundpolitik, obwohl die Nation keineswegs mit dem Herzen auf diesem Wege war. Oesterreich gegenüber bildete der Anspruch auf Welschtirol und das Gebiet von Triest, die sogenannte Italia Irredenta, den die öffentliche Meinung des Königreichs mit unverhohlener Leidenschaftlichkeit erhob, von vornherein eine merkliche Schwierigkeit für ein intimes Bundesverhältnis, und was Deutschland und Frankreich betraf, so war die Sympathie trotz Savoyen und Nizza, die man als Preis für die nationale Einigung an Napoleon hatte zahlen müssen, den Franzosen gegenüber viel größer als den Preußen. Hatte doch auch 1870 nicht so sehr viel daran gelegen, daß der König Viktor Emanuel das Bündnis gegen uns mit Napoleon abschloß. Den wahren Ersatz für Tunis sollte denn auch weniger die Stellung im Dreibunde, als der Erwerb eines anderen afrikanischen Kolonialgebiets bilden: Abessinien. Es ist bekannt, wie diese abessinische Politik Italien erst mit großen finanziellen Opfern belastete, wodurch die Finanzlage zeitweilig in hohem Grade kritisch wurde, und wie schließlich der militärische Mißerfolg ein vollständiger war. 1885 wurde Massaua am Roten Meer besetzt, wogegen der Negus Johannes bereits protestierte. 1887 bei Saati und im Jahre darauf bei Saganeiti kämpften die Italiener ohne Glück gegen die Truppen des Negus. Als Johannes 1889 im Kampfe gegen die Mahdisten fiel, schien es, als ob man mit seinem Nachfolger Menelik auf diplomatischem Wege weiter kommen würde; aber dieser kluge Herrscher war in Wirklichkeit von Anfang an entschlossen, den italienischen Absichten auf Abessinien mit aller Energie entgegenzutreten. Nachdem das ganze afrikanische Abenteuer etwa ein Jahrzehnt gedauert hatte, erfolgte im Dezember 1895 und im Januar 1896 bei Amba Aladschi und Adua der vollständige Zusammenbruch, und man mußte froh sein, daß Menelik einen Frieden schloß, der es gestattete, ohne den Schein der äußersten Demütigung den Rückzug

vom abessinischen Hochlande anzutreten. Vom finanziellen Standpunkt aus gesehen, konnte es schließlich noch als ein Glück erscheinen, daß die abessinische Katastrophe eine so vollständige war. Die Kammer entschied mit großer Mehrheit dafür, die militärische Niederlage ungerächt zu lassen, um das Finanzwesen des Staates nicht endgültig zu zerrütten. Allerdings war es für den unbeteiligten Beobachter verwunderlich zu sehen, wie das nationale Selbstgefühl der Italiener diesen Schlag hinnehmen konnte, ohne sich gegen eine derartige Demütigung durch die Barbaren aufzubäumen. Ein Blatt wie das, auf dem die ungerächte Niederlage von Adua geschrieben steht, hat kein anderes großes Volk bisher in seiner Geschichte aufzuweisen, und man wird unwillkürlich auch von hier aus an die schon öfters in der politischen Diskussion über Italien geäußerte Bemerkung erinnert, daß die Italiener ihre Rechnung mit der Geschichte noch nicht beglichen haben. Auch ihre nationale Einheit haben sie sich nicht, gleich den Deutschen, erkämpft und ersiegt, sondern als Geschenk, d. h. auf Vorschuß, erhalten, und sie müssen sie sich moralisch erst noch durch wirkliche nationale Taten einlösen. Die Italiener haben gegenüber ihrem politischen Bedränger, Oesterreich, so oft sie ihm allein gegenüber traten, militärisch stets den kürzeren gezogen; sie haben aber trotzdem durch die Gunst der politischen Gesamtlage und durch ihr Bündnis einmal mit Frankreich, das andere Mal mit Preußen, trotz der eigenen Niederlage, stets einen Fortschritt in der Richtung auf die nationale Einigung gemacht. Der letzte Schritt, die Gewinnung Roms, gelang ihnen unter ähnlichen Umständen. Es ist aber ein unverbrüchliches historisches Gesetz, daß Nationen so gut wie Individuen erst das wirklich besitzen, was sie sich selbst erworben haben: vor den Preis der Tüchtigkeit setzen die Götter den Schweiß. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß der Erweis der Tüchtigkeit jedesmal in Kriegstaten zu bestehen hat, aber es ist doch ein bedenklicher Zug, wenn nicht nur die effektiven militärischen Leistungen der Armee, sondern auch der militärische Sinn einer Nation so verkümmert ist, wie das in Italien der Fall zu sein scheint. Diese Beobachtung wird geeignet sein, uns auch gegenüber der weiteren Entwicklung der italienischen Politik, die den Staat gegenwärtig, obwohl er sich formell noch innerhalb des Dreibund-

verhältnisses befindet, gleichzeitig auch der englisch-französischen Entente angegliedert hat, etwas mißtrauisch zu machen.

Frankreichs Antwort auf Italiens Eintritt in den Dreibund war, wenn auch erst nach einer Reihe von Jahren, der Zollkrieg. Gleichzeitig sollte diese Maßregel die italienische Politik vom Dreibund zurückbringen. Diese Rechnung schlug den Franzosen zunächst fehl. Allerdings verringerte sich die Ausfuhr Italiens nach Frankreich unmittelbar nach Ausbruch des Zollkrieges um die Hälfte, aber es gelang dafür, den Verkehr mit den übrigen Nachbarländern, namentlich Deutschland und Oesterreich-Ungarn, so weit zu steigern, daß der Frankreich gegenüber erwachsende Schaden allmählich ausgeglichen würde. Gerade während des Zollkrieges sank, nachdem man die abessinische Politik kurzerhand abgebrochen hatte, das bisher fast chronisch gewesene Defizit auf immer geringere Beträge, und im Jahre 1895 war bereits ein von nun an dauernd verbleibender und wachsender Ueberschuß im Budget vorhanden. Auch der wirtschaftliche Friedensschluß mit Frankreich im Jahre 1898 hat die starke Verschiebung nicht mehr wesentlich nach rückwärts umzugestalten vermocht, die sich inzwischen in dem Handelsverkehr Italiens bezüglich der Länder, nach denen sich seine Ausfuhr richtete, immer ausgesprochener entwickelt hatte. Schon vor dem Abschluß des Handelsfriedens vollzog sich aber im Zusammenhang mit dem afrikanischen Mißerfolg in der italienischen auswärtigen Politik eine entscheidende Schwenkung, als deren äußere Kennzeichen zunächst der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Frankreich und Tunis von 1896 und die gleichzeitige Hochzeit des italienischen Thronfolgers mit der Prinzessin Helene von Montenegro anzusehen sind: 1896. Das neue Ziel der italienischen Politik heißt: Durchsetzung des italienischen Einflusses auf der anderen Seite des Adriatischen Meeres in Albanien und Herstellung der italienischen Vorherrschaft auf dem Adriatischen Meer. Gleichwie sich Rußland Bulgarien, Oesterreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina als mittelbare oder unmittelbare Einflußgebiete ausersehen hatten, beansprucht Italien jetzt eine maßgebende Rolle im westlichen Teil der Balkanhalbinsel, wobei die entschiedeneren Vertreter dieser italienischen Balkanideen auch Macedonien und selbst Saloniki, jenen absoluten Zielpunkt der öster-

reichischen Balkanpolitik, für die so plötzlich neu geschaffene italienische Interessensphäre jenseits der Adria reklamieren. Diese italienische Politik in Albanien mit gelegentlichem Hinübergreifen nach Macedonien, gestützt auf das nahe verwandtschaftliche Verhältnis zu Montenegro und ein mit großem Aufwand von Mitteln errichtetes System von Konsulaten und Handelsagenturen behandelt mit großer Anschaulichkeit die bereits zitierte Schrift des österreichischen Politikers Leopold von Chlumetzky. Hand in Hand mit dieser Tätigkeit geht seit einigen Jahren die Agitation für eine verstärkte Wiederaufnahme des Ausbaues der Flotte und der seestrategischen Stützpunkte im Adriatischen Meer. Natürlich richtet sich eine italienische Balkan- und Adriapolitik von diesem Charakter in ausgesprochener Weise gegen die Interessen Oesterreichs, und im Verein mit dem alten latenten Antagonismus wegen der italienisch sprechenden Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie hat sich auf dieser Grundlage zwischen Oesterreich und Italien trotz des formell bestehenden Bündnisverhältnisses eine politische Temperatur entwickelt, die auf beiden Seiten nicht mehr ohne direkte Besorgnis beobachtet werden kann. Namentlich in den aufgeweckteren und energischeren Kreisen Deutsch-Oesterreichs rechnet man bereits unverhohlen mit der Möglichkeit eines Krieges mit Italien, sowohl wegen dessen Balkan- und Adriapolitik, als auch wegen der Irredenta. Diese antiitalienische Stimmung ist gegenwärtig auch keineswegs mehr auf die gebildeten Schichten beschränkt, die imstande sind, die ganze komplizierte Lage in der auswärtigen Politik zu übersehen, sondern sie ist als ein überaus kräftiger Grundton auch schon in den breiteren Massen vorhanden. In Oesterreich versteht man nicht mit Unrecht die umfassenden italienischen Befestigungsbauten an der Grenze der Lombardei, die Flottenrüstungen und die ganze Agitation für das „mare nostro“, d. h. die Adria als italienisches Meer, als eine direkte Bedrohung, und die offene Sympathie, die in Italien nicht nur das Publikum, sondern auch die offiziellen Kreise der irredentistischen Propaganda entgegenbringen, trägt das Ihrige zur Verbreitung und Vertiefung dieser Stimmung bei, die sich immer deutlicher zu der Meinung zuspitzt, daß ein Waffengang mit Italien vor der Tür stehe. In der Tat kann Oesterreich-Ungarn um seiner dringlichen Lebensinteressen willen

unmöglich dulden, daß Italien auf beiden Seiten des Adriatischen Meeres herrschend wird. Wenn Valona oder Durazzo italienische Kriegshäfen sind, dann hängt es nur von dem augenblicklichen Verhältnis der Monarchie zu Italien ab, ob eines Tages ihr gesamter Seehandel „wie in einem Sacke“ gefangen und erstickt wird. So gut wie Oesterreich-Ungarn bei einer endgültigen Regulierung der Balkanangelegenheiten unter feinen Umständen auf Saloniki verzichten kann, so gut muß es die Etablierung der italienischen Herrschaft auf der albanischen Seite der Adria als eine Frage behandeln, bei der es um Tod und Leben geht. Für Italien kann die Fortsetzung seiner Politik im Westen der Balkanhalbinsel, wenn Oesterreich-Ungarn als ein aktionsbereites politisches Ganzes überhaupt erhalten bleibt, nur mit der Alternative zwischen einem Rückzug oder dem Kriege enden.

Die Balkanpolitik hat schließlich auch den Hebel abgegeben, mit dem es gelungen ist, Italien erst in den Beginn eines politischen Freundschaftsverhältnisses zu Frankreich allein und dann auch in das englisch-französische Einverständnis mit hineinzuziehen. 1896, im Jahre des Vertrages mit Frankreich über Tunis und der montenegrinischen Heirat, präziserte der italienische Ministerpräsident Rudini die Politik Italiens dahin, daß er zwar beabsichtige, den Dreibund ungeschmälert zu erhalten und fest bei der von ihm gewollten, in den Verträgen festgelegten Politik zu bleiben. Diese Verträge aber wolle er in dem Sinne auslegen, und die Politik der italienischen Regierung in der Weise leiten, daß durch sie die guten Beziehungen zu Rußland und zu Frankreich nicht gestört werden, Beziehungen, die er immer freundschaftlicher gestalten wolle: „aufrichtig und sozusagen herzlich freundschaftlich“. Damals stand der russisch-französische Zweibund auf seiner Höhe. Das erwünschte „herzliche“ Verhältnis zu Frankreich und Rußland war also nach seiner schließlichen Abzweckung vom italienischen Standpunkt aus nicht sehr schwer zu definieren. In der Frage der Angliederung Kretas an Griechenland 1899 stand Italien diesem Versuch einer politischen Rückversicherung entsprechend nicht auf seiten seiner Bundesgenossen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auf seiten Englands und Frankreichs, die bestrebt waren, den griechisch-kretischen Wün-

schen nach Vereinigung im Gegensatz zu der deutschen Politik der Aufrechterhaltung des status quo in der Türkei zu willfahren. Für Frankreich insbesondere erschien die Ablenkung der italienischen Politik nach der Balkanhalbinsel besonders wünschenswert mit Rücksicht auf die Ansprüche Italiens auf Tripolis. Man hatte sich zwar dazu verstanden, den Italienern, wenn auch in unbestimmter und unverbindlicher Form, gewisse Ansprüche ihrerseits auf Tripolis anzuerkennen — in Wirklichkeit hat aber die französische Politik nie aufgehört, ihr Augenmerk selber auf Tripolis zu richten. Tripolis im Besitze Frankreichs würde die französische Mittelmeerstellung gewaltig stärken, denn hiermit stände Frankreich der Weg zu Lande nach Ägypten offen.

Natürlich weiß man in Italien sehr genau, daß man nicht daran denken kann, mit freundlicher Einwilligung Oesterreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel Fuß zu fassen und das Adriatische Meer in einen italienischen See zu verwandeln. Bei dem Versuch einer gewaltsamen Balkanpolitik würde sich Italien aber nicht nur dem in seinen Lebensinteressen getroffenen Oesterreich-Ungarn gegenüber sehen, sondern auch uns, die wir erstens mit Rücksicht auf das Bundesverhältnis zu Oesterreich und zweitens wegen unseres grundsätzlichen Standpunktes in den türkisch-orientalischen Fragen in eine Erfüllung der italienischen Wünsche zwischen Valona und Saloniki nicht willigen können. Will also Italien seinen Hoffnungen und Wünschen auf der Balkanhalbinsel Fortgang geben, so muß es seine Anlehnung auf derjenigen Seite suchen, die mit ihrer Politik grundsätzlich darauf abzielt, die eine der den italienischen Wünschen entgegenstehenden Mächte, Deutschland, durch das sogenannte Einreisungssystem matt zu setzen. Mit Oesterreich-Ungarn allein glaubt man dann als Verbündeter Englands und Frankreichs vielleicht fertig zu werden. Es versteht sich von selbst, daß die Stellung Italiens im Dreibunde in dem Maße wie es ernsthaft derartige Pläne verfolgt, keine aufrichtige mehr sein kann. Daran ändert es auch nichts, wenn trotz des Anschlusses an England und nach dem englischen Flottenbesuch in den italienischen Gewässern das offizielle Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn bei der Ministerzusammenkunft im Sommer 1907 noch einmal eine Befräftigung erhielt. Oesterreich-

Ungarn hat im Augenblick militärisch noch die bei weitem stärkeren Trümpfe in der Hand. Der Ausbau der italienischen Flotte ist einstweilen über Forderungen und Pläne noch nicht weit hinausgekommen, und sobald sich die österreich-ungarische Politik entschließt, auf dem Balkan mit entschiedeneren Maßnahmen in ihrem eigenen Interesse vorzugehen, so ist Italien zu positiven Gegenzügen vorläufig noch gar nicht in der Lage. Es erscheint daher auch nicht als glaublich, daß man von Wien aus Italien wirkliche Zugeständnisse auf dem Ostufer des Adriatischen Meeres gemacht haben sollte. Das brauchen die Oesterreicher nicht zu tun und das dürfen sie nicht tun, wenn sie sich noch selbst eine Zukunft vindizieren wollen. Italiens erhoffte Balkanfrüchte können erst reifen, wenn es sich entweder selbst stark genug fühlt, den Waffengang mit Oesterreich-Ungarn zu wagen, oder, da das voraussichtlich kaum je der Fall sein wird, wenn in Zukunft einmal die Liquidation der türkischen Herrschaft in Europa entgegen den Wünschen des verbundenen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingeleitet und durchgeführt werden sollte. Für diesen Fall bemüht Italien sich zu Wasser und zu Lande zu rüsten. Man wird nicht umhin können, diese ganze Politik gerade vom italienischen Standpunkt aus als in höchstem Grade gewagt, ja als direkt abenteuerlich zu bezeichnen. Was Italien will, richtet sich, wenn das Ganze nicht schließlich auf die Anstrengung eines Kompensationsgeschäfts — Welschtirol gegen den Verzicht auf die Balkanpolitik — hinauskommt, direkt und von vornherein gegen die Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns und ließe sich überhaupt nur in dem Falle verwirklicht denken, daß die Donaumonarchie nicht nur vorübergehend, sondern dauernd zur politischen Kraftlosigkeit herabsinkt. Eine Politik aber, welche die Eliminierung Oesterreich-Ungarns als europäischer Großmacht zur Voraussetzung hat, würde in ihrer Verwirklichung eine so grundstürzende Verschiebung des Gleichgewichts auf dem Festlande von Europa zur Voraussetzung haben, daß auch Deutschland um seiner selbst willen auf das Entschiedenste gegen sie Front machen müßte.

Durch die Besetzung von Tunesien und die Errichtung des Kriegshafens von Biserta hat Frankreich an Stelle Italiens eine ausgesprochene Vormachtstellung im westlichen Mittelmeer erreicht.

Allerdings übt es diese Vormacht nur im Einverständnis mit England aus. Die englische Mittelmeerflotte ist anlässlich des Abschlusses der Entente mit Frankreich ganz wesentlich verringert worden. England und Frankreich halten, wie wir sahen, gemeinsam Italien als Mittelmeermacht mit dem Köder jener Balkanpolitik in ihrer Gemeinschaft fest. Auch die italienische Flotte scheidet also auf jeden Fall für England aus der Zahl der möglichen Gegner im Mittelmeer aus. Von den Staaten der pyrenäischen Halbinsel befindet sich Portugal seit lange in einem ausgesprochenen Vasallenverhältnis zu der englischen Politik, so sehr, daß man Portugal, wenn nicht formell, so doch faktisch als englischen Schutzstaat bezeichnen kann. Durch das Mittel der Heirat mit einer nahen Angehörigen des englischen Königshauses ist auch Spanien in den Kreis der englischen „Einverständnisse“ hineingebracht worden. Wahrscheinlich besteht nicht nur zwischen England und Portugal, sondern auch zwischen England und Spanien ein Abkommen, das England für den Fall kriegerischer Aktionen im Mittelmeer oder sonst im Gebiet der spanischen Gewässer, es erlaubt, die Häfen der befreundeten Macht als Flottenstützpunkte zu benutzen. Für besonders sicher wird man aber die Stellung Spaniens innerhalb dieser Gesamtentente nicht halten können. Nachdem Spanien seine Kolonien in Amerika und Asien verloren hat und nur noch in Afrika einige Reste übrig sind, besitzt es die einzige Möglichkeit zu einer überseeischen Expansion nur noch in Marokko. Eingeengt durch den englisch-französischen Druck hat Spanien in der Tat nicht die freie Wahl einer politischen Haltung, die ausgesprochenermaßen den englischen und französischen Interessen entgegengesetzt ist. Auch in wirtschaftlicher Beziehung ist es von England und Frankreich vollkommen abhängig. Für den direkten Anschluß an die Entente muß aber die spanische Politik immerhin gewisse Zusicherungen erhalten haben, und da es auch vom spanischen Standpunkt aus utopisch wäre, irgendwelche Kompensationen etwa im östlichen Mittelmeerbecken zu suchen, so können sie nur in Marokko gefunden werden. Frankreich aber muß naturgemäß jede Schwächung des gehofften marokkanischen Protektorats als eine Beeinträchtigung seiner Ziele und Wünsche betrachten, und Spanien wird daher im entscheidenden Moment leicht

bereit sein, sich trotz aller Abmachungen auf diejenige Seite zu schlagen, die ihm in der maroffanischen Angelegenheit größere Vorteile zu bieten in der Lage ist. Spaniens materielle Kraft ist so gering, daß es zu Anstrengungen und Aufwendungen nach außen hin beinahe unfähig erscheint. Es gehört zu denjenigen Ländern, deren Wirtschaftsleben seit Jahrzehnten, zumal wenn man die Bevölkerungsvermehrung mit in Betracht zieht, ohne nennenswerte Entwicklung geblieben ist. Die Amputation der Antillen und Philippinen hat dabei, wenn überhaupt eine Wirkung, so eher eine günstige als eine ungünstige ausgeübt, weil sich die dort vorhandenen freilich nicht bedeutenden spanischen Kapitalien nach dem politischen Verlust der Besitzungen ins Mutterland zurückgezogen. Das Verhalten der spanischen Politik in der Marokkofrage erweckt übrigens auch den Anschein, als ob die öffentliche Meinung und die Parteien einer tieferen Verstrickung in die Ziele und Wege der englisch-französischen Entente auf dem Wege dynastisch-familiärer Beeinflussung ein deutliches Widerstreben entgegensetzen würden.

Sechstes Kapitel.

Oesterreich-Ungarn, der Balkan und das Osmanische Reich.

Als Kronprinz Rudolf von Oesterreich, bald nach dem Kongreß von 1878, einmal in Berlin war, äußerte er einem englischen Diplomaten gegenüber, daß man in Wien jetzt nichts mehr gegen die Besetzung Konstantinopels durch die Russen hätte, wenn zugleich die Standarte der Habsburger in Saloniki entfaltet würde. Das Wort kam an die Oeffentlichkeit und Lord Houghton, dem gegenüber es gefallen war, gab in der Times ausdrücklich seine Richtigkeit zu. Wir haben bereits gesehen, daß ein russisches Konstantinopel uns eventuell neutral lassen, ja unser direktes Wohlwollen finden könnte. Mit einem österreichischen Saloniki brauchte es an sich nicht anders zu stehn. Beides aber gilt unter einer sehr bestimmten Voraussetzung, nämlich der, daß die Türkei darum nicht aufhört, als selbständige, lebens- und widerstandskräftige Größe zu existieren, sondern im Gegenteil durch die Aufgabe ihrer schwer zu verteidigenden „überseeischen“ Besitzungen in Europa einen Zuwachs an staatlicher Geschlossenheit und militärischer Kraft gewinnt. Hiervon wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch mehr zu reden sein — es ist aber nötig, dies Leitmotiv für die deutsche Orientpolitik schon gleich anfangs zu markieren.

Rußland hat die Erfahrung machen müssen, daß die Balkanflaven und ganz besonders Bulgarien, auf das es die stärksten Hoffnungen gesetzt hatte, sich in einer viel selbständigeren und auf ihre Selbständigkeit eiferfüchtigeren Art entwickelt haben, als man das in St. Petersburg vor und unmittelbar nach dem letzten Türkenkriege angenommen hatte. Die Schwierigkeiten, die sich von dieser unver-

muteten Seite her so peinlich gegenüber der Verwirklichung des alten russischen Traumes, dereinst der Haupterbe der gesamten türkischen Macht zu sein, erhoben, haben sicher auch ein Moment, mindestens ein psychologisches, dafür gebildet, daß der Idee, für die Zukunft der Weltstellung Rußlands stehe in Ostasien unendlich viel mehr auf dem Spiele als am Balkan, so rasch und so entschlossen Folge gegeben wurde. Nicht berührt wird aber davon die alte Lebensfrage Rußlands, wer den Schlüssel zu seinem Hause am Bosphorus in der Hand haben soll. Darauf, den Pontus als ein russisches Gewässer betrachten zu dürfen, hat Rußland ein unbestreitbares historisches und moralisches Anrecht und, was praktisch mehr bedeutet: kein russischer Zar dürfte wagen, einen Verzicht auf dieses Anrecht mit seinem Wort zu sanktionieren. Die Straße von Konstantinopel bildet den Zugang zum ganzen Süden des russischen Reiches, zu dem zweitwichtigsten, bald vielleicht dem ersten Seehafen, den Rußland besitzt, Odessa; zu den großen maritimen Waffenplätzen auf der Krim und an der Mündung des Dnjepr; endlich zu dem an Wichtigkeit stets zunehmenden Gestade des kaukasischen Isthmus. Zum mindesten also auf die nördliche Mündung des Bosphorus wird die russische Politik, solange sie noch eine Spur von Kraft und Selbständigkeit hat, nie aufhören, Vorzugsrechte geltend zu machen. Hiermit wird jede österreichische Balkanpolitik also rechnen müssen.

Wenn Kronprinz Rudolf von „Saloniki“ sprach, so bezeichnete er mit diesem letzten geographischen Zielpunkt natürlich den Vormarsch der habsburgischen Monarchie auf der Balkanhalbinsel im Allgemeinen. Auch Bismarck hat bekanntlich an verschiedenen Stellen in den „Gedanken und Erinnerungen“ ausgesprochen, daß Oesterreich-Ungarn eine Verschiebung oder einfache Erweiterung seines territorialen Besitzstandes in südöstlicher Richtung anstreben könne. Das eine Mal redet er davon im Anschluß an die polnische Frage und die Bedeutung des polnischen Besitzes in Galizien für Oesterreich. „Galizien“, sagt er, „ist überhaupt der österreichischen Monarchie lockerer angefügt, als Posen und Westpreußen der preussischen. Die österreichische gegen Osten offene Provinz ist außerhalb der Grenzmauer der Karpathen angeklebt und Oesterreich könnte ohne sie gerade so gut bestehen, wenn es für die 5 oder 6 Millionen

Polen und Ruthenen einen Ersatz innerhalb des Donaubeckens fände. Pläne der Art in Gestalt eines Eintausches rumänischer und südslawischer Bevölkerungen gegen Galizien und der Herstellung Polens mit einem Erzherzoge an der Spitze sind während des Krimkrieges und 1863 von berufener und unberufener Seite erwogen worden.“ Ein andermal heißt es: „die Eindrücke und Kräfte, unter denen die Zukunft der Wiener Politik sich zu gestalten hat, sind komplizierter als bei uns, wegen der Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, der Divergenz ihrer Bestrebungen, der kirchlichen Einflüsse und der in den Breiten des Balkans und des Schwarzen Meeres für die Donauländer liegenden Versuchungen.“ Am deutlichsten und interessantesten ist eine dritte Stelle, an der Bismarck die Frage erörtert, wie weit österreichischerseits die Verpflichtungen ausgenutzt werden könnten, welche Deutschland gegenüber dem Wiener Kabinet innerhalb des Dreibundverhältnisses eingegangen ist. Bismarck geht von der Notwendigkeit aus, auch trotz des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn die Beziehungen zu Rußland auf einem solchen Fuße zu halten, daß kein Riß zwischen Deutschland und Rußland entsteht, der sich nicht überbrücken ließe. „Solange ein solcher unheilbarer Riß nicht vorhanden ist, wird es für Wien möglich bleiben, die dem deutschen Bündnisse feindlichen oder fremden Elemente im Zaume zu halten. Wenn aber der Bruch zwischen uns und Rußland, schon die Entfremdung, unheilbar erschiene, würden auch in Wien die Ansprüche wachsen, die man an die Dienste des deutschen Bundesgenossen glauben würde stellen zu können; erstens in Erweiterung des casus foederis, der sich bisher nach dem veröffentlichten Texte doch nur auf die Abwehr eines russischen Angriffs auf Oesterreich erstreckt, und zweitens in dem Verlangen, dem bezeichneten casus foederis, die Vertretung österreichischer Interessen im Balkan und im Orient zu substituieren, was selbst in unserer Presse schon mit Erfolg versucht worden ist. Es ist natürlich, daß die Bewohner des Donaubeckens Bedürfnisse und Pläne haben, die sich über die heutigen Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie hinaus erstrecken; und die deutsche Reichsverfassung zeigt den Weg an,

auf dem Westerrreich eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen erreichen kann, die zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind. Aber es ist nicht die Aufgabe des deutschen Reiches, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzu-
leihen. Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Affekuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse ableiten zu wollen, für die es nicht geschaffen ist.“

In diesen Worten liegt, wie man sieht, die Idee des Zusammenschlusses der Königreiche Rumänien und Serbien mit der österreichisch-ungarischen Monarchie etwa nach dem Muster der Stellung von Bayern und Sachsen innerhalb des Deutschen Reichs. Voraussetzung dafür, daß die Politik der Monarchie diesen Weg beschreiten kann, ist — abgesehen von der Frage, was die Nationalitäten und Regierungen „zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro“ selbst dazu sagen würden — vor allen Dingen die Zustimmung Rußlands. Bismarck deutet an, daß die Karpathengrenze, d. h. die Erwerbung von Galizien, das Westerrreich-Ungarn in diesem Falle entbehren könne, für Rußland ein Äquivalent bilden könnte für den Anschluß Rumäniens und Serbiens an die Donaumonarchie, dem der Vormarsch nach Saloniki ja in absehbarer Zeit folgen würde. Den Anfang zu dem neuen Verhältnis zwischen Westerrreich-Ungarn und den beiden Donaufstaaten würde zunächst wohl eine Zollvereinigung nach dem Muster des einstigen preußisch-deutschen Zollvereins und eine Militärkonvention bilden. Unberührt würde natürlich die Frage des Bosphorusverschlusses bleiben. Das heutige Rußland ist freilich nicht in der Lage, aus eigener Kraft eine Forderung geltend zu machen. Seine wirtschaftliche, finanzielle und politische Notlage hindern es gleichmäßig daran. Bei den Dingen aber, um die es sich hier handelt, darf nicht die Rücksicht auf heute oder morgen, sondern nur die auf die Zukunft die prin-

zipiellen politischen Richtlinien abgeben. Man kann über die gegenwärtige russische Krisis, über den Staatsbankerott, über das Bestehen einer Revolution so pessimistisch denken, wie nur möglich. Darum gibt es doch keinen Zweifel daran, daß ein Volk, wie das russische, wenn es auch zeitweise zu schwerer politischer Ohnmacht verurteilt sein mag, auf die Dauer doch immer eine gewaltige expansionsfähige und expansionsbedürftige Macht repräsentieren muß. Gegenüber einem Rußland, das so stark wäre, wie es sein könnte, sobald es freiheitliche politische Zustände besitzt, eine höhere Volksbildung, eine gesunde Landwirtschaft und damit ein kraftvolles Wirtschaftsleben überhaupt, gibt es für Mitteleuropa nur zwei Möglichkeiten, seine politische Selbständigkeit unbedingt aufrecht zu erhalten und seine Interessen diesseits wie jenseits des Ozeans aus eigener Kraft zu wahren: entweder die direkte Ausdehnung Deutschlands von der Nordsee bis ans ägeische Meer, so daß es allein für sich stark genug wäre, unter allen Umständen dem östlichen Slaventum die Wage zu halten — oder die Zusammenfassung der Länder an der mittleren Donau zu einem besonderen politischen Gebilde, das irgendwie doch immer auf eine Vereinigung von Ländern und Nationalitäten nach der Art des österreichisch-ungarischen Staatswesens hinauskommen müßte, in einer Deutschland mit der Front nach Osten eng verbundenen politischen Stellung. Man hat daher mit Recht gesagt: Wenn Oesterreich-Ungarn nicht da wäre, so müßte man es erfinden. In dem Spiel der Kräfte unter den europäischen Großstaaten ist es für die mittleren Gebiete des Erdteils, d. h. also in erster Linie für Deutschland, ein unentbehrliches Unterstützungsgewicht gegenüber der von Osten her anwachsenden Masse des russischen Kolosses. Selbst wenn man sich Deutsch-Oesterreich politisch an das deutsche Reich angegliedert denken wollte (welche Probleme gäbe dann aber, von allen anderen abgesehen, die Verstärkung des ultramontanen Elements durch die katholischen Alpenländer und die tief eingreifende feindliche Masse der Tschechen ab?), so wäre es ein schlecht hin unerträglicher Zustand und eine auch durch die Zunahme um ein Fünftel oder ein Sechstel an Volkszahl nicht aufzuwiegende Gefährdung der germanischen Mitte des Erdteiles, wenn an Stelle der geschlossenen Militärmacht des öster-

reich-ungarischen Großstaats nur noch die Rußland gegenüber nichts bedeutenden Ungarn und Rumänen als Träger zweier unbedeutender Mittelstaaten das moskowitzsche Reich von den Alpen und dem adriatischen Meer trennten — denn die serbischen Slaven, von denen die Montenegriner ohnehin schon heute ein Vorposten Rußlands sind, wären der russischen Macht gegenüber kein aufhaltendes Moment.

Die erste jener beiden oben theoretisch konstruierten Möglichkeiten für die Sicherung der politischen Selbständigkeit Mitteleuropas gegenüber dem Osten — die staatsrechtlich organisierte Hegemonie Deutschlands allein — kommt praktisch nicht in Betracht. Darüber noch weitere Worte zu verlieren, hieße nur, die Selbstverständlichkeit dieser These gefährden. Außer dem deutschen Reich muß noch ein zweiter staatlicher Körper von dem territorialen, wirtschaftlichen und militärischen Schwergewicht einer europäischen Großmacht vorhanden sein, in dem sich die Nationalitäten des Donaubeckens, Tschechen, Slovenen, Magyaren und womöglich auch die Serben und Rumänen nicht nur bruchteilweise wie jetzt, sondern mit ihrem vollen vollstlichen Bestande zu einer politischen Gemeinbürgerschaft zusammenschließen können, die dabei jedem von ihnen doch eine hinreichende Befriedigung des Bedürfnisses nach einer gesicherten nationalen Eigenexistenz gewährt. Wer das einsieht, der begreift auch, daß von dem Gedanken, der in nationalistisch überspannten Köpfen diesseits und jenseits der Ostalpen und des Böhmerwaldes ja öfters auftaucht — von dem politischen Anfall der österreichischen Deutschen an das Deutsche Reich — vernünftigermaßen nicht die Rede sein kann. Ohne den Besitz an numerischem und intellektuellem Schwergewicht, der in den deutschen Alpen- und Donauländern liegt, ist es überhaupt unmöglich, aus Ungarn, Bosnien, Kroatien, Siebenbürgen, Galizien u. s. w. einen politisch wie militärisch lebens- und widerstandsfähigen Staatskörper zu machen. Oesterreich-Ungarn gegenüber kann es also faktisch nur ein Ziel für die deutsche Politik geben: Herstellung einer möglichst intimen politischen und namentlich auch wirtschaftspolitischen Verbindung beider Staatswesen unter gleichzeitiger Förderung aller derjenigen Momente, die den staatlichen Zusammenhang aller Teile unserer Nachbarmonarchie zu

festigen geeignet sind, in Verbindung mit dauernder Ermutigung und Unterstützung der österreichisch-ungarischen Politik in der Richtung nach Südosten. Von dorthier kann für Oesterreich-Ungarn der einzige wirkliche Kräftezuwachs kommen.

Nur die Tatsache, daß anders als in dem Zusammenschluß zu einer staatlichen Einheit keine Gewähr für Erhaltung relativer nationaler Selbständigkeit und wirtschaftlich materiellen Fortschreitens liegt, vermag auch die Völkerschaften der heutigen Monarchie Oesterreich-Ungarn trotz ihrer tiefgehenden Verschiedenheiten nach Rasse, Sprache und Religion beieinander zu halten. Was sie, viel stärker als den Rufern im nationalen Streit samt und sonders bewußt ist, zusammenzwingt, das ist ihre geographische Situation. Oesterreich-Ungarn (ohne Bosnien, das beinahe 2 Millionen Slaven zählt, davon ein starkes Drittel Muhammedaner), weist folgende Verteilung der Bevölkerung nach Nationalitäten auf: 12 $\frac{1}{2}$ Mill. Deutsche, 9 $\frac{1}{2}$ Mill. Magyaren, 21 Mill. Slaven, 3 Mill. Rumänen, fast 1 Mill. Italiener und verwandte Elemente. Diese verschiedenartigen nationalen Bestandteile wohnen zwar zum Teil in leidlich geschlossenen Massen, zumteil aber auch derartig unter einander gemengt und zerstreut, daß eine räumliche Abgrenzung ihrer Interessensphären in Oesterreich-Ungarn zu den unmöglichen Aufgaben gehört. Immerhin lassen sich einige Grundlinien der Scheidung ziehen. Vor allen Dingen erscheint es wichtig, daß zwischen der nördlichen Gruppe der slavischen Völker (Tschechen, Slowaken, Polen, Ruthenen, Huzulen) und ihren südlichen Stammesverwandten (Slowenen, Kroaten und Serben) keine Verbindung existiert, sondern daß sich das deutsche, das magyarische und das rumänische Sprachgebiet ziemlich aneinander geschlossen als ein breiter Streifen dazwischen lagern. Auch läßt sich wenn man von den 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Deutschen absieht, die in größeren und kleineren Sprachinseln durch die Länder der ungarischen Krone hin verstreut sind, ein leidlich kompaktes deutsches Gebiet aussondern, das sich als zusammenhängende Masse von Ober-Schlesien bis zum Bodensee an die Südostgrenze des deutschen Reiches anlagert. Das einzige ganz besondere Volkstum, das als solches nach seinem vollen Bestande in das österreichisch-ungarische Staatsgebiet hineingehört, sind also die Magyaren, während sowohl die Deutschen, als auch

die Slaven, Rumänen und Italiener nur mit größeren oder kleineren Bruchteilen ihrer Rasse dem Staatsgebiet der Monarchie angehören.

In keinem einzigen Staatswesen der Welt hängen seine Bedeutung in auswärtiger Beziehung und seine eigene politische Zukunft nach außen hin in so entscheidender Weise von der Entwicklung seiner inneren Angelegenheiten ab, wie in Oesterreich-Ungarn. In erster Linie ist es das Verhältnis zwischen seinen beiden Reichshälften, in zweiter dasjenige zwischen den Nationalitäten innerhalb jeder Hälfte, wovon die Gestaltung der Zukunft des Ganzen abhängt. In Ungarn regiert die politisch gebildete Oberschicht der Nation, die sogenannte Gentry, in den Formen einer Oligarchie der Berufs- und Geschäftspolitiker. Diese Art von Herrschaft beruht auf dem doppelten Prinzip der Unterdrückung der zu dem ungarischen Staatswesen gehörigen nichtmagyarischen Nationalitäten und der Fernhaltung auch der großen Masse des eigenen Volks von den politischen Rechten. Das ungarische ständische Wahlrecht und die Einteilung der Wahlkreise sind mit absoluter Rücksichtslosigkeit darauf zugeschnitten, die einmal herrschende Klasse am Ruder zu erhalten und die sogenannten Nationalitäten von der Vertretung im Reichstage soweit wie irgend möglich auszuschließen. Die alte ungarische Aristokratie hat innerhalb dieses Systems sich als selbständigen politischen Faktor überhaupt nicht erhalten können, sondern ist mit dem Kleinadel, mit der bürgerlichen Gentry, mit den hauptstädtischen Advokaten und Journalisten, die die öffentliche Meinung beherrschen, in allem, was ungarische Politik heißt, eine vollständige Fusion eingegangen. Das einzige, worin sich die alten Magnatengeschlechter, in denen aus der Zeit des alten Oesterreich her noch eine größere und weiterblickende politische Tradition lebt, von den bürgerlichen Chauvinisten des Magyarismus sans phrase unterscheiden, ist ihr größeres Verständnis für allgemeine Angelegenheiten und ihre etwas größere Neigung, die Beziehungen zu der österreichischen Reichshälfte nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt des „ungarischen Globus“ zu beurteilen, wie nach den Erfordernissen einer gemeinsamen Großmachtspolitik. Von einem maßgebenden Einfluß dieser Richtung in der ungarischen Politik kann aber gegenwärtig in keiner Weise die Rede sein.

Für die regierende Klasse in Ungarn bildet das politische Ideal die möglichst weitgehende staatliche und wirtschaftliche Trennung von Oesterreich, bis zur ausgesprochenen Vernichtung jeder Andeutung eines gemeinsamen Staatswesens und der Aufrichtung der reinen Personalunion — wonach aber die Gemeinsamkeit der regierenden Persönlichkeit zwischen Oesterreich und Ungarn folgerichtiger Weise sehr bald gleichfalls in Frage gestellt werden würde. Die Magyaren sind zweifellos ein Volk von großer politischer Begabung, und sie haben während der Zeit, seit der ihnen die Führung in der östlichen Reichshälfte gehört, in ausgesprochener Weise die Eigenschaften des politischen Herrtums bei sich ausgebildet. Man muß dabei nur immer von neuem daran denken, daß es sich hierbei nicht um ein wirkliches in sich geschlossenes Herrenvolk, sondern nur eine bloße Herrenkaste handelt. Unter diesem Gesichtspunkt hat man auch die politische Bedeutung des geradezu fanatischen Hasses zu beurteilen, der sich in den herrschenden Kreisen Ungarns gegen Oesterreich betätigt. Man kann diese Stimmung historisch-psychologisch erklären, wiewohl sie heutigen Tages unter allen Umständen eine törichte Ueberspannung des Selbständigkeitsgefühls gegenüber dem einst herrschenden österreichischen Deutschtum ausmacht. Von Bedeutung ist sie auf jeden Fall nur solange, wie das gegenwärtige System der parlamentarisch organisierten Oligarchie oder Cliquen-herrschaft in Ungarn besteht. In dem Moment, wo dort das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, ändert sich die Lage vollständig. Nicht nur die jetzt von den herrschenden Magyaren unterdrückten Nationalitäten, die Rumänen, Slaven, Deutschen u. s. w., sondern auch die große Masse des eigentlichen ungarischen Landvolks ist in keiner Weise dazu präpariert oder willens, die Feindschaft gegen Oesterreich annähernd in derselben Weise zum politischen Prinzip zu machen, wie die jetzige magyarische Gentry. Würde diese an der Herrschaft bleiben, so könnte die Absurdität einer völligen Lösung zwischen Oesterreich und Ungarn bis auf reine Personalunion möglicherweise vorübergehend zustande kommen. In Wirklichkeit kann aber davon nicht die Rede sein. Sehr richtig hat Delbrück darauf hingewiesen, daß die Vorkämpferschaft der Magyaren gegen das polizeilich-klerikale Regiment des restaurierten Oesterreich der fünf-

ziger Jahre jene in ihre spätere Herrschaftsstellung in den Ländern jenseits der Leitha gebracht hat. Alle Völker des Kaiserstaats empfanden das alte reaktionäre System als einen unerträglichen Druck, und indem die Magyaren am kräftigsten und erfolgreichsten dagegen angingen, erwarben sie sich mit dem Glauben an den ungarischen Liberalismus auch den an die ungarische Liberalität. Soweit der Gegensatz gegen den römischen Klerikalismus in Frage kam, war ihr Liberalismus auch echt. „Nur ungefähr die Hälfte von Ungarn ist römisch-katholisch, die andere Hälfte griechisch-orthodox, lutherisch, calvinistisch, jüdisch. Alle Religionsgemeinschaften flüchteten sich vor den katholisierenden Tendenzen des Konfordsats unter die Fittiche der Magyaren, von denen ja auch selber ein erheblicher Teil protestantisch ist. So geschah es, daß der Stamm der Magyaren, so schwach er ist, doch vierzig Jahre lang unangefochten die Herrschaft in Ungarn, die das überlieferte ständische Wahlrecht ihm gewährte, ausüben konnte. Deutsche, Rumänen, Serben, Kroaten, Slowaken ließen sich ihre Ausschließung vom Regiment gefallen, da doch in dem allerwichtigsten Punkt, der Religionsfreiheit, die Magyaren ihnen Sicherheit gaben, und es geschah das Unglaubliche, daß ein nicht ganz geringer Teil der andern Völkerschaften, Deutsche, Slowaken, und namentlich die bis dahin zu den Deutschen zählenden Juden, sich freiwillig magyarisierten. Was dem preussischen Staat mit Aufgebot aller seiner Machtmittel bei seinen polnischen Untertanen auch nicht im allergeringsten Maße gelungen ist, das haben die Magyaren bis zu einem gewissen Grade erreicht. Der Druck, den sie ausübten durch Magyarisierung des Schulwesens und alle Hilfsmittel der Administration und der Beamtenernennung hat wohl mitgeholfen, aber wie unsere Erfahrung in den Ostmarken gezeigt hat, sind alle solche Mittelvergeblich, wenn nicht schon eine gewisse Neigung entgegenkommt. Diese war bei den Nationalitäten in Ungarn wirklich stellenweise vorhanden, und es ist kein Zweifel, daß die Magyarisierung bis in unsere Tage erhebliche Fortschritte gemacht hat.“*)

Jene historische Konstellation, die das Magyarentum so hoch emporbrachte, ist aber schon seit lange verschwunden, und die end-

*) So Delbrück in den Preussischen Jahrbüchern, Band 130, Seite 570.

gültige Besiegelung des eingetretenen Wechsels bildete die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Oesterreich. Schon vorher hatten die nichtmagyarischen Nationalitäten in Ungarn angefangen, sich auf sich selbst zu besinnen, und die steigende Gewaltsamkeit, mit der von magyarischer Seite dagegen vorgegangen wurde, hatte nunmehr den entgegengesetzten Effekt: das erst nur glimmende Selbstbewußtsein der unterworfenen Völkerschaften entfachte sich zur hellen brennenden Flamme. Je mehr die Nationalitäten jetzt das Ziel begriffen, das man ihnen gegenüber verfolgte, die vollständige Magyarisierung, desto entschiedener begannen sie zu protestieren. Eine solche Bewegung wäre schon an sich den Magyaren nicht mehr zu dämpfen gelungen. Der Widersinn, in einem Volkstum aufzugehen, das selbst nur ein Splitter in Europa ist, wird jetzt von den Rumänen, Slaven und ungarischen Deutschen zu kräftig empfunden. Vollends aber seitdem sich die demokratische Reform in Oesterreich vollzogen hat, ist an ein Halten der ungarischen Nationalitätenbewegung nicht mehr zu denken. Wie wenig die Parlamentsoligarchie sogar innerhalb des magyarischen Kerngebiets im Volksbewußtsein wurzelt, hat die vollkommene Teilnahmslosigkeit gezeigt, mit der die Hauptstadt Budapest die Auflösung des Reichstags unter militärischer Assistenz — das Parlamentsgebäude war von Truppen umstellt und der Honvedoberst Fabricius verlas an der Spitze eines Truppenkommandos im Sitzungssaal das Auflösungsdekret — am 19. Februar 1906 hinnahm. Außer einer geringfügigen Studentendemonstration regte sich in der Bevölkerung überhaupt nichts.

Es ist noch nicht so lange her, daß man von der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung den Zerfall der Monarchie befürchtet hat, und oft genug hörte man die Meinung äußern, daß der Tod des alten Kaisers Franz Josef in dieser Beziehung vielleicht von verhängnisvoller Bedeutung sein würde. Daß der nach menschlichem Ermessen binnen einer nicht fernen Zukunft in Oesterreich-Ungarn bevorstehende Thronwechsel eine Veränderung der Lage herbeiführen wird, kann allerdings als sehr wahrscheinlich angenommen werden, aber es ist nichts weniger als wahrscheinlich, daß diese Veränderung im Sinne einer Stärkung der jetzt in Ungarn regierenden Parlamentsclique erfolgen wird. Gegenwärtig sind es diese

Führer des magyarischen Volkstums, die sich in unüberlegtem Chauvinismus den großen gemeinsamen Interessen beider Reichshälften entgegenstellen. Die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie liegt, wie Bismarck wiederholt ausgesprochen hat und wie ohne weiteres von selbst einleuchtet, in der Richtung nach Südosten. Der Führer der christlich-sozialen Partei in Oesterreich, Lueger, hat das Schlagwort geprägt: die Magyaren sind der Riegel, der Oesterreich den Orient verschließt; dieser Riegel muß gesprengt werden! Das Mittel hierfür liegt bereit: es ist das einfachste, das es gibt: die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn. Nicht nur die Masse des ungarischen Landvolks und der unterdrückten Nationalitäten in Ungarn wartet auf diesen Ruf zur Befreiung ihrer wirtschaftlichen und nationalen Interessen — auch das Ungarn in einer Art von Unterdualismus angegliederte „Königreich“ Kroatien-Slavonien ist in schärfster Opposition gegen die von Budapest ausgehenden Versuche zur fortdauernden nationalen Vergewaltigung begriffen, und Kroatiens Interessen in den Balkanfragen sind ganz mit denjenigen der österreichischen Reichshälfte identisch.

Dasjenige, worauf es jetzt in Oesterreich für die Führung einer großen und glücklichen Politik nach innen wie nach außen am meisten ankommt, das ist das Verständnis der Deutschen für den Charakter der augenblicklichen Lage. Auch hierin scheint die österreichische Wahlreform von glücklichen Folgen begleitet zu sein, insofern als sich an sie endlich eine friedlich-schiedliche Abgrenzung des nationalen Besitzstandes und der besonderen nationalen Interessenssphären anzuschließen scheint. Dazu kommt die Wirkung, die von der großen grundsätzlich unnationalen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich direkt durch die Beeinflussung der Arbeitermassen, indirekt durch den gemeinsamen Gegensatz der bürgerlichen Schichten gegen sie, ausgeht. Ich möchte mich auch hier auf das Urteil desjenigen deutschen Politikers berufen, der den österreichischen Angelegenheiten mit dem eindringlichsten Verständnis und der größten Unabhängigkeit des Urteils gegenübersteht: Delbrück. Er kennzeichnet*) die gegenwärtige Lage durch einen Vergleich zwischen der früheren und der jetzigen Stellung

*) Preussische Jahrbücher, Band 130, Seite 368 f.

des Deutschtums in Oesterreich. „Das alte absolutistische Oesterreich war, obgleich die Deutschen nur ein Viertel seiner Einwohnerschaft ausmachten, doch in gewissem Grade ein deutscher Staat; Regierung, Verwaltung, Armee waren Organismen mit deutscher Sprache. Die Tschechen, Polen, Ruthenen, Magyaren, Rumänen, Kroaten, Serben, Slowenen, Italiener, die in den Staatsdienst treten wollten, mußten deutsch lernen. Das höhere Unterrichtswesen war vorwiegend deutsch. Noch heute ist fern in dem äußersten Osten, in der Bukowina, die Amtssprache deutsch, und es existiert dort die deutsche Universität Czernowitz. Dieses Verhältnis war für alle deutschen Bewohner des Kaiserstaats so angenehm wie vorteilhaft, und man nahm es nicht bloß als ein historisches Privilegium, sondern auf Grund der Größe und Ueberlegenheit der deutschen Kultur als ein natürliches und notwendiges Recht in Anspruch. Solange Oesterreich Mitglied des deutschen Bundes war, konnten auch die andern Nationalitäten wenig dagegen machen, und die Dynastie selber hatte das höchste Interesse daran, den deutschen Charakter der Monarchie zu wahren und zu stärken. Mit der Katastrophe von 1866 wurde das anders. Das Selbstbewußtsein der undeutschen Nationalitäten brach sich jetzt gewaltfam Bahn, und die Dynastie selber förderte es in der Meinung, durch ein starkes Tschechentum in Böhmen zukünftigen preussischen Eroberungsgelüsten vorzubeugen. Namentlich Erzherzog Albrecht war der Vertreter dieses Gedankens. Die katholische Kirche wirkte vielfach in derselben Richtung. So kamen die Deutschen in Oesterreich in die Lage, ihre historische und kulturelle Stellung gegen die von allen Seiten anstürmenden Angriffe verteidigen zu müssen, und die Lage wurde immer widerwärtiger, weil man sehen mußte, wie eine Position nach der andern gegen die Uebermacht verloren ging. Selbst ganz kleine, eben erst zum Bewußtsein erwachende Nationen, wie die Slowenen in Steiermark, Kärnthen und Krain, konnten sich gegen das gewaltige Deutschtum erheben und sich von ihm bis zu einem gewissen Grad emanzipieren. Kein Wunder, daß die Deutsch-Oesterreicher Pessimisten wurden! Der tägliche Kleinkampf um jedes Kreisgericht, um jede Schule, um jede Neubesezung eines Amtes, um Straßen- und Ortsnamen, hätte selbst dann nichts Erfreuliches und Erhebendes gehabt, wenn man dabei siegte, um so weniger, wenn

man ansehen mußte, wie das stolze Deutschtum allenthalben zurückgetrieben wurde und die andern, namentlich die slavischen Nationalitäten, sich zur Gleichberechtigung durchkämpften.

Inwiefern ist denn nun Aussicht, daß das jetzt besser werde? Auf dem bisherigen Boden ist dazu keinerlei Aussicht. Dieser Kampf ist endgültig und vollständig für die Deutschen verloren. Der Nationalitätsgedanke ist im 19. Jahrhundert allenthalben zu einer Kraft angewachsen, die auf keine Weise mehr niederzudrücken ist. Wir haben es ja in Preußen gesehen, wie wenig unser Staat mit seinen riesenhaften Kräften gegen die paar Millionen zersplitterte Polen hat ausrichten können. Je eher die Deutsch-Oesterreicher sich darin finden, die Gleichberechtigung aller, auch der kleinsten Nationalitäten, unumwunden anzuerkennen, und auch die praktischen Opfer, die diese Anerkennung nach sich ziehen muß, nicht zu scheuen, desto besser ist es für sie und für die Zukunft des Deutschtums. Der entscheidende Gesichtspunkt für diese Hoffnung ist zu suchen in dem Verhältnis zu Ungarn und in der auswärtigen Politik.“ Delbrück geht dann auf die Besprechung des ungarischen Problems in dem bereits behandelten Sinne über und schließt daran den Hinweis auf den Zusammenhang, der zwischen der notwendigen Beseitigung der gegenwärtigen Tyrannis des Magyarentums in Ungarn und einer österreichisch-ungarischen Politik großen Stils in den Balkanfragen besteht. Er erinnert daran, wie nahe Oesterreich im Jahre 1855 daran gewesen ist, Rumänien zu erwerben und er verweist auf die Aeußerungen Bismarcks über die Möglichkeit einer zukünftigen Balkan-Konföderation unter Oesterreichs Führung.

Es fragt sich, wie das Verhältnis unserer Politik zu einem umfassenden und aktiven österreichischen Balkanprogramm zu denken ist. Diejenigen beiden Mächte, die Oesterreich am Balkan zunächst gegen sich hat, sind Rußland und Italien. Rußland gegenüber kann es auf eine Politik der Kompensationen ausgehen: Bulgarien und der Bosphorus als russisches Einflußgebiet — Serbien und Mazedonien als österreichisches. Im Verhältnis zu Italien sind territoriale Kompensationen östlich der Adria nicht denkbar; vielleicht aber in Welsch-Tirol. Für die deutsche Politik ist einzig die Erhaltung einer selbständigen und widerstandskräftigen Türkei *conditio sine qua non*.

Ueber alles übrige können wir uns mit Oesterreich leicht verständigen. Deutschland hat das dringlichste Interesse daran, daß Oesterreich=Ungarn sich politisch kräftigt. Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir sowohl die teils schon eingetretene, teils zu erwartende allgemeine Besserung der innerpolitischen Lage unter dem Einfluß des allgemeinen Wahlrechts in beiden Reichshälften als auch die Wiederaufnahme einer aktiven Wirtschaftspolitik auf dem Balkan durch die Anfang 1908 bekannt gegebenen Aehrenthalschen Balkanbahnpläne begrüßen. Es ist ganz sicher eine richtige Beobachtung, wenn beides in innere Verbindung mit einander gesetzt wird. Man muß auch noch hinzufügen, daß die Nachgiebigkeit Ungarns in der Frage der sogenannten Sandschakbahn, der sich die ungarischen Politiker vordem mit Erfolg widersetzt hatten, weil sie eine von Ungarn unabhängige Verbindung zwischen Wien und Westeuropa auf der einen, dem ägeischen Meer auf der andern Seite schafft, ein Erzeugnis der günstigeren inneren Konstellation unter dem Einfluß der Wahlrechtsidee ist. Sehr gut charakterisiert ein ungarländischer Deutscher, Luß Korodi, die eigentliche und größte Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für Oesterreich=Ungarn in ihrem Zusammenhang zwischen der inneren und der auswärtigen Politik:*) „Die Völker der Doppelmonarchie wurden, trivial ausgedrückt, auf andere Gedanken gebracht, vielmehr ein Gedanke, aus den geistigen Strömungen der Gegenwart geboren, sollte die Bürger alle dies- und jenseits der Leitha durchdringen, sie endlich erobern und womöglich ablenken von der ermüdenden alleinigen Konzentrierung auf das ewig unlösliche Nationalitätenproblem, ja diese Ablenkung sollte vielleicht unmerklich das Gewirr von Nationalitätenfragen unter neue aussichtsvollere Aspekte stellen. Wenn der Gedanke einschlug, so war damit an sich der Beginn einer neuen Aera für das Habsburgerreich markiert, weil die Idee, herüber und hinüber fluktuiierend, das Gefühl der Gesamtstaatlichkeit wieder beleben, um nicht zu sagen aufs neue erzeugen mußte. In Oesterreich ist das Wahlrecht schon zur Tat geworden, in Ungarn ist's en marche. Und siehe da, noch ist diese gemeinsame Idee nicht im ganzen doppelstaatlichen Gemeinwesen ausgereift, da sehen wir sie fortzeugend Gutes gebären. Der Kampf für und

*) „Preussische Jahrbücher“ 141. Band, Seite 545 f.

gegen das allgemeine Wahlrecht brachte die österreichischen Völker in heftige innere Emotion, und da wurden neue Kräfte frei, die Menschen wurden empfänglicher gemacht für neue Gedankenkreise. Oesterreich — und hier erweitert sich uns der Begriff zum traditionellen der Gesamtmonarchie — scheint nach der Auffassung seiner Bürger wieder einmal etwas wollen zu dürfen. Die Balkanpläne des Barons Aehrenthal wären zu andern Zeiten, noch vor zwei, drei Jahren, vom ganzen Lande nur mit einem grimmigen Hohnlachen aufgenommen worden. Eine andere Aufgabe des Staates kannte man ja gar nicht, als die Beschäftigung mit der Nationalitätenfrage; sie ist natürlich auch jetzt nicht aus der Welt geschafft, aber sie wird gewissermaßen nur nebenamtlich behandelt. Sie bleibt eine ernste, eine Lebensaufgabe, aber durch die nachhaltige Anregung des sozialen Instinktes innerhalb des ganzen Staatsvolkes ist das Verständnis auch für andere große Aufgaben des modernen Lebens erweckt worden. Das Schlagwort von der friedlichen wirtschaftlichen Expansionspolitik findet in den sozial interessierten Massen einen gut vorbereiteten Boden, und die Idee der Reichseinheit erfährt in diesem auf gemeinsame Ziele gerichteten Streben neue Stärkung. Das Wort Aehrenthals, daß Oesterreich-Ungarn durch den Besitz Bosniens auch ein Balkanstaat geworden sei, eröffnet neue ungeahnte Perspektiven; was doch so klar zu Tage lag, wirkt, in Worte gefaßt und mit konkretem Inhalt erfüllt, beinahe wie eine Offenbarung, befreiend von der Enge und Schwüle der häuslichen Mißhelligkeiten und Wegeweisend zu einer großzügig gedachten Zukunft.

. . . Oesterreich litt an der Bescheidenheit, der Beschränktheit seiner Lebensaufgabe; es marterte sich an dem Gedanken, ob es überhaupt lebensfähig sei, fast zu Tode, und nun, da es gefunden hat, daß es auch noch eine andere Mission habe, als sich mit der Frage eines kümmerlichen Seins oder Nichtseins abzuquälen, sind natürlich auch die mißgünstigen Nachbarn, die diesen „Staat auf Kündigung“ eben wegen seiner rührenden Anspruchslosigkeit so lebenswürdig fanden, sehr überrascht und ungehalten ob seines gesteigerten Selbstgefühls.

. . . Die geplante Eisenbahn von Bosnien nach Mitrowitza, die dann in weiterer Folge Oesterreich auf diesem Wege mit Saloniki und endlich mit Athen handelspolitisch verbinden soll, ist noch lange nicht

gebaut, aber indem der Sultan türkischen und österreich-ungarischen Ingenieuren die Erlaubnis zur Trassierung der Bahn gab, konnte immerhin schon mit einigem Recht von einem „Wiedererwachen österreichischer Auslandspolitik“ gesprochen werden, von der die übrigen Balkanstaaten eine friedliche Angliederung an Europa unter den vorteilhaftesten Bedingungen erwarten dürfen. Die damit verbundene Zivilisierung des Balkans macht freilich denen einen Strich durch die Rechnung, die auf den Moment lauerten, um im Namen der Zivilisation dreinzufahren und sich ihr Beutestück zu holen, wenn die wachsende türkische Ohnmacht den schicklichen Vorwand böte. Daher die laute Entrüstung dieser Enttäuschten darüber, daß Oesterreich sich mit einem Male seiner Hamletnatur entäußern will. Wenn nun diese plötzliche Aktionslust vorzugsweise gerade dem Deutschtum zu gut kommen sollte, wenn wirklich, wie ein slavisches Mitglied der Delegation prophezeite, „deutscher Geist, deutsche Kraft und Energie einen Triumph feiern werden“, so ist das doch wahrlich nicht eine Schuld der Deutschen; in dem sich entfaltenden freien Wettbewerb wird es eben nur darauf ankommen, wer der wirtschaftlich Tüchtigste und Agilste ist. Ist es der Deutsche, so mag man sein kulturelles Vordringen immerhin eine Erscheinungsform des „Dranges nach Osten“ nennen, anklagen dürfen aber die Benachteiligten nur ihre eigene Unzulänglichkeit im Streite der Kräfte.“

Unter den Mitteln, mit denen von negativ interessierter Seite der österreichischen Balkanpolitik entgegengearbeitet wird, begegnet man besonders regelmäßig der systematischen Unterstellung, daß Oesterreich nur der vorgeschobene Agent und Schrittmacher Deutschlands sei. In Wirklichkeit besteht zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein keineswegs geringer handelspolitischer Wettbewerb um die Märkte des näheren Orients. Hierbei sind Oesterreichs Industrie und Handel in letzter Zeit durch die deutsche Konkurrenz verhältnismäßig stark zurückgedrängt worden — eine Tatsache, die in österreichischen Kreisen mitunter zu einer nichts weniger als freundlichen Beurteilung z. B. der deutschen Eisenbahnpläne in der Türkei geführt hat. Wer auf die österreichischen Stimmen achtet, vernimmt gelegentlich sogar Aeußerungen wie die, daß die verkehrspolitischen Fortschritte, die Oesterreich durchsetzt, mehr dem deutschen als dem

österreichischen Handel zu gute kommen würden, und Aehnliches. So wünschenswert eine wirtschaftliche Generalverständigung zwischen uns und Oesterreich-Ungarn, die sich auch auf das Balkangebiet mit bezöge, unter idealen wie praktischen Gesichtspunkten wäre — einstweilen ist von einem solchen Vereintmarschieren noch nicht die Rede, und wenn in Zukunft etwas derartiges sich einmal verwirklichen ließe, so wird sicher Oesterreich-Ungarn vermöge seiner geographischen Lage und seines besonderen Verhältnisses zu den Ländern „zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro“, das jetzt über kurz oder lang doch zu einem realen Ausdruck kommen muß, mindestens nicht der schlechter fahrende Teil von beiden Seiten sein.

* * *

Die österreichisch-ungarische Balkanpolitik, das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und uns und noch eine Reihe von Problemen erster Ordnung innerhalb der großen internationalen Politik hängen auf das engste zusammen mit dem Bestande und dem Schicksal des osmanischen Reichs in Europa und Asien. Bekanntlich hat ja kein Geringerer als der Freiherr von der Goltz den Türken den Rat gegeben, ihre überseeischen d. h. die europäischen, afrikanischen und südarabischen Besitzungen selbst aufzugeben und sich auf die eigentliche Hochburg ihrer nationalen Daseinskraft, auf Anatolien, mit seiner natürlichen rückwärtigen Fortsetzung, Mesopotamien, Syrien zurückzuziehen. In der Tat bedarf es keiner langen Erwägung, um einzusehen, daß es auf die Dauer doch über die Kräfte der Türken geht, mit den verhältnismäßig geringen Menschenmitteln, über die sie verfügen, ihr immer noch über drei Erdteile sich ausdehnendes Reich zu verteidigen. Nach türkischem Gesetz sind nur die muhamedanischen, nicht auch die christlichen Untertanen des Sultans wehrfähig und wehrpflichtig. Wenn man von Arabien absieht, das überhaupt schon seit vielen Jahren, bis auf den Besitz von Mekka, eine fressende Wunde am türkischen Staatskörper ist, so überwiegt aber die Zahl der Muhammedaner in der Türkei die der Christen nicht sehr erheblich. Wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung muß also die Last der Dienstpflicht für das Ganze tragen. Das Innere der anatolischen Halbinsel ist national

wie religiös auch unter den muhammedanischen Gebieten der eigentliche und einzig zuverlässige Kern des Staates. Hier hat die türkische Herrschaft in den acht Jahrhunderten ihres Bestehens (die Seldschukenzeit mit eingerechnet) das zu Wege gebracht, was vorher noch nie einem der Besitzer Kleinasiens gelungen war: die Schaffung eines nach Glaube, Sitte und nationalem Zusammengehörigkeitsgefühl einheitlichen Volkstums. Natürlich sind die heutigen Türken in Anatolien nur zu einem geringen Prozentsatz die Nachkommen der alten seldschukischen und osmanischen Eroberer — zu einem so geringen, daß sich in ihrem Äußeren überhaupt kaum noch Spuren des ursprünglichen hochasiatischen Typus vorfinden. Die wirklich „türkischen“ mongoloiden Gesichter in der Türkei gehören keinen osmanischen, sondern solchen Individuen an, die teils einzeln, teils mit ihren Stämmen später aus dem Innern Asiens gekommen sind und sich noch nicht mit der jetzt „Türken“ genannten Bevölkerung vermischt haben. Auf jeden Fall fühlen sich aber die Nachkommen der alten Kappadozier, Galater, Phryger, Lyder, u. s. w. allesamt als Türken oder Osmanlis und haben das Empfinden der nationalen Zusammengehörigkeit mit der Dynastie Osmans auf dem Thron in Stambul. Davon ist in den weiter südwärts gelegenen arabisch sprechenden Gebieten nicht die Rede. Die Sprachgrenze zwischen türkisch und arabisch verläuft längs dem Nordrande Syriens und Mesopotamiens. Syrien, Palästina, die Länder am Euphrat und Tigris bis hinter zum persischen Golf sprechen allesamt arabisch; ihre Bewohner haben den Türken gegenüber das Gefühl, daß sie etwas dem Blute nach besseres sind als jene, und daß sie von einer vergleichsweise barbarischen, ihnen fremden Rasse beherrscht werden. Wenn endlich auch die türkische Regierung in Syrien und den Euphratländern, die übrigens im Verhältnis zu Anatolien schwächer bevölkert sind, Soldaten aushebt, so kann sie sich doch auf diese arabisch redenden Truppen nicht in demselben Maße verlassen, wie auf das Material aus den anatolischen „Soldatenminen“. Mit dem Moment aber, in dem das politische Zentrum des Reichs von Europa nach Asien hinübrückt, wird sicher nicht nur die äußere Autorität der osmanischen Regierung, sondern auch die innere Festigkeit ihrer Herrschaft über die nicht eigentlich türkischen Teile des Reichs ver-

stärkt. Unumgängliche Voraussetzung dafür ist natürlich die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen dem anatolischen Bahngelbiet, Syrien und Arabien auf der einen, Mesopotamien und dem Gebiet von Bagdad auf der anderen Seite: der Meffabah und der Bagdadbahn. Hierüber wird weiter unten im Zusammenhang mit der Bedeutung dieser Bahnfragen für die internationale Politik noch besonders zu handeln sein. An die Spitze jeder politischen Erörterung über die Türkei gehört immer von neuem der Satz: daß nicht nur die Erhaltung, sondern die fortdauernde Stärkung der materiellen und speziell der militärischen Kraft der Türkei den Angelpunkt der deutschen Orientpolitik bilden muß. So verschieden Deutschland und die Türkei innerlich wie äußerlich auch geartet sind, so groß die Entfernung zwischen den Ländern wie der Sinnesweise der Völker auch erscheint — politisch gehören Deutschland und die Türken in den Orientdingen zu einander. Die Türken wissen, daß sie ringsum von großen und kleinen Gegnern umgeben sind, die offene oder stillschweigende Ansprüche auf die verschiedensten Gebietsteile des osmanischen Reichs erheben, und die Erkenntnis, daß sie allein gegenüber dem Einverständnis der andern verloren sein würden, verweist sie darauf, ihren Rückhalt bei der Macht zu suchen, deren Interesse die Vernichtung und Aufteilung der Türkei am bestimmtesten zuwiderlaufen würde. Diese Macht sind wir. Jeder, vor allen Dingen jeder asiatische Territorialverlust, den die Türkei jetzt noch erleidet und erst recht natürlich ihre Zerteilung unter England, (Mesopotamien) Rußland, (Armenien und Kleinasien) Frankreich, (Syrien) Italien (Tripolis) würde diese Gebiete vor der deutschen Arbeit und dem deutschen wirtschaftlichen Erfolg teils überhaupt verschließen, teils unsere Betätigung auf das Empfindlichste einengen.

Nichts kann für uns im Verein mit Oesterreich-Ungarn von größerem Vorteil sein, als die Durchführung des Gedankens jenes doppelten, Syrien und Mesopotamien je in voller Länge durchschneidenden Bahnsystems, das sich an das anatolische Netz anschließen und bei Aleppo in die Bagdad- und die Meffabah auseinandergehen wird. Es hieße, gar zu Bekanntes und gar zu oft Gesagtes wiederholen, wenn hier ein ausführliches Gemälde der materiellen Blüte, des Reichtums, der Menschenzahl und der Steuerkraft entworfen werden

solle, die im Altertum und bis tief ins Mittelalter in den jetzt unter türkischer Herrschaft stehenden Teilen Vorderasiens, namentlich in den Euphrat- und Tigrisländern, in Syrien und in Kleinasien, existiert haben. Es ist bekannt, daß von den Zeiten der assyrischen Großmacht bis auf die Epoche der Kalifen der Besitz des babylonischen Alluviums über das Königtum von Asien entschieden hat; es ist bekannt, daß allein die Herrschaft über dieses reiche Land den Parthern wie dem sassanidischen Perserreiche die materielle Kraft gegeben hat, hier, am mittleren Euphrat und am oberen Tigris, dem Vordringen des römischen Imperiums dauernd Halt zu gebieten. Ebenso bedarf es keiner Ausführungen darüber, was Syrien und Kleinasien einstmals für das römische und für das byzantinische Reich bedeutet haben. Ihnen allen wird durch die bevorstehenden Bahnbauten neues Lebensblut zugeführt werden; vor allen Dingen, was das Wichtigste ist, die Autorität von Regierung, Gesetz und Recht gegenüber den räuberischen Nomadenstämmen des Gebirges und der Wüste, die Sicherheit für Leben und Eigentum des Bauern und Bürgers, werden mit der Vollendung jenes Unternehmens wiederkehren, wo sie jetzt fehlen. Eben dieses, daß sie dort seit bald tausend Jahren mangeln, das und nichts anderes, hat in erster Linie den Sturz der Kultur, die Verödung und Verarmung des Landes, die Verringerung der Bevölkerung auf einen Bruchteil ihrer früheren Zahl verursacht. Alle anderen Gründe, die außerdem noch genannt werden, sind sekundärer Natur. Sobald die Bagdadbahn und die syrische Bahn vollendet sind, werden sie Aecker, Dörfer, Herden, Städte, Menschen neu schaffen und vermehren; von dorther werden die Menschenzahl, die Steuerkraft, die finanzielle und materielle Leistungsfähigkeit, überhaupt die Widerstandskraft der Türkei gegenüber ihren Nachbarn wachsen — und damit wird, wie gesagt, auch unseren Interessen gedient sein. Eben dieser Umstand, daß kein Mittel in solchem Maße die politische Kraft und Selbständigkeit des osmanischen Reiches zu heben geeignet ist, wie jene Bahnbauten, ist der deutlichste Erweis für die Mißgunst und das Uebelwollen derjenigen, die sich bemühen, die Türken glauben zu machen, es handle sich für uns darum, eine politische Vormundschaft oder dergleichen im osmanischen Reiche zu gewinnen. Womit sich die

Türkei wird abfinden müssen, das ist der einmal bevorstehende Verlust der im 14. und 15. Jahrhundert gemachten und schon seit dem 17. Jahrhundert einem fortgesetzten Abbröckelungsprozeß verfallenen, von einer christlichen Mehrheit bewohnten Eroberungen in Europa. Den Rest der osmanischen Herrschaft auf der Balkanhalbinsel dem Padiſchah für alle Zeiten zu garantieren, ist Deutschland außerstande, weil das schlecht hin über seine Kräfte geht. Die Fähigkeit der Türkei zum Selbstschutz ist hier an dieser äußersten Peripherie zu gering, ihre Verwundbarkeit zu groß, und, abgesehen von allem andern, ist auch ein so starkes christliches Element, wie das in den bisher noch türkischen Teilen der Balkanhalbinsel bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nicht dauernd unter der türkischen Herrschaft zu halten. Dagegen liegt, im Unterschiede zu den überwiegend christlichen und von Natur auf die Zusammengehörigkeit mit der abendländisch-christlichen Kulturwelt angewiesenen Landschaften und Völkerstämme der Balkanhalbinsel, innerhalb des asiatischen Reichsgebiets der Türkei keinerlei Interesse vor, die politische Oberherrschaft der Osmanen zu beseitigen. Wenn man von Armenien, das allerdings eine Frage für sich bildet, absieht, so wohnen mit Ausnahme der kleinasiatischen Küstenlandschaften, in denen das Griechentum überwiegt, vom Bosphorus bis zum Persischen Golf überwiegend Muhammedaner. Das christliche Element ist auch dort nicht unbedeutend, aber es ist auf die Städte und einige isolierte und in sich leidlich geschlossene Landschaften beschränkt, würde auch, wenn die überwiegend christlichen Gebietsteile im Westen und Nordosten des Reiches fortfallen, den Türken wenig Veranlassung mehr zu politischem Mißtrauen, zu Gewaltmaßregeln und Bedrückung, geben.

Im türkischen Vorderasien liegt ein großes Stück deutscher Zukunft, wenn es gelingt, die Integrität des Staatswesens der Osmanen dort in dem erforderlichen Umfange aufrecht zu erhalten. Wie schon betont, unterscheidet sich unsere politische Stellung zur Türkei von der aller anderen europäischen Mächte dadurch, daß wir in voller Aufrichtigkeit keinen festen türkischen Gebiets, weder in Europa, noch in Asien, noch in Afrika, für uns verlangen, sondern lediglich den Wunsch und das Interesse haben, in der

Türkei, mag sich ihr Gebiet nun auf ihre asiatischen Besitzungen beschränken oder nicht, einen Absatzmarkt und eine Rohproduktquelle für unsere Industrie zu haben, wobei wir den mit uns konkurrierenden Nationen gegenüber gar keinen anderen Anspruch geltend machen wollen, als den der bedingungslos „offenen Tür“. Mag man sich zu der Frage, wann die Bagdadbahn fertig wird und welches das Tempo der wirtschaftlichen Neuentwicklung in den von ihr durchzogenen Ländern sein wird, in höherem oder geringerem Maße skeptisch stellen — daran, daß eine solche Entwicklung bevorsteht, ist gar kein Zweifel möglich, und von unserer Seite könnte kaum ein größerer Fehler gemacht werden, als wenn wir nicht versuchen wollten, im Zusammenhange mit der von hier aus zu erwartenden politischen und ökonomischen Kräftigung der Türkei, uns unseren Anteil daran zu sichern.

Diejenige Macht, deren gegenwärtige Politik am entschiedensten den deutschen Interessen im Orient entgegengesetzt erscheint, ist, trotz aller beiderseitigen Bemühungen um die Wiederherstellung eines besseren offiziellen Verhältnisses und um die Beseitigung der mißtrauischen und verhetzenden Polemik der vorhergegangenen Jahre, England. Die englische Politik hat in der Orientfrage die Gruppierung: England, Frankreich, Rußland, Italien auf der einen, Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der anderen Seite geschaffen. Das trat sowohl in der Behandlung der Bagdadbahnfrage im Anschluß an den Besuch des deutschen Kaisers in England Ende 1907 hervor, als auch einige Monate später gegenüber den österreich-ungarischen Plänen in der Fassung des Barons v. Aehrenthal. In ganz merkwürdiger Uebereinstimmung wurden während der Kaiserreise nach England und nachher sowohl englische als auch französische Stimmen laut, die von einer möglichen Lösung der Bagdadbahnfrage in dem Sinne sprachen, daß England den Bau der Strecke zwischen dem Persischen Golf und dem nörlichen Beginn des alten babylonischen Niederlandes (womöglich Mossul!!) zugestanden erhielte, die bestehende, von der deutschen Bank geleitete Bahngesellschaft dagegen sich auf ein Stück der ihr ursprünglich erteilten Konzession, d. h. das Stück zwischen dem gegenwärtigen Endpunkt der Linie am Nordfluß des Taurus und dem alten Fruchtland, beschränken solle.

Wenn man nur die räumliche Ausdehnung in Betracht zieht, so ist das deutsche oder vielmehr internationale Stück länger, fragt man aber nach dem inneren Wert, so fällt ein sehr viel größeres Schwergewicht auf die Seite der für England in Anspruch genommenen Strecke. Englischerseits würde ein derartiges Abkommen außerdem auch noch dahin verstanden werden, daß nicht nur die Erbauung der Eisenbahn, sondern auch die Wiederherstellung der alten Bewässerungswerke im Gebiet von Bagdad eine englische Unternehmung werden soll. Zum erstenmal wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese englische Idee durch die Veröffentlichung des berühmten Wasserbauingenieurs Willcoy gelenkt. Willcoy ist der geistige Urheber der großen englischen Wasserwerke in Aegypten, vor allen Dingen des Staudamms von Assuan; er ist außerdem auf das genaueste von seiner früheren amtlichen Tätigkeit her mit der indischen Bewässerung vertraut und hat nach der Beendigung des Burenkrieges auch ein ausführliches Gutachten über die Möglichkeiten einer umfassenderen Irrigation in der Kapkolonie und den früheren Republiken erstattet. Als er seine Broschüre über das Bagdadgebiet schrieb, wurde bekannt, daß schon vorher Offiziere des indischen Vermessungsdienstes Aufnahmen der wichtigsten Kanäle des Altertums gemacht hatten, und eine sehr charakteristische Wendung in seiner Arbeit ließ klar erkennen, welch ein wirtschaftliches und politisches Endziel ihm im einstigen Babylonien vorschwebte. Er sprach nämlich unumwunden die Meinung aus, daß ägyptische und indische Bauern, die mit dem Bewässerungswesen von ihrer Heimat her besonders gut vertraut seien, den Grundstock für die zukünftige ackerbauende Bevölkerung des regenerierten Babylonien abgeben sollten. Indien wie Aegypten sind englischer Besitz; die Inder sind überdies in aller Form rechtens und seit lange Untertanen der britischen Krone. Es kann als vollkommen ausgeschlossen gelten, daß man in England daran denkt, Ansiedler aus Indien und Aegypten in das Gebiet von Bagdad ziehen zu lassen, damit sie dort ohne weiteres türkische Untertanen werden. Willcoy's Besiedelungsprogramm ist also gleichbedeutend mit dem Plan eines politischen Protektorats über das Bagdadgebiet. Ich habe bereits im Jahre 1903 in den Preußischen Jahrbüchern auf die Arbeit von

Willcox hingewiesen. Seitdem hat bis in die letzte Zeit von Bagdad und der Bagdadbahn nicht viel verlautet. Als im Jahre 1906 die Frage der türkischen Zollerhöhung eine positive Wendung zu nehmen schien, machte England den Gedanken einer Verwendung des Mehrertrages für die Kilometergarantie des nächsten Teilstücks der Bagdadbahn dadurch illusorisch, daß es erklärte, in die Zollerhöhung nur unter der Voraussetzung willigen zu können, daß die Mehrerträge bis auf weiteres nur zur Durchführung der Reformen in Mazedonien verwendet werden sollten. Darauf einigte man sich denn schließlich. Nun hieß es mit einem Male in einem der deutschfeindlichsten Organe der englischen Presse, nachdem etwas weniger bestimmte Andeutungen auf französischer Seite schon in der „Revue de Paris“ vorhergegangen waren, man solle, neben der Reservierung des ganzen unteren Stückes der Bahn für England, die Verpflichtung der Türkei zur Kilometergarantie aus der übrigen Bahnkonzession überhaupt entfernen! Alsdann sei gegen die Herstellung des Restes unter deutscher Führung nichts mehr einzuwenden. Daran, daß die untere Bahnstrecke sich glänzend bezahlt machen wird, wenn zugleich das Bewässerungssystem wiederhergestellt und Babylonien ein großes Exportland für landwirtschaftliche Produkte wird, braucht allerdings niemand zu zweifeln — ebenso wenig wie daran, daß im oberen Mesopotamien die Rentabilität erst ganz allmählich eintreten kann und daß bis dahin die Kilometergarantie zur Sicherung eines angemessenen Zinsdienstes für das aufgewandte Kapital unentbehrlich ist. Mit den englischen Absichten auf Bagdad hängt zweifellos auch das englisch-russische Abkommen über Persien zusammen. Dieses hat England die formelle Sicherheit gegeben, daß Rußland auf seinen früher sehr bestimmt verfolgten Plan, eine Eisenbahn aus Turkestan durch das östliche Persien nach einem Hafen am Indischen Ozean zu bauen, verzichtet. Man dachte hierbei in St. Petersburg vor allen Dingen an den Hafen von Tschahbar, und als ich Anfang 1901 die Reise vom Golf über das Iranische Plateau nach Teheran machte, hielt man es russischerseits in Persien nicht einmal für nötig, die Tätigkeit einer besonderen, aus russischen Offizieren bestehenden Vermessungsexpedition, die eine passende Trace für jene Bahn auffuchen sollte, zu verschweigen. Jetzt ist

Südpersien, einschließlich Bander Abbas, das den Eingang in den Golf beherrscht, von Rußland als rein englisches Interessengebiet anerkannt worden, und ebenso hat England eine Anerkennung seiner politischen Vorzugsstellung im Küstengebiet des Persischen Golfs von Rußland erreicht. Auch die Südostecke Persiens, die an das türkische Bagdadgebiet grenzt, wird aber seit geraumer Zeit von englischen wirtschaftlichen Unternehmungen bearbeitet: auf dem Karun ist dieselbe englische Schiffahrtsgesellschaft tätig, wie auf dem Tigris zwischen Bagdad und Basra, und im Anschluß an diese Flußdampferlinie hat die Kompagnie eine ausgebaute Straße für den Karawanenverkehr in der Richtung auf das innere Plateau hergestellt. Das eigentliche Ziel der englischen Politik ist hier die Verwirklichung jener direkten Verbindung zwischen Indien und Aegypten. Die Eisenbahn von Quetta in Beludschistan nach Ismailije am Suezkanal über Nuschi, Kirman, Jesd, Ispahan, Basra, Dschuf, wurde schon seit lange in der englischen politischen Literatur über den sogenannten mittleren Osten propagiert. Ich habe auch hierauf schon vor mehreren Jahren hingewiesen. Seitdem hat man Ispahan bei der Teilung Persiens den Russen überlassen und will also offenbar das Mündungsgebiet des Euphrat und Tigris auf einer südlicheren Route erreichen, was damals mit Rücksicht auf die Terrainschwierigkeiten noch als unmöglich galt.

Auf der anderen Seite sind die politischen Fortschritte, die England in Arabien macht, bekannt. In demselben Augenblick, als der Hafen von Kuweit südlich von der Mündung des Schatt el Arab als ein möglicher Endpunkt für die Bagdadbahn genannt wurde, erhob England den Anspruch, daß der Schech von Kuweit nicht unter türkischer Herrschaft stehe, sondern unabhängiger Souverain sei, d. h. daß er das Recht haben solle, mit England einen Vertrag zu schließen, nach dem jede von ihm zu erteilende Verkehrskonzession erst der Genehmigung Englands bedürfe. Dieser Anspruch ist formell unhaltbar, weil die Landschaft el Hasa, zu der Kuweit gehört, zu Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts durch den damaligen türkischen Generalgouverneur von Bagdad, Midhat Pascha, zweifellos unterworfen und der Schech von Kuweit als türkischer Kaimakam für den neuen Kreis (Kaza) des Vilajets von Bagdad

eingesetzt wurde. Daß er sich in der Folge nicht mehr viel um die Wälder von Bagdad gekümmert hat, ist richtig, aber das tut den Rechtsansprüchen der Türkei keinen Eintrag. Nicht nur in Arabien, sondern auch in Kurdistan, und selbst in Anatolien, sind große Distrikte jahrzehntelang faktisch der Autorität der Pforte entglitten gewesen, aber die Regierung in Konstantinopel hat es schließlich doch immer wieder verstanden, ihre unbotmäßigen Vasallen heranzuholen. Unbestritten englisches Interessengebiet ist dagegen der ganze Süden und Südosten Arabiens, und von hier aus dringt der englische Einfluß nachhaltig zu den Stämmen des Innern vor. Es ist eine ganz allgemeine Meinung, daß auch die unbotmäßigen Stämme im Gebiet von Jemen an der englischen Stellung in Aden einen mindest moralisch sehr starken Rückhalt haben und daß eine befriedigende Lage für die englische Politik in Arabien erst dann erreicht sein wird, wenn nicht nur Jemen, sondern auch Hedschas mit den heiligen Städten Mekka und Medina sich von der türkischen Herrschaft befreit haben werden. Die „Unabhängigkeit“ des Scherifs von Mekka würde in Wirklichkeit bedeuten, daß jener sich, um einen Rückhalt gegen die Türken zu gewinnen, an England anlehnen muß, und damit wäre England, ohne daß es einen Mann oder nur einen offiziellen Vertreter in Mekka zu unterhalten brauchte, faktisch die einflussreichste Macht innerhalb der islamischen Welt. Solchen Tendenzen würde allerdings der Fortschritt der türkischen Hedschasbahn entgegenwirken. Mit einem Erfolg, der alle Zweifel und negativen Voraussetzungen beschämt, schreitet sie nach Süden fort, und sie wird wahrscheinlich zu Ende des Jahres 1908 Medina erreichen. Ich stehe nicht an, zu bekennen, daß ich selbst in früheren Jahren die Durchführung des Projekts für unmöglich gehalten habe. Erstens aber, und das ist wohl das entscheidende Moment, haben sich die Geländeverhältnisse im Bahngebiet als sehr viel einfacher herausgestellt, als früher auf Grund der Vorstellungen, die man von jenen Gebieten besaß, allgemein angenommen wurde. Zweitens war es wichtig, daß der Sultan die Leitung des Baus in die Hände eines deutschen Ingenieurs von ausgezeichneten Fähigkeiten, Meißner Pascha, gelegt hat, der von Anbeginn die Seele des Werkes gewesen ist. Mit der Annäherung an die „heiligen“ Städte hat er aller-

dings auf die Fortführung der persönlichen Bauleitung verzichten müssen. Drittens wird die Bahn nach dem Muster der transkaspischen Eisenbahn Rußlands im wesentlichen durch aktive Truppen, die ohnehin Sold und Verpflegung erhalten müßten, ausgeführt, wodurch an den Kosten erheblich gespart wird. Es ist das abermals ein Beweis dafür, welch ein tüchtiger Kern in dem türkischen Soldatenmaterial steckt. Nach einem Bericht in der Frankfurter Zeitung (Nr. 328 vom 26. November), der auf die Mitteilungen des türkischen Eisenbahnkommissars Auler Pascha, gleichfalls eines Deutschen, zurückgeht, hat die Stärke der Truppen auf der ersten Teilstrecke von Damaskus bis Maan 5650 Mann betragen. Für die Herstellung der zweiten Teilstrecke bis el-Ula wurde sie auf 7000 Mann erhöht. Die Soldaten haben nicht nur den Oberbau der Bahn hergestellt, sondern auch die massiven Brücken und Stationsgebäude zum Teil ausgeführt, da die Zivilunternehmer südlich von Maan unerschwingliche Preise forderten. „Man lernte“, schreibt der Berichtersteller der „Frankfurter Zeitung“, „eine Kompagnie des Eisenbahnbataillons Nr. 1 durch Zivilhandwerksmeister in Maurer-, Zimmer- und Schlosserarbeiten an, und die Mannschaften dieser Kompagnie haben in den betreffenden Arbeiten schließlich eine derartige Fertigkeit erlangt, daß ihre Lehrer entbehrlich wurden. Auf diese Weise hat sich die Leitung des Baues von den Unternehmern unabhängig gemacht und ist in der Lage, falls Not am Mann kommt, die ganze Bahn bis Mekka mit den Truppen allein fertig stellen zu lassen. Was den baulichen Zustand der Meffbahn zwischen Maan und el-Ula betrifft, so konstatierte Generalleutnant Auler Pascha, daß die Strecke zwischen Maan und el-Muassam (nicht weit von el-Ula) einschließlich der Stationsgebäude so vollkommen wie jede andere europäische Friedensbahn ist. Der Zug, welcher die Kommission mit 12 Personenzugwagen und einem Gesamtgewicht von rund 250 Tonnen hinunterbrachte, fuhr hier auf ebener und wenig geneigter Strecke mit einer Geschwindigkeit bis zu 45 Kilometern in der Stunde. Sämtliche Brücken sind mit den Sandsteinquadern des vortrefflichen Materials der Umgebung gebaut und machen einen äußerst soliden Eindruck, auch soweit sie durch die Truppen ausgeführt worden sind. . . Zwischen el-Muassam und el-Ula ist der Unterbau ebenso solide

ausgeführt, wie auf der vorangegangenen Strecke. Der Oberbau hatte aber erst eine Schicht Ballast, und drei Kompagnien des Eisenbahnbataillons Nr. 1 waren noch damit beschäftigt, die zweite Schicht aufzubringen und die Befestigung der Schienen auf den Schwellen zu vervollständigen. Ebenso wie der Bau der Bahn wird von Maan ab auch der Betrieb fast ausschließlich durch die Truppen bewirkt. Stationsvorsteher und Bahnmeister werden den Avancierten, Telegraphisten und Bahnerhaltungsarbeiter den Gemeinen entnommen.

Von el-Ula bis Medina beträgt die Entfernung noch etwa 300 Kilometer. Um den Bau zu beschleunigen, arbeiteten Ende 1907 seit acht Monaten 800 Mann Truppen von Medina aus dem von Norden herankommenden Werk entgegen, und es sollten weitere 1000 Mann von Medina aus eingestellt werden. Die Gesamtlänge der Strecke von Damaskus bis el-Ula beträgt nahezu 1000 Kilometer; die Kosten belaufen sich auf etwas über 40 000 Mark für den Kilometer (die Hedschasbahn hat Schmalspur, wenn ich nicht irre, von 75 Cmtr. Schienenabstand). Schließlich erklärt sich die Durchführung des Werkes auch noch aus dem Umstand, daß es dem Sultan, der die Hedschas- oder Mekkabahn als seinen persönlichsten Gedanken mit besonderer Energie betreibt, gelungen ist, nahezu die Hälfte der bisher aufgewandten Kosten durch sogenannte freiwillige Beiträge, d. h. in Wirklichkeit meistens durch große Abzüge vom Gehalt der Beamten und Offiziere aufzubringen. Für den Rest werden die Gelder durch rücksichtslose Vernachlässigung der übrigen notwendigen Staatsausgaben bereitgestellt.

Für die Türkei ist die Mekkabahn zweifellos der größte politische Erfolg seit langer Zeit. Ebenso zweifellos beeinträchtigt er allerdings die englischen Bestrebungen in Arabien. Nach dem bereits erwähnten Bericht in der „Frankfurter Zeitung“ hatte Nuler Pascha den entschiedenen Eindruck, daß die Autorität des Sultans in jenen Gegenden in hohem Maße gestärkt worden ist. Noch hat kein Beduine gewagt, sich an der Bahn zu vergreifen. Das Bewußtsein, von dem Arm der Regierung rasch erreicht werden zu können, würde genügen, die zur Unruhe geneigten Beduinenstämme im westlichen Teil von Arabien dauernd in Ordnung zu halten. Bei der Einweihung des zweiten Bauabschnitts in el-Ula seien von allen Seiten die

Vertreter der Beduinen, sowie Deputationen der Notabeln von Medina herbeigeeilt, „um der kaiserlichen Mission zu huldigen und dem Sultan für das große Kulturwerk zu danken“. Unbedingt sicher wird die Hedschasbahn in militärischer Beziehung allerdings erst dann funktionieren, wenn die bisher noch vorhandene große Lücke in der Schienenverbindung mit Konstantinopel und Anatolien zwischen der vorläufigen Endstation der Bagdadbahn, Bulgurlu, und Aleppo, wo das französisch-syrische Bahnsystem seinen Anfang nimmt, geschlossen ist. Diese Lücke ist rund 500 Kilometer weit, und möglicherweise erleben wir es noch viel eher, daß man vom Bosphorus nach Mekka fahren kann, als nach Bagdad oder selbst nur nach Mossul. Der stärkste Gegenzug, den England gegen die Hedschasbahn bisher gemacht hat, ist die Verhinderung der Zweiglinie von Maan nach Akaba. Der Golf von Akaba bildet bekanntlich den nordöstlichen Zipfel des Roten Meeres. Die Entfernung von dem türkischen Hafenplatz bis nach Maan beträgt in der Luftlinie nur etwa 100 Kilometer. Die Herstellung dieses Stückes hätte eine Umgehung des Suezkanals durch eine verhältnismäßig kurze Eisenbahnlinie (Haifa=Derat=Maan=Akaba) bedeutet und abgesehen hiervon der Türkei schon bedeutend früher die Möglichkeit gewährt, abseits von dem unter englischer Kontrolle stehenden Kanal und unter Ersparung der hohen Kanalgebühren auf dem Wege über die Eisenbahn und das Rote Meer Truppen nach Südarabien zu schicken. Um eins wie das andere zu verhindern, erklärte die englische Regierung namens der ägyptischen die Gewässer des Golfs von Akaba schlechthin als ägyptisches Gebiet. Als türkische Truppen die Ortschaft Taba in der Nachbarschaft von Akaba besetzten, um Vorbereitungen für den Bahnbau zu treffen, richtete England ein Ultimatum an die Pforte und forderte Zurückziehung der Truppen binnen zehn Tagen. Der französische und russische Botschafter unterstützten die englische Forderung in Konstantinopel, und mehrere englische Kriegsschiffe wurden von Malta ins Aegeische Meer geschickt. Es war eine ganz evidente Vergewaltigung, aber die Türkei gab nach (Mai 1906). Selbst wenn die Belege für die Behauptung, daß der Golf zu Ägypten gehöre, besser wären, als sie sind, so darf man doch nicht vergessen, daß Ägypten formell noch ein

türkischer Vasallenstaat ist und seinen Tribut nach Konstantinopel bezahlt. Durch diesen Gewaltstreich hat England die Gefahr, daß die Wasserstraße des Roten Meeres einen vom Suezkanal unabhängigen Zugang erhalten könnte, pariert, wenn es auch notgedrungen dulden muß, daß im übrigen seine politischen Fortschritte in Nordarabien durch den binnenwärts auf unbestritten türkischem Gebiet verlaufenden Strang der Hedschasbahn eine Beeinträchtigung erleiden. Immerhin aber wird die englische politische Arbeit in Innerarabien weiter betrieben, und die Zugehörigkeit der Sinai-Halbinsel zu Aegypten bildet auf jeden Fall ein wichtiges Moment für den Gedanken der Eisenbahnverbindung vom Nil zum Indus. Nachdem die russische Bahn zum Persischen Golf und die türkische Bahn zum Roten Meer, die beide das indo-ägyptische Projekt nicht nur quer durchschnitten, sondern auch jede für sich einen selbständigen Ausgang aus den vorderasiatischen Ländern zum südlichen Meere bedeutet hätten, glücklich haben verhindert werden können, verbleibt nun als letzte Gefahr noch die Möglichkeit einer nicht-englischen Bagdadbahn. Unter diesem Gesichtspunkt will es verstanden werden, wenn die Willcoysche Schrift schon vor sechs Jahren für England die Hand auf das kulturelle Wiederherstellungswerk im alten Babylonien legte und wenn jetzt an verschiedenen Stellen die Idee auftaucht, die Bagdadbahn bauen zu lassen, aber nur unter der Bedingung, daß sie von Mossul abwärts bis zum Persischen Golf eine rein englische Bahn wird.

Mit dem Plan der sogenannten „deutschen“ Bahnbauten in der Türkei wird öfters in sehr unglücklicher Weise der Gedanke einer „deutschen Kolonisation“ in Kleinasien, Syrien, Mesopotamien usw. verquickt. Hier handelt es sich um ein höchst gefährliches Mißverständnis unserer wirtschaftlichen Hoffnungen und Ausichten im türkischen Vorderasien. Die Vorstellung, daß wir darauf ausgehen sollten oder könnten, eine deutsche häuerliche oder sonst irgendwie „kolonisierend“ gedachte Auswanderung nach jenen Ländern ins Werk zu setzen, ist, davon ganz abgesehen, wie sich die klimatischen Folgen für die Auswanderer gestalten würden, vor allen Dingen eine politische Verfehrtheit ersten Ranges. An Beispielen, daß deutsche Ackerbaukolonien in Vorderasien gegründet wurden, sich erhalten

haben und selbst zur Blüte gelangt sind, liegen, wenn man von einigen Experimenten kleinen Maßstabes absieht, im Grunde nur zwei vor: die schwäbischen Ansiedelungen in Transkaukasien und die sogenannten Templerkolonien in Palästina. Man hat von diesen beiden Gebieten aus argumentiert, daß mindestens die klimatischen Voraussetzungen dortselbst günstig genug sein müßten, um deutsche bäuerliche Siedelungen zu ermöglichen. Diese Folgerung ist aber nur mit großen Einschränkungen richtig. Was zunächst die Templerkolonien anbetrifft, so darf nicht vergessen werden, daß Syrien und namentlich dessen südlichere Teile, die Küste und das Hochland von Palästina, klimatisch mit den Nachbarländern verglichen entschieden begünstigt erscheinen. Wenngleich auch hier gewisse typisch-vorderasiatische Erscheinungen unverkennbar sind, so überwiegen doch die Einflüsse der Meeresnäher und der weniger asiatischen als mittelländischen Lage weitaus. Das Klima von Jaffa, Haifa, selbst Jerusalem, hat mit dem von Griechenland, Tunis, Spanien oder Unteritalien eine größere Verwandtschaft, als mit dem von Bagdad und Mossul. Der Schluß von einem auf das andere trifft also nicht zu. Ein wenig anders steht es mit den schwäbischen Dörfern jenseits des Kaukasus im Stromgebiet der Kura. Die klimatischen Verhältnisse Georgiens nähern sich, wenigstens im Sommer und Herbst, denen der mehr binnenwärts gelegenen Gebiete Vorderasiens etwas mehr, als es in Syrien der Fall ist. Dafür repräsentieren aber die Wintermonate alljährlich einen viel stärkeren Rückfall in nordische Verhältnisse, als das im Gebiet des Tigris und Euphrat, abgesehen vom Quellgebiet der beiden Ströme im armenischen Hochlande, je vorkommt. Dann aber darf man nicht übersehen, daß selbst unter den verhältnismäßig minder ungünstigen klimatischen Verhältnissen Georgiens der Menschenverlust noch in der zweiten Generation der schwäbischen Auswanderer ein sehr bedeutender war und daß erst das dritte Geschlecht, etwa seit 1870, als wirklich akklimatisiert und in das Stadium gesunder und natürlicher Vermehrung eingetreten gelten kann. Daneben will sowohl für Transkaukasien als auch für Palästina sehr beachtet sein, daß sich an beiden Stellen die Ansiedler von dem anfänglich gehegten und verwirklichten Gedanken des eigentlichen Ackerbaues mehr und mehr zurückgezogen haben und daß ihr

wirtschaftliches und gesundheitliches Gedeihen um so bessere Fortschritte machte, je mehr sich der Uebergang vom Getreidebau auf die Zucht des Weinstocks, der Südfrüchte und ähnlicher nicht mehr im engeren Sinn agrarischer Produkte vollzog. Sowohl die Templer als auch die kaukasischen Schwaben bauen noch Getreide, aber dieser Zweig ihres Lebensunterhalts ist nicht mehr derjenige, aus dem sie die meiste ökonomische Kraft ziehen. Nur mit diesen starken Korrekturen — Korrekturen, welche die Behauptung, um die es sich hier handelt, doch auf einen Bruchteil ihres ursprünglichen Gehalts einschränken — gilt der Satz, daß die deutschen Siedelungen in Georgien und Palästina den Beweis für die Möglichkeit erbracht hätten, eine deutsche Auswanderung nach Vorderasien zu lenken.

Noch weit ausschlaggebender als diese klimatischen Erwägungen sind aber andere, praktisch-politische. Diese lassen sich dahin zusammenfassen, daß die Türkei um ihrer selbst willen nicht wohl in Massenansiedelungen europäischer Kolonisten auf ihrem Grund und Boden willigen kann. Man mag sich die Sache vorstellen wie man will — irgendwie muß sie doch darauf hinauskommen, daß ein Konflikt zwischen dem türkischen Staatsinteresse und den Ansiedlern entsteht. Gleich die erste Frage, die sich erhebt, zeigt das Wesen der Schwierigkeit deutlich. — Sollen die projektierten deutschen Kolonisten in der Türkei deutsche oder türkische Untertanen sein? Die erstere Möglichkeit ist vom Standpunkt der Türken aus undenkbar. Mögen sich auch noch so viele wirtschaftlich-materielle Vorteile für die türkische Staatswirtschaft aus einer blühenden deutschen Kolonisation erheben, und mag es selbst (sehr unwahrscheinlicherweise) unter den Regierenden in Stambul Persönlichkeiten genug geben, die imstande sind, die ökonomische Seite der Sache ausreichend zu würdigen — hunderttausende fremder Untertanen mit eigenem Recht, eigener Nationalität, eigener Religion, im Besitz höherer Kultur, in rechtlicher und tatsächlicher Vorzugsstellung, kann kein Staat innerhalb seiner Grenzen ertragen. Ein solcher Fremdkörper muß unter allen Umständen zu Krankheitsprozessen im politischen Gesamtorganismus führen. Ebenso schwer denkbar aber ist es, daß die deutschen Ansiedler schlechtweg türkische Untertanen werden sollen. Daß sie unter türkisches Zivilrecht, namentlich Grundrecht, treten,

wäre unter gewissen Kautelen denkbar, und geschieht ja im kleinen bei Ansiedelungen und Ankäufen fremder Staatsangehöriger in der Türkei schon heute; bei jedem Schritt weiter stößt man aber schon auf Unmöglichkeiten. Sind die Leute türkische Untertanen geworden, dann haben wir kein Recht mehr, uns weiter in das Verhältnis zwischen den Türken und ihnen einzumischen. Sowohl die Regierung in Konstantinopel als auch die unbotmäßigen Nomadenstämme könnten mit den Ansiedlern schalten und walten, wie es ihnen beliebt, und jenen bliebe schließlich als einziges Mittel nur der bewaffnete Widerstand oder — abermalige Auswanderung. Papierne Abmachungen nützen erfahrungsgemäß in solchen Fällen gar nichts. Wenn überhaupt, so müßten die deutschen Siedelungen sich natürlich möglichst zusammenhängend in geschlossenen Massen über ein größeres Gebiet hin erstrecken. Auf diese Weise entstände eine Reihe fremder Enklaven wie Inseln unter der eingeborenen Bevölkerung. Diese Enklaven würden, wenn trotz aller Bedenken der Versuch zu ihrer Schaffung gemacht werden sollte, gegenüber den Einheimischen mit allen möglichen Privilegien in Bezug auf Gerichtsbarkeit, Selbstverwaltung, Militärdienst und dergleichen ausgestattet werden müssen. Damit ist unabwendbar der Anlaß zu zahllosen Reibungen mit den ihrer eigenen Regierung gegenüber viel schlechter gestellten Eingeborenen gegeben. Man kann die Sache anfangen und überlegen, von welchem Ende man will: überall stößt man, sobald man sich auch nur die Anfänge praktisch verwirklicht denkt, auf Schwierigkeiten, die es den Türken von ihrem Standpunkt aus schlechthin unmöglich machen müssen, den Gedanken deutscher bäuerlicher Ansiedelungen im größeren Stil auch nur ernsthaft in Erwägung zu ziehen. So lange die Türkei ein selbständiges Staatswesen ist, kann sie an die Zulassung fremder Masseneinwanderung nicht denken. Zu allen anderen Schwierigkeiten träte auf diesem Boden als eine besonders große auch noch die religiöse hinzu. Wir können, mag unser Urteil darüber lauten wie es will, an der Tatsache nichts ändern, daß jeder Muhammedaner an sich den Christen, überhaupt den Nichtmoslem, als einen Menschen minderen Rechts ansieht, dem er allenfalls großmütig gestatten kann, als Beisasse neben ihm zu leben, der aber weder sozial noch rechtlich

einen Anspruch auf gleichwertige Behandlung, ja auch nur auf formelle Bürgerschaft für Leben, Ehre und Eigentum hat. Die praktischen Folgen dieses Standpunktes haben bekanntlich die nichtchristlichen Völker im türkischen Reich Jahrhunderte lang schwer genug zu tragen gehabt, und zu welchen Konsequenzen er auch heute noch führen kann, zeigen die furchtbaren armenischen Massakres in den Jahren 1895—1897. Es gibt keine Garantien dafür, daß nicht nach einem Menschenalter oder später ein ähnliches Geschick, wie über die Armenier, auch über deutsche Ansiedler in Anatolien, Mesopotamien oder sonstwo in der asiatischen Türkei hereinbräche. Wie mißtrauisch und wie empfindlich die türkische Regierung bereits der bloßen Möglichkeit fremder Siedelungen innerhalb der Türkei gegenübersteht, geht daraus hervor, daß sie der anatolischen resp. der Bagdadbahngesellschaft die schriftliche Verpflichtung auferlegt hat, beim Bau der Bagdadbahn auf keine Weise irgend welche Siedelungstätigkeit entlang der zukünftigen Bahnlinie anzustreben oder zu begünstigen. Wenn dem gegenüber früher Aeußerungen angeführt wurden, wonach der jetzige Sultan gelegentlich eines Gesprächs mit dem General v. d. Goltz selbst den Wunsch ausgedrückt haben sollte, es möchten sich deutsche Ansiedler für die Türkei finden, so kann ein solches Wort nur entweder als eine auf den Augenblick berechnete liebenswürdige Phrase angesehen werden oder, was vielleicht das Wahrscheinlichere ist, als ein Versuchsballon, mit dem Zweck, zu erfahren, ob und welchen Widerhall eine solche Aeußerung etwa in Deutschland finden würde — um dann türkischerseits Maßnahmen danach zu treffen. Alles, was in Deutschland zu gunsten einer bäuerlichen Massenauswanderung und Ansiedelung in der Türkei gesprochen wird, erschwert in hohem Grade sowohl die Aufgabe unserer politischen Vertretung in Konstantinopel, als auch die Ausichten andersartiger Betätigung deutschen Kapitals und deutscher Unternehmungslust in der Türkei. Solange es bei uns Leute gibt, die von deutschen Kolonien in Kleinasien oder Mesopotamien träumen und reden, solange ist es den Türken von ihrem Standpunkt aus nicht zu verübeln, wenn sie hinter jedem Plan, den Deutsche auf türkischem Grund und Boden verfolgen, versteckte Kolonisationsabsichten wittern und seiner Verwirklichung sich entweder

direkt widersetzen oder mit Mißtrauen gegenüberstehen. Auch nach dieser Richtung hin tut es also nicht der bloße alldeutsche Eifer, mag er auch noch so gut gemeint sein, sondern es gehören vor allen Dingen eindringende Kenntnis der Verhältnisse und sorgfältige Berücksichtigung aller gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten dazu, um einen haltbaren Standpunkt zu der Kolonisationsfrage zu gewinnen. Wenn irgendwo, so ist hier Schweigen Gold, Reden aber nicht nur kein Silber, sondern vielmehr selbst für das Erreichbare direkt gefahrbringend.

Was wir im türkischen Asien zu erstreben haben und was wir dort erreichen können, ist also nicht die Bereitstellung eines Auswanderungsgebiets, sondern die Schaffung eines großen deutschen Handelsgebiets im Bereich des anatolisch-syrisch-mesopotamischen Bahnsystems. Wie die Dinge im Augenblick liegen, wird es eher zur Verbindung der bestehenden syrischen Bahnen, die nordwärts schon bis Aleppo reichen (französisches System) und südwärts bis tief nach Arabien hinein vorgedrungen sind (türkische Staatsbahn oder Meffabah), als zum Bahnbau im eigentlichen Mesopotamien kommen, denn über Aleppo muß auch der über den Taurus her vordringende Strang der sogenannten Bagdadbahn geführt werden. Erst von Aleppo an wird diese sich endgültig ostwärts zum Euphrat und Tigris wenden.

Welcher Art sind nun die Erwartungen, die wir dort für uns hegen dürfen? Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt, zu betonen, daß für das Wirtschaftsleben aller Völker der Satz gilt: Wer nichts zu verkaufen hat, kann auch nichts kaufen. Die zum Verkauf gelangenden Werte können verschiedener Natur sein: Landesprodukte, Industrieartikel, Zwischenhandelswaren, Arbeit; auch die Produktion von Edelmetallen fällt prinzipiell unter denselben Gesichtspunkt. Wo aber keinerlei Gegenwert vorhanden ist, da kann auch keine Ware abgesetzt werden. Ist also die Aufnahmefähigkeit eines Landes für fremde Erzeugnisse abhängig von seiner eigenen Gütererzeugung, so weist es auch um so mehr Kauffähigkeit gegenüber den Produkten anderer Länder auf, je reicher es ist. Für die Schaffung von Handelsbeziehungen zu fremden, überseeischen Ländern kommt es in erster Linie nicht darauf an, stark bevölkerte

Gebiete ausfindig zu machen, die möglicherweise für die Ausfuhr gar nichts oder wenig produzieren, also auch für jede Einfuhr nur sehr begrenzt aufnahmefähig sind, sondern darauf kommt es an, Länder zu finden, die entweder produktenreich sind und ohne allzu große Schwierigkeit für die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse abgeschlossen werden können oder die, wenn ihre natürliche Produktionsfähigkeit noch unentwickelt ist, durch geeignete Maßnahmen dahin gebracht werden können, daß sie die Gegenwerte, mit denen sie eine fremde Einfuhr zu bezahlen in der Lage wären, schaffen. Dieser Fall liegt beim Bagdadbahnggebiet vor. Sehen wir hier von der anatolischen Halbinsel, die aus mehrfachen Gründen ein besonderes Wirtschaftsgebiet für sich bildet, ab, so kommen in Betracht das nördliche Syrien, Obermesopotamien und Babylonien; dazu etwa noch die wirtschaftsgeographisch nicht zur Halbinsel Kleinasien gehörige, zwar wenig umfangreiche aber eminent fruchtbare cilicische Küstenebene samt den Vorlandchaften des hohen Taurus. Es sind das die heutigen türkischen Provinzen Adana, Aleppo, Deir es-Zor, Mossul, Bagdad, Basra, sowie die südlichen Stücke des Vilajets Diarbekir. Diesem ausgedehnten Gebiet sind auf dem größeren Teile des von ihm eingenommenen Areals natürliche Fruchtbarkeit und mannigfaltige Produktionsfähigkeit eigen; woran es leidet, sind Undichte der Bevölkerung und mangelhafte Sicherheitsverhältnisse.

Das Land zwischen der Nordküste Syriens, dem Hochgebirgswall des Taurus, der iranischen Randkette und dem Persischen Golf bildete im Altertum das politische und materielle Schwergewicht ganz Vorderasiens. Im besonderen Maße galt das von seinen östlichen und südöstlichen Teilen — dem babylonischen Alluvium und den Ländern zu beiden Seiten des mittleren Tigris. An keinem Punkte zwischen dem Indus, dem Jarartes, dem Kaukasus und dem südlichen Ozean erlaubten und erlauben noch heute die klimatischen und Bodenverhältnisse eine ähnliche Verdichtung der menschlichen Siedelungen, wie am Unterlauf der mesopotamischen Ströme. Von den ältesten historisch erreichbaren Zeiten, dem vierten vorchristlichen Jahrtausend, bis auf den Sturz des Kalifats der Abbasiden hat daher das politische Zentrum Vorderasiens in Babylonien gelegen: zuerst die großen Königs- und Priesterstädte der sumerischen Periode, dann

Babylonien selbst, dann Seleucia-Ktesiphon, dann Bagdad. Erst der Einbruch türkischer und mongolischer Nomadenstämme, namentlich die Invasionen Dschingischans und seiner Nachfolger, haben die Kulturlüte Westasiens zerstört und auch aus Babylonien und Mesopotamien das heutige nur von wenigen Oasen unterbrochene Wüsten- und Steppengebiet gemacht. In den Naturverhältnissen aber hat sich dort seit dem Altertum und frühen Mittelalter bis heute nichts geändert, und wenn man gelegentlich auf die Meinung stößt, Waldlosigkeit und dadurch verschuldete ungleichmäßige Verteilung der Niederschläge unterschieden das heutige Klima Babyloniens und Mesopotamiens von dem antiken, so ist es nicht schwer, mit Zeugnissen des Altertums selbst das als eine irrige Ansicht zu widerlegen. Das ganze Land zwischen dem Taurus, der arabischen Wüste und dem Persischen Golf ist schon zur sumerischen Zeit und vollends während der persischen, parthischen und arabischen Epoche ebenso waldlos gewesen wie heute. Wo im Altertum künstliche Bewässerung notwendig war, da ist sie auch jetzt noch; wo es in den Tagen der Großkönige von Ninive und Susa genug regnete, um Weizen, Gerste und Baumwolle im wesentlichen ohne solche künstliche Bewässerung kultivieren zu können, da besteht dieselbe Möglichkeit auch noch heute. Unter welthistorischem Gesichtspunkt gesehen, erscheint die jetzt achthundertjährige Periode des Darniederliegens der Kultur am Euphrat und Tigris überhaupt nur wie eine Episode, und es ist leicht möglich, daß seit den Tagen, da dort zum erstenmal höhere Gesittung, Menschenreichtum, Ackerbau und städtisches Wesen sich entfaltet haben, ähnliche Zwischenspiele der Barbarisierung und Verödung bereits in Zeiten erfolgt sind, von denen uns keinerlei Quellen etwas vermelden.

Man muß im Bagdadbahnggebiet zwei allerdings nicht scharf voneinander zu trennende, aber ihren Kulturbedingungen nach doch sehr anders geartete Gebiete voneinander unterscheiden: dasjenige, in welchem die Bodennutzung nur mit Hilfe ausgiebiger künstlicher Bewässerung möglich ist, und dasjenige, in dem der Regenfall für sich allein oder doch zum größeren Teile hinreicht, um Ackerbaukultur zu ermöglichen. Dieses ist in Syrien, Nord-Mesopotamien und dem einstigen Assyrien jenseits des Tigris der Fall — jenes im

eigentlichen Babylonien. Die Grenze zwischen beiden Gebieten liegt in der Gegend des unteren oder kleinen Sab, eines starken linksseitigen Nebenflusses des Tigris. Südlich von diesem wird der Ertrag auf unbewässerten Feldern sehr unsicher und hört bald überhaupt auf, eine nennenswerte Rolle zu spielen. Die ganze nördliche Zone, die sich in einem langen und breiten Streifen von der Grenze der Bewässerungsregion an längs dem Fuße des Hochlandes bis unmittelbar ans Mittelmeer hinzieht, kennt zwar auch vereinzelte Jahre der Dürre, in denen die Ernte, zumal bei primitiver Ackerbautechnik, die den Boden nicht tief genug umzubereiten imstande ist, gefährdet erscheint, aber sie erlaubt durchgehends im Prinzip den Anbau auf Regenfall. Für den Ackerbau in jedem Fall unbenutzbar, sei es auf den Regen, sei es auf künstliche Bewässerung hin, ist die ganze südliche gegen den Euphrat hin gelegene Hälfte Mesopotamiens. Eine Linie, welche Rakfa am Euphrat (östlich von Aleppo) und Mossul verbindet, scheidet in der Hauptsache den kultivierbaren von dem seiner Natur nach wüsten Teil Mesopotamiens; eine zweite, von Hit am Euphrat ostwärts gezogen, bezeichnet den Beginn des bewässerungsfähigen und -bedürftigen südlichen Alluviallandes. Der Raum zwischen diesen beiden Grenzlinien einerseits, dem Euphrat und Tigris andererseits, umfaßt ungefähr den unkultivierbaren Teil der Stromländer, und es ist gleichfalls bezeichnend dafür, wie sich in diesem ganzen Gebiet (wie überhaupt in Westasien) die äußeren, klimatischen Voraussetzungen der Kultur nicht geändert haben, wenn im wesentlichen die Grenze zwischen dem heute sterilen und dem kulturfähigen Boden mit der zwischen den ruinenerfüllten und den ruinenlosen Teilen des Landes zusammenfällt.

In der Regel begegnen nun Hinweise auf die große wirtschaftliche Vergangenheit und nicht minder große Zukunft der Bagdadbahnländer, wenn nicht überhaupt Zweifeln schlechthin, so doch Antworten wie etwa der: erst müsse doch jedenfalls die Bahn gebaut werden, dann könne und werde man ja sehen, usw. Prinzipielle Skepsis ist hier natürlich nicht anders zu erklären, als durch mangelnde Sachkenntnis; aber auch der Standpunkt des bloßen Abwartenwollens ist — abgesehen davon, daß, wie wir sahen, gerade die

vorbereitende Ergreifung der Sache, vor dem Bahnbau, not tut — falsch. Selbstverständlich kann an Getreideproduktion im großen namentlich im ganzen nördlichen Teile des Bahngebietes nicht gedacht werden, solange die fertiggestellte Linie nicht die Exportmöglichkeit der erzeugten Mengen sicher stellt. Anders verhält es sich mit Getreidebau und verwandten Kulturen im Süden, namentlich in den Landgebieten in der näheren und weiteren Umgegend von Bagdad selbst und weiter abwärts an beiden Stromläufen. Die Wasserverbindung auf dem Tigris von der Mündung der vereinigten Ströme bis Bagdad ist mit selteneren Ausnahmen für Flußdampfer das ganze Jahr hindurch ohne wesentliche Schwierigkeiten vorhanden: gegenwärtig ist eine Flotille von im ganzen 7 oder 8 ziemlich großen Fahrzeugen unter englischer und türkischer Flagge in Tätigkeit. Mindestens sehr umfassende Vorbereitungen für die Ausgrabung des Kanalnetzes können also ganz unabhängig vom Vorhandensein der Bahn getroffen werden. Aber sehen wir selbst von diesen südlichen Gebieten für den Getreidebau im großen ab, solange die Bahn nicht funktioniert, so bieten sich doch sowohl hier als auch namentlich in Obermesopotamien verschiedene andere Möglichkeiten zur Schaffung ausgiebiger Exportwerte, die unabhängig vom Bahnbau wenigstens bis zu einer gewissen Stufe der Entwicklung gebracht werden können — für uns Deutsche allerdings nur unter der Voraussetzung, daß wir nicht die Hände in den Schoß legen und warten, bis andere, flügere Leute uns in der Sache zuvor kommen. Vor allen Dingen handelt es sich um die Produktion der Baumwolle. Sowohl in der Ebene von Adana in Cilicien, die ihren klimatischen und Bodenverhältnissen nach weit eher mit Mesopotamien und Babylonien als mit dem Innern der anatolischen Halbinsel Verwandtschaft besitzt, als auch in dem syrisch-mesopotamischen Landstrich zu beiden Seiten des Euphratlaufes vom Austritt des Stromes aus den Vorbergen des Taurus bis zu der endgültigen großen Biegung des Stromes nach Südosten sind nicht nur die ausgezeichnetsten natürlichen Bedingungen für das Gedeihen der Baumwolle vorhanden, sondern es hat dortselbst im Altertum und selbst bis in die zweite Hälfte des Mittelalters eine ausgedehnte Baumwollkultur bestanden. Von der cilicischen Küstenebene, die

ja direkt am Meere liegt und so die denkbar leichteste Verfrachtungsmöglichkeit bietet, abgesehen, kann man, was die Transportverhältnisse anbetrifft, selbst ohne das Vorhandensein einer Eisenbahn ruhig bis in die Ebenen von Harran und Urfa ostwärts über den Euphrat gehen, ohne daß die Kosten des Kameltransports an die Küste die mesopotamische Baumwolle unfähig machen würden, mit der amerikanischen und ägyptischen zu konkurrieren. Von Urfa oder Harran bis nach Alexandretta sind auf dem direkten Wege nicht mehr als 7—8 Karawanentage; die Seefracht von Alexandretta bis Hamburg oder Bremen ist kürzer als die von Charleston, Savannah oder vollends von New-Orleans nach den belgisch-niederländischen oder deutschen Nordseehäfen. Die Produktionskosten aber sind in Mesopotamien bei der Billigkeit des anbaufähigen Landes und der Lebenshaltung der eingeborenen arbeitenden Bevölkerung noch auf lange hinaus wesentlich geringer, als in den Südstaaten der amerikanischen Union oder am Nil. Auch das babylonische Alluvium produziert bereits jetzt Baumwolle, wenn es sich dort auch einstweilen um keine hochwertige Qualität handelt; die Sorte müßte durch Einfuhr amerikanischen oder ägyptischen Samens verbessert werden. Die Ausfuhrmöglichkeit für gute Baumwolle, einen größeren Umfang der Kulturen vorausgesetzt, steht aber schon heute, aus dem Gebiet um Bagdad ohne Eisenbahn, was die Kosten der Produktion und des Transports anbetrifft, außer Frage. Allerdings wäre es höchst verkehrt, wenn man deutscherseits an Landankäufe im Kulturgebiet der mesopotamischen und babylonischen Baumwolle denken wollte! Ein solcher Plan verbietet sich durch die türkischen Verhältnisse bezüglich der Frage des Besitzes von Grund und Boden von selbst; er könnte nur dazu dienen, das ganze Unternehmen von vornherein bei der türkischen Regierung zu diskreditieren und würde, wenn nicht, wie wahrscheinlich, schon von vornherein, so doch in der Folge Schwierigkeiten über Schwierigkeiten erzeugen. Die Erfahrungen, welche die Russen mit der Baumwollkultur in Turkestan gewinnen, zeigen deutlich, daß in Ländern wie Mittelasien oder Mesopotamien der richtige Weg zur Hebung der Baumwollkultur lediglich der ist, der eingeborenen Bevölkerung selbst durch finanzielle und technische Erleichterungen Lust zum Anbau

der Faser zu machen. Mit ganz geringen Ausnahmen wird in Turkestan alle Baumwolle von kleinen und mittleren Grundbesitzern produziert und in kleinen Posten auf den Markt gebracht, wo die Agenten der großen innerrussischen Firmen den Stoff aufkaufen. Auch in Mesopotamien müßte man damit beginnen, daß man allen denjenigen einheimischen Grundbesitzern, die Baumwolle pflanzen wollen, Saatgut und Vorschüsse austeilt und jede von ihnen auf den Markt gebrachte gute Quantität ankauft. Ebenso müßten natürlich von seiten der deutschen Erwerbsgesellschaften, die sich den Bezug mesopotamischer Baumwolle zur Aufgabe machen wollen, gleichwie es die russischen Firmen in Turkestan getan haben, Reinigungs-
maschinen und Pressen aufgestellt werden, um das Produkt an Ort und Stelle von den Samen zu befreien und zur Erleichterung und Verbilligung des Transports auf ein möglichst kleines Volumen zu bringen. Selbstverständlich darf man nicht denken, daß gleich in den ersten Jahren bei diesem Vorgehen große Gewinne zu erzielen sein werden, aber der Weg hat dafür den Vorzug, um so sicherer zu sein.

Bei solcher Praxis ist es nicht schwer zu erreichen, daß die Eingeborenen für die von ihnen produzierte Baumwolle ein Äquivalent in deutschen Waren beziehen, vorausgesetzt, daß zwischen den auf deutscher Seite an dem Ausfuhr- und Einfuhrgeschäft beteiligten Stellen ein hinreichendes Einverständnis über den einzuschlagenden Weg erzielt wird. Im Prinzip gilt der Satz bedingungslos, daß diejenige Nation von der Erschließung des Bagdadbahngebiets für ihre Ausfuhrindustrie den größten Vorteil haben wird, die imstande ist, durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit dort die größten Ausfuhrwerte zu entwickeln. Deutschland verarbeitete im Jahre 1906 für über 400 Millionen Mark aus dem Ausland bezogene Baumwolle und Baumwollabfälle. Es muß unser Ziel sein, einen großen Teil dieses Quantums aus dem Bagdadbahngebiet zu beziehen und als Gegenwert für einen entsprechenden Betrag Fabrikate dorthin zu exportieren. In ein Land, aus dem ich Ware in einem bestimmten Wert hole, kann ich, vorausgesetzt daß es mir gelingt, konkurrierenden Elementen gegenüber die Oberhand zu behalten, auch für denselben Wert von meinen Waren verkaufen, und als

Käufer muß ich es bis zu einem gewissen Grade immer in der Hand haben, die Zahlungsbedingungen für den Austausch meiner eigenen Produkte gegen die des Verkäufers so zu stellen, daß jener es für vorteilhafter findet, den ihm zur Verfügung stehenden Betrag seiner Verkäufe bei mir anzulegen, als bei Dritten. Natürlich gelten dergl. Betrachtungen in aller Strenge nur theoretisch; in der Praxis stellen sich immer allerlei Abbiegungen und Varianten heraus, aber das Ziel, auf das wir hinsteuern müssen, ist deutlich. Ebenso haben wir es auch nicht in der Hand, aus der Wiedererweckung des mesopotamischen Baumwollbaues ein Monopol für uns zu machen; englisches, französisches, belgisches, vielleicht auch amerikanisches, schweizerisches und selbst italienisches Kapital können sich so gut wie wir auf die Sache werfen. Worauf es ankommt, ist nur das: wer sich der großen Vorteile, die ein solches Unternehmen für den nationalen Wohlstand haben muß, zu erst in aller Deutlichkeit bewußt wird, und bei wem die private zielbewußte und großzügige wirtschaftliche Initiative am weitesten vorausschauend entwickelt ist, am raschesten zufaßt. Lehrgeld wird bei einem Unternehmen wie dieses ebenso gut gezahlt werden müssen, wie anderswo; wer es aber zuerst bezahlt, hat damit vor seinen Mitbewerbern viel, manchmal auch alles voraus. Die Verhältnisse im Orient, namentlich in der Türkei, sind nicht so geartet, daß man, die prinzipielle Richtigkeit eines Gedankens vorausgesetzt, nur zugreifen und Kapital aufzuwenden braucht, um seine Früchte pflücken zu können. Sowohl in der politischen Lage als auch in dem Charakter der Bevölkerung liegen große und nur durch viel Umsicht und längere Erfahrung überwindbare Schwierigkeiten. Wir haben jetzt im Augenblick in der Türkei vor allen übrigen Nationen den Vorsprung voraus, daß man uns sowohl amtlicherseits als auch bei der eingeborenen Bevölkerung selbst mit einem relativ geringeren Maß von Mißtrauen, ja hier und da selbst mit einer gewissen aufrichtigen wenn auch immer stark reservierten Freundschaft, betrachtet. Wie lange dies Verhältnis zwischen uns und den Türken andauern wird, ist nicht gewiß. Um so entschiedener müssen wir es benutzen, so lange es noch Zeit ist; zumal wir uns in unseren Beziehungen zur Türkei von jeder anderen Nation ausnahmslos dadurch unterscheiden, daß wir allein wirklich

und in aller Aufrichtigkeit von ihr keine politischen Zugeständnisse begehren: keinen Fezzen Land, keinen Hafen, keine Pfänder, keine Flottenstation oder dergleichen. Vielleicht haben wir auch in etwas höherem Grade als andere Völker die Fähigkeit, fremde nationale Eigenart zu erfassen und zu berücksichtigen, wiewohl man nicht leugnen kann, daß in letzter Zeit auch die Franzosen und Engländer, die sonst in diesem Punkte als mangelhaft begabt gelten, verschiedene bemerkenswerte Erfolge erzielt haben. Auf jeden Fall aber verfügen die anderen über größere praktische Erfahrung in überseeischen wirtschaftlichen Unternehmungen, als wir.

Nächst der Baumwolle kommt in Mesopotamien der Wollhandel in Betracht und zwar schon jetzt mit keineswegs unerheblichen Beträgen. Die mesopotamische Wolle, deren Hauptstapelplatz gegenwärtig Urfa ist, und die in ziemlich großen Quantitäten über Aleppo und Alexandretta nach Marseille exportiert wird, ist von ausgezeichnete Qualität. Deutsche Firmen sollten sich dieses Geschäfts je eher desto besser annehmen, gleichfalls in der Art, daß Export- und Importgeschäfte sich in gegenseitigem Einverständnis bei dem mesopotamischen Handel so in die Hände arbeiten, daß dem Bezug dortiger Wolle durch Deutschland ein Absatz deutscher Produkte nach Mesopotamien mindestens im gleichen Werte entspricht. Natürlich ist die Entwicklung der Bagdadbahnländer bis zu der Stufe, daß sie uns einen teilweisen Ersatz für die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit einer wirklichen weißen Auswanderungskolonie bieten, keine Sache, die im Handumdrehen geschehen kann. Vor allen Dingen kann sie keine wahrhaft großen Dimensionen annehmen, bevor sich nicht die dortige Bevölkerung um einen beträchtlichen Prozentsatz vermehrt hat. Wenn sie auch jetzt schon ausreicht, um mit den vorhandenen Arbeitskräften gut und gern eine Verdoppelung des bebauten Areal und namentlich auch schon ganz erhebliche Anfänge der Baumwollkultur zu ermöglichen, so ist sie doch für die Lieferung solcher Massen Faser, wie sie Deutschland faktisch braucht, zu gering, und von Getreideanbau in dem Maße, daß Export von Weizen und Gerste im großen stattfinden könnten, ist jetzt vollends nicht die Rede. Die Eisenbahn aber wird hierin Wandel schaffen — vor allen Dingen dadurch, daß, wo sie hinkommt, die jetzt fehlende Sicher-

heit für Leben und Eigentum gleichsam von selber wiederkehrt. Wo die Lokomotive pfeift, muß der räuberische Beduine und Kurde weichen oder seine Lanze und sein Gewehr mit Pflug und Hütstock vertauschen. Mit der Sicherheit tritt dann im Gefolge der Bahn auch die Möglichkeit geregelter Verpflegung in Zeiten örtlichen Mißwachs ein, und mit diesen beiden Fortschritten auch die Garantie rascher Volksvermehrung.

Will man sich die Größe der kulturfähigen Teile Mesopotamiens und Babyloniens an einem bekannten Beispiel verdeutlichen, so stelle man sich vor, daß die Zone des ausreichenden Regenfalles, vom Mittelmeer bis in die Gegend des unteren Sab, annähernd den Umfang und die Gestalt desjenigen Teiles von Norddeutschland hat, der sich an der Ostsee entlang zwischen dem Meere und der großen Depression hinzieht, durch die Havel, Warthe, Neße und Narew fließen, während das südliche Alluvium samt den angrenzenden Uebergangsgebieten etwas größer ist, als der kontinentale Teil von Italien oder annähernd so groß wie die eigentliche Halbinsel, ohne die Inseln. Um zu verdeutlichen, welcher Entwicklung diese Landstriche, die in ihrer vollen Länge von Meer zu Meer der Strang der Bagdadbahn durchziehen soll, fähig sind, muß man sich wenigstens kurz ihre materielle Bedeutung während der Zeit ihrer Blüte im Altertum und in der ersten Hälfte des Mittelalters vergegenwärtigen. Am besten geschieht das durch einen Vergleich mit Aegypten. Das Nil- und das Euphratland haben sowohl zur Zeit der persischen Achämenidenkönige als auch während der Blüteperiode des Kalifats unter ein und derselben Herrschaft gestanden und ihre Steuern in denselben Staatschatz gezahlt. Sowohl unter Darius I. als auch unter Harun al Raschid übertraf aber die Leistung des babylonischen Alluviums, ganz abgesehen von den nördlicheren mesopotamischen Gebieten, den Steuerertrag Aegyptens um ein volles Drittel; Mesopotamien und Babylonien zusammen leisteten mehr als das Doppelte der ägyptischen Steuern. Und dabei hat Aegypten zu allen Zeiten als ein sprichwörtlich reiches und bevölkertes Land gegolten! Um jene alte Blüte der Euphratländer, mit einer Bevölkerung, die den heutigen Bestand sicher um das Vier- bis Fünffache übertraf, und mit einer Pro-

duktionsfähigkeit an Weizen, Gerste, Reis, Datteln, Sesam, Wolle und Baumwolle, die selbst außerordentlich hohen Importwerten das Gegengewicht halten könnte, wieder ins Leben zu rufen, bedürfte es im Süden allerdings der vorherigen Wiederherstellung des antiken Bewässerungssystems; in der nördlichen Regenzone dagegen können die weiten unbenutzten Landflächen buchstäblich so wie sie jetzt da-
liegen, aufgepflügt und bebaut werden, ohne daß es dazu anderer Dinge bedürfte, als der Hände, um Pflug und Hacke zu führen, und des Schienenweges, um die Erzeugnisse des Landes an die See zu bringen. Natürlich würde es viele Millionen kosten, die alten Kanäle wieder in Stand zu setzen, aber wenn bei irgend einer Anlage, so ist bei dieser die Rentabilität des Unternehmens aussichtsvoll. Als auf ein schwerwiegendes Zeugnis hierfür sei nochmals auf die oben erwähnten Ausführungen von Willcox in seinem zu Kairo gehaltenen Vortrage hingewiesen! Man erinnere sich, daß Willcox wohl als die kompetenteste Persönlichkeit zu einem solchen Votum erscheint, denn er ist nicht nur Bewässerungstechniker von Beruf, sondern hat jahrelang an der Spitze des gesamten ägyptischen Irrigationsystems gestanden und an dieser Stelle mehr Kenntnisse und Erfahrungen zu dem fraglichen Thema gesammelt, als sonst irgend einem zurzeit lebenden Fachmanne möglich gewesen wäre. Zu den oben genannten von jeher erzeugten Produkten der Euphrat- und Tigrisländer tritt dann als modernes Ausbeutungs-
objekt noch die Naphtha, die augenscheinlich in einer breiten, von Südwestpersien her quer durch ganz Mesopotamien verlaufenden ölhaltigen Zone in großer Menge vorhanden ist. Für den zukünftigen Betrieb auf der Bagdadbahn wird diese Naphtha als Heizmaterial voraussichtlich eine ähnliche Bedeutung gewinnen, wie die von Baku für das südrussische Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-
netz. Welche Folgen sich, abgesehen hiervon, in allgemeiner Beziehung an die Aufschließung einer dritten großen Erdölregion neben Pennsylvanien und Transkaukasien schließen würden, braucht hier nicht besonders erörtert zu werden. So muß es also unser Ziel sein, das alte Kulturland am Euphrat und Tigris durch die Schaffung moderner Verkehrsmittel und durch Erneuerung des antiken Bewässerungssystems wieder auf den Weg zu seiner einstigen Wohlhabenheit

und Menschenfülle zu bringen. Dieses Ziel müssen wir Deutsche, wohlverstanden — im Unterschiede von dem anglo-indischen Imperialismus, der die territoriale Kontrolle über das Bagdadgebiet anstrebt — abseits von allen politisch-territorialen Nebengedanken in jenen Ländern verfolgen, und wenn es uns gelingt, uns ihm zu nähern, dann dürfen wir hoffen, hier zwischen dem Persischen Golf und dem anatolischen Plateau einen Ersatz dafür zu finden, daß es uns, so lange die Grundzüge der gegenwärtigen politischen Gesamtkonstellation in Geltung bleiben, versagt ist, eigene überseeische Auswanderungsgebiete zu erwerben und den Acker unseres nationalen Wirtschaftslebens durch den Wertaustausch zwischen ihnen und uns zu befruchten. Indem wir aber davon überzeugt sind, dürfen wir nicht vergessen, daß auch für solche wirtschaftlichen Erfolge der Grundsatz gilt: neben allem Eisenbahnbau, aller verkehrspolitischen „Anschließung“, aller politischen Interessengemeinschaft werden sie auf keine Weise sicherer vorbereitet, als durch rechtzeitige moralische Eroberungen. Ohne oder gar gegen die eingeborene Bevölkerung können wir im Bagdadbahngebiet gar nichts zuwege bringen; mit ihr, d. h. vor allen Dingen im Besitz ihres Vertrauens und Kenntnis ihrer Eigenart, ihrer inneren und äußeren Verhältnisse, sehr viel. Diejenige Nation, die im türkischen Orient die größten und praktischsten sittlichen Leistungen zuwege bringt, wird auch den größten wirtschaftlichen Erfolg einheimen. Um Vorbereitungen aller Art zu treffen, dazu bedarf es überhaupt noch keiner Bahn; dazu bedarf es nur einiges guten Willens und einiger Einsicht an den maßgebenden Stellen. Ich habe in Anknüpfung an ein Gespräch, das ich seinerzeit in Konstantinopel mit einer hervorragenden und kenntnisreichen deutschen Persönlichkeit über diese Dinge führte, einem Manne, der das Wesen unserer Aufgabe und unserer Zukunft in der Türkei so gut erfaßt hat wie nur irgend jemand, bereits auf dem ersten deutschen Kolonialkongreß 1902 den Gedanken ausgeführt, daß man uns einstweilen schon aus dem Grunde schwer ein weniger erfreuliches Geschenk machen könne, als die fertige Bagdadbahn, weil die konkurrierenden Nationen auch in dieser Beziehung uns überlegen sind. Wenn die Bagdadbahn gebaut ist, ja während sie

noch gebaut wird, werden von französischer Seite Schulen über Schulen an allen irgend erheblichen Plätzen im Wirkungsbereich der Linie ins Leben gerufen werden, und es wird im Innern bald genug so sein, wie es heute in Konstantinopel und an den großen Küstenplätzen ist: wer auch immer französisch lernen, in einem französischen Hospital verpflegt werden will, der kann das umsonst haben, ja man trägt es ihm womöglich noch mit allem Eifer von selber an! Es gibt noch ein Volk, das die Vorteile einer solchen Praxis begriffen hat: die Italiener. Italienische Schulen existieren in der Levante gleichfalls nicht wenige, und sie vermehren sich jetzt von Jahr zu Jahr. Wer Augen hat zu sehen, der merkt auch, daß die Folgen nicht ausbleiben, und daß die rasche Steigerung, die der italienische Import in der Türkei in den letzten Jahren erlebt hat, nicht außer Zusammenhang hiermit steht. Wie richtig auch von französischer Seite diese Dinge gewertet werden, geht z. B. daraus hervor, daß die Franzosen der türkischen Regierung einmal das Anerbieten gemacht haben, das große aber ziemlich verwahrloste Hospital von Damaskus auf ihre Kosten mit Ärzten und allem sonst Notwendigen zu versehen, wenn sie die Leitung des Instituts erhielten. Die Leute wissen eben sehr gut, daß sich ein solcher Aufwand in kurzer Zeit mit Sicherheit in eine weitere Verstärkung der ökonomischen Beziehungen jener Gebiete nach Frankreich hin umsetzt. Diese beiden Dinge, die Schule, d. h. die Zugänglichmachung der deutschen Sprache samt einer gewissen Bekanntschaft mit der deutschen Kultur, und ganz besonders auch die ärztliche Versorgung sind es, von denen die stärksten befruchtenden Wirkungen auch für die Kräftigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem gebenden und dem empfangenden Teil ausgehen. Darauf kommt es also an, daß man bei uns an den beteiligten Stellen begreift: Jeder Groschen, der für solche Dinge von heute ab in der Türkei angewandt wird, setzt sich in so und so viel Importwert um, sobald hinreichend Zeit darüber verflossen ist. Das ist es, was auch wir im Bagdadbahngebiet in Angriff nehmen müssen! Nichts wäre nützlicher, produktiver zugleich und idealer gedacht, als wenn sich bei uns Leute fänden, die es einer Anzahl deutscher Ärzte ermöglichen, sich im Bahngebiet niederzulassen und als Pioniere des Deutschtums diejenige „moralische Eroberung“ vorzubereiten

und zu beginnen, die wir leisten müssen, wenn wir unseren Mitbewerbern wirtschaftlich vorankommen wollen!

Ich habe die Bedeutung einer solchen deutschen ärztlichen Station im Orient während eines wiederholten mehrwöchentlichen Aufenthalts in Urfa im oberen Mesopotamien durch den eigenen Augenschein kennen gelernt. Ursprünglich aus dem sogenannten Armenierhilfswerk hervorgegangen und durch die von Dr. Johann Lepsius begründete deutsche Orientmission unterhalten, hat die deutsche Poliklinik mit dem angeschlossenen kleinen Hospital bald eine viel umfassendere Bedeutung gewonnen, als ursprünglich erwartet wurde. Während das Urfaer Waisenhaus für die Armenierkinder und die ganze speziell für die Linderung der armenischen Noth bestimmte Arbeit begreiflicherweise stark mit dem Mißtrauen der Türken zu tun haben, ist diese Stimmung der ärztlichen Station gegenüber von Anfang an kaum hervorgetreten und soweit sie vielleicht im Verborgenen vorhanden war, jedenfalls sehr bald gänzlich geschwunden. Im Gegenteil, man kann sagen, daß die ärztliche Station es ist, die durch ihren nun schon bald ein Jahrzehnt dauernden und weit über die Stadt Urfa hinaus auf das flache Land, bis zu den kurdischen und arabischen Nomaden der Steppe reichenden moralischen Einfluß zur Sicherung der ganzen übrigen deutschen Arbeit in Urfa beiträgt: Waisenhaus, Handwerkschule, Weberei, Teppichmanufaktur etc. Viel hat allerdings auch die glückliche Auswahl der Persönlichkeiten dazu gedient, daß um der ärztlichen Hilfeleistung willen, die jedermann ohne Unterschied der Nationalität und Religion zuteil wird, gerade bei den Muhammedanern eine so große Achtung, ja wirkliche Zuneigung den Deutschen in Urfa entgegengebracht wird. Im Orient gilt viel mehr als unter unsern entwickelteren Verhältnissen die Regel, daß der einzelne Mensch ohne weiteres als Vertreter seiner Nation angesehen wird, und daß sich Zuneigung oder Abneigung, die der Einzelne erwirbt, zunächst auch auf seine Nation an sich übertragen. Man kann ohne Gefahr der Selbsttäuschung sagen, daß in den breiten Schichten der muhammedanischen Bevölkerung in der asiatischen Türkei der Deutsche gegenwärtig eine relativ geachtete Stellung und größeres Vertrauen besitzt, als Engländer, Franzosen, Italiener, Russen etc. Das gilt nicht ohne weiteres für

die großen Zentren der Geschäftspolitik und des Fremdenverkehrs, wo die politische Intrigue, der „Basschisch“ großen Stils, und das Geld der reichen Touristen bestimmender sind, als die sonst im Durchschnitt bestehenden nationalen Sympathien und Antipathien; aber für die großen internationalen Verkehrsplätze der Levante ist sowieso von einem Vorhaben wie dem der ärztlichen Stationen garnichts in dem hier verfolgten Sinne zu erwarten. Weiter im Innern dagegen, im Gebiet der anatolischen Bahn, in Syrien und Mesopotamien, würde die Gründung einiger Stationen von ähnlicher Art wie in Urfa, aber natürlich außer Zusammenhang mit irgend welchen Missionsbestrebungen und unter sorgfältiger Vermeidung jeder nationalen oder konfessionellen Sondertendenzen, von den günstigsten Folgen im allgemein deutschen Interesse begleitet sein.

Ein sehr bedeutendes, aber bei uns viel zu wenig gekanntes Beispiel für die überraschende materielle, kommerzielle Wirksamkeit rein philanthropischer Unternehmungen im Orient bietet die Tätigkeit der amerikanischen Missionare in der asiatischen Türkei dar. Sie wird in zwei verschiedenen Zweigen von Konstantinopel und von Beirut aus geleitet und wirkt, da die religiöse Propaganda unter den Muhammedanern gesetzlich ausgeschlossen ist, in Anatolien und Armenien, wo sich ihre Anstalten bis nach Wan hin finden, fast nur unter den Armeniern; in Syrien aber unter den dortigen einheimischen Christen arabischer Zunge. Die Amerikaner haben auch im türkisch-armenischen Sprachgebiet Ärzte und verdanken diesen dort einen gewissen auf die muslimische Bevölkerung übergreifenden Einfluß; viel großartiger aber ist die amerikanische „Hochschule“ (Syrian Protestant College) in Beirut, die eine theologische und eine medizinische Fakultät umfaßt und zu der außerdem ein Lehrerseminar gehört. Die Unterrichtssprachen sind englisch und arabisch; als Studierende und Schüler werden Einheimische ohne Unterschied der Nationalität und des Bekenntnisses aufgenommen und seit einiger Zeit fangen tatsächlich auch die Muhammedaner an, wenn auch erst in beschränkter Zahl, den Unterricht auf der Hochschule in den weltlichen Fächern zu benutzen. Der medizinische Ausbildungskursus, aus dem im Laufe der Jahre eine sehr große Anzahl

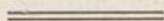
einheimischer Aerzte hervorgegangen ist, umfaßt vier Jahre, und wenn damit auch nicht eine ärztliche Fachbildung gleich der in Deutschland geleistet werden kann, so steht das Können dieser syrisch=amerikanischen Aerzte doch hoch über dem der levantischen Quacksalber nach alteinheimischer Art. Der Einfluß, der von der amerikanischen Medizinschule in Beirut über ganz Syrien und die arabisch redenden Nachbargebiete, ausgeht, ist ein sehr bedeutender und es ist förmlich verblüffend zu beobachten, welche rein wirtschaftlichen Wirkungen im Handelsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und dem Einzugsgebiet des Beiruter Hafens von dort her stattfinden. Zunächst kam es im Anschluß an die Ausbildung im College dazu, daß die jungen Leute öfters nach Amerika gingen, um sich zu vervollkommen. Wenn sie von dort zurückkehrten, so ist für sie nicht nur die geistige, sondern auch die technisch=wirtschaftliche Kultur der Amerikaner die Kultur schlechthin. Unter dem Einfluß der großen amerikanischen Institute hat sich aber auch eine Auswanderung gewöhnlicher Gewerbetreibender und sogar von Arbeitern aus Beirut und dem Libanongebiet nach den Vereinigten Staaten entwickelt. Alle diese Leute kommen nach einigen Jahren mit etwas gespartem Vermögen zurück und sind gleich den ärztlichen Zöglingen der Amerikaner, die sich über ganz Syrien hin an allen etwas größeren Plätzen niederlassen, sichere Agenten für den amerikanischen Handel. Ich habe amerikanische Maschinen zur Getreidereinigung, Pflüge und sonstige landwirtschaftliche Geräte, die auf diesem Wege dorthin gelangt sind, weit im Osten von Anatolien gesehen. Weiter gegen die Küste zu und namentlich in Syrien findet man amerikanische Maschinen, Stoffe, Eisenwaren aller Art, amerikanische Werkzeuge, amerikanisches Papier, Kerzen, Möbel und selbst Konserven, in ganz überraschender und fortdauernd wachsender Menge. Der Gesamtwert der amerikanischen Einfuhr nach der Türkei, von der ein großer Teil erst durch diese besondere Art von Beziehungen entstanden ist, beträgt gegenwärtig ca. 30 Millionen Piafter jährlich.

Die eigentliche Wurzel, mit der sich der wirtschaftliche Einfluß der Amerikaner in der Türkei hat in den Boden senken können, ist, wie jedermann bezeugen kann, der die Verhältnisse selbst kennen

gelernt hat, die Bedeutung der Beirut-er Hochschule und ganz besonders ihrer ärztlichen Abteilung. Wir können natürlich nicht daran denken, von vornherein mit einem Unternehmen von diesem Umfange, das so große Mittel beansprucht, aufzutreten, aber es bedarf dessen auch garnicht, um die ersten Erfolge zu sehen. Von jeder einzelnen ärztlichen Station, die von uns aus gegründet wird, wird als eine Folge des moralischen Einflusses, der damit verbunden ist, alsbald ein entsprechender wirtschaftlicher Einfluß auszugehen beginnen. Diese Art von Vorbereitung für die Zukunft, wenn die mesopotamischen und die syrischen Bahnen einmal fertig sein werden, ist eine unscheinbare, aber darum keine minder wirksame; vor allen Dingen aber: sie ist eine im wahren Sinne sittliche, loyale und zugleich politisch eminent kluge Art, an der Gründung unsrer zukünftigen allgemeinen Position im türkischen Orient mitzuarbeiten. Vielleicht wird die ganze Bagdadbahn mit deutschem oder ohne deutsches Kapital für die wirkliche Zukunft Deutschlands im Orient keine sehr aufregende Größe werden und bleiben, wenn sich nicht, und zwar mit möglichst wenig öffentlicher, aber desto mehr privater Initiative, Leute bei uns finden, die Mut, Kraft, Geld, Zeit, Intelligenz und Arbeit daran wenden, jetzt schon in den Ländern, die von der projektierten Bahnlinie durchzogen werden, die Entstehung eines deutschen oder doch vorzugsweise deutschen Wirtschaftsgebietes zu geeigneter Weise vorzubereiten. Mit Zeichnungen auf Bahnaktien, mit diplomatischen Erfolgen, mit türkischen Iradés, und mögen sie für uns wachsen wie die Blätter im Walde, mit Zeitungsartikeln u. dgl. ist hier noch lange nicht alles Nötige getan.

Das Schicksal des osmanischen Reichs steht jetzt wiederum stärker im Vordergrund der großen Politik, als es seit langer Zeit der Fall gewesen ist, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die treibende Kraft in dem wiederbegonnenen Spiel um den türkischen Orient König Eduard VII. ist. Nachdem England aus der türkischen Masse Aegypten im voraus an sich gebracht hat, bereitet es jetzt die Aneignung des zweiten alten Kleinods von Vorderasien, des babylonischen Niederlandes, vor, und es ist ihm geglückt, für seine Ziele eine Gruppierung der Mächte zu schaffen, wie sie in den Orient-

dingen bisher noch nie existiert hat. In diesem Zusammenhang müssen wir nicht nur die Eisenbahnfragen im türkischen Asien betrachten, sondern unser gesamtes Verhältnis zu den politischen und wirtschaftlichen Problemen, die uns unsere geographische Lage, unsere historischen Beziehungen und die Rücksicht auf unsere weltpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklung gegen den europäischen Südosten und Vorderasien hin nahelegen.



Siebentes Kapitel.

Amerika und der ferne Osten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten im Jahre 1790 ca. 4 Millionen Einwohner. 1830 waren es ca. 13; 1860 über 31, 1880 etwa 50 Millionen. Von 1880 bis heute hat sich die Bevölkerung fast verdoppelt, denn sie ist gegenwärtig auf ca. 95 Millionen zu schätzen. Hiervon entfallen allerdings rund 9 Millionen auf die im Kriege mit Spanien eroberten abhängigen Gebiete in Westindien, Ostasien und dem Stillen Ozean: Puerto Rico, die Philippinen usw. Die eigentliche Union zählte nach dem Zensus von 1900: 76,3 Mill., 1905 waren es 83,1 und zurzeit werden es gegen 86 Millionen sein, davon beinahe 9 Mill. Neger und Negermischlinge und je $\frac{1}{4}$ Mill. Indianer und Ostasiaten, Chinesen und Japaner. Ebenso gewaltig, wie diese Volksvermehrung ist der natürliche Reichtum der Vereinigten Staaten an allem übrigen Material für die Geltendmachung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Ansprüche. Amerika ist in der glücklichen Lage, die Rohstoffe beinahe zu jeder nur denkbaren Güterproduktion in so überreichem Maße innerhalb seiner eigenen Grenzen zu besitzen, wie das keiner anderen Nation zuteil geworden ist. Getreide, Vieh, Eisen, Kohle, Holz, Petroleum, Baumwolle, Gold, Silber, Kupfer, an allem hat es Ueberfluß. Das Grundproblem, um das es sich dabei handelt, ist also für die übrigen Völker dieses, ob die Vereinigten Staaten, wie es eine Zeit lang und vielleicht auch noch jetzt den Anschein hat, sowohl mit ihren Rohprodukten als mit den daraus hergestellten industriellen Fertigfabrikaten, namentlich aber mit diesen letzteren, dauernd als eine große Exportmacht auftreten werden, oder ob die eigene Aufnahmefähigkeit des nordamerikanischen Volkes für die Produkte seiner

Industrie, d. h. sein Reichthum, so groß werden wird, daß alle oder doch bei weitem die Hauptmasse seiner Erzeugnisse von ihm selbst wird konsumiert werden können. Es ist keine Frage, daß bei der absoluten und immer noch zunehmenden Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten ihre Bevölkerungsmenge sehr bald hinreichen wird (vielleicht ist es schon jetzt der Fall), um, vielleicht mit Ausnahme von Petroleum und Baumwolle, die Produktion des eigenen Grund und Bodens an Rohstoffen nicht nur selber zu verarbeiten, sondern auch selber zu verbrauchen. Die Frage ist nur, ob die Nation die Mittel hierfür besitzen wird. Ist das nicht der Fall, so muß sie den Ueberschuß ihrer Produktion exportieren, wenn aber wohl, dann werden in Zukunft weder an Getreide noch an Fleisch, noch vollends an Eisen, Kohle, Maschinen, Stahlwaren und dergleichen große Mengen weiter ins Ausland gehen. Je nachdem aber, ob der Anteil am chinesischen, japanischen, afrikanischen, türkischen Markt usw. eine Lebensfrage für die wirtschaftliche Existenz der Nordamerikaner ist oder nicht, wird die Politik von Washington wie diejenige von Berlin und London in allen Fragen des Anschlusses und der Gegnerschaft, die zwischen diesen Mächten spielen, von sehr verschiedenen Erwägungen geleitet werden.

Wir haben bereits in dem Kapitel über England gesehen, wie scharf die wirklichen englischen Politiker die Tatsache erkannt haben, daß die „amerikanische Gefahr“ für keine Nation zu einer Gefahr so sehr im wörtlichen Sinne werden kann, wie für die englische. Wir bemerkten auch schon, in wie konsequenter und geschickter Weise die politische Publizistik in England bestrebt ist, alles, was von der amerikanischen Seite kommt, zum Guten zu nehmen und die Aufmerksamkeit von dem amerikanischen Problem nach der Seite der vermeintlichen „deutschen Gefahr“ hin abzulenken. Dazu kommt die Versorgung der amerikanischen Presse mit Nachrichten über das Ausland, die größtenteils vorher ein englisches Filter passiert haben. Der Nachrichtendienst selbst der größten amerikanischen Zeitungen aus Europa ist höchst mangelhaft. Erst seit kurzem hat das größte Zeitungs-Depeschenbureau, die „Associated Press“, selbständige Korrespondenten in einigen europäischen Haupt-

städten außer London. Bis dahin (und zum großen Teil ist das auch noch jetzt der Fall) waren so ziemlich alle Nachrichten über europäische und speziell über deutsche Verhältnisse, die dem amerikanischen Durchschnittspublikum zu Gesicht kamen, erst durch englische Korrespondenten und Agenturen in englischer Färbung nach London gelangt und dort von der „Associated Press“ aufgenommen. Außerdem haben die „London Times“ in der „New York Times“ und anderen Zeitungen, wie dem „Philadelphia Public Ledger“ eine Art Ableger, die alle Depeschen der „Times“-Korrespondenten abdrucken, soweit dadurch die englandfreundliche Stimmung in den Vereinigten Staaten gefördert werden kann. Dazu kommen tägliche Korrespondenzen aus London, die über England und Deutschland, manchmal auch solche aus Paris, die über Frankreich, Italien und Spanien berichten. Hiermit sind die Quellen der amerikanischen Information über europäische Zustände und Politik fast ausschließlich erschöpft. Sie werden dann in kurzen Leitartikeln, von denen jede Zeitungsnummer drei bis fünf enthält, der Tendenz der Zeitung entsprechend, verarbeitet.

Was bei dieser Methode der Berichterstattung herauskommt, kann man sich denken. Viele gebildete Amerikaner glauben, daß Deutschland eine einheitliche, scharf zentralisierte Monarchie wie Rußland sei. Wir müssen also in unserer Politik gegenüber den Vereinigten Staaten damit rechnen, daß die öffentliche Meinung über uns, über unsere inneren Verhältnisse, über die Absichten und Ziele, die wir nach außen verfolgen, nicht nur mangelhaft, sondern direkt irreführend orientiert ist — irreführend durch die englischen Verdächtigungen. Während der Venezuela-Episode im Jahre 1902 wurde z. B. aus dieser englischen Quelle folgendes Bild unserer Lage verbreitet: In dem unter seiner absoluten Monarchie seufzenden Deutschland herrsche solche Armut, daß die zur Verzweiflung getriebenen „paupers“ sich zur sozialen Revolution rüsteten; um seinen Thron zu retten, wolle der Kaiser die öffentliche Unzufriedenheit durch einen Krieg ablenken, eine Auslandskolonie für das Proletariat erwerben und zu dem Zweck das nötige Gebiet in Südamerika erobern. Die Republik der Vereinigten Staaten habe er als Vertreter der unumschränkten Monarchie. Wer das nicht glaube, brauchte

nur deutsche Blätter zu lesen, z. B. die hochoffizielle „Vossische Zeitung“. Deutsche Zeitungen dürfen ohnehin bekanntlich nichts drucken, als was ihnen vom Zensor diktiert wird. Wer den Zensor kritisiert, wird wegen Majestätsbeleidigung eingesperrt!

Es ist natürlich keine schwere Aufgabe, sich über die englische „Perfidie“ und die amerikanische Leichtgläubigkeit, die aus solchem Geschwätz spricht, zu entrüsten. Mit Entrüstung aber ist hier gar nichts getan, sondern einzig mit dem Verständnis dafür, daß hier für unser Verhältnis zu Amerika die Wurzel außerordentlich ernster Gefahren liegt. Wenn wir wissen, wie zum mindesten bei einem großen Teile des amerikanischen Volkes die Vorstellungen über Deutschland zustande kommen, und wie sie geartet sind, so ist es leichtsinnig und töricht zugleich, wenn von unserer Seite selbst jenen Bestrebungen, die Amerikaner gegen uns zu verheizen, noch Material geliefert wird. Nichts anderes aber ist es, was in vielen, namentlich „alldeutschen“ und verwandten Zeitungen bei uns durch die Tonart mancher Artikel über Amerika geleistet wird. Zurückhaltung ist hier absolute Notwendigkeit. Von der anderen Seite wird mit Eifer auf jede „alldeutsche“ Äußerung in deutschen Blättern gefahndet und diese dann, kombiniert mit einem Gewebe direkter Lügen, dem amerikanischen Publikum aufgetischt. Demgegenüber ist es für uns das einzig Verständige, auf angebliche und wirkliche amerikanische Anmaßungen und Flegereien in der Presse überhaupt nicht zu reagieren (wie das auch die uns so oft und mit Recht als Muster nationaler Korrektheit hingestellten Engländer in geradezu extremer Weise vermeiden) und statt dessen wirkliche Kenntnisse über Amerika und amerikanische Dinge in unserem Publikum zu verbreiten. Es gibt so unendlich viel drüben, was zu wissen für uns ungleich wertvoller und dringender ist, als die Entrüstung über Zeitungs-
geschwätz und Biertrichreden, sei es auch von amerikanischen Admiralen, daß wir von Rechts wegen gar nicht genug von dem Amerika, das uns wirklich angeht, zu hören bekommen können.

Was dem amerikanischen Angriff auf dem Weltmarkt außerhalb und innerhalb Europas seine außerordentliche Kraft verleiht, ist neben der Fülle der im Lande selbst vorhandenen Rohstoffe die erstaunliche Konzentration in der Herstellung der industriellen

Fabrikate. Diese äußert sich zunächst in der Erfindung und Anwendung von Kraft und Arbeit sparenden Maschinen. Die Ausnutzung des Instruments bezieht sich aber nicht nur auf die bekannten und berühmten amerikanischen Werkzeugmaschinen, sondern beispielsweise auch auf das Verkehrswesen. Der Gütertransport ist in Amerika durch die Riesenlokomotiven und die den europäischen Typus um das dreifache Fassungsvermögen übertreffenden Güterwagen deutschen Verhältnissen gegenüber um das Doppelte, französischen um das Dreifache verbilligt. Bei einem deutschen Güterzug beträgt z. B. das tote Gewicht des Transportmaterials, das die Lokomotive schleppen muß, bis zum Underthalbfachen des Ladungsgewichts, bei einem amerikanischen nur ein Drittel.

Zu solchen rein technischen Momenten der Ueberlegenheit ist dann in jüngster Zeit das aufs äußerste entwickelte System der industriellen Kapitalisierung und Konzentration in den sogenannten Trusts getreten. Die Zusammenlegung einer großen Anzahl verwandter Werke in eine einzige Organisation mit einer ungeheuren Kapitalmacht, die dadurch ermöglichte, aufs äußerste getriebene Modernisierung und Spezialisierung der Betriebe, die Ausscheidung und Aufsaugung der technisch zurückgebliebenen oder aus anderen Gründen ungünstiger produzierenden Unternehmungen, haben eine große Verbilligung nicht nur der Produktion, sondern auch des Verkaufspreises verschiedener amerikanischer Industrieerzeugnisse zuwege gebracht. Allerdings haben die Trusts, da sie sich nicht auf die Zusammenlegung der großindustriellen Produktion beschränkten, sondern anfangen, die monopolistische Beherrschung gewisser Rohstoffe (Petroleum!), Verkehrsunternehmungen usw. zum Schaden der Allgemeinheit auszubeuten, eine starke und verdiente Reaktion gegen sich hervorgerufen, zu deren Führer sich der Präsident Roosevelt gemacht hat. Ohne auf dieses außerordentlich schwierige Gebiet näher einzugehen, über das im ganzen wie im einzelnen die Urteile in Europa und in Amerika noch gleich wenig geklärt sind, wird man doch sagen können, daß ein gewisser Unterschied zwischen den Verkehrs- und Rohstoff-Monopoltrusts auf der einen und den industriellen Amalgamationen auf der anderen Seite vorhanden ist. Es gibt ja sogar gewichtige Stimmen, die es auch der deutschen

Großindustrie raten, sich auf Trustmanier zu organisieren und, statt durch den Unfug ihrer gegenwärtigen Kartell- und Syndikatspraxis lediglich auf Hochhaltung der Preise im Inlande zu sehen und eine Masse teuer produzierender rückständiger Elemente mitzuschleppen, das amerikanische Prinzip der Verbilligung der Produktionskosten durch Zusammenschluß und rückhaltlose Organisation annehmen. Schon jetzt hat die Erfahrung gelehrt, daß die Industrietrusts der Amerikaner für sie in Zukunft wahrscheinlich eine für den wirtschaftlichen Angriff noch stärkere Waffe bilden werden, als es das Schutzollsystem für die Verteidigung war.

Alle diese Dinge: günstige Rohstoffproduktion, fortgeschrittene maschinelle und Verkehrstechnik, Konzentration des Kapitals, Verringerung der Herstellungskosten, müssen mit dem amerikanischen Charakter potenziert werden. Die zugleich stürmische und zähe Energie, die fast aller amerikanischen Arbeit anhaftet, hat jene Vorteile der amerikanischen Produktion mit geschaffen; sie wirkt aber auch für die unaufhörliche und stets gesteigerte Ausnutzung des Erreichten fort und fort. So wenig wir zu einem Verständnis der englischen Weltmacht, ihrer Entwicklungsgeschichte und ihrer Zukunft, gelangen können, ohne eine gewisse Anschauung vom englischen Volkscharakter zu haben, ebensowenig können wir Amerika beurteilen, ohne uns an das Temperament, die ganze außerordentliche geistige Struktur des Amerikanertums, zu erinnern. Erst wenn wir das tun, sehen wir auch die Ziffern, in denen sich die amerikanischen Erfolge ausdrücken, in der richtigen Beleuchtung.

Nach einem Buche, das der frühere Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt der Vereinigten Staaten, S. A. Vanderlip, vor mehreren Jahren hat erscheinen lassen, und das unter anderem auch eine Statistik des Güterausstausches, der Warenausfuhr, der industriellen Gesamtproduktion usw. in den Vereinigten Staaten enthielt, betrug der durchschnittliche Ueberschuß des Exportbetrages über den Wert des Imports im Anfang dieses Jahrhunderts zugunsten der Union ca. 2500 Millionen Mark jährlich. Während die übrigen Erdteile einen wenn auch nicht sehr bedeutenden Gewinn im Handelsverkehr mit Amerika zu verzeichnen haben, beträgt der Einfuhrüberschuß der Union im Verkehr mit Europa allein sogar

noch mehr: gegen 3 Milliarden Mark. Beinahe die ganze Last dieses von Europa zu tragenden Defizits fällt auf England und Deutschland. England partizipiert an ihm mit 2000 Millionen, Deutschland mit über 600 Millionen Mark. In den Jahren von 1896—1902 hat die Union nach Vanderlips Berechnung einen Ausfuhrüberschuß von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark oder dem dreifachen Betrage der französischen Kriegssentschädigung von 1871 gehabt. Allerdings stehen dem auch noch eine Reihe von Zahlungen Amerikas an Europa gegenüber, die wenigstens zum Teil für die Deckung der passiven europäischen, d. h. in erster Linie deutsch=englischen Handelsbilanz gegenüber den Vereinigten Staaten sorgen. Sehr groß ist z. B. noch der Betrag des englischen Kapitals, das in nordamerikanischen Fabrikations- und Plantagenbetrieben angelegt ist und reichliche Verzinsung nach England liefert. Auf 400 Millionen Mark jährlich schätzt Vanderlip selbst die Ausgaben der amerikanischen Touristen in Europa, denen ein viel geringerer Betrag europäischer Reisekosten in Amerika gegenübersteht; auf mehr als 300 Millionen Mark die Frachten, die europäische Dampfschiffahrtsgesellschaften von amerikanischen Spediteuren einnehmen. Dazu kommt, daß immerhin noch gewisse Beträge nordamerikanischer Schuldverschreibungen in europäischen Händen sind, wiewohl ihre Menge in letzter Zeit sehr abgenommen hat. Alles in allem bleibt unstreitig doch noch ein großer Ueberschuß im Handelsverkehr zugunsten Amerikas übrig. Auf die Dauer ist es, wenn die Verhältnisse so bleiben, gar nicht anders möglich, als daß Amerika anfängt, den Gewinn aus seiner Handels- und Zahlungsbilanz in europäischen zinstragenden Papieren anzulegen, d. h. daß es auf dem europäischen Geldmarkt statt wie bisher als Schuldner als Gläubiger auftritt. Zu der Verdrängung der europäischen Industrie vom Weltmarkte würde sich also noch eine Verschuldung Europas an Amerika hinzugesellen. Die amerikanische Krisis, die Ende 1907 im Anschluß an den Zusammenbruch der überspannten Kupferpreise ausbrach, hat freilich mit ihrem verzweifelten, aber doch größtenteils abgeschlagenen Ansturm auf die europäischen Goldvorräte gezeigt, daß vorläufig noch nicht von einer merklichen Uebermacht Amerikas über Europa die Rede sein kann, aber darum bleibt der Weg, auf dem die Entwicklung dieses Verhältnisses einstweilen noch vorschreitet, doch deutlich.

Hier setzt nun die Frage ein, mit der wir dieses amerikanische Kapitel begannen: ob faktisch ein großer industrieller Produktionsüberschuß dauernd als Export aus Amerika ins Ausland abfließen, oder ob mit der steigenden Wohlhabenheit der Amerikaner auch ihr innerer Konsum dermaßen steigen wird, daß sich die Last des amerikanischen Wettbewerbes auf dem Weltmarkt für die europäischen Völker, d. h. vor allem Deutschland und England, erleichtert? Theoretisch läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß, je wohlhabender und volkreicher die Union wird, desto geringer die Konkurrenzgefahr erscheint, die sie uns auf dem Weltmarkte bereitet. Der Ueberschuß der Handelsbilanz Amerikas betrug im Gesamthandelsverkehr der Vereinigten Staaten zu ihren Gunsten

im Jahre 1900/01	=	2785	Millionen	Mark *
„	1901/02	=	1898	„ „
„	1902/03	=	1596	„ „
„	1903/04	=	1823	„ „
„	1904/05	=	1747	„ „
„	1905/06	=	1851	„ „
„	1906/07	=	1768	„ „

Es ist bemerkenswert, daß der Ueberschuß der Handelsbilanz zugunsten Amerikas nicht nur im Jahre 1901/02 gegen früher zum erstenmal seit längerer Zeit merklich zurückgegangen erscheint, sondern daß er sich von da an bis heute auf derselben Stufe gehalten hat, ja eher im ganzen eine gewisse fallende Tendenz zeigt. Vanderlip meinte noch in seinem bereits erwähnten Werk, daß die Einbeziehung der neuen Kolonialgebiete der Union, Hawäi, Puerto Rico, Philippinen, aus dem äußern in den innern Handelsverkehr einen Teil der Schuld an der Veränderung von 1900/01 zu 1901/02 getragen und daß die damals eben überwundene europäische Wirtschaftskrisis sich auch im amerikanischen Handel etwas wiedergespiegelt habe. Die obenstehende Ziffernreihe scheint aber doch zu beweisen, daß die Veränderung in der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten keine bloß vorübergehende ist, und daß man in ihr

*) Nach dem Gothaischen Diplomatisch-statistischen Jahrbuch für 1908, in runden Zahlen; für 1906—07 ohne Berücksichtigung der Aus- und Einfuhr an Edelmetallen.

vielleicht doch schon ein Symptom des sich mehrenden Reichtums und der im Zusammenhang damit steigenden inneren Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes wird sehen müssen. Was aus Amerika an „Fabrikaten“ ausgeführt wird, sind: Eisen, Stahl und daraus hergestellte Waren, Kupfer und Kupferwaren, endlich Maschinen. In dieser von amerikanischer Seite als „industriell“ bezeichneten Ausfuhr steckt immerhin noch vieles, was im Grunde ebenfugot zur Kategorie der Rohstoffe wie zu den eigentlichen Fabrikaten gerechnet werden kann, namentlich sämtliches Petroleum. „Ich sah,“ schreibt Vanderlip, „wie Amerika Kohle nach Newcastle ausführte, Kattun nach Manchester, Messerwaren nach Sheffield, Kartoffeln nach Irland, Champagner nach Frankreich, Uhren nach der Schweiz und Rheinwein nach Deutschland.“ Das ist nicht übel gesagt und bezeichnet, wenn nicht schon den gegenwärtigen Stand der Dinge, so doch jedenfalls die Absichten und das Selbstvertrauen der Amerikaner in charakteristischer Weise, aber im Grunde handelt es sich bei der amerikanischen Konkurrenz doch so gut wie ausschließlich um die eigentlichen Gegenstände des industriellen Massenkonsums: Textilstoffe und Eisenwaren, vor allen Dingen Maschinen. Namentlich gegenüber den amerikanischen Erfolgen in dieser letzteren Beziehung gilt, unbeschadet der gegenwärtigen großen Gewinne Amerikas, doch auch das Wort, daß eine gekaufte Maschine eine eroberte Kanone ist. Hierzu tritt endlich die Erwägung, daß die Amerikaner, wenn sie dauernd in großem Maßstabe exportieren wollen, sich genötigt sehen werden, auch die protektionistischen Schranken ihres eigenen Schutzollsystems zu erniedrigen und damit dem europäischen Wettbewerb auf ihrem eigenen Boden wieder ein größeres Feld zu öffnen — schon aus dem Grunde, weil sonst auf seiten der europäischen Völker sehr leicht der psychologische Moment eintreten kann, in dem sie es versuchen, dem Gegner die erlittene Schädigung wirtschaftlich mit gleicher Münze heimzuzahlen.

Ein endgültiges Urteil über die amerikanischen Verhältnisse, die wirtschaftlichen wie die politischen, abzugeben, ist, wie wir aus diesen Erwägungen gesehen haben, unmöglich; nur die Gesichtspunkte lassen sich andeuten, nach denen, wenn die gegenwärtig

noch ganz unklaren Verhältnisse sich weiter und deutlicher entwickelt haben werden, dies Urteil sich zu richten hat. Die Unklarheit der Lage ist aber alles andere eher, als eine Aufforderung zur Sorglosigkeit und Hintansetzung peinlichster Vorsicht. Mag die Notwendigkeit, Industrieprodukte zu exportieren und industrielle Absatzmärkte aufzusuchen, für die Amerikaner zunehmen oder abnehmen: unter allen Umständen wird dieser Nation noch auf lange hinaus ihr ungeschlächtes politisch-materielles Kraftgefühl bleiben: das Bewußtsein der Fähigkeit, gegebenenfalls auch einmal der instinktive brutale Wille, auf dem Töpfermarkt der Welt mit Eisensäusten ein großes Scherbenschlagen abzuhalten.

Sehr instruktiv schildert der Deutsch-Amerikaner Harry Fiedler in den Preussischen Jahrbüchern (1903) die eigentümliche Art des amerikanischen Temperaments:

„In den Vereinigten Staaten steht nämlich das politische Barometer eigentlich immer auf veränderlich, und das Wetter schlägt oft in unerwarteter Weise um. Zwar kümmert die Majorität des amerikanischen Volkes sich unter normalen Umständen herzlich wenig um Politik im allgemeinen. Allein es gibt gewisse politische Fragen, oder besser gesagt Schlagworte, deren bloße Erwähnung den Amerikaner mit Blitzesschnelle aus seiner Indifferenz aufrüttelt. Da die ganze Nation nun aber höchst reizbaren Temperaments ist, so entsteht dann schnell eine öffentliche Erregung, in der jede ruhige, vernünftige Stimme überschrieen wird. Eine solche öffentliche Volksbewegung schwillt sehr leicht plötzlich zum Riesensturme an, der jeden etwaigen Widerstand der verantwortlichen Führer oder Beamten über den Haufen fegt. Und ehe man richtig weiß, um was es sich eigentlich handelt, ist eine Situation geschaffen, aus der es keinen Rückzug mehr geben kann. Mit elementarer Macht drängt alles zur Katastrophe, und ein Krieg ist erklärt. Das ist kurz die Geschichte der Kriegserklärung gegen Spanien auf Grund der noch jetzt nicht aufgeklärten Vernichtung des amerikanischen Kriegsschiffes „Maine“.

Ueber diese amerikanische Leidenschaftlichkeit und die aus ihr fließenden Ausbrüche, mögen diese auch noch so weit von der Be-

sonnenheit entfernt sein, die ein altes Kulturvolk wenigstens in seinen oberen gesellschaftlichen Schichten zu besitzen pflegt, ist es zwecklos, sich zu entrüsten und Leitartikel gegen die amerikanische Maßlosigkeit zu schreiben. Viel nötiger ist es, sich vor Augen zu halten, daß dieses amerikanische Temperament durchaus ein politischer Faktor ist, mit dem wir rechnen müssen, und zwar ein politischer Faktor, der um so bedeutsamer und schwieriger zu behandeln scheint, als jene teils mangelhafte, teils bewußt in antideutschem Sinne irreführende Information der öffentlichen Meinung Amerikas aus englischen Quellen den größten Teil der Nation mit gänzlich falschen Vorstellungen über die politischen Absichten Deutschlands gegenüber Amerika erfüllt hat.

Wie es uns schon früher, als wir versuchten, die in England Deutschland gegenüber herrschenden Vorstellungen und Stimmungen zu charakterisieren, aufgefallen ist, daß man dort allem Anschein nach wirklich an die Angriffslust Deutschlands glaubt und uns Deutschen das innere Kraftgefühl und die Ueberlegung, die für einen solchen Angriff unsererseits die Voraussetzung bilden müßten, ohne weiteres zutraut, so kommen ähnliche phantastische Gedanken auch bei den Amerikanern vor. Hier wie dort liegt aber gerade darin die eigentliche Gefahr. Die ganze amerikanische Nervosität, die Leichtigkeit, mit der gegen Deutschland gerichtete, sei es von englischer Seite soufflierte, sei es selbständig erfundene und aufgebauerte antideutsche Sensationsnachrichten ihre Wirkung tun, ja die bloße Kalkulation der Presunternehmer, mit dergleichen Zeug bei dem Lesepublikum in jedem Fall auf ihre Rechnung zu kommen, sind nur möglich unter der Voraussetzung, daß man uns in Amerika derartige Ideen zutraut. Die amerikanische Durchschnittsmeinung stellt sich die Deutschen als eine unruhige, aus Not, nationalem Expansionsbedürfnis und zügelloser Eroberungslust heraus tatenlustige Nation vor, geführt von einem Kaiser, der diese vermeintlich deutsche Natur in sich zur höchsten Potenz gesteigert hat. Nach dieser Richtung hin wirkte ihrerzeit z. B. die auch in Amerika, dank englischer Dienstleistung, eifrig verfolgte Haltung der deutschen Presse in der Burenfrage. So wenig wie die Engländer können sich die Nankees vorstellen, daß die fortgesetzten, frag anti-englischen

Ausbrüche der Volksstimmung bei uns wirklich in der Hauptsache gar nichts anderes gewesen sein sollten, als Aeußerungen einer absolut unklaren, nationalen Sentimentalität.

Wie bei den Engländern, so ist es für uns auch gegenüber den Amerikanern ziemlich gleichgültig, daß ihre Ideen über eine aggressive Politik Deutschlands nicht im geringsten der Wirklichkeit entsprechen. Für das amerikanische Temperament und die amerikanische Politik würde die falsche Ueberzeugung, daß Deutschland amerikanische Interessen angreifen wolle, zunächst gerade so wirken, als wenn jener Idee Tatsächliches zugrunde läge. Es hat einige Jahre gegeben — zwischen dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges und der Friedenskonferenz von Portsmouth unter der Hegide des Präsidenten Roosevelt — in denen, dank einiger durch die englische Publizistik mit Eifer und Erfolg geschürter Mißverständnisse, die Möglichkeit eines deutsch-amerikanischen Konflikts als Folgeerscheinung des überreizten Mißtrauens und Selbstgefühls der Amerikaner in der Luft hing. Wenn man den Ausbruch dieser Gefahr deutscherseits vermeiden wollte, so war schwer einzusehen, welche andere Politik damals zu dem Zweck gemacht werden sollte, als diejenige, die von uns in Washington gemacht wurde, und die von gewissen „nationalen“ Stimmen in der deutschen Presse als „würdelos“ bezeichnet wurde. Dieser vermeintliche Mangel an Würde hat seine sehr guten, für uns, wie für die Amerikaner gleich vorteilhaften Folgen gehabt.

Die Aufgabe, deutsch-amerikanische Politik zu machen, ist in Wirklichkeit gar nicht so schwer. Gegen eine politische und territoriale Ausdehnung der Union im Gebiet des Stillen Ozeans oder des Atlantischen Meeres brauchen wir von Natur weit weniger empfindlich sein, als die Engländer. Zu englisch-amerikanischen Interessenkonflikten liegt an einem Duzend verschiedener Stellen latenter und offener Stoff genug vor. Wir brauchen noch lange nicht das englische System des Hetzens in Amerika gegen Deutschland im anti-englischen Sinne umzudrehen, um bei geschicktem Vorgehen wenigstens einem Teil der Amerikaner die Augen zu öffnen. Die englische Presspolitik hat in Amerika den Vorteil, daß beide Völker dieselbe Sprache sprechen und lesen. Die Wahrheit über deutsch-

amerikanisch=englische Beziehungen kann man aber auf englisch und in Newyork oder Chicago genau so gut schreiben, wie auf deutsch in Berlin, Frankfurt oder Hamburg; man muß nur über die nötigen Zeitungen dafür verfügen. Die Vereinigten Staaten haben jetzt lange unter der Leitung eines außerordentlich begabten, energischen und, was in diesem besonderen Falle beinahe ebensoviel wiegt, wie jenes beides zusammen, eines gut gebildeten Mannes gestanden. Präsident Roosevelt ist klug und unterrichtet genug, um das wirkliche Interessenverhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu übersehen — weil er nicht nur sein Land kennt, sondern auch von uns und unseren nationalen Lebensbedingungen eine zutreffende Vorstellung besitzt. Einem Politiker, wie ihm, kann man deshalb keinen blauen Dunst nach Art der englischen Verdächtigungen gegen Deutschland vormachen. Sein persönliches Verhalten — man denke an die Energie, mit der er seinerzeit gewisse Organe der amerikanischen Presse wegen ihrer Deutschenheze öffentlich zur Ordnung rief — läßt keinen Zweifel darüber, daß es ihm ernst mit dem Bemühen ist, ein gutes, vor allen Dingen auf gegenseitiger Kenntnis voneinander beruhendes Verhältnis zwischen den Nationen zu schaffen. Für unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten war es daher ein Glück, daß Roosevelt im März 1905 für die zweite vierjährige Präsidentschaftsperiode wiedergewählt wurde. Er ist der erste Staatslenker der großen Republik, der über den stimmungsmäßigen Imperialismus oder Anti-Imperialismus der politischen Fraktionen hinaus die Stellung der Vereinigten Staaten innerhalb der großen Politik der Weltmächte ihrer Natur nach erfaßt und selbst bewußte, große Politik mitzumachen versucht hat. Nichts war natürlicher, als daß die Art von Verständnis, die Roosevelt den weltpolitischen Problemen an sich und ihrer Bedeutung für die Union entgegenbrachte, eine innere Annäherung zwischen der deutschen und der amerikanischen Politik hervorrief, deren Bestehenbleiben und weitere Vertiefung zum beiderseitigen Vorteil auf das höchste zu wünschen ist. Es wird gut sein, dabei zu erwähnen, daß für uns dabei unser Interesse an denjenigen deutschen Landsleuten, die nach den Vereinigten Staaten ausgewandert und Bürger der Republik geworden sind,

ein Gegenstand besonderer Vorsicht bilden muß. Trauriger aber unabänderlichen Weise dürfen wir mit dem Deutschtum in den Vereinigten Staaten weder politisch noch „national“ weiter rechnen. Von den 75 Millionen Einwohnern, welche die Vereinigten Staaten jetzt zählen, sind 12—15% in Deutschland geboren oder Nachkommen aus Deutschland ausgewanderter Männer und Familien. Auf die ethnographische Beschaffenheit und den Volkscharakter des Amerikanismus kann dieser starke Zusatz deutschen Blutes, zumal wenn die Rassenmischung, was einstweilen noch lange nicht der Fall ist, eine wirklich vollständige sein wird, seinen Einfluß natürlich nicht verfehlen, und moralisch kann es uns immerhin zur Befriedigung gereichen, daß wir physisch und geistig derart an dem Aufbau eines großen Volkes teilgenommen haben. Praktisch ist aber der einzige Gesichtspunkt, unter dem wir unsere Auswanderung nach Nordamerika anzusehen haben, der, daß, was dorthin geht, für uns verloren ist und daß wir daher alles daran setzen müssen, die deutsche Auswanderung an Orte zu dirigieren, wo sie, wenn auch auf die Festhaltung des politischen Bandes gleichfalls nicht gerechnet werden darf, wenigstens volklich und vor allen Dingen wirtschaftlich mit uns verbunden bleiben kann. Wo dieser Platz zu suchen ist, davon wird im Schlußkapitel zu reden sein.

* * *

Amerikas auswärtige Politik ist seit dem Frieden von Portsmouth auch für die Wahrnehmung der breiten politischen Massen in das Zeichen des Gegensatzes zu Japan getreten. Daß die Interessengebiete Japans und der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean sich schnitten, war schon vor dem russisch-japanischen Kriege zu sehen, aber erst der Erweis kriegerischer und namentlich maritimer Ueberlegenheit, den Japan einer so starken Militärmacht gegenüber geliefert hat, wie Rußland es in den Augen der meisten war, gab Veranlassung, von da an Japan als eine im Stillen Ozean auch den Amerikanern gefährliche Größe einzuschätzen. Die Vereinigten Staaten kehren dem Stillen Ozean eine 2000 Kilometer lange Küstenlinie zu; sie besitzen Hawai, je einen Teil der Samoa- und der Marianen-Gruppe und die Philippinen; dazu große

Handelsinteressen in Ostasien. Außerdem fällt für die Beurteilung der amerikanisch-japanischen Beziehungen die Einwanderung von Japanern nach den Vereinigten Staaten ins Gewicht. Sie ist bisher ziffernmäßig nicht sehr bedeutend. Nach dem Zensus von 1900 lebten innerhalb der Vereinigten Staaten ca. 86 000 Japaner, davon etwas über 71 000 männlich und nicht ganz 15 000 weiblich, während die Zahl der offiziell registrierten Chinesen über 100 000 betrug. Seitdem hat allerdings eine ständige Zuwanderung stattgefunden, über die sich bestimmte Daten nicht geben lassen. Selbst aber, wenn die Anzahl der Japaner sich verdoppelt haben sollte, so würden sie ziffernmäßig beispielsweise gegenüber den Negern und Mulatten, die 9 Millionen Köpfe zählen, innerhalb der Union so gut wie nichts bedeuten. Trotzdem aber entsteht eine große politische Schwierigkeit dadurch, daß Japan schon früher und jetzt nach seinem Siege über Rußland mit ganz besonderer Bestimmtheit den Anspruch erhebt, daß seine Einwanderer in jeder Beziehung nicht als Asiaten, sondern als Angehörige einer zivilisierten Großmacht behandelt würden. Dagegen protestiert erstens die Arbeiterbevölkerung in den pacifischen Staaten, weil trotz der politischen Ansprüche des japanischen Mutterlandes der einzelne japanische Arbeiter für den weißen als Konkurrent und Lohndrücker genau dieselbe Bedeutung hat, wie die Chinesen, deren weitere Zuwanderung aus diesem Grunde schon seit lange durch Gesetz beschränkt ist. Zweitens erheben aber auch die gebildeten und besitzenden Schichten Widerspruch, weil es ihnen antipathisch ist, die Kinder der zugewanderten fremdrassigen „farbigen“ Japaner in den öffentlichen Schulen neben ihren eigenen Kindern sitzen zu sehen. Umgekehrt bildet gerade für das japanische Volk und das japanische Nationalgefühl als solches die Aufnahme der japanischen Kinder in die kalifornischen Schulen den Ehrenpunkt, von dem es durchaus nicht zurückweichen will. Auch hier muß man vor allen Dingen dem Ehrgeiz und der Opferwilligkeit der führenden Schichten der Nation eine sehr große, ja beinahe eine unbegrenzte Bedeutung zuschreiben. Hinter dem Ehrgeiz und der Entschlossenheit, alle Lasten einer expansiven Politik zu tragen, steht aber bei den Japanern auch der Druck eines sehr starken materiellen Zwanges infolge der natürlichen

und der Bevölkerungsverhältnisse innerhalb des ursprünglichen japanischen Inselreichs. Japan einschließlich der Nordinsel Jesso hat rund 380 000 Quadratkilometer und gegen 47 Millionen Einwohner, d. h. eine Bevölkerungsdichte von 123 Köpfen auf den Quadratkilometer. Zieht man die schwachbevölkerte Nordinsel Jesso, wie es erforderlich ist, um ein richtiges Bild von der Bevölkerungsdichte Japans zu gewinnen, ab, so verbleiben für Nippon, Schikoku und Kjusiu nicht ganz 290 000 Quadratkilometer und beinahe 46 Millionen Einwohner, d. h. die wirkliche Bevölkerungsdichte des Landes beträgt also 160 Menschen auf den Quadratkilometer. Großbritannien und Irland haben 314 000 Quadratkilometer und ca. 44 Millionen Einwohner — rund 140 auf den Quadratkilometer, doch will diese Zahl natürlich unter Berücksichtigung der Volksmenge in den englischen Industriezentren und in London verstanden werden, wozu die Analogie in Japan fehlt. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte Deutschlands beträgt 112, die Italiens 117, d. h. beide Male weniger, als die Japans selbst unter Einrechnung der Nordinsel, die größer ist als Irland, aber nur etwas über 800 000 Einwohner zählt. Das wahre Bild der japanischen Volksdichte gibt uns aber erst der Vergleich zwischen der vorhandenen Gesamtbodenfläche und dem kulturfähigen bezw. in Kultur befindlichen Areal. Neuere genaue Zahlen liegen hierüber leider nicht vor. Nach einer Berechnung aus dem Jahre 1882*) war damals etwa die Hälfte des Landes mit Wald bestanden, beinahe 24% waren Reisland, etwa über 15% sonstiges Ackerland, ca. 1½% Tee- und Maulbeerpflanzungen, der Rest von 10% war Oedland. Das mit Wald bestandene Gebiet ist fast durchweg Gebirgsland, das nicht etwa durch Abholzung in Kultur genommen werden kann, sondern wegen der Steilheit der Hänge, der steinigen Beschaffenheit des Bodens und der Notwendigkeit, aus klimatischen Rücksichten den Wald zu erhalten, dauernd mit Wald bestanden bleiben muß. Es ist also nur die Hälfte des Areals der japanischen Inseln für die wirkliche Ernährung der Bevölkerung in Anschlag zu bringen. In Deutschland nehmen Ackerland, Gärten und Weinberge rund die

*) Sievers, „Asien“ 2. Auflage, Seite 404.

Hälfte der Bodenfläche ein, Wiesen und Weiden etwa 20%, der Wald über 25%; der Rest entfällt auf Haus- und Hofräume, Wege, Gewässer usw. Rathgen*) schreibt, nachdem er die Durchschnittsbevölkerung in Alt-Japan, ohne Jesso, angegeben und bemerkt hat, daß sie der in den Niederlanden, in der Provinz Westfalen oder im Großherzogtum Hessen etwa zu vergleichen sei: „Dabei bestehen in Japan selbst sehr große Unterschiede, die sich im wesentlichen erklären aus dem . . . Zusammenhang der Bevölkerung mit den landwirtschaftlichen Betriebsverhältnissen. Wo Bewässerung den Reisbau ermöglicht, drängt sich die Bevölkerung in den Ebenen und breiteren Flußtälern zusammen; im Gebirge ist sie meist ganz spärlich, doch ermöglicht hier die Zunahme der Seidenkultur neuerdings vielerwärts eine stärkere Verdichtung. In den Bezirken um Tokio . . . steigt sie auf 250—330 auf den Quadratkilometer, ebenso im Norden von Kiutschiu. Sehr dicht ist sie im mittleren Honshu (Nippon) . . ., an den Küsten des Binnenmeeres. Viel spärlicher ist sie in den dem offenen Meer zugewandten Gegenden des Südens; im gebirgigen Innern von Honshu, im ganzen Norden mit seinen ungünstigeren klimatischen und Verkehrsverhältnissen. Dort finden wir Dichtigkeitsziffern von 50—70, also wie in den nördlichen Teilen Deutschlands. . . .

Jedenfalls nimmt die Bevölkerung jährlich um mehr als ein Prozent zu. Das führt zu einer unter der alten Ordnung unbekannteren Wanderbewegung. Im Inlande zeigt sich das vor allem in der Zunahme der Städte. Ein Ackerbauvolk, wie die Japaner bisher sind, ist städtearm. Japan hat nach der alten Ordnung eine grundherrlich-höfische Kultur entwickelt, keine städtische, wie Mittel- und Westeuropa. Es war ein Land der Burgen, nicht der festen Städte. Wo keine Einfälle fremder Reiterschwärme zu befürchten waren, gab es auch keine Städtemauern. Erst die rasche Entwicklung von Handel und Industrie in der neuen Ordnung läßt die städtische Bevölkerung rasch zunehmen. Jokohama und Kobe haben jetzt über 200 000 Einwohner. Als sie zu Handelshäfen erklärt wurden,

*) Die Japaner und ihr Wirtschaftsleben in der Teubnerschen Sammlung „Aus Natur- und Geisteswelt“, 1905, Seite 7 ff.

waren es elende Fischerdörfer. Noch Ende 1886 gab es erst 139 Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern. Im Jahre 1898 waren es schon 230. In den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern wohnten 1886 $3\frac{1}{2}$ Millionen, 1898 gut 6 Millionen Menschen. Den Städten, dem Gewerbe und Handel muß sich der Hauptteil der Volkszunahme (von 1872—1903 stieg die Bevölkerungsziffer von 33,1 auf 46,3 Millionen) zugewendet haben. Der landwirtschaftlich benutzte Boden von Altjapan hat sich nur ganz wenig vermehrt. . . . Die Intensität des landwirtschaftlichen Betriebes kann nicht sehr gewachsen sein. Die Zahl der rein von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung kann also nicht stark zugenommen haben. Einiger Abfluß hat nach den ganz dünn besiedelten Gebieten des Nordens stattgefunden. . . . Aber im ganzen entschließen sich die Leute, namentlich aus dem dichtbevölkerten Süden schwer zur Wanderung nach dem kälteren Norden.“ Man kann im großen und ganzen sagen, daß die Kinder des auf seiner eigenen oder auf gepachteter Scholle sitzenden Bauern statt wie früher samt und sonders beim väterlichen Beruf zu bleiben, heute in immer wachsender Zahl in die Städte, in die Industrie, wandern.

Zu dieser Vorstellung von der Bevölkerungsdichte und der Bevölkerungsverteilung in Japan müssen wir das Bild der wirtschaftlichen Produktion, der Ausfuhr und Einfuhr, der Handels- und Zahlungsbilanz hinzunehmen, um darnach aus der Gesamtheit dieser Verhältnisse einen Schluß auf den inneren Zusammenhang zwischen ihnen und der auswärtigen Politik Japans machen zu können. Japans Außenhandel hält sich während des Jahrzehnts von 1887—1896*) in sehr bescheidenen Grenzen. Die Einfuhr zeigt allerdings auch während dieser Periode im Durchschnitt ein erhebliches Wachstum: von 157,1 auf 378,9 Millionen Mark. Diesen Ziffern entsprechen bei der Ausfuhr die Beträge von 156,7 und 257,6 Millionen Mark. Im Durchschnitt der zehn Jahre hält sich der Gesamtbetrag von Einfuhr und Ausfuhr, obwohl in den einzelnen Jahren große Schwankungen vorkommen, nahezu die Wage. Von 1897—1906 ist das Bild folgendes:

*) Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1907.

	Einfuhr	Ausfuhr
1897	460,2	339,1 Mill. Mark.
1898	582,3	342,1 " "
1899	462,1	447,2 " "
1900	601,8	420,4 " "
1901	536,5	523,8 " "
1902	569,8	536,9 " "
1903	664,9	600,5 " "
1904	778,7	663,0 " "
1905	1024,1	668,4 " "
1906	877,4	880,3 " "

Wenn man diese Ziffernreihe betrachtet, so ergibt sich auf den ersten Blick, daß die Einfuhr, auch abgesehen von dem starken Emporschnellen für 1905 infolge des Kriegsbedarfs, ein Auf- und Abschwanfen des Wertes zeigt, wenn auch im ganzen eine kräftige Steigerung zu erkennen ist. Die Ausfuhr dagegen, die während des Jahrzehnts von 1887—1896 gleichfalls bei allgemein steigender Tendenz in den einzelnen Jahren stark geschwanft hatte, weist von 1897 bis 1906 mit der einzigen Ausnahme eines unbedeutenden Rückschlages im Jahre 1900 eine ununterbrochene Zunahme derart auf, daß sie in diesem abgelaufenen Jahrzehnt von rund 340 auf rund 880 Millionen Mark steigt, also sich erheblich mehr als verdoppelt hat. Gleichzeitig aber ist zu bemerken, daß die früher kaum vorhandene Passivität der japanischen Handelsbilanz im merklichen Wachstum begriffen ist.

Die Hauptausfuhrartikel Japans (1906) sind Rohseide, Seidenwaren, Baumwollgarne, Kupfer, Kohlen, Zündhölzchen, baumwollene Gewebe, Tee, Porzellanwaren, Matten. Rohseide, Seidenwaren und Seidenabfälle übertreffen den Wert aller übrigen Ausfuhrpositionen zusammengenommen erheblich. Als wichtigste Einfuhrgegenstände zeigen sich Baumwolle und Baumwollgewebe, Reis, Zucker, Wolle, wollene Gewebe, Welfuchen, Eisenwaren und Roheisen, Weizen und Weizenmehl, Bohnen, Maschinen, Chemikalien und Farbstoffe. Die Nahrungsmittel, Reis, Zucker, Getreide, Bohnen, machen zusammen ein Sechstel der Einfuhr aus, Rohbaumwolle und Baumwollgarne über ein Fünftel. Als Gesamtergebnis einer Unter-

suchung über die Bilanz des japanischen Außenhandels stellt Rathgen in seinem bereits zitierten Buche gleichfalls fest, daß seit 1896 die Einfuhr erheblich größer war, als die Ausfuhr, und daß dieses Defizit durch die chinesische Kriegsentschädigung und den Ertrag auswärtiger Anleihen gedeckt worden ist. „Die internationale Verschuldung Japans, an sich nicht bedeutend, ist dadurch gewachsen oder eigentlich erst entstanden. Denn neben dieser Verschuldung des Staats besteht eine Verschuldung durch fremde Kapitalanlagen im Inlande nur in minimalem Umfange. In gewissem Sinne hat also Japan in den letzten Zeiten mehr ausgegeben, als eingenommen. Um das zu würdigen, ist es nötig, festzustellen, aus welchen Waren denn die Einfuhr und Ausfuhr sich zusammensetzen. Es wird sich zeigen, daß von der Steigerung der Einfuhr ein erheblicher Teil zu produktiven Anlagen im Inlande gedient hat. Den Verbrauch des Aktivums der chinesischen Kriegsentschädigung und der Verschuldung im Auslande steht also eine Steigerung der inländischen Produktivkraft, außerdem die jetzt (durch den Krieg mit Rußland) der Welt kenntlich gewordene Verbesserung der Kriegsrüstung des Landes gegenüber.“ (Seite 103 f). An einer anderen Stelle resümiert Rathgen das Ergebnis seiner Ausführungen über die japanische Verkehrsbilanz dahin, daß sie Amerika und Ostasien gegenüber stark aktiv, Europa und dem übrigen Asien gegenüber stark passiv sei. „Mit anderen Worten: Den Mehrimport an europäischen Industrieerzeugnissen und an Rohstoffen und evtl. Lebensmitteln aus dem übrigen Asien bezahlt Japan mit dem Export seiner Naturerzeugnisse nach Amerika, seiner gewerblichen Produkte nach Ostasien.“ (Seite 116.) Natürlich ist die äußere Schuld, die vor dem Kriege in der vierprozentigen Anleihe von 1899 im Betrage von 97,6 Millionen Yen bestand, durch den Krieg erheblich gestiegen. Der Bericht über den Stand der Staatsschuld am 31. März 1907*) führt in den Jahren 1904 und 1905 abgeschlossene auswärtige Kriegsanleihen im Gesamtbetrage von 1044,6 Millionen Yen auf. Die Verzinsung dieser auswärtigen Schuld belastet die Zahlungsbilanz Japans, die schon vor dem Kriege eine passive war, noch ganz erheblich mehr. Allerdings muß demgegenüber bemerkt werden, daß ebenso wie die früheren Anleihen und die chine-

*) Nach dem Gothaischen Diplomatisch-statistischem Jahrbuch.

fische Kriegssentschädigung in werbende Anlagen des Nationalvermögens umgesetzt wurden, von denen im Laufe der Zeit ein günstiger Ausgleich der Bilanzverhältnisse zu erwarten war, so auch der materielle Ertrag des Krieges mit Rußland, die tatsächliche Einverleibung Koreas in die politische und wirtschaftliche Machtsphäre Japans, die Abtretung des russischen Okkupationsgebiets in Kwantung und der japanische Einfluß in der Südmandschurei, mit der Zeit sicher ihren Einfluß auf die Hebung der ökonomischen Gesamtkraft des Landes äußern werden. Im Augenblick scheint aber der finanzielle Zustand infolge der enormen Kriegsauslagen und des Fehlschlagens der Hoffnung auf eine russische Kriegssentschädigung doch ein recht kritischer zu sein.

Auf Grund dieses Ueberblicks über die fundamentalen Tatsachen des japanischen Wirtschaftslebens wird es deutlich geworden sein, welches der materielle Stachel war, der außer dem hochgespannten politischen Ehrgeiz die Japaner in den Krieg mit Rußland trieb. Das eigentliche Objekt, um das der Zusammenstoß erfolgte, und nach Lage der Dinge erfolgen mußte, war Korea. Die russische Politik ging seit dem Bau der großen sibirischen Bahn in ganz unverkennbarer Weise darauf aus, neben und nach der Mandschurei auch noch die koreanische Halbinsel in ihre ostasiatische Machtsphäre hineinzuziehen, ohne Rücksicht darauf, daß Japan sich um seiner dringlichsten Lebensinteressen willen die Okkupation Koreas durch eine fremde Macht weder unter wirtschaftlichem noch unter militärischem Gesichtspunkt gefallen lassen konnte. Japan hat erkannt, daß bei seinen natürlichen und historisch gewordenen Wirtschaftsverhältnissen, wenn anders der Staat überhaupt eine Machtstellung in Ostasien behaupten sollte, der Besitz von Kolonisationsgebieten auf dem Festlande nicht zu entbehren war. Einen teilweisen Ersatz für die erzwungene Aufgabe von Liautung nach dem Kriege mit China hatte schon Formosa gebildet, aber dieses Objekt war doch nicht groß genug, um die Bedürfnisse Japans zu befriedigen und vor allen Dingen so schnell zu befriedigen, wie es erforderlich schien. Japan braucht, um sich wirtschaftlich und finanziell zu entwickeln, solche Produktions- und Absatzgebiete für die Rohstoffe und Fabrikate seiner Industrie, in denen es wie in einer Kolonie oder einem sogenannten Protektoratsgebiet

in jeder Beziehung der Herr ist. Alle natürlichen Verhältnisse wiesen zu diesem Zweck auf das fruchtbare, von einer wenig dichten und politisch schlaffen Bevölkerung bewohnte Korea, als auf das prädestinierte Objekt hin, und für Rußland wäre es ein Beweis von wirklichem Verständnis der politischen Gesamtlage in Ostasien gewesen, wenn es sich dazu bequem hätte, Korea den Japanern zu überlassen und dafür ihr Einverständnis mit der allmählichen Aufsaugung der nördlichen Nebenländer Chinas, bis an die große Mauer, und mit dem Vorherrschen des russischen Einflusses im nördlichen Teil des eigentlichen China zu gewinnen. Korea war für die Durchführung einer kräftigen russischen Politik in Ostasien durchaus entbehrlich. Allerdings wurde, wenn Rußland es von vornherein an Japan überließ, das japanische Meer das, was es jetzt durch den Krieg geworden ist: ein von Japan beherrschter Binnensee, und Wladiwostok verlor seine Bedeutung als Flottenbasis für Rußland so gut wie ganz. Dieser Nachteil wäre aber durch das Einverständnis mit Japan nicht zu teuer erkauft gewesen und konnte außerdem durch den weiteren Ausbau der Position auf der Kwantung-Halbinsel und die tatsächliche Angliederung der Mandschurei vollkommen ausgeglichen werden. Außer dem Mangel an allgemeinem Verständnis für die Zwangslage, in der sich Japan befand, und außer der grundsätzlichen Selbstüberschätzung der Russen, hat es aber auch noch der ganzen frivolen und korrupten Leichtfertigkeit des Alerejewschen Regimes in der Statthalterschaft des „fernen Ostens“ bedurft, um die Japaner im gegebenen Augenblick zu dem Entscheidungskampf zu drängen, dessen Aufnahme bei ihnen allerdings seit ihrem erzwungenen Rückzuge vom asiatischen Festlande nach dem Kriege mit China grundsätzlich für den Fall feststand, daß eine Nachgiebigkeit Rußlands inbezug auf Korea nicht zu erreichen sein würde.

Nach dieser Auseinandersetzung werden wir nunmehr auch die Grundlage zur Beantwortung der Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines japanisch-amerikanischen Konflikts gewonnen haben. Was Japan im Kriege mit Amerika gewinnen könnte, sind in erster Linie die Philippinen, in zweiter die amerikanischen Besitzungen in der eigentlichen Südsee. Es ist sehr möglich, daß es den Japanern gelingen würde, ein Landungskorps von hinreichender Stärke nach

den Philippinen überzusetzen und die amerikanische Flotte zu schlagen, wenn es auch kaum wahrscheinlich erscheint, daß es ihnen in dieser Beziehung ebenso entscheidend glücken sollte, wie gegenüber den Russen bei Tsuschima. Aber selbst angenommen, daß sie die Philippinen zu besetzen und vorläufig zu behalten imstande sind, und daß sie sich außerdem auch noch im offenen Seekampfe als die stärkeren erweisen — was wäre damit Entscheidendes für Japan gewonnen? Woran es ihnen jetzt nach der Gewinnung des Protektorats über Korea und eines starken Einflusses in der südlichen Mandchurei vor allen Dingen fehlt, ist nicht weiterer Territorialbesitz, sondern bares Geld. Ohne Geld ist Japan nicht in der Lage, die wirtschaftliche Ausnutzung seiner Eroberungen mit der gehörigen Energie vorzunehmen. Das Geld sollte von der russischen Kriegsschädigung kommen; diese aber ließ sich nicht erreichen. Wenn Japan jetzt die Philippinen und Hawaii erobert, so kann es darum doch nicht im Ernst daran denken, daß die Amerikaner sich eine solche Niederlage auf die Dauer würden gefallen lassen. Wir haben bereits in dem Kapitel, das über die englische Weltmacht handelte, Gelegenheit zu der Bemerkung gehabt, daß der amerikanisch-japanische Krieg nur die Geschäfte Englands besorgen würde. Die Japaner würden von den Amerikanern, selbst wenn sie vorläufig die Oberhand behalten, noch viel weniger eine Kriegsschädigung bekommen, als von Rußland; sie werden also selbst nach einem Kriege in noch größerer finanzieller Verlegenheit stecken, als jetzt — ganz abgesehen davon, daß eine derart rücksichtslose Expansionspolitik auf ihr Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten vielleicht doch einen ungünstigen Einfluß haben würde. Die Vereinigten Staaten würden von dem Moment an, wo sie die Niederlage erlitten haben, ihre Kriegsrüstung im Stillen Ozean auf einen Stand zu bringen suchen, der es ihnen erlaubt, den Waffengang mit den Japanern mit besserer Aussicht auf den Sieg zu erneuern. Japan würde sich dem gegenüber gezwungen sehen, wenn es behalten will, was es den Amerikanern abgenommen hat, mit dem Tempo und dem Ausmaß der amerikanischen Rüstungen Schritt zu halten — eine Aufgabe, die seine Kräfte auf jeden Fall bei weitem übersteigen und die es direkt binnen absehbarer Zeit wirtschaftlich und politisch zerrütten würde. Jede vernünftige

Ueberlegung muß es also den Japanern sagen, daß ein Krieg mit Amerika in jedem Fall ein Unglück für sie sein würde. Auf der anderen Seite ist es natürlich von den Amerikanern vollkommen richtig gehandelt, wenn sie an ihrer eigenen Westküste und auf den Philippinen Befestigungen und Stützpunkte ersten Ranges für die Möglichkeit eines Seekrieges schaffen. Auch die anfangs 1908 unternommene Flottenfahrt in den Stillen Ozean ist insofern von großem Nutzen für sie, als sie den Japanern vor Augen führt, daß die amerikanische Marine in dieser Beziehung bemerkenswert leistungsfähig ist. Haben die Vereinigten Staaten überhaupt keine brauchbaren Befestigungen und eine schlechthin ungenügende Zahl moderner Kriegsschiffe im Stillen Ozean, so ist ein solcher Zustand von momentaner augenblicklicher Wehrlosigkeit natürlich geeignet, wenn einmal ein kritisches Moment in den Beziehungen der beiden Staaten, sei es mit Rücksicht auf die Einwanderungsfrage in Kalifornien oder aus anderen Gründen eintritt, die Versuchung zu einem plötzlichen kriegerischen Angriff bei den Japanern trotz aller entgegenstehenden Bedenken stark werden zu lassen. Das politische Temperament und der politische Ehrgeiz bilden ja bei ihnen ähnlich, wenn auch auf einer verschiedenen Grundlage, wie bei den Amerikanern, neben aller nüchternen politischen Rechnung und Kalkulation ein Ugens, das auf seine besondere Art eingeschätzt werden muß, und mit Rücksicht hierauf muß solchen und ähnlichen Imponderabilien auf dem Gebiet japanischer Politik eine ganz besondere Bedeutung beigelegt werden. Japan kann uns immer überraschen, auch wo wir es am wenigsten denken.

Achtes Kapitel.

Wege und Ziele.

Der große und prinzipielle Wechsel in der politischen Weltlage, der sich seit der Festlegung der Prinzipien deutscher Politik in der Epoche Bismarcks und Kaiser Wilhelms I. vollzogen hat, läßt sich, wie wir gesehen haben, dahin zusammenfassen, daß auf der einen Seite Rußland, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wenn auch aus starker innerer Verschiedenheit ihrer Verhältnisse heraus, so doch in äußerlich verwandter Weise, sich unter den übrigen Großstaaten in besonderer Weise als Weltmächte zu entwickeln begannen, auf der anderen Seite aber wir sowohl durch das rasche Voranschreiten jener anderen als auch durch die wirtschaftliche Umwälzung im Gefolge unserer rapiden Volkszunahme aus unserer wohl gesicherten und „saturierten“ Lage als dominierende mitteleuropäische Kontinentalmacht in den Zustand einer gefährlichen nationalen Krisis hineingeraten sind. Jetzt handelt es sich für uns vor allem um die Frage, ob wir uns mit aller Anspannung unserer Kräfte noch einen Platz an der Seite jener voraneilenden Nationen erhalten, oder besser gesagt, gewinnen, ob wir uns auch fernerhin unter denjenigen Völkern behaupten können, von denen im zwanzigsten Jahrhundert und später die Weltgeschichte gemacht werden wird — oder ob wir uns damit bescheiden müssen, im Konzert der Weltpolitik auf einen Platz zweiter Klasse zurückzutreten.

Wir sahen dann weiter, wie bei jenen voranschreitenden großen Weltvölkern erster Ordnung die territoriale Ausdehnung ihres Besitzes über Länder und Völkerschaften aller Produktionszonen und Klimate, über Absatzgebiete jeder möglichen Art, zugleich als Ziel und Mittel der nationalen Daseinspolitik erscheint. Nunmehr legen wir uns

also die Frage vor: was geschehen muß, um uns sowohl zu einem entsprechenden Anteil an den Produktions- und Absatzgebieten der Erde auf die Dauer einen sicheren Zugang zu verschaffen, so daß die Erträge unseres Anteils an Welthandel und Weltwirtschaft hinreichen, und als Volk zu ernähren, als auch was weiter geschehen muß, um diese Errungenschaften, falls sie geglückt sind, auf alle Fälle verteidigen und erhalten zu können. Hieraus ergibt sich dann naturgemäß die weitere Frage: auf welche Weise wir innerhalb der Gruppierung der großen europäischen, amerikanischen und asiatischen Mächte unsere Anschlüsse in der zur Erreichung unserer Ziele geeignetsten Weise zu suchen und unsere Gegnerschaften festzustellen haben.

Am klarsten ist für uns die politische Situation gegenüber Oesterreich-Ungarn und gegenüber England. Oesterreich-Ungarn und wir haben weder innerhalb noch außerhalb Europas Interessen, die sich nicht vereinigen ließen — ja, es existiert in allen wichtigen Fragen eine so große natürliche Interessengemeinschaft zwischen uns, daß dieser Zustand naturgemäß zu einem besonderen politischen Ausdruck gelangen muß. Ebenso klar ist uns England gegenüber der Weg vorgezeichnet, daß wir alles tun müssen, um den Eindruck zu vermeiden, als ob wir den Gedanken, England unsererseits anzugreifen auch nur im entferntesten ins Auge fassen könnten. Darüber hinaus vermögen wir allerdings zunächst nichts zu tun, sondern müssen abwarten, ob und wie weit die englische Politik es ihrerseits darauf wird ankommen lassen, unsere Lebensinteressen an irgend einer Stelle durch ihr Vorgehen zu gefährden. Ob England das tun wird oder nicht, das wird stets bis zu einem gewissen Grade davon abhängen, wie weit es seine gegenwärtige Methode, uns politisch zu isolieren, von Erfolg begleitet sehen wird. Gerade deshalb aber, weil die Frage eines Krieges zwischen uns und England sehr viel weniger von unserer als von englischer Seite unter dem Gesichtspunkt einer möglicherweise rasch drängenden Entscheidung beurteilt werden könnte, darum müssen alle Wege unserer auswärtigen Politik so angelegt sein, daß sie uns womöglich keinen Augenblick in eine nach dieser Seite hin ungedeckte Position bringen. Deutschland kann und darf sich mit Rücksicht auf England unter keinen Umständen den Luxus einer politischen Isolierung gestatten, die jenseits der Nordsee als

eine Aufforderung empfunden werden könnte, die Gelegenheit zu benutzen. An sich wäre also neben dem Zusammenschluß mit Oesterreich das Verhältnis zu Rußland dasjenige, das unter dem Gesichtspunkt der möglicherweise drohenden englischen Gefahr besonders gepflegt werden müßte. Rußland aber ist infolge seiner politischen und finanziellen Zerrüttung mit jener zeitweiligen Lähmung behaftet, von der wir nach Lage der Dinge leider annehmen müssen, daß sie nicht sobald vorübergehen wird. Rußland kann England gegenüber immer nur durch einen Vormarsch auf Indien angreifen. Wenn man überhaupt die Voraussetzung machen will, daß die russische Regierung sich noch zu einer großen äußeren Aktion entschließt, d. h., daß sie vor allen Dingen durch einen auswärtigen Teilhaber oder Mitinteressenten an einem solchen russischen Unternehmen finanziell ausgerüstet wird, so könnte man wohl annehmen, daß die Abneigung, ja der wirkliche Haß, der bei hoch und niedrig in Rußland gegenüber den Engländern lebendig ist, trotz der Abneigung, mit der die Nation jetzt allen neuen Kriegsgedanken gegenübersteht, einen gewissen Aufschwung des Nationalgefühls, an dem es im japanischen Kriege ja so vollständig gefehlt hat, hervorrufen könnte. Es fragt sich nur, wer den Russen mehr zu bieten haben würde — wir oder die Engländer? Nicht ohne Grund ist bald nach dem Abschluß des russisch-englischen Vertrages über den mittleren Osten von einer hohen auswärtigen Stelle die Andeutung gemacht worden, daß nun möglicherweise eine Aktion Rußlands in Kleinasien bevorstehe. Wenn England sich mit Rußland, Frankreich und Italien in den Orientfragen verständigt hat, so würde sich eine solche Verständigung zwar gegen unsere Lebensinteressen richten, aber den Interessen der gegnerischen Kontrahenten und namentlich denen Rußlands könnte das in Aussicht stehende Ziel doch so verlockend erscheinen, daß Anerbietungen von anderer Seite, soweit sie für Rußland einen Bruch mit der englischen Politik bedeuteten, schwer Boden finden würden.

Versuchen wir einmal, einen Standpunkt außerhalb unserer selbst für die Betrachtung unserer politischen Lage zu gewinnen und sehen wir zu, wie sie sich einem politisch gebildeten, unbefangenen und wohlwollenden Ausländer darstellt. Ein bedeutender englischer Kolonialpolitiker, von dem wir bei früherer Gelegenheit bereits

eine Aeußerung über die deutsche Politik zitiert haben, Harry Johnston, charakterisierte an derselben Stelle*) die Lage Deutschlands folgendermaßen: „Wir sehen die Deutschen heute schier zusammengepfercht auf einem Gelände, das nicht übergroß, das auch nicht überall fruchtbar ist; in Nord- und Mitteleuropa, zwischen Rußland und Frankreich gelegen. Dazu kommen wichtige und wohl im Auge zu behaltende Ausläufer von deutschen Staaten und Siedelungen; ich meine die Stämme und Ansiedler hochdeutscher (soll heißen oberdeutscher) Zunge in Oesterreich, Tirol, der Schweiz, Böhmen, Siebenbürgen und Südrußland. Nach welcher Richtung soll Deutschland sich ausdehnen? Denn das ist ohne weiteres klar, daß die deutsche Nation sich auf die Dauer nicht mit den Ländergebieten begnügen kann, die heute die beiden eng verbündeten Reiche Deutschland und Oesterreich ausmachen.“ Drei Wege, meint der englische Politiker, schienen uns offen zu stehen, um unseren „natürlichen Drang zu befriedigen und ein Reich zu gründen, das an Ausdehnung und Einfluß, an materieller Macht und Bevölkerungszahl mit den anderen wirklichen Weltmächten — dem britischen Reich, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Rußland — es aufnehmen kann.“ Daß Frankreich hier zu den wirklichen Weltmächten gerechnet erscheint, ist bemerkenswert. Trotz seiner Deutschland gegenüber geringeren Bevölkerungszahl und militärischen Unterlegenheit stellt es der Engländer neben sein eigenes Vaterland, neben die Vereinigten Staaten und Rußland, weil es ausgedehnte überseeische Besitzungen in Afrika und Asien hat, Besitzungen, die ohne Frage mit zu den reichsten und entwicklungsfähigsten Gebieten der Erde gehören. Es heißt dann weiter, bei der Aufrichtung des „größeren Deutschlands“, dessen unsere Nation bedürfe, werde es sicher ebenso wenig ohne Blut und Eisen abgehen, wie seiner Zeit bei der ersten Begründung des Reiches und der nationalen Einheit 1866—1871; unsere Sache sei es also, im Bewußtsein dieser Blut- und Eisenzukunft die Gefahren zu bedenken und abzuwägen, die wir dabei zu laufen haben, zu sehen, wen wir uns zum Freunde und wen zum Feinde machen müßten; abzuschätzen, welche Vorteile uns winken, sobald wir uns für einen der Wege entscheiden, die wir gehen könnten.

*) In der Londoner „Finanzchronik“.

Nach Johnstons Meinung könnten solcher Wege drei in Betracht kommen: erstens ein deutscher Eroberungskrieg gegen England mit dem Ziele, Australien oder Südafrika oder womöglich beides von dem britischen Weltreich abzureißen und zu deutschem Besitz zu machen; zweitens die Eroberung eines großen Teils etwa des Ostens und Südens von Südamerika; drittens eine staatsrechtliche Vereinigung der Länder des jetzigen deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, darnach aber Verlängerung der Macht-sphäre dieses neuen großen Bundesstaates über den Balkan, die Süd-hälfte der anatolischen Halbinsel und Mesopotamien bis zum Per-sischen Golf.

Diese dreifache Alternative ist, wenn man sich überhaupt ein-mal auf eine Politik derartiger Möglichkeiten entfernten und ent-ferntesten Maßstabes einlassen will, keineswegs vollständig; es gibt auch noch andere Wege, die für uns in Betracht kommen, wenn wir uns erst entschließen wollen, überhaupt die Bahn großer und gewalt-samer Veränderungen, bei denen es leicht um die ganze nationale Zukunft als Einsatz gehen kann, zu betreten. Die englische Stimme ist aber lehrreich durch das, was sie uns, sei es als Inhalt unserer eigenen nationalen Aspirationen, sei es als objektive Möglichkeit, zutraut. Johnston glaubt, wie so viele seiner Landsleute, daran, daß wir als Volk oder daß doch wenigstens große und einflußreiche Kreise unseres Volkes Gedanken wie die Eroberung Südafrikas, Australiens, Südamerikas in Wirklichkeit hegen und verfolgen. Das ist freilich ein Irrtum, aber trotzdem erscheint die ganze Kombination sehr lehrreich dafür, wie ein britischer Kolonialpolitiker auf Grund der Erfahrungen, die sein eigenes Volk mit seiner Kolonial- und Weltpolitik gemacht hat, unsere Lage und unsere Bedürfnisse auffaßt. Er weiß, was die großen weißen Auswanderungskolonien wie Australien, Kanada und Südafrika mit der Aufnahmefähigkeit ihrer reichen Einwohnerschaft an industriellen Erzeugnissen für das Mutter-land bedeuten. Er traut uns die gleiche Einsicht zu und hält es für nur zu begreiflich, daß wir auf den Gedanken kommen könnten, zu versuchen, ob wir uns nicht ohne viel Umstände dort an den Platz setzen könnten, den andere für sich bereitet haben. Die Vor-stellung, daß irgend ein vernünftiger Mensch in Deutschland ernst-

haft auf den Gedanken kommen könnte, Südamerika, Kanada oder Südafrika zu erobern, ist absurd, und Johnston gibt sich überflüssige Mühe, wenn er noch besonders nachzuweisen versucht, warum und wieso wir an dergleichen nicht denken könnten. Deswegen bleibt aber das Problem bestehen, ob wir in der Lage sind, den Weg zu gehen, den England mit so glänzendem Erfolge für seine materielle Entwicklung gegangen ist, d. h. uns ein überseeisches vorzugsweises Absatzgebiet mit einer kaufkräftigen, zunehmenden weißen Bevölkerung, am besten natürlich ein durch Auswanderer aus dem deutschen Mutterlande selbst kolonisiertes Gebiet dieser Art, zu beschaffen? Die Vorteile, die uns von dorthier kämen, falls es möglich sein sollte, ergeben sich ja an der Hand der englischen Erfahrungen von selbst.

Gibt es irgendwo auf der Erde noch Gebiete, wohin sich die deutsche Auswanderung lenken könnte, um im Laufe der Zeit für uns ein zweites Kanada oder Australien zu schaffen? Dieser Frage könnte man zunächst mit der Gegenfrage antworten, ob wir denn, falls solche Gebiete vorhanden sein sollten, auch in der Lage sind, sie zu bevölkern? Die Auswanderung aus Deutschland hat bekanntlich gegen früher sehr abgenommen, und gegenwärtig verlassen nur noch zwischen 20 000 und 30 000 Menschen jährlich die Grenzen des Deutschen Reiches, um jenseits der Meere sich eine neue Zukunft zu gründen. Das ist außerordentlich wenig im Vergleich zu den Einwandererziffern, welche die Vereinigten Staaten oder Australien während der Periode des hauptsächlichsten Fortschreitens ihrer Besiedelung empfangen. Indes das Gewicht des Einwandes ist doch nur mehr scheinbar. Die deutsche Auswanderungsziffer ist eine außerordentlich schwankende Größe; sie ist auch schon um das Siebenfache größer gewesen als heute, und das zu Zeiten, wo Deutschland noch eine merklich geringere Bevölkerung besaß. Sie ist so sehr abhängig von schwer oder gar nicht im voraus zu berechnenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen lokaler und allgemeiner Natur, daß es ein Unding wäre, jetzt behaupten zu wollen, sie könnte für absehbare Zukunft nicht wieder auf ein Vielfaches ihres heutigen Betrages anschwellen. Und selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, so sind 30 000 und

selbst 20 000 und sogar nur einige tausend Menschen jährlich, wenn es gelingt, sie in ein Gebiet zu leiten, in dem sie wirtschaftliches Gedeihen finden und das sie einigermaßen zusammenhängend besiedeln können, eine sehr beträchtliche Größe. Man stelle sich vor, daß Südbrasilien und Argentinien heute entdeckt und von uns in der Kenntnis ihres Wertes als Auswanderungsgebiet mit Beschlag belegt würden. Das bloße Verfügungsrecht über ein solches zukunstreiches Wirtschaftsgebiet jenseits der Meere würde dem gesunden Auswanderungstreben derjenigen Nation, der ein solches Land offen steht, einen kräftigen und nachhaltigen Impuls geben, auch wenn die wirtschaftliche Lage daheim sonst geeignet wäre, die Auswanderung in mäßigen Grenzen zu halten!

Aber so weit wir auch unsere Blicke auf der Erde schweifen lassen — ein freies Gebiet, das deutscher Massenauswanderung offen stände und politisches Besitztum des Mutterlandes werden könnte, ist nirgends mehr vorhanden. Zunächst fallen alle diejenigen Länder fort, die heute angelsächsisches Besitztum sind. Weiter müssen alle Gebiete mit tropischen oder tropenähnlichen klimatischen Verhältnissen als Auswanderungsland im eigentlichen Sinne von vornherein ausgeschieden werden. Drittens — falls man sich etwa auf den Standpunkt stellen wollte, daß halb zivilisierten Nationen, wie den Orientalen, Chinesen oder Argentinern, ein objektiv geringeres Recht an den autonomen Besitz ihres Grund und Bodens oder bestimmter Teile desselben zustände, als uns, den Vertretern eines höherwertigen nationalen Typus und einer höheren, zu besseren Ansprüchen an die Zukunft berechtigten Kultur — so kommen auch hier zunächst ohne weiteres alle diejenigen Länder nicht in Betracht, die bereits eine dichte Bevölkerung haben oder deren gewaltfamer Erwerb uns in Gefahren stürzen würde, die zu groß im Verhältnis zu dem erreichbaren Resultat wären. Der erstere Gesichtspunkt gilt für China, der zweite für den Orient und die Länder des gemäßigten Südamerika. China ist so dicht bevölkert, daß sich jede europäische Masseneinwanderung dorthin von selbst verbietet. Anatolien ist in festem türkischem Besitz und würde, selbst wenn wir es nur mit den Türken zu tun hätten, ein sehr schwer verdaulicher Bissen für uns werden — ganz abgesehen davon,

daß der Versuch zu seiner Eroberung für uns auch nach anderen Seiten hin den Krieg bedeuten würde. Dasselbe gilt für beliebige Gebiete in Südamerika gegenüber den Vereinigten Staaten. Rein militärisch genommen wäre dort die Aufgabe gegenüber den Nordamerikanern und dem etwa zu erwartenden einheimischen Widerstande allerdings leichter, als ein Krieg mit den Türken und Russen. Der amerikanischen Seemacht sind wir vielleicht gewachsen und Landungstruppen müßte die Union so gut über See hinschicken wie wir; trotzdem aber bleibt das materielle Risiko groß, weil es sehr unwahrscheinlich ist, daß sich ein Waffengang zwischen uns und den Vereinigten Staaten von Anfang bis zu Ende isolieren ließe. Wir müssen uns also in aller Klarheit und Ruhe dahin bescheiden, daß an Erwerb von Auswanderungskolonien im eigentlichen Sinn für uns nicht zu denken ist. Wenn wir solche Kolonien nicht haben können, so folgt daraus aber noch keineswegs, daß wir uns die Vorteile, um deretwillen sie erstrebenswert sind, gleichfalls nicht verschaffen können — wenn vielleicht auch nur bis zu einem gewissen Maße. Es ist ein Fehler, den bloßen Besitz ausgedehnter überseeischer Gebiete, selbst wenn sie geeignet sein sollten, einen Teil des nationalen Bevölkerungsüberschusses aufzunehmen, an sich schon für einen direkten Machtzuwachs zu halten. Australien, Kanada, Südafrika vermehren die Macht des britischen Reiches nicht schon deswegen, weil sie englischer Besitz sind; auch nicht deswegen, weil einige Millionen britischer Auswanderer und Nachkommen von solchen in ihnen wohnen, sondern weil durch den Handel mit ihnen der Reichtum und damit die Wehrkraft des Mutterlandes gesteigert wird. Kolonien, die das nicht zuwege bringen, haben nur geringen Wert; Länder, die, ohne Kolonien eines bestimmten Volkcs zu sein, dennoch für dieses eine entsprechende Bedeutung haben, ersetzen in diesem überwiegend entscheidenden Punkte den wirklichen Kolonialbesitz zum großen Teil. Portugal ist nie englische Kolonie gewesen, aber durch den Methuen-Vertrag von 1703 erhielt es handelspolitisch für England die Bedeutung einer solchen. Die englische und portugiesische Regierung schlossen einen Handelsvertrag auf der Grundlage, daß englische Wollwaren in Portugal einen Vorzugszoll gegenüber allen anderen fremdländischen Erzeugnissen

der Art genießen sollten, portugiesische Weine dagegen in England einen um ein Drittel niedrigeren Eingangszoll tragen, als französische. Die Folge dieses Abkommens war nicht nur die Vernichtung der aufblühenden Wollindustrie Portugals, sondern auch die allmähliche Aufsaugung des portugiesischen Handels überhaupt durch den englischen. Portugal wurde auf diese Weise für England etwas Ähnliches wie Nordamerika, solange dieses britische Kolonie war und in seiner ökonomischen Entwicklung unter dem Einfluß des britischen Protektionssystems stand. Der Methuen-Vertrag wurde auf diese Weise zeitweilig einer der Haupttragepfeiler des englischen Industrialismus und eine der Grundlagen, auf die das englische industrielle Übergewicht über die Länder Europas zu ruhen kam.

Auf solche Beispiele müssen wir sehen, und so müssen wir die Bedeutung von Kolonien mit weißer kaufkräftiger Bevölkerung verstehen. Natürlich ist es nur eine Seite. Die andere Seite ist die Erweiterung des von der Rasse beherrschten und besiedelten Gebietes. Diese kommt freilich bei dem Prinzip solcher kolonialen Surrogate nicht zu ihrem Recht. Wo man aber nicht alles haben kann, muß man sich das zu beschaffen suchen, was man haben kann.

Für die Methode, die England durch den Methuen-Vertrag Portugal gegenüber zur Anwendung brachte, würden wir gegenwärtig schwer ein ähnlich geeignetes Objekt finden, aber wir können uns das, was den Engländern damals durch jenes handelspolitische Abkommen so gut wie fertig in den Schoß fiel, durch eigene zielbewußte und planvolle Arbeit schaffen. Wir müssen uns Gebiete suchen, die von Natur aus reich und entwicklungsfähig sind, gleichzeitig aber, mögen sie auch politisch unter fremder Herrschaft stehen, noch ein leidlich freies Feld für unsere besondere Arbeit gewähren. Vorbildlich für diesen Gedanken kann die handelspolitische Stellung sein, die England bis zum Schluß des 19. Jahrhunderts in dem größten Teil von Persien besaß — die es dann allerdings infolge politisch-diplomatischer Ungeschicklichkeiten und mangelhafter kaufmännischer Initiative an den staatlich subventionierten russischen Handel verlor. Was England seinerzeit in Persien auf handelswirtschaftlichem Gebiete geglückt war, das müssen wir in Mesopotamien, Kleinasien, Syrien zu erreichen suchen. Hierüber ist

in dem Kapitel über die Türkei gehandelt worden. Wir sollen ja dort die Bagdadbahn bauen, hört man sagen. Ob wir die Bagdadbahn bauen oder nicht, ob sie zu zwei Dritteln, zur Hälfte oder zu einem Drittel mit deutschem oder nichtdeutschem Gelde gebaut wird, ist eine wichtige aber hier keineswegs entscheidende Frage. Entscheidend ist vielmehr das, ob wir rechtzeitig, d. h. bevor die Bahn fertig, ja bevor sie ernsthaft angefangen ist, begreifen, um was es sich hier für uns handelt. Die Vereinigung von vorausschauender nationaler, geschäftlicher und politisch-ethischer Intelligenz, von der wir in dem Kapitel über die Türkei und die „deutschen“ Eisenbahnpläne gesprochen haben — die ist es, die uns auf dem Boden des türkischen Vorderasien im Wettbewerb mit denjenigen Nationen besonders not tut, die es nicht wie wir auf die politische Stärkung, sondern auf die Schwächung der Türkei und die Amputation türkischen Gebietes absehen. Die Absichten der anglo-indischen Politik in der asiatischen Türkei ergeben sich aus dem bereits mehrfach erörterten Endziel Englands oder König Eduards VII. im mittleren Osten. An sich notwendig ist aber der politische Einschlag bei dem Plan einer Wiederherstellung der alten Kultur am Tigris und am Euphrat in keiner Weise. Notwendig ist nur die Voraussetzung, daß es gelingt, das frühere Anbaugebiet an den Strömen durch die Schaffung moderner Verkehrsmittel und die Erneuerung des antiken Bewässerungssystems wieder auf den Weg zu seiner einstigen Wohlhabenheit und Menschenfülle zu bringen. Dieses Ziel müssen wir Deutsche — im wohlverstandenen Unterschiede von dem anglo-indischen Imperialismus, der die territoriale Kontrolle über das Bagdadgebiet anstrebt — abseits von allen politisch-expansiven Nebengedanken im Bagdadbahngebiet verfolgen, und wenn es uns gelingt, uns ihm zu nähern, dann dürfen wir hoffen, hier zwischen dem persischen Golf und dem anatolischen Plateau einen Ersatz dafür zu finden, daß es uns, so lange die Grundzüge der gegenwärtigen politischen Gesamtkonstellation in Geltung bleiben, versagt ist, eigene überseeische Auswanderungsgebiete zu erwerben und den Acker unseres nationalen Wirtschaftslebens durch den Wertaustausch zwischen ihnen und uns zu befruchten.

Einen Schritt weiter als im türkischen Vorderasien werden wir auf der Suche nach einem wirtschaftlichen Ersatz für das neue versagte nationale Auswanderungsgebiet großen Stils vielleicht in einigen Gegenden innerhalb der gemäßigten Zone von Südamerika gehen können. Zwar haben wir uns bereits bei der Besprechung unseres Verhältnisses zu der nordamerikanischen Union darüber verständigt, daß der Gedanke militärischer Eroberungen in Amerika, d. h. einer politisch-nationalen Angliederung dortiger Gebiete an das Deutsche Reich, ein Ungedanke ist — aber damit ist noch in keiner Weise der anderen Frage präjudiziert, ob nicht trotzdem durch eine bewußte und planmäßige Hinlenkung der deutschen Auswanderung etwa nach Brasilien, Argentinien und Uruguay in Verbindung mit einer systematischen Organisation des Produkten- und Warenaustausches zwischen uns und den dorthin gegangenen deutschen Siedlern ein Teil der ökonomischen Vorteile zu erreichen ist, welche der Besitz einer wirklichen weißen Auswanderungskolonie dem Mutterlande gewährt.

Was die Vereinigten Staaten verhindern wollen und bis zu einem gewissen Grade vielleicht auch gewaltsam zu verhindern imstande sind, ist der Erwerb amerikanischen Gebietes, sei es auch nur auf der Südhälfte des Erdteils, durch eine europäische Macht; was sie dagegen sehr viel schwerer hindern können, ist die Herstellung friedlicher, unpolitischer, wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Südamerika und Deutschland. Zur Veranschaulichung des Weges, den wir daher einzuschlagen sehr wohl in der Lage sind, um uns dort bis zu einem gewissen Grade Ersatz für die fehlende kolonialpolitische Auswanderungsmöglichkeit zu verschaffen, beziehen wir uns zunächst abermals auf die theoretisch wie praktisch unerschütterliche Tatsache, daß irgend welche Absatzgebiete, mögen sie politisch uns zugehörig oder fremd sein, nur dann in wirtschaftlicher Beziehung für uns wesentlichen Nutzen bringen können, wenn sie von einer wohlhabenden, kaufkräftigen und kauflustigen Bevölkerung bewohnt werden, d. h. mit anderen Worten, wenn sie selbst produktionsfähig und produzierend sind. Dies vorausgeschickt, ist der weitere Gang der Entwicklung, den wir in den südamerikanischen Dingen anstreben müssen, nicht schwer zu zeichnen. Verzichten müssen

wir darauf, daß unsere Auswanderer, die sich nach Brasilien und seinen südlichen Nachbarländern wenden, politische Angehörige des Deutschen Reiches bleiben. Von dem Augenblick an, wo sie den Boden der neuen Welt betreten, müssen sie sich ohne Hintergedanken als Brasilianer, Argentinier usw. fühlen. Enklaven mit einer ausländischen Bevölkerung können die südamerikanischen Republiken ebenso wenig ertragen, wie die Türkei solche ertragen könnte. Deutsche Massenansiedelungen mit Beibehaltung der deutschen Reichsangehörigkeit sind hier wie dort gleich undenkbar; der Unterschied ist aber der, daß damit auf türkischem Gebiet die Möglichkeit deutscher bäuerlicher Kolonisation überhaupt fortfällt, auf südamerikanischem aber keineswegs. Was weiter angestrebt werden muß, ist die Herstellung besonderer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den ausgewanderten Ansiedlern in der neuen Welt, derart, daß der heimische Markt die Produktion der ausgewanderten Volksgenossen vorzugsweise aufnimmt, jene aber ebenso vorzugsweise ihren Bedarf an europäischen Waren in der alten Heimat decken. Selbstverständlich kann ein solches Verhältnis nur dann Solidität und Dauerhaftigkeit erhalten, nur dann für beide Teile wirklich gewinnbringend werden, wenn das national-sentimentale Motiv aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschaltet und beiderseits prinzipiell nichts anderes als der wahre wirtschaftliche Nutzen zum maßgebenden Gesichtspunkt gemacht wird. Wir sollen bei den Deutsch-Brasilianern und Deutsch-Amerikanern ebenso wenig wie jene bei uns etwas aus dem Grunde kaufen, weil ein nationaler Zusammenhang und damit eine vermeintliche moralische Verpflichtung zwischen uns besteht, sondern dieser nationale Zusammenhang soll nichts abgeben, als den positiv materiellen Ausgangspunkt für die Herstellung eines praktischen Verhältnisses, wie es analog in wirtschaftlicher Beziehung zwischen England und seinen weißen Kolonialgebieten besteht. Daß jene Auswanderer Deutsche sind, daß sie deutsch sprechen, daß sie deutsche Bedürfnisse und deutsche Charakterveranlagung haben, das gibt natürlicherweise unserm Handel bei ihnen gegenüber den Bemühungen, welche die Engländer oder die Amerikaner anstellen könnten, um sich jenen Markt zu erwerben, einen Vorsprung, und es müßten große Fehler von unserer

Seite geschehen, wenn dieser Vorsprung sich nicht in direkte wirtschaftliche Ueberlegenheit gegenüber der nichtdeutschen Konkurrenz umsetzen ließe. In dieser Beziehung geschieht gegenwärtig von unserer Seite gegenüber den bereits vorhandenen deutschen Siedlungen in Südamerika lange nicht genug. Allerdings ist der eigentliche Grund hierfür in der verhältnismäßig geringen Zahl und den teilweise zusammenhangslosen Ansiedelungen der deutschen Kolonisten in Südamerika zu suchen. Gegenwärtig leben in den drei brasilianischen Südstaaten nicht mehr als 300 000—350 000 Deutsche, d. h. knapp der vierte Teil der gesamten $1\frac{1}{2}$ Millionen Menschen betragenden Einwohnerzahl dieses Gebietes, das an Ausdehnung etwa der Hälfte des Deutschen Reiches gleichkommt. Von den einzelnen Staaten zählt Rio Grande unter 900 000 Einwohnern rund 200 000 Deutsche; in Santa Katharina gibt es unter 300 000 Einwohnern 100 000 Deutsche, in Parana unter 280 000 Seelen Gesamtbevölkerung nur einige 40 000 Deutsche. Weiter nach Norden wird das deutsche Element bedeutungslos. Sao Paulo zählt unter $1\frac{1}{2}$ Millionen knapp 30 000 Deutsche; die Küstenprovinz Espirito Santo soll, was wohl zu hoch geschätzt ist, 15—20 000 deutsche Kaffeebauer besitzen. Mit den deutschen Einwohnern von Rio de Janeiro und einigen anderen größeren Städten an der Küste und im Innern mag die Gesamtzahl der Deutschen in Brasilien kaum eine halbe Million erreichen. Als Siedlungsgebiet im engeren Sinne kommen aber jedenfalls nur die drei zuerst genannten Südstaaten in Betracht. Hierher muß, soweit irgend möglich, die deutsche Einwanderung, die während der letzten Jahre Brasilien sehr vernachlässigt hat, planmäßig geleitet werden. Das Verhältnis von 1 zu 3 unter einer Gesamtbevölkerung, die zum großen Teil aus farbigen und Mischlingen besteht, ist bereits an sich angesichts der natürlichen wirtschaftlichen Ueberlegenheit, über die der Deutsche dem eingeborenen Brasilianer portugiesischer wie farbiger Abstammung gegenüber verfügt, kein so schlechtes. Ueberdies muß die gegenwärtige Zahl von mehr als 300 000 Deutschen in Südbrasilien größtenteils an ein Resultat natürlicher in der neuen Heimat selbst erfolgter Vermehrung betrachtet werden, denn die Ziffer derjenigen Auswanderer, die nachweisbar aus Deutschland nach Brasilien

gegangen sind, ist weit geringer. Es ist keine unmögliche Aufgabe, durch planvoll geleitete Zuwanderung und Kolonisation, sowie durch die fortschreitende Vermehrung im Lande selbst, während des nächsten Menschenalters die Zahl der in leidlichem Zusammenhang angesiedelten Deutschen Süd-Brasiliens auf 1 Million und mehr zu steigern. Das würde bedeuten, daß dies deutsche Element dort wirtschaftlich das Heft in die Hände bekommt. Eine Million weißer Ansiedler mit weiteren Millionen ökonomisch von ihnen beeinflusster und abhängiger Eingeborener in einem Lande von der immensen Produktionsfähigkeit Südbrasiliens repräsentiert eine so starke Kaufkraft, daß ihr Einfluß auf das wirtschaftliche Gedeihen des Mutterlandes bereits ausgesprochen fühlbar werden muß. Ganz Südafrika hat nicht viel mehr als eine Million weißer Einwohner; die Gesamtbevölkerung von Kapland, Natal, Betschuanaland und den beiden ehemaligen Burenrepubliken, Weiße und Eingeborene zusammengenommen, beträgt noch nicht so viel Menschen, wie die drei brasilianischen Südstaaten zählen. Der Wert der Handelsbewegung allein in der britischen Kapkolonie mit einer Bevölkerung von nur rund 600 000 Weißen macht aber viele hundert Millionen Mark jährlich aus; Neuseeland mit rund 950 000 Einwohnern (darunter nur noch ein unbedeutender Prozentsatz eingeborener Maoris) hatte 1905/06 eine Einfuhr im Werte von rund 318, eine Ausfuhr von rund 256 Millionen Mark. Die Einfuhr dortselbst besteht in Baumwoll- und Wollwaren, Eisen- und Stahlwaren, Zucker, Tee; die Ausfuhr in Getreide, Fleisch, Talg, Käse, Steinkohlen, Kauriharz. Neuseeland ist also ein typisches Bild für das Aufblühen einer weißen Siedlungskolonie in der gemäßigten Zone der südlichen Halbkugel; zugleich aber auch ein wahres Musterbeispiel für das quantitative und qualitative Verhältnis von Export und Import eines solchen Gebildes. Die Ausfuhrwerte bestehen fast durchgehends in Rohstoffen, die Einfuhr in Erzeugnissen der europäischen Industrie, und zwar bei weitem zum größeren Teil von solchen des englischen Mutterlandes. Die drei südbrasilianischen Staaten liegen im Durchschnitt etwa 10 Breitengrade weiter nach Norden, als Neuseeland. Ihre Produktion trägt demnach einen dem wärmeren Klima entsprechenden Charakter. Rio Grande, Santa Katharina und Parana fallen aber

noch sämtlich in die Region des Weizenbaues. Früher, zur Zeit der Sklavenwirtschaft, fand aus ihnen sogar eine bedeutende Weizenausfuhr nach Westindien statt. Ausgezeichnet sind die Anbauverhältnisse für Baumwolle, und die Produktion des Zuckerrohrs ist selbst in dem südlichsten der drei Staaten, Rio Grande, mit Vorteil möglich. In den geschützteren Tälern von Parana und Santa Katharina gedeiht auch noch der Kaffeebaum. Wertvolle Nuzhölzer spielen eine große Rolle. Rio Grande bietet ausgezeichnete Bedingungen für Viehzucht dar. Schon jetzt werden dort jährlich 3—400 000 Stück Rindvieh geschlachtet und das an der Sonne getrocknete Fleisch nach Nordbrasilien und Kuba ausgeführt. Speziell die deutschen Kolonien besitzen auch eine große Schweinezucht. Bei den immer noch mangelhaften Verkehrswegen und den daher gedrückten Absatzverhältnissen ist die Mästung von Schweinen vielfach noch das lohnendste Mittel zur Verwertung der Ackerbauprodukte. Auch an Steinkohlen ist Rio Grande der reichste aller brasilianischen Staaten.

Entscheidend für die Beurteilung der möglichen Zukunft des deutschen Elements in Südbrasilien sind die klimatischen Vorzüge des Landes. Statt aller weiteren Beweise mag hierfür die Tatsache angeführt werden, daß in Rio Grande seit dem Jahre 1824, als die Kolonie Sao Leopoldo gegründet wurde, faktisch nicht mehr als 25 000 Deutsche eingewandert sind, die sich aber bei dem abnorm günstigen Zahlenverhältnis der Sterbefälle zu den Geburten bis heute auf fast 200 000 Seelen vermehrt haben. Die Uebersicht über die Erzeugnisse Süd-Brasiliens hat uns gezeigt, daß die Produktionsfähigkeit des Landes gerade auf den Gebieten liegt, auf denen wir der überseeischen Zufuhr bedürfen: Weizen, Fleisch, Baumwolle, in zweiter Linie Kaffee und Tabak. Was kann, was soll geschehen, um die hier vorliegenden verheißungsvollen Ansätze wirtschaftlicher Entwicklung zur Blüte zu bringen und für das Mutterland und für die brasilianischen Deutschen nutzbar zu machen? Die erste Bedingung haben wir bereits genannt: planvolle Förderung des deutschen Auswandererstromes nach Südbrasilien. Jeder deutsche Auswanderer, sei er ländlicher oder städtischer Arbeiter, Handwerker oder sonst etwas in der Heimat gewesen, dem es gelingt,

drüben zu gesichertem Landbesitz zu gelangen und seinen Boden urbar zu machen, repräsentiert nach einer Reihe von Jahren ein Vielfaches derjenigen Konsumtionskraft, die ihm innewohnte, während er unter gedrückten Verhältnissen in der Heimat dahinlebte. Diese seine vervielfachte Konsumtionskraft und Aufnahmefähigkeit für die Erzeugnisse europäischer Industrie können und müssen durch die vielerlei Anknüpfungspunkte, welche die Nationalität unbeschadet der fremden Staatszugehörigkeit und Staatstreue der Auswanderer ermöglicht, für das deutsche Wirtschaftsleben nutzbar gemacht werden. Allerdings gehört dazu ein planvolles und großzügiges Zusammenwirken zwischen dem Reiche, den deutschen Landesregierungen, der öffentlichen Meinung, der nationalen Einsicht, den großen Transport-Gesellschaften. Es darf auch keineswegs verkannt werden, daß unbeschadet aller Aufrichtigkeit und Loyalität, die wir in politischer Beziehung zu wahren willens sind und zu versichern nicht ermangeln werden, Mißtrauen und Uebelwollen mit und wider besseres Wissen, namentlich bei den Nordamerikanern und Engländern, bemüht sein werden, der Verwirklichung einer solchen Idee Schwierigkeiten zu machen. Schwierigkeiten dieser Art sind aber für die deutsche Politik nicht dazu da, um vor ihnen zurückzuschrecken, sondern um sie zu überwinden. Es kann nur eine Probe auf das Maß von Geschicklichkeit und weitschauender Voraussicht unserer regierenden Elemente sein, wenn sie, so weit das ihnen liegt, den Weg zwischen den mancherlei Klippen, die hier offen und verborgen daliegen, hindurch zu finden wissen. Der andere Teil der Aufgabe liegt aber auf seiten der literarischen Propaganda für den Gedanken der deutsch-brasilianischen Kolonisation. Bücher, Broschüren, Presse, mündliche Belehrung in Vereinen und Vorträgen, amtliche und nicht-amtliche Auskünfte für solche, die Rat in Auswanderungsangelegenheiten begehren, nicht zum mindesten aber die opferwillige Voraussicht unserer großen wirtschaftlichen Betriebe und Unternehmungen, müssen zusammenwirken, um allmählich das gewünschte Ergebnis zu zeitigen. Die verheißungsvolle Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschland und den deutschen Kolonien in Brasilien liegt einerseits in den überaus günstigen natürlichen Produktionsbedingungen jenes Erdstriches, andererseits in der erfahrungsmäßig bewährten

nationalen Widerstandskraft und ökonomisch-moralischen Ueberlegenheit des Deutschtums gegenüber den eingeborenen weißen Elementen im lateinischen Südamerika, von Negern, Ureinwohnern und Mischlingen nicht zu reden. Von höchster Wichtigkeit ist natürlich die Stärkung des deutschen Kirchen- und Schulwesens in den Kolonien. Die wirtschaftliche Kraft der Deutschen in Brasilien fließt nicht am letzten Ende aus der Aufrechterhaltung ihrer sittlich-nationalen Qualitäten. Hier liegt einer derjenigen Punkte vor, an dem es Sache des Mutterlandes ist, mit seinen Mitteln einzugreifen. Es gibt gar keine materiellen Aufwendungen, die mit größerer Sicherheit und zweifellosem Erfolge in wirtschaftliche Produktions- und Konsumtionsfähigkeit umgesetzt werden, als solche für die Hebung des geistigen Niveaus einer Bevölkerung.

Was von Süd-Brasilien hier etwas breiter ausgeführt worden ist, das gilt bis zu einem gewissen Grade, wenn auch nicht mit derselben Reinheit eines Musterbeispiels, für die benachbarten Gebiete des südamerikanischen Festlandes: Uruguay, Paraguay, Argentinien. Die argentinische Republik, die wirtschaftlich trotz ihrer mannigfachen Finanzkalamitäten entschieden auf der aufsteigenden Linie steht, hat sich, wiewohl die Zahl der deutschen Auswanderer dorthin an sich nicht gering ist, doch mehr und mehr zu einem romanischen, speziell italienischen, Emigrationsgebiet entwickelt, und es ist kaum darauf zu hoffen, daß sich in ihr das Deutschtum als halbwegs geschlossene Gruppe in bestimmten Bezirken die wirtschaftliche Führung erobern könnte. Jenes Moment der nationalen Anknüpfung für materielle Beziehungen, das für Brasilien eine so bedeutende Rolle spielt oder wenigstens spielen könnte und sollte, fällt hier weit weniger ins Gewicht. Ähnlich steht es in den beiden kleinen vorhin genannten Nachbarstaaten Brasiliens und Argentinien, die vorläufig überhaupt sehr viel weniger entwickelt sind als jene. Zu vernachlässigen sind auch sie deswegen in keiner Weise. Als Ganzes genommen kann Südamerika, in dem bereits jetzt ein im Verhältnis zu allen anderen überseeischen Erdteilen sehr großer Prozentsatz deutschen Kapitals steckt, vielleicht von größerer Bedeutung für unseren Ausfuhrhandel werden, als viele andere auf lange hinaus denkbare Wirtschaftsgebiete. Die oberste Bedingung dafür ist aller-

dings die, daß wir in aller Bestimmtheit und Loyalität Wirtschaft und Politik von einander scheiden und namentlich, daß uns dabei nicht von vermeintlich wohlgesinnter Seite der Knüppel eines nationalistischen Chauvinismus zwischen die Beine geworfen wird. Nirgends gilt so sehr wie in der Politik und in der Wirtschaft das Wort, daß das Bessere oft nur dazu da zu sein scheint, um das Gute tot zu schlagen.

Auch innerhalb unseres eigenen unmittelbaren Kolonialgebiets findet sich nicht viel Land, das eine Entwicklung als eigentliches Auswanderungsgebiet für die weiße Rasse verspricht. Ich habe über diese Frage im Zusammenhang mit dem Versuch, einen vorläufigen Abriß der deutschen Kolonialwirtschaft als solcher zu geben, bereits an einer anderen Stelle*) gehandelt, und kann daher bis zum Abschluß des größeren Werks, an dem ich über denselben Gegenstand arbeite,**) auf jenes Büchlein verweisen. Südwestafrika wird immerhin, auch abgesehen von der Frage seiner bergbaulichen Entwicklung, wenn es voll besiedelt ist, vielleicht 100 000 weiße Bewohner und eine Jahresproduktion von seiner Viehwirtschaft im Werte von 100—150 Millionen Mark besitzen. Was etwa von den Hochländern Ostafrikas und Kameruns in ähnlicher Weise besiedlungsfähig ist, steht noch dahin. Auf jeden Fall sind in unsern Tropenkolonien, um mit dem Staatssekretär Dernburg zu reden, die Eingeborenen das größte Aktivum, und unsere Verwaltungsmaßnahmen im weitesten Sinn müssen dort darauf hinzielen, neben dem Plantagenbetrieb durch weiße Pflanzler und Gesellschaften die Eingeborenenproduktion zu vermehren. Dazu bedarf es vor allen Dingen des Eisenbahnbaues. Im einzelnen aber ist es nicht die Aufgabe dieser Arbeit, in eine kritische Darstellung unserer speziell kolonialen Wirtschaftsprobleme einzutreten und die Ausichten unsrer Kolonialwirtschaft zu entwickeln. Nur ein Gebiet, innerhalb dessen wir gleichfalls einen kolonialen Stützpunkt besitzen, muß im Zusammenhang einer Arbeit über die weltwirtschaftlichen und welt-

*) Wie machen wir unsere Kolonien rentabel? Halle, Gebauer und Schwetschke, 1907.

**) Erschienen ist bisher „Deutsche Kolonialwirtschaft“. 1. Band Südwestafrika. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der „Hilfe“, G. m. b. H., 1907.

politischen Interessen Deutschlands etwas näher berührt werden. Es ist das unsere ostasiatische Einflussphäre. Allerdings ist auch weder in Kiautschou, noch in der Provinz Schantung, noch sonst irgendwo in China eine Möglichkeit zur Aufnahme von Einwanderern aus Deutschland zum Zweck von Massenansiedelungen vorhanden. Wenn man von den wegen ihrer physischen Beschaffenheit nur wenig bevölkerten Gebirgsgegenden absieht, so repräsentiert Schantung eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Chinas und übertrifft darin den Durchschnitt der Bevölkerungsdichtigkeit in Deutschland erheblich. Freies bebaubares Land gibt es nirgends — abgesehen davon, daß der Chinese mit seiner größeren Bedürfnislosigkeit, seiner technisch immerhin bemerkenswerten Leistungsfähigkeit und größeren Erfahrung in jedem Falle für sonst etwa denkbare deutsche Siedlungsversuche ein nicht wohl aus dem Felde zu schlagender Konkurrent bliebe. Indes, was im Bagdadbahngebiet und in Südbrasilien ganz oder teilweise erst entstehen müßte, um die Produktivität des Landes und damit seine Aufnahmefähigkeit für deutsche Industrieerzeugnisse zu wecken: die starke Bevölkerung, die ist es demnach gerade, was hier in Schantung bereits vorhanden erscheint. Es fragt sich also nur, ob das Land Werte, sei es bereits erschlossene, sei es noch zu erschließende, besitzt, die es in Zahlung für die von uns her aufzunehmende Einfuhr geben könnte?

Nach dieser Richtung hin ist zu nächst, wie wir das ja bereits bei China im Allgemeinen fanden, eine — absolut wie relativ — sehr geringe Kaufkraft der einheimischen chinesischen Bevölkerung vorhanden. Nur die allerbilligsten Artikel ist sie bei der Geringfügigkeit der von ihr produzierten Ausfuhrwerte zu bezahlen imstande, und es ist kein Wunder, daß aus diesem Grunde die Konkurrenz Japans der europäischen Einfuhr gegenüber gewisse Aussichten hat. Als Basis für den Handel von Schantung hat sich der Hafen von Tsingtau bisher in einer gesund und kräftig aufsteigenden Linie entwickelt, und nicht nur die Einfuhr, die ja einen erheblichen Teil Regierungsgüter umfaßt, sondern auch die Ausfuhr von Landesprodukten hat namentlich in der letzten Zeit bessere Fortschritte gemacht, als man zunächst vielleicht erwarten durfte; denn Schantung

repräsentiert durchaus den Typus der ost- und südasiatischen dicht besiedelten, aber im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsziffer nur wenig ausfuhrfähigen Länder.

Soll also unsere Position in Schantung von größerer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands werden, so müssen durchaus dort im Lande selbst neue Ausfuhrwerte geschaffen werden. Glücklicherweise dürfen wir sagen, daß sie von Natur vorhanden sind und daß ihre Erschließung auf eine einstweilen verheißungsvolle Weise in die Wege geleitet erscheint. Der Reichtum des Landes besteht in seinen Mineralschätzen: Kohle und Eisen. Zu ihrer Ausbeutung ist die deutsche Schantung-Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft gegründet worden, deren Schienennez die Provinz in annähernd ostwestlicher Richtung von Tsingtau nach der Hauptstadt Tsinanfu durchzieht und jenseits Tsinanfu seinen Anschluß an eine große von Süden nach Norden verlaufende zukünftige Magistrale Peking—Tschingkiang finden soll. Auch der Abbau der Kohlenfelder im Gebiet der Schantungbahn ist in normaler Entwicklung begriffen. Wenn darüber Klage geführt worden ist, daß die Schantung-Kohle von geringerer Qualität sei, so liefern die bisher aufgeschlossenen Flöze doch ein für gewöhnliche Heizzwecke brauchbares Produkt, und außerdem wird von weiteren Aufschließungen im Schantunggebiet berichtet, die auch ein höherwertiges Material versprechen. Was das Vorkommen von Eisenerzen betrifft, so ist einstweilen festgestellt, daß solche vorhanden sind, daß sie genügend reich sind, und daß sie in der Nähe von Kohlenfeldern liegen. Namentlich die Erfüllung dieser letzteren Bedingung ist von außerordentlichem Wert. Ob und in welchem Maße es sich rentieren wird, einen bergmännischen Betrieb auf Eisen, eine Verhüttung der gewonnenen Erze u. s. w. an Ort und Stelle einzurichten, darüber hat bisher noch nichts Bestimmtes verlautet.

Auf jeden Fall ist die Erschließung der Kohlenflöze Schantungs bereits ein großer und unzweifelhafter Erfolg. Man kann den Kohlenbedarf der Dampfer, die in denjenigen Häfen Ostasiens verkehren, für welche Schantung mit der Zeit als beherrschender Lieferant in Betracht kommen kann, wenn auch nicht genau berechnen, so doch jedenfalls mit Sicherheit auf viele Millionen Mark veran-

schlagen, wobei in Betracht kommt, daß sich Zahl- und Tonnengehalt des ostasiatischen Dampferverkehrs in stetig aufsteigender Linie bewegen und namentlich auch der Bedarf der seitens aller in Ostasien interessierten Nationen dort stationierten Kriegsfahrzeuge ein außerordentlich hoher ist. Dieser ganze Wert der für eine nicht zu ferne Zukunft in Schantung zu erwartenden Kohlenproduktion fällt also für die Erhöhung der Kauf- und Zahlungskraft des Landes ins Gewicht — abzüglich etwa des bar an die Aktionäre des Unternehmens hinausgehenden Gewinns. Steigt mit der Entwicklung des Bergbaus überhaupt erst das ökonomische Gesamtniveau des Landes, so ergibt sich alsdann natürlich auch noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten zur Schaffung neuer Ausfuhrwerte. Immerhin wird es unsere Aufgabe sein, da wir schwerlich je in die Lage kommen werden, die wirtschaftliche Konkurrenz anderer exportierender Nationen in Schantung mit äußeren Mitteln ausschließen zu können oder zu wollen, alles dafür zu tun, daß in der Tat auch unsere und nicht die englische, belgische oder sonstige fremde Exportindustrie den Nutzen von der Entwicklung der Produktionsfähigkeit Schantungs hat. Wie anderwärts, so wird es zu dem Zweck auch hier eines verständnisvollen Zusammenarbeitens zwischen den beteiligten wirtschaftlichen Gruppen und Firmen für die Aus- und Einfuhr bedürfen.

Ganz andere Aussichten noch würden sich freilich eröffnen, wenn es gelänge, neben dem Seidenbau die Exportfähigkeit des Landes in der Weise zu fördern, daß ein Teil des Bodens dem Anbau von Getreide, Hirse und ähnlichen Nahrungspflanzen entzogen und dafür die Kultur der Baumwolle, die in ganz Schantung ohne Schwierigkeit gedeiht, erheblich verbreitet werden könnte. Baumwolle ist ein bedeutend höherwertiges Produkt als Getreide; auch bei Bezug des durch den Baumwollbau im Lande selbst ausfallenden Getreidequantums aus anderen Gebieten würde sich also immerhin ein Plus an Exportwert und Aufnahmefähigkeit für europäische Einfuhr ergeben. Den Russen in Turkestan ist diese Aufgabe der Verdrängung des Getreidebaues durch die Baumwolle bis zu einem gewissen Grade bereits gelungen, und mit zu dem Zweck, sie endgültig in entscheidender Weise zu fördern, haben sie die gegen 2000 Kilometer lange Eisenbahnlinie von Taschkent nach Orenburg erbaut. Auf ihr

soll die Zufuhr desjenigen Brotgetreides erfolgen, das in Turkestan selbst beim Uebergang weiterer großer Ländereien zum Baumwollbau nicht mehr hervorgebracht werden könnte. Allerdings bleibt dabei immer zu erwägen, daß der eigene Bedarf Chinas an Baumwolle ein so kolossaler ist, daß, trotzdem die Pflanze bis unmittelbar an die Nordgrenze des eigentlichen Reiches gedeiht, eine starke Einfuhr von fertigen Baumwollstoffen und Garnen aus Japan, Ostindien, Amerika und Europa stattfindet. Um Schantung in dieser Beziehung zu einer exportierenden Provinz auszugestalten, bedürfte es also jedenfalls großer und planvoll geleiteter Anstrengungen.

Ungeachtet aller dieser Schwierigkeiten wird Schantung doch voraussichtlich wegen seiner maritimen Lage nahe dem Brennpunkte eines wichtigen und großen Teiles des gesamten ostasiatischen Verkehrs unter allen überseeischen Interessengebieten Deutschlands die schnellste Entwicklung nehmen. Damit aber ist für uns auch gegeben, daß wir rechtzeitig darauf bedacht sein müssen, die Fäden wirtschaftlicher Verbindung auch noch tiefer nach Westen und Südwesten in das Innere von China hinein nach den Provinzen Schansi und Honan zu spinnen. Vor allen Dingen Schansi ist wichtig durch seine bei erheblich undichterer Bevölkerung unzweifelhaft bedeutende Produktionskraft an Mineralien. Natürlich werden diese weiter westwärts gelegenen Landschaften ebenso wenig wie Schantung selbst jemals deutsches Besitztum in irgend welcher Form werden. Bereits bei der ersten Besetzung von Kiautschou wurde das Ziel unserer Absichten in China in vollkommen deutlicher Weise dahin formuliert, daß es uns nicht auf die politische Kontrolle oder Herrschaft über irgend welche größeren Teile des Reiches ankäme, sondern lediglich darauf, einen zur Konzentration unserer wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen mit dem Lande geeigneten Stützpunkt an der Küste, gleich den ähnlichen Besitzungen anderer Nationen, inne zu haben. Noch viel stärker als diese ausdrücklich abgegebene Versicherung ist aber die innere Logik der Dinge, die uns geradezu unabsehbare Komplikationen und die sichersten Aussichten auf eine garnicht zu tragende Last materieller Opfer und politischer Verantwortung schaffen würde, sobald wir an eine faktische Annexion ausgedehnterer Gebiete in einem Lande von der Bevölkerungsdichte, der mate-

riellen Kulturstufe und dem nationalen Selbstgefühl Chinas denken wollten. In dieser Beziehung ist das englische Hongkong ein Musterbeispiel, und zwar nicht nur was seine jetzige Blüte anbetrifft, sondern auch nach der Richtung hin, daß dieser Blüte eine verhältnismäßig sehr lange Zeit geradezu kümmerlicher Zustände vorhergegangen ist. Trotzdem wäre es, wie jederman jetzt einsehen wird, von England eine unvergleichliche Kurzsichtigkeit gewesen, den Platz als unnütz und bloß Kosten verursachend aufzugeben. Tsingtau ist bereits heute blühender, als es Hongkong in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz als englische Kolonie je gewesen ist, und wenn auch rein geographische Bedingungen die Südküste der Schantung-Halbinsel voraussichtlich nie zu einer so unvergleichlichen Bedeutung gelangen lassen werden, wie sie die Mündungsgebiete des Westflusses und des Jangtschiang besitzen, so würde doch auch bereits ein Bruchteil jener Bedeutung hinreichen, um die auf den Erwerb von Kiautschou gesetzten Hoffnungen reichlich zu rechtfertigen.

Abgesehen von all diesen Erwägungen müssen wir aber grundsätzlich daran festhalten, daß wir durchaus nicht nur in Schantung, sondern in ganz China eine offene Tür für unseren Handel haben müssen. Wenn man sich auch über der manchmal allzu faszinierenden Vorstellung des 400 Millionen-Reiches und seiner von wirtschaftlichen Laien oft für „grenzenlos“ erklärten Aufnahmefähigkeit nicht dazu verführen lassen darf, die hier sehr mäßige Sprache der Handelsstatistik zu überhören, so hat doch gerade die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt, daß sich der Fortschritt dort unter Umständen schneller als vermutet vollziehen kann. Der chinesische Handel repräsentiert als absolute Zahl genommen eine stattliche Größe, im Verhältnis zu der Ausdehnung und Volkszahl des Landes aber sind die Ziffern nicht bedeutend. Ausfuhr und Einfuhr Chinas zusammengerechnet betragen in runder Summe 2300 Millionen Mark, bleiben also noch erheblich selbst hinter einer relativ so wenig entwickelten Handelsbewegung zurück, wie es die indische ist. Der Grund hierfür liegt darin, daß kein Land auf die Dauer wesentlich mehr importieren kann, als es an wie auch immer gearteten Werten auszuführen in der Lage ist. Eine gesunde Handelsbewegung ist anders als auf der Grundlage des Produktaustausches nicht denkbar. Soll also

der Absatz nach China größere Dimensionen annehmen, so ist es vor allen Dingen nötig, den chinesischen Export zu entwickeln. Das Bild der chinesischen Handelsbewegung und des Verhältnisses von Ausfuhr und Einfuhr während der letzten beiden Jahrzehnte ist sehr interessant. Die Entwicklung ist folgende: Von 1887 an bis 1896 bewegt sich die Wareneinfuhr mit nicht sehr erheblichen Schwankungen um 500 Millionen Mark jährlich und ebenso, in fast genau entsprechendem Maße, die Ausfuhr. Bald danach beginnen sowohl die absoluten Zahlen der Handelsbewegung, als auch das Verhältnis von Ausfuhr und Einfuhr sich zu ändern:

	Einfuhr	Ausfuhr
1897	539,1	550,8 Mill. M.
1898	542,4	520,9 „
1899	715,9	665,9 „
1900	587,4	558,3 „
1901	718,4	567,6 „
1902	797,4	625,7 „
1903	832,0	633,0 „
1904	1004,7	699,3 „
1905	1372,6	699,6 „
1906	1378,5	794,5 „

Zum Verständnis dieser Ziffern muß vorweg bemerkt werden, daß sich das sprunghafte Emporschnellen der Einfuhr in den letzten Jahren durch die großen, auf den Bezug von europäischem und amerikanischem Material angewiesenen Eisenbahnbauten im Innern des Reichs erklärt. Diese neuen Bahnen werden mit der Zeit zweifellos einen bedeutenden und dauernden Aufschwung in der Produktions- und Aufnahmefähigkeit Chinas für den Welthandel zur Folge haben. Von den noch bevorstehenden Bahnbauten kommt für unser Interesse vor allen Dingen die Verbindung von Tsinanfu nördlich nach Tientsin, südlich nach Tschingkiang am Jang-tse in Betracht. Vorläufig verfügt China im Grunde immer noch nur über zwei Ausfuhrartikel ersten Ranges: *S e i d e* und *T e e*, im Werte von rund 250 und 90 Millionen Mark (1906). Demnächst sind noch mit Beträgen über 20—30 Millionen Mark zu nennen: Häute und Felle, Bohnen, Strohgeflecht und rohe Baumwolle; alle anderen in der Seezollstatistik noch aufgeführten Posten machen zusammen nicht

mehr als rund 170 Millionen Mark aus. Allerdings muß hierzu bemerkt werden, daß die Seezollstatistik einen Teil der Ausfuhr, der auf Schiffen einheimischer Bauart (Dschunken) nach den asiatischen Nachbarländern erfolgt, nicht mit erfaßt, die Gesamtausfuhr also in Wirklichkeit größer ist, als die weiter oben (nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich) mitgeteilten Tabelle. Vielleicht kann man annehmen, daß der hierauf entfallende tatsächliche Mehrwert der Ausfuhr und die von den Chinesen im Auslande heimge sandten und von dort mitgebrachten Ersparnisse zusammen genommen hinreichen, um die Zahlungsbilanz Chinas annähernd auszugleichen. Es fragt sich, welche Teile der Ausfuhr so entwicklungs fähig sind, daß auf ihr Wachsen hin eine wesentliche Steigung des Wertes der Einfuhr erhofft werden könnte. Hier scheidet bereits der Tee wegen der zunehmenden Konkurrenz Indiens (Assam und Ceylon) wahrscheinlich aus; namentlich Westeuropa findet mehr Geschmack an den gröberen aber stärker aromatischen und ausgiebigeren indischen Teesorten. An wesentlichen Nahrungsmittel export ist in einem Lande mit so starker Bevölkerung wie China nicht zu denken, und so verbleibt denn eigentlich als *pièce de resistance* immer wieder in erster Linie die Seide. Daran, daß China noch sehr viel mehr Seide zur Ausfuhr produzieren könnte, als es gegenwärtig tut, und ebenso daran, daß es hierfür genügende Abnehmer finden würde, besteht an sich kein Zweifel; in der Praxis aber wird es gar nicht leicht sein, eine wirkliche Vermehrung der Seidenproduktion und damit das Wesentliche für eine solide Verbesserung der Aufnahmefähigkeit Chinas gegenüber der europäischen industriellen Produktion zuwege zu bringen. Es mangelt also an Ueberlegung, wenn man bei uns wie anderswo ins Blaue hinein eine ungemessene Steigerung des europäischen Warenabsatzes nach China von der „Erschließung“ des Landes erwartet. Die Chinesen können nicht mehr von uns kaufen, als sie zu bezahlen in der Lage sind, und bezahlen können sie nur dann, wenn sie selber für ihre Produkte einen entsprechenden Gegenwert erhalten. Man stößt also überall wieder auf die Notwendigkeit einer Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, namentlich in den nördlichen, durch die großen natürlichen Wasserwege nicht in ähnlicher Weise wie der Süden aufgeschlossenen Teilen

des Reichs. Unter diesen Verhältnissen können wir politisch durchaus damit zufrieden sein, wenn es in China bei dem jetzt von allen Seiten anerkannten Prinzip der „offenen Tür“ bleibt, und es war für uns auch nur mit Befriedigung zu begrüßen, daß die Krisis unmittelbar vor und nach dem Boxeraufstand, während der es zeitweilig den Anschein hatte, als ob eine Aufteilung Chinas in verschiedene Interessensphären bevorstände, nicht einen solchen Verlauf genommen hat.

Wir dürfen also diesen summarischen Ueberblick über die wichtigsten überseeischen Zukunfts- und Interessengebiete des deutschen Wirtschaftslebens — den Orient, Südamerika, Schantung und sein Hinterland, die Kolonien in Afrika und der Südsee — mit dem Ausdruck der Zuversicht schließen, daß bei einer vernünftigen Bearbeitung dieser ganzen Sphäre, d. h. bei steter Befolgung des Prinzips weitblickender staatlicher Maßnahmen und bei kräftiger und rascher privater Initiative, immerhin für die materielle Zukunft Deutschlands große und gute Aussichten vorhanden sind. Daß aber derartige speziellen Reservate nationaler Wirtschaftstätigkeit, zu denen wir ja, wie gezeigt, weder Südamerika noch die Türkei, ja nicht einmal Schantung im eigentlichen Sinne rechnen können, nicht imstande sind, die ganze oder auch nur den größten Teil der Last des überseeischen Handels und der Weltwirtschaft eines Volkes zu bestreiten, das hat uns ja das Beispiel Englands gezeigt. Trotzdem hat jedes Stück eines solchen auswärtigen Marktes, auf dem es besondere Anknüpfungspunkte nationaler Natur gibt, eine vor allen anderen Gebieten ausgezeichnete Bedeutung. Die Hauptmasse unseres Handels, d. h. im wesentlichen des Absatzes für unsere Industrie, wird selbst bei hoher Entwicklung der speziellen Beziehungen zu jenen vorhin genannten Gebieten immer „international“ bleiben. Sie zu sichern, gibt es nur zwei Mittel: Aufrechterhaltung des Weltfriedens und rastloses Weiterschreiten unserer industriellen Entwicklung. Für die erstere zu sorgen, ist, soweit es in menschlicher Macht steht, die Aufgabe unserer Regierung und Diplomatie. In dieser Beziehung dürfen wir, wie sehr auch die nationale Kritik für den Einzelfall berechtigt sein mag, im ganzen nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts soweit vertrauend in die Zukunft blicken, wie das in einer Situation, bei der die

Entschließung über ja und nein weniger auf unserer, als auf der anderen Seite liegt, überhaupt möglich ist. Was aber den zweiten Punkt anbetrifft, so ist die Frage unseres technisch-industriellen Fortschreitens nicht mehr und nicht weniger, als eine Frage unserer allgemeinen nationalen Tüchtigkeit und Bildung überhaupt. Bisher haben uns die fremden Nationen bescheinigt, daß unsere schulmäßige Gründlichkeit und die hohe Entwicklung unseres Unterrichtswesens die tiefste Wurzel unseres bisher geleisteten ökonomischen Aufschwungs sind. Nur ein oberflächlicher Materialismus könnte aber meinen, daß die Technik ihre Lebenskraft aus einer anderen Wurzel erhalte, als aus der des allgemeinen Geisteslebens.

Vielleicht wird als Ergebnis dieser Untersuchung über unsere Stellung und unsere Zukunft unter den Weltvölkern bei manchem Leser ein Gefühl der Unbefriedigtheit darüber zurückbleiben, daß sich nirgends für uns ein ähnliches, klar umrissenes und weithin erkennbares großes Ziel herausgestellt zu haben scheint, wie es die Engländer verfolgen, wie es die Franzosen in dem Ausbau ihres gewaltigen Kolonialreichs haben, wie es die Russen, wenn auch in falscher Berechnung ihrer Kräfte und darum ohne Glück in Asien erstrebt haben, und wie es den Amerikanern vorschwebt, wenn sie ihrer Monroedoktrin mehr und mehr die Wendung auf das Prinzip einer Hegemonie oder eines Aufsichtsrechts über den gesamten amerikanischen Doppelkontinent zu geben versuchen. Es muß zugestanden werden, daß bei uns das an sich vorhandene weltpolitische Ideal sich noch nicht in ähnlicher Weise wie bei jenen Völkern zu einem unmittelbar vorliegenden oder konkret definierbaren Objekt unseres politischen Handelns kristallisiert hat. Gerade darum aber müssen wir Tag und Nacht daran arbeiten, die Summe politischer Kraft zu entwickeln und zu verdichten, die wir eines Tages in die Wagschale werden werfen müssen, wenn entweder im Verlauf der allgemeinen politischen Entwicklung ein solches konkretes Ziel erster Ordnung uns aufleuchtet oder die Gegner zum Stoß ausholen, der uns aus der Bahn schleudern und endgültig zu den Völkern zweiter Ordnung werfen soll. Hier wie dort gilt das Wort vom Tage, der da kommt wie ein Dieb in der Nacht!

Dr. Paul Rohrbach

Deutsche Kolonialwirtschaft, 1. Band: Südwest-Afrika

mit 24 Vollbildern und im vornehmen Einband 10 Mark.

Das Buch von Dr. Rohrbach über Südwest-Afrika ist die erste und bisher einzige vollständig umfassende Arbeit, die über diese vielumstrittene deutsche Kolonie vorliegt, sie wird deshalb von allen denen gelesen werden müssen, die von dieser Kolonie mehr erfahren wollen, als was man aus Reiseberichten und Zeitungsdarstellungen erfährt. Dr. Paul Rohrbach hatte sich bereits durch seine Reisen in anderen Erdteilen und durch seine Schriften einen so vortrefflichen Ruf als Forschungsreisender, Wirtschaftsstatistiker und Kenner der auswärtigen Politik erworben, dass er im Jahre 1903 von der Regierung nach Südwest-Afrika entsandt wurde. Über 3 Jahre hat er dort im Reichsdienst als wirtschaftlicher Sachverständiger und Kommissar für das Ansiedlungswesen in Süd-Afrika zugebracht und während dieser Zeit sowohl unsere Kolonie als auch die benachbarten englischen Gebiete in dienstlichem Auftrage eingehend bereist und studiert. Das Buch gibt die erste umfassende und systematische Darstellung sowohl des Landes selbst als auch seiner wirtschaftlichen Entwicklung unter deutschem Besitz seit Beginn der Schutzherrschaft. Es enthält ausser der oben erwähnten Entstehungsgeschichte des grossen Eingeborenen-Aufstandes u. a. auch eine erschöpfende Untersuchung über die Bedingungen für die wirtschaftliche Rentabilität der Kolonie. Diese Untersuchung ist verbunden mit einer sachlichen, aber einschneidenden **Kritik der Regierungsmassnahmen** sowohl während der früheren als auch während der jetzigen Entwicklungsperiode Südwest-Afrikas.

Nachdem Südwest-Afrika durch sehr grosse Opfer an Geld und Menschenleben dem Deutschen Reiche fest angegliedert worden ist und nachdem durch die letzte Reichstagswahl diese Angliederung von der deutschen Nation bestätigt wurde, ist es eine dringende und ernste Gewissensfrage an Volk und Regierung was jetzt aus dem Lande werden soll. Rohrbach ist der richtige Mann dazu, das deutsche Volk und die deutsche Kolonialverwaltung vor neuen Fehlern zu warnen. Darin liegt die grosse politische und kulturgeschichtliche Bedeutung seines Buches.

Dem Inhalt entspricht auch die Ausstattung des Buches. In einem 5 farbigen Deckelbilde, das die Landschaft von Windhuk wiedergibt und in 24 bislang unveröffentlichten ganzseitigen Tafeln werden Land und Leute in neuen, ausserordentlich plastisch wirkenden Reproduktionen vor Augen geführt. Eine 5 farbige Spezialkarte verdeutlicht Lage und Ausdehnung von Ortschaften und Länderstrecken. Alles in allem: Dr. Rohrbachs Werk wird jetzt und in Zukunft an allererster Stelle genannt werden, wenn es sich um eine ernsthafte, wissenschaftliche, erschöpfende Darstellung unserer Kolonie, unseres Südwest-Afrika handelt. An Dr. Rohrbachs Buch kann niemand achillos vorübergehen, der über das vielumstrittene Land etwas lernen, sagen, schreiben oder lehren will. Es wird die Quelle sein und bleiben für viele, lange noch nachdem der Streit der Geister um das Buch vorüber ist. —

Orient-Export: Die Darstellung ist in Form und Inhalt musterhaft, ebenso übt Dr. R. eine gesunde Kritik. Die ganze Ausstattung ist eine tadellose, wie man sie vom Buchverlag der „Hilfe“ nicht anders gewohnt ist.

Aldeutsche Blätter: Wir wünschen ihm recht viele Leser.

Hannoverscher Courier: Es wird sich gewiss noch oft Gelegenheit bieten, auf Rohrbachs Standard-Werk zurückzukommen.

Deutsches Offiziersblatt: Das Buch verdient von jedem Kolonialfreunde studiert zu werden.

Buchverlag der „Hilfe“, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Dr. Paul Rohrbach

Im vordern Asien

Politische und andere Fahrten durch Rußland, Transkaukasien, Russ. Turkestan. Armenier, Nestorianer, Kurden. Mesopotamien, Syrien. Die Bagdadbahn. Iran.

Reich illustriert. Mit einer guten Landkarte versehen. — Eleganter Einband 4,— Mk.

Theologischer Literaturbericht: Auch in Rohrbachs flotschriebenen Reiseschilderungen „Im vorderen Asien“ werden die kirchlichen Verhältnisse und die Frage der Christianisierung des noch türkischen Orients gelegentlich erörtert. Einwürfen nüchternen Alltagsweisheit zum Trost, die die christliche Orientmission als vergeblich oder doch als verfrüht ansieht, erkennt R. in dem christlichen Hilfswerk wenigstens eines der wenigen sicheren Symptome, daß das Christentum bei uns in Deutschland überhaupt noch eine lebendige Religion ist. (S. 68).

Wiener Allgemeine Zeitung: Ein prächtig ausgestattetes Buch, welches gerade jetzt zu günstiger Stunde kommt; denn die interessanten Gegenden des vorderen Asiens, durch welche der Verfasser gefahren ist und die er beschreibt, sind reich an geschichtlichen Ausblicken und politischen Zukunftsaussichten. Auf jedem Schritt begegnet man dort Merkmalen einer grossen Vergangenheit zugleich mit den Anzeichen, daß in nicht allzu ferner Zeit an derselben Stelle wieder neues Kulturleben aufkeimen wird. Der Autor hat es in anregender Weise verstanden, Geschichte mit Politik zu verbinden. Im ersten Kapitel wird manch Bemerkenswertes über die politischen Absichten Rußlands gesagt, im siebenten Abschnitte ist von der Bagdadbahn, der brennenden Frage Vorder-Asiens, die Rede, aber auch die Kapitel über Transkaukasien, über das russische Turkestan, über Armenier, Nestorianer und Kurden, über Mesopotamien und Nord-Syrien enthalten viel Belehrendes und Merkwürdiges aus jenem Gebiete, das einst der Mittelpunkt des geschichtlichen Lebens war und das dann so viele Jahrhunderte lang abseits der großen Weltereignisse ein zwar nicht ruhiges, aber für Europa uninteressantes Dasein führte. Jetzt soll das freilich etwas anders werden.

.....

Im Lande Jahwehs und Jesu

Wanderungen und Wandlungen
von Hermon bis zur Wüste Juda

vornehm gebunden Mk. 5,—, eleg. broschiert Mk. 4,—

Einige von den zahlreichen Rezensionen: Prof. Kaftan in Preuß. Jahrbüchern: Ich habe das Rohrbach'sche Buch in kurzer Frist gelesen, weil es mich, einmal angefangen, nicht wieder losließ. — Die Kirche: geistvoll geschildert: Der Gedankengehalt der Bibel wird durch landwirtschaftliche und geschichtliche Bilder reich illustriert und in ein neues Licht gerückt.

Buchverlag der „hilfe“, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Dr. Friedrich Naumann

□ □ **Asia** □ □

Eine Orientreise.

Athen, Konstantinopel, Damaskus,
Nazaret, Jerusalem, Kairo, Neapel.

Politische, künstlerische und religiöse Betrachtungen.

Einiges aus zahlreichen Besprechungen:

Vossische Zeitung (frei.): „... Auch wer nicht gerade allen Ansichten des Verfassers zustimmt, wird das Buch mit Vergnügen und Genuß lesen. Auszüge zu geben wäre in diesem Falle müßig. Kaufen ist das Richtige.“

Christliche Welt (Besprechung in drei Aufsätzen): Ich habe den höchsten und anspruchvollsten Maßstab an das Buch gelegt, und das um so mehr, als ich selber, mit Ausnahme der eigentlichen Kaisertage in Jerusalem das alles gesehen habe, was Naumann beschreibt — und noch einiges mehr. Trotzdem und gerade darum muß ich sagen, daß mich selten ein Buch so gefesselt hat, und daß ich nur sehr wenige literarische Leistungen so bewundert habe und noch bewundere wie „Asia“.

.....

Briefe über Religion

4. umgearbeitete und erweiterte Auflage,
fein kartonniert 1,50 Mark.

In diesen Briefen legt der durch seine Sonntags-Andachten („Gotteshilfe“) in weitesten Kreisen bekannt gewordene Verfasser seine grundsätzliche Stellung zum Christentum dar und erklärt, wie man gleichzeitig Christ, Darwinist und „Flottenschwärmer“ sein kann. Von allen Schriften Naumanns haben die Briefe über Religion die zahlreichsten und günstigsten Besprechungen in der Presse gefunden.

Stichproben aus Rezensionen:

Die Kirche: Diese Briefe würden es allein schon rechtfertigen, daß die Heidelberger Fakultät an ihrem Jubeltage Naumann zum Ehrendoktor der Theologie ernannt hat. Hier wird ein Neues gepflügt. Hier redet ein Mann, der nicht bloß den Geist Christi, sondern auch den Geist der Zeit in seinen Tiefen erfährt hat; und er weist den Weg, auf dem wir uns aus den verwickelten und bedrückenden Verhältnissen der Gegenwart in eine klare und gegründete Zukunft hinein arbeiten können. Es wird keiner, der in der heutigen Geistesbewegung steht, diese Briefe ungelesen lassen dürfen.

Leipziger Lehrereitung: Wer also wissen will, wie sich die religiösen Lebensprobleme in dem Herzen eines ehrlichen, tiefgrabenden Wahrheitsuchers gestalten, der greife nach diesem schön geschriebenen Büchlein.

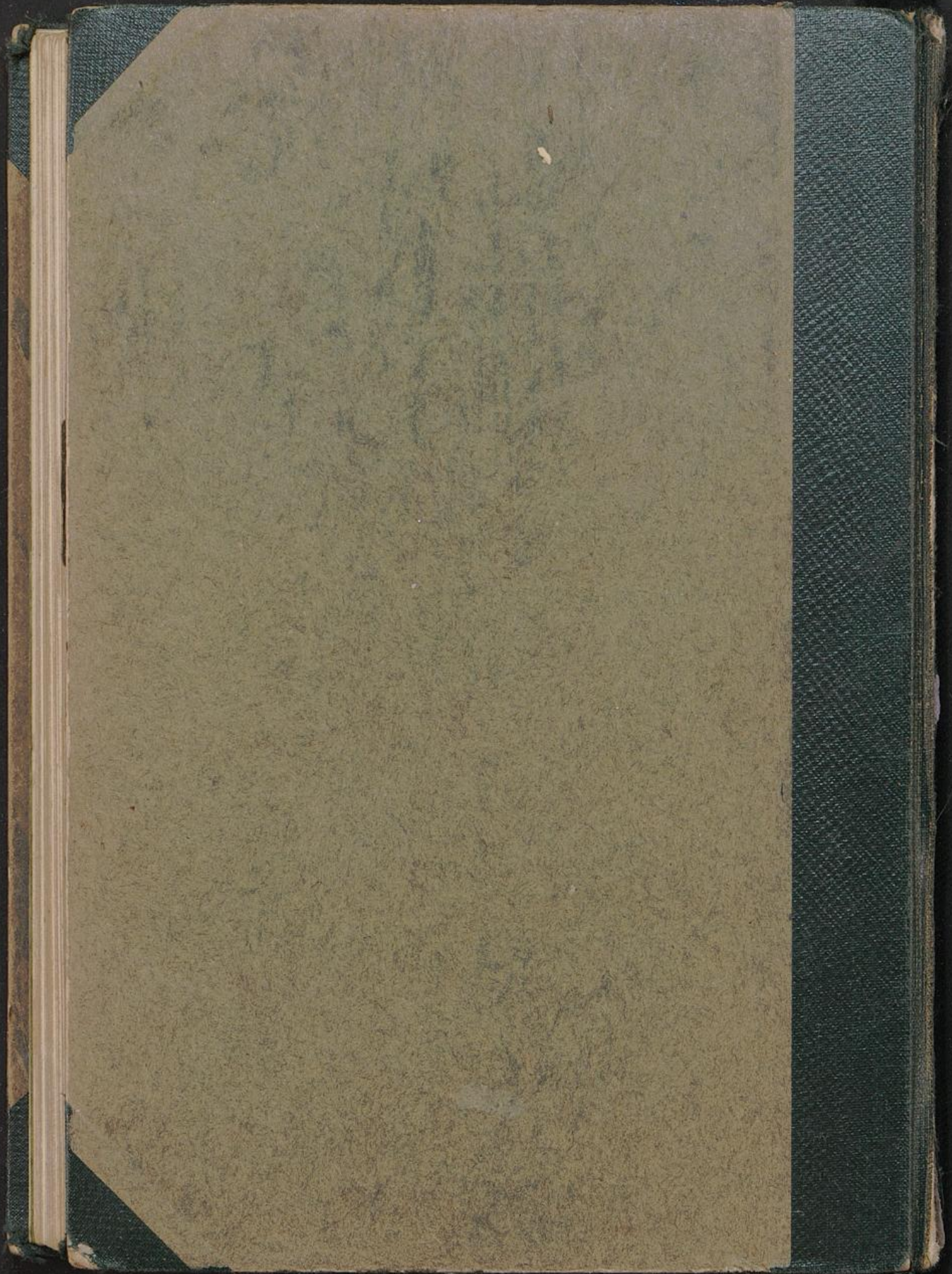
Kirchenblatt: Sie regen mehr zum Denken an, als manche dicke dogmatische Unterfuchung.

Monatlicher Anzeiger des christlichen Vereins junger Männer, Leipzig: Glänzend geschrieben, ein echter Naumann.

Buchverlag der „Hilfe“, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

4

Friedr. Eckhardt
BREMEN



A
C. 9
2822

Kohrbach,
Deutschland
unter den
Welt
völkern